

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig
im Jahre 1891.

Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.

Uebersicht

der Verhandlungs-Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

(Num. Die Zahlen bedeuten die Seiten in den Protocollen.)

I. Jannar 8.

Öeffentlich:

- | | |
|---|----|
| 1. Geschäftsübersicht für 1890 | 2. |
| 2. Wahl der Vorsitzenden, der Protocollführer und der Commissionen . . . | 3. |
| 3. Anfrage des Herrn Ramdohr wegen der Wasserverunreinigung . . . | 4. |
| 4. Desgl. wegen der nächtlichen Unsicherheit | 5. |
| 5. Selbstst. Antrag des Herrn Jüdel auf Errichtung eines Gewerbegerichtes | 6. |
| 6. Desgl. des Herrn Reiche auf Erhaltung des hiesigen Lehrerseminars . | 6. |
| 7. Desgl. der Herren Reiche und Schumburg auf Bebauung der Eick-
thalstraße | 7. |
| 8. Desgl. des Herrn Natalis auf Erwirkung von Ueberführungen an
verschiedenen Bahnübergängen | 7. |
| 9. Desgl. des Herrn Jüdel auf Einführung der elektrischen Beleuchtung in
hiesiger Stadt | 8. |

Vertraulich:

- | | |
|--|-----|
| 10. Wahl der Gemeindesteuer-Einschätzungs-Commissionen | 10. |
| 11. Constituirung der sämmtlichen Commissionen | 10. |

II. Jannar 15.

Öeffentlich:

- | | |
|--|-----|
| 12. Der Stadthaushaltsplan für 1891 | 12. |
| 13. Erstattung von Wasserrohrkosten in der Nord- und Sophienstraße . . | 36. |

IV

14. Verlängerung des Canals in der Fasanenstraße	37.
15. Erwerb von Straßenflächen am Kiddagshäuserwege	37.
16. Erstattung von Kosten für Gas- und Wasserrohre in der Marthastrafe	37.
17. Ankauf des Riedel'schen Hauses am Altstadtmarkte und Aenderung der Baulinie dafelbst	38.

Vertraulich:

18. Pensionirung einer Lehrerin	41.
19. Wahl von Bezirks-Vorstehern, deren Stellvertretern und Armenpflegern	41.
20. Besprechung des Einschätzungsverfahrens bei Neuzugezogenen	41.

III. Januar 22.

Öeffentlich:

21. Selbstst. Antrag des Herrn Kandohr auf Abänderung des Normal- etats für die Lehrer der höheren städtischen Schulen	44.
22. Desgl. des Herrn G ü n t h e r auf Aenderung des Einkommens der Leh- rerinnen	47.
23. Erwerb von Straßenflächen an der Petristraße	48.
24. Das Straßenreinigungs-Institut	48.
25. Errichtung eines Bureaus für die Alters- und Invaliden-Versicherung	48.
26. Ankauf zweier Häuser am Hagenscharrn	49.
27. Erwerb von Straßenflächen an der Grünstraße	49.
28. Uebnahme eines Canals in der Kennelbergstraße	50.
29. Aenderung der Baulinie für die Wilhelmstraße	50.
30. Festsetzung der besonderen Begebaukostenbeiträge von gewerblichen Eta- blissements	50.
31. Selbstst. Antrag des Herrn F ü d e l auf Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichtes	51.
32. Desgl. auf Einführung der elektrischen Beleuchtung	51.
33. Desgl. des Herrn R e i c h e auf Bebauung der Eichthalstraße	52.
34. Desgl. auf Erhaltung des hiesigen Lehrerfeminars	54.
35. Erstattung von Canal-, Gas- und Wasserrohrkosten in der Osfermann- straße	55.
36. Die neue Gemeindesteuer-Scala	55.
37. Beschwerde wegen der Einschätzung eines hiesigen Einwohners	66.
38. Selbstst. Antrag des Herrn H a l l e auf Erwerb eines Grundstückes	67.
39. Desgl. auf Aenderung des Statuts, betr. die Entwässerung der hie- sigen Stadt	68.
40. Desgl. des Herrn W i l k e auf Einstellung eines Fahrpark-Ausschers	68.
41. Besteuerung der außerhalb wohnhaften hiesigen Gewerbetreibenden	69.

Vertraulich:

42. Wahl von Schiedsmännern in Gemäßheit des Viehseuchengesetzes	69.
43. Wahl eines Armenpflegers	69.

IV. Februar 5.

Öeffentlich:

44. Selbstst. Antrag des Herrn Nieß auf Gewährung eines Wohnungsgeldzuschusses an die Bürgerschullehrer	72.
45. Expropriation von Fromm'schem Terrain an der Calandstraße	72.
46. Vergleich mit Duerner's Erben im Expropriationsverfahren	72.
47. Abnahme der Rechnungen über Unterhaltung des städtischen Fahrparks	73.
48. Ankauf der Wiesen vor dem Augustthore zum Bürgerparke	75.
49. Selbstst. Antrag des Herrn Halle auf Erwerb eines Grundstückes	77.
50. Desgl. auf Aenderung des Statuts, betr. die Entwässerung der hiesigen Stadt	77.
51. Desgl. des Herrn Wille auf Anstellung eines Fahrpark-Aufsehers	78.
52. Feststellung einer Baulinie im Sack	78.
53. Feststellung einer Baulinie am Steinwege	78.
54. Erwerb von Straßenflächen an der Frankfurterstraße	79.
55. Einrichtung von Spielplätzen	79.
56. Abkommen mit dem Schmiedemeister Gereke	84.
57. Erwerb des Heyde'schen Grundstückes am Marstalle	84.

Vertraulich:

58. Fernere Beschäftigung des Dr. Kentwig	85.
59. Besprechung über das Verfahren bei Grundstücksankäufen	85.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten:

60. Gemeindesteuer-Reclamationen in der Recursinstanz	85.
---	-----

V. Februar 26.

Öeffentlich:

61. Die neue Gemeindesteuer-Skala	88.
62. Erwerb von Theilgrundstücken am Altwiekeringe	90.
63. Baulinie an der Kaiserstraße	92.
64. Vorschriften für Entwässerungseinrichtungen innerhalb der Grundstücke	92.
65. Vorprüfung des Veriefelungssystems durch eine Deputation	100.
66. Selbstst. Antrag der Herren Brückmann, Ramdohr und Lange auf Aenderung der Trinkwasserverhältnisse	102.
67. Die Fußwege in der Außenstadt	103.
68. Aufnahme von weiteren Straßen in das Verzeichniß der Wege u., auf welche die §§. 7—12 des Ortsbanstatuts Anwendung finden	109.
69. Beihilfe zum Samariterwesen	110.
70. Herausgabe einer Beschreibung des Altstadt-Rathhauses	110.
71. Gesuch wegen Abfuhr des Haussechrichts am Wolfscampe	111.
72. Verbindungsstraße zwischen Hohethor und Madamenweg	111.
73. Neuordnung des hiesigen Kirchenwesens	111.
74. Fußwege an der Nebenstraße	125.

VI

75. Erweiterung des Baugrundes der Stadt	125.
76. Selbstst. Antrag des Herrn Wolff I auf Erhöhung der Armen-Unterstützungen	125.
77. Selbstst. Antrag des Herrn Reiche auf Verbreiterung des kleinen Marstalles	126.

Vertraulich:

78. Pensionirung einer Lehrerin	126.
---	------

VI. März 12.

Öffentlich:

79. Das Huch'sche Haus und die Straßenprojecte am Werder	128.
80. Vermietung einer Wohnung im Huch'schen Hause	129.
81. Aenderung des Ortsbauplanes an der Heleneustraße und am Wolfscamp	130.
82. Austausch von Straßenterrain an der Catharinenkirche	131.
83. Ankauf von Grundstücken am Marstalle	131.
84. Gehalt der pro rectorata geprüften Lehrer	132.
85. Abbruch der Schleiß- und Walkmühle bei Eisenbüttel	134.
86. Die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke	134.
87. Aenderung des Statuts, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung betr.	137.
88. Gehaltszulagen für die Bürgerschullehrer	137.
89. Nachtragsetat für das Straßenreinigungswesen	146.
90. Der Durchbruch von der Kaiser- zur Wendestraße	149.
91. Selbstst. Antrag des Herrn Reiche auf Verbreiterung des kleinen Marstalles	151.
92. Baulinie an der Neuenstraße	151.

Vertraulich:

93. Anstellung des Regierungs-Baumeisters Weidlich	152.
--	------

VII. März 19.

Öffentlich:

94. Selbstst. Antrag der Herren Brückmann und Genossen auf Aenderung der Trinkwasserverhältnisse	154.
95. Desgl. des Herrn Wolff I auf Erhöhung der Armenunterstützungen	157.
96. Gesuch des Bildhauers Brendes wegen Verlegung der Ludwigstraße	157.
97. Der Staatszuschuß zu den Schullasten	158.
98. Vertrag mit Königsdorf wegen Anlegung einer Straße	160.
99. Anschaffungen für die Freibadeanstalt	162.
100. Etat der Central-Friedhofscasse	163.
101. Aenderung des Ortsbauplanes am Kibdagshäuserwege	164.
102. Baulinie für die Ostseite der Reichenstraße	164.

103.	Gehaltsordnung für die städtischen Beamten	164.
104.	Erwerb des früher Schrader'schen Hauses am Hagenscharrn	176.
105.	Statut, betr. die Errichtung eines Gewerbegerichtes	177.
106.	Einstellung einer Krankenpflegerin	180.
107.	Erwerb von Grundstücken an der Döringstraße	181.
108.	Verlegung der Bedürfnisanstalt am Hohenthore	181.
109.	Canalisirung der Küchenstraße	184.
110.	Auftrag des Herrn Lange wegen der Pferdebahn-Angelegenheit	184.
111.	Selbst. Antrag des Herrn Lange auf Einrichtung einer Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht	184
112.	Desgl. des Herrn Katalis auf Einsetzung einer Commission zur Berathung der Meßangelegenheit	185.

Vertraulich:

113.	Wahl von Armenpflegern	186.
114.	Steuerreclamationen (Verzeichniß III von 1890)	186.

VIII. April 16.

Öffentlich:

115.	Erstattung der Kosten der Thomästraße	188.
116.	Ehrenpreise für das Nordwestdeutsche Bundeschießen	189.
117.	Verlängerung des Wasserrohrs in der Maschstraße	189.
118.	Einspruch gegen den Ortsbauplan für die nordwestliche Außenstadt	189.
119.	Die Bahn Debsfelde-Braunschweig	191.
120.	Selbst. Antrag des Herrn Lange auf Einrichtung einer Bedürfnisanstalt	193.
121.	Baulinie an der kleinen Burg	195.
122.	Gehaltsordnung für die städtischen Beamten nebst Ausführungsbestimmungen	195.
123.	Aufhebung der alten Feuerordnung	200.
124.	Kosten des verstärkten nächtlichen Sicherheitsdienstes	200.
125.	Anschaffung von Helmen für die Feuerwehr	201.
126.	Erwerb einer Straßenfläche an der Gertrudenstraße	201.
127.	Herrichtung einer Okerbrücke an der Bammelsburgerstraße	201.
128.	Anlegung einer Privatstraße am Windmühlenberge	203.
129.	Einrichtung von acht neuen Bürgerschulclassen	203.
130.	Verpachtung der städtischen Badeanstalt	204.
131.	Änderung des Ortsbauplans der westlichen Außenstadt	207.
132.	Auftrag des Herrn Wolff I wegen Zustandsetzung verschiedener Wege	207.

Vertraulich:

133.	Anstellung eines Hilfschreibers	208.
134.	Anstellung des Bureau-Vorstehers der Gas- und Wasserwerke	208.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

135.	Steuer-Reclamationen in der Recursinstanz	208.
------	---	------

VIII

IX. Mai 21.

Öeffentlich:

136.	Verlegung der Bedürfnisanstalt am Hohenthore	210.
137.	Einfriedigung der Wasserfilter	211.
138.	Gesuch des Händlers Grönbelling wegen Bebauung seines Grundstückes	211.
139.	Anleihe der Stadt	212.
140.	Uebersicht über das Stadtvermögen	224.
141.	Einsprachen gegen die Baulinie an der Neuenstraße	224.
142.	Errichtung von Markthallen	225.
143.	Änderung des Pferdebahntarifs	231.
144.	Maßnahmen wegen des Koch'schen Heißverfahrens	232.
145.	Ueberrahme der Bammelsburgerstraße	232.
146.	Änderung der Baulinie am Sandwege	233.
147.	Veränderung einer Straßenfläche an der Wilhelmstraße	234.
148.	Statut, betr. die Errichtung eines Gewerbegerichtes	234.
149.	Austausch von Grundflächen am Ruchfantenplatze	235.
150.	Einsprachen gegen den Ortsbauplan der westlichen Außenstadt	235.
151.	Ortsbauplan und Erwerb einer Straßenfläche am Wolfscampe	235.
152.	Unterbringung von Feuerlöschgeräthschaften	236.
153.	Vertrag wegen Ausbaues einer Straße vor dem Wilhelmithore	237.
154.	Erwerb einer Straßenfläche an der Vertramstraße	238.
155.	Erwerb eines Lagerplatzes für Straßenbaumaterialien	238.
156.	Verkauf des Rinkel'schen Restgrundstückes	238.
157.	Bergebung der Verwaltung der Freibadeanstalt	238.
158.	Vergleich mit dem Schankwirth Arnold	239.
159.	Ueberrahme des Abdenkmals seitens der Stadt	240.
160.	Anfrage des Herrn Nieß wegen der Fertigstellung des Madamentweges	240.

Vertraulich:

161.	Ueberrahme eines Nebenamtes durch den Stadtbaurath Winter	240.
162.	Wahl von Armenpflegern	240.
163.	Wahl von Abgeordneten zum Städtetage	240.
164.	Gesuch um Erlaß einer Abgabe	240.
165.	Pensionirung des Lehrers Röttger	240.
166.	Pensionirung der Lehrerin Auguste Stahl	240.
167.	Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels	240.
168.	Besprechung wegen der Ueberrahme von Nebenämtern durch städtische Beamte	240.

X. Juni 18.

Öeffentlich:

169.	Landesherrliche Concession für die städtische Anleihe	242.
170.	Revisionsinstanz in Baufachen	243.
171.	Gesuch wegen Aufstellung einer Laterne an der Steinstraße	245.

172.	Gesuch wegen der Rehrichtabfuhr von der Giesmaroderstraße	245.
173.	Gesuch wegen der Rehrichtabfuhr zc. vom Madamenwege	245.
174.	Ankauf des Wiesen zum Bürgerparke	246.
175.	Aufstellung von Ruhebänken im Bürgerparke	247.
176.	Kostenverwilligung für Lagepläne zu Feuerlöschzwecken	247.
177.	Regulirung der übrigen Thurmuhren nach Waprhofer's System	248.
178.	Befoldungserhöhung für die Berufsfeuerwehr	248.
179.	Gesuch der hiesigen Korfschneider wegen Schädigung ihres Gewerbes durch die Feuerwehr	249.
180.	Erwerb einer Straßenfläche am Niddagshäuserwege	252.
181.	Einsprüche gegen den Ortsbauplan der südwestlichen Außenstadt	252.
182.	Instandsetzung des Wolfscampes	253.
183.	Baulinie des Wenden- und Neustadtringes	253.
184.	Canalisierung zc. der Hamburgerstraße	253.
185.	Baulinie für die Pachtstraße	254.
186.	Beleuchtung des Altstadt-Rathhauses zc. für den Harzgeschichtsverein	254.
187.	Unterstützung des Vereins zur Erhaltung der Kunstdenkmäler	255.
188.	Gesuch der Liedertafeln Braunschweigs	255.
189.	Wahlen für das gewerbliche Schiedsgericht	256.
190.	Wahl zweier Mitglieder zur Besichtigung der elektrischen Ausstellung	257.
191.	Straßenbaukosten in der Kastanienallee und Kramerstraße	257.
192.	Canalbau zwischen Leonhards- und Kl. Vertramstraße	258.
193.	Erwerb einer Straßenfläche an der Jägerstraße	258.
194.	Bauliche Einrichtungen für den städtischen Fahrpark	258.
195.	Aufnahme eines Processes gegen den Kaufmann Cuers	261.
196.	Der Stadthausbau	261.

Vertraulich:

197.	Anstellung des Brandmeisters Wieders	267.
198.	Anstellung des Buchhalters Schmidt als Cassirer	267.
199.	Besetzung der Stelle des ersten und zweiten Thierarztes am Schlachthause	267.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

200.	Heranziehung Fremder zur Gemeindesteuer	267.
201.	Wahl der Beisitzer im Ausschusse zur Wahl von Schöffen und Geschworenen	267.

XI. Juli 1.

Öffentlich:

202.	Amts-niederlegung des Stadtraths Schöttler	270.
203.	Miethentschädigung für den Polizeiwachtmeister am Hohenthore	270.
204.	Vergleich wegen Erwerbs einer Theilfläche an der Juliusstraße	273.
205.	Zwangsentziehung am Marstalle	274.
206.	Erneuerung von Wasserrohren in der Wilhelmstraße und Güldenklinte	275.
207.	Änderung der Verfassung für die Gewerbeschule	275.
208.	Rückzahlung von Wasserrohrkosten	277.

209.	Aufhebung einer Nebenstrecke der Kl. Döringstraße	278.
210.	Vermehrung der Straßenlaternen	278.
211.	Aufhebung einer Theilstrecke der alten Bierwegstraße	279.
212.	Verkauf eines Abfindungsplanes im Eichthale	280.
213.	Bericht einer Commission zur Berathung der Wefangelegenheit	280.
214.	Canalisirung eines Okergrabens	281.
215.	Der Stadthausbau	282.
216.	Anfragen des Herrn Reiche wegen Verbreiterung der Maschstraße und Canalisirung der Straße hinter der Masch	288.
217.	Selbstst. Antrag des Herrn Weber auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen	289.
218.	Selbstst. Antrag des Herrn Reiche auf Canalisirung der Straße hinter der Masch	289.

XII. September 17.

Öffentlich:

219.	Aufhebung eines Weges an der Kl. Bertramstraße	292.
220.	Erwerb einer Straßenfläche am Steinwege	293.
221.	Desgl. zwischen der Neben- und Nordstraße	293.
222.	Desgl. an der Giesmaroderstraße	293.
223.	Canalisirungsarbeiten am Theater	293.
224.	Obligationen = Anleihe der Stadt	294.
225.	Erwerb von Straßenflächen an der Kl. Bertramstraße	295.
226.	Gesuch von Anwohnern der Wabestraße	295.
227.	Theilortsbauplan für die Wilhelmstraße	297.
228.	Ausbau der Rußbergstraße	297.
229.	Ausbau der Kl. Kreuzstraße	298.
230.	Ankauf eines Gewächshauses an der verlängerten Thomaestraße	298.
231.	Neuregelung des Nachtwachwesens	300.
232.	Erwerb einer schmalen Fläche am Sandwege	303.
233.	Die Verkürzung der Messen	303.
234.	Aufhebung von Vegetheilen der Bienenstraße	317.
235.	Niederlegung von Häusern am Werder	317.
236.	Canalisirung der Hildeheimerstraße	318.
237.	Belegung der verlängerten Sophien-, der Caland- und Bughagenstraße mit Gas- und Wasserrohr	318.
238.	Belegung des Kibbaggshäuserweges mit Wasserrohr	319.
239.	Zahlung einer Entschädigung an die Wendtschen Erben	319.

Vertraulich:

240.	Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters P o c k e l s	319.
241.	Besprechung über die zu begebende städtische Anleihe	319.
242.	Unterstützung eines erkrankten Lehrers	319.
243.	Einschätzung der Beamten zur Communalsteuer	320.

244. Extra-Begebausteuern für einige Gewerbetreibende	320.
245. Wahl von Armenpflägern	320.
246. Steuer-Reclamationen (Verzeichniß IV von 1890)	320.

XIII. October 15.

Öffentlich:

247. Straßenbaukosten für die Heitbergstraße	322.
248. Bedürfnisanstalt am Hohenthore	323.
249. Expropriation eines Grundstückes an der Pflegehausstraße	324.
250. Erwerb einer weiteren Theilfläche an der Ebertstraße	325.
251. Desgl. an der Nußbergstraße	325.
252. Beschaffung eines Coakslöschers für die Gasanstalt	326.
253. Wasserrohrlegung in der Giersbergstraße	326.
254. Beschaffung von Wasserfchiebern	326.
255. Verbindungsweg zwischen Sandweg und Friesenstraße	327.
256. Vertrag mit der katholischen Gemeinde wegen des Sandwegterrains	329.
257. Expropriation einer Fläche an der Wolfenbüttlerstraße	330.
258. Erwerb von Straßenterrain an der Döringstraße	331.
259. Desgl. an der Goslarischenstraße	331.
260. Desgl. am Niddagshäuserwege	332.
261. Desgl. an der Kreuzstraße	332.
262. Vertrag wegen Terrains an der Bienenstraße	332.
263. Ausbau des Hohenstieges	333.
264. Verpachtung von Friedhofsländerei	334.
265. Aufnahme eines Proceßes gegen zwei hiesige Einwohner	335.
266. Desgl. gegen die Gemeinliche Ortskrankencasse	335.
267. Prüfung der städtischen Rechnungen für das Jahr 1887	335.
268. Selbstst. Antrag des Herrn Nieß auf Unterstützung des Deutschen Hilfsvereins in Prag	335.
269. Anfragen des Herrn Reiche wegen des städtischen Museums	336.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

270. Wahl eines unbefol deten Magistratsmitgliedes	338.
--	------

Vertraulich:

271. Gesuch wegen Erlasses einer Abgabe zur Begebaucasse	338.
272. Gewährung einer Entschädigung an einen städtischen Beamten	338.
273. Wahl von Armenpflägern	339.
274. Steuerreclamationen (Verzeichniß I, II und III von 1891)	339.
275. Dispensation für den neu erwählten Stadtrath Hamdohr	339.

XIV. November 20.

Öffentlich:

276. Verkauf eines Theilgrundstückes am Hohenthore	342.
277. Bedürfnisanstalt am Hohenthore	347.

278.	Selbstst. Antrag des Herrn Nieß auf Unterstützung des Deutschen Hilfsvereins in Prag	347.
279.	Gesuch wegen Aufstellung von Laternen in der Reichenbergstraße	349.
280.	Vermiethung von städtischen Turnhallen an Vereine	350.
281.	Bauliche Veränderungen im Neustadt-Kathhause	351.
282.	Anderweite Organisation der katholischen Schule	353.
283.	Theilortsbauplan vor der Burg	361.
284.	Verlegung von Gas- und Wasserröhren in der Limbeckerstraße	361.
285.	Legung des Pferdebahngleises durch die Münzstraße	361.
286.	Anstellung zweier Klagen	364.
287.	Verlängerung des Wasserrohres in der Hildesheimerstraße	365.
288.	Verwilligung zweier Hypothekendarlehen	365.
289.	Anlegung einer Schöpfstelle für die Schule am Südklinte	365.
290.	Wahl eines Mitgliedes in die Armen-direction, den Schulvorstand und die Schulcommission	366.
291.	Selbstst. Antrag des Herrn Lange auf Errichtung eines zweiten Volksbades	366.
292.	Wahl von 3 Mitgliedern zu der Deputation für die Vorberathung einer neuen Straßenpolizeiordnung	369.
293.	Anfrage des Herrn Brückmann nach dem Stande der Vorarbeiten in der Trinkwasserfrage	369.
294.	Selbstst. Antrag des Herrn Brückmann auf Untersuchung des Leitungswassers	370.
295.	Selbstst. Antrag des Herrn Weber auf bessere Beleuchtung des Wenden- und Neustadttringes	370.
296.	Selbstst. Antrag des Herrn Niede auf Ausdehnung der Wahlzeit bei den Stadtverordnetenwahlen	370.
297.	Anfragen des Herrn Nieß wegen verschiedener Angelegenheiten	371.

Vertraulich:

298.	Beförderung zweier Bureaubeamten	374.
299.	Pensionirung eines Schuldieners	374.
300.	Anstellung des Schlachthaus-Thierarztes Koch	374.

XV. December 28.

Öffentlich:

301.	Gesuche, betr. die Höfenstraße	376.
302.	Normaletat für die Lehrer der gehobenen Schulen und die Schuldiener	377.
303.	Gesuch wegen Schädigung durch Canalisationsarbeiten	378.
304.	Erwerb einer Straßenfläche am Altwiekeringe	379.
305.	Verkauf eines Flächenabschnittes am Damme	379.
306.	Erlaß an der Pacht für die Badeanstalt	379.
307.	Theilortsbauplan für die Langestraße	380.
308.	Anfrage des Herrn Nieß wegen Fertigstellung der Bahnlinie nach Gifhorn	380.

309.	Desgl. wegen der Kirchenbauangelegenheit	381.
310.	Selbst. Antrag des Herrn Brückmann auf Untersuchung des Leitungswassers	382.
311.	Desgl. des Herrn Weber auf bessere Beleuchtung des Wenden- und Neustadttringes	383.
312.	Anfrage des Herrn Brückmann nach dem Stande der Vorarbeiten in der Trinkwasserfrage	384.
313.	Vergleich im Zwangsenteignungsverfahren	385.
314.	Klitzzahlung von Baukosten für die Nordstraße	385.
315.	Ankauf der Cammerwiesen für den Bürgerpark	385.
316.	Veranlagung gewerblicher Etablissements zu Extrawegebeiträgen	386.
317.	Hranziehung einer zweiten Schwester vom rothen Kreuz	386.
318.	Grundsätze für Schulgelderleichterungen	387.
319.	Anschaffung von Abfuhrwagen	388.
320.	Aufnahme einer neuen Straße in den Ortsbauplan	393.
321.	Bewilligung von Canalisationkosten	393.
322.	Anstellung verschiedener Proceffe	393.
323.	Der Etat der Friedhofscasse	394.
324.	Wahl eines Commissionsmitgliedes	394.
325.	Selbst. Antrag des Herrn Günther auf Errichtung einer Volksbadeanstalt	394.
326.	Desgl. des Herrn Brückmann auf Pensionirung alter Nachtwächter	395.
Vertraulich:		
327.	Neuwahl von Armenpflegern	396.
328.	Wahl eines Mitgliedes der Armendirection	396.
329.	Wahl von Schägern in Gemäßheit des Viehschengegesetzes	396.
330.	Remunerirung des Assessors Boden	396.
331.	Anstellung eines Laternenwärters	396.
332.	Anstellung eines Schulpedellen	396.
Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.		
333.	Reclamationen in der Recursinstanz	396.

B. Nach den Gegenständen.

Abbruch der Schleif- und Walkmühle 134.
 Abfuhrwagen-Beschaffung 388.
 Abgabe-Erlaßgesuch 240, 333.
 Abhandlung über die Verlegung des Ostbahnhofs 123.
 Abkommen mit Vereke 84.
 Abnahme der Rechnungen über Unterhaltung des städtischen Fahrparks 73.
 Abt-Denkmal 240, 270.
 Aenderung der Verfassung für die Gewerbeschule 275.
 Aenderung des Einkommens der Lehrerinnen 47.
 Aenderung des Normaltats für Lehrer an den höheren städtischen Schulen 44, 377.
 Aenderung des Pferdebahntarifs 231.
 Aenderung des Statuts, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung 137.
 Aenderung von Baulinien, s. Baulinien.
 Allerhöchstes Schreiben 210.
 Alters- und Invalid.-Versicherungs-Bureau 48.
 Altstadt-Rathhaus-Beschreibung 110.
 Amtsniederlegung des Stadtr. Schöttler 270.
 Auerweite Organisation der katholischen Schule 353.
 Anfragen an den Stadtmagistrat der Herren:
 Brückmann, wegen des Standes der Vorarbeiten in der Trinkwasserfrage 369, 384;
 Lange, wegen der Pferdebahnangelegenheit 184;
 Nieß, wegen Fertigstellung des Madamenweges 240;
 wegen verschiedener Angelegenheiten 371, 380, 381;
 Ramdohr, wegen der nächtlichen Unsicherheit 5,
 wegen der Wasserverunreinigung 4;

Reiche, wegen des städtischen Museums 336,
 wegen Verbreiterung der Maschstraße 2c. 283;
 Wolff I., wegen Instandsetzung verschiedener Wege 207.
 Ankauf von Häusern 38, 49, 84, 131, 298.
 Ankauf von Wiesen zum Bürgerparke 75, 246, 385.
 Anlegung einer Privatstraße 203.
 Anlegung einer Schöpfstelle für eine Schule 365.
 Anleihe der Stadt 212, 242, 294, 319.
 Anschaffungen für die Freibadeanstalt 162.
 Anschaffung von Helmen für die Feuerwehr 201.
 Anstellung von Beamten 152, 208, 267, 267, 374, 396, 396.
 Anträge, selbstständige, der Herren:
 Brückmann, auf Aenderung der Trinkwasserverhältnisse 102, 154,
 auf Pensionirung alter Nachtwächter 395,
 auf Untersuchung des Leitungswassers 370, 382;
 Günther, auf Aenderung des Einkommens der Lehrerinnen 47,
 auf Errichtung einer Volks-Badeanstalt 394;
 Halle, auf Aenderung des Entwässerungsstatuts 68, 77,
 auf Erwerb eines Grundstücks 67, 77;
 Küdel, auf Einführung der elektrischen Beleuchtung 8, 51,
 auf Errichtung eines Gewerbegerichts 6, 51;

- Lange, auf Einrichtung ein Bedürfnis-
 anstalt 184, 193,
 auf Einrichtung eines 2. Volks-
 bades 366;
 Natalis, auf Einsetzung einer Com-
 mission zur Verathung der Meß-
 angelegenheit 185, 280, 303,
 auf Erwirkung von Bahnüber-
 führungen 7;
 Nieß, auf Gewährung von Wohnungs-
 geldzuschüssen an Lehrer 72,
 auf Unterstützung des Deutschen-Hilfs-
 vereins in Prag 335, 347;
 Ramdohr, auf Minderung des Lehrer-
 Normaltats 44;
 Reiche, auf Bebauung der Eichthal-
 straße 7, 52,
 auf Canalisirung der Straße hinter
 der Misch 289,
 auf Erhaltung des hiesigen Lehrer-
 Seminars 6, 54,
 auf Verbreiterung des kl. Max-
 stalles 126, 151;
 Riecke, auf Ausdehnung der Wahlzeit
 bei den Stadtverordneten-Wahlen 370;
 Weber, auf bessere Beleuchtung von
 Straßen 370, 383,
 auf Errichtung einer Bedürfnis-
 anstalt 289;
 Wilke, auf Anstellung eines Fahrpark-
 Aufsehers 68, 78;
 Wolff I, auf Erhöhung der Armen-
 Unterstützungen 125, 157.
 Armen-Direction, Wahl eines Mitgliedes 396.
 Armenpfleger-Wahl 41, 69, 186, 240, 320,
 339, 396.
 Armenunterstützungs-Erhöhung 125, 157.
 Assessor-Einstellung 322, 396.
 Aufhebung der alten Feuerordnung 200.
 Aufhebung von Straßen und Wegen 128,
 278, 279, 292, 317.
 Aufnahme von Processen 261, 335, 335, 364,
 393.
 Aufnahme von Straßen in den Ortsbauplan ic.
 109, 393.
 Aufstellung von Ruhebänken im Bürgerparke
 247.
 Ausbau von Straßen 237, 297, 298, 333.
 Außenstadt-Fußwege 103.
 Austausch von Straßenterrain 131, 235.
 Badeanstalten betr. 162, 204, 238, 366,
 379, 394.
 Bahnen betr. 7, 191, 371, 380.
 Baugrund-Erweiterung 125.
 Baukosten-Rückzahlung 188, 385.
 Bauliche Einrichtungen für den städtischen
 Fahrpark 258.
 Bauliche Veränderungen im Neustadt-Rath-
 hause 351.
 Baulinien-Menderung 38, 50, 78, 78, 92,
 130, 151, 164, 164, 195, 207, 233, 235,
 253, 254, 297, 361, 380.
 Baufachen-Revisions-Instanz 243.
 Beamten-Anstellung 152, 208, 267, 267,
 374, 396, 396.
 Beamten-Beförderung 374.
 Beamten-Besteuerung 320.
 Beamten-Gehaltsordnung 164, 155.
 Bebauung der Eichthalstraße 7, 52.
 Bedürfnisanstalten betr. 181, 184, 193, 210,
 289, 323, 347.
 Beihilfe zum Samariterwesen 110.
 Belegung von Straßen mit Gas- und Wasser-
 rohr 189, 275, 318, 319, 326, 361, 365.
 Beleuchtung des Altstadt-Rathhauses 254.
 Bericht über die städtische Fortbildungsschule
 322.
 Beriefelungs-System 100.
 Beschäftigung des Dr. Mentwig 85.
 Beschaffung eines Coaksöfers 326.
 Beschaffung von Wasserschlebern 326.
 Beschreibung des Altstadt-Rathhauses 110.
 Beschwerde eines hiesigen Einwohners 66.
 Befoldungserhöhung für die Berufs-Feuer-
 wehr 248.
 Besprechung des Einschätzungsverfahrens bei
 Neuzugezogenen 41.
 Besprechung des Verfahrens bei Grundstücks-
 ankäufen 85.

Besprechung über die städtische Anleihe 319.
 Bessere Beleuchtung von Straßen 370, 383.
 Besteuerung der außerhalb wohnenden hiesigen
 Gewerbetreibenden 69.
 Bezirks-Vorsteher-Wahl 41, 396.
 Brandmeister-Anstellung 267.
 Braunschweigischer Städtetag 240, 322.
 Brücken-Anlegung 201.
 Bureau für Alters- und Invalid.-Versicherung
 48.
 Bürgerpark-Anlegung 75, 246, 247, 385.
 Canalisirung eines Okergrabens 281.
 Canalisirung von Straßen zc. 184, 253, 258,
 288, 289, 293, 318, 373, 378, 393.
 Canal, Rhein-Elbe-, 371.
 Canal-Verlängerung, bezw. Uebernahme 37, 50.
 Central-Friedhofscasse 163, 394.
 Coakslöcher-Beschaffung 326.
 Commissionswahlen 3, 10, 185, 366, 369,
 394.
 Constituirung der sämmtlichen Commissionen 10.
 Dispensation für den Stadtrath Hamdohr 339.
 Durchbruch von Straßen 128, 149.
 Ehrenpreis für das Nordwestdeutsche Bundes-
 schießen 189, 292.
 Einfriedigung der Wasserfilter 211.
 Eingaben, siehe Gesuche.
 Einladung der Turner-Brüderschaft 292.
 Einrichtung von neuen Bürgerschulclassen 203.
 Einrichtung von Spielplätzen 79, 373.
 Einschätzung eines hiesigen Einwohners 66.
 Einschätzung von Beamten 320.
 Einschätzungsverfahren bei Neuzugezogenen 41.
 Einspruch gegen den Ortsbauplan 189, 224,
 235, 252.
 Einstellung von Krankenpflegerinnen 180, 386.
 Eisenbahnen betr. 7, 191, 371, 380.
 Elektrische Beleuchtung betr. 8, 51, 128.
 Entschädigung für die Wendtschen Erben 319.
 Entschädigung für einen städtischen Beamten
 338.
 Entwässerung der Stadt 68, 77.

Entwässerungseinrichtungen innerhalb der
 Grundstücke 92.
 Erhaltung des hiesigen Lehrer-Seminars 6.
 Erhöhung der Armen-Unterstützungen 125, 157.
 Erlaß von Pachtgeld 379.
 Erneuerung von Wasserrohren 275.
 Errichtung eines Büreaus für Alters- und
 Invalid.-Versicherung 48.
 Errichtung eines Gewerbegerichtes 6, 51, 177,
 234, 256.
 Errichtung von Bädern 366, 394.
 Errichtung von Markthallen 225.
 Erstattung von Gas- und Wasserrohrkosten
 36, 37, 55, 277.
 Erstattung von Straßenbaukosten 188, 385.
 Erweiterung des Baugrundes der Stadt 125.
 Erwerb eines Lagerplatzes 238.
 Erwerb von Grundstücken 67, 77, 84, 85,
 90, 176, 181.
 Erwerb von Straßenflächen 37, 48, 49, 79,
 201, 235, 238, 252, 258, 273, 293, 293,
 293, 295, 295, 303, 325, 325, 330, 331,
 331, 332, 332, 379.
 Etat der Central-Friedhofscasse 163, 394.
 Expropriation von Straßenflächen und Grund-
 stücken 72, 274, 324, 330, 385.
 Extra-Wegebausteuer 50, 320, 386.
 Fahrpark, städtischer, 68, 73, 78, 258.
 Fernere Beschäftigung des Dr. Kentwig 85.
 Fertigstellung des Madamenveges 240.
 Festsetzung der bef. Wegebaukosten-Beiträge 50,
 320, 386.
 Feststellung von Baulinien, s. Baulinien.
 Feuerlöschordnung, alte, 200.
 Feuerwehr betr. 201, 236, 247, 248, 249,
 267.
 Freibadeanstalt betr. 162, 238.
 Fremden-Besteuerung 267.
 Friedhofs-Angelegenheiten 163, 334, 394.
 Fußweg-Anstandssetzung 103, 125.
 Gasrohr-Verlegung 318, 361.
 Gaswerks-Verwaltung 134, 326.
 Gehaltsaufbesserungen der Lehrer 44, 47, 72,
 128, 132, 137, 377.

Gehaltsordnung für die städtischen Beamten 164, 195.

Gemeindesteuer-Einschätzungscommissionen 10.

Gemeindesteuer für Beamte 320.

Gemeindesteuer für Fremde 267.

Gemeindesteuer-Reclamationen 186, 320, 339.

Gemeindesteuer-Reclamationen in der Recursinstanz 85, 208, 396.

Gemeindesteuer-Scala 55, 88.

Geschäfts-Uebersicht für 1890 2.

Gesuche hiesiger Einwohner 44, 111, 128, 154, 157, 188, 188, 211, 245, 245, 249, 255, 292, 295, 349, 376, 378.

Gesuche um Erlaß von Abgaben 240, 338.

Gewerbegericht betr. 6, 51, 177, 234, 256.

Gewerbeschule betr. 275.

Gewerbetreibende, hiesige, Besteuerung der außerhalb wohnenden 69.

Gewerbliche Etablissements, Wegebaukostenbeiträge 50, 320, 386.

Grundsätze für Schulgelberleichterungen 387.

Grundstücks-Entwässerung 92.

Grundstücks-Erwerb 67, 77, 84, 85, 90, 176, 181.

Herauszug Fremder zur Gemeindesteuer 267.

Herauszug von Schwestern zur Krankenpflege 180, 386.

Herausgabe einer Beschreibung des Altstadt-Rathhauses 110.

Herrichtung einer Okerbrücke 201.

Hudj'sches Haus 128, 129.

Hypotheken-Darlehn-Verwilligung 365.

Instandsetzung von Wegen und Straßen 188, 207, 253.

Kirchen betr. 111, 373, 381.

Koch'sches Heilverfahren 232.

Kort'schneider-Gesuch 128, 249.

Kostenverwilligung für Lagepläne zu Feuerlöschzwecken 247.

Lagerplatz-Erwerb 238.

Landesherrliche Concession für die städtische Anleihe 242.

Laternen-Aufstellung 278, 349, 370.

Laternenwärter-Anstellung 396.

Legung eines Pferdebahngleises 361.

Lehrer-Seminar-Erhaltung 6, 54.

Lehrer- und Lehrerinnen-Gehalts-erhöhung 44, 47, 72, 128, 132, 137, 377.

Lehrer- und Lehrerinnen-Pensionirung 41, 126, 240.

Lehrer-Unterstützung 319.

Leitungswasser-Untersuchung 370, 382.

Liedertafeln-Gesuch 255.

Magistratsmitglieder betr. 338, 339.

Markthallen-Errichtung 225.

Maßnahmen wegen des Koch'schen Heilverfahrens 232.

Meßangelegenheit betr. 185, 280, 303.

Miethsentschädigung für einen Polizeibeamten 270.

Mittheilungen aus dem Geschäftsbereich der Herzogl. Vaudirection 44.

Mittheilungen des Herrn Oberbürgermeisters 88, 240, 319.

Museum, städtisches, 336.

Nachtragsetat für das Straßenreinigungswesen 146.

Nachtwachwesen betr. 5, 200, 300, 395.

Nachtwächter-Pensionirung 395.

Nebenant-Nebnahme 240.

Neuordnung des hiesigen Kirchenwesens 111, 373, 381.

Neustadt-Rathhaus 351.

Neuzugezogene, Einschätzung derselben 41.

Niederlegung von Häusern 317.

Nordwestdeutsches Bundeschießen 189, 292.

Normaletat für Lehrer u. an den gehob. Schulen 44, 377.

Obligationen-Anleihe 294, 319.

Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung 137.

Organisation, anderweite, der kath. Schule 353.

Ortsbauplan-Einsprachen 189, 224, 235, 252.

Wachterlaß 379.

XVIII

- Pensionirung von Lehrern und Lehrerinnen 41, 126, 240.
- Pensionirung von Schuldienern und Nachtwächtern 374, 395.
- Pferdebahn-Angelegenheiten 154, 184, 188, 231, 361.
- Privatstraßen-Anlegung 203.
- Proceß-Aufnahmen 261, 335, 335, 364, 393.
- Protocollführer-Wahl 3.
- Prüfung der städtischen Rechnungen 335.
- Rechnungsabnahme** bezüglich des städtischen Fahrparks 73.
- Reclamationen von Steuern 186, 320, 339.
- Reclamationen von Steuern in der Recurs-Instanz 85, 208, 396.
- Regulirung von Thurmuhren 248.
- Reinigung der Straßen 48, 68, 73, 146, 188, 258, 388.
- Remunerirung des Assessors Boden 396.
- Revisions-Instanz in Baufachen 243.
- Rhein-Elbe-Canal 371.
- Rückzahlung von Baukosten 385.
- Samariterwesen** betr. 110.
- Schiedsmännerwahl in Gemäßheit des Viehseuchengesetzes 69, 396.
- Schöpfstellen für Schulen 365.
- Schulen betr. 158, 203, 353, 365, 374, 387, 396.
- Sicherheitsdienst, nächtlicher, 5, 200, 300, 395.
- Spielfeld-Einrichtung 79, 373.
- Staatszuschuß zu den Schullasten 158.
- Stadthausbau 261, 282.
- Stadthaushaltsplan für 1891 12.
- Stadtrath Schöttler's Amtsniederlegung 270.
- Stadtvermögen-Ueberblick 224.
- Stadtverwaltung, Aenderung des Dienstes 137.
- Städtetag betr. 240, 322.
- Städtische Anleihe 212, 242, 294, 319.
- Städtische Rechnungen, Prüfung ders. 335.
- Städtisches Museum 336, 351.
- Statut, betr. die Entwässerung der Stadt 68, 77.
- Statut, betr. die Errichtung eines Gewerbegerichts 177, 234.
- Statut, betr. die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung 137.
- Steuer-Reclamationen 186, 320, 339.
- Steuer-Reclamationen in der Recurs-Instanz 85, 208, 396.
- Steuer-Scala 55, 88.
- Straßen-Anlegung 160.
- Straßen-Aufnahme in das Verzeichniß der Ortsstraßen 109.
- Straßenbaukosten 257, 322.
- Straßendurchbruch 128, 149.
- Straßenlaternen-Vermehrung 278, 349, 370.
- Straßenpolizei-Ordnung betr. 369.
- Straßenreinigungsinstitut betr. 48, 68, 73, 146, 188, 258, 388.
- Straßen und Plätze der Stadt, welche behandelt sind:
- Altewiekring 90, 239, 379;
 - Altstadmarkt 38;
 - Bammelsburgerstraße 201, 232;
 - Bertramstraße 238;
 - Bienenstraße 317, 332;
 - Breitestraße 373;
 - Bughagenstraße 318;
 - Burg, vor der, 361;
 - Calandstraße 72, 318;
 - Catharinenkirche, an der, 131;
 - Damm 379;
 - Döringstraße 181, 331;
 - Echternstraße 373;
 - Eichthalstraße 7, 52, 188, 280;
 - Eisenbüttel 134;
 - Eckertstraße 325;
 - Fasanenstraße 37;
 - Frankfurterstraße 79;
 - Friesenstraße 292, 327;
 - Gertrudenstraße 201;
 - Giersbergstraße 326;
 - Gliesmaroderstraße 245, 293;
 - Gördelingerstraße 373;
 - Goslarstraße 331;
 - Grünstraße 49;
 - Güldenlinke 275;
 - Güldenstraße 373;
 - Hagenschorn 49, 67, 176;
 - Hamburgerstraße 253;

Heleneustraße 130;
 Heitbergstraße 322;
 Hildesheimerstraße 318, 365;
 Hinter der Masch 288, 289;
 Höfenstraße 376;
 Hohenthore, am, 111, 181, 210, 323,
 342, 347;
 Hohenstieg 333;
 Jägerstraße 239, 258;
 Juliusstraße 273;
 Kaiserstraße 92, 128, 149;
 Kastanienallee 257;
 Kl. Bertramstraße 258, 292, 295;
 Kl. Burg 195;
 Kl. Döringstraße 278;
 Kl. Kreuzstraße 298;
 Kramerstraße 257;
 Kreuzstraße 188, 332;
 Küchenstraße 184;
 Langestraße 380;
 Leonhardstraße 258;
 Limbederstraße 361;
 Ludwigstraße 157;
 Madamenweg 111, 240, 245;
 Marzfall 84, 126, 131, 151, 274;
 Marthastraße 37;
 Maschstraße 189, 288;
 Mittelweg 72;
 Münzstraße 361;
 Neufstraße 151, 224;
 Neustadttring 253, 370, 383;
 Nordstraße 36, 160, 293, 385;
 Nußbergstraße 297, 325;
 Olfermannstraße 55;
 Packhofstraße 254;
 Petristraße 48;
 Pflegehausstraße 324;
 Poststraße 38;
 Nebenstraße 125, 160, 293;
 Reichenbergstraße 349;
 Reichenstraße 164;
 Kennelbergstraße 50;
 Riddagshäuserweg 37, 164, 252, 319,
 332;
 Ruhfäutchenplatz 235;
 Sad 78;

Sandweg 233, 292, 303, 327, 329;
 Sophienstraße 36, 318;
 Steinstraße 245;
 Steinweg 78, 293;
 Theater, am, 293;
 Thomästraße 188, 298;
 Viewegstraße 279;
 Wabestraße 295;
 Wendenring 253, 370, 383;
 Wendenstraße 128, 149;
 Werder 128, 149, 317;
 Wilhelmstraße 50, 234, 275, 297;
 Wolfenbüttlerstraße 330;
 Wolfscamp 130, 235, 253.

Thierarzt-Anstellung 267, 374.

Thurnuhren-Regulirung 248.

Trinkwasserverhältnisse 102, 154, 369, 370,
 384;

Turnhallen-Vermiethung 350.

Ueberblick über das Stadtvermögen 224.

**Ueberführungen an verschiedenen Bahnüber-
 gängen** 7, 128.

Uebernahme des Abt-Denkmales 240.

**Uebernahme eines Canals in der Kennelberg-
 straße** 50.

Uebernahme von Nebenämtern 240.

Uebernahme von Straßen 232.

Unsicherheit, nächtliche, 5.

Unterbringung von Feuerlöschgeräthschaften 236.

Unterstützung der Armen 125, 157.

**Unterstützung des deutschen Hilfsvereins in
 Prag** 335, 347.

**Unterstützung des Vereins für Erhaltung der
 Kunstdenkmäler** 255.

Unterstützung von Beamten und Lehrern 319.

Untersuchung des Leitungswassers 370, 382.

**Veräußerung von Straßenflächen und Grund-
 stücken** 234, 238, 280.

Verbindungsstraßen-Anlegung 111, 327.

Verbreiterung von Straßen 126, 288.

Verfassung für die Gewerbeschule 275.

Vergleiche mit verschiedenen Einwohnern 72,
 239, 273, 332, 385.

Verkauf von Theilgrundstücken 342, 379.
 Verkürzung der Messen 185, 280, 303.
 Verlegung von Bedürfnisanstalten 181, 184, 193, 210, 289, 323, 347.
 Vermehrung der Straßenlaternen 278, 349, 370.
 Vermietung einer Wohnung 129.
 Vermietung von städtischen Turnhallen 350.
 Verpachtung der städtischen Badeanstalt 204, 238, 379.
 Verpachtung von Pänderei 334.
 Verträge wegen Anlegung von Straßen 160, 237, 332.
 Vertrag mit der katholischen Gemeinde 329.
 Verwaltung der Gas- und Wasserwerke 134, 326.
 Verwaltung der Freibadeanstalt 162, 238.
 Verwilligung von Hypothekendarlehen 365.
 Volksbad-Einrichtung 366, 394.
 Vorarbeiten für den Rhein-Elbe-Canal 371.
 Vorarbeiten in der Trinkwasserfrage 102, 154, 369, 370, 384.
 Vorprüfung des Veriefelungssystems 100.
 Vorschriften für Entwässerungseinrichtungen 92.
 Vorstehendentwahl 3.

Wahlen

der Beisitzer im Ausschusse zur Wahl von Schöffen und Geschworenen 267;
 der Gemeindesteuer = Einschätzungs = Commissionen 10;

der Vorstehenden, Protocollführer und der Commissionen 3, 10, 185, 366, 369, 394;
 eines Mitgliedes der Armendirection 396;
 eines unbefoldeten Magistratsmitgliedes 338, 339;
 für das gewerbliche Schiedsgericht 256;
 von Abgeordneten zum Städtetage 240;
 von Bezirks-Vorstehern und Armenpflegern 41, 69, 186, 240, 320, 339, 396;
 von Mitgliedern zum Besuche der elektrischen Ausstellung 275;
 von Schiedsmännern in Gemäßheit des Viehschutzesgesetzes 69, 396.

Wahlzeit-Ausdehnung bei den Stadtverordneten-Wahlen 370.

Wasserfilter-Einfriedigung 211.

Wasserrohrkosten-Erstattung 36, 277.

Wasserrohr-Verlegung 189, 275, 318, 319, 326, 361, 365.

Wasserschieber-Beschaffung 326.

Wasservereinemigung 4.

Wasserwerk-Verwaltung 134.

Wegebaukosten-Beiträge 50, 320, 386.

Wege-Instandsetzung 207.

Wohnungsgeldzuschuß für die Lehrer 72.

Zahlung einer Entschädigung an die Wendt'schen Erben 319.

Zwangseenteignungen 72, 274, 324, 330, 385.

1891.

(Fortsetzung der Beilage zu No. 303 de 1890 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 1.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 8. Januar 1891.

Öffentlich:

I. Geschäftsübersicht für 1890	Seite 2.
II. Wahl der Vorsitzenden, der Protocollführer und der Commissionen	3.
III. Anfrage des Herrn Ramdohr wegen der Wasserverunreinigung	4.
IV. Desgl. wegen der nächtlichen Unsicherheit	5.
V. Selbstständiger Antrag des Herrn Fiedel auf Errichtung eines Gewerbe- gerichtes	6.
VI. Desgl. des Herrn Reiche auf Erhaltung des hiesigen Lehrerseminars	6.
VII. Desgl. der Herren Reiche und Schumburg auf Bebanung der Eichthal- straße	7.
VIII. Desgl. des Herrn Katalis auf Erwirkung von Ueberführungen an verschiedenen Bahnübergängen	7.
IX. Desgl. des Herrn Fiedel auf Einführung der elektrischen Beleuchtung in hiesiger Stadt	8.

Vertraulich:

Wahl der Gemeindesteuer-Einschätzungs-Commissionen	10.
Constituierung der sämtlichen Commissionen	10.

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadtrath Metemeyer, Stadtrath Meyer und Assessor von Frankenberg-Ludwigsdorff.

Entschuldigt die Herren Ding und Jasper.

Der bisherige Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet in Gemäßheit der bislang befolgten Praxis die erste Sitzung des neuen Jahres und heißt die erschienenen Herren, insbesondere aber die neu in die Versammlung tretenden Stadtverordneten Brückmann, Hauswaldt, Lord, Rudeloff, Schumburg, Uhde und Weber herzlich willkommen. Wenn die Versammlung stets den Grundsatz befolge, daß in derselben nur Communalpolitik getrieben werde und weder die Schachzüge der hohen Politik noch andere Rücksichten hier in Frage kommen, dann habe sie auch das Bewußtsein, stets das Beste für die Stadt gewollt zu haben, wenn auch das Erreichen dieses Zieles nicht in ihrer Hand stehe.

Hierauf giebt der Herr Vorsitzende eine

Geschäftsübersicht für 1890.

In den 12 (gegen 13 des Vorjahres) Sitzungen des Jahres 1890 sind die meisten der eingegangenen 275 (251) Sachen erledigt. Unter diesen 275 Sachen befinden sich 233 (201) Eingänge des Magistrates, 24 (17) Anträge und 6 (10) Anfragen aus der Versammlung, 7 (11) Gesuche hiesiger Einwohner, 4 (6) Steuer-Reclamations-Vorlagen und 1 (6) Steuererlaßgesuch. Hiervon sind in Commissionen vorberathen 231 (191) Sachen, nämlich in der Statutencommission 96 (57), in der Finanzcommission 57 (65), in der Baucommission 53 (56) und in der Schulcommission 25 (11) Sachen, während im Vorjahre noch (2) Sachen in besonderen Commissionen behandelt wurden.

Die hauptsächlichsten zur Berathung gestandenen Gegenstände, sowie die erwähnenswertheften Beschlüsse sind folgende: Feststellung des Stadthaushaltsplanes für 1890 und Ablehnung des 12. Simplums. Höhere Besteuerung der Actien-Gesellschaften. Neues Reglement für die Communalsteuer-Einschätzung. Neuer Normaletat für die Lehrer und Lehrerinnen an den gehobenen städtischen Schulen, sowie für Schuldienere. Canalisation und Instandsetzung des Ruffäutchenplatzes. Ankauf des Meyer'schen Grundstückes am Langenhofe. Bauprogramm für das neue Stadthaus. Unterstützung des Volksbrausebades. Uebernahme verschiedener Ortsstraßen und Erweiterung der Canalisation. Einrichtung neuer Schulclassen, Schulerweiterungsbauten und ein Schulhausneubau. Neubau der Badeanstalt. Abgabe der Dienstbotenanstalt und Ausbau des Markstalles. Aenderungen des Ortsbauplanes. Aufnahme von Processen. Regulirung des Nachtwachwesens und Vermehrung der Polizeiorgane. Anlage kleinerer Wohnungen und Durchführung einer Wohnungsquote.

Nach Mittheilung dieser Uebersicht legt der Herr Vorsitzende sein Amt nieder und bittet zur Neuwahl zunächst des Vorsitzenden zu schreiten, indem er noch bemerkt, daß die von dem Senioren-Convente bezüglich der Neuwahlen gemachten Vorschläge selbstverständlich für Niemand bindend seien.

II. Wahl der Vorsitzenden, der Protocollführer und der Commissionen.

Unter dem Voritze des Herrn Sievers, als ältesten anwesenden Mitgliedes der Versammlung, wird die Wahl des Vorsitzenden durch Stimmzettel vorgenommen. Als Ergebniß der Wahl verkündet Herr Sievers die Wiederwahl des Herrn Semler mit 23 von 24 abgegebenen Stimmen. 1 Stimme war auf Herrn Wolff II gefallen und 1 Stimmzettel unbeschrieben abgegeben. Auf Vorschlag des Herrn Sievers dankt die Versammlung Herrn Semler für die umsichtige und unparteiische Leitung der Verhandlungen im verflossenen Jahre durch Erheben von den Sigen.

Herr Semler nimmt die Wahl an und dankt gleichzeitig unter Uebernahme des Vorsizes für die ihm gewordene Ehre.

Bei der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden werden wiederum 25 Stimmzettel abgegeben. Hiervon lauten 10 auf Herrn Blasius, 8 auf Herrn Wolff II und 6 auf Herrn Wolff I, während 1 unbeschrieben ist. In der zwischen den Herren Blasius und Wolff II vorzunehmenden Stichwahl erhält Herr Wolff II 16 und Herr Blasius 9 Stimmen, so daß Ersterer gewählt ist.

Herr Wolff II nimmt diese Wahl dankend an.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden wird der bisherige Protocollführer, Eisenbahn-Betriebs-Secretair Ruthe, wiedergewählt, während die Versammlung zu dessen Stellvertreter Herrn Rudeloff bestimmt.

Ferner werden gewählt:

- in das Kirchen- und Stiftungssachen-Collegium Herr Meyer durch Zurf;
- in den Schulvorstand Herr Ramdohr mit 18 Stimmen, während deren 7 auf Herrn Hauswaldt entfallen;
- in den Schulvorstand für die beiden Mädchenschulen die Herren Uhe mit 24 und Ramdohr mit 18 Stimmen, 8 Stimmen erhält Herr Hauswaldt;
- in die Deputation für die städtische Realschule die Herren Rimpau und Rudeloff durch Zurf;
- in die Deputation für die städtische Gewerbeschule die Herren Nieß und Uhe durch Zurf;
- in die Schulcommission die Herren Blasius, Hauswaldt, Ramdohr, Reiche und Rudeloff durch Zurf;

- in die Statutencommission die Herren Blasius, Brückmann, Halle, Rudeloff, Semler, Uhde und Wolff II durch Zurf;
- in die Finanzcommission die Herren Jasper, Jüdel, Natalis, Ramdohr, Seele, Sievers und Wolff I durch Zurf;
- in das Stadtbauamt die Herren Lange mit 24 Stimmen, Halle mit 22, Hauswaldt mit 21 und Lord mit 17 von je 24 abgegebenen Stimmen; 7 Stimmen erhält außerdem Herr Seele, 2 Stimmen Herr Jüdel, je 1 Stimme Herr Rimpau, Herr Rudeloff und Herr Schumburg, während 1 weißer Stimmzettel zur Abgabe gelangt ist;
- in die Baucommission die Herren Bültemann, Nieß, Kieke, Uhde und Weber durch Zurf;
- in den Gesundheitsrath die Herren Blasius, Weber und Wilke durch Zurf;
- in die Deputation für die Gas- und Wasserwerke die Herren Wolff I und Lange mit je 25 Stimmen, Sievers mit 24 und Jüdel mit 22 Stimmen; während noch 2 Stimmen für Herrn Lord und je 1 Stimme für die Herren Nieß und Kieke abgegeben sind;
- außerdem durch Zurf:
- in die Canalbaudeputation die Herren Blasius und Uhde;
- in die Quartierbehörde die Herren Ding und Weber, zu deren Stellvertretern die Herren Schumburg und Wilke;
- in die Commission für die Einschätzung der Gewerbesteuer die Herren Jasper, Seele, Weber und Wolff I;
- in die Deputation für das Schlachthaus die Herren Meyer und Wolff I;
- in die Commission für die Einschätzung der Gebäude behufs Einquartierung die Herren Bültemann, Ding, Meyer, Ramdohr, Schumburg und Wolff I und
- in die Straßenreinigungsdeputation die Herren Bültemann und Halle.
- Da hiermit die Wahlen beendet sind, so wird zur Behandlung der inzwischen eingegangenen Anfragen und Anträge geschritten.

III. Anfrage des Herrn Ramdohr wegen der Wasserverunreinigung.

Zur Begründung der Anfrage:

„Welche Maßnahmen gedenkt der verehrliche Magistrat zu treffen, um eine Wiederkehr solcher Wasserverunreinigungen, wie sie seit Monaten zum Uel und zum Schaden der Consumenten hier vorliegen, zu verhüten?“

führt Herr Ramdohr aus, daß bezüglich der Beschaffenheit des hiesigen Leitungswassers, welches, wie allgemein bekannt, nicht allein ungenießbar, sondern selbst für jeden Gebrauch, sogar zum Waschen, untauglich sei und selbst noch im gekochten Zu-

stande als Kaffee oder Thee einen ekelhaften Geschmack besitze, etwas geschehen müsse. Da man nun nicht wisse, was in dieser Angelegenheit inzwischen veranlaßt sei, so wolle er dem Magistrate durch die Anfrage eine Anregung geben, sich hierüber zu äußern, denn die Versammlung sei wohl darin einig, daß solche Uebelstände sich im nächsten Jahre nicht wiederholen dürften.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß der Magistrat den Ausführungen des Herrn Ramdohr vollständig beistimme und daß auch bereits Verhandlungen über die vorliegende Frage im Gange und so weit gediehen seien, um der Versammlung in nicht zu ferner Zeit eine entsprechende Vorlage machen zu können.

IV. Anfrage des Herrn Ramdohr wegen der nächtlichen Unsicherheit.

Herr Ramdohr begründet die Anfrage:

„Hat der verehrliche Magistrat bereits Mittel gesucht oder gefunden, um unverzüglich der hier herrschenden unerhörten nächtlichen Unsicherheit ein Ende zu machen?“

in folgender Weise: Bekanntlich sei hier seit Mitte December fast allnächtlich ein Einbruchdiebstahl in der allerfrechsten Weise vollführt worden. Zur Steuerung dieses Unwesens haben sich die Nachtwächter als vollständig unfähig erwiesen, in Folge dessen hier ein höchst unsicherer Zustand eingerissen sei, welcher die vor den Thoren wohnenden Familienväter veranlassen müsse, Waffen zu beschaffen, um selbst den Schutz von Eigenthum und Familie in die Hand zu nehmen. Ein solcher Mißstand könne aber nicht länger so fort gehen, denn man würde sonst sogar Gefahr laufen, daß die Verbrechervelt der Nachbarstädte den Schauplatz ihrer Thätigkeit nach hier verlege und Braunschweig als ihr Eldorado betrachte, zumal auch das Gefühl des Schreckens und der Unsicherheit bereits weite Kreise der hiesigen Bürger beherrsche.

Wie Herr Oberbürgermeister Pockels erwidern bemerkt, richtet sich dieser Nothschrei in erster Linie gegen die Herzogliche Polizei-Direction, wenn auch die städtischen Behörden insofern dabei mitbetheiligt seien, als das Nachtwachwesen der Neuorganisation bedürfe. Mit dieser Angelegenheit sei nun der Magistrat augenblicklich beschäftigt und hoffe er, der Versammlung schon in ganz kurzer Zeit eine entsprechende Vorlage machen zu können. Die Erledigung der Sache habe sich dadurch etwas verzögert, daß von Seiten des Magistrates erst bei anderen Städten Erkundigungen über die Ordnung des dortigen Nachtwachwesens eingezo-gen seien. Bekanntlich habe die Regierung es abgelehnt, das Nachtwachwesen unter die autoritative Gewalt des Magistrates zu stellen und beschlossen, dasselbe bei der Herzoglichen Polizei-Direction zu belassen. Hoffentlich werde sich indessen ein Ausgleich finden, der dann zu einem beiderseits befriedigenden Schlusse führe.

V. Selbstständiger Antrag des Herrn Jüdel auf Errichtung eines Gewerbegerichtes.

Der Antrag lautet:

„Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen und den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 7. November 1889, die Errichtung eines Gewerbegerichtes betreffend, beantrage ich, nachdem das bezüglichliche Reichsgesetz am 29. Juli 1890 in Kraft getreten ist:

die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, mit der Errichtung eines Gewerbegerichtes nunmehr vorzugehen.“

Herr Jüdel bemerkt zur Begründung, daß der Antrag eine natürliche Folge seines oben erwähnten, in der Sitzung vom 7. October 1889 gestellten Antrages (Seite 241 des Protocollés) und des daraufhin am 7. November 1889 gefaßten Beschlusses der Versammlung (Seite 257) sei. Er glaube behaupten zu können, daß die theilgenommenen Kreise noch heute ebenso dringend wie damals die Schaffung eines Gewerbegerichtes wünschen. Nachdem nunmehr auch das betr. Reichsgesetz erlassen worden, könnte ein solches Gericht sehr wohl in Kraft treten.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

VI. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Erhaltung des hiesigen Lehrerseminars.

Wie Herr Reiche zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, geeignete Schritte zu thun, damit das hiesige Lehrer-Seminar der Stadt Braunschweig erhalten bleibe,“

des Näheren ausführt, haben sich in Folge der bezüglichlichen, wohl allgemein bekannten Landtags-Verhandlungen schon verschiedene Provinzialstädte des Herzogthums um das Seminar beworben. Jedenfalls werde keine andere braunschweigische Stadt ihre Bewerbung mit so gewichtigen Gründen unterstützen können, wie gerade Braunschweig. Die Bürgerschulen der Stadt gehören zu den besten Deutschlands und sei zur Erhaltung dieses guten Rufes auch das beste Lehrpersonal erforderlich. Die Stadt habe es jetzt aber in der Hand, aus dem Schülermateriale der ersten Bürgerschulclassen sich die besten und tüchtigsten Knaben auszusuchen und dieselben zur Ergreifung des Lehrerberufs zu ermuntern. Das geschehe denn auch, während den minder begabten Schülern auf entsprechende Anfragen anheimgegeben werde, sich für den Lehrerberuf nicht zu entscheiden. Da nun der Stadt Braunschweig wie keiner anderen im Lande ein außerordentlich reiches Schülermaterial zu Ge-

bote stehe und aus diesem Materiale die befähigsten Schüler für den Lehrerberuf ausgewählt werden können, so liege der doppelte Vortheil der Beibehaltung des Seminars in hiesiger Stadt auf der Hand. Einmal können auch weniger bemittelte Eltern hiesiger begabter Knaben dieselben bei Aufwendung geringer Mittel zum Lehrer ausbilden lassen und andererseits stehe der Stadt ein gutes Lehrpersonal zur Verfügung, von welchem sie wieder die besten Kräfte für sich auswählen könne.

Auch dieser Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Schulcommission zur Berichterstattung überwiesen.

VII. Selbstständiger Antrag der Herren Reiche und Schumburg auf Bebauung der Eichthalstraße.

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, bei dem Stadtbauamte zu erwirken, daß das Bauen an der Eichthalstraße gestattet werde.“

Die Eichthalstraße ist, wie Herr Reiche den Antrag begründend ausführt, allerdings noch unbefestigt, jedoch ist die Bebauung derselben ihrer Lage nach außerordentlich wünschenswerth, da die Straße an der Zuteppinnerei liege, welche über 2000 Arbeiter beschäftige, die größtentheils einen sehr weiten Weg bis zu ihrer Wohnung zurückzulegen haben. Mit Rücksicht darauf, daß schon in zwei verschiedenen Fällen auf entsprechende Gesuche um Bebauung der Straße vom Stadtbauamte abschlägige Bescheide erteilt worden, obwohl die betr. Bauunternehmer sich bereit erklärt haben, die Straßenbaukosten sofort zu hinterlegen, wolle er bitten, hier aus Gründen der Nothwendigkeit von der allgemeinen Regel, daß an unbefestigten Straßen nicht gebaut werden dürfe, einmal abzugehen und die Bebauung zu gestatten, zumal auch an anderen Straßen eine solche Erlaubniß schon wiederholt erteilt worden sei. In Anbetracht der Thatsache, daß die Errichtung von Arbeiter-Wohnhäusern gerade in jener Gegend außerordentlich wichtig sei, bitte er um Unterstützung des Antrages.

Dieser Antrag geht bei genügender Unterstützung der Baucommission zur Vorberathung zu.

VIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Natalis auf Erwirkung von Ueberführungen an verschiedenen Bahnübergängen.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, an zuständiger Stelle erwirken zu wollen, daß die Bahnübergänge an der Helmstedterstraße und an der Salzdahlumerstraße — besonders an ersterer — baldthunlichst mit Ueberführungen versehen werden und, wenn deren Herstellung für die Fahrstraßen längere Bauzeit erfordern

sollte, wenigstens provisorische Fußgängerbrücken alsbald errichtet werden."

Behufs Begründung dieses Antrages führt Herr Natalis Folgendes aus: Als im Vorjahre der Unfall auf dem Bahnübergange an der Helmstedterstraße stattgefunden, habe man sich allgemein gesagt, daß nun endlich die Eisenbahn-Verwaltung wohl für einen geeigneten Verkehrsweg, welcher die unliebsamen Verzögerungen beim Passiren der Straße beseitige, Sorge tragen werde. Da solches bislang aber noch nicht geschehen sei und die Ausführung einer derartigen Anlage erfahrungsgemäß längere Zeit in Anspruch nehme, so halte er es für eine Pflicht der Versammlung, dafür einzutreten, daß für die Zwischenzeit bis zur Fertigstellung einer definitiven Anlage wenigstens für Fußgänger in provisorischer Weise Abhilfe geschaffen und der jetzige unleidliche Zustand alsbald beseitigt werde. Nicht allein der Central-Friedhof habe den Verkehr jener Gegend erweitert, sondern auch die Zufuhr von außen sei eine bedeutendere geworden und wenn wirklich das Wohl der Mitbürger nicht so schwerwiegend sein sollte, um die Nothwendigkeit der Anlage darzuthun, so könne auch noch die bewaffnete Macht ins Feld geführt werden, welche täglich den Uebergang an beiden Straßen zu passiren habe. Aehnlich, wenn auch nicht ganz so schlimm, liegen die Verhältnisse an dem Bahnübergange der Salzdahlumerstraße. Jedenfalls würde es nach vielen Richtungen hin eine Wohlthat sein, wenn in dieser Angelegenheit endlich einmal etwas gethan würde.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

IX. Selbstständiger Antrag des Herrn Jüdel auf Einführung der elektrischen Beleuchtung in hiesiger Stadt.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordneten-Versammlung hält es für erwünscht, der Frage der Beleuchtung Braunschweigs durch elektrisches Licht jetzt näher zu treten und ersucht den Stadt-Magistrat, sich diesem Beschlusse anzuschließen.

Die Stadtverordneten-Versammlung wählt aus ihrer Mitte eine besondere Commission, welche beauftragt wird, in Gemeinschaft mit dem Magistrate bereits bestehende und in nächster Zeit in Betrieb kommende Anlagen elektrischer Stadtbeleuchtungen eingehend zu studiren, die Fortschritte auf diesem Gebiete zu prüfen und die Kosten einer theilweisen oder gesammten Beleuchtung der Stadt Braunschweig durch elektrisches Licht festzustellen.

Die Commission wird beauftragt, zu ermitteln, inwieweit die städtische Gasanstalt durch eventuelle Einführung elektrischer Beleuchtung beeinträchtigt wird und ob der der Anstalt erwachsende Schaden durch ausgedehnte Rußbarmachung des Gases zu technischen, bezw. Heizungs Zwecken auszugleichen sein würde. Der Commission wird das Recht eingeräumt, mit den vorliegenden Fragen vertraute Männer als Mitglieder zuzuziehen, wenn dieselben auch nicht den städtischen Behörden angehören.“

Herr F ü d e l begründet den Antrag in folgender Weise: Bereits vor mehreren Jahren sei ein ähnlicher Antrag gestellt worden, doch glaube er, daß die Fortschritte der Elektrotechnik in den letzten Jahren so bedeutende zu nennen seien, um den Antrag nicht mehr als verfrüht erscheinen zu lassen, zumal durchaus nicht eine sofortige Einführung der elektrischen Beleuchtung beabsichtigt werden solle. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Frage erscheine es wünschenswerth, besondere Herren zu beauftragen, um dieselbe gründlich zu studiren, denn die Nothwendigkeit der demnächstigen Einführung des elektrischen Lichtes leuchte wohl Jedermann ein. Wenn man die elektrische Beleuchtung anderer Städte nur ansehe, so genüge das noch nicht, um zu entscheiden, welche Anlage die vortheilhafteste sein werde. Dazu komme noch, daß die bevorstehenden Neubauten namentlich des Stadthauses u. s. w. den städtischen Behörden die Frage näher rücken, ob auch dort die elektrische Beleuchtung einzuführen sein möchte. Die Erörterung der Frage durch die städtischen Behörden dürfte auch genügen, um Privatunternehmer im Interesse der allgemeinen Beleuchtung davon abzuhalten, noch weitere Blocks mit elektrischer Beleuchtung zu versehen. Der zweite Theil des Antrages stehe hiermit in engster Verbindung. Die Gasanstalt bilde für die Stadt eine so erhebliche Einnahmequelle, daß nicht ohne Weiteres auf dieselbe verzichtet werden könne und es ihm nothwendig erscheine, Studien darüber zu machen, ob sich das Gas nicht anderweit verwerthen lasse. Der Oberingenieur Mitgau habe seit einiger Zeit auch schon Versuche angestellt, um den Werth des Gases zu Heizungs Zwecken darzuthun. Bezüglich der Erweiterung der Commission wolle er bemerken, daß es in der Stadt Braunschweig verschiedene Herren gebe, welche, einer seits aus Berufsrücksichten, andererseits zu ihrem Vergnügen auf dem Gebiete der Elektrotechnik eingehende Studien gemacht haben und daher als Mitglieder solcher Commission der Stadt von großem Werthe sein würden.

Der genügend unterstützte Antrag wird ebenfalls der Finanzcommission zur Berichterstattung überwiesen.

Der Herr Vorsitzende schließt sodann die öffentliche Sitzung, nachdem noch die Protocolle № 11 und 12 von der Versammlung genehmigt waren.

In vertraulicher Sitzung wird zunächst die Wahl der Gemeindesteuer-Einschätzungs-Commissionen vorgenommen und zwar werden gewählt:

- für den Augusthorbezirk: als Stadtverordnete die Herren Ramdohr, Hauswaldt, Fiedel und Kimpau; als Beisitzer die Herren Aug. Bültemann, Wilh. Diederich, Wilh. Former, Joh. Mohr, Herm. Siedler jun. und Rob. Zinkeisen;
- für den Steinthorbezirk: als Stadtverordnete die Herren Sievers, Bültemann, Halle, Natalis und Wolff II; als Beisitzer die Herren Friedr. Beckmann, Joh. Engler, Herm. Raacke, Karl Schrader, Otto Schrader und Otto Tolle;
- für den Wendenthorbezirk: als Stadtverordnete die Herren Jasper, Lorb, Kiefe, Uhde und Rudeloff; als Beisitzer die Herren Ernst Vardenwerper, Wilh. Könncke, C. A. Müller, Heinr. Trampe, Ad. Weinschenk und Herm. Wurm;
- für den Petrihorbezirk: als Stadtverordnete die Herren Seele, Blasius, Reiche und Schumburg; als Beisitzer die Herren Herm. Dallinger, Franz Drewes, Carl Engel, Emil Böhr, Rob. Melzer und Theod. Scheller;
- für den Hohethorbezirk: als Stadtverordnete die Herren Wolff I, Ding. Nieß und Weber; als Beisitzer die Herren Carl Amelung, Otto Hohnrodt, Wilh. Lages, W. Mathy, R. Rittmeyer und Otto Stohmann;
- für den Wilhelmithorbezirk: als Stadtverordnete die Herren Meher, Brückmann, Lange und Wilke; als Beisitzer die Herren Leop. Bierberg, Carl Bührmann, Theod. Diedrich, Carl Ebeling, Julius Kehrhorn und Carl Kiefe.

Nachdem sich dann noch die verschiedenen Commissionen durch die Wahl von Vorsitzenden constituirt hatten, wird die Sitzung geschlossen.

Schluß 6 Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 15. Januar 1891.

Öffentlich:

I. Der Stadthaushaltsplan für 1891	Seite 12.
II. Erstattung von Wasserrohrkosten in der Nord- und Sophienstraße	" 36.
III. Verlängerung des Canals in der Fasanenstraße	" 37.
IV. Erwerb von Straßenflächen am Riddagshäuserwege	" 37.
V. Erstattung von Kosten für Gas- und Wasserrohre in der Marthastraße	" 37.
VI. Ankauf des Rickel'schen Hauses am Altstadtmarkte und Aenderung der Baulinie daselbst	" 38.

Vertraulich:

Pensionirung einer Lehrerin	" 41.
Wahl von Bezirks-Vorstehern, deren Stellvertretern und Armenpflegern	" 41.
Besprechung des Einschätzungsverfahrens bei Neuzugezogenen	" 41.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Schöttler, Metemeyer, Heymann und Meyer, sowie Assessor von Frankenberg-Ludwigsdorff.

Entschuldigt die Herren Ding und Lange; später erscheinen die Herren Südel, Seele und Semler.

Die Sitzung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff II eröffnet, welcher sofort zur Erledigung der Tagesordnung schreiten läßt.

I. Der Stadthaushaltsplan für 1891.

Die Berichterstattung hat namens der Finanzcommission, wie in früheren Jahren, Herr Wolff I übernommen. Da der Etat nebst einem erläuternden Begleitschreiben allen Mitgliedern der Versammlung frühzeitig zugegangen ist, so werden commissionsseitig nur solche Punkte hervorgehoben werden, welche Anlaß zu einer Besprechung gegeben haben. Das Einverständnis der Versammlung zu jeder einzelnen Etatsposition wird vorausgesetzt, sofern nicht Widerspruch erhoben wird.

1. Etat der Stadtcasse.

A. Ordinarium.

Cap. I. Cämmerei=Vermögen:

Einnahme 136 586,14 M.

Ausgabe 549 687,85 M.

Sinsichtlich des Leonhardsplatzes ist, wie Herr Wolff I berichtet, vom Magistrate in der Commissionsitzung die Auskunft ertheilt worden, daß die Städtische Bauverwaltung zur Berichterstattung darüber aufgefordert sei, ob es nicht einen besser geeigneten Platz für die Abhaltung von Messen und Märkten gebe. Im Uebrigen solle die hiesige Schützengesellschaft nicht grundsätzlich abgeneigt sein, wegen Ueberlassung des Schützenplatzes zu einem derartigen Zwecke in Verhandlung zu treten. Bei dieser Gelegenheit sei allerdings auch bemerkt worden, daß der größere Theil der Platzmiethen vom Leonhardsplatz in die Cassé der Herzoglichen Landesregierung fließe, so daß erst noch Verhandlungen wegen Ablösung dieses Rechtes gepflogen werden müßten. Auf das Ersuchen der Commission, auch den kl. Exercierplatz von dem Onus des Johannismarktes, des Circus u. zu befreien, sei erwidert, daß, so lange das Sedanfest auf dem Platze abgehalten würde, auch der Johannismarkt dort stattfinden könnte. Wenn nun die Commission keinen Anlaß genommen habe, einen Antrag auf Aenderung des gegenwärtigen Zustandes zu stellen, so sei dieses in der Ueberzeugung geschehen, daß nach Auffindung eines geeigneten Platzes jedenfalls Wandel geschaffen werde.

Bezüglich der Wiederverpachtung der reservirten Centralfriedhofs-Länderei sei auf Anfrage der Commission die Auskunft geworden, daß die neuen Pachtverträge von 6 zu 6 Jahren laufen, der Magistrat sich indeß das Recht vorbehalten habe, mit Schluß eines Erntejahres diejenigen Ländereiabschnitte zurückzufordern, welche im Laufe des nächsten Jahres zu Friedhofs Zwecken erforderlich werden, ohne daß eine Entschädigung, außer für Gail und Gare, zu leisten sei. Auf die Frage, ob nicht ein größerer Abschnitt schon jetzt mit Bäumen bepflanzt

werden könne, habe der Magistrat geantwortet, daß solches schon aus dem Grunde schwer angängig sei, weil die vorhandenen Arbeitskräfte durch den bereits bebauten Friedhofstheil vollständig in Anspruch genommen würden und sich eine Vermehrung der Arbeitskräfte wohl schwer rechtfertigen lasse.

Die Anfrage eines Commissionsmitgliedes, ob der Beschluß der Versammlung auf Anlegung zweier diagonalen Wege über den Leonhardsplatz schon zur Ausführung gekommen sei, habe eine Beantwortung dahin gefunden, daß solches mit Rücksicht auf die kalte Witterung noch nicht habe geschehen können, daß indessen der Auftrag zur alsbaldigen Ausführung erteilt sei.

Herr Nieke stellt die Anfrage, was aus dem stadtseitig zu Straßenzwecken angekauften vormal's Huch'schen Hause werden solle, ob man es zu diesem Zwecke weiter reserviren oder wieder verkaufen wolle.

Herr Stadtrath Metemeyer erwidert, daß beim Magistrate vor 14 Tagen das fragliche Straßenproject in Verbindung mit dem Projecte Wendestraße—Kaiserstraße eingegangen sei und der Magistrat sobald als thunlich der Versammlung eine Vorlage zugehen lassen werde; ob indessen die Vorlage sich auf das Project Hagenmarkt—Nideknüll erstrecken werde, erscheine noch fraglich, weil die Sache nicht so einfach liege und der Magistrat sich hierüber noch nicht habe schlüssig werden können. Es sei jedenfalls besser, sich die Sache noch einmal zu überlegen, selbst wenn man das Haus deshalb ein halbes Jahr sollte leer stehen lassen.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

Cap. II. Kirchliche Zwecke:

Einnahme —, Ausgabe 3438,50 M.

Cap. III. Unterrichtswesen:

Einnahme 325 373,91 M., Ausgabe 844 056,41 M.

Die Beschlußfassung erfolgt nach Genehmigung der Specialetats für die einzelnen Schulen.

Cap. IV. Kunst und Wissenschaft:

Einnahme —, Ausgabe 12 126,30 M.

Die hier ausgeworfene Remuneration des Bibliothekar-Assistenten Dr. Rentwig, welcher die werthvollen alten Schriften der Bibliothek zu ordnen hat, wird erst im Jahre 1892 in Wegfall kommen können, da die fraglichen Arbeiten dann erledigt sein werden. Mit Genugthuung ist die Erhöhung der laufenden Ausgabe für Unterhaltung und Vermehrung der Sammlungen des Museums von 1200 M auf 3000 M begrüßt worden.

Cap. V. Armenpflege:

Einnahme 116 000 M., Ausgabe 268 300 M.

Die Beschlußfassung erfolgt nach Erledigung des Specialetats A. VIII.

Cap. VI. Medicinalwesen:

Einnahme —, Ausgabe 1070 M.

Cap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste:

Einnahme 616,67 M., Ausgabe 2117,17 M.

Gelegentlich der Berathung dieses Capitels fanden sich bei den Mitgliedern der Commission und, wie die Debatte zeigte, auch bei anderen Mitgliedern der Versammlung Sympathien dafür, der Schützen-Gesellschaft diejenigen 600 M wieder zu bewilligen, welche dieselbe eine lange Reihe von Jahren bis zum Jahre 1888 von der Stadt erhalten habe. Da indessen nach der Erklärung des Magistrates ein bezüglicher Antrag der Gesellschaft noch nicht vorliege, so könne dieser zunächst abgewartet werden.

Cap. VIII. Feuerlöschwesen:

Einnahme 14 225 M., Ausgabe 51 800 M.

Cap. IX. Ortspolizei:

Einnahme 30 662,90 M., Ausgabe 247 057 M.

Hinsichtlich der Bedürfnisanstalt am Magnithore harrt die Platzfrage immer noch der Entscheidung. Die frühere Vorlage sei an die Baucommission zurückverwiesen und scheine dort vergessen zu sein. Jedenfalls werde der jetzige Vorsitzende dafür sorgen, daß die Sache in diesem Jahre zu anderweiter Berathung verstellt werde.

Herr Wille möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Anstalt nach dem Muster derjenigen am Steinhore und nicht derjenigen am Kohlmarke eingerichtet werde, weil erstere viel praktischer sei.

Der Herr Berichterstatter hebt noch hervor, daß eine Verbesserung und Vergrößerung der Bedürfnisanstalt an der Catharinenkirche, sowie die Herrichtung einer Anstalt für das weibliche Geschlecht für nothwendig befunden und der letztere Punkt auch vom Magistrate in Erwägung gezogen sei.

Herr Rieke will auf den traurigen Zustand der sämtlichen Bedürfnisanstalten während der jetzigen kalten Jahreszeit aufmerksam machen. Der Wärter habe die Anstalten öfter von Schnee und Eis zu reinigen, bezw. aufzuthauen, damit man überhaupt hineinkommen könne. Namentlich zeichne sich in dieser Beziehung die Anstalt an der Brüdernkirche aus.

Herr Wolff I kann diesen Ausführungen nur zustimmen, da die fragliche Anstalt geradezu als ein Stiefkind bezeichnet werden müsse. Bezüglich der anderweiten Organisation des Nachtwachwesens gedenke der Herr Oberbürgermeister einige Mittheilungen zu machen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will mit Bezug auf die in der vorigen Sitzung stattgehabten Verhandlungen über die nächtliche Unsicherheit in der Stadt mittheilen, daß inzwischen mit der Herzoglichen Polizei-Direction eine Vereinbarung getroffen sei, nach welcher diejenigen 17 Nachtwächter, welche nach Maßgabe des bestehenden Reglements nur halben Dienst bis 1 Uhr Nachts haben, bis auf Weiteres die ganze Nacht hindurch gehen und zwar sollen dieselben in der Weise vertheilt werden, daß davon 5 auf die Wallpromenaden, welche dann während der ganzen Nacht von 10 Wächtern begangen werden, entfallen und sich der Begang für die Außenstadt in der Weise gestalte, daß dort jetzt 36 Wächter gehen. Außerdem übernehmen noch 15 Polizei-Sergeanten während der ganzen Nacht den Nachtwachdienst. Ueberdies sei der Herzoglichen Polizei-Direction eine Prämie zur Ertrappung des Diebes, der in bekannter Weise die nächtliche Sicherheit gefährde, zur Verfügung gestellt. Eine Vorlage über die hieraus erwachsenden Ausgaben werde demnächst erfolgen.

Wegen der Anbringung neuer Laternen sind in der Commissionsberathung, wie der Herr Berichterstatter weiter erörtert, verschiedene Wünsche laut geworden, welche indessen auf Befürwortung des Magistrates bis zur Berathung einer demnächst zu erwartenden besonderen Vorlage zurückgestellt seien.

Herr Reiche bittet, bei Erneuerung des Pferdebestandes nur solche Thiere zu beschaffen, welche den Anstrengungen vor den schweren Wagen gewachsen seien.

Cap. X. Straßen- und Canalbau:

Einnahme 2100 M.

Ausgabe 49328 M.

Die Commission wünscht unter die neu zu pflasternden Straßen auch den Radekint mit aufzunehmen.

Herr Halle bittet die Legung der Canäle gleichzeitig mit den Hausanschlüssen und zwar von derselben Dienststelle besorgen zu lassen, damit nicht solche Verzögerungen wie in der Mönchstraße, woselbst die Anschlüsse erst später gelegt sein sollen, wieder vorkommen. Man möge beide Arbeiten der Canalbau-Verwaltung übertragen, dann brauche man nicht zu warten, bis die Direction der Gas- und Wasserwerke zur Legung der Anschlüsse Zeit habe, sondern es liege dann Alles einheitlich in einer Hand.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß es bisher bei der Verlegung von Canälen in bebauten Straßen immer üblich gewesen sei, die betheiligten Anlieger aufzufordern, ihre etwa beliebten Anschlüsse zu machen, bezw. soweit sie dazu verpflichtet seien, dieselben herrichten zu lassen. Sollte von diesem Grundsatz einmal abgewichen sein, so liege ein Versehen vor und wolle er sich darnach erkundigen. Welcher Vortheil übrigens darin erblickt werden könne, die Anschlüsse von der Canalbau-Deputation ausführen zu lassen, vermöge er nicht zu übersehen, da der Techniker der Canalbau-Deputation und des Wasserwerkes dieselbe Person sei.

Herr Wilke möchte darauf aufmerksam machen, daß die für Instandhaltung der chauffirten Plätze im Innern der Stadt ausgeworfene Summe von 200 M unzulänglich sei, da schon allein der Platz an der Michaeliskirche sich in einem so schauerhaften Zustande befinde, um diese Summe allein zu verbrauchen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert darauf, daß der Platz nicht zum Ressort der Stadtverwaltung gehöre.

Cap. XI. Gemeindesteuern und sonstige Abgaben:

Einnahme 1 247 400 M, Ausgabe 3780 M.

Die Berathung hierüber erfolgt am Schlusse.

Cap. XII. Staatsbedürfnisse. u.:

Einnahme 113 600 M, Ausgabe 18 350 M.

Cap. XIII. Stadtverwaltung:

Einnahme 29 100 M, Ausgabe 173 579,50 M.

Der Magistrat ist, wie der Herr Berichterstatter weiter ausführt, entgegen der im Begleitschreiben zum Etat kundgegebenen Ansicht, jetzt schon zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Einnahme für Einziehung der Versicherungsbeiträge von der Ausgabe überboten werde; ein Betrag sei aber in den Etat noch nicht eingestellt. An den Herrn Oberbürgermeister sei gelegentlich der Commissionsberathung das Ersuchen gerichtet, mit den bis zum Jahre 1886 gelieferten sehr interessanten Verwaltungsberichten fortzufahren, derselbe habe sich hierzu aber außer Stande erklärt und gleichzeitig betont, daß es der Errichtung einer statistischen Stelle bei der Stadtverwaltung bedürfen würde, um daß nöthige Material zu solchen Berichten herbeizuschaffen. Ferner sei die Frage aufgeworfen, ob es nicht wünschenswerth erscheine, wie in anderen Städten, so auch hier, von Monat zu Monat Mittheilungen über die Bewegung der Bevölkerungszahl zu veröffentlichen. Er wisse allerdings nicht, ob der Magistrat hierauf einen Einfluß geltend machen könne, oder ob der Wunsch an die Herzogliche Polizei-Direction zu richten sei, jedenfalls habe er die Angelegenheit im vielseitigsten Interesse hier zur Sprache bringen wollen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will diesen Punkt in Erwägung ziehen und hofft, daß sich solche Einrichtung wohl treffen lasse.

Herr Blasius hält es ebenfalls für außerordentlich wünschenswerth, derartige Veröffentlichungen zu bekommen.

Cap. XIV. Insgemein:

Einnahme 31 909,29 M, Ausgabe 18 958,18 M.

Wiederholung:

Einnahme und Ausgabe 1 606 200 M.

B. Extraordinarium.

Cap. I. Bewegung des Stammvermögens:

Einnahme 100 136,13 M., Ausgabe 136,13 M.

Der Herr Berichterstatter verweist hier ausdrücklich auf die bezüglichlichen Bemerkungen des Begleitschreibens, in welchen ausgeführt worden, wie die Stadt den vorübergehenden Geldbedarf gedeckt habe. Zu Ende des Jahres würden voraussichtlich größere Geldmittel verfügbar sein, deren endgiltige Verwendung jetzt noch nicht feststehe. Andererseits seien aber auch verschiedene Projecte, welche mit der 1887er 5-Millionen-Anleihe zur Ausführung gebracht werden sollten, noch zurückgeblieben, wie der Bau des Stadthauses, des städtischen Krankenhauses, des Bauhofes, der Gewerbeschule u. Hierfür würden die Gelder demnächst ihre Verwendung finden.

Cap. II. Vorrathsvermögen:

Einnahme 896 140,58 M., Ausgabe 470 000 M.

Cap. III. Verkaufte bezw. angekaufte Grundstücke:

Einnahme 149 623,29 M., Ausgabe 9463,87 M.

Die aus dem Verkaufe der vor der neuen städtischen Turnhalle an der Petri-thorpromenade belegenen Bauplätze, sowie der alten städtischen Turnhalle auf Abbruch resultirenden, hier vorgesehenen Einnahmen fließen möglicherweise erst im Jahre 1892 in den Stadtsäckel, weil es im Plane der Bauverwaltung liege, die neue Turnhalle erst im Herbst 1891 in Betrieb zu nehmen. Das Meyer'sche Grundstück finde sich noch nicht unter den anzukaufenden Grundstücken, weil dasselbe erst im Jahre 1892 übernommen zu werden brauche und ein früherer Ankauf nicht nothwendig erscheine.

Cap. IV. Erstattete Vorschüsse, bezw. Bauten und öffentliche Anlagen:

Einnahme —, Ausgabe 604 300 M.

Cap. V. Insgemein:

Einnahme 1000 M., Ausgabe —.

Wiederholung:

Einnahme 1 146 900 M., Ausgabe 1 083 900 M.

Ueberschuß 63 000 M.

2. Etats der mit der Stadtcasse in Verbindung stehenden Verwaltungen.

I. Städtische Realschule:

Einnahme und Ausgabe 79 349,41 M., Fehlsomme 36 400 M.

II. Städtische höhere Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 75 832 M., Fehlsomme 29 100 M.

III. Städtische Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 53 282 M., Fehlsomme 21 800 M.

IV. Lehrerinnen-Seminar.

Einnahme und Ausgabe 5100 M., Fehlsomme 2050 M.

V. Bürgerschulcasse.

Einnahme und Ausgabe 591 593 M., Fehlsomme 422 400 M.

Die Landesregierung hat, wie der Herr Berichterstatter ausführt, zu diesem Etat einen Zuschuß von 27 400 M gegeben, um mit demselben das Schulgeld zu ermäßigen und die Lehrmittel einem Theile der Schüler freizugeben. Die städtischen Behörden haben nun f. B. die Verwendung des Zuschusses in der Weise beschlossen, daß sie das Schulgeld der unteren Bürgerschulen für jedes erste Kind von 5 M auf 4 M ermäßigten und für jedes folgende Kind fortfallen ließen, während die Lehrmittel den sämtlichen Schülern und Schülerinnen frei geliefert werden sollten. Diese Verwendungsweise habe nun, wie magistratsseitig mitgetheilt worden, nicht vollständig die Genehmigung der Herzoglichen Landesregierung gefunden, indem dieselbe auf dem Standpunkte stehe, daß auch den Kindern aus den mittleren Bürgerschulen etwas von der Wohlthat zuzuwenden sei. Demnach werde die Versammlung noch auf zu erwartende Magistratsvorlage ihren bezüglichen Beschluß zu ändern haben.

Im Anschluß hieran theilt der Herr Berichterstatter eine Uebersicht über die der Stadt erwachsenden Unkosten für je ein Kind der verschiedenen Schulen mit.

Hiernach hat die Stadt zuzuschießen für ein Kind

im Jahre

	1889	1890	1891
	M	M	M
der städtischen Realschule	67	71	77,50
„ höheren Mädchenschule	44	48	54,40
„ Mädchenschule	37	42	41
„ Bürgerschule	35	37	38

Ohne den Zuschuß aus der Klosterreinertragscasse und der Kreiscommunalcasse würde jedes Kind in den Bürgerschulen noch 3 M mehr kosten, so daß die verhältnißmäßig billigste Schule für die Stadt z. B. die städtische Mädchenschule sei.

Einer Aenderung in dem vorliegenden Etat bedürfe es auf Seite 95, woselbst das Gehalt des Lehrers Beeße um 200 M zu niedrig bemessen sei, wofür dann zur Wiederherstellung des Gleichgewichts der Dispositionsfonds der städtischen Behörden auf Seite 100 unter k um 200 M herabgesetzt werden könne. Bemerkenswerth sei, daß nach dem Etat ungefähr zwei Drittel aller Lehrer im Jahre 1891 eine Zulage erhalten werden.

Wie der Herr Vorsitzende mittheilt, ist hierzu von Herrn Nieß folgender Antrag gestellt:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, den hiesigen Bürgerichullehrern einen Wohnungsgeldzuschuß von 200 M jährlich zu gewähren, bezw.

falls vorstehender Antrag nicht die Billigung der Versammlung finden sollte, zu beschließen, daß denjenigen Lehrern der hiesigen Bürgerschulen, welche bis zum 16. Dienstjahre unter 2400 M Gehalt jährlich beziehen, ein Wohnungsgeldzuschuß von jährlich 200 M bewilligt werde, welcher bei Erreichung des Gehaltsjages von 2400 M in Wegfall kommt.“

Herr Nieß führt zur Begründung aus, daß die vorjährigen Aenderungen der Lehrergehälter nur einem Theile der Lehrerschaft zu Gute gekommen seien, indem nur 33 Lehrer mehr als 50 M Aufbesserung erfahren haben, während ungefähr 130 Lehrer leer ausgegangen seien. Der Schuldirector Schaarschmidt habe ihm gegenüber die Gewährung eines Wohnungsgeldzuschusses an die Lehrer für wünschenswerth bezeichnet, damit dieselben nicht in Folge ihres geringen Einkommens die Lust zum Unterrichten verlieren. Jedenfalls dürfe auch der Lehrer durch sein kärgliches Gehalt nicht gezwungen werden, unverheirathet zu bleiben. Er bitte um Unterstützung des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte bemerken, daß sich der Schuldirector Schaarschmidt ihm gegenüber in anderer Richtung ausgesprochen habe. Da sich der Antrag in seinen Folgen noch gar nicht übersehen lasse, so stelle er anheim, denselben als einen selbstständigen zu behandeln. Der Schulvorstand habe seinerseits in Folge eines Gesuches bereits Veranlassung genommen, eine nochmalige Ermittlung über die Gehalts- und Arbeitsverhältnisse der Lehrer in anderen Städten anzustellen und werde sich je nach dem Ergebnisse dieser Ermittlungen vielleicht mit einer Eingabe an die städtischen Behörden wenden. Er wolle nur noch hervorheben, daß einmal die hiesigen Lehrer gegenüber den Lehrern der benachbarten großen Städte im Gehalte besser gestellt seien und daß letztere nach den bis jetzt eingelaufenen Mittheilungen mehr Unterrichtsstunden zu geben haben, als man hier fordere. In hiesiger Stadt sei die Arbeitskraft des Lehrers sehr wenig angestrengt, denn wenn man dieselbe mit der von städtischen Beamten vergleiche, so stelle sich heraus, daß die Lehrer etwa die Hälfte der Dienstzeit eines Beamten abzuwickeln haben. Man würde daher in eine Erwägung darüber einzutreten haben, ob nicht unter Verbesserung der Gehaltsverhältnisse auch die Arbeitslast des Lehrers vermehrt werden könne, so daß derselbe eine höhere Zahl von Pflichtstunden bekomme, bei welchem Verfahren sich eine Gehaltsaufbesserung ohne besondere Erhöhung der Gesamtausgaben durchführen lasse.

Der Herr Berichterstatter hat hierzu zu bemerken, daß der Nieß'sche Antrag seine volle Sympathie besitze, wenn er andererseits sich auch dem Wunsche

des Herrn Oberbürgermeisters anschließe, den Antrag als einen selbstständigen zu behandeln.

Herr Nieß hält seine Mittheilung hinsichtlich der Aeußerung des Schuldirectors Schaarschmidt aufrecht und kann dieselbe durch zwei Zeugen, welche er bei den Verhandlungen zur Hand gehabt habe, belegen. Was die geschäftliche Behandlung des Antrages betreffe, so habe er gegen den Vorschlag des Herrn Oberbürgermeisters nichts einzuwenden. Im Uebrigen gebe er anheim, ein nach der Kopfszahl zu berechnendes Dispositionsquantum durch den Etat zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wird nach genügender Unterstützung der Schulcommission zur Vorberathung überwiesen.

Der Herr Berichterstatter macht noch darauf aufmerksam, daß der Schulvorstand die Aufwendungen für das Reinigen der gesamten Schulräume einer gründlichen und besonders einheitlichen Neuordnung unterzogen habe, nach welcher die Schuldiener für sämtliche von ihnen vorzunehmende Reinigungsarbeiten und für Beschaffung aller hierzu erforderlichen Geräthe u. eine nach dem Flächeninhalte der zu reinigenden Räume berechnete Entschädigung von 20 \mathcal{M} pro qm und Jahr erhalten. In ähnlicher Weise sollen auch die Schuldiener der gehobenen städtischen Schulen, wenn auch in Form einer Pauschalsumme, entschädigt werden.

VI. Städtische Turnhalle:

Einnahme und Ausgabe 1300 \mathcal{M} , Fehlsomme —.

VII. Städtische Fortbildungs- und Gewerbeschule:

Einnahme und Ausgabe 37600 \mathcal{M} , Fehlsomme 17432,50 \mathcal{M} .

Die Herzogliche Haupt-Finanzcasse leistet außerdem einen Zuschuß von 12935,50 \mathcal{M} , so daß der gesammte Zuschuß 30368 \mathcal{M} beträgt.

VIII. Armenkasse nebst Anhang:

Einnahme und Ausgabe 268300 \mathcal{M} , Fehlsomme 152300 \mathcal{M} .

Hierbei ist zu bemerken, daß nach einem Abkommen die armen tuberculösen Kranken dem Herzoglichen Krankenhause und dafür der Stadt andere Kranke überwiesen werden. Zu solchem Zwecke beabsichtigt man 24 neue Betten einzurichten.

Herr Oberbürgermeister Pockels ergänzt diese Mittheilung noch dahin, daß die Baracke zur Aufnahme der Betten wegen des anhaltenden Frostwetters noch nicht habe zur Aufstellung kommen können.

IX. Straßenreinigungs-Institut:

Einnahme und Ausgabe 112800 \mathcal{M} , Fehlsomme 86684 \mathcal{M} .

Dieses Capitel hat, wie der Herr Berichterstatter ausführt, Anlaß zu vielen und theilweise auch berechtigten Klagen gegeben. Es sei im Allgemeinen betont, daß die Hoffnungen, welche sich an diese städtische Einrichtung geknüpft haben,

bis jetzt wenigstens noch lange nicht in Erfüllung gegangen seien. Wenn nun auf der einen Seite dem größeren Theile der Hausbesitzer Lasten abgenommen worden, so habe andererseits die Reinlichkeit in der Stadt nicht zugenommen. Eins glaube er widerspruchlos behaupten zu können: während früher die Polizeiorgane sehr aufmerksam, für manche Bürger sogar zu aufmerksam darüber wachten, daß keine Unordnungen auf den Straßen vorkämen, sei jetzt gerade die entgegengesetzte Praxis eingerissen. Namentlich seien die Bestimmungen des Statuts, betr. die Abänderung des §. 12 der Straßenpolizeiordnung, nach welchen die Grundstücksbesitzer 2c. verpflichtet bleiben, längs ihrer Grundstücke nach Bedarf und jedenfalls auf polizeiliche Erinnerung außerordentliche Säuberungen der Straßen vorzunehmen, den Unrath fortzuschaffen, die Hausgassen 2c. zu reinigen und zur Winterzeit die Fußwege und Gassen von Schnee und Eis möglichst rein zu halten, vornehmlich in der letzten Zeit nicht mehr so streng beobachtet und auch von den Organen der Herzoglichen Polizei-Direction nicht mehr so fest gehandhabt worden, wie solches im Interesse einer guten Straßenreinigung wünschenswerth erscheine. Auch das Herzogliche Staatsministerium solle eine gleiche Beobachtung gemacht und bereits an die Herzogliche Polizei-Direction eine Verfügung erlassen haben, die ausführenden Organe mehr zur Aufmerksamkeit anzufeuer. Aus diesem Grunde werde man während der letzten Tage eine auffallende Lebhaftigkeit in den Straßen gefunden haben. An den Bürgersinn der Mitbewohner sei die energische Bitte zu richten, nach Pflicht und Kräften dazu beizutragen, daß Braunschweig eine reinliche Stadt bleibe. Als fernerer Uebelstand habe man die mangelhafte Abfuhr von Schnee und Eis aus den Straßen der Stadt hervorgehoben und sei es eine unbestreitbare Thatfache, daß namentlich in den verkehrsreichen Straßen sich die Einrichtungen als durchaus unzulänglich erwiesen haben. Die Deputation habe anerkannt, daß die ihr zur Verfügung stehenden Mittel in Bezug auf den Pferde- und Wagenbestand unzulänglich seien und auch das vorhandene Aufsichtspersonal nicht ausreiche. Den Klagen über mangelhafte Pflege der Pferde habe ein Mitglied der Deputation durch die Erklärung die Spitze abgebrochen, daß dieser Uebelstand in der Deputation selber schon zur Sprache gekommen und eine Erhöhung der Rationen für die Pferde beschlossen sei, indem man den Verpflegungsfuß von 1,50 M pro Tag und Pferd auf 1,70 M erhöht habe. Da nun außerdem die nöthig werdenden neuen Wagen viel leichter bestellt werden sollen, so hoffe man, den Wünschen der Versammlung auch in dieser Beziehung Rechnung zu tragen. Unter diesen Umständen habe die Commission davon Abstand genommen, zu diesem Capitel einen bestimmten Antrag zu stellen, er sei aber ermächtigt, ausdrücklich den Wunsch auszusprechen, daß bei den Berathungen der Deputation über die Erweiterung des ganzen Instituts vor allen Dingen auch eine weitgehendere und sorgfältigere Aufsicht in Betracht gezogen werde. Man theile ziemlich allgemein die Ansicht, daß

vielleicht sogar mit denselben Kräften ganz entschieden mehr geleistet werden könne, sobald in dieser Beziehung etwas geschehe.

Herr Nieß wünscht mehr Einheitlichkeit in das Reinigungsweisen gebracht zu sehen, denn was nütze es, in allen Gassen das Eis aufhauen zu lassen, wenn dasselbe dann ruhig liegen bleibe, um von den Wagen wieder in die Gasse hineingefahren zu werden. Die Anordnungen der Polizei müßten sich mit den Einrichtungen der Straßenreinigung decken. Außerdem sei die Rede gewesen von den kleinen Pferden und den großen Wagen, welche aussehen, als wenn ein Paar Wagen vor dem Wagen gingen. Nach der Aeußerung eines Sachverständigen fehlen den Wagen auch Vorhängegeschwengel, so daß sie sich nicht gegenseitig Vorspanndienste leisten könnten. (Widerspruch.) Eine mangelnde Aufsicht über die Fuhrwerke habe er in dem Umstande wahrgenommen, daß die Fahrer, sobald sie glauben unbeobachtet zu sein, Trab fahren, wozu die Gespanne wirklich nicht angethan seien. Bei einer etwaigen Vermehrung des Fuhrparks bitte er, die Wagen in Zukunft hierorts anfertigen zu lassen. Endlich halte er es noch für angezeigt, daß die Deputation den Burggraben vor der Burg Dankwarderode in den Kreis ihrer Aufsicht ziehe, damit in demselben nicht wieder todte Wagen mehrere Tage liegen bleiben, ohne daß sich Jemand bewogen finde, die Reinigung anzuordnen.

Herr Wilke hält es für wünschenswerth, daß die städtischen Fuhrwerke nach Verständigung mit der Herzoglichen Baudirection auch den Schlamm von den Straßen vor den Thoren mit abfahren; denn der Baudirection fehle es nur an Transportmitteln, sonst würde sie den Schlamm nicht 10 cm hoch 8 Tage lang auf der Frankfurterstraße liegen lassen haben. Er bitte den Magistrat, sich in dieser Richtung mit der Herzoglichen Baudirection ins Einvernehmen zu setzen.

Herr Kiefe hält es für zweckmäßig, das jetzt zum Korfschneiden verwendete Personal mit in den Straßenreinigungsdienst einzustellen und überhaupt solche, die selbstständigen Gewerbetreibenden arg schädigenden Nebenbeschäftigungen seitens der Stadtverwaltung aufzugeben. Auf entsprechende Gesuche um Aufgabe dieses Nebengewerbes hätten die Interessenten eine Antwort nicht erhalten. Ferner gebe er anheim, leichtere Wagen zu beschaffen, denn die jetzigen schweren Kanonen seien für die heutige Zeit vollständig ungeeignet. — Bei der Gölldenklinke scheine man über die technischen Schwierigkeiten nicht wegkommen zu können, trotzdem die Zustände dort jeder Beschreibung spotten: weggelaufenes Blut, menschliche Excremente u. liegen dort durcheinander und verpesten die Luft. Die jetzige Straßenreinigung bringe es mit sich, daß die Hausbesitzer ihre Häuser alle zwei Jahre könnten anstreichen lassen, während solches früher vielleicht nur alle vier bis fünf Jahre erforderlich gewesen sei, denn in Folge des furchtbaren Staubes verdreckten die

Häuser schon nach kurzer Zeit ebenso wie in den Kohlenrevieren. Daß die Straßen nicht mehr so reinlich aussehen, wie früher, könne man schon bei oberflächlicher Beobachtung finden, immerhin müßte man aber dem Institute Zeit zur Entwicklung und Vervollkommenung lassen.

Herr Bültemann will als Mitglied der Deputation die vorhandenen Uebelstände durchaus nicht in Abrede stellen, er bitte aber zu berücksichtigen, daß man es mit einer Einrichtung zu thun habe, welche noch im Entstehen begriffen sei und die daher noch nicht fertig sein könne. Man dürfe von einer Leitung, welche erst seit kurzer Zeit ihre Thätigkeit aufgenommen habe, nicht gleich eine tadellose Ausführung verlangen, namentlich wenn man berücksichtige, ein wie großes Terrain gegen früher zu reinigen sei. Braunschweig habe eine ganz enorme Ausdehnung erhalten und die Deputation kämpfe mit bedeutenden Schwierigkeiten. Beispielsweise seien bis Morgens 10 Uhr von der Mauernstraße schon 26 Fuder Eis abgefahren und man habe kaum sehen können, wo dieses Quantum fortgenommen sei. Dazu komme, daß dort die Canalisation fehle und das ganze Schmutzwasser mit von der Straße fortgeschafft werden müsse. Von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang lassen sich bei den jetzigen kurzen Tagen die geschilderten Uebelstände nicht beseitigen, dazu bedürfe es längerer Zeit.

Herr Stadtrath Schöttler möchte als Vorsitzender der Straßenreinigungs-Deputation auf die vorgebrachten Beschwerden antworten. Wenn hier gesagt sei, daß die Keillichkeit im Allgemeinen in der Stadt nicht zugenommen haben solle, so könne er dieser Ansicht entgegenhalten, daß ihm von den verschiedensten Seiten anerkennende Worte über die Fortschritte in Bezug auf die Keillichkeit gezollt seien. Zu solcher Ueberzeugung müsse man auch kommen, wenn man sich erinnere, wie es früher gegen jetzt in der Stadt ausgesehen habe. Im Uebrigen befinde sich die Deputation erst seit verhältnißmäßig kurzer Zeit in Wirksamkeit und selbst in dieser kurzen Zeit liegen Fälle und Veranlassungen vor, welche die Deputation häufig hinderten, so energisch vorzugehen, wie sie es für wünschenswerth gehalten habe. Man hätte auf Persönlichkeiten, welche sich große Verdienste erworben, eine gewisse Rücksicht nehmen und ein Auge zudrücken müssen über Verschleppungen, welche sonst nicht vorgekommen wären. — Was die Eis- und Schneeabfuhr betreffe, so wolle er bemerken, daß seit dem Jahre 1870/71 kein Winter dagewesen sei, welcher sich hinsichtlich des Maßes der Eisbildung auch nur annähernd mit dem laufenden Winter vergleichen lasse. Bekanntlich halte der Frost jetzt schon 9 Wochen ununterbrochen an und sei inzwischen nur an einigen wenigen Tagen Thauwetter eingetreten, während fortgesetzt große Massen von Schnee gefallen seien. Daß solche Witterungsverhältnisse aber zur Bildung ungeheurer Eismassen führen, könne sich Jeder leicht erklären. Die Abfuhr sei in diesem Jahre nicht mangelhafter gewesen als früher, denn während man in früheren Jahren meter-

hohe Schnee- und Eisberge auf den Straßen habe liegen sehen können, seien solche in diesem Jahre trotz des vielen Schnees nicht zu bemerken gewesen. Beispielsweise befinden sich am heutigen Tage 32 Fuhrwerke mit über 100 Arbeitern in Thätigkeit. Jeder Wagen fasse über 4 cbm und fahre 4—6 Mal in einem Tage beladen ab. Weitere Fuhrwerke zu beschaffen sei sehr schwierig, zumal bei einer größeren Zahl die Aufsicht sich noch schwieriger handhaben lasse. Die Deputation habe sich die größte Mühe gegeben und namentlich sei der erste Beamte bei der Straßenreinigung ein in seiner Stellung so hervorragend tüchtiger Mensch, daß er es für bedenklich halten müßte, dessen Stelle mit einem anderen Beamten zu besetzen. Wenn noch mehr Kräfte eingestellt werden sollten, sei die Deputation damit gern zufrieden, aber das koste eventuell viel Geld. — Hinsichtlich der Pferde habe die Deputation auch schon die Ueberzeugung gewonnen, daß dieselben für die Wagen zu leicht seien. Da nun wegen der in Aussicht genommenen größeren Erweiterung der Abfuhr ein Nachtragsetat vorgelegt werden müsse, so könne hierbei gleichzeitig auf die Beschaffung stärkerer Pferde und leichter Wagen Bedacht genommen werden. Vom 19. December ab habe man zunächst versuchsweise die Pferderationen verstärkt und jetzt sei dieser Versuch zum Definitivum gemacht worden, so daß die Pferde jetzt bezw. 18, 15 und 12 π Hafer erhalten. — Das Trabfahren habe er früher selber gerügt und dürfe solches namentlich in den engen Straßen der Innenstadt nicht geschehen, wogegen es für die Pferde nicht sehr gefährlich sei, wenn einmal vor den Thoren mit leeren Wagen behufs Gewinnung von Zeit Trab gefahren werde. Daß auch in dieser Beziehung trotz aller Strenge Uebertreibungen vorkommen, stehe nicht zu verhindern, da man sich nicht auf Jeden absolut verlassen könne, jedoch lasse sich noch mehr thun, wenn der Deputation einige weitere Aufseher bewilligt würden.

Herr Uhde: Wenn man diese von der Stadt angeschafften vorgeschichtlichen Wagen einem Eisenbahn-Schachtmeister schenken wollte, könnte er sie nicht nehmen, weil er sich bei Benutzung derselben pecuniär ruiniren würde. Aber nicht allein beim Eisenbahnbau, sondern auch in Städten wie Paris, London &c., wofelbst man einen größeren Werth auf das Geld legen müsse, habe man andere, zweckmäßigere Gefährte in Dienst gestellt. Die Fortschaffung des Straßendrecks bestehe in drei Arbeiten, nämlich in dem Ausladen, Fortfahren und Wiederabladen. Wenn diese drei Arbeiten immer gemacht werden müssen, so koste das drei Theile Geld, könne man aber das Abladen vermeiden und die Wagen mit einem Ruck kippen, so werde der eine Theil der Ausgabe erspart. Aus diesem Grunde finde man in vielen größeren Städten zu solchem Zwecke Kippwagen, bei welchen nöthigenfalls auch mehrere Pferde vor einander gehakt werden könnten und möchte er bitten, bei der Vermehrung des hiesigen Wagenparks auf dieses rationelle Gefährt mit Bedacht zu nehmen.

Herr Stadtrath Schöttler will hierzu bemerken, daß mit der Beschaffung der jetzt vorhandenen Wagen die Deputation absolut nichts zu thun gehabt habe, wohl aber sollen hierbei einige Herren aus der Versammlung mitgewirkt haben. Persönlich halte er die jetzigen Wagen auch für zu schwer und werde er mit Hülfe der übrigen Deputationsmitglieder, welche gleicher Ansicht seien, zweckmäßigere Wagen zu ermitteln suchen und vielleicht auch einen Versuch mit Rippwagen machen. Jedenfalls werde Herr Uhde die Freundlichkeit haben, der Deputation bei der Auffindung einer besseren Construction behülflich zu sein.

Herr Halle verspricht als Mitglied der Deputation eine Berücksichtigung der bei der Straßenreinigung hervorgetretenen Mängel, wenn auch nicht alle hier vorgebrachten Beschwerden, so namentlich die mangelhafte Reinigung der Trottoire und Gassen von Schnee und Eis zu dem Ressort der Deputation gehören. Was die Abfuhr anlange, welche im November ein Jahr bestanden habe, so sei dieselbe als eine Einrichtung des verstorbenen Directors Reuter von der Deputation übernommen. Alle von Reuter ausgehenden Berechnungen seien nur ein Griff gewesen, weil sich Niemand, Mangels jedweder festen Unterlage, auf bestimmte Zahlen habe stützen können und letztere erst noch durch die Praxis geschaffen werden müßten. Auch die ganze Eintheilung des Dienstes habe zu manchen Mängeln Veranlassung gegeben. Stellenweise seien die Wagen zu voll geladen gewesen und zwar sei solches namentlich nach Festtagen und in zu großen Fahrbezirken wahrgenommen worden, so daß eine Theilung dieser Bezirke erfolgen werde. Es würden sich überhaupt nur wenige Mitglieder der Versammlung einen Begriff davon machen können, welche Massen von Straßendreck abzufahren seien. Im vorigen Jahre habe man 10 128 Fuhren — 3229 aus der Außenstadt und 6899 aus der Innenstadt — an 105 Abfuhrtagen mit zusammen 35 458 chm bewältigt, das bringe auf den Tag 118 chm. Man stelle sich nun einmal vor, welche Arbeitskraft erforderlich sei, um solche Schmutzmassen zu bewältigen. Die Deputation habe sich redlich bemüht, die Sache nach der Ueberlieferung Reuters möglichst ins Gleis zu bringen, damit die Einrichtung zur Zufriedenheit wirke. Bezüglich der Pferde müsse sich die Deputation mehr auf den Hofthierarzt Bies verlassen und dieselben kaufen, sofern dieser sie für tauglich halte. — Herrn Nieß habe er zu erwidern, daß das Aufhauen und Abfahren des Eises immer Hand in Hand gehe, wenn auch einmal Ereignisse eintreten könnten, welche eine Abweichung von dieser Regel gebieterisch forderten. Als Haupterforderniß müsse gelten, zuerst die Hauptverkehrsstraßen frei zu machen und dann könne man doch unmöglich in allen Straßen zu gleicher Zeit abfahren lassen. Wer die Mauerstraße nicht selber gesehen habe, mache sich gar keinen Begriff von den Eisbergen, welche dort bis in die Hausthüren hinein gelegen haben. Eisblöcke von 40 cm Stärke seien dort fortgeschafft und die Anwohner haben Sand streuen müssen, damit das Thauwasser nicht in ihre Häuser dringe. Mit 26 Fudern sei kaum die

Hälfte der Strecke von der Fallerleberstraße bis zur Gildenklnke gesäubert worden. — Die Straßenreinigung vor den Thoren lasse allerdings zu wünschen übrig, aber hierfür habe nicht die Deputation, sondern die Bauverwaltung zu sorgen und werde dieselbe mit dem vorhandenen ungenügenden Personale allerdings nichts auszurichten vermögen, so daß man in Ueberlegung nehmen könne, ob nicht auch die Straßenreinigung vor den Thoren von der Stadt mit zu übernehmen sei. — Herrn Riefe gegenüber bemerke er, daß die jetzt zum Korkschneiden verwendeten Mannschaften der Feuerwehr auch fernerhin zur Reserve bei vor kommenden Bränden im Feuerwehrgebäude zurückgehalten werden müßten, so daß deren anderweite Beschäftigung vermuthlich nicht angängig sei. — Bezüglich des vielen Staubaufwirbelns durch die Reinigungsmaschinen habe er zu bemerken, daß vor jedesmaliger Reinigung die Straßen gesprengt werden und man daher Alles thue, um den Staub zu vermeiden. Man müsse allerdings berücksichtigen, daß die besprengten Straßenflächen im Sommer schnell wieder abtrocknen und die Staubbildung sich dann schwer vermeiden lasse. — In der Finanzcommission sei auch noch über die Unreinlichkeit des Personals und der Wagen gesprochen. Bei dem Personale werde sich allerdings eine allzu große Reinlichkeit niemals erzielen lassen, denn wenn Jemand den ganzen Tag Dreck aufladen müsse, so könne derselbe nicht als ein Muster von Reinlichkeit dienen; die Wagen dagegen würden alltäglich mit den Hydranten gereinigt und zwischendurch auch einmal gestrichen, so daß die Deputation glaube, in dieser Beziehung das Mögliche gethan zu haben. — Was nun die Reinigung überhaupt anlange, so sei die Stadt in drei Bezirke getheilt und während eine Section in dem einen Stadttheile die Hauptreinigung — bestehend in gründlicher Säuberung der Fahrbahnen und der Trottoire — vornehme, werde in einem anderen Stadttheile die sogenannte oberflächliche Reinigung — bestehend in dem Abfegen der Trottoire 2c. — ausgeführt. Wenn stets eine vollständige Reinigung in allen Stadttheilen vorgenommen werden sollte, so müßte das Personal entsprechend verstärkt und hierfür durch den Nachtragsetat eine erhebliche Summe bewilligt werden. Das Reinigungsinstitut erfordere aber auch schon ohnedies in der nächsten Zeit erhebliche Aufwendungen, so für die Erweiterung eines erst kürzlich erbauten Stalles und für die Beschaffung eines Raumes zur Aufnahme der Rehrmaschinen 2c. Wenn die Versammlung der Deputation hinsichtlich der Bewilligung von Mitteln mit Wohlwollen entgegenkommen wolle, dann werde auch noch mehr geleistet werden können. Im Uebrigen habe er die Beobachtung gemacht, daß die Braunschweiger gewöhnlich mit ihren eigenen Einrichtungen am wenigsten zufrieden seien, während die Bewohner anderer Städte das nicht so machen, denn der Berliner hebe seine Stadt meistens bis in den Himmel, hier dagegen suche man seine staatlichen und städtischen Einrichtungen nach Kräften in Mißcredit zu bringen.

Herr Wolff II möchte der letzten Aeußerung entgegentreten. Die Deputation treffe, darin sei sich die Versammlung wohl einig, nicht der geringste Vorwurf und es habe auch noch kein Redner an dem Pfllichteifer derselben gezweifelt, vielmehr sei die ganze Schuld darauf zurückgeführt, daß, abgesehen von dem Ober-Aufscher, welchen ebenfalls kein Vorwurf treffe, das vorhandene Personal und Material in Quantität und theilweise auch in Qualität nicht genüge. Diese Thatsache falle aber der Deputation nicht zur Last, sondern sie könnte mit der Versammlung auf entsprechende Abhilfe Bedacht nehmen. Den dem Herrn Stadtrath Schöttler gemachten Complimenten würden sich allerdings in der Versammlung nur wenige Mitglieder anschließen. Der ungeheure Aufschwung, welchen die Stadt genommen, bringe andere Anforderungen an die Reinlichkeit derselben mit sich und die städtischen Behörden müssen bestrebt sein, dem Wachsen der Stadt auch die erforderliche Reinlichkeit anzupassen. Da die ganzen Mängel auf das nicht genügende sachliche und persönliche Material zurückzuführen seien, so werde die Versammlung auf bezügliche Anforderung der Deputation gewiß sehr gern die erforderlichen Mittel zur Vervollständigung dieses Materiales bewilligen und sei er überzeugt, daß bei reichlicheren Mitteln auch die Erfolge bessere werden. Bis jetzt sei es noch keinem Mitgliede der Versammlung eingefallen, subjectiv einem Mitgliede der Deputation Vorwürfe zu machen, aus welchem Grunde er die bezügliche Bemerkung des Herrn Halle zurückweisen müsse, auch werde Jedermann die lobenswerthen Einrichtungen unserer Stadt gern anerkennen.

Herr Stadtrath Schöttler bemerkt, daß die Deputationsmitglieder in keiner Weise irgend welche persönliche Bezugnahmen auf sich in dem Tadel, welcher hier ausgedrückt worden, erblickt haben. Im Uebrigen werde die Deputation Alles anbieten, um den Nachtragsetat derartig zu formiren, daß sie allen ausgesprochenen Wünschen gerecht werden könne, was sich natürlich auch in den Zahlen geltend machen müsse.

Herr Nieß ist Herrn Wolff II dankbar, die Debatte wieder auf den sachlichen Standpunkt zurückgeführt zu haben. Herrn Halle gegenüber wolle er noch bemerken, daß seiner Erfahrung nach die Braunschweiger außerhalb auch nichts auf ihre Stadt kommen ließen, was die Versammlung jedoch nicht hindern dürfte, aufgetretene Mängel in den städtischen Einrichtungen zu kritisiren.

Herr Halle hat ebenfalls nicht angenommen, daß die erhobenen Vorwürfe persönlich gegen ihn und seine Collegen gemünzt seien, sondern er habe nur von den Braunschweigern im Allgemeinen gesprochen.

Herr Wolff I als Berichterstatter erhält das Schlußwort: Er habe bei allen seinen Ausführungen selbstverständlich nur einen sachlichen, niemals einen persön-

lichen Standpunkt einnehmen wollen, aber nach dem alten Spruche, der eigentlich in jedem Hause angebracht sein sollte: „Mensch erkenne dich selbst“ halte er die Mitglieder der Versammlung als Väter und Verordnete der Stadt für verpflichtet, die Uebel hervorzuheben, welche sich ihrem Auge aufgedrängt haben, damit die Deputation dieselben in den Kreis ihrer Berathungen ziehen könne. Hinsichtlich der Abfuhr glaube er gern, daß gerade in diesem Jahre sehr viel zu leisten sei, er möchte indessen auch die Vermuthung aussprechen, daß nicht immer so rührig wie gestern und heute gearbeitet worden, wenigstens habe er persönlich nichts davon bemerkt. Der freundlichen Beachtung der Deputation wolle er noch die Klage vortragen, daß die Abholung der Kehrrichtgefäße nicht immer pünktlich stattfinden solle. Sodann habe er noch hervorzuheben, daß die Behördenhäuser und die den Behörden unterstellten Straßenstrecken hinsichtlich der Reinigung entschieden hinter den seitens der Bürger zu reinigenden Straßenstrecken zurückbleiben und scheine ihm, als ob es in dieser Beziehung an einer ordnungsmäßigen Beaufsichtigung fehle. Beispielsweise habe er die Fußsteige vor der Polizeiwache am Petriithore in einem so schauerhaften Zustande gefunden, daß er Gefahr gelaufen sei, sich dort den Fuß zu brechen. Es müsse bei dieser Gelegenheit ganz besonders darauf hingewiesen werden, daß auch die Behörden die Pflicht haben, auf ihren Strecken die Bürgersteige von Schnee und Eis reinigen zu lassen und könne von dem hier ausgesprochenen Tadel selbst das Stadthaus nicht ausgenommen werden, während die Promenaden sich stets in einem guten Zustande befinden.

X. Wegebaucaasse:

A. Unterhaltung.

Einnahme und Ausgabe 86600 M., Zuschuß 56000 M.

Der Herr Berichterstatter spricht den Wunsch aus, daß die Instandsetzung des noch nicht chaussirten Weges am kl. Exercierplatze baldigst in Angriff genommen werde, da die Instanderhaltung des Weges schließlich mehr koste, als wenn derselbe in Ordnung wäre.

B. Neubau.

Einnahme und Ausgabe 432000 M., Zuschuß 212000 M.

Neu aufgenommen sind folgende Straßenbauten: Durchbruchstraße zwischen Hohethor und Madamenweg, Petristraße, Altemwiekring zwischen Kastanienallee und Husarenstraße, Höfenstraße, Sophienstraße und Umgebung, Döringstraße zwischen Hedwig- und Juliusstraße, Juliusstraße, Langelcamp, Verbindungsstraße zwischen der kl. Bertramstraße und der Leonhardstraße, Bertramstraße zwischen Willier- und Lachmannstraße. — Unter

den sonstigen Aufwendungen findet sich die Summe von 25 000 M für die Einrichtung eines Lagerplatzes für Straßenbaumaterialien.

Zu bemerken sei hier noch, daß der Ausbau der Maschstraße zwischen Garten- und Wehrstraße durch die Schuld eines einzigen Einwohners verzögert werde.

XI. Städtisches Gaswerk:

Einnahme 877 071 M, Ausgabe 766 383,50 M.

Ueberschuß 110 687,50 M.

Nach dem Voranschlage wird, wie der Herr Berichterstatter ausführt, nicht beabsichtigt, den Preis des Gases zu erhöhen, obwohl der sehr viel höhere Kohlenpreis hierzu einen recht triftigen Anlaß bieten könnte. Maßgebend für diese Entscheidung des Magistrates und der Deputation sei die Erwägung gewesen, daß das Gaswerk in den letzten Jahren so sehr bedeutende Ueberschüsse geliefert habe und man immer noch einen so hohen Ueberschuß annehmen dürfe, um zunächst eine Erhöhung des Gaspreises nicht nöthig erscheinen zu lassen. Die durch Reuter's Tod eintretende Aenderung im Gehalte sei noch nicht berücksichtigt, weil sich die zukünftige Ausgabe noch nicht veranschlagen lasse. Die von dem Gaswerke zu tragenden nicht unbedeutenden Zinsen für die in eigener Vererbung befindlichen Ueberschußgelder seien in den Etat nicht eingestellt und habe die Commission von der Stellung eines Abänderungsantrages nur abgesehen, weil in diesem Jahre eine Neuordnung der finanziellen Verhältnisse des Gaswerkes stattfinden und der verbleibende Ueberschuß auch nach Abzug der Zinsen die veranschlagte Höhe voraussichtlich erreichen werde.

XII. Städtisches Wasserwerk:

Einnahme 247 310 M, Ausgabe 218 257,59 M.

Ueberschuß 29 052,41 M.

Es möchte der Hinweis interessieren, daß der ganze veranschlagte Ueberschuß auf Rechnung des Privat-Einrichtungsgeschäftes zu setzen sei, trotzdem gegen das Vorjahr eine Mehreinnahme von 28 000 M für Wasser durch Wassermesser vorgehen worden. Hieraus gehe hervor, daß thatsächlich am hiesigen Orte das Wasser so billig sei wie nirgends, wofür es allerdings zur Zeit auch so schlecht sei, wie an keinem anderen Orte. Auf den letzteren Punkt solle mit Rücksicht auf die bezüglichen Verhandlungen der vorigen Sitzung nicht näher eingegangen werden, zumal hoffentlich auch in dieser Beziehung Wandel geschaffen werde.

XIII. Neustadtmühle:

Einnahme 32 150 M, Ausgabe 31 150 M.

Ueberschuß 1000 M.

Der eigentliche Stadthaushaltsplan ist hiermit zu Ende. Es erübrigt nur noch, die bislang ausgesetzte Beschlußfassung über Cap. XI „Gemeindesteuern“ nachzuholen. Da man nach der Ansicht des Magistrates auf Grund des bisherigen Wachstums der Steuerkraft für das Jahr 1891 bei Ausschreibung von 11 Einheiten einen das voraussichtliche „Ist“ des Jahres 1890 um 50 000 M übersteigenden Ertrag erwarten darf, so werden 11 Einheiten etwa 1 133 000 M liefern, und dieser Ertrag wird sich ohne Zweifel auf den etatsmäßigen Bedarf von 1 216 000 M erhöhen, wenn bei Veranlagung der nächstjährigen Gemeindesteuer die in Vorbereitung befindliche Steigung der Scala von der niedrigsten bis zur höchsten Steuerklasse in dem Verhältnisse von 1 : 5 — statt des jetzigen Verhältnisses von 1 : 4 — stattfinden wird. Hiernach beantragt der Magistrat, zu beschließen:

- a. daß die Gemeindesteuer für 1891 wiederum mit 11 Einheiten ausgeschrieben werde,
- b. daß die von den Steuerpflichtigen der beiden untersten Classen zu entrichtende Gemeindesteuer für das Jahr 1891, wie solches in den Vorjahren geschehen, außer Hebung bleibe.

Die Commission hat für die neue Feststellung der Scala die Einheit etwas anders gestaltet, indem sie die jetzigen ungefähren Sätze der besseren Berechnung wegen von 11 auf 10 Steuereinheiten vertheilt habe. Hiernach werde es unter ungefährrer Beibehaltung der jetzigen Steuerverhältnisse bei den Einkommen unter 7000 M ebenso verbleiben, wie es bis jetzt gewesen sei, da die Steuern voraussichtlich genügen würden, um das Gleichgewicht des städtischen Haushalts herbeizuführen. In dieser Erwägung empfehle die Commission, den obigen beiden Magistratsanträgen vorbehaltlich der anderweiten Festsetzung der Gemeindesteuerscala zuzustimmen.

Die Versammlung schließt sich diesem Antrage in jeder Beziehung an.

3. Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushaltes für 1891,
einschließlich der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung
stehenden städtischen Verwaltungen:

Cap.	Verwaltungszweig	Einnahme		Ausgabe		Ueberschuß		Fehlsumme	
		M	ℒ	M	ℒ	M	ℒ	M	ℒ
I.	Gämmereivermögen . . .	136 586	14	349 687	85	—	—	213 101	71
II.	Kirchenwesen	—	—	3 438	50	—	—	3 438	50
III.	Unterrichtswesen	—	—	522 607	50	—	—	522 607	50
IV.	Kunst und Wissenschaft	—	—	12 126	30	—	—	12 126	30
V.	Armenpflege	—	—	152 300	—	—	—	152 300	—
VI.	Medicinalwesen	—	—	1 070	—	—	—	1 070	—
VII.	Bereinswesen u. Volks- feste	616	67	2 117	17	—	—	1 500	50
VIII.	Feuerlöschwesen	14 225	—	51 800	—	—	—	37 575	—
IX.	Ortspolizei	30 662	90	247 057	—	—	—	216 394	10
X.	Straßenbau	2 100	—	49 328	—	—	—	47 228	—
XI.	Gemeindesteuern	1 247 400	—	3 780	—	1 243 620	—	—	—
XII.	Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse . . .	113 600	—	18 350	—	95 250	—	—	—
XIII.	Stadtverwaltung	29 100	—	173 579	50	—	—	144 479	50
XIV.	Insgesam	31 909	29	18 958	18	12 951	11	—	—
	Zusammen	1 606 200	—	1 606 200	—	1 351 821	11	1 351 821	11

Damit ist der Stadthaushaltsplan für das Jahr 1891 dem Antrage des Magistrates gemäß festgestellt worden.

Der Herr Berichterstatter giebt darauf eine Uebersicht über das Verhältniß der einzelnen Etatsabschnitte zu den gesammten Einnahmen und Ausgaben, welche sich in folgender Weise darstellt:

A. Einnahme:

	1889	1890	1891
Gemeindesteuern	85,12 %	87,07 %	92,00 %
Staatszuschüsse	6,80 "	7,08 "	7,04 "

	1889	1890	1891
Insgemein	2,16 $\frac{0}{100}$	3,45 $\frac{0}{100}$	0,96 $\frac{0}{100}$
Fehlsumme	5,92 "	2,40 "	— "
	100 $\frac{0}{100}$	100 $\frac{0}{100}$	100 $\frac{0}{100}$

B. Ausgabe:

	1889	1890	1891
Gämmereivermögen	12,35 $\frac{0}{100}$	14,00 $\frac{0}{100}$	15,76 $\frac{0}{100}$
Kirchenwesen	0,30 "	0,27 "	0,25 "
Unterrichtswesen	39,64 "	39,13 "	38,66 "
Kunst und Wissenschaft	0,77 "	0,75 "	0,90 "
Armenpflege	13,80 "	12,23 "	11,27 "
Medicinalwesen	0,09 "	0,09 "	0,08 "
Bereinswesen u.	0,13 "	0,16 "	0,11 "
Feuerlöschwesen	3,88 "	3,01 "	2,78 "
Ortspolizei	14,55 "	16,77 "	16,01 "
Straßenbau	3,10 "	2,52 "	3,49 "
Stadtverwaltung	11,39 "	11,07 "	10,69 "
	100 $\frac{0}{100}$	100 $\frac{0}{100}$	100 $\frac{0}{100}$

Es steht nunmehr zur Berathung:

4. Der Anhang.

I. Canalbaucaasse.

A. Neubau:

Einnahme und Ausgabe 855 800 M.

Aufzunehmende Anleihen 841 300 M.

An neu aufgenommenen Canalbauten sind im Etat folgende Straßen und Plätze vorgesehen:

a. im Innern der Stadt:

Bammelsburgerstraße, Wilhelmstraße, an der Catharinentirche, Casparistraße und Regidentkirchhof;

b. in der Außenstadt:

Helmstedterstraße, verlängerte Sophienstraße, Straße an der Nordseite des Felsentellers, Parallelstraße der Juliusstraße und verlängerte Döringstraße.

B. Unterhaltung:

Einnahme und Ausgabe 106 700 M., Zufluß 34 130 M.

Von besonderer Wichtigkeit ist, wie der Herr Berichterstatter weiter ausführt, ein zu diesem Etat vorliegender Antrag des Magistrates. Letzterer beantrage

nämlich, mit Rücksicht darauf, daß das Canalnetz in seinem wesentlichen Theile nicht geschaffen werde, um einem augenblicklichen Bedürfnisse zu entsprechen, sondern auch für eine längere Zukunft Fürsorge treffe, einen Betrag von 12 000 M Zinsen aus dem Neubau- und nicht aus dem Unterhaltungsetat zu bestreiten, damit nicht die gegenwärtige Generation die durch die Canalisation geschaffene Last allein zu tragen habe. Die Summe von 12 000 M sei ein Griff, welchem die Erwägung zu Grunde liege, daß es nicht angemessen erscheine, über einen Beitrag von 1,5 % des Grundsteuercapitals hinauszugehen. Namens der Finanzcommission habe er zu dieser Auffassung seine vollste Zustimmung zu erklären und den Antrag des Magistrates zur Annahme zu empfehlen. Die Finanzcommission schlage daher vor, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Canalabgabe für das Jahr 1891 auf 1,5 % des Grundsteuercapitals festgesetzt und die Summe von 12 000 M aus dem Neubaufonds gedeckt werde.

Herr Halle muß sich gegen diesen Antrag erklären, da er es schon früher als eine Ungerechtigkeit bezeichnet habe, die Lasten der Canalisation den Hauseigenthümern allein aufzuerlegen. Diesen Standpunkt nehme er noch heute ein und bitte daher, die im Etat als „Beiträge der Hauseigenthümer“ vorgesehene Summe von 46 270 M auf die Gemeindesteuer mit zu übernehmen und die Hauseigenthümer von der Last der Canalsteuer zu entheben, da doch die Canalisation der ganzen Einwohnerschaft zu Gute komme und daher auch von dieser gemeinsam getragen werden müsse. Es handle sich hier um ein so großartiges Unternehmen, daß sich z. B. gar nicht absehen lasse, welche Lasten den Hauseigenthümern durch dasselbe noch aufgebürdet werden können. Jetzt sei die Summe verhältnißmäßig klein und die Stadtverwaltung habe es noch in der Hand, den früher gefaßten Beschluß abzuändern. Wäre dieser Beschluß überhaupt nicht gefaßt, würde der Magistrat jedenfalls vielen Unannehmlichkeiten aus dem Wege gegangen sein. Bis zu einer vollständigen Canalisation könnten noch viele Jahre vergehen, so daß also bis dahin viele Häuser gar nicht zur Canalsteuer herangezogen werden könnten, weil sie noch in offene Umfluthgräben u. entwässern, wodurch sie von der Steuerlast befreit würden.

Der Herr Vorsitzende würde es für richtiger gehalten haben, vor der Stellung dieses Antrages die Ausschreibung der 11 Simplen zu beanstanden, da sonst die Deckung der Summe im Etat fehle.

Herr Halle stimmt der Ansicht zu, daß hierfür eine neue Einnahmequelle geschaffen werden müsse, er wolle deshalb darauf hinweisen, daß durch die von Herrn Nieß vor zwei Jahren beantragte Einrichtung städtischer Sparcassen jedenfalls die ganze Summe gedeckt werden könnte und es ihm daher zweckmäßig erscheine, auf eine baldige Erledigung dieser beim Herzoglichen Staatsministerium ruhenden Angelegenheit hinzuwirken. Ferner sei schon früher einmal die Uebernahme der Landes-Lotterie seitens der Stadt angeregt worden. Da nun jetzt

wieder ein Lotterieantheil frei geworden (Widerspruch), so wünschte er wohl, daß der Magistrat diese Sache im Auge behielte und die nicht unbedeutende Einnahme dem Stadtsäckel zuzuführen suchte.

Herr Wolff I. hält den Antrag des Herrn Halle, soweit er sich auf die Genehmigung des laufenden Stats beziehe, für unzulässig. Die Einstellung der Einnahme aus der Stadtcasse und aus den Beiträgen der Anlieger in den Unterhaltungsetat sei erfolgt auf Grund eines gültigen Statuts. So lange aber dieses Statut nicht abgeändert worden, müsse den Vorschriften desselben gemäß beschloffen werden. Wenn daher Herr Halle eine Aenderung vorzunehmen wünsche, so könne solches nur auf Grund eines selbstständigen, die Aenderung des Statuts betreffenden Antrages geschehen, dessen Einbringung derselbe sich, unter Genehmigung des laufenden Stats, vorbehalten möchte. Wenn demnächst ein solcher Antrag vorliegen sollte, werde er denselben vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus auf das Strengste bekämpfen, denn so lange nicht die sämmtlichen Gebäude der Stadt an die Canalisation angeschlossen seien, dürften auch die nicht angeschlossenen Gebäude nicht zur Mittragung der Canalkosten herangezogen werden. Es genüge wirklich, daß die Stadtcasse schon jetzt ein Drittel der Kosten trage. Nach dem Vorschlage des Herrn Halle müßten auch solche Einwohner, welche sich einen eigenen Canal halten, oder welche dem Canalneße überhaupt noch nicht angeschlossen seien, die öffentlichen Canallasten mit tragen, was eine unberechtigte Härte in sich schließen würde. — Hinsichtlich der Lotteriefrage bedauere er, die Hoffnung des Herrn Halle auf eine neue Einnahme gründlich zerstreuen zu müssen, denn einmal sei der fragliche Antheil nicht frei geworden, sondern gehe contractlich auf die Erben über und dann sei ihm auch bekannt, aus welchem Grunde die Herzogliche Landesregierung den Antrag des Magistrates auf Uebertragung der Lotterie seiner Zeit abgelehnt habe. Von der Regierung sei nämlich gesagt, sie halte das Risiko bei der Lotterie für ein derartig großes, daß sie glaube, es selbst nicht auf sich nehmen zu dürfen; wenn solche Bedenken aber schon bei der Regierung in Frage kämen, könnte sie auch die Schultern der Stadt nicht für geeignet halten, das Risiko zu übernehmen. Diese Ansicht der Regierung werde sich aber voraussichtlich auch heute noch nicht geändert haben. Sollte später einmal die Canallast von der gesammten Einwohnerschaft getragen werden müssen, so gebe es zur Aufbringung der Kosten auch noch andere Mittel und könnte man vielleicht die städtischen Betriebsanstalten aus solcher Veranlassung einmal bluten lassen. Vorläufig müsse indeß mit Rücksicht auf die vorliegenden Verhältnisse hiermit noch gewartet werden.

Herr Halle zieht aus den soeben dargelegten Gründen seinen Antrag zurück, behält sich aber die Einbringung eines gleichartigen selbstständigen Antrages vor. Im Uebrigen halte er eine gleichmäßige Abwägung der Lasten und Vortheile unter

der gesammten Einwohnerschaft für sehr schwierig, denn die Bewohner der Außenstadt entbehrten beispielsweise der Fußwege, trotzdem dieselben zu den Straßenbaukosten ebenfalls voll herangezogen würden. Wenn man sich gar zu streng auf den Rechtsstandpunkt stellen wolle, müsse man es aus den von Herrn Wolff I angeführten Gründen schon für eine Ungerechtigkeit halten, daß die Stadtcasse ein Drittel zu den Unterhaltungskosten der Canalanlagen zahle. (Herr Wolff I: Compromiß.) Wenn sie aber zu einem Drittel herangezogen werde, könne sie auch die ganze Last tragen. (Widerspruch.)

Herr Niese fragt an, ob die Canalisation der Mauernstraße noch nicht ausgeführt werden solle.

Herr Stadtrath Schöttler erwidert, daß verschiedene Gründe obwalten könnten, um die Canalisation einer Straße hinausschieben zu müssen: einmal mangle es öfter an Arbeitskräften, dann wieder wolle man die Canalisation mit der Straßenpflasterung in Verbindung bringen und bei manchen Straßen, wie auch bei der Mauernstraße, fehle es an der nöthigen Vorfluth. Dieselbe werde für die Mauernstraße durch die Canalisation der Wilhelmstraße geschaffen werden, so daß die Mauernstraße hoffentlich im Jahre 1892 an die Reihe komme.

Die Versammlung nimmt hierauf den Antrag der Finanzcommission an.

II. Städtisches Schlachthaus:

Einnahme und Ausgabe 121 000 M. Zinsen und Schuldentilgung 46 604,56 M.

Dem Ansatze der Schlachtgebühren liegt die Annahme zu Grunde, daß im Jahre 1891 geschlachtet werden:

2400	(2400)	Ochsen und Stiere . . .	à 3,25 M	=	7 800 M
5400	(5400)	Kühe und Rinder . . .	" 2,00 "	=	10 800 "
34000	(36000)	Schweine	" 1,25 "	=	42 500 "
9000	(9600)	Kälber	" 0,60 "	=	5 400 "
9000	(8800)	Schafe und Ziegen . . .	" 0,30 "	=	2 700 "
200	(160)	Pferde	" 2,50 "	=	500 "

und demnach an Schlachtgebühren insgesammt aufkommen 69 700 M.

III. Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde:

Einnahme und Ausgabe 19 022,52 M.

Zur Disposition 1527,52 M.

Herr Brückmann möchte beantragen, der Handelsschule aus diesem Etat 500 M statt 200 M zu bewilligen und außerdem die im Etat der Bürgerschulcasse vorgesehene Einnahme von der Handelsschule im Betrage von 200 M zu streichen, so daß dieselbe neben freier Benutzung der Schulräume von der Stadt einen Zuschuß von 500 M erhalten würde. Die Handelsschule diene nicht nur dem Kaufmannsstande, sondern sie werde vielfach auch von Schreibern, Unterbeamten u. besucht

und besitze demnach den Charakter einer gemeinnützigen Anstalt, welche der Unterstützung würdig sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet, auch diesen Antrag als einen selbstständigen zu behandeln, da ihm nicht gegenwärtig sei, in welcher anderen Richtung die Handelsschule noch eine Subvention erhalte.

Herr Brückmann entgegnet, daß die Handelsschule von der Stadt nur einen Zuschuß von 200 M. erhalte, welcher indessen für Miete, Gas u. wieder angerechnet werde, während das Herzogliche Staatsministerium und die Handelskammer noch einen Zuschuß von je 500 M. bewilligen. Eine weitere Unterstützung thue der Schule aber mit Rücksicht auf den weiteren Ausbau des Handelsschulwesens und das billige Schulgeld Noth.

Da der Herr Vorsitzende es aus dem vom Herrn Oberbürgermeister angeführten Grunde ebenfalls für angezeigt hält, den Antrag als einen selbstständigen zu behandeln, so behält sich

Herr Brückmann vor, demnächst seinen Antrag als einen selbstständigen, gegebenenfalls solchen auf Uebernahme der Handelsschule seitens der Stadt einzubringen.

IV. Kreis-Communal-Casse:

Einnahme und Ausgabe 495 400 M.

Herr Wilke will seiner Freude darüber Ausdruck geben, daß für die Canalisation der Bammelsburgerstraße von der Oker bis zur Wendens- und Wilhelmstraße ein Betrag von 87 000 M. im Etat vorgesehen sei und nun endlich das berühmte Stinkdelta bei der Bammelsburgerbrücke mit den bekannten vier Canälen beseitigt werde. Er möchte indessen anfragen, ob die Ausführung auch wirklich im Laufe des Sommers stattfinden solle, oder ob dieselbe nur auf dem Papiere stehe.

Herr Stadtrath Kettemeyer erwidert, daß die offenen Okergräben durch den im Etat vorgesehenen Canal nicht beseitigt würden,

was von Herrn Wilke sehr bedauert wird.

Die Versammlung genehmigt darauf den gesammten Etat mit den sämtlichen Specialetats, womit die Etatsberathung beendet ist.

II. Erstattung von Wasserrohrkosten in der Nord- und Sophienstraße.

Der Civil-Ingenieur Königsdorf hat gebeten, auch die östliche Theilstrecke der Nordstraße zwischen Gehsostraße und Bültzenweg als städtische Straße zu übernehmen, oder, falls dieses noch nicht angängig sein sollte, ihm wenigstens die für Canal-, Gas- und Wasserrohr vorauslagten Kosten ganz oder theilweise zu vergüten. Da dem ersteren Antrage z. B. nicht entsprochen werden kann, weil die Straßenstrecke noch nicht genügend bebaut ist, so ersucht der Magistrat, dem Antragsteller aus Billigkeitsrücksichten die Wasserrohrkosten im Betrage von 2470 M.

50 \mathcal{L} zu vergüten, obwohl eine rechtliche Verpflichtung hierzu ebenfalls noch nicht vorliege.

Außerdem ist die Firma Max Gutkind & Co. vorstellig geworden, ihr die Kosten für die Anlage des Hauptwasserrohrs in der inzwischen stadtseitig übernommenen Sophienstraße mit 2267 \mathcal{M} 75 \mathcal{S} zurückzuerstatten, welchen Antrag der Magistrat befürwortet.

Die Finanzcommission läßt beide Anträge durch Herrn Sievers zur Annahme empfehlen und die Versammlung beschließt demgemäß.

III. Verlängerung des Canals in der Fasanenstraße.

Der Maurermeister Wedler hat einen Antrag auf Verlängerung des Canals in der Fasanenstraße zwischen Hagen- und Ringstraße gestellt und sich damit einverstanden erklärt, daß derselbe auf seine Kosten und unter den sonst üblichen Bedingungen hergestellt werde. Der Magistrat ersucht um Genehmigung dieses Antrages unter der Bedingung, daß Wedler die Kosten vorzuschießen hat, bis das von ihm an der Fasanenstraße erbaute Wohnhaus allein oder gemeinschaftlich mit anderen Häusern an Canalsteuer so viel einbringt, daß sich daraus eine vierprocentige Verzinsung des Anlagecapitals ergibt.

Herr Födel erklärt sich namens der Finanzcommission mit der Vorlage einverstanden,

welche darauf von der Versammlung angenommen wird.

IV. Erwerb von Straßenflächen am Riddagshäuserwege.

Die Braunschweiger Baugenossenschaft hat von ihrem am Riddagshäuserwege belegenen Grundstücke der Stadtgemeinde drei zur Anlage einer nach Norden zu projectirten Straße erforderliche Theilflächen zum Einheitspreise von 6 \mathcal{M} und in einem Gesamtumfang von 4 a 6 qm verkauft. Der Magistrat giebt anheim, den dieserhalb aufgenommenen Vertrag zu genehmigen und bemerkt dabei, daß der Preis nicht baar bezahlt, sondern demnächst bei Berichtigung der Straßenbaukosten verrechnet werde.

Die Vorlage gelangt nach Befürwortung durch Herrn Uhde, welcher namens der Baucommission berichtet, zur Annahme.

V. Erstattung von Kosten für Gas- und Wasserrohre in der Marthastraße.

Der Maurermeister Köper bittet um Rückerstattung der von ihm für Belegung der Marthastraße auf der Strecke zwischen Helmstedter- und Körnerstraße im Betrage von 997 \mathcal{M} 80 \mathcal{S} verauslagten Kosten für Gas- und Wasserrohr und

ersucht der Magistrat, diese Rückzahlung gutzuheißen, da die Marthastraße inzwischen stadtseitig übernommen sei.

Die Finanzcommission läßt die Vorlage durch Herrn F ü d e l zur Genehmigung empfehlen,

welche darauf von der Versammlung beschlossen wird.

VI. Ankauf des Rickel'schen Hauses am Altstadtmarkte und Aenderung der Baulinie daselbst.

Auf das an der Ecke vom Altstadtmarkt und Poststraße belegene Rickel'sche Grundstück ist dem Fabrikanten Bruno Lange, welcher von dem Magistrate ermächtigt war, bis zu 70 000 M zu bieten, unter folgenden Bedingungen der Zuschlag ertheilt worden: Der Kaufpreis beträgt 71 100 M. Auf denselben sind 3000 M sofort einzuzahlen, während von dem Reste die eine Hälfte dem Kaufmann Hugo Rickel bei der Auflassung auszuführen, die andere Hälfte aber dem Schirmfabrikanten Otto Rickel für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1891 mit $4\frac{1}{4}$ % zu verzinsen und dann entweder auszuführen oder mit 4 % zu verzinsen ist. Die Uebergabe erfolgt am 1. April 1891. Mit dem Grundstück müssen die vier zugehörigen Meßbuden zu dem von einem im beiderseitigen Einvernehmen zu bestellenden Sachverständigen ermittelten Taxwerthe übernommen werden. Dem Kaufmann Hugo Rickel wird bei eventueller Beseitigung des Wohngebäudes bezüglich der zur Straßenverbreiterung nicht erforderlichen Restfläche des Grundstücks ein Vorkaufsrecht und bezüglich eines vom Käufer etwa auf dieser Restfläche neu erbauten Hauses mit Kaufläden, ebenso wie bezüglich des jetzt stehenden Hauses ein Vorermiethungsrecht eingeräumt. Diese, sowie die Bedingung wegen der Unkündbarkeit des Otto Rickel'schen Antheils ist nur mündlich zugesichert. — Der Fabrikant Lange hat sich bereit erklärt, das fragliche Grundstück unter diesen Bedingungen seinerseits wieder der Stadt zu überlassen.

Der Magistrat ersucht, ihn zum Ankauf des fraglichen Grundstückes unter den aufgeführten Bedingungen zu ermächtigen und zu genehmigen, daß eine anderweite Baulinie für diesen Theil des Altstadtmarktes festgesetzt werde. Zur Begründung des Antrages wird magistratsseitig Folgendes ausgeführt: Bei der Bemessung des Preises für das Grundstück könne der Werth desselben nicht ausschließlich maßgebend sein, sondern es müsse sich um die Frage handeln, welches Opfer die Stadt bringen wolle, um die Verbindung zwischen dem Altstadtmarkte und der Poststraße angemessen zu verbreitern. Die Höhe der stadtseitig zu leistenden Aufwendungen hänge ab von der Verwerthung der zur Straßenverbreiterung nicht erforderlichen Restfläche. Um die selbstständige Bebaubarkeit derselben zu sichern, erscheine es durchaus unbedenklich, eine den Altstadtmarkt nicht noch vergrößernde Baulinie festzusetzen. Bei Durchführung derselben würde die Größe der verbleibenden Rest-

fläche der area des Vorderhauses etwa 98 qm betragen und auf derselben ein selbstständiges Gebäude errichtet werden können, was unter Beibehaltung der früher festgesetzten Baulinie ausgeschlossen sein würde. Die Kosten für Erbauung eines solchen seien von der Städtischen Bauverwaltung zu 23 000 M veranschlagt, so daß, wenn das Gebäude stadtseitig erbaut werden sollte, die Gesamtaufwendung der Stadt etwa 95 000 M betragen würde. Mit Rücksicht auf die sehr gute Geschäftslage dürfte trotz der Beschränktheit der entstehenden Räume auf die Erzielung einer Miethe von jährlich 3000 M zu rechnen sein, so daß sich bei einer Capitalisirung mit 5 % der Aufwand der Stadt auf 35 000 M belaufen würde. Dieses Opfer kann der Magistrat in Rücksicht auf die dringend nothwendige Verbreiterung der bezeichneten Verbindung und in der Erwägung, daß diese Verbreiterung bei den schnell steigenden Grundwerthen von Jahr zu Jahr theurer werden würde, für nicht zu hoch halten. Ueber die Verwerthung der Restfläche bleibt eine besondere Vorlage vorbehalten, so daß noch nicht feststeht, ob die Stadt überhaupt dort selbst einen Neubau aufführen werde.

Die Finanzcommission kann sich, wie Herr Sievers berichtet, dem Magistratsantrage nur voll anschließen, da sie die Ansicht theile, daß das für diese Stelle geforderte Opfer nicht zu groß sei, zumal sich auch durch eine bessere Verwerthung der nach Verbreiterung der Poststraße übrig bleibenden Fläche die veranschlagte Summe vielleicht noch ermäßige. Die Commission beantrage daher, sowohl zu dem Vertrage, als auch zur Aenderung der Baulinie die Zustimmung zu ertheilen.

Herr Reiche giebt anheim, den Ankauf des Grundstückes zu genehmigen, die Veränderung der Baulinie aber noch auszusetzen, damit die Mitglieder der Versammlung in der Lage seien, sich von der Tragweite dieser Veränderung ein klares Bild zu machen.

Herr Stadtrath Ketemeyer erklärt, der Magistrat beabsichtige, das Haus nicht länger stehen zu lassen, sondern dasselbe sofort herunterzureißen und den Platz möglichst noch in diesem Jahre wieder zu bebauen. Unter solchen Verhältnissen erscheine es aber dringend wünschenswerth, auch über die Baulinie sofort Beschluß zu fassen.

Herr Reiche kann unter diesen Umständen nur beantragen, die alte Baulinie beizubehalten.

Herr Stadtrath Ketemeyer macht dagegen geltend, daß es schon schwer halte, bei der vom Magistrate befürworteten Baulinie auf der verbleibenden Fläche ein Haus zu errichten, daß solches aber kaum ausführbar sei, wenn die alte, noch weiter zurückgehende Baulinie beibehalten werden sollte. In diesem Falle sei die Stadt darauf angewiesen, die Restfläche an die Besitzer der Nachbargrundstücke für einen verhältnißmäßig geringen Preis zu verkaufen. Im Uebrigen würde auch bei der neuen Baulinie die Poststraße reichlich breit werden, während sich die

Fluchtlinie am Altstadtmarkte sogar verbessere, indem am Graupner'schen Hause ein unangenehmer Winkel vermieden würde. Da nun auch das gegenüberliegende Klipphaus nicht ewig stehen bleiben könne, so werde schon bei Annahme des Magistratsvorschlages ein wesentlich besserer, für das nächste Jahrhundert genügender Zustand geschaffen werden.

Herr Wolff I befürwortet, ebenso wie Herr Sievers, die Magistratsvorlage, da bei Annahme derselben eine ziemlich 13 m, also genügend breite Straße, entstehen werde, welche sich nach Beseitigung des Klipphauses noch entsprechend verbreitern lasse.

Herr Reiche zieht bei dieser Sachlage seinen Antrag zurück.

Herr Rieß möchte sich die Baulinie noch überlegen und bittet daher um Aussetzung des Beschlusses über dieselbe, zumal sich auch noch kein Sachverständiger zu diesem Punkte geäußert habe.

Herr Oberbürgermeister Bockels muß hervorheben, daß der Magistrat bei Einbringung der Vorlage davon ausgegangen sei, den Ankauf des Rickel'schen Hauses nur unter der Bedingung zu befürworten, daß mit demselben auch die neue Baulinie genehmigt würde.

Der Herr Vorsitzende theilt mit, daß ein Antrag auf Aussetzung des Beschlusses über die Vorlage gestellt sei.

Herr Wolff I erklärt sich gegen diesen Antrag. Die Baulinie sei vom Stadtbauamte und Magistrate geprüft und es könne daher nicht viel verschlagen, wenn sie nicht auch der Begutachtung der Baucommission unterlegen habe.

Herr Halle kann mittheilen, daß das Stadtbauamt die Baulinie geprüft und dieselbe für die zweckmäßigste befunden habe.

Herr Blasius ist für Absetzung der Vorlage, da er aus der Tagesordnung nicht habe entnehmen können, daß es sich hier um Aenderung der Baulinie an einer so wichtigen Stelle handle.

Herr Uhlde spricht die Erwartung aus, daß ihm als Vorsitzenden der Baucommission für die Zukunft solche weitgehenden Aenderungen am Ortsbauplane zur Begutachtung zugehen. In dem vorliegenden Falle könne er aber zu der vom Magistrate beantragten, ihm sehr praktisch erscheinenden Aenderung seine vollste Zustimmung geben.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß er dieser Erwartung vielleicht nicht immer entsprechen könne, weil er seine eigene Erwägung bei der Vertheilung der einzelnen Vorlagen an die verschiedenen Commissionen zu Rathe zu ziehen und darüber zu entscheiden habe, ob bei einer Vorlage wie der zur Berathung stehenden mehr die finanzielle oder mehr die bauliche Seite überwiege. Selbstverständlich würde es in der vorliegenden Sache der Finanzcommission frei gestanden haben, die

Baucommission zu ihren Verathungen zuzuziehen. Im Uebrigen sei der Antrag auf Aussetzung der Vorlage zurückgezogen.

Herr Wolff II beantragt, daß das von Herrn Lange dem Kaufmann Hugo Rickel gegenüber mündlich eingeräumte Vorermiethungsrecht nur der Stadt, nicht aber auch dem etwaigen Käufer der Restfläche gegenüber vorliegen solle.

Die Versammlung nimmt darauf die gesammte, den Ankauf des Rickel'schen Hauses und die Aenderung der Baulinie umfassende Magistratsvorlage mit dem ausdrücklichen Vorbehalte an, daß das von Seiten des Herrn Lange dem Kaufmann Hugo Rickel mündlich zugesicherte Vorermiethungsrecht nur der Stadt gegenüber, falls dieselbe selbst baue, Geltung haben solle, nicht aber auch demjenigen Erwerber gegenüber, welcher etwa das zur Bebauung übrig bleibende Terrain von der Stadt kaufen würde.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung die Pensionirung der Lehrerin Fräulein Charlotte Haars und schreitet darauf zur Neu- bzw. Wiederwahl der folgenden Herren zu Bezirks-Vorstehern und Armenpflegern:

a. Bezirksvorsteher:

Albert Horst, Heinrich Nabel, Otto Schrader, Pastor D. Ekerl, Wilhelm Nolte und Otto Eggeling.

b. Armenpfleger:

Louis Fricke, Karl Tolle, Alb. Niedmann, Karl Mathy, Julius Engeler, Aug. Scheller, Herm. Hauswaldt, Ad. Hornburg, H. Kümlehn, Alb. Sattler, Friedr. Willeke, Heinr. Hohmann, Louis Papenberg, H. Backmann, Ad. Gold, Herm. Busse, Wilh. Brückner, Heinr. Kiefe, Friedr. Höse, Heinr. Heise, Otto Scheller, Wilh. Borjum, Franz Niedel, Karl Hildebrand, Wilh. Bock, Karl Peters, Emil Bergert, A. Bollmann, H. Perschmann, Herm. Wagener, Heinr. Trampe, Bruno Günther, Alb. Gebhardtshauer, Ernst Bardenwerper, Ernst Hartmann, Chr. Meyer, A. Barmeyer, Fr. Rickel, Wilh. Brodhage, Alb. Gauß, C. W. Böttger, Amtsrichter Schwarzenberg, Joh. Fischer, Julius Tellgmann, Aug. Werner, Heinr. Dieß, Karl Ebeling, Heinr. Hartmann, Herm. Graupner, Mfr. Seelig, Heinr. Lübbcke, Karl Wurm, Karl Hillenberg, Spanjer-Herford, Jul. Heyermann, Herm. Oppermann, Fr. Schimmler, Herm. Breustedt, Gust. Scheller, Aug. Helmke, Karl Meißner und Wilh. Hasenbalg.

Außerdem werden die sämtlichen stellvertretenden Bezirks-Vorsteher auch für das Jahr 1891 in ihrem Amte bestätigt und Herr Ding auf seinen Wunsch von dem Amte eines Armenpflegers entbunden.

Schließlich bespricht die Versammlung noch die Wege, welche zur Ermittlung des Einkommens neu zugezogener Einwohner behufs Veranlagung zur Gemeindesteuer zweckmäßig einzuschlagen sind. Schluß 8 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 22. Januar 1891.

Öffentlich:

I. Selbstständiger Antrag des Herrn Ramdohr auf Abänderung des Normaltats für die Lehrer der höheren städtischen Schulen	Seite 44.
II. Desgl. des Herrn G ü n t h e r auf Abänderung des Einkommens der Lehrerinnen	" 47.
III. Erwerb von Straßenflächen an der Petristraße	" 48.
IV. Das Straßenreinigungs-Institut	" 48.
V. Errichtung eines Bureaus für die Alters- und Invaliden-Versicherung	" 48.
VI. Ankauf zweier Häuser am Hagensharn	" 49.
VII. Erwerb von Straßenflächen an der Grünstraße	" 49.
VIII. Uebnahme eines Canals in der Kennelbergstraße	" 50.
IX. Abänderung der Baulinie für die Wilhelmstraße	" 50.
X. Festsetzung der besonderen Wegebaukostenbeiträge von gewerblichen Etablissements	" 50.
XI. Selbstständiger Antrag des Herrn F ü d e l auf Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichtes	" 51.
XII. Desgl. auf Einführung der elektrischen Beleuchtung	" 51.
XIII. Desgl. des Herrn R e i c h e auf Bebauung der Eichthalstraße	" 52.
XIV. Desgl. auf Erhaltung des hiesigen Lehrerseminars	" 54.
XV. Erstattung von Canal-, Gas- und Wasserrohrkosten in der Osfermannstraße	" 55.
XVI. Die neue Gemeindesteuer-Scala	" 55.
XVII. Beschwerde wegen der Einschätzung eines hiesigen Einwohners	" 66.
XVIII. Selbstständiger Antrag des Herrn H a l l e auf Erwerb eines Grundstückes	" 67.

XIX.	Desgl. auf Aenderung des Statuts, betr. die Entwässerung der hiesigen Stadt	Seite 68.
XX.	Desgl. des Herrn Wilke auf Einstellung eines Fahrpark-Aufsehers	" 68.
XXI.	Besteuerung der außerhalb wohnhaften hiesigen Gewerbetreibenden	" 69.
Vertraulich:		
	Wahl von Schiedsmännern in Gemäßheit des Viehseuchengesetzes	" 69.
	Wahl eines Armenpflegers	" 69.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels und Stadträthe Götte, Haake, Schöttler, Ketemeyer, Heymann und Meyer, sowie Assessor von Frankenberg.

Entschuldigt Herr Brückmann, später erscheint Herr Lange.

Nach Eröffnung der Sitzung kündigt der Vorsitzende, Herr Semler, folgende Eingänge an:

- 1) Mittheilungen aus dem Geschäftsbereich der Herzoglichen Bau-Direction zu Braunschweig für 1889, welche den Mitgliedern der Versammlung behufs Einsicht zur Verfügung gestellt werden;
 - 2) Eingabe des Victualienhändlers C. Störig hieselbst, nach welcher Herr Riefe in der Sitzung vom 23. October v. J. (Seite 235 des Protocollés) hinsichtlich des Schachtmeisters Greve unzutreffende Angaben gemacht und solche trotz entsprechender Aufforderung nicht zurückgenommen habe.
- Darauf wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

I. Selbstständiger Antrag des Herrn Namdohr auf Abänderung des Normal- etats für die Lehrer der höheren städtischen Schulen.

Der in der Sitzung vom 13. November 1890 eingebrachte Antrag lautet:

„Die Bestimmung, welche lautet: „Denjenigen Rectoren, welche wissenschaftlichen Unterricht an einer Oberstufe ertheilen und das Höchstgehalt von 3900 M. bereits drei Jahre bezogen haben, kann eine pensionsberechtigende Zulage von 300 M. bewilligt werden“, durch Streichung der Wörter „an einer Oberstufe“ zu verändern.“

Wie Herr Rudeloff namens der Schulcommission ausführt, bezwecke der Antrag eine Ungleichmäßigkeit zu beseitigen, denn obgleich die bezügliche Bestimmung ganz allgemein für alle pro rectoratu geprüften Lehrer erlassen worden, vermöchten doch nur die an der höheren Mädchenschule angestellten Rectoren diese Alterszulage zu erwerben, weil es nur allein bei ihnen vorkommen könnte, daß sie wissenschaftlichen Unterricht an der Oberstufe ertheilen, während den Rectoren an der Ober-Realschule diese Aussicht vollständig verschlossen sei. Bei der Durchführung des Antrages handle es sich zunächst nur darum, drei Lehrer der Ober-Realschule

von dem Gefühle einer Zurücksetzung zu befreien. Der Antrag habe eine finanzielle Wirkung vorerst nicht, weil die fraglichen drei Lehrer erst nach Ablauf einer geraumen Zeit (1898—1902) in den Genuß der Alterszulage gelangen könnten. Die Commission empfehle den Antrag zur Annahme und glaube, daß Bedenken gegen denselben um so weniger vorliegen, als die Absicht bestehe, Rectoren an der Ober-Realschule fernerhin überhaupt nicht mehr zu verwenden, sondern für dieselben lediglich academisch gebildete Lehrer zuzuziehen und man daher den Kreis der hierbei in Frage kommenden Personen zu übersehen vermöge.

Herr Oberbürgermeister Pockels will über diesen Punkt seine persönliche und die Ansicht des Schulvorstandes mittheilen, da der Magistrat noch nicht Stellung zu dem Antrage genommen habe. Bekanntlich haben sich die städtischen Behörden auf Anfordern der Reichs-Schulcommission verpflichten müssen, die Rectorenstellen an der hiesigen Ober-Realschule eingehen zu lassen, um denselben das Berechtigungsweisen zu erhalten (Seite 256 des Protocollés von 1890) und seien darauf die städtischen Behörden dahin vorstellig geworden, daß man sie mit Ersetzung der Rectoren durch academisch gebildete Lehrer befristeten möge, bis derartige Stellen an der Ober-Realschule frei würden, mit anderen Worten, daß die Rectoren auf den Aussterbeetat kämen. Ob die Reichs-Schulcommission sich hiermit einverstanden erklären, oder aber fordern werde, die Rectoren in einer früheren Zeit durch academisch gebildete Lehrer zu ersetzen, stehe einstweilen noch dahin. Sonderbar sei es aber, wenn man, nachdem man eben ein solches Princip anerkannt und beschlossen habe, unmittelbar nachher für dieselbe Gruppe von Lehrern noch eine neue Gehaltserhöhung vornehme und erscheine dieses um so sonderbarer und vielleicht auch im Auge der Regierung auffällig, als gerade die drei in Betracht kommenden Lehrer die Zulage erst 1898 bezw. 1899 und 1902 erhalten würden. Nun aber berühre der Antrag nicht lediglich die drei Rectoren der Realschule, sondern auch die pro rectoratu geprüften Lehrer an den beiden Mädchenschulen, denn wenn dem Antrage stattgegeben werden sollte, würde es der Billigkeit entsprechen, auch denjenigen Rectoren, welche an der Mittelstufe einer städtischen Mädchenschule wissenschaftlichen Unterricht erteilen, die Zulage zu gewähren. In dem Schulvorstande sei erst neuerdings gelegentlich einer Berathung über die weitere Anstellung von Rectoren die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß die Gehaltsverhältnisse derselben reichlich gute seien, einmal gegenüber den lediglich seminarisch gebildeten Lehrern, gegen welche die Rectoren nichts weiter als das Examen voraus haben, und dann auch gegenüber den academisch gebildeten Lehrern, welche mit demselben Anfangsgehalte wie die Rectoren anfangen und in den ersten Jahren die gleichen Zulagen erhalten, so daß das höhere Endgehalt derselben nur als eine mäßige Entschädigung für den kostspieligeren Bildungsgrad erachtet werden könne. Aus diesem Grunde sei auch der Staat dahin gekommen, die Gruppe der Rectoren

in seinem Etat nicht weiter zu berücksichtigen, als daß er sage: Jeder nicht academisch gebildete Lehrer erhalte einen Gehaltsatz in der und der Höhe und dieser Satz steige bis zu 3500 M, betrage also 400 M weniger als der Höchstsatz der städtischen Rectoren. Im Uebrigen könne denjenigen seminarisch gebildeten Lehrern der staatlichen höheren Lehranstalten, welche über die Elementarfächer hinaus wissenschaftlichen Unterricht erteilen, eine weitere Zulage bis zu 400 M gewährt werden. Der vereinigte Schulvorstand habe in dieser Frage noch keine Entscheidung getroffen, sondern sich eine weitere Prüfung, bezw. die Einbringung einer entsprechenden Vorlage an die städtischen Behörden vorbehalten.

Wenn dann der Herr Berichtstatter ausgeführt habe, daß es den Rectoren der Ober-Realschule unbehaglich sei, gegenüber den an der obersten Classe der höheren städtischen Mädchenschule unterrichtenden Rectoren zurückgestellt zu werden, so möchte er anheimgeben, zur Beseitigung dieser Ungleichheit den ganzen Paragraphen, nach welchem die Rectoren eine besondere Zulage bekommen können, zu streichen. Die Bestimmung sei vor einigen Jahren in Berücksichtigung des Umstandes getroffen, daß zwei alte, außerordentlich hervorragende Lehrer der höheren Mädchenschule, welche wissenschaftlichen Unterricht ausschließlich in den obersten Classen und im Lehrerinnenseminare erteilten, eine solche Zulage erhielten und eine gleiche Rücksicht vielleicht auch in fernerer Zeit einmal vorliegen könnte; aber der Ansicht sei man entschieden nicht gewesen, diese Zulage allen Rectoren zuzubilligen. Nur in ganz ungewöhnlichen Fällen habe der Schulvorstand in der Lage sein wollen, mit solcher Zulage naturwissenschaftliche Lehrer und Sprachlehrer der Stadt zu erhalten, nicht aber sollte die Zulage in gewisser Weise eine Regel bilden. Wenn der Zwischensatz gestrichen werde, dann könne schließlich keinem pro rectoratu geprüften Lehrer, der seine Schuldigkeit thue, die Zulage verweigert werden und würde er deshalb im Magistrate lieber die Streichung des ganzen Satzes befürworten.

Herr Ramdohr kann die Tragweite seines Antrages in dem vom Herrn Oberbürgermeister geschilderten Maße durchaus nicht anerkennen. Es handle sich um die Beseitigung einer Einschränkung, welche den drei Lehrern an der Ober-Realschule im Wege stehe und bleibe die freie Entscheidung über die Gewährung der Zulage der Schulbehörde immer noch vorbehalten, so daß die Annahme des Antrages vollständig unbedenklich sei.

Herr Rudeloff möchte bemerken, daß sich der Magistrat nach der Ansicht der Commission durchaus nicht in Widerspruch setzen würde gegenüber seiner bisherigen Stellung zu der Frage, ob für die Ober-Realschule überhaupt noch Rectoren angenommen werden dürfen. Es handle sich nicht um eine Aufbesserung der Stellen und eine Begünstigung der Rectoren, sondern nur um einen Act der Billigkeit gegen ganz bestimmte Personen. Die an der höheren Mädchenschule wissenschaftlichen Unterricht an einer Mittelstufe erteilenden Rectoren habe er absichtlich nicht mit

erwähnt, weil dieselben voraussichtlich demnächst ebenfalls an einer Oberstufe unterrichten und die Zulage schon nach den jetzigen Bestimmungen erhalten werden; im Uebrigen könne es sich auch hier nur um wenige Lehrer handeln.

Der Antrag wird sodann mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen.

II. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Aenderung des Einkommens der Lehrerinnen.

Ueber den von dem früheren Stadtverordneten Günther in der Sitzung vom 13. November v. Js. gestellten Antrag:

„Das Gehalt der Lehrerinnen bei gleichen Leistungen dem der Lehrer gleich zu stellen“,

berichtet namens der Schulcommission ebenfalls Herr Rudeloff: Die Commission könne den von Herrn Günther aufgestellten Grundsatz nicht für richtig halten, denn das Gehalt solle nach dem Dafürhalten der Commission nicht ausschließlich ein Aequivalent für die gebotenen Leistungen, sondern gleichzeitig so bemessen sein, daß der zu Besoldende (unter Berücksichtigung aller voranzusehenden Lebensverhältnisse) nachhaltig in den Stand gesetzt werde, die Aufgaben, welche Staat, Gemeinde, Gesellschaft, Familie an ihn stellen, zu erfüllen. Nun stelle das Leben aber an den Mann höhere und umfassendere Aufgaben als an die Frau und erscheine es auf der Hand liegend, daß dem Lehrer, welcher eine Familie zu ernähren habe, ein höheres Einkommen gebühre als der Lehrerin. Er habe aus diesen Gründen anheimzugeben, den Antrag abzulehnen.

Herr Rieke bemerkt, daß der Antragsteller sehr wohl gewußt habe, diesen Antrag unter der heutigen Gesellschaftsordnung noch nicht durchzubringen. Die gegen denselben vorgebrachten Gründe seien vollständig irrelevant, denn in der Hauptsache müsse es sich immer darum handeln, für gleiche Leistungen gleichen Lohn zu geben. Es sei hierbei hauptsächlich in Betracht zu ziehen, daß die weibliche Arbeitskraft eher aufhöre, als die männliche und es sich unter Berücksichtigung dieses Umstandes gleich bleibe, ob der Lehrer eine Familie, oder die Lehrerin eine Mutter zu ernähren habe. Der gerechtere Grundsatz sei immer derjenige, in allen Beziehungen des Lebens für gleiche Leistungen gleichen Lohn zu zahlen. Hiermit lasse sich allerdings bei der jetzigen Gesellschaftsordnung noch nicht durchkommen, jedoch werde er für den Grundsatz weiter kämpfen, da er ihm der allein richtige zu sein scheine. In einigen Staaten von Amerika stelle man mit Vorliebe Lehrerinnen, welche sich auch in Knabenschulen bewährt haben, an und zahle dort für gleiche Leistungen gleichen Lohn.

Der Antrag wird abgelehnt.

III. Erwerb von Straßenflächen an der Petristraße.

Zur Verbreiterung der Petristraße hat der Magistrat von den Anliegern Köper, Grünhage, Hohmann, Laas, St. Thomaestift, Joh. Wilke, Herzogl. Bau-direction, Wippermann und Duidde Theilsflächen von bezw. 1,82, 1,93, 0,79, 0,45, 5,63, 1,05, 4,17, 0,60 und 0,92 a zum Einheitspreise von 4—12 M pro qm angekauft und ersucht um Genehmigung der dieserhalb aufgenommenen Verträge.

Die Versammlung beschließt, auf Befürwortung des Herrn Bültemann, welcher für die Baucommission berichtet, nach dem Antrage.

IV. Das Straßenreinigungs-Institut.

Dem Director Reuter war f. Z. für die Mühewaltung bei der gegenwärtigen Ordnung des Straßenreinigungswesens eine Vergütung in noch festzusetzender Höhe in Aussicht gestellt. Die Feststellung und Gewährung der Vergütung hat der Magistrat später von vorgängiger Einreichung der Abrechnungen über die Kosten der Einrichtung des Instituts und über die Verwaltung der mit dem Zeitpunkte solcher Einrichtung in Wegfall gekommenen Fahrparkcasse der Feuerlöschanstalten abhängig gemacht. Nachdem diese Vorbedingungen im Allgemeinen erfüllt sind, wird die Versammlung auf Antrag der Deputation magistratsseitig ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß den nachgenannten Beamten und Angestellten die aus der Einrichtung und provisorischen Verwaltung des Reinigungsinstituts erwachsenen Mühewaltungen aus dem Vorrathe der zur Auflösung gebrachten Fahrparkcasse vergütet werden, nämlich: den Erben des Directors Reuter 1000 M, dem Brandmeister Wiebers 800 M, dem Cassirer Piepenbrink 300 M, den Ober-Feuerwehrleuten Kortegast und Ritterbusch, sowie dem Feuerwehrmanne Burgdorf je 50 M, zusammen 2250 M.

Ferner giebt der Magistrat auf Befürwortung der Deputation anheim, zur Ersetzung des verstorbenen Directors Reuter in Leitung des Betriebes der Straßenreinigung den Brandmeister Wiebers gegen die für diese Stelle bereits ausgesetzte Jahres-Remuneration von 1200 M zum Leiter des Straßenreinigungswesens wider-ruflich zu wählen.

Herr Halle befürwortet namens der Statutencommission diese auch von der Deputation gewissenhaft geprüfte Vorlage, worauf dieselbe angenommen wird.

V. Errichtung eines Büreaus für die Alters- und Invaliden-Versicherung.

Zur Erledigung der der Stadt durch das Invaliditäts- und Alters-Versicherungsgesetz übertragenen Geschäfte ist die Neueinrichtung eines Büreaus erforderlich geworden. Zu solchem Zwecke hat der Magistrat die Räume der früheren Catharinen-Schreibschule aussersehen und beantragt, die zur Instandsetzung der-

selben erforderlichen Kosten im ansehnsmäßigen Betrage von 3480 M zu genehmigen.

Die Vorlage gelangt zur Annahme, nachdem Herr Kudeloff dieselbe namens der Statutencommission befürwortet hatte.

VI. Ankauf zweier Häuser am Hagensharrn.

Der Magistrat hat im Einvernehmen mit der Finanzcommission das an der Ecke von Bohlweg und Hagensharrn belegene Vogel'sche Grundstück für 33 000 M, sowie das am Hagensharrn belegene Dubois'sche Grundstück für 23 000 M angekauft und ersucht um Genehmigung der dieserhalb abgeschlossenen Kaufverträge. Der Ankauf ist vorgenommen, weil der geforderte Preis als angemessen zu erachten sein dürfte, weil ferner ein nicht unerheblicher Theil beider Grundstücke demnächst zur Verbreiterung des Hagensharrns ohnehin stadtheilig zu erwerben sein wird und weil der südliche Hof des alten Polytechnicums demnächst bei Hinzunahme dieser beiden Grundstücke sich unstreitig viel besser verwerthen läßt als ohne dieselben.

Herr Ramdohr kann die Vorlage namens der Finanzcommission nur zur Annahme empfehlen, da man solche Gelegenheit zum Erwerbe von für die Stadt wichtigen Grundstücken nicht vorübergehen lassen dürfe.

Herr Halle möchte die Aufmerksamkeit des Magistrates auf das neben dem Dubois'schen Grundstücke liegende Schrader'sche Haus, welches zu dem mäßigen Preise von 18 000 M verkäuflich sei, lenken, da dessen Ankauf sich aus den gleichen Gesichtspunkten empfehle.

Der Herr Vorsitzende stellt Herrn Halle anheim, einen bezüglichlichen selbstständigen Antrag zu stellen, wenn ihm die soeben gegebene Anregung nicht genügen sollte.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

VII. Erwerb von Straßenflächen an der Grünstraße.

Der Maurermeister Köper hat sich bereit erklärt, von seinem an der Grünstraße belegenen Grundstücke eine 3 a 87 qm haltende, zur Anlage einer von der Grünstraße nach Süden abzweigenden projectirten Straße bestimmte Theilfläche unter den üblichen Bedingungen zum Einheitspreise von 8 M zu überlassen. Dem Ersuchen des Magistrates um Genehmigung des dieserhalb aufgenommenen Vertrages

wird auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Halle berichtet, entsprochen.

VIII. Uebernahme eines Canals in der Kennelbergstraße.

Um die zu 2200 M veranschlagten Kosten der Herrichtung eines besonderen Nothauslaffes am südlichen Ende der Cellerstraße zu ersparen, ist mit der Herzoglichen Baudirection vereinbart, daß der von letzterer behufs Entwässerung des Kreisgefängnisses angelegte Privatcanal auf der Strecke zwischen Kennelbergstraße und Umfluthgraben in den Besitz der Stadt übergehe, letztere aber dagegen den Privatcanal der Kennelbergstraße mit dem kürzlich stadtseitig angelegten Canale in der Cellerstraße verbinde und die Unterhaltungskosten des herrschaftlichen Canals in der Kennelbergstraße übernehme. Der bereits ausgeführte Anschluß hat 200 M Kosten verursacht, während die Kosten für Unterhaltung des im Privatbesitz des Staates bleibenden Canals in der Kennelbergstraße zu 3 M jährlich veranschlagt sind. Dagegen werden durch Uebergang des bisher herrschaftlichen Canals in der Cellerstraße in den Besitz der Stadt nicht nur die Kosten des Nothauslaffes zu 2200 M gespart, sondern die Stadt ist fortan auch berechtigt, die sämtlichen an der Kennelbergstraße belegenen Grundstücke zur Canalsteuer heranzuziehen. Unter diesen Umständen ersucht der Magistrat um Genehmigung des getroffenen Abkommens,

welche von der Versammlung beschlossen wird, nachdem Herr F ü d e l namens der Finanzcommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

IX. Aenderung der Baulinie für die Wilhelmstraße.

In Veranlassung eines vom Schmiedemeister Feist hieselbst eingebrachten Antrages auf Errichtung eines neuen Wohngebäudes auf seinem an der Wilhelmstraße belegenen Grundstücke ist vom Stadtbauamte für die Regulirung dieser Straße ein anderweiter Ortsbauplan aufgestellt, welchen der Magistrat zu genehmigen ersucht.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß, nachdem Herr B ü l t e m a n n denselben namens der Baucommission zur Annahme empfohlen hatte.

X. Festsetzung der besonderen Begebaukostenbeiträge von gewerblichen Etablissements.

I. Der Magistrat glaubt, die bezüglichliche Vorschrift im §. 8 des Ortsbaustatuts ihrem Sinne nach dahin auslegen zu dürfen, daß die Feststellung der von gewerblichen Etablissements für Interessentenwege zu leistenden besonderen Beiträge auf Vorschlag der Verwaltungs-Deputation durch den Magistrat allein zu erfolgen habe.

II. Die in die städtische Begebaukasse fließenden besonderen Beiträge der gewerblichen Etablissements sind bisher unter Zugrundelegung des Einheitsfazes von

10 L für je 1 km benutzten Weges und je 100 Ctr. gefahrener Last berechnet. Dieser Satz dürfte nach der Meinung des Magistrates beizubehalten sein, auch empfiehlt es sich, fortan alljährlich mittelst besonderer Fragebogen die der Beitragsberechnung zu Grunde zu legenden Gewichtsmengen und Wegestrecken festzustellen und zwar hält der Magistrat es für unbedenklich und zweckmäßig, hierbei ähnlich wie bei der Einschätzung der Actien-Gesellschaften zur Gemeindesteuer in der Weise zu verfahren, daß der Berechnung der mehrgedachten Beiträge in jedem Jahre diejenigen Zahlen zu Grunde gelegt werden, welche die einzelnen Betriebe aus dem vorangegangenen Jahre aufweisen.

III. Was die Einschätzungen für das Jahr 1890 anlangt, so hat das Stadtbauamt empfohlen, die Sätze des Jahres 1889 unverändert bestehen zu lassen. Der Magistrat billigt diesen Vorschlag, weil bei Anwendung des unter II gedachten Verfahrens die Ausschreibung der Beiträge für das Jahr 1890 zu spät erfolgen würde. Zu den bisherigen Betrieben sind neu hinzugekommen: F. Wertheim & Co. (Dampfziegelei) und Ferdin. Plathner (Grubenbesitzer) hieselbst. Der weitere Antrag des Magistrates geht dahin, dieselben zu 870 M und bezw. 430 M zu veranlagern und mit dieser Ergänzung das vorgelegte Verzeichniß zu genehmigen.

Wie Herr Wolff II namens der Statutencommission ausführt, hat der Magistrat bereits in der Commissionsberatung den unter I erörterten principiellen Standpunkt verlassen und das Verzeichniß der fraglichen Beiträge zur Genehmigung vorgelegt. Die Commission könne nur empfehlen, nunmehr die gesammte Magistratevorlage zu genehmigen,

was seitens der Versammlung geschieht.

XI. Selbstständiger Antrag des Herrn Jüdel auf Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichtes.

Die Statutencommission beantragt nach dem Berichte des Herrn Wolff II im Einverständnisse mit Herrn Jüdel über diesen, in der Sitzung vom 8. Januar d. Js. (Seite 6 des Protocollés) gestellten und begründeten Antrag zur Tagesordnung überzugehen, da der Magistrat in der Commissionsberatung erklärt habe, sich mit der Angelegenheit bereits zu befassen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XII. Selbstständiger Antrag des Herrn Jüdel auf Einführung der elektrischen Beleuchtung.

Namens der Finanzcommission berichtet über den in der Sitzung vom 8. Januar d. Js. eingebrachten und begründeten Antrag (Seite 8 u. 9 des Protocollés) Herr Wolff I, indem derselbe zunächst hervorhebt, daß über den fraglichen Gegenstand bereits in der Sitzung vom 8. März 1888 eingehend verhandelt und damals

ein ähnlicher Antrag abgelehnt sei, weil man einerseits den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachtet habe, um der Frage der elektrischen Beleuchtung endgiltig näher zu treten, und weil andererseits angenommen sei, daß die Deputation für die Gas- und Wasserwerke ohne Weiteres mit einer neuen Anregung an den Magistrat herantreten werde, sobald größere und hervorragendere Neuerungen auf dem Gebiete der elektrischen Beleuchtung zu ihrer Kenntniß gelangten. Mit Rücksicht auf andere dringlichere Sachen sei diese Angelegenheit von der Deputation bislang zurückgestellt worden, jedoch müsse es in dem gegenwärtigen Zeitpunkte als erwünscht bezeichnet werden, über diese Frage einmal wieder zu verhandeln, nachdem auf diesem Gebiete inzwischen manche Verbesserungen zu verzeichnen seien. Da nun Herr Südel auch nicht beantragt habe, die elektrische Beleuchtung sofort einzuführen, sondern er nur beabsichtige, die Frage der Beleuchtungsart durch eine besondere Commission untersuchen zu lassen, so könne die Finanzcommission die Annahme des Antrages nur empfehlen. Ein eingehendes Studium der Frage erscheine nothwendig, weil selbst heute bei der fortgeschrittenen Technik die elektrische Beleuchtung sich immer noch wesentlich theurer stelle, als die Gasbeleuchtung und zu den Luxusgegenständen gerechnet werden müsse. Bezüglich der in die besondere Commission zu wählenden Stadtverordneten habe er die Herren Südel, Lange, Natalis, Sievers und Uhde namens der Finanzcommission in Vorschlag zu bringen.

Herr Oberbürgermeister Pockels giebt die Erklärung ab, daß der Magistrat mit der Niederlegung einer derartigen gemischten Deputation einverstanden sei und seinerseits ein oder mehrere Mitglieder in dieselbe abordnen werde, wenn der vorliegende Antrag zum Beschlusse erhoben werden sollte.

Die Versammlung nimmt den Antrag in allen seinen Theilen an und wählt die von der Finanzcommission vorgeschlagenen fünf Herren in die einzusetzende Deputation.

XIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Bebauung der Giechthalstraße.

In der Baucommission, welcher der in der Sitzung vom 8. Januar d. Js. gestellte (Seite 7 des Protocollés) Antrag vorgelegen, sind, wie Herr Bültmann berichtet, verschiedene Gründe gegen die Annahme des Antrages vorgebracht, namentlich die schwierige Wegschaffung der Abwässer, welche durch offene Gräben ablaufen müssen und sodann die niedrige Lage der Straße. Die Commission vermöge daher den Antrag nur unter der Bedingung zur Annahme zu empfehlen, daß die Stadt sich bereit finden lasse, dort einen Nothcanal anzulegen.

Herr Reiche bemerkt, daß ihm die Abführung der Abwässer nicht so schwierig erscheine, weil dieselben in den stets reines Wasser führenden offenen Gräben geleitet werden könnten und dieser sein Wasser der Oker zuführe. Jedenfalls sei die Entwässerung hier nicht so schwierig, wie auf mancher anderen unbefestigten Straße,

an welcher Häuser errichtet werden dürfen und habe man auch von den jetzigen Anwohnern der Straße hierüber noch keine Klagen gehört. Jedenfalls sei es besser, von zwei Uebeln das kleinere zu wählen und den Arbeitern gesunde Wohnungen in der Nähe der Arbeitsstelle zur Verfügung zu stellen, statt sie ungesund, mit weiten Wegen verbundenen Wohnungen zu überliefern. Da nun Herr Stadtrath Metemeyer in der Commissionsitzung geäußert habe, der Magistrat sei von Bauunternehmern, welche kleine Wohnungen zu bauen versprochen haben, schon hinter's Licht geführt worden, so empfehle er, denselben nur unter der contractlichen Zusage, Arbeiterwohnungen zu erbauen, die Genehmigung zum Bauen an der fraglichen Straße zu erteilen.

Herr Stadtrath Metemeyer ist der Meinung, daß es zweckmäßig sei, nicht eher den Bau auch nur eines Hauses zuzulassen, bis die Straße canalisirt sei, denn der Grund, daß auch das Bauen an anderen unbefestigten Straßen gestattet worden, dürfe für die Zulassung weiterer Straßen nicht ausschlaggebend sein. Die Erlaubniß zur Bebauung der Petri- und Eulenstraße sei erst auf wiederholtes Ersuchen der Versammlung um Ausbau der Straßen erteilt worden. Es erscheine ihm viel richtiger, zuerst die Canalisation einer Straße und dann ihre Bebauung ins Auge zu fassen, also den umgekehrten Weg einzuschlagen. Den Arbeitern der Futeispinnerei könne es nur zum Vortheil gereichen, wenn sie nach Beendigung ihrer mit Staub durchsetzten Arbeit einen längeren Weg in frischer Luft zurückzulegen haben.

Herr Blasius kann den Ausführungen des Herrn Stadtrath Metemeyer nur beipflichten. Beispielsweise sei in der Eichthalstraße der ganze Grund und Boden in Folge ihrer theilweisen Bebauung ohne Canalisation verjaucht und habe die Herzogliche Polizei-Direction dort schon die Brunnen schließen lassen, weil Typhusfälle aufgetreten seien. In einem einzigen Hause seien dort im Sommer gleichzeitig vier schwere septische Diphtheritisfälle vorgekommen, so daß er gern gesehen hätte, wenn das Bewohnen der dort stehenden Häuser bis zur Reinigung des Grund und Bodens ganz verboten werden könnte. Unter solchen Umständen dürfte aber nicht gestattet werden, an jener Stelle noch weitere Wohnhäuser zu errichten, denn es widerspreche allen Principien der Gesundheitspflege, auf einen derartig durchjauchten Boden Wohnhäuser zu stellen. Er bitte daher dringend, den Antrag abzulehnen und die Straße zunächst zu befestigen und zu canalisiren, damit der Grund und Boden sich erst wieder reinige.

Herr Reiche muß seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß früher die Eichthalstraße, welche heute so furchtbar ungesund sein solle, in das Verzeichniß der zur Bebauung geeigneten Straßen aufgenommen sei. Jedenfalls gebe es heutzutage Arbeiterwohnungen, welche noch ganz bedeutend schlechter und ungesunder als die an der Eichthalstraße belegenen Wohnungen seien.

Herr Wolff I hält es für eine Pflicht der Stadt, zur Beseitigung der von Herrn Blasius geschilderten bedenklichen Zustände möglichst bald die Canalisation der Eichthalstraße auszuführen, zumal sich bestimmt erwarten lasse, daß die Bebauung derselben dann schon mit Rücksicht auf ihre günstige Lage sehr bald erfolgen werde, und die Stadt demnach ein Risiko gar nicht übernehme. Er möchte deshalb den vorliegenden Antrag in der Weise ungeändert wissen, daß die Versammlung an den Magistrat das Ersuchen richte, die Eichthalstraße so bald als möglich in einen ordnungsmäßigen Zustand zu setzen, sie also zu befestigen und zu canalisiren.

Herr Reiche zieht zu Gunsten dieses Antrages den seinigen zurück.

Herr Stadtrath Ketemeyer will Herrn Reiche gegenüber noch bemerken, daß die Eichthalstraße s. B. im Wege des Compromisses zwischen Magistrat und Versammlung in das fragliche Verzeichniß aufgenommen sei. Der von Herrn Wolff I vorgeschlagene Weg erscheine ihm als der richtigere.

Nachdem auch noch Herr Blasius den Antrag des Herrn Wolff I befürwortet hatte,

wird derselbe von der Versammlung angenommen.

XIV. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Erhaltung des hiesigen Lehrerseminars.

Der von der Schulcommission durchberathene, in der Sitzung vom 8. Januar d. Js. gestellte (Seite 6 des Protocollés) Antrag wird nach dem Berichte des Herrn Hauswaldt zur Annahme empfohlen, obwohl sich die Versammlung wohl überzeugt halten dürfe, daß die Seminarfrage von der Herzoglichen Landesregierung in einer Weise erledigt werde, welche im Interesse nicht allein der Stadt, sondern auch des ganzen Landes liege. Wenn von gewisser Seite gesagt worden, die Verhältnisse der Stadt Braunschweig seien in socialer und sittlicher Beziehung für ein Seminar nicht geeignet, so glaube er mit Zustimmung der ganzen Versammlung diesen Grund als unrichtig zurückweisen zu müssen. Das Seminar bestehe seit 140 Jahren in hiesiger Stadt und es seien Klagen über das sittliche Verhalten der Schüler und später der Lehrer niemals erhoben, im Gegentheil habe man in dieser Beziehung nur Lobeserhebungen gehört. Die socialen und sittlichen Verhältnisse der Provinzialstädte seien entschieden nicht besser als die der Stadt Braunschweig und man könne auch thatsächlich nicht wünschen, die jungen Leute, welche auf dem Seminare zu Lehrern herangebildet werden, während dieser Ausbildungszeit in eine Kleinkinder-Bewahranstalt zu bringen, oder sie durch eine chineesische Mauer gegen die den jungen Mann bedrohenden bekannten Uebel abzusperren. Dagegen dürfe man sich überzeugt halten, daß solche Gefahr gerade in Braunschweig, wo die meisten Seminaristen bei ihren Eltern wohnen, am wenigsten zu befürchten

sei, da die Väter, welche ihre Söhne dem Seminar zuführen, eine bessere Bürgerschaft für deren sittliche Erziehung böten, als eine Landstadt, in welcher die meisten Zöglinge bei fremden Leuten untergebracht werden müßten, die kein weiteres als ein Erwerbsinteresse an den Schülern hätten.

Herr Reiche will noch besonders hervorheben, daß ihm bei Einbringung des Antrages nur daran gelegen habe, die Frage auch von dieser Stelle aus erörtert zu sehen. Im Uebrigen habe er das volle Vertrauen zu der Herzoglichen Landesregierung und zum Herzoglichen Consistorium, daß diese Sache zum Besten der Schule und des Landes geregelt werde und habe ihm daher nicht etwa ein gewisses Mißtrauen diesen Antrag eingegeben.

Von der Versammlung wird der Antrag darauf angenommen.

XV. Erstattung von Canal-, Gas- und Wasserrohrkosten in der Olfermannstraße.

Der Ziegeleibesitzer Franz Ed. Meyer hat gebeten, die auf seine Kosten ausgebaute Olfermannstraße als städtische Straße zu übernehmen. Da dieselbe einen Werth für den öffentlichen Verkehr noch nicht hat, so kann der Magistrat diesen Antrag nicht befürworten, er giebt indessen anheim, die für den Canal mit 1591,09 M., das Gasrohr mit 453,40 M. und das Wasserrohr mit 803,60 M. aufgewandten Kosten schon jetzt an Herrn Meyer zu vergüten, bemerkend, daß Letzterer mit dieser theilweisen Genehmigung seines Antrages einverstanden sei.

Die Baucommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Uhlde diesem Antrage angeschlossen und giebt die Genehmigung der Vorlage anheim, welche auch von der Versammlung beschloffen wird.

XVI. Die neue Gemeindesteuer = Scala.

In Folge Anregung aus der Versammlung ist von Herrn Sievers im Landtage der hinterher auch angenommene Antrag gestellt, den §. 195 der Städte-Ordnung dahin abzuändern, daß die höchst zulässige Steigerung der Veranlagung von der niedrigsten bis zur höchsten Classe in Zukunft von 1 : 4 auf 1 : 6 geändert werde. Nachdem dieser Beschluß die landesherrliche Genehmigung erhalten, hat der Magistrat bei der Versammlung die Einsetzung einer gemischten Deputation zur Berathung darüber beantragt, in welcher Weise die Stadt für sich von dieser durch die Aenderung des Gesetzes gegebenen Erleichterung und Erweiterung Gebrauch machen wolle. Die daraufhin eingesetzte Deputation hat ihre Aufgabe nunmehr gelöst und das Ergebnis ihrer Thätigkeit in einer Vorlage zum Ausdruck gebracht, welcher Folgendes entnommen werden soll:

„Bevor die Deputation ihre Berathungen begonnen hat, sind von ihr zunächst bei verschiedenen Städten Erkundigungen über das Verfahren bei der Veranlagung

zur Gemeindesteuer eingezogen worden. Von den hierauf aus Nürnberg, Mannheim, Cassel, Wiesbaden, Leipzig und Chemnitz eingegangenen Antworten sind eigentlich nur diejenigen aus den beiden letzten Städten von wirklichem Werthe für die Berathungen gewesen. In Leipzig wird neben einer Grundsteuer, welche mit 2 pro mille des Nutzungsertrages, multiplicirt mit 15, berechnet wird, eine mit $\frac{1}{3}$ % anfangende und bis zu 3 % steigende Einkommensteuer erhoben. Nach dieser Scala findet eine langsame Steigerung statt, welche bei 300 M Einkommen anfängt und bei 700 M = 1 %, 2500 M = 1,5 %, 5000 M = 2 %, 7200 M = 2,5 % und 12000 M = 3 % als den höchsten Satz erreicht. In Chemnitz wird ebenfalls neben einer Einkommensteuer eine Grundsteuer erhoben. Letztere wird in der Weise berechnet, daß der Nutzungsertrag, abzüglich 8 % für Unterhaltung des Grundstückes, mit $3\frac{1}{2}$ % besteuert wird. Die Einkommensteuer erhebt die Stadt nach einer Scala, welche von 1 % bei 300 M Einkommen auf 5 % bei 9000 M steigt. Die Steigerung erfolgt von 1000 M bis 7700 M um 0,05 % für je 100 M und von 7800 M ab mit 0,05 % für je 200 M, so daß der Steuersatz bei 9000 M 5 % beträgt. Aus den empfangenen Mittheilungen geht ferner hervor, daß in Mannheim 17,34 M, Cassel 12,10 M, Wiesbaden 16,37 M, Alt-Leipzig 17,00 M, Gesamt-Leipzig 15,75 M und Chemnitz 14,71 M für den Kopf der Bevölkerung an Gemeinde-Steuern erhoben werden.

Obwohl nun das Landesgesetz die Gemeinden ermächtigt, bei der Gemeindesteuer den Steuersatz bis auf das Sechsfache des niedrigsten Satzes zu erhöhen, hat die Deputation z. B. eine solche erhebliche Steigerung nicht für erforderlich erachtet; sie ist vielmehr der Meinung, daß das Fünffache des niedrigsten Satzes ausreichend ist. Nach der bestehenden Scala beträgt der niedrigste Satz bei 11 Einheiten 0,99 %, und schlägt die Deputation vor, solchen der einfacheren Rechnung wegen um 0,01 %, also auf 1 % zu erhöhen. Für die Steigerung selbst ist davon ausgegangen, daß die Steuerbeträge bis zu einem Einkommen von 7000 M nicht wesentlich verändert werden möchten.

Die Steigerung der bestehenden Scala ist unregelmäßig, indem dieselbe bei 10 Einheiten und einem Einkommen von

1100 M	bis	1500 M	=	0,02 %
1600	"	"	2000	" = 0,08 %
2100	"	"	3500	" = 0,07 %
3600	"	"	5000	" = 0,05 %
5100	"	"	7000	" = 0,02 %

für je 100 M beträgt.

Wenn man eine gleichmäßige Steigerung, bei 1100 M Einkommen anfangend, von 0,05 % für je 100 M einführen wollte, so würde allerdings bis zu 7000 M die Höhe des bestehenden Steuersatzes erreicht werden, allein bei den Zwischen-

stufen würde sich ein erheblich niedrigeres Gesamtergebniß von 54 000 bis 55 000 Mark herausstellen. Die Deputation schlägt deshalb eine Scala vor, welche allerdings auch nicht ganz gleichmäßig ist, sich aber dem Decimalsystem möglichst anschließt und bis zu einem Einkommen von 7000 M eine wesentliche Verschiebung der Steuerätze, sowie des Gesamt-Steuerertrages nicht zur Folge hat. Die Steuerstufen von 1100 M bis 1500 M sollen in Folge der Neuierung nicht steigen, um für die betr. Steuerpflichtigen eine mäßige Erleichterung herbeizuführen. Unter diesen Gesichtspunkten würden die Einkommen von 400 bis 1500 M 1 % zu steuern haben, während von 1600 M ab folgende Steigerung stattfindet:

1600 M bis 2500 M	um 0,10 %	} für je 100 M,
2600 " " 3000 " "	0,05 %	
3100 " " 3500 " "	0,10 %	
3600 " " 5000 " "	0,05 %	
5100 " " 7000 " "	0,10 %	für je 500 M,
7100 " " 17000 " "	0,10 %	" " 1000 M,

so daß die Einkommen von 17 100 M ab aufwärts mit 5 % besteuert werden würden. Auf Grund der Berechnung nach einer hiernach aufgestellten Tabelle (I), welche die Deputation zur Annahme empfiehlt, würde die neue Scala gegen die alte im Jahre 1890 ein Mehrerträgniß von rund 77 800 M ergeben haben, wobei hervorzuheben ist, daß die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mindestens 17 100 M zu jener Summe etwa 61 500 M beitragen würden. Bei Genehmigung der Scala würde ohne Zweifel das Erträgniß an Steuern den Bedarf übersteigen und empfiehlt die Deputation, die Steuerätze in 10 Einheiten zu theilen, um je nach Erforderniß in leichter Weise die Höhe der Steuer festsetzen zu können.

Eine bei den Beratungen von einer Seite vorgeschlagene anderweite Scala (Tabelle II) ist bis zu einem Einkommen von 2000 M mit Tabelle I gleich, steigt von da ab aber in folgender Weise:

2100 M bis 3500 M	um 0,08 %	} für je 100 M
3600 " " 4700 " "	0,06 %	
4800 " " 5300 " "	0,04 %	
5400 " " 7000 " "	0,02 %	

und ist von 7100 M bis 17 000 M wiederum mit Tabelle I übereinstimmend. Das Erträgniß würde etwa 1800 M höher sein, als aus letzterer Tabelle.

Nach der gleichfalls vorgelegten Tabelle III ist der Steueratz bis zu dem Einkommen von 1500 M mit Tabelle I gleich, er steigt dann aber von

1600 M bis 1900 M	um 0,10 %	} für je 100 M,
2000 M " 7000 M	" 0,05 %	

während von 7100 M ab wieder Uebereinstimmung mit Tabelle I vorhanden ist. Nach Tabelle III würden, dem jetzt bestehenden Satze gegenüber, die Einkommen

von 1100 M bis 5000 M in aufsteigendem, diejenigen von 5100 M bis 7000 M in abfallendem Maße, theilweise wesentlich, entlastet werden. Die Gesamtsumme dieser Entlastung würde etwa 53 500 M und das Mehr des Aufkommens gegen die bestehenden Sätze etwa 27 000 M betragen."

Der Magistrat überreicht diese Vorlage der Versammlung zur Kenntnißnahme und Entschließung mit dem Bemerken, daß er sich für die Scala der Tabelle I entschieden habe.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, sind zu dieser Vorlage zwei Anträge eingegangen, folgenden Wortlautes:

1) Antrag der Herren Ramdohr, Füdel und Hauswaldt:

die Versammlung wolle beschließen, der neuen Gemeindesteuer=Scala die von der Deputation ausgearbeitete Tabelle I zu Grunde zu legen, jedoch mit folgenden Abänderungen:

Es werden besteuert Einkommen von

17 100 M bis 20 000 M mit 5 %,	120 100 M bis 140 000 M mit 5,6 %,
20 100 " " 40 000 " " 5,1 %,	140 100 " " 160 000 " " 5,7 %,
40 100 " " 60 000 " " 5,2 %,	160 100 " " 180 000 " " 5,8 %,
60 100 " " 80 000 " " 5,3 %,	180 100 " " 200 000 " " 5,9 %,
80 100 " " 100 000 " " 5,4 %,	mehr als 200 000 " " 6,0 %.
100 100 " " 120 000 " " 5,5 %,	

2) Antrag des Herrn Hauswaldt:

„Die Versammlung wolle beschließen, die durch den Antrag Ramdohr=Füdel-Hauswaldt mehr als erforderlich erzielten rund 15 000 M zur Entlastung der Einkommen von 1600 bis 4000 M zu benutzen.

Die Vorlage ist von der Finanzcommission durchberathen und hat namens derselben Herr Wolff I die Berichterstattung übernommen. In der Commission habe bezüglich des zu erhebenden Höchstsatzes bis auf 2 Mitglieder vollständige Einstimmigkeit geherrscht. Letztere seien der Meinung, daß, nachdem einmal durch das Gesetz die Möglichkeit einer Ausdehnung der Scala bis auf das Sechsfache geboten sei, man auch von dieser Erlaubniß Gebrauch machen und es gewissermaßen als ein Recht betrachten müsse, die Steuersätze bis dahin auszudehnen. Die aus den Herren Ramdohr und Füdel bestehende Commissionsminderheit habe im Wesentlichen betont, daß die mit 5 % abschließende Einschätzung der höheren Einkommen nicht als genügend erachtet werden könnte, zumal man noch weiter zu gehen vermöchte und die höheren Einkommen unbedenklich noch höhere Steuern tragen könnten, so daß es auch gerecht sei, noch weiter zu gehen. Die Commissionsmehrheit habe es dagegen aus mehrfachen Gründen nicht für zweckmäßig erachtet, in diesem Falle das höchste Maß zu greifen. Zunächst sei hierbei auf die Beispiele anderer Städte, insbesondere der Städte Leipzig und Chemnitz hingewiesen, ferner habe Herr Sie-

vers, von welchem im Landtage der Antrag eingebracht worden, hervorgehoben, daß es seine Absicht durchaus nicht gewesen sei, durch den Antrag eine so starke Besteuerung der höchsten Einkommen sofort herbeizuführen, sondern er habe ihn gewissermaßen nur als ein Sicherheitsventil für zukünftige Fälle betrachtet. Dieser Standpunkt sei auch von anderen Mitgliedern der Commission getheilt und habe sich der Magistrat dem Vorschlage der Deputation schon aus dem Grunde angeschlossen, weil er z. B. nicht mehr Geld gebrauche, als die Scala in Tabelle I ergeben werde. Von Herrn Oberbürgermeister Pockels sei in der Commissionsberatung ferner hervorgehoben, daß die Regierung auf dem Standpunkte stehe, die Scala nicht sofort bis zum Aeußersten auszubilden, wenigstens sei schon bei der damaligen Berathung der Wunsch ausgesprochen, nur bis zum Fünffachen zu gehen. Außerdem solle eine Abänderung der Landessteuern bevorstehen und es gerathen sein, schon aus diesem Grunde nicht weiter zu gehen. Endlich aber habe man hervorgehoben, daß es nicht klug erscheine, um eines verhältnißmäßig geringen Betrages willen — das Ergebniß des Ramdohr'schen Antrages würde sich jährlich auf 15—16 000 M. belaufen — abschreckend auf den Zuzug reicher Leute hinzuwirken, zumal die Stadt in Wirklichkeit den reichen Leuten recht wenig Genüsse und Annehmlichkeiten für die jetzt schon hohen Steuern biete. Diejenigen reichen Leute, welche ihr Vermögen in Braunschweig selbst erworben haben, würden diese neue Belastung viel leichter tragen, als die reich hier zugezogenen Leute. Schließlich sei auch noch erwähnt, daß man bei der Erzielung hoher Steuern schon bei einem Einkommen von 20 000 M. den sechsfachen Satz annehmen könne, weil die Leute mit solchem Einkommen schon mehr besitzen, als sie zum Lebensunterhalte gebrauchen. Bei der Befolgung solcher Grundsätze könne von der sechsfachen auch zur zehnfachen Steuereinheit übergegangen werden, es frage sich nur, ob die Stadt hiervon überhaupt Vortheile haben werde. Die Commission empfehle der Versammlung mit 5 gegen 2 Stimmen die Annahme einer Scala nach der Tabelle I, in welcher für die höchsten Einkommen das Fünffache der Steuereinheit angenommen worden, sowie die Ablehnung der gestellten beiden Anträge.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt dem Herrn Vorredner gegenüber, in der Commissionsitzung nur seine subjective Ansicht darüber ausgesprochen zu haben, daß die Landesregierung gegen eine Erhöhung der Steuern auf das Sechsfache Bedenken haben könne und zwar wesentlich gestützt auf die Städteordnung. Zur Zeit sei nur ein provisorisches Besteuerungssystem in der Richtung vorhanden, daß die Stadtverordneten das Einkommen nach billigem Ermessen einzuschätzen haben. Wenn demnächst ein Staatseinkommensteuergesetz in Kraft treten werde, dann habe sich die Gemeindesteuer voraussichtlich nach der Staatseinkommensteuer zu richten; wenn dann auch die einzelne Gemeinde eine steigende Scala für die Erhebung der Steuer einführen könne, so müsse sie sich doch immer in denjenigen Grenzen be-

wegen, welche das Land für die Staatseinkommensteuer vorgeschrieben habe. Er hege nun die Ansicht, daß man in nicht ferner Zeit eine Reform des Staatseinkommensteuergesetzes zu erwarten habe, denn auf die verschiedenen Anregungen aus der Mitte der Landesversammlung sei immer erwidert, es müßte mit der Reform gewartet werden, bis der Staat Preußen damit vorangegangen sein würde. Letzteres stehe jetzt vor der Thür, so daß auch hier die Staatseinkommensteuer einer Revision unterzogen werden werde. Aus diesem Grunde sei aber der jetzt zu fassende Beschluß nicht von zeitlich weittragender Bedeutung, möge nun die Versammlung beschließen, bis zum Fünffachen oder zum Sechsfachen zu gehen.

Herr Ramdohr führt zur Begründung seines Antrages aus, es habe ihn das Gefühl der Gerechtigkeit bewogen, dafür einzutreten, daß die höheren Einkommen auch im höheren Maße zu den Gemeindelaften herangezogen werden. Da einmal die progressive Einkommensteuer bestehe und jetzt die Gelegenheit geboten sei, bis auf den sechsfachen Einheitssatz hinaufzugehen, so halte er es auch für eine Pflicht, diese Gelegenheit wahrzunehmen und den höchsten zulässigen Satz einzustellen. Gegen diesen grundsätzlichen Gesichtspunkt habe der Herr Berichterstatter auch keine Einwendung erhoben, sondern er habe nur wenig stichhaltige Zweckmäßigkeitsgründe angeführt. Die Behauptung, daß die Stadt mit dem fünffachen Satze auskomme, erscheine schon deshalb haltlos, als man dieses jetzt noch gar nicht wissen könne. Bei Durchführung des Antrages lasse sich eine Mehreinnahme von 16 200 M. unter Zugrundelegung des vorjährigen Steuerergebnisses erzielen, welcher Betrag im Stadthaushalte nicht wesentlich genug sei, um ihn als überflüssig hinzustellen. Entschieden müsse er bestreiten, daß eine Härte darin liegen solle, den begütertesten Mitbürgern eine Mehrausgabe aufzuladen; denn diese könnten solche Ausgabe am leichtesten verschmerzen. Ebenso wenig könne der vom Herrn Berichterstatter angeführte Grund, daß solche Erhöhung abschreckend auf zuziehende reiche Leute wirken müsse, stichhaltig sein, denn die Thatsache der Erhebung eines sechsfachen Steuereinheitssatzes von ganz hohen Einkommen werde sicher Niemand abschrecken. Wenn man hier, dem Gerechtigkeitsgefühl folgend, die Steuern so vertheile, daß der Begüterte nach Verhältniß seines Vermögens beizutragen habe, so werde darin kein reicher Mann einen Grund finden, Braunschweig den Rücken zu kehren und vielleicht nach Leipzig oder Dresden zu ziehen. Braunschweig genieße seinen Nachbarstädten gegenüber auch wieder manche Vorzüge, welche reiche Leute veranlassen können, sich ihm zuzuwenden, so beispielsweise eine verhältnißmäßig gute Luft, hübsche Gärten und Anlagen u. Er stehe auch nicht auf dem in der Commission vertretenen Standpunkte, daß durch die stärkere Heranziehung der reichsten Mitbürger zu den Gemeindelaften der Wohlthätigkeitsfönn derselben abgeschwächt werden könnte, denn er zweifle in keiner Weise an der Gerechtigkeitsliebe und Hochherzigkeit dieser Mitbürger. Im Uebrigen sei ihm auch nicht bekannt geworden, daß hier gerade die reichsten Leute

an den freiwilligen Lasten bei Sammlungen zc. regelmäßig durch angemessen hohe Beiträge sich theilhaftig hätten, wenn sich naturgemäß auch seiner Kenntniß entziehe, was im Stillen geschehe.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß die Aeußerung des Herrn Ramdohr, es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, den höchsten zulässigen Steuersatz zu erheben, ihm höchst bedenklich erscheine, weil bei dem etwaigen Fehlen der staatlichen Beschränkung dieser Grundsatz zu der Confiscation aller höheren Einkommen führen müsse.

Herr Ramdohr bemerkt demgegenüber, daß ihn bei seiner Aeußerung ein solcher Gedanke nicht geleitet habe, zumal es sich doch immer nur um die Aufbringung der für das Gemeinwesen erforderlichen Mittel und nicht um eine Ansammlung von Geldern handle.

Herr Fiedel will den Worten des Herrn Ramdohr nur noch hinzufügen, daß er ebenfalls auf dem Standpunkte stehe, die höheren Einkommen auch höher heranziehen zu müssen. Bezüglich des Hinweises auf andere, namentlich preussische Städte wolle er bemerken, daß sich die Bewohner Braunschweigs immer noch in glücklichen Steuerverhältnissen befinden, indem sie an Staats- und Gemeindesteuern zusammen genommen weniger bezahlen, als die Bewohner der benachbarten preussischen Städte. In Magdeburg würde der höchste Steuersatz von 3 % schon bei einem Einkommen von 3000 M erhoben. Er wolle dahingestellt sein lassen, ob die Veranlagung dem von ihm mit eingebrachten Antrage im vollen Umfange folgen werde, jedenfalls möchte er aber das Princip gewahrt wissen, daß für höhere Einkommen auch höhere Steuern erhoben werden.

Herr Hauswaldt hat sich mit der Prüfung der II. und III. Scala beschäftigt und ist bei diesem Studium zu folgendem Resultat gekommen. Die von der Commission vorgeschlagene Scala I habe den Vorzug, dem Decimalsystem angeschlossen zu sein, aber den Nachtheil, bald mehr, bald weniger Steuern als jetzt von einer Kategorie zahlen zu lassen. Die Scala II besitze vor der Scala I den großen Vorzug, daß sie gegen die bisher erhobenen Steuersätze Ermäßigungen auf die schwachen Einnahmen bis zu 3000 M lege, während sie zu ihrem Nachtheile nicht im Decimalsysteme ausgerechnet sei. Die Scala III wolle merkwürdigerweise die Einkommen bis zu 5000 M ermäßigen. Die Idee dieser Scala habe ihn auf den Gedanken gebracht, ob es nicht angängig sei, bei Steigerung bis zu der sechsfachen Steuereinheit die kleinen Einkommen von 1600—4000 M zu entlasten. Bei allen Scalaen begreife man aber wirklich nicht, weshalb mit einem Male bei einem Einkommen von 17 100 M die Steigerung der Steuereinheit aufhören und eine merkwürdige Schonung der höchsten Einkommen eintreten solle, während diese doch die höheren Steuersätze am besten tragen könnten, besser als die kleineren Einkommen. Da nun aber grundsätzlich nicht mehr Steuern als nothwendig erhoben werden dürften,

so erscheine es ihm auf der anderen Seite nur als eine Pflicht der Billigkeit, den kleineren Einkommen von 1500—4000 M durch Steuerermäßigung entgegenzukommen, da hierdurch viele kleine Beamte, welche entschieden schlechter als gut bezahlte Arbeiter gestellt seien, entlastet werden. Er möchte daher dringend bitten, bei der Annahme des ersten Antrages auch den von ihm allein gestellten Antrag anzunehmen.

Herr Stadtrath Haake will bemerken, daß die Tabelle III in den Berathungen der Deputation nicht ernstlich in Frage gekommen, sondern eigentlich nur aufgestellt sei, weil sowohl die alte, als auch die in Tabelle I vorgeschlagene neue Steuerescala unregelmäßig sei und die Vermuthung nahe gelegen habe, daß die Versammlung möglicherweise eine regelmäßige Steigerung zu haben wünsche.

Herr Sievers weist darauf hin, wie er zur Stellung seines Antrages im Landtage durch den Umstand veranlaßt sei, daß der Magistrat im Begriffe gestanden habe, eine Erhöhung der jetzigen Veranlagung um ein Zehntel herbeizuführen. Es habe ihm dabei der Gedanke vorgeschwebt, eine Besteuerung bis zum Fünffachen eintreten lassen zu können, zu welchem Zwecke es nach dem bisher zu Grunde liegenden niedrigsten Satze von 0,99 nothwendig gewesen, mindestens das Verhältniß 1 : 6 zu fordern. Daraufhin sei denn auch wohl die schnelle Genehmigung im Landtage erfolgt, denn wenn damals das Bestreben bekannt gewesen wäre, bis zum Sechsfachen zu gehen, so würde seiner festen Vermuthung nach von mehreren Seiten im Landtage gegen eine solche Erhöhung Widerspruch erhoben sein. Er habe damals auf bezügliche Fragen erwidert, daß es durchaus nicht in der Absicht des Antrages liegen solle, das höchste zulässige Maß sofort zu nehmen, sondern daß man sich wahrscheinlich mit dem fünffachen Betrage begnügen werde. Die Tabellen I und II beruhen auf der Annahme, daß es praktisch sein dürfte, statt 0,99 M eine ganze Mark für 100 M Einkommen also 1 % als erste Grundlage festzustellen und darauf weiter zu bauen, ohne daß an der jetzigen Besteuerung der kleineren Einkommen, welche als eine ganz gerechte anzuerkennen sei, viel gerüttelt werden solle. Der Grund, aus welchem die progressive Steigerung gerade bei dem Satze von 17 000 M schließe, sei wie er Herrn Hauswaldt gegenüber bemerken wolle, in dem Umstande zu suchen, daß bei dem zeitigen Steuersysteme der höchste Satz von 4 % bei einem Einkommen von 7000 M anfangs und nun für je 1000 M eine Steigerung von 10 S angenommen sei, welche bei 17 000 M zu dem fünffachen Satze führe. Die höchste Steigerung bis zum Sechsfachen schon jetzt auszunutzen, halte er nicht für rathsam, weil Ereignisse eintreten könnten, welche ein Mehrerforderniß nothwendig machen und man dann an den fünffachen Satz eine weitere Steigerung anschließen könne, um eine allgemeine Steigerung der Steuer zu vermeiden, während die jetzt von den Herren Antragstellern geplante Steigerung nur ein sehr geringes Erträgniß

gebe. Wenn gesagt worden, es sei gerecht, in der Erhöhung noch weiter als bis zum Fünffachen zu gehen, so halte er es andererseits auch für gerecht, zu sagen, daß bei einer Einnahme von 17 000 M von einem Bedürfnisse nicht mehr die Rede sein könne, sondern schon ein gewisser Luxus anfangen, und es daher ebenso gerecht sei, die über 17 000 M hinausgehenden Einkommen nach einem gleichen Einheitsfuss, welcher sich mit der Höhe der Einkommen ja ohnehin schon steigere, zu besteuern, als über diesen noch weiter hinauszugehen. Dazu komme noch, daß die beantragte weitere Erhöhung eine wirklich unwesentliche sei und die Versammlung nicht zu einer Maßregel veranlassen dürfe, welche möglicherweise eine Zurückhaltung des Zuzuges reicher Leute in sich schließen könne; es erscheine ihm thatächlich praktischer, sich in dieser Beziehung auf den fünffachen Steuersatz zu beschränken.

Herr Halle tritt für den Ramdohr'schen Antrag ein, da es ihm zweckmäßig erscheine, von der Regierung gleich die Genehmigung zu dem höchst zulässigen Steuersatz zu erbitten. Wenn dann an Steuern eine so hohe Summe eingehen sollte, daß die Stadt keine Verwendung dafür habe, so liege es in der Hand der städtischen Behörden, durch Herabsetzung der Simplen eine gleichmäßige Entlastung der sämtlichen Steuerzahler eintreten zu lassen. Gegen den Hauswaldt'schen Antrag müsse er sich aussprechen, weil die kleineren Einkommen hier schon sehr günstig veranlagt und derartige Klagen auch noch nicht geführt seien.

Herr Lord bedauert, daß die Tabelle III keine Vertretung innerhalb der Commission gefunden habe, da er sie für die beste halte. Die Zahlen dieser Tabelle besitzen eine gewisse gleichmäßige Ruhe und bieten außerdem den Vorzug, daß nach ihnen die Einkommen von 1100 M bis 5000 M wesentlich und die Einkommen bis zu 7000 M noch um ein Geringes gegen die Tabelle I entlastet würden. Aus diesem Grunde hätte er wohl gewünscht, daß auch nach der Tabelle III einmal berechnet wäre, welcher Betrag auf den einzelnen Steuerzahler entfallen würde. Bei einer von ihm angestellten Probeausrechnung hätten sich sehr erhebliche Unterschiede gegen die Tabelle I herausgestellt, welche den Beweis lieferten, daß die Steuerscala bei III ruhiger und gleichmäßiger als bei I fortschreite. Wenn man nun bedenke, daß innerhalb der Steuerclassen bis zu 7000 M auch die sogenannten bürgerlichen Einkommen einbegriffen seien, so werde eine Entlastung dieser Kreise sicher von Vortheil und Nutzen sein. Er möchte sich daher in jeder Beziehung für die Tabelle III erklären, besonders auch noch deswegen, weil sie in ihrem Endergebnisse das geringste Plus mit sich bringe. Der beste Ober-Bürgermeister der Welt werde bei vollem Säckel in die Lage kommen, gegenüber dem vielen für die Stadt Nothwendigen auch das Wünschenswerthe zu thun und dieser Fall trete um so eher ein, je höher die erzielten Ueberschüsse sich belaufen. Gern erkenne er übrigens an, daß er den hiesigen Ober-Bürgermeister für einen dieser besten halte. Bezüglich der Einkommen über 17 000 M stehe er auf dem Standpunkte

des Herrn Ramdohr und würde er unter Umständen sich sogar entschließen können, noch weiter zu gehen, da er die vorgetragenen Bedenken für ganz hinfällig halte.

Herr Fiedel möchte darauf hinweisen, daß die Tabelle III in der Commission geprüft, aber in ihrem Ergebnisse zu gering befunden sei, da sie die Bedürfnisse der Stadt keineswegs decken würde. Herrn Sievers habe er zu erwidern, daß bei etwa steigendem Bedürfnisse immer noch eine Erhöhung der Simplen vorgenommen werden könnte, so daß kein Grund vorliege, deswegen jetzt nur bis zum fünffachen Steuerbetrage zu gehen. Der Ansicht des Herrn Sievers, daß die Einkommen von 17000 M ab als Luxus anzusehen seien, stimme er zu, jedoch könne man solches unter Umständen auch schon von einem Einkommen zu 3000—4000 M sagen und liege die Beurtheilung nur im Stadtpunkte des einzelnen Inhabers eines solchen Einkommens. Wünschenswerth erscheine es ihm, den Grundsatz durchzuführen: „Je höher die Einnahme, je höher die Steuer“ und deshalb müßte man in der Besteuerung gehen, soweit es das Gesetz erlaube.

Herr Rieke erklärt sich für den Ramdohr'schen Antrag, weil die Gelegenheit zur stärkeren Besteuerung der reichen Leute bis zum Aeußersten ausgenutzt werden müsse. Im Landtage würde man den Antrag wahrscheinlich nicht angenommen haben, wenn man nicht gewußt hätte, daß die Annahme desselben nothwendig sei. Jedenfalls wäre die Scala hier ganz anders ausgefallen, wenn die drei Höchstbesteuerten sie aufzustellen gehabt hätten. Er wolle gar nicht mehr Geldsäcke hier haben, aber er wünsche auch eine gerechtere Vertheilung der Steuerlasten und diese liege in dem Ramdohr'schen Antrage. Durch die Annahme desselben würde man sich zu etwas mehr Gerechtigkeit gegenüber den Nichtbesitzenden verstehen. Besser sei es, das höchst Erreichbare sofort in einem Male und nicht stückweise zu nehmen, denn den Hund schmerze es weniger, wenn ihm der Schwanz mit einem Hiebe, als wenn ihm täglich ein Stück davon abgehauen werde. Die reichen Leute würden sich durch die höheren Steuern auch nicht abschrecken lassen nach Braunschweig zu ziehen, wenn sie wüßten, hier gute Lehr- und Bildungsanstalten für ihre Kinder, ein Hoftheater, schöne Parks und Gartenanlagen, sowie manche anderen Annehmlichkeiten vorzufinden.

Herr Rimpau weist Herrn Rieke gegenüber darauf hin, daß die Idee der gerechteren Steuervertheilung nicht erst aus neuerer Zeit stamme, sein Großvater habe schon in den 30er Jahren in der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung den Anstoß zu einer wesentlichen Entlastung der kleineren Leute gegeben. Zum Beweise, daß sich auch heute noch die Höchstbesteuerten ihrer Pflicht, die Steuern gerecht zu vertheilen, bewußt seien, habe er sich Mühe gegeben, eine Steuerscala aufzustellen, welche nach den bis jetzt gepflogenen Verhandlungen vielleicht die Zustimmung der Versammlung finden könne. Bei dieser Aufstellung sei er von der Tabelle III, welche ihm in mancher Beziehung sympathisch erschienen, ausgegangen,

jedoch habe er dem Grundsätze, auch die Einkommen von 3000 bis 5000 M noch wesentlich zu entlasten, nicht beistimmen können. Eine Ermäßigung habe seiner Ansicht nach in den Lagen von 1400 M bis 2400 M einzutreten, während von da ab eine ganz regelmäßige Steigerung stattfinden müsse. Sein Vorschlag gehe dahin, die Einkommen in folgender Weise zu besteuern:

bei 400—1400 M	= 1 0/0,			
" 1500—2400 M	eine Steigerung	um 0,05 0/0	für je 100 M,	
" 2500—3800 "	desgl.	um 0,10 0/0	für je 100 "	
" 3900—5000 "	desgl.	um 0,10 0/0	für je 200 "	
" 5100—7000 "	desgl.	um 0,10 0/0	für je 500 "	
" 7100—17000 "	desgl.	um 0,10 0/0	für je 1000 "	
" 17100—25000 "	= 5 0/0,			

bei mehr als 25000 M eine Steigerung um 0,10 0/0 für je 25000 M bis zu 6 0/0.

Soviel er habe überschlagen können, verursache die Ermäßigung in den unteren Classen von 1400 M bis 2400 M nach seinem Vorschlage einen Minderertrag von vielleicht 18000 M, während die Erhöhung der oberen Einkommen etwa 15000 bis 16000 M ausmache, so daß im Endresultate ungefähr das Ergebniß der Tabelle I sich herausstelle. Sofern der Versammlung der Vorschlag noch nicht genügend einleuchte, würde er beantragen, denselben mit der Vorlage und den übrigen beiden Anträgen nochmals an die Commission zurückzuverweisen.

Herr Hauswaldt kann den von Herrn Kimpau in Vorschlag gebrachten Besteuerungsplan nur billigen. Zunächst erscheine es ihm zweckmäßig, sich über das Princip zu einigen, denn wenn beschlossen werden sollte, die Einkommen über 17000 M noch weiter zu steigern, müßte die Vorlage so wie so in die Commission zurückverwiesen werden. Er beantrage deshalb, die Versammlung wolle das Princip billigen, die Vermögen auch über 17000 M steigend zur Steuer heranzuziehen, oder überhaupt die Steigerung bis zum Sechsfachen der Steuereinheit eintreten zu lassen.

Herr Rudeloff beantragt,

zu beschließen, daß die neue Steuerscala so eingerichtet werde, daß die Steuersätze bis auf das Sechsfache des niedrigsten Satzes steigen und daß die Vorlage an die Finanz-Commission zur Ausarbeitung eines neuen Entwurfes zurückverwiesen werde.

Nachdem sich die Herren Stadtrath Haake, Wolff II und Hauswaldt über diesen Antrag und zwar die letzteren beiden zustimmend geäußert, giebt

Herr Blasius anheim, heute auch noch nicht über das Princip, ob bis zum sechsfachen Steuerbetrage gegangen werden solle, zu beschließen, sondern die gesammte Vorlage mit dem in der heutigen Verhandlung gewonnenen Materiale an die Commission zurückzuverweisen.

Herr Födel ist gegen diesen Antrag, da die Sache in der Finanzcommission so eingehend besprochen sei, daß eine Aenderung ohne principiellen Beschluß der Versammlung über die Höhe der Besteuerung nicht möglich sein würde. Im Uebrigen ziehe er zu Gunsten des Rudeloff'schen Antrages den Antrag Ramdohr und Genossen zurück.

Herr Meyer erklärt sich für den Antrag des Herrn Blasius.

Herr Wolff I nimmt als Berichterstatter das Schlußwort: Nachdem die verschiedensten Ansichten hier zu Tage getreten seien, erscheine es ihm nothwendig, heute zunächst Entscheidung darüber zu treffen, wie weit man in der Besteuerungsfrage gehen wolle. Er stehe voll und ganz aus reinster sachlicher Ueberzeugung und nicht etwa aus persönlichen Gründen auf dem Standpunkte, nur bis zum Fünffachen zu gehen. Wenn hier und da gesagt sei, die Gerechtigkeit erheische es, die Steuerschraube bei den höchsten Einkommen so scharf wie möglich anzuziehen, so wolle er bemerken, daß das reine Gefühlsache sei, denn im Namen und mit dem Namen der Gerechtigkeit werde so viel Spiel getrieben, daß der Eine glaube, eine gute Sache zu thun, während der Andere davon gerade gegentheiliger Ansicht sei. Die Commissionsmehrheit habe sich bei ihrem Beschlusse nicht allein von der Gerechtigkeit, sondern auch von Gründen der Zweckmäßigkeit leiten lassen, welche im bürgerlichen Leben doch noch recht viele Berücksichtigung fänden. Auf eine Widerlegung der einzelnen Punkte wolle er sich nicht einlassen.

Die Versammlung nimmt darauf mit 16 gegen 9 Stimmen den Antrag des Herrn Rudeloff an, so daß also die Steuersätze bis auf das Sechsfache des niedrigsten Satzes steigen sollen und die Vorlage mit diesem principiellen Beschlusse an die Finanzcommission zurückverwiesen wird.

XVII. Beschwerde wegen der Einschätzung eines hiesigen Einwohners.

Der Lotterie-Collecteur Louis Königsdorf hat unterm 26. September v. Js. an die Versammlung eine Eingabe gerichtet, in welcher derselbe Herrn Wolff I neben verschiedenen anderen, nicht zum Ressort der städtischen Behörden gehörenden Sachen beschuldigt, die Stadt dadurch geschädigt zu haben, daß der Lotterie-Cassirer F. Praetorius mit Wissen des Herrn Wolff zu gering zur Gemeindesteuer veranlagt sei. Praetorius, welcher seit ca. 10 Jahren eine Haupt-Collecte betreibe, wäre bei einem vermuthlichen Absatze von 475 ganzen, nur im Detail verkauften Loosen mit 6000 M und nicht mit 2100 M Einkommen zur Gemeindesteuer heranzuziehen gewesen, welche Einschätzung nur auf unrichtige Angaben zurückzuführen sein könnte. Herr Wolff I gebe aber den Einschätzungscommissionen für die Gemeindesteuer behufs Veranlagung der Lotterie-Collecteure die Zahl der Loose an, welche jeder Collecteur erhalte. Der Eingebener bittet, diese Sache im öffentlichen Interesse zu prüfen.

Wie Herr Meyer berichtet, ist ihm dieses Schreiben durch den Herrn Vorsitzenden in der öffentlichen Sitzung vom 13. November v. Js. zur Prüfung übergeben. Nachdem er Kenntniß von dem Inhalte des Schreibens genommen, habe er es für zweckmäßig gehalten, die Vorsitzenden der Einschätzungscommissionen zu einer Conferenz zusammenzuberufen und hierzu auch den Herrn Vorsitzenden der Versammlung und Herrn Wolff I einzuladen. Die in dem Schreiben angeführten Punkte hinsichtlich der Betreibung einer Lotterie-Collecte ohne Concession, der Hinterziehung der Gewerbesteuer und der von Herrn Wolff I erwiesenen Protection des Herrn Praetorius seien Sachen, welche die städtischen Behörden nicht berühren und daher unberührt zu lassen seien. Was die Einkommensteuer des Herrn Praetorius anlange, so sei derselbe bereits seit verschiedenen Jahren von der Einschätzungscommission für den Hohe- und Wilhelmthorbidistrict für voll angesehen und reichlich eingeschätzt worden. Daß Einkommen des Genannten setze sich aus Gehalt, Zinsen, Tantième und dem Gewinne aus dem Verkaufe von Lotterielooseen zusammen und sei in den letzten Jahren bis zu einer Summe von 9000 M angewachsen, welche man auch zur Steuer herangezogen habe. Hiermit könnte er seinen Auftrag als erledigt betrachten. Es sei indessen die Meinung der vereinigten Commissions-Vorsitzenden gewesen, die Fassung des eingereichten Beschwerdeschreibens nicht ganz mit Stillschweigen zu übergehen. Herr Königsdorf habe es verstanden, in seine an die Versammlung gerichteten Mittheilungen eine scharfe Spitze einzuflechten, welche lediglich darauf berechnet gewesen sei, ein Mitglied der Versammlung zu treffen und zu verwunden, aber auch hier befände Redner sich in der glücklichen Lage, die Spitze abzubrechen und ihr das Gefährliche zu nehmen. Herr Wolff I habe nämlich in der erwähnten Conferenz actenmäßig und erschöpfend klar dargethan, daß die Mittheilungen auf grober, ja, man könnte fast sagen, auf boshafter Entstellung beruhen, auch habe sich derselbe der Conferenz gegenüber als ein Mann der strengsten Pflicht ausgewiesen und ihr die feste Ueberzeugung beigebracht, daß er im besten Glauben gehandelt habe. Mit dieser Erklärung glaube die Commission dem Schreiben Genüge gethan zu haben und empfehle daher den Uebergang zur Tagesordnung.

Der Herr Vorsitzende hält eine Beschlußfassung nicht für erforderlich.

XVIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Halle auf Erwerb eines Grundstückes.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, dem Stadtmagistrate zur Erwägung zu geben, ob nicht für den Preis von 18000 Mark der Ankauf des früher Schrader'schen Hauses am Hagenscharrn sich empfehle.“

Herr Halle kann sich zur Begründung des Antrages auf den Bericht des Herrn Ramdohr bei Punkt VI der Tagesordnung beziehen, da die gleichen Gründe auch für den Ankauf dieses Hauses maßgebend seien.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

XIX. Selbstständiger Antrag des Herrn Halle auf Aenderung des Statuts, betr. die Entwässerung der hiesigen Stadt.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, das Statut, die Entwässerung der Stadt Braunschweig betreffend, vom 14. März 1888 dahin abzuändern, daß die durch dasselbe den Hauseigenthümern auferlegte Canalsteuer auf die Stadtcasse mit übernommen werde, den §. 10 (gewerbliche Etablissements) jedoch beizubehalten,“

führt Herr Halle, unter Bezugnahme auf die bezüglichlichen Verhandlungen bei der Statsberathung, aus, daß er die Erhebung der Canalsteuer nicht für eine gerechte betrachte und er daher deren Abschaffung wünsche. Da sich noch gar nicht übersehen lasse, welche bedeutenden Lasten die Canalisation der Stadt auferlegen werde, so halte er es im Interesse einer möglichst zweckmäßigen Vertheilung für gerechtfertigt, die Kosten nicht nur zu einem Drittel, sondern ganz auf die Communcasse zu übernehmen.

Der Antrag geht, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung zu.

XX. Selbstständiger Antrag des Herrn Wilke auf Einstellung eines Fuhrpark-Aufsichters.

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, eine geeignete Person zur Ueberwachung des Fuhrparks und des Pferde-materials zu engagiren,“

wird von Herrn Wilke damit begründet, daß sich die Pferde des städtischen Fuhrparks in einem ganz traurigen, mitleiderregenden Zustande befinden und dieses der mangelnden Ueberwachung der Kutscher zuzuschreiben sei. Man könne häufig wahrnehmen, daß die Pferde nicht einmal gepugt seien und so der nothwendigsten Pflege entbehren. Er halte es deshalb für nöthig, einen praktischen Menschen, vielleicht einen ehemaligen Deconomen einzustellen, der dieser Aufgabe voll gewachsen sei und sich um das Material auch jederzeit bekümmere.

Den Antrag erhält nach genügender Unterstützung die Statutencommission zur Vorberathung.

XXI. Besteuerung der außerhalb wohnhaften hiesigen Gewerbetreibenden.

Nachdem die Versammlung genehmigt hat, daß die Actien- und Commandit-Gesellschaften mit 2 % ihres Reineinkommens zur Gemeindesteuer herangezogen würden, scheint es dem Magistrate im Interesse einer einheitlichen und gleichmäßigen Besteuerung angezeigt, auch die physischen Personen, welche ihren Wohnsitz oder Aufenthalt hier nicht haben, rücksichtlich des Einkommens aus einem hierorts betriebenen stehenden Gewerbe mit 2 % zu den Communalabgaben heranzuziehen. Der Magistrat ersucht, das Einverständniß hierzu ertheilen zu wollen.

Die Finanzcommission hat, wie Herr Wolff I berichtet, Veranlassung genommen, die sämmtlichen Steuerlisten einer Durchsicht und Prüfung zu unterziehen und hierbei gefunden, daß bisher nicht gerade eine Willkürlichkeit, aber doch eine nicht gerechtfertigte Verschiedenheit in der Veranlagung der auswärtigen Gewerbetreibenden vorgekommen sei, welche die Bestimmung des Gesetzes nicht gewollt habe. Die Betheiligten seien bislang von $\frac{3}{4}$ % bis zu 2 % veranlagt worden, trotzdem häufig gar nicht ersichtlich gewesen, aus welchem Grunde die Veranlagung gerade in der Höhe stattgefunden habe. Nachdem der Grundsatz einmal aufgestellt worden, die Steuer einheitlich zu gestalten, gleichviel um welche Art des Gewerbes es sich handle, könne die Commission die Annahme des Antrages nur empfehlen.

Die Versammlung stimmt der Vorlage zu

und wird darauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung bestätigt die Versammlung die für das Jahr 1890 in Gemäßheit des Viehseuchengesetzes gewählten vier Schiedsmänner auch für das Jahr 1891 und wählt außerdem den Holzhändler Karl Brachvogel zum Armenpfleger für einen neu zu bildenden Bezirk.

Schluß gegen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 5. Februar 1891

Öffentlich:

I. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Gewährung eines Wohnungsgeldzuschusses an die Bürgerschullehrer	Seite 72.
II. Expropriation von Fromm'schem Terrain an der Calandstraße	" 72.
III. Vergleich mit Querner's Erben im Expropriationsverfahren	" 72.
IV. Abnahme der Rechnungen über Unterhaltung des städtischen Fahrparks	" 73.
V. Ankauf der Wiesen vor dem Augustthore zum Bürgerparke	" 75.
VI. Selbstständiger Antrag des Herrn Halle auf Erwerb eines Grundstückes	" 77.
VII. Desgl. auf Aenderung des Statuts, betr. die Entwässerung der hiesigen Stadt	" 77.
VIII. Desgl. des Herrn Wilke auf Anstellung eines Fahrpark-Aufsehers	" 78.
IX. Feststellung einer Baulinie im Sack	" 78.
X. Feststellung einer Baulinie am Steinwege	" 78.
XI. Erwerb von Straßenflächen an der Frankfurterstraße	" 79.
XII. Einrichtung von Spielplätzen	" 79.
XIII. Abkommen mit dem Schmiedemeister Gereke	" 84.
XIV. Erwerb des Heyde'schen Grundstückes am Markstalle	" 84.

Vertraulich:

Fernere Beschäftigung des Dr. Rentwig	" 85.
Besprechung über das Verfahren bei Grundstücksankäufen	" 85.
Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten:	
Gemeindesteuer-Reclamationen in der Recursinstanz	" 85.

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Stadträthe Haake, Schöttler, Ketemeyer, Heymann und Meyer, sowie Assessor von Frankenberg-Ludwigsdorff.

Später erscheint Herr Rimpau.

Die Versammlung genehmigt nach ihrer Eröffnung durch den Vorsitzenden, Herrn Semler, zunächst das Protocoll *N.* 1 und tritt sodann in die Berathung der Tagesordnung ein:

I. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Gewährung eines Wohnungsgeldzuschusses an die Bürgerschullehrer.

Ueber den in der Sitzung vom 15. Januar d. Js. gestellten Antrag (Seite 19 des Protocoll'es) berichtet namens der Schulcommission Herr Rudeloff: In der Commissionsitzung sei die Mittheilung gemacht, daß sich der Magistrat in Veranlassung einer Eingabe von hiesigen Bürgerschullehrern gegenwärtig mit den Besoldungsverhältnissen der Lehrer wiederum befaße, auch bereits bestimmte Vorschläge, welche auf eine Aufbesserung der Gehälter abzielen, an den Schulvorstand abgegangen seien und demnächst, voraussichtlich bald, eine Vorlage zu erwarten stehe, jedenfalls aber über den Verlauf der Angelegenheit eine Mittheilung an die Versammlung gemacht werden solle. Mit Rücksicht hierauf habe Herr Nieß seinen Antrag zurückgezogen.

II. Expropriation von Fromm'schem Terrain an der Calandstraße.

Zur Anlegung der Calandstraße, sowie zur Verbreiterung der Juliusstraße ist der Erwerb von 2 a 82 qm und bezw. 41 qm Terrain von Grundstücken des Rentners Franz Fromm erforderlich. Da die von demselben gestellten Uebernahmebedingungen nach Ansicht der Städtischen Bauverwaltung, welcher sich der Magistrat anschließt, für die Stadt unannehmbar sind, so beantragt Letzterer, ihn zur Einleitung des Expropriationsverfahrens zu ermächtigen,

was geschieht, nachdem Herr Nieß namens der Baucommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

III. Vergleich mit Querner's Erben im Expropriationsverfahren.

Die Querner'schen Erben haben in dem vor Herzoglicher Kreisdirection stattgehabten Güteterminen ihre Forderung von 12 *M* pro qm des von denselben am Mittelwege abzutretenden Terrains im Gesamtumfang von 38 qm auf 10 *M* ermäßigt und ersucht der Magistrat, diesen Vergleich anzunehmen.

Die Baucommission empfiehlt durch Herrn Uhde die Genehmigung des Vergleiches und
die Versammlung beschließt demgemäß.

IV. Abnahme der Rechnungen über Unterhaltung des städtischen Fahrparks.

Im Jahre 1883 wurde eine besondere Cassen- und Rechnungsführung über die Einnahmen und Ausgaben des Fahrparks der ständigen Feuerwehr mit der Bestimmung eingeführt und dem Director Reuter übertragen, daß der zur Unterhaltung des Fahrparks erforderliche Zuschuß von der Stadtcasse nicht nach Bedarf, sondern zu seinem voll etatirten Betrage an diese Specialcasse zu zahlen sei. Der Director Reuter erhielt Auftrag, über diese Cassenföhrung alljährlich Rechnung zu legen. Zu den s. B. eingereichten bezüglichlichen Rechnungen für die Jahre 1883 und 1884 wurden revisionsseitig einige ziemlich unerhebliche Erinnerungen aufgestellt und deren Beantwortung dem Rechnungsföhrer aufgegeben. Diese Beantwortung sowohl, als auch die Einreichung der nachfolgenden Jahresrechnungen ist wiederholter Erinnerungen ungeachtet unterblieben, bis die Rechnungen für die Jahre 1885—1889 durch den Cassirer des Wasserwerks eingereicht sind. Die sämmtlichen Rechnungen für die Jahre 1883—1889, welche dem Magistrate zu weiteren Bemerkungen keinen Anlaß gegeben haben, legt derselbe nebst den zugehörigen Belegen und den Voracten zur Prüfung und mit dem Antrage vor, sich mit der Abnahme jener Rechnungen unter dem Vorbehalte der Uebertragung des Cassenbestandes von 7346 M 43 S in die noch ausstehende Rechnung über die erste Einrichtung des Straßenreinigungsinstitut einverstanden zu erklären.

Herr Sievers berichtet, daß die Finanzcommission bei Prüfung der Rechnungen nichts gefunden habe, was zu Ausstellungen Veranlassung geben könne. Die Fahrparkcasse habe an Zuschüssen erhalten: in den Jahren 1883 und 1884 je 4350 M, 1885—1886 je 5800 M und 1887—1889 je 7250 M, zusammen also in den 7 Jahren 42050 M, während die Stadtcasse hiervon im Jahre 1889 eine Summe von 19000 M bereits zurückerhalten habe und jetzt noch ein Ueberschuß von 7346 M 43 S zur Verfügung stehe. Da nun außerdem der Bestand des Fahrparks von den ursprünglich vorhandenen 4 Pferden auf deren 10 angewachsen sei, so könnten die der Stadt aus der Einrichtung erwachsenen Kosten nur als unbedeutende bezeichnet werden. Die Finanzcommission beantrage, die Entlastung zu beschließen.

Herr Lange fragt an, aus welchem Grunde sich die Thätigkeit des Fahrparks nicht auf die Abfuhr des Kehrtritts vom Wolfscampe, woselbst man den Schutt nicht zu lassen wisse, erstrecke. Ferner möchte er wissen, warum das Abfuhrwesen in zweierlei Händen liege, indem die Abfuhr des Schmutzes von den städtischen Straßen außerhalb der Umfluthgräben dem Wegebau-Commissär Denecke obliegen

solle. Gerade auf diesen Straßen sei aber die Abfuhr eine so mangelhafte, daß dringend Abhilfe geschaffen werden müsse. Er verstehe nicht, weshalb die äußeren Straßen von dem städtischen Abfuhrwesen, zu dessen Kosten sie doch ebenfalls beizutragen haben, nicht berührt werden sollen und er möchte wohl wünschen, daß ein einheitliches System in das ganze Abfuhrwesen gebracht würde.

Herr Stadtrath Schöttler erwidert, bei Beantwortung der Beschwerde immer nur wieder damit beginnen zu können, daß das Reinigungsinstitut noch sehr neu sei und zweifellos noch längerer Zeit bedürfe, um in allen Richtungen so eingearbeitet zu sein, um den Anforderungen nach Möglichkeit zu genügen. Mit dem Wolfscampe seien noch verschiedene andere Straßen in gleicher Lage; es lasse sich indessen bei dem geringen Pferdebestande nicht ermöglichen, alle an den Grenzen des Stadtgebietes liegenden, bezw. auf dieselben hinauslaufenden Straßen in das Reinigungsnetz einzubeziehen, namentlich wenn dieselben noch so wenig eng mit Häusern besetzt seien wie der Wolfscamp und die Leute noch so viele Gelegenheit zur anderweiten Unterbringung ihrer Abgänge haben wie dort. Einem an den Magistrat gelangten Ersuchen um Uebernahme der Abfuhr von der Jägerstraße, welche noch gar nicht als städtische Straße übernommen worden, habe ebenfalls nicht entsprochen werden können. Während eine Menge Straßen in das Abfuhrnetz bereits neu aufgenommen seien, werde sich die Aufnahme weiterer Straßen, wie der Kaiser-Wilhelm-, Moltke-, Bismarckstraße zc. voraussichtlich zum 1. April d. Js. ermöglichen lassen, wenn das Material bis dahin beschafft sein werde. Die Deputation bemühe sich also, auch in der Beziehung den Erfordernissen thunlichst entgegenzukommen, wobei indessen immer zu erwägen sei, ob die erwachsenden Kosten den Anforderungen und Leistungen auch entsprechen werden. Wie schon früher mitgetheilt, werde die Deputation in allernächster Zeit mit neuen Forderungen an den Magistrat herantreten und handle es sich namentlich um die Beschaffung von mindestens noch 8 Pferden nebst zugehöriger Stallung, sowie um die Einstellung einer großen Anzahl von Arbeitern und noch eines Aufsehers. Die Deputation bemühe sich demnach, den Ansprüchen der Versammlung nach Möglichkeit zu genügen, wenn sie auch allen Ansprüchen der Bürgerschaft niemals werde genügen können.

Herr Lange will diese Ausführungen nicht gelten lassen, denn wenn der Pferdebestand den Anforderungen nicht genüge, so habe die Deputation denselben entsprechend zu verstärken. Der Wolfscamp sei eine voll bebaute Straße, welche allen Anspruch auf die Fortschaffung ihres Unraths besitze. Ferner möchte er wiederholt fragen, weshalb die Dreckabfuhr von den Straßen vor den Thoren dem Wegebau-Commissär Denecke, welcher gar nicht das nöthige Abfuhrmaterial besitze, in gewisser Weise privatim übertragen worden sei.

Herr Oberbürgermeister Bockels weist darauf hin, daß sich der Herr Vorredner in einem Irrthume befinde, wenn er meine, die Deputation sei berechtigt, den Fahrpark ohne Weiteres zu ergänzen, sobald sich die Unzulänglichkeit desselben erwiesen habe. Zu solchen Ausgaben sei die Zustimmung der städtischen Behörden erforderlich. Die in Aussicht gestellte Vorlage wegen Vermehrung des Fahrparks werde in nächster Zeit an die Versammlung gerichtet werden. Auf die Frage des Herrn Lange, weshalb die Abfuhr des Straßenkehrichts aus der Außenstadt nicht auch der Straßenreinigungs-Deputation obliege, sondern dem Wegebau-Commissär Denecke übertragen sei, habe er zu erwidern, daß dieses programmäßig sei, denn bei der Neuordnung des Reinigungswesens haben die städtischen Behörden die Bestimmung getroffen, daß die regelmäßigen Reinigungen nur innerhalb der Stadt vorgenommen werden sollen, aus welchem Grunde nur jene Reinigung der Deputation übertragen sei. Daß aus dieser Einrichtung irgend welche Mißstände erwachsen seien, habe er noch nicht wahrgenommen. Außerdem erscheine es zweifelhaft, ob auf macadamisirten Straßen überhaupt eine regelmäßige Reinigung vorgenommen werden dürfe; immerhin lasse sich die Sache prüfen und erkläre er sich bereit, bezügliche Erhebungen anzustellen. Er habe namentlich constatiren wollen, daß die Straßenreinigung vor den Thoren nicht in das Gebiet des Reinigungsinstituts hineingezogen sei.

Herr Wolff I bittet mit Rücksicht auf die gelegentlich der Berathung des Stadthaushaltsplans über diesen Gegenstand gepflogene lebhafte Debatte zunächst die in Aussicht gestellten Vorschläge der Deputation abzuwarten und an diese etwaige Verbesserungsvorschläge zu knüpfen. Die hier gegebene Anregung werde bei den Vorschlägen jedenfalls auch noch Beachtung finden.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

V. Ankauf der Wiesen vor dem Augustthore zum Bürgerparke.

Mit Rücksicht auf die hohe sanitäre Bedeutung, welche in größeren Städten der Schaffung von freien Plätzen und Parkanlagen beizumessen ist, hat der Magistrat schon seit Jahren den Erwerb der vor dem Augustthore belegenen Wiesen ins Auge gefaßt und deshalb bereits früher die Wiesen im Gänsewinkel und die Bleicherwiese, sowie das Terrain der städtischen Badeanstalt angekauft. Es erscheint dem Magistrat im hohen Grade erfreulich, daß ein hiesiger Bürger den Betrag von 25 000 M zu dem Zwecke überwiesen hat, die fraglichen Ankäufe fortzusetzen und damit die Erreichung des wohl allseitig erwünschten Zweckes, die bezeichneten Wiesen in einen ausgedehnten Park umzuwandeln, wesentlich zu fördern. Um den Verkauf derselben an Private zu verhindern, ist der Magistrat mit deren Eigenthümern, der Herzoglichen Cammer und dem Großen Waisenhause, in Verhandlung getreten und hat von beiden die erfreuliche Zusicherung erhalten, daß sie bereit

seien, den Verkauf der Wiesen an die Stadt zum Preise von 1000 M pro 25 a vorzunehmen, bezw. bei dem Herzogl. Staatsministerium zu befürworten, wobei jedoch das Waisenhaus ausbedungen hat, daß diejenigen Flächen, welche an der Wolfenbüttlerstraße und bezw. an der Eisenbüttlerstraße belegen und sofort als Baupläze zu verwerthen sind, bis zu einer Tiefe von je 40 m von den gedachten Straßen ab mit 12000 M und bezw. 5000 M pro 25 a bezahlt werden müßten. Der Magistrat hält diese Preise für angemessen.

Darnach würde der Herzoglichen Cammer für eine Gesamtfläche von 10 ha 21 a 25 qm der Betrag von 40850 M und dem Großen Waisenhause für eine von der Städtischen Bauverwaltung zu 16 ha 14 a 71 qm berechnete Gesamtfläche der Betrag von 113850 M zu vergüten sein. Für eine sofortige Aufwendung der letzteren Summe vermag sich der Magistrat nicht auszusprechen, er glaubt indessen, daß sich die Stadt unbedenklich dazu verstehen darf, für diesen Preis die fraglichen Wiesen mit der Maßgabe anzukaufen, daß die Abnahme derselben und die Bezahlung des Kaufpreises seitens des Waisenhauses frühestens am 1. Januar 1896 gefordert werden kann. Der Magistrat hofft, daß das Directorium des Großen Waisenhauses diesen Vorschlag annehmen werde und ersucht, ihn zum Abschluß eines dementsprechenden Kaufvertrages zu ermächtigen.

Die Cammerwiesen sind bis zum 1. October 1900 zu einem Preise von durchschnittlich 30,75 M pro Jahr und 25 a an verschiedene Personen verpachtet, so daß sich für den aus dem Vermögen der Stadt zu ihrem Ankaufe aufzuwendenden Betrag von rund 15000 M eine Verzinsung von etwa 8 % jährlich ergeben würde. Das Ersuchen des Magistrates geht im Weiteren dahin, ihn zum sofortigen Ankaufe der bezeichneten Cammerwiesen zum Preise von 1000 M pro 25 a zu ermächtigen.

Wie Herr Wolff I namens der Finanzcommission berichtet, hat letztere die Vorlage geprüft und mit vieler Freude entgegengenommen, zumal sich auch gegenüber der in der letzten Sitzung gefallenen Aeußerung gezeigt habe, daß es in Braunschweig doch noch reiche Leute gebe, welche etwas für gemeinnützige Zwecke übrig haben. Wenn die Vorlage sich in gewisser Weise auch als Zukunftsmusik darstelle, so werde es doch jeden Braunschweiger mit Freude erfüllen, daß sich die Baulust dieses Theiles nicht mehr zu bemächtigen vermöge. In der Commission sei bemerkt worden, daß man eventuell denjenigen Theil der Waisenhausländerei, welcher zu einem erhöhten Preise verkauft werden solle, ausscheiden könne von dem Ankaufe; es erscheine indessen zweckmäßig, dieses nicht zu thun, sondern lieber das ganze Grundstück zu erwerben und wenn nöthig, die Bauflächen hinterher selbst wieder zu verkaufen. Immerhin sei es jedenfalls besser, daß die Stadt die volle Verfügung über die ganze Fläche behalte, da sie dann immer noch überlegen könne, wie sich Alles am besten einrichten lasse. Aus allen diesen Gesichtspunkten und da es

sich auch jetzt um eine verhältnißmäßig geringe Ausgabe handle, habe er im Namen der Finanzcommission die Annahme der Vorlage dringend zu empfehlen.

Der Herr Vorsitzende glaubt in Aller Namen zu sprechen, wenn er dem edlen Mitbürger, welcher die 25 000 M und damit einen Beweis seiner hochherzigen Gesinnung gegeben habe, dem Banquier Carl Magnus, den Dank der Versammlung sage. Er bitte die Herren, sich zur Bekundung dieses Dankes von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Die gesammte Vorlage wird darauf angenommen.

VI. Selbstständiger Antrag des Herrn Halle auf Erwerb eines Grundstückes.

Die Finanzcommission ist, wie Herr Ramdohr berichtet, aus den magistratsseitig bei Ankauf der Nachbargrundstücke entwickelten Gründen (Seite 49 des Protocollés) mit Herrn Halle der Ansicht, daß es sich empfehlen möchte, das früher Schrader'sche Haus am Hagenscharrn zu dem angemessen erscheinenden Preise von 18000 M ebenfalls anzukaufen. Die Commission gebe daher anheim, dem Magistrate den Ankauf des fraglichen Grundstückes zu empfehlen,

was seitens der Versammlung geschieht.

VII. Selbstständiger Antrag des Herrn Halle auf Aenderung des Statuts, betr. die Entwässerung der hiesigen Stadt.

Ueber diesen in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag (Seite 68 des Protocollés) berichtet namens der Statutencommission Herr Wolff II: Gegenüber dem bisherigen Verhältnisse, nach welchem von den Grundbesitzern als solchen wegen der Heranziehung der gewerblichen Etablissements thatsächlich die Hälfte des Gesamtaufwandes an Canalsteuer getragen werde, solle der Antrag bezwecken, die gesammte Canalsteuer auf die bislang mit $\frac{1}{3}$ theiligte Stadtcasse zu übernehmen. Die Statutencommission habe sich mit Absicht jedweder Erörterung und Beschlußfassung über die grundsätzliche Frage enthalten, ob das gegenwärtige oder das im Antrage erstrebte System vorzuziehen sei; denn in Rücksicht darauf, daß gegenwärtig eine große Anzahl von Grundstücken — vielleicht ein Drittel derselben — überall noch nicht an das Canalsnetz angeschlossen sei, erscheine es unzweckmäßig und ungerechtfertigt, das bestehende Statut aufzuheben und die ganze Steuer auf die Stadtcasse zu übernehmen; möge man auch über die Steuer denken, wie man wolle. Auf der anderen Seite komme noch in Betracht, daß die Abänderung des Statuts unter keinen Umständen die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums erhalten würde, so lange das Canalsnetz noch nicht abgeschlossen sei. Aus diesen Gründen empfehle die Statutencommission, indem sie nochmals betone, daß über die grundsätzliche Frage weder eine Erörterung, noch eine Beschlußfassung stattgefunden habe, den Antrag abzulehnen.

Herr Halle giebt seinem Bedauern Ausdruck, daß die Statutencommission nicht auch zu der grundsätzlichen Frage Stellung genommen habe, sondern einfach aus Zweckmäßigkeitsgründen erkläre, den Antrag ablehnen zu müssen, da es zur Aenderung des Statuts noch nicht an der Zeit sei. Wenn man einmal auf dem grundsätzlichen Standpunkte stehe und sage, das Statut sei nicht richtig und die Vertheilung der Lasten nicht gerecht, dann könne er nicht fassen, wie man aus Zweckmäßigkeitsgründen diese Ungerechtigkeit weiter bestehen lassen wolle.

Herr Wolff I will mit der Statutencommission eine gewisse Enthaltbarkeit üben und nicht näher auf die Gründe, welche gegen den Antrag sprechen, eingehen. Eine gewisse Genugthuung sei ihm insofern geworden, als der Hauptgrund, welchen er in der Sitzung vom 15. Januar d. J. Herrn Halle entgegengehalten habe (Seite 34 des Protocollés), im Wesentlichen auch für den Beschluß der Commission maßgebend gewesen sei, nämlich, einer Neuregelung nicht eher nahezutreten, bis sämtliche Grundstücke an das Canalnetz angeschlossen seien.

Der Commissionsantrag wird darauf, unter Ablehnung des Halle'schen Antrages, angenommen.

VIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Wille auf Anstellung eines Fahrpark-Aufsehers.

Herr Wille hat, wie der Herr Vorsitzende berichtet, einstweilen von der Berathung seines in der vorigen Sitzung gestellten Antrages (Seite 68 des Protocollés) Abstand genommen, weil z. B. das ganze Institut des Fahrparkes und Abfuhrwesens in der Umgestaltung begriffen sei und er daher zunächst noch abwarten wolle, ob seinem Wunsche nicht hierbei schon Rechnung getragen werde. Er behalte sich indessen vor, den Antrag wieder aufzunehmen, wenn die Aenderungen ihm nicht zusagen sollten.

IX. Feststellung einer Baulinie im Sack.

In Veranlassung eines von dem Kaufmann Fritz Generosky eingebrachten Antrages auf Errichtung eines neuen Wohnhauses auf dem im Sack *Nr.* 19/20. belegenen Grundstücke, bringt der Magistrat in Antrag, für die Regulirung dieser Straße einen anderweiten Ortsbauplan zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Uhde berichtet, geschieht.

X. Feststellung einer Baulinie am Steinwege.

Der Kaufmann Hermann Nahde beabsichtigt, sein am Steinwege belegenes Wohnhaus durch einen Neubau zu ersetzen, aus welcher Veranlassung das Stadtbauamt für die westliche Theilstrecke des Steinweges zwischen Bohlweg und Ritter-

brunnen bezw. Wilhelmstraße einen neuen Theilortsbauplan ausgearbeitet hat, bei dessen Durchführung der Steinweg dort 20 m breit werden würde. Da der Magistrat eine derartige, ungeheuer hohe Kosten verursachende Verbreiterung des Steinweges nicht für erforderlich erachten kann, so bringt derselbe, unter Beibehaltung der für die Südseite vom Stadtbauamte vorgeschlagenen Baulinie, für die Nordseite eine den Steinweg am Bohlwege auf 17 m und an der Wilhelmstraße auf 19 m verbreiternde Baulinie in Vorschlag, bei deren Durchführung statt 406 qm nur 201 qm Terrain zu erwerben sein würde.

Bezüglich der Nordseite des Steinweges hat die Baucommission, wie Herr Uhlde berichtet, noch keinen Beschluß gefaßt, weil dort noch nicht gebaut werden sollte, sie stelle daher der Versammlung anheim, diese Beschlußfassung späterer Vereinbarung vorzubehalten, dagegen die für die Südseite vorgeschlagene Baulinie zu genehmigen.

Herr Halle möchte anheimgeben die Baulinie so festzustellen, daß dem Steinwege nicht am Mitterbrunnen ein Knick gegeben werde.

Herr Lange weist darauf hin, daß im Stadtbauamte sehr viel über die vorliegende Baulinie gesprochen und dieselbe schließlich gewählt sei, da sie selbst auf dem Papiere nur einen kaum merklichen Knick mache, welcher in Wirklichkeit aber überhaupt nicht zu sehen sei.

Die Versammlung genehmigt sodann die für die Südseite des Steinwegs in Vorschlag gebrachte Baulinie, während die Beschlußfassung über die Baulinie der Nordseite ausgesetzt wird.

XI. Erwerb von Straßenflächen an der Frankfurterstraße.

Der Bauunternehmer Wilhelm Wasmus hat von seinem an der Frankfurterstraße belegenen Grundstücke zwei zu Straßenzwecken erforderliche Theilflächen von 47 qm und bezw. 7 a 5 qm für den seitens der Städtischen Bauverwaltung als angemessen erachteten Preis von 11 M pro qm an die Stadt verkauft und ersucht der Magistrat, den dieserhalb aufgenommenen notariellen Vertrag zu genehmigen, was geschieht, nachdem Herr Nieß namens der Baucommission die Annahme desselben befürwortet hatte.

XII. Einrichtung von Spielplätzen.

In Veranlassung eines Antrages des Schulvorstandes, betr. die Förderung von Schulspielen, hat sich der Magistrat entschlossen, der Versammlung die Instandsetzung des Maschplatzes und des Platzes am südöstlichen Ende der Limbeckerstraße zu empfehlen. Die Instandsetzung des Platzes an der Amalienstraße wird nach der Ansicht des Magistrats bis dahin aufzuschieben sein, daß ge-

nügende Aufschüttungen stattgefunden haben, zu deren Beschleunigung kein Grund vorliegt. Von der Umwandlung der Bleicherwiese in einen Spielplatz glaubt der Magistrat aus technischen Gründen und der zu 25 000 M veranschlagten Kosten wegen absehen zu müssen und ebensowenig hat derselbe sich einstweilen zu der vom Hohethor-Districtsvereine beantragten und auch von der Versammlung in der Sitzung vom 18. October 1888 angeregten Instandsetzung des dem Ortsbauplane zufolge in den langen Höfen projectirten Platzes entschließen können. Die Schaffung des letzteren Platzes nebst einem Zugangswege würde, wenn es gelingen sollte, das zum Platz nöthige Terrain für 1,50 M pro qm und das Terrain für den Zugangsweg zum Preise von 6 M pro qm zu erwerben, einen Kostenaufwand von 70 000 M verursachen. Dazu kommt noch, daß die Städtische Bauverwaltung empfohlen hat, dem Platz, welcher ohne die beiden an seinen Schmalseiten vorgesehenen je 14 m breiten Straßen 234 m lang projectirt ist, nicht eine Breite von 56 m, abzüglich der Breite der beiden Straßen, sondern eine solche von 140 m zu geben, in welchem Falle weitere 22 008 qm für 33 012 M anzukaufen sein würden. Derartige Summen zur Schaffung eines Spielplatzes aufzuwenden, muß der Magistrat Bedenken tragen, indem derselbe glaubt, daß der Erwerb der in Rede stehenden Flächen bis dahin auszufehen sein wird, daß sich ein Bedürfniß zum Ausbau der angrenzenden Straßen herausstellt. Sollte die Versammlung dennoch den Ankauf für empfehlenswerth erachten, so wird magistratsseitig um entsprechende Beschlußfassung ersucht.

Für Planiren und Begrünen des Platzes an der Limbeckerstraße würde dagegen ein Betrag von 2000 M aufzuwenden sein, während die Kosten der Instandsetzung des Maschplatzes zu 2200 M veranschlagt sind.

Bevor jedoch die letztere Arbeit ausgeführt wird, ist die Feststellung einer Baulinie für die Westseite des Platzes, bezw. die Entscheidung der Frage, ob und event. wie eine Verbindung zwischen diesem Platz und der angrenzenden Ringstraße hergestellt werden soll, erforderlich. In Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte hat die Städtische Bauverwaltung diese letztere Verbindung für erforderlich erachtet und deshalb einen anderen Theilortsbauplan ausgearbeitet. Zugleich sind einige Aenderungen von anderen in der fraglichen Gegend projectirten Straßen — Beibehaltung des östlichen Theiles der Amalienstraße und Aufnahme einer neuen Straße, welche als gerade Fortsetzung der Spinnerstraße eine sehr bequeme Verbindung der fraglichen Gegend mit der Wehrstraße zur Folge haben würde — empfohlen. Diese Vorschläge erscheinen dem Magistrate durchaus zweckmäßig bis auf die in Vorschlag gebrachte Verlegung einer Straße, weil man die Fuchstwerte unbedenklich so lange bestehen lassen könne, bis die beteiligten Anlieger ihre Aufhebung beantragen werden.

Die Anträge des Magistrats gehen demnach dahin,

- 1) den Betrag von 2000 M für Instandsetzung des Platzes am südöstlichen Ende der Limbeckerstraße zu verwilligen,
- 2) die vorgeschlagenen Aenderungen, bezw. Ergänzungen des Theilortsbauplanes mit der obenbezeichneten Einschränkung zu genehmigen und
- 3) für die Instandsetzung des Maschplatzes den Betrag von 2200 M zu verwilligen.

Wie Herr Weber namens der Baucommission ausführt, theilt dieselbe mit dem Magistrate die Ansicht, daß kein Grund vorliege, die Aufschüttungen auf dem Platz an der Amalienstraße in einer Weise zu beschleunigen um hierdurch erhebliche Kosten entstehen zu lassen, andererseits erscheine es indessen angezeigt, die Aufschüttungen ohne Aufwendung von erheblichen Kosten nach Möglichkeit zu betreiben. Der Platz liege außerordentlich tief, so daß ungeheure Erdmassen zu seiner Erhöhung erforderlich wären und hierzu eine größere Geldsumme aufgewendet werden müßte. Die Baucommission empfehle daher hinsichtlich dieses Platzes mit den Aufschüttungen in bisheriger Weise fortfahren zu lassen.

Auf die Frage des Herrn Ramdohr, ob der Platz groß genug sei, um als Spielplatz dienen zu können, erwidert

Herr Stadtrath Ketemeyer, daß durch die Vorlage nicht etwa ein neuer Platz geschaffen, sondern der im Ortsbauplane bereits vorgesehene Platz zur Ausführung gebracht werden solle.

Herr Reiche hält den Platz, sofern er bis an die Gellerstraße sich ausdehnen werde, für vollständig groß genug, nur möchte er bitten, die Aufschüttungen zu beschleunigen, weil es in jener Gegend bei dem zahlreichen Nachwuchse an geeigneten Plätzen fehle.

Wie Herr Weber weiter berichtet, schließt sich die Baucommission auch hinsichtlich der Schneckenstertzwiese der Ansicht des Magistrates an, weil die Wiese selbst bei hohen Aufschüttungen noch nicht ganz hochwasserfrei würde, und es mit Rücksicht auf diesen Mangel, sowie auf die zu 25 000 M geschätzten bedeutenden Kosten zweckmäßig erscheine, von der Herrichtung der Wiese zu einem Spielplatz abzugehen. — Bezüglich des in den langen Höfen projectirten Platzes halte es die Baucommission für zweckmäßig, die westliche Fluchtlinie bis zur nächsten Parallelstraße hinauszuschieben, wodurch man einen 262 m langen, also bedeutend größeren Platz erhalten würde. Gegenüber dem Magistrate erachte es die Baucommission für rathsam, mit den jetzigen Besitzern des Terrains ungesäumt in Unterhandlung zu treten und das bezeichnete größere Terrain anzukaufen, soweit nicht zu hohe Forderungen gestellt werden, event. aber das Expropriationsverfahren eintreten zu lassen. Der Werth dieses, z. B. von der Baulust noch nicht beeinflussten Terrains werde mit jedem Jahre bedeutend steigen, so daß Eile Roth

thue. Die Commission könne deshalb den baldigen Ankauf des Terrains nur empfehlen.

Herr Stadtrath Metemeyer vermag den Erwerb des fraglichen Terrains mit Rücksicht auf die zu 100 000 M geschätzten Kosten desselben nicht zu befürworten, zumal gerade in jener Gegend ein wirkliches Bedürfnis nach einem Spielplatz bei der Nähe der im Bau befindlichen Schule nicht anerkannt werden könne. Das Terrain aber nur aus dem Grunde jetzt anzukaufen, weil der Werth desselben mit der Zeit steige, halte der Magistrat nicht für angezeigt, zumal man aus demselben Grunde auch das Terrain zu allen übrigen im Ortsbauplane vorgesehenen Straßen und Plätzen ankaufen müsse. Der Magistrat sei auf das Project nur eingegangen, weil die Versammlung früher einmal an ihn das Ersuchen auf Ankauf und Instandsetzung des Platzes gerichtet habe.

Herr Nieß möchte darauf hinweisen, daß vor mehreren Jahren das Bedürfnis nach einem Spielplatz an jener Stelle von beachtenswerther Seite mehrfach anerkannt sei, indem betont worden, daß für sämtliche Bürgerschulen kein verfügbarer Spielplatz vorhanden sei, sobald die beiden Gymnasien und Realschulen den kl. Exercierplatz mit ihren Spielen besetzt halten. Es könne demnach das Bedürfnis nicht mehr bestritten werden, sondern es handle sich nur noch darum, ob es zweckmäßig sei, schon jetzt oder erst später an die Instandsetzung des Platzes zu gehen.

Herr Lange kann sich den Ausführungen des Herrn Berichterstatters hinsichtlich des Platzankaufes nur anschließen, denn der Werth des Terrains im Westen der Stadt steige von Jahr zu Jahr, so daß die Stadt kein schlechtes Geschäft mache, wenn sie sich entschließe, sofort zu kaufen. Die auf das Capital zu schlagenden Zinsen müsse sich auch jeder Privatmann berechnen, und könne daher nicht gesagt werden, daß dieselben verloren seien. Der Platz eigne sich zum Spielplatz ganz vorzüglich und wenn auch die Umgebung desselben noch nicht vollständig ausgebaut worden, so lasse sich doch darauf rechnen, daß es nicht mehr allzulange dauern werde, bis der Platz vollständig von Häusern umgeben sei. Er bedaure nur, daß in der Vorlage nicht auch der Spielplatz zwischen der Juliusstraße und dem Altstadtringe, sowie zwischen der Blumen- und Broikemerstraße berücksichtigt worden, da er diesen zwischen bebautem Terrain liegenden Platz für viel nöthiger, als alle anderen Spielplätze halte. Die Kinder befinden sich gerade dort in einer sehr üblen Lage, denn wenn sie zum Spielen auf das Feld gehen, werden sie vom Flurschütz mit dem Hunde verfolgt, während es an weiteren Spielplätzen in der Nähe ganz fehle. Das Stadtbauamt habe die Bebauung in jener Gegend auch bereits mit Rücksicht darauf freigegeben, daß dieser Platz als Spielplatz eingerichtet werden solle. Er bitte daher, vor allen Dingen diesen Platz bei der Beschaffung von Spielplätzen ins Auge zu fassen und stelle den Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, bei der Einrichtung von Spielplätzen den im Ortsbauplane bereits vorgesehenen, zwischen Juliusstraße und Altstadttring und zwischen Broigemer- und Blumenstraße belegenen Platz als dringend nothwendig in erster Linie berücksichtigen zu wollen.“

Herr Wolff I hält den von Herrn Stadtrath Ketemeyer in die Verhandlung geworfenen Gesichtspunkt, nach welchem es sich aus den angeführten Gründen auch empfehlen würde, das Terrain für die übrigen im Ortsbauplane vorgesehenen Plätze und Straßen sofort zu erwerben, in Verbindung mit dem Antrage des Herrn Lange für so wichtig, daß er vorschläge, die ganze Vorlage mit diesem Antrage an die Commission zurückzuverweisen und zu den Berathungen mit Rücksicht auf die finanzielle Bedeutung der Vorlage auch die Finanzcommission zuzuziehen.

Herr Stadtrath Ketemeyer ersucht, den Antrag dahin zu ändern, daß die Vorlage bis auf die im Westen der Stadt anzulegenden Spielplätze Erledigung finde, da es dem Magistrate darauf ankomme, möglichst bald den Ortsbauplan für die Umgebung des Marktplatzes festzustellen, um darnach die dort übrig bleibenden Bauplätze verkaufen zu können.

Herr Wolff I erklärt sich zur Aenderung seines Antrages in dieser Richtung bereit.

Herr Blasius schließt sich dem Antrage an und spricht sich noch dahin aus, daß der demnächstige Schulsplatz an der Juliusstraße nicht ausreiche, um die vielen in jener Gegend wohnenden Kinder aufzunehmen und daher die Schaffung eines weiteren Spielplatzes dort für erforderlich erachtet werden müsse. Auf die Aeußerung des Herrn Stadtrath Ketemeyer hinsichtlich des sofortigen Erwerbes des zu projectirten Straßen erforderlichen Terrains wolle er bemerken, daß solcher Erwerb durchaus nicht nöthig sei, weil die Ausführung der Straßen keine Eile habe, wohl aber an eine beschleunigte Herrichtung von Spielplätzen gedacht werden müsse.

Herr Nieß will darauf aufmerksam machen, daß die Plätze an der Limbeckerstraße und am Neustadttringe nicht etwa in den Stand gesetzt werden, um dem Bedürfnisse nach Spielplätzen abzuhefeln, sondern weil sich die Instandsetzung derselben im öffentlichen Interesse nicht länger hinausschieben lasse. Nebenher sei dieselbe allerdings mit Freuden zu begrüßen, weil dadurch Plätze geschaffen würden, auf welchen die Schuljugend spielen könne, aber das Bedürfnis nach großen Spielplätzen werde damit nicht befriedigt. Dem Antrage des Herrn Wolff I stimme er bei. Gleichzeitig wolle er das Augenmerk der Herren in den Commissionen darauf lenken, daß es ziemlich einerlei sei, ob sie in der Nähe der Broigemer- oder der Kreuzstraße einen Platz ausersuchen. Da aber beide Plätze an einer demnächst auszubauenden Strecke der Ringstraße liegen, so erscheine es

dringend geboten, das Terrain zu kaufen, bevor die Ringstraße dort in Angriff genommen werde, weil sich dann die Preise erheblich vertheuern müßten. Es sei recht gut, daß man jetzt die Auswahl unter zwei Plätzen habe, da durch solche Concurrenz die Preise etwas herabgedrückt würden. An dem vorherigen Ankaufe von Straßenterrain habe die Stadt schon deshalb kein Interesse, weil die Anlieger den Werth desselben ersetzen müßten, wogegen die Kosten für die Plätze zum größeren Theile die Stadtcasse zu tragen habe.

Herr Bültmann bemerkt, daß seiner Erinnerung nach die Baucommission beschloffen habe, den Magistrat zu ersuchen, mit den 32 Besitzern des in Frage kommenden Terrains zunächst in Verhandlung zu treten, ehe der Magistrat ersucht werden solle, das Terrain zu dem Plage anzukaufen.

Die Versammlung beschließt hierauf, den die Herrichtung von Spielplätzen im Westen der Stadt betreffenden Theil der Vorlage mit dem Antrage des Herrn Lange an die vereinigte Bau- und Finanzcommission zurückzuverweisen.

Hinsichtlich der Instandsetzung des Platzes an der Limbeckerstraße schließt sich die Baucommission nach dem weiteren Berichte des Herrn Weber dem Magistratsantrage an und bittet um Annahme desselben.

Herr Stadtrath Netemeyer bemerkt hierzu, daß dieser Platz nicht etwa nach dem Muster der Kirchenplätze hergerichtet, sondern eingeebnet und mit Grassamen besäet, sowie mit Sandhaufen zum Spielen versehen werden solle.

Der Antrag wird angenommen.

Nachdem die Baucommission die weiteren Anträge des Magistrats auf Feststellung des Theilortzbauplanes für die Umgebung des Mischplatzes, sowie auf Instandsetzung desselben ebenfalls durch Herrn Weber hatte befürworten lassen, wird auch dieser Theil der Vorlage genehmigt.

XIII. Abkommen mit dem Schmiedemeister Gereke.

Der Schmiedemeister Gereke hat zufolge notariellen Vertrages vom 30. März 1889 insgesammt 21 qm Straßenterrain nicht nur unentgeltlich an die Stadt abgetreten, sondern auch sämtliche Kosten und Nebengebühren getragen. Der Magistrat giebt daher auf Antrag des p. Gereke anheim, die Restschuld desselben für Trottoirplatten zu 97 M auf die Stadtcasse zu übernehmen.

Die Statutencommission läßt die Vorlage durch Herrn Wolff II empfehlen und die Versammlung beschließt demgemäß.

XIV. Erwerb des Heyde'schen Grundstückes am Markstalle.

In der Sache, betr. die Durchführung des Ortsbauplanes für den Ruhfäutchenplatz und dessen Umgebung hat der Magistrat in Ausführung des mit der Herzoglichen General-Hofintendantur am 5. August v. Js abgeschlossenen und am

8. September notariell verlautbarten Vertrages das Expropriationsverfahren eingeleitet und in demselben mit den Heyde'schen Erben hinsichtlich ihres am Marstalle belegenen Grundstückes eine Vereinbarung getroffen, nach welcher jenes Grundstück mit Ausschluß des dazu gehörigen Abfindungsplanes zum 1. April 1891 an die hiesige Stadtgemeinde für den von der Herzoglichen General-Hofintendantur gebilligten Preis von 61 000 M abgetreten werden soll.

Die Versammlung beschließt, dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung dieses Erwerbes zuzustimmen, nachdem der Herr Vorsitzende entsprechend berichtet hatte.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung die fernere Beschäftigung des Dr. Rentwig bei der Stadtbibliothek unter Aufbesserung der Remuneration desselben und bespricht das bei größeren Grundstücksankäufen in Zukunft einzuschlagende Verfahren,

während in gemeinschaftlicher Sitzung eine größere Anzahl von Gemeindesteuer-Reclamationen in der Recursinstanz Erledigung findet.

Schluß 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 26. Februar 1891.

Öffentlich:

I. Die neue Gemeindesteuer-Scala	Seite 88.
II. Erwerb von Theilgrundstücken am Altwieferringe	" 90.
III. Baulinie an der Kaiserstraße	" 92.
IV. Vorschriften für Entwässerungseinrichtungen innerhalb der Grundstücke	" 92.
V. Vorprüfung des Beriefelungssystems durch eine Deputation	" 100.
VI. Selbstständiger Antrag der Herren Brückmann, Ramdohr und Lange auf Aenderung der Trinkwasserverhältnisse	" 102.
VII. Die Fußwege in der Außenstadt	" 103.
VIII. Aufnahme von weiteren Straßen in das Verzeichniß der Wege etc., auf welche die §§. 7—12 des Ortsbaustatuts Anwendung finden	" 109.
IX. Beihilfe zum Samariterwesen	" 110.
X. Herausgabe einer Beschreibung des Altstadt-Rathhauses	" 110.
XI. Gesuch wegen Abfuhr des Hauskehrichts am Wolfscampe	" 111.
XII. Verbindungsstraße zwischen Hohethor und Madamentweg	" 111.
XIII. Neuordnung des hiesigen Kirchenwesens	" 111.
XIV. Fußwege an der Nebenstraße	" 125.
XV. Erweiterung des Baugrundes der Stadt	" 125.
XVI. Selbstständiger Antrag des Herrn Wolff I auf Erhöhung der Armen-Unterstützungen	" 125.

XVII. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Verbreiterung des kleinen Markalles	Seite 126.
Vertraulich:	
Pensionirung einer Lehrerin	„ 126.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Schöttler, Ketemeyer, Heymann und Meyer, Assessor von Frankenberg und Ober-Ingenieur Mitgau.

Entschuldigt die Herren Tasper, Fiedel, Nieß, Seele, Semler und Weber.

Der zweite Vorsitzende, Herr Wolff II, eröffnet die Verhandlungen und ertheilt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort

Herrn Oberbürgermeister Pockels, welcher im Namen der Frau Reuter der Versammlung den wärmsten Dank auszudrücken hat, ebensowohl für die bei dem Tode Reuter's bewiesene herzliche Theilnahme, als auch für die dem Wirken desselben hier ertheilte Anerkennung.

Sodann wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

I. Die neue Gemeindesteuer-Scala.

Namens der Finanzcommission berichtet über diesen Punkt Herr Wolff I: Die Versammlung habe am 22. Januar den grundsätzlichen Beschluß gefaßt, die neue Scala so einzurichten, daß die Steuersätze bis auf das Sechsfache des einfachen Satzes steigen und die Vorlage mit diesem Beschlusse an die Finanzcommission behufs Ausarbeitung eines anderweiten Entwurfes zurückzuverweisen. Diesem Auftrage sei die Commission nachgekommen. Von den zu der ursprünglichen Vorlage eingebrachten 4 Anträgen sei der Antrag des Herrn Lorb unter der Begründung zurückgezogen, daß der Antragsteller die finanzielle Tragweite desselben in dem Augenblicke nicht vollständig gewürdigt habe und der Antrag auch wohl kaum Aussicht auf Annahme in der Versammlung haben werde. Nachdem dann Herr Hauswaldt seinen Antrag mit demjenigen des Herrn Rimpau verschmolzen, handle es sich nur noch um die Anträge Ramdohr und Rimpau. Die Finanzcommission habe beide Anträge einer eingehenden Würdigung unterzogen und sei mit allen gegen eine Stimme zu dem Beschlusse gekommen, die Besteuerung der Einkommen bis zu 17 000 M. nach der Tabelle I vorzuschlagen, während die höheren Einkommen nach dem einstimmigen Beschlusse der Commission auf der Grundlage des Antrages Ramdohr und Genossen zu besteuern beantragt werde. Die für diesen Beschluß maßgebenden Gründe der Commission seien folgende: Die Scala Rimpau biete technisch keine Vorzüge gegen die Tabelle I, sie beruhe ebenfalls auf einer ungleichmäßigen Steigerung. Dieser Steigerung liege aber im Wesentlichen die Erwägung

zu Grunde, möglichst an die bestehenden Steuersätze anzuschließen, insoweit als das Decimalsystem solches zulasse. Diese Erwägung machte es nothwendig, nicht ganz gleichmäßig fortzuschreiten, sondern eine Steigerung bald um 5 \mathcal{L} , bald um 10 \mathcal{L} eintreten zu lassen, welche Ungleichmäßigkeit auch Herr Rimpau habe beibehalten müssen, ja Letzterer habe sich sogar in einem Punkte dem Commissionsvorschlage angepaßt insofern, als er seinen ursprünglichen Vorschlag, die Einkünfte von 3000 \mathcal{M} bis 7000 \mathcal{M} um 10 \mathcal{L} steigern zu lassen, abgeändert habe auf eine Steigerung von 5 \mathcal{L} . Abgesehen von diesem, in technischer Beziehung keinen Vorzug bietenden Antrage des Herrn Rimpau sei in der Commission von mehreren Seiten betont worden, daß in der That keine Veranlassung vorliege, für einen nämhaften Theil der Mitbürger eine Steuerermäßigung eintreten zu lassen, umso weniger, als sich bisher Niemand von den niedrigen Steuerstufen über zu hohe Besteuerung beklagt habe. Außerdem sei vergleichend hervorgehoben, daß fast in keiner Stadt die mittleren und niederen Einkommen so gering besteuert werden, als hier. Die von den Herren Rimpau und Hauswaldt angestrebte Erleichterung würde auch nur einem beschränkten Theile der Steuerzahler zu Gute kommen, denn 28800 Steuerzahler der untersten Stufen würden unberücksichtigt bleiben, während nur 3700 einen Vortheil davon haben könnten und diese auch nur sehr ungleichmäßig, indem die Einkommen von

1700 \mathcal{M} um 0,85 \mathcal{M} ,	2300 \mathcal{M} um 6,90 \mathcal{M} ,	2900 \mathcal{M} um 2,90 \mathcal{M} ,
1800 " " 1,80 "	2400 " " 7,20 "	3000 " " 1,50 "
1900 " " 2,85 "	2500 " " 7,50 "	3100 " " 1,15 "
2000 " " 4,00 "	2600 " " 5,20 "	3200 " " 1,60 "
2100 " " 5,25 "	2700 " " 5,40 "	3300 " " 1,65 "
2200 " " 6,60 "	2800 " " 4,20 "	3400 " " 1,70 "
		3500 " " 1,75 "

in der Steuer ermäßigt würden. Demgegenüber erwache den Einkommen von 1600 \mathcal{M} gar keine Erleichterung und den Einkommen von 1500 \mathcal{M} sogar eine um 0,75 \mathcal{M} stärkere Belastung gegen die Tabelle I. Bei Zugrundelegung der Rimpau'schen Scala befürchte die Commission, daß die Wenigen, welche in so ungleichmäßiger Weise an den Vorzügen theilnehmen sollten, dieses vielleicht noch nicht einmal in genügendem Maße zu würdigen wüßten, während wiederum eine ganze Menge, namentlich der niedriger classificirten Steuerzahler sich mit Recht beklagen könnten, daß sie an den Vortheilen nicht theilnehmen sollten. Dagegen werde die Annahme der Tabelle I derartige Beschwerden und Erwägungen nicht herbeiführen können, weil sie sich an die bisherigen Steuersätze anschließe und nur geringe Abweichungen von denselben biete. Der Gesichtspunkt der Antragsteller, daß die Stadt für das Mehr an Steuern keine Verwendung habe und es daher zweckmäßig erscheine, das

Mehraufkommen aus den höheren Einkünften zur Entlastung der Classen zu benutzen, habe in der Commission keinen Beifall gefunden. Geld in Form von Gehaltsverbesserungen der städtischen Beamten von erhöhten Armenunterstützungen genügende Verwendung finden, durchaus keine Ursache habe, in dieser Beziehung auf die höhere Einkünfte, nachdem die Versammlung einmal den Grundsatz der Höhe zu dem ihrigen gemacht habe. Auch der Gesichtspunkt, die Scala endlos in der Weise zu gestalten, daß der höchste Satz erst in einer Stufe genommen werden sollte, habe in der Commission keine Billigung gefunden, indem man sich sagte, daß das höchste Einkommen auch den höchsten Zahlen solle, was bei der Rimpau'schen Scala nicht der Fall sei. Der höchste Einkommen für 1891 nur auf 200 000 M. geschätzt worden. Bei der Berathung habe man auch noch den Gedanken gestreift, daß in Folge der Staatseinkommensteuer höchstwahrscheinlich die durch den Miethschlag entlasteten Einkommen wieder stärker belastet und die Betroffenen unangenehmer empfinden würden, als wenn jetzt die Entlastung nicht maßgebenden Einfluß auf die Entschlüsse der Commission hätte, indessen nicht gehabt. Unter Berücksichtigung aller dieser Gesichtspunkte hat die Commission sich dahin entschieden, die ursprüngliche Vorlage, wie Tabelle 1 darstelle, in Verbindung mit dem Antrage Rimpau (Seite 58 des Protocoll) der Versammlung zur Genehmigung zu empfehlen.

Herr Rimpau giebt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Antrag in der Minderheit geblieben sei, trotzdem er denselben auch den besten halte. Unter den augenblicklichen Verhältnissen glaube er Abstand nehmen zu sollen, den Antrag wieder einzubringen, weil der erstatter ausgeführt habe, daß die Stadt die veranschlagten Mehreinnahmen entbehren können.

Die Vorlage gelangt darauf nach dem Antrage der Commission zur Annahme.

II. Erwerb von Theilgrundstücken am Altwiekering

Der Ausbau der Jägerstraße, welche künftig einen Theil (Altwiekering) bilden wird, soll, bedingt durch die Verkehrsverhältnisse durchgeführt werden. Außer den hierzu bereits erworbenen Terrain noch anzukaufen:

- 1) 2 Theilflächen der Grundstücke von Hoffmann und Arnsperger
- 2) die erforderlichen Theilflächen der zwischen Rußberg und Altwiekering belegenen Grundstücke,

- 3) das an der Kastanienallee belegene Stiller'sche Grundstück,
- 4) vom Grundstücke des Drehermeisters Hoffmann eine 6 qm haltende Theilfläche, wogegen diesem Grundstücke eine 3 qm haltende Fläche des Stiller'schen Grundstückes angeschnitten wird.

Die 29 qm und bezw. 35 qm haltenden Theilflächen des Arnold'schen und Schulze'schen Grundstückes sind in Veranlassung des mit dem Maurermeister Braun wegen Ausbaues des vorderen Theiles der Rußbergstraße abgeschlossenen Vertrages einstweilen auf Kosten des genannten Unternehmens stadtseitig angekauft; der Kaufpreis für diese beiden Flächen wird jedoch bei Verrechnung der betr. Kosten denjenigen für den Ausbau der Jägerstraße zuzurechnen sein.

Was die unter 1 erwähnten Theilflächen der Hoffmann'schen und Arnold'schen Grundstücke betrifft, deren Verwendung zu Straßenzwecken die Niederlegung der beiden dort stehenden Gebäude, event. auch der Nebengebäude bedingt, so hat die Städtische Bauverwaltung die den Eigenthümern zu gewährende Entschädigung beim Hoffmann'schen Grundstücke auf 19 870 M und beim Arnold'schen Grundstücke auf 25 500 M geschätzt, wogegen gefordert werden von der Wittve Hoffmann 32 740 M und vom Schankwirth Arnold 37 600 M. Da beide Eigenthümer eine Ermäßigung dieser Forderungen abgelehnt haben, so ersucht der Magistrat, auf die Expropriation der Theilflächen Bedacht zu nehmen. — Die Theilflächen unter 2 sind zu dem angemessen erscheinenden Preise von 10 M pro qm angekauft und ist außerdem dem Steindrucker Selters die erforderliche Zurücksetzung der vorhandenen Einfriedigung zugesichert, was der Magistrat zu genehmigen ersucht. — Das unter 3 bezeichnete Stiller'sche Grundstück ist von der Städtischen Bauverwaltung zu 32 300 M geschätzt, während der Eigenthümer 40 000 M fordert. Auch hier wird die Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens beantragt. — Der Drehermeister Hoffmann hat bezüglich der unter 4 erwähnten Theilflächen erklärt, er sei mit dem Austausch der beiden Flächen unter den stadtseitig gestellten Bedingungen, nach welchen die überschießende Fläche von 3 qm mit 10 M pro qm bezahlt und die das Hoffmann'sche vom Stiller'schen Grundstücke trennende Einfriedigung auf die künftige Straßengrenze gesetzt werde, einverstanden und ersucht der Magistrat, auch hierzu die Genehmigung zu geben.

Die Statutencommission, für welche Herr Halle berichtet, giebt anheim, die Vorlage nach den Anträgen des Magistrates zu genehmigen, jedoch bezüglich des Stiller'schen Grundstückes das Expropriationsverfahren erst dann eintreten zu lassen, wenn dasselbe magistratsseitig nicht für 36 000 M anzukaufen sein sollte.

Herr Stadtrath Ketemeyer macht darauf aufmerksam, daß bezüglich des Punktes 4 insofern ein Irrthum vorliegen könnte, als Hoffmann 3 qm abzutreten und 6 qm zuzuerhalten habe.

Der Punkt 4 wird in Folge dieser Zweifel von der Beschlußfassung ausgenommen und die Vorlage im Uebrigen nach den Commissionsvorschlägen genehmigt.

III. Baulinie an der Kaiserstraße.

In Veranlassung eines von dem Heizer Block eingebrachten Antrages auf Errichtung eines neuen Wohngebäudes auf seinem an der Reichenstraße belegenen Grundstücke hat die Städtische Bauverwaltung für die Kaiserstraße auf der Strecke zwischen Reichenstraße und Gr.-Hof eine anderweite, die Straße auf 12 m verbreiternde Baulinie festgestellt. Der Magistrat hält dem gegenüber eine Breite von 10 m für die fragliche Straßenstrecke für ausreichend und beantragt, die Genehmigung zu der dementsprechend festgesetzten Baulinie zu erteilen.

Wie Herr Bültemann namens der Baucommission berichtet, hat dieselbe sich nach eingehender Erwägung für die von der Städtischen Bauverwaltung vorgeschlagene Baulinie, namentlich mit Rücksicht auf die in späterer Zeit dort zu erwartende große Frequenz, erklärt. Auch habe Herr Stadtrath Ketemeyer in der Commissionsitzung mitgetheilt, daß sich der Magistrat mit dieser Baulinie möglicherweise auch noch einverstanden erkläre.

Herr Hauswaldt hält eine Verbreiterung der Straße auf 10 m für ausreichend, weil bei größerer Verbreiterung dieselbe in der Mitte einen Knick bekomme, und außerdem die Grundstücke dort zu klein werden würden.

Herr Halle unterstützt den Commissionsantrag nicht allein wegen des demnächst zu erwartenden starken Verkehrs, sondern auch zum Zwecke der Schaffung von Luft und Licht in jenem engebauten Viertel.

Die Herren Ramdohr und Rieke treten aus gleichen Gründen für die Verbreiterung auf 12 m ein.

Der Commissionsantrag wird darauf angenommen.

IV. Vorschriften für Entwässerungseinrichtungen innerhalb der Grundstücke.

Die städtische Canalbau-Deputation hat dem Magistrate einen Entwurf derjenigen allgemeinen Vorschriften vorgelegt, welcher zur Ausführung des §. 4 des Statuts vom 14. März 1888, die Entwässerung der Stadt Braunschweig betreffend, für die Anlage von Abflußröhren und sonstigen Entwässerungsvorrichtungen innerhalb der Grundstücke zu erlassen sein möchten. Dieser Entwurf ist, nachdem über denselben die Städtische Bauverwaltung gehört worden, einer Revision unterzogen und darnach von dem Magistrate angenommen worden. Letzterer ersucht die Versammlung, sich über den Entwurf zu äußern, um dann die Zustimmung der Herzöglichen Polizei-Direction einzuholen.

Die Vorschriften sollen, wie Herr Blasius namens der Statutencommission ausführt, im Allgemeinen den Hausbewohnern einen Schutz gegen die eventuellen

Schäden einer allgemeinen Canalisation der Stadt bieten und verhindern, daß ein Grundstück durch das Canalnetz, oder durch andere höher belegene Häuser in seinen hygienischen Verhältnissen geschädigt werden könnte.

Er werde die einzelnen Abschnitte des Entwurfes verlesen und könnten dieselben als angenommen betrachtet werden, wenn sich Einwendungen dagegen nicht erheben sollten.

„1. Zeichnungen.

In der in zwei Exemplaren einzureichenden Zeichnung der Entwässerungsanlage müssen dargestellt werden:

- a. die Lage des Grundstückes zur Straße im Maßstabe 1 : 250,
- b. die Grundrisse aller Stockwerke, welche mit der Entwässerungsanlage verbunden werden, im Maßstabe 1 : 100,
- c. die zum Verständniß erforderlichen Durchschnitte der zu entwässernden Gebäude und Höfe etc. in der Richtung der Entwässerungsröhren mit Angabe der Höhenlage der Letzteren in Bezug auf Braunschweiger Okerziel im Maßstabe 1 : 100.

Aus den Zeichnungen müssen auch die Einzelheiten der Entwässerungsanlage ersichtlich sein, insofern dies zum Nachweise der zweckmäßigen Einrichtung erforderlich ist.“

Herr Hauswaldt hält diese Bestimmungen für zu weitgehend, da sie dem bauenden Publicum zu schwere Lasten auferlegen. Er meine, daß die Vorschriften unter b und c entbehrlich seien.

Herr Blasius bittet, es bei der Vorlage zu belassen, da man bei Anlage der Canalisation gar nicht vorsichtig genug sein könne. Die Angabe der Höhenlage des Grundstückes erscheine nothwendig, um eine horizontale Lage der Röhren zu vermeiden und bei mehrstöckigen Gebäuden könne eine schlechte Canalisation selbst in der höchsten Etage noch Unheil anrichten, so daß die Grundrisse und Durchschnitte der sämtlichen Stockwerke nicht zu entbehren seien.

Herr Lange spricht sich zu Gunsten der Vorlage aus. In verschiedenen anderen Städten müßten ebenso genaue Angaben gemacht werden und trete man bei Annahme der Vorlage den öfter vorgebrachten Klagen über falsch angelegte Ableitungen am wirksamsten entgegen.

Herr Blasius weist noch darauf hin, daß durch die unrichtige Entwässerung einer einzigen Etage Krankheitsstoffe in ein Haus eindringen können und die vorgeschlagenen Bestimmungen daher ohne Ausnahme nothwendig seien.

Der Herr Vorsitzende möchte daran erinnern, daß die Vorlage der Versammlung nur zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegt sei und es ihm daher zweifelhaft erscheine, ob dieselbe Abänderungsanträge stellen könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, der Magistrat sei allerdings zu der Ansicht gelangt, daß zum Erlaß der geplanten Vorschriften eine Zustimmung der Versammlung auf Grund der Städteordnung nicht erforderlich sei, er habe es indessen bei der Wichtigkeit der Angelegenheit für nöthig erachtet, die Versammlung gutachtlich zu hören. Wenn dieselbe bei der Durchberathung zu der Ansicht gelange, hier und da eine Besserung eintreten lassen zu wollen, so halte er es für unbedenklich, die darüber gefaßten Beschlüsse dem Magistrate zu unterbreiten. Wenn Letzterer dieselben auch nicht als bindend ansehen könne, so werde er die Abänderungsvorschläge doch in Erwägung ziehen und auf Grund derselben nochmals in Berathung treten.

Die Versammlung erklärt sich darauf bezüglich des Abschnittes 1 mit der unveränderten Magistratsvorlage einverstanden.

„2 Beschaffenheit der Leitungen.

Die Weite der Hauptleitung soll in der Regel 15 cm betragen, nur bei außergewöhnlich großen Grundstücken ist eine größere Weite und bei besonders kleinen Grundstücken eine Weite von 10 cm gestattet.

Die Gefälle aller Leitungen sind nach Möglichkeit gleichmäßig und nicht schwächer als 1 : 100 anzuordnen. Ist die Anwendung geringerer Gefälle als 1 : 100 nothwendig, so muß eine ausreichende Spülung gewährleistet werden.

Alle Nebenleitungen sind von der Wasseraufnahmestelle ab in thunlichst directer Linie und im spitzen Winkel in die Hauptleitung einzuführen. Die Leitungen von 8 cm Weite und darüber sollen entweder aus hartgebrannten, innen und außen glasirten Thon- oder Steingutröhren oder aus gußeisernen Röhren bestehen, welche innen und außen mit Asphaltfirniß überzogen sind. Gußeisenrohre sind überall da anzuordnen, wo die Leitung frei aufgehängt oder ein nachträgliches Setzen derselben im Erdreich zu befürchten ist. Leitungen von geringerer Weite als 8 cm werden aus Gußeisen oder starkwandigen Bleiröhren gefertigt.

Die Verbindungen und Anschlüsse aller Röhren müssen vollständig luftdicht hergestellt werden und ist für die Zugänglichkeit aller Theile der Leitung Sorge zu tragen.“

Auf die Anfrage des Herrn Hauswaldt, ob in dem letzten Satz nicht statt „luftdicht“ die Bezeichnung „wasserdicht“ genüge, erwidert Herr Blasius, daß der Ausdruck gewählt sei, um zu sagen, daß das Durchbringen der Canalgase verhindert werden solle.

„3. Spülsteine, Ausgüsse, Abläufe, Ueberläufe, Einläufe.

Jeder Spülstein, jeder Ausguß oder sonstige Ablauf ist mit einem abhebbaren Siebe und mit einem Wasserverschluß (Syphon) zu versehen. Ueber jedem Ausguß muß der Hahn einer im Betriebe befindlichen Wasserleitung angebracht sein. Die Spülsteinabläufe größerer Küchen, in welchen regelmäßig für

mehr als 10 Personen gekocht wird, sind außerdem mit einem zeitweise zu reinigenden Fettfange zu versehen. Die Ueberläufe von Wasserbehältern (Regensteinen) sollen in den Wasserspiegel eintauchen und außerdem durch einen zugänglichen Wasserverschluß (Siphon) abgeschlossen werden.

Die zur Entwässerung der Höfe, Gärten und Keller dienenden Einläufe müssen mit entsprechend großen, gegen Einleitung fester Körper durch einen Krost gesicherten Sinkkästen (Schlammfang) zur zeitweisen Reinigung, die Kellereinläufe außerdem mit einem zugänglichen Wasserverschluß versehen werden."

Die Commission ersucht, wie Herr Blasius weiter berichtet, vor den beiden Worten „zugänglichen“ noch „leicht“ einzuschalten.

Herr Lange möchte wünschen, die Sinkkästen soweit möglich nicht innerhalb der Häuser anzubringen, damit letztere vor dem den Kästen entströmenden Geruche bewahrt werden und stellt einen dementsprechenden Antrag.

Herr Hauswaldt hält das Anbringen „unabhebbarer“ Siebe für verkehrt, da man längst zu der Einsicht gekommen sei, leicht einsetzbare Siebe zu solchem Zwecke zu wählen. Unter die unabhebbaaren Siebe werde sich bald eine dicke Schicht von Dreck und Schmutz setzen, welche durch Wasser nicht auflösbar sei, sondern durch Instrumente beseitigt werden müsse. Im Interesse der Reinlichkeit bitte er, leicht einsetzbare Siebe zu wählen, oder die Art derselben jedem Einzelnen zu überlassen.

Herr Brückmann möchte im Interesse der Hygiene anheimgeben, zu beschließen, daß die Schlammfänge nur insoweit in die Häuser gelegt werden dürfen, als sich nicht ein zu ihrer Aufnahme genügender Hof- oder Gartenraum vorfinde.

Herr Rimpau weist darauf hin, daß bei Durchführung dieses Antrages alles Wasser aus dem Vorderhause erst nach dem Hofe und dann von diesem wieder unter dem Hause durch nach der Straße geleitet werden müsse, was doch wohl nicht angängig sei.

Herr Halle kann mittheilen, daß die Commission eingehend über diesen Punkt verhandelt und schließlich die Ueberzeugung gewonnen habe, daß es zweckmäßig sei, der Vorlage zuzustimmen. Es handle sich um Schlammfänge, welche in der Waschküche zc. des Souterrains liegen. Wenn man dieselben daher in den Hof oder Garten legen wolle, so müsse erst eine Rohrleitung von der Waschküche nach dem Hofe geführt und auch für eine Reinhaltung dieser Leitung gesorgt werden; jedenfalls lasse sich aber ein Schlammfang leichter reinigen als eine Rohrleitung und wenn man die Reinigung nur nicht versäume, so könne man auch nicht von Canalgasen zc. belästigt werden.

Herr Stadtrath Schöttler erklärt, daß die Schlammfänge nur zur Aufnahme der Himmelswässer, nicht aber auch zur Aufnahme der Abwässer aus

Küche, Closet 2c. dienen sollen, so daß von einer Verpestung durch Gase 2c. wohl nicht gut die Rede sein könne.

Herr Blasius bestätigt diese Mittheilung und ergänzt dieselbe noch dahin, daß die Vorschriften gar nicht bestimmt vorschreiben, die Schlammfänge absolut in das Haus zu legen. Man werde also, soweit angängig, dieselben schon jetzt nach außen hin verlegen, nur dürfe dieses nicht direct vorgeschrieben werden, weil manche Häuser keine Höfe und Gärten besitzen.

Herr Rieke bemerkt, daß die Schlammfänge schon heute fast in jedem Hause bezw. Hofe vorhanden seien und hauptsächlich dem Zwecke dienen sollen, um das Versanden der Röhren zu verhindern. (Zustimmung.) Bei öfterer Reinigung könne solches niemals vorkommen. Vorsichtige Hauswirthe haben noch ein Sieb vor den Schlammfang gelegt, in welchem Falle eine Verdrückung ganz ausgeschlossen sei.

Die Versammlung lehnt darauf den Antrag des Herrn Lange ab. —

Herr Blasius hat bezüglich der Anregung des Herrn Hauswaldt zu erwidern, daß von den verschiedenen Commissionen, welche sich mit dem Gegenstande beschäftigt haben, stets großer Werth auf eine Unabnehmbarkeit der Siebe gelegt sei, um hierdurch zu verhindern, daß nicht schwemmbar Gegenstände in das Canalisationsnetz hineinkommen. In anderen Städten, wie Köln, Berlin 2c., besitze man eine gleiche Vorschrift, die sich vollständig bewährt habe.

Herr Hauswaldt ersucht um Streichung des Wortes „unabhebbar“, damit man das Sieb behufs Reinigung wenigstens einmal abnehmen könne. Im Uebrigen trete er ebenfalls dafür ein, daß die Canalaröhren nicht durch feste Gegenstände verschlemmt werden.

Herr Wilke giebt anheim, die Art der Siebbefestigung jedem praktischen Hauswirthe selbst zu überlassen, da sich die Hausmädchen doch nicht viel um die Siebe kümmern.

Herr Ober-Ingenieur Mitgau erläutert, daß mit dieser Vorschrift nur bezweckt werden solle, die Mädchen zu verhindern, die Siebe bei jeder Gelegenheit mit Leichtigkeit selbst abnehmen zu können. Die Anbringung derselben werde in der Weise beabsichtigt, daß man sie wo es erforderlich zum Reinigen abzunehmen vermöge.

Herr Stadtrath Metemeyer bittet, es bei dem Wortlaute der Vorschrift zu belassen, damit eine Verunreinigung bezw. Verstopfung der Canäle vermieden werde; wenn die Küchenmädchen das Sieb selbst abzunehmen vermöchten, so würden sie alle Schmutzstücke aus dem Aufwaschwasser 2c. in das Abflußrohr hineinbringen.

Herr Hauswaldt wünscht die Beseitigung des Ausdrucks „unabhebbar“ und Ersetzung desselben vielleicht durch die Worte „schwer abhebbar“.

Herr Rieke hält es auch für richtig, daß die Siebe zum Reinigen herauszunehmen seien. Im Uebrigen könne man schon jetzt beobachten, daß sich die Mädchen

wohl zu helfen wüßten, wenn sie etwas in das Abflußrohr befördern wollten, was nicht hineingehöre: sie schlugen dann das feste Sieb einfach entzwei, so daß die hier beabsichtigte Vorschrift bald illusorisch werde.

Herr Natalis möchte zur besseren Redigirung in Vorschlag bringen, statt „unabhebbar“ zu sagen „verschlossen“.

Herr Hauswaldt bringt an Stelle des ersten Satzes folgende Fassung in Vorschlag: „Jeder Spülstein, jeder Ausguß oder sonstige Ablauf ist mit einem Siebe und mit einem Wasserverschluß (Siphon) zu versehen; das abhebbare Sieb darf nur behufs Reinigung desselben abgenommen werden.“

Der Herr Vorsitzende entgegnet, daß man mit einer solchen Bestimmung auf ein Gebiet der Controle des inneren Hauswesens gerathen würde, welche unmöglich in das Statut aufgenommen werden könnte, weil sie unausführbar sei; denn eine solche Controle der Dienstmädchen lasse sich nicht statutarisch feststellen.

Herr Sievers beantragt, den Magistrat zu ersuchen, für den Ausdruck eine anderweite Form zu finden, welche einerseits eine mißbräuchliche Benutzung der Abflußröhren ausschließe, andererseits aber eine Reinigung der Siebe zulasse.

Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen.

Herr Hauswaldt möchte sodann noch den Wunsch aussprechen, die Bestimmung wegen der Anbringung des Fettfanges fallen zu lassen, da er eine solche Anlage im Actienhotel zu Harzburg gesehen habe, welche sich nicht bewährt haben solle, indem dort auch nicht eine Spur Fett gefangen sei. Nach der Vorlage müßte aber ein Fettfang fast in jeder Küche angebracht werden, da fast überall für mehr als 10 Personen gekocht werde.

Herr Ober-Ingenieur Mitgau bemerkt, daß man Fettfänge verschiedener Constructionen habe, und der von Herrn Hauswaldt erwähnte Harzburger Fettfang wohl nicht zweckmäßig eingerichtet sein müsse, wenn er das Fett durchlaufen lasse. In dem betr. Statute anderer Städte finde man diese Vorschrift ebenfalls, nur sei dort allgemeiner gesagt „in größeren Küchen“ und habe man hier eine bestimmte Anzahl von Personen des betr. Haushalts vorgeschrieben, um den Ausdruck „größere Küchen“ näher zu bestimmen.

Herr Rimpau schlägt vor, zu sagen, „für mehr als 20 Personen“, damit durch die Anlage von Fettfängen nicht die meisten Personen belästigt würden.

Herr Ober-Ingenieur Mitgau hält es für wünschenswerth, daß das Einbringen von Fett in die Canäle so viel als möglich verhindert werde, weil meistens das Fett, namentlich aus den Schlachtereien, mit Schuld sei, wenn sich die Canäle verstopfen. Da die Vorschrift auch in anderen Städten bestehe, so gebe er die Beibehaltung derselben anheim.

Herr Hauswaldt will seinen Antrag dahin abändern, daß in der betr. Vorschrift gesagt werde, „die Spülsteinabläufe zc. sind thunlichst mit einem Fettfange

zu versehen“, damit die Hausbesitzer, welchen man schon Lasten genug auferlege, vor solchen unnützen Ausgaben bewahrt werden.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die gestellten Abänderungsanträge abgelehnt und soll die Fassung der Vorschrift dem Magistrate überlassen bleiben; dagegen gelangt der Commissionsantrag auf Einschaltung des Wörtchens „leicht“ an zwei oben näher bezeichneten Stellen zur Annahme.

„4. Closets.

Jedes Closet, welches an den Canal angeschlossen werden soll, muß mit guter Wasserspülung versehen sein. Zwischen dessen Becken und dem Fallrohre soll mindestens ein Wasserverschluß (Syphon) angebracht werden. Die Abflußöffnung darf nicht mehr als 7 cm Durchmesser haben und das Fallrohr nicht weniger als 10 cm weit sein.

5. Wasserverschlüsse.

Sämmtliche Wasserverschlüsse müssen einen den Verschuß bildenden Wasserstand von mindestens 6 cm Höhe haben und durch eine an der tiefsten Stelle angebrachte dicht verschließbare Oeffnung oder in sonstiger Weise leicht zu reinigen sei.

6. Regenrohre.

Die Regenrohre an der Straßenseite der Gebäude sind in der Regel in das für das Grundstück bestimmte, im Straßentkörper angelegte Canalanschlußrohr, innerhalb eines 1 m breiten Abstandes von der Mauerflucht einzuführen. Nur bei sehr langen Grundstücksfronten wird unmittelbarer Anschluß der Regenrohre an den Straßencanal gestattet.

Am Fuße des Regenrohres ist ein Sinkkasten einzuschalten, welcher die vom Dache kommenden Schmutztheile, Steine und dergleichen zurückhält, außerdem ist daselbst ein Wasserverschluß anzuordnen, wenn die Mündung des Regenrohres vom Dache den Fenstersturz nicht um mindestens 1 m überragt, oder sich über denselben noch Fenster bewohnter Räume befinden.“

Herr Hauswaldt bittet um Erläuterung des letzten Satzes, der ihm vollständig unverständlich sei.

Herr Halle versteht darunter die Mündung des Fallrohres oben am Dache.

Herr Hauswaldt empfiehlt, dann lieber statt „vom Dache“ zu sagen „am Dache“.

Der Herr Vorsitzende hält eine Abstimmung hierüber nicht für erforderlich, da es sich nur um einen Wunsch auf deutlichere Fassung des Schlusssatzes handle.

„7. Lüftung.

Jedes Fallrohr ist in derselben Weite und möglichst ohne Krümmung bis über Dach emporzuführen.

Die obersten Punkte der Krümmen der gebogenen Wasserverschlüsse sind mit dem emporgeführten Fallrohre behufs der Lüftung und zur Verhütung der Ent-

leerung des Wasserverschlußes in Verbindung zu setzen. Münden in ein Fallrohr Zuflüsse von mehr als zwei Stockwerken, so ist neben dem Fallrohr ein besonderes Lüftungsröhr anzulegen, welches mit den höchsten Punkten aller Wasserverschlußkrümmer verbunden wird.

Zur Förderung des Luftwechsels empfiehlt es sich, außerdem an einer nicht überbauten Stelle eine Oeffnung für den Eintritt der Luft in das Hausrohrnetz vorzusehen."

Herr Hauswaldt möchte anheimgen, den zweiten Satz ganz zu streichen, da er sich nicht denken könne, daß die Einrichtung von so großem Werthe sei, um sie im Statut besonders anzuordnen.

Herr Ober-Ingenieur Mitgau hält diese bereits in anderen Städten eingeführten Vorrichtungen für durchaus nöthig. Wenn aus der oberen Etage Wasser in das Fallrohr eingeschüttet werde, so werde der Syphon in der unteren Etage leer gesogen, was man durch die Vorrichtung vermeiden wolle. Sofern das Fallrohr aus mehreren Etagen komme, werde beim Einschütten von Wasser aus größerer Höhe und in größerer Menge die Saugwirkung im Rohre eine größere und wirke die Verbindung der oberen Syphonkrümmer mit dem Fallrohre nicht mehr sicher; deshalb habe man in Häusern mit mehr Etagen ein besonderes Lüftungsröhr gewählt, durch welches die Luft ungehindert nachfolgen könne; dadurch werde die saugende Einwirkung auf den Wasserverschluß aufgehoben und die Entleerung desselben vermieden.

Herr Hauswaldt erklärt sich durch diese Erläuterung zufrieden gestellt und zieht seinen Wunsch zurück.

"8. Hauptwasserverschluß.

An der Innenseite der Frontmauer ist in der Hauptleitung ein bequem zugänglicher, leicht zu reinigender Hauptwasserverschluß einzuschalten. Wird derselbe auf einem freien Vorhofe oder im Vorgarten angelegt, so ist die Einrichtung so zu treffen, daß die Ausströmung der Luft aus dem Straßencanale verhindert, dagegen der Eintritt der Luft in die Hausleitung ermöglicht wird. An tiefliegenden Punkten empfiehlt es sich, ein Rückstauventil einzuschalten "

Auf die Anfrage des Herrn Hauswaldt, ob nicht eine Erläuterung dieser Bestimmungen erforderlich und ob es nothwendig sei, die Rohre ganz frei liegen zu lassen, oder mit Erde zu bedecken, erwidert

der Herr Vorsitzende, daß man die vernünftige Handhabung des Statuts den Verwaltungsbehörden überlassen müsse und eine weitere Erläuterung nicht wohl angängig sei.

"Nachtrag.

Die vorstehenden Vorschriften gelten für neue Anlagen; es wird jedoch dringend empfohlen, auch bestehende Einrichtungen diesen Vorschriften gemäß umzuändern."

Herr Lange fragt an, ob die Absicht bestehe, demnächst besondere Bestimmungen bezüglich der Fabrikabwässer zu erlassen, oder ob es nicht angebracht sei, diese Bestimmungen hier mit anzuschließen. Es erscheine ihm außerordentlich wichtig, gerade über die Abflüsse aus den Fabriken bestimmte Vorschriften zu treffen.

Herr Oberbürgermeister Pockels hält dieses weder formell noch materiell für angängig. Materiell nicht, weil die Anordnungen für die Entwässerung der Fabriken je nach den Fabrikationszweigen verschieden sein müssen und formell nicht, weil die städtischen Behörden von landespolizeibehördlichen Anordnungen abhängig seien. Man müsse solche Vorschriften dem Einzelfalle überlassen. In Berlin habe man bezüglich der Fabrikabwässer ganz besondere Vorschriften, weil es außerordentlich wichtig sei, die der Allgemeinheit dienenden Canäle nach Möglichkeit zu schonen; so bestehen dort Vorschriften bezüglich der Temperatur der Abwässer, auch dürfen beispielsweise saure Wässer nicht in den Canal gelassen werden u. c. Jedenfalls scheine es ihm von größter Wichtigkeit zu sein, diese Abwässer streng zu überwachen.

Herr Obergeringenieur Mitgau weist darauf hin, daß der §. 6 des Entwässerungsstatuts bereits Bestimmungen hinsichtlich der Fabrikabwässer enthalte.

Die Vorlage ist damit erledigt.

V. Vorprüfung des Veriefelungssystems durch eine Deputation.

Der Antrag des Magistrates auf definitive Verleihung des Rechtes, die nach Röckner-Rothe'schem Verfahren gereinigten städtischen Abwässer in die Oker abzuweisen, ist bekanntlich von der Herzoglichen Kreisdirection hieselbst, allerdings unter Gestattung des einstweiligen Fortbetriebes der Versuchsstation auf der Schneckenstertzwiese, aus dem Grunde abgelehnt, weil nach sachverständigem Gutachten zu befürchten sei, daß die Abwässer trotz der Reinigung den Okerfluß namentlich in wasserarmer Zeit in unzulässigem Maße verderben werden. Wenngleich das jener Verfügung zu Grunde liegende Gutachten durch ein magistratsseitig von anderen Seiten eingeholtes Gutachten als verfehlt hingestellt wurde, so ist doch von Verfolgung einer Beschwerde über die landespolizeiliche Verfügung mit Rücksicht darauf Abstand genommen, daß der Obergeringenieur Mitgau die durch eingehende Untersuchungen und Berechnungen gewonnene Ansicht vertrete, daß für die hiesigen Verhältnisse die Reinigung durch Veriefelung nicht allein technisch ausführbar, sondern auch billiger sei, wie diejenige durch Fällung mittelst Chemicalien. Die dem Magistrate vom Obergeringenieur Mitgau auf Grund seiner Erhebungen unterbreiteten Vorschläge sind ungefähr folgende:

„Die Abwässer der gesamten Stadt fließen naturgemäß in der Richtung mit dem Laufe der Oker von Süden nach Norden. Durch die Lage der Stadt bedingt fließen sie in drei Hauptcanalzügen, von denen der eine die östliche Außenstadt, der

mittlere die Innenstadt und die südliche Außenstadt und der dritte die westliche Außenstadt entwässert. Sämmtliche Canalzüge lassen sich unterhalb der Stadt im Eichthale vereinigen und einer Pumpstation zuführen, welche zweckmäßig auf dem westlichen Ufer der Oker, etwa unterhalb der Jutespinnerei, erbaut wird und welcher die Abgänge der östlichen Außenstadt und der Innenstadt mittelst eines Düfers zufließen. Die Lage der Pumpstation ist so zu wählen, daß derselben die Kohlen zur Kesselfeuerung auf einem Nebengeleise der Landeseisenbahn zugeführt werden können. Als Rieselrand wird man zunächst auf die Herzogliche Domaine Steinhof rechnen müssen, welche von allen in der Gegend befindlichen Ländereien entweder pachtweise oder durch Ankauf am billigsten zu nutzen sein wird. Für die Reinigung sämmtlicher städtischen Abwässer ist aber außerdem noch eine Landfläche erforderlich und würde diese wohl diesseits des Steinhofes bei Watenbüttel, auch allenfalls nördlich von Weltenhof auf der anderen Seite der Oker zu finden sein. Möglicherweise kann auch Canalwasser an Privatländerei zur Düngung abgegeben werden. Nach der Rieseländerei würde das Canalwasser in einer von der Pumpstation ausgehenden gußeisernen Röhrenleitung geführt, welche, in die Celler Heerstraße verlegt, da Abzweigungen erhält, wo Wasser entnommen werden soll. Da die meiste Länderei daselbst in einem meist nach der Oker geneigten Gefälle liegt, so würde das ablaufende Rieselwasser auf natürlichem Wege der Oker oder den nach derselben führenden Gräben zufließen können. Nach Mittheilung sachverständiger Landwirthe, welche durch officielle Auskunft zu bestätigen sein würde, ist die bezeichnete Länderei für die Verieselung wohl geeignet, es stehen somit der Ausführung und dem Betriebe einer solchen Anlage Hindernisse in technischer Beziehung nicht entgegen."

Der Magistrat hatte eine vorbereitende Ausführung dieses Verieselungsprojectes einstweilen mit Rücksicht darauf hinauschieben zu sollen geglaubt, daß einerseits der Haushalt des dabei in erster Linie in Betracht kommenden Klostergutes Steinhof bis zum Jahre 1900 verpachtet ist und daß andererseits der Hinblick auf die seit einiger Zeit und für die nächsten Jahre durch außerordentliche Aufwendungen stark angespannte, bezw. anzu Spannende Steuerkraft der hiesigen Einwohnerchaft angezeigt erscheinen lassen durfte, zunächst die Canalisation der Stadt zu vollenden und erst im Anschluß hieran das Verieselungssystem einzuführen. Da indessen das Herzogliche Staatsministerium den ordnungsmäßigen Betrieb einer sachkundig angelegten Rieselanlage als die landespolizeilichen Anforderungen betreffs Reinhaltung der Oker erfüllend anerkannt und der Stadt das Recht zur Zwangseinteignung des zu einer derartigen Anlage erforderlichen Landcomplexes auf braunschweigischem Gebiete im Princip zugesprochen hat, so hält der Magistrat dafür, daß, um über die hiesige Einführung des Rieselystems Entschließung treffen zu können, anerkannte Sachmänner, als welche der Baurath Hobrecht in Berlin

und bezüglich der Ermittlung geeigneter Rieselflächen der Deconomierath Schönermark ins Auge gefaßt sind, zuzuziehen seien. Ferner wird sich nach der Ansicht des Magistrates empfehlen, die vorbereitenden Verhandlungen einer besonderen Deputation zu übertragen, welche aus einem Magistratsmitgliede und zwei Stadtverordneten zu bestehen und den Obergeringieur Mitgau zuzuziehen haben würde. Die Anträge des Magistrates gehen dahin:

- 1) die Niedersetzung einer dreigliedrigen Commission zur Vorprüfung der Frage über die hiesige Einführung des Rieselsystems zu beschließen und zu solcher Deputation zwei Stadtverordnete zu wählen, sowie
- 2) der Deputation zur Honorirung der Sachverständigen und zur Bestreitung von Baarauslagen einen Credit in Höhe von vorläufig 5000 M zu eröffnen.

Die Statutencommission hat sich, wie Herr Blasius berichtet, mit der Vorlage einverstanden erklärt, sie schlägt indessen im Einvernehmen mit dem Magistrate vor, nicht eine drei-, sondern eine viergliedrige Deputation, bestehend aus einem Magistratsmitgliede und drei Stadtverordneten, als welche die Herren Blasius, Bültemann und Lange in Vorschlag gebracht werden, einzusetzen, sowie den geforderten Credit zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt diesem Antrage zu und wählt die benannten Stadtverordneten in die zu bildende Deputation.

VI. Selbstständiger Antrag der Herren Brückmann, Ramdohr und Lange auf Aenderung der Trinkwasserverhältnisse.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, eine Vorlage einzubringen, durch welche ein Betrag von 5000 M verwilligt werde behufs Deckung von Kosten zu Vorarbeiten zwecks Verschaffung guter Trinkwasserverhältnisse.“

Wie der Herr Vorsitzende bemerkt, haben die Herren Antragsteller gebeten, den Antrag im Anschluß an den vorigen Punkt der Tagesordnung begründen zu dürfen und solle diesem Wunsche in der Voraussetzung des Einverständnisses der Versammlung stattgegeben werden.

Darauf erhält das Wort zur Begründung Herr Brückmann: Wenn man auch seitens der staatlichen Behörden beabsichtige, den Fabriken, welche ihre Abwässer der Oker zuführen, strengere Bestimmungen hinsichtlich der Reinigung dieser Abwässer aufzuerlegen, so sei die Stadt Braunschweig sich doch noch nicht sicher, ob diese Bestimmungen genügen werden, um der Stadt ein wirklich brauchbares Trinkwasser zu garantiren. Beispielsweise habe die Zuckerfabrik Dettum der Oker

ein abgerieseltes Wasser zugeführt, welches vielleicht noch zehn Mal stärker, als nach den gegebenen Vorschriften zulässig, verunreinigt sei. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung eines guten Trinkwassers für eine Stadt wie Braunschweig sei im Hinblick auf die jüngste Wassercalamität zu verwundern, daß nicht schon energischere Schritte zur Abstellung eines solchen Uebelstandes gethan worden. Ebenso wie die Stadt die Abwässerfrage energisch anzugreifen beabsichtige, möchte er beantragen, auch die Wasserversorgungsfrage in Angriff zu nehmen. Wenn die Behörden darüber wachen, daß die Lichtstärke des Gases immer ausreichend sei, daß nur gute Milch und gesundes Fleisch in der Stadt feilgeboten werden, so müsse man erstaunen, daß den Bürgern ein solches Trinkwasser habe angeboten werden können, welches sowohl in praktischer, als auch in ethischer Beziehung nicht zu gebrauchen sei, schon weil die oberhalb der Stadt liegenden Orte ihre Fäcalien der Oker zuführen. Um in dieser Beziehung Wandel zu schaffen, dürfe man nicht warten, bis die von den staatlichen Behörden eingeleiteten Untersuchungen beendet seien, sondern man müsse energisch Hand anlegen, um die Trinkwasserfrage in andere Stadien zu leiten. Beispielsweise besitze die Stadt Leipzig eine Zuführung von Quellwasser in der Weise, daß auf einer Gewinnungsstrecke von 1500 m ungefähr 140 Brunnen angelegt seien. Ueber die Frage, ob die hydrologischen Verhältnisse der hiesigen Stadt eine solche Anlage zulassen, müsse ein Fachmann, welcher in der Person von Thiem in Leipzig vorhanden sei, gefragt werden. Die industriellen Anlagen vermehren sich von Jahr zu Jahr und die Bürgerschaft sei sich und ihren Nachkommen schuldig, Einrichtungen zu treffen, welche sich auf Jahre hinaus bewähren. Die beantragten 5000 M sollten zum Zwecke von Untersuchungen über das Vorkommen genügender Quellen verwendet werden und stehe zu hoffen, daß in Beziehung auf das Wasser gründlich Wandel geschaffen und die Stadt nicht mit Provisorien hingehalten werde.

Nach genügender Unterstützung überweist der Herr Vorsitzende den Antrag der Finanzcommission mit dem Ersuchen, denselben mit dem Votum der Statutencommission zugehen zu lassen.

VII. Die Fußwege in der Außenstadt.

In Betreff der von der Versammlung unterm 12. April 1888 angeregten anderweiten Befestigung der Fußwege ist der Magistrat nach eingehender Erwägung zu der Ansicht gelangt, daß es sich empfehle,

- a. die Befestigung der Fahrbahnen in der Regel wie bisher, d. h. durch Macadamisirung vorzunehmen und eine Pflasterung nur da eintreten zu lassen, wo ein lebhafter Fahrverkehr die Aufwendung der nicht unerheblichen Mehrkosten aus finanziellen Gründen geboten erscheinen lasse;

- b. die bisherige Art der Befestigung der Fußwege (Steinschlag mit Grandschüttung) dagegen ganz aufzugeben und die Fußwege — und zwar sowohl die bereits ausgebauten, als auch die fortan herzustellen — mit Steinplatten, Cementplatten oder dergl. wenigstens insoweit zu belegen, daß sie auch bei schlechtem Wetter, besonders bei Thauwetter, dem Verkehre genügen.

In Ansehung der Fahrbahnen wird es zur Zeit einer Beschlußfassung nicht bedürfen, da in jedem Falle entschieden werden kann, ob Chausfirung oder Pflasterung vorzuziehen sei.

Was dagegen die Fußwege betrifft, so wird die Mangelhaftigkeit der jetzt üblichen Befestigungsart allseitig anerkannt und man wird der Forderung, die Fußwege besser als bisher zu befestigen, Rechnung tragen müssen, wobei jedoch der Magistrat bevormundet, daß diese Befestigung selbstverständlich nur bei den von der Stadt zu unterhaltenden Ortsstraßen zur Ausführung zu bringen ist. Die Fußwege in ihrer ganzen Breite zu befestigen, hält der Magistrat nicht für erforderlich und der Kosten wegen auch nicht für rathsam. Es wird vielmehr genügen, wenn in der Mitte der Fußwege ein breiterer, bezw. zwei schmalere Streifen Platten oder dergleichen gelegt und der zwischen den beiden Plattenreihen und bezw. der zwischen den angrenzenden Häusern und der diesem zunächst liegenden Plattenreihe befindliche Raum mit einer thunlichst festen und wenig durchlässigen Deckenlage (vielleicht aus Diabasschüttung) versehen wird. Ueber die Art des zu verwendenden Materiales vermag sich der Magistrat z. B. noch nicht zu äußern, es wird ein Versuch mit verschiedenem Materiale und zwar auf einer und derselben Straße anzustellen und die definitive Auswahl davon abhängig zu machen sein, wie sich die einzelnen Befestigungsarten bewähren. Zu solchem Versuche dürfte sich der in diesem Jahre auszubauende Theil des Madamenweges mit Rücksicht auf den daselbst herrschenden lebhaften Verkehr eignen. Hiernach ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß die Befestigung der Fußwege des Madamenweges in der vorstehend angegebenen Weise zur Ausführung gebracht werde. Die Kosten für Cementplattenbelag würden sich auf annähernd 5 M., diejenigen für Befestigung mittelst Diabasschüttung auf 2 M. pro qm belaufen.

Wenn die Versammlung diesem Antrage gemäß beschließt, so dürfte es sich nach der Ansicht des Magistrates empfehlen, die Entscheidung darüber, ob in gleicher oder ähnlicher Weise auch die übrigen, in nächster Zeit auf Kosten der Stadt auszubauenden Fußwege zu befestigen seien, in Gemeinschaft mit dem Magistrat der Baucommission zu überlassen und ersucht der Magistrat weiter, auch hierüber Beschluß zu fassen.

Zur Befestigung der bereits ausgebauten Fußwege kann sich der Magistrat nicht ohne Weiteres verstehen. Allerdings erkennt derselbe auch rückichtlich dieser

Wege das Bedürfniß, dieselben besser als bisher zu befestigen, als vorhanden an, glaubt aber, daß die dadurch erwachsenden sehr erheblichen Kosten, wenn nicht ganz, so doch theilweise von den Anliegern um deswillen zu tragen sein werden, weil diese an ordnungsmäßigen Fußwegen insofern das lebhafteste Interesse haben, als der Zustand derselben auf den Werth und die Verwerthung der Grundstücke von nicht zu unterschätzender Bedeutung sei. Da indessen die Instandsetzung der Fußwege mittelst Plattenbelag als „Unterhaltung“ derselben nicht angesehen werden kann, so muß, wenn die Anlieger zu den fraglichen Kosten herangezogen werden sollen, zunächst die Landesbauordnung und das Ortsbaustatut geändert werden. Der Magistrat beabsichtigt daher, die Aenderung der Landesbauordnung dahin zu beantragen, daß das Gesetz den Gemeinden das Recht verleihe, auf statutarischem Wege die fragliche Verpflichtung der Anlieger zu begründen und zwar ohne Rücksicht darauf, ob ihre Grundstücke bereits bebaut sind oder nicht. Die hieraus für die Anlieger sich ergebende Belastung ihrer Grundstücke würde um so unbedenklicher vorgenommen werden können, als sie zu den ihnen gesetzlich und statutarisch obliegenden Unterhaltungskosten der Fußwege *thatsächlich* nicht herangezogen werden und somit vor den innenstädtischen Grundstücken in einer nicht gerechtfertigten Weise bevorzugt erscheinen. Der Magistrat würde es für erwünscht halten, wenn die Versammlung sich mit den vorstehenden Ausführungen und dem von ihm beabsichtigten Vorgehen einverstanden erklären wollte.

Nach eingehender Durchberathung schließt sich, wie Herr Bültmann berichtet, die Baucommission in allen Punkten der Magistratsvorlage an und bittet um deren Genehmigung.

Herr Wilke möchte empfehlen, bei der Befestigung der Fußwege Versuche mit hartgebrannten Klinkern zu machen, welches Material nicht zu theuer sei, das sich aber bereits in Holland und den deutschen Nordseeprovinzen, speciell auch im Amte Thedinghausen sogar auf Fahrwegen bewährt habe.

Herr Halle fragt an, ob mit der Vorlage zugleich eine Aenderung des Ortsbaustatuts in der Richtung beschlossen werden solle, daß die Anwohner vor den Thoren zu den Herstellungskosten der Fußwege beizusteuern haben.

Herr Stadtrath Netemeyer erwidert, daß der Magistrat nur eine bezügliche Mittheilung in die Vorlage habe einfließen lassen mit dem Wunsche, die Versammlung möchte die Ansicht des Magistrates, wonach auch die Anlieger der Außenstadt einen Theil der Kosten für Instandsetzung der Fußwege tragen sollen, zu der ihrigen machen. Mit Rücksicht auf den allgemein als schlecht anerkannten Zustand der Fußwege in der Außenstadt habe der Magistrat beschlossen, die Fußwege der neu auszubauenden Straßen in anderer als der bisherigen Weise herrichten zu lassen, wenn auch die Art der Befestigung noch nicht feststehe, sondern erst ausprobiert werden solle. Bezüglich der schon vorhandenen Wege erkenne der Magistrat

deren nicht guten Zustand ebenfalls an, er hege jedoch die Ansicht, daß der Stadt nicht zuzumuthen sei, die vielleicht 150 000 M. betragenden Kosten der Instandsetzung allein aufzubringen, sondern er halte dafür, die Anlieger, ebenso wie die Anlieger der Innenstadt, zur Tragung dieser Kosten mit heranzuziehen. Da indessen die Neuinstandsetzung der Wege nicht als eine Unterhaltung derselben nach Maßgabe der Landesbauordnung aufzufassen sei, so müsse letztere entsprechend geändert werden und gedenke der Magistrat nach Aenderung derselben mit einem besonderen Antrage wegen gleichmäßiger Aenderung des Ortsbaustatuts an die Versammlung heranzutreten. Letztere werde heute nur gebeten, sich im Principe mit der beabsichtigten Aenderung einverstanden zu erklären.

Herr Reiche giebt anheim, sich über diesen Punkt heute noch nicht schlüssig zu machen, da die Sache gehörig überlegt sein wolle. Jedenfalls müsse man sich auch fragen, ob nicht lieber die Bestimmung hinsichtlich der Beitragspflicht der Anlieger in der Innenstadt aufgehoben, als dieselbe auch noch auf die Außenbewohner übertragen werden solle.

Herr Halle schließt sich dieser Ansicht an und hält es ebenfalls für richtiger, die Bewohner der Innenstadt von jenem Zwange zu befreien, als denselben noch auf die Außenbewohner auszudehnen. Die Fußwege benuze das Publicum im Allgemeinen und daher könnte nicht der Einzelne ihre Herstellungskosten tragen.

Herr Natalis ist erfreut darüber, daß endlich der alte Schmerzensruf über die schlechte Beschaffenheit der Fußwege in der Außenstadt verstummen solle. Bei Durchführung der Verbesserung könne seiner Ansicht nach die Stadt das große Opfer nicht allein tragen, sondern es müsse jeder Anlieger mit helfen, selbst wenn er dadurch mehr oder weniger hart betroffen werden sollte. Jedenfalls bitte er, dem Magistratsantrage auf Anstellung von Versuchen mit den verschiedenen in Frage kommenden Pflasterungsarten zuzustimmen.

Herr Wolff I weist darauf hin, daß die gesetzliche Bestimmung, nach welcher in den Straßen der Innenstadt die Hauseigenthümer die Kosten der Bürgersteige tragen, auf einem Abkommen mit der Regierung beruhe und es sich hier um ein Gewohnheitsrecht handle. Die allgemeinen Pflasterungskosten der Innenstadt werden bekanntlich zu $\frac{3}{6}$ von der Regierung und zu $\frac{1}{6}$ von der Stadt getragen, während die Herstellung der Fußwege ausschließlich den Anliegern obliege. Wenn diese Last aber mit einem Male den Hausbesitzern abgenommen würde, so entstehe dadurch eine bedeutende Entlastung derselben, welche besonders vorsichtig zu überlegen sei. An der gründlichen Verbesserung der Fußwege in der Außenstadt haben in erster Reihe die betreffenden Hausbesitzer ein wesentliches Interesse, und hege er im Gegensaße zu den Herren Reiche und Halle die Ansicht, daß auch die Hausbesitzer

wenigstens einen Theil der entstehenden Kosten zu übernehmen haben. Die Zugänglichkeit zu den Grundstücken werde wesentlich gebessert, wodurch letztere auch im Werthe gewinnen müssen. Er bitte daher, der Magistratsvorlage, welche den den Hausbesitzern aufzuerlegenden Kostenantheil noch nicht näher bezeichne, zuzustimmen.

Herr Stadtrath Netemeyer ist ebenfalls der Ansicht, daß das von den Hausbesitzern eventuell zu fordernde Opfer wieder durch die höhere Verwerthbarkeit der Grundstücke aufgewogen werde. Dem Magistrate müsse indessen daran liegen, daß sich die Versammlung schon heute erkläre, ob sie seinem Vorgehen im Principe zustimme, da anderenfalls die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums zur Aenderung der Landesbauordnung nicht wohl eingeholt werden könne; dasselbe werde mit Recht erst eine Aeußerung der Stadtverordneten-Versammlung verlangen. Die alleinige Uebernahme der Kosten seitens der Stadt gehe entschieden über die Kräfte derselben hinaus.

Herr Riese warnt, sich allzuviel von der Befestigung durch Cementguß zu versprechen, da es schwer halte, denselben bei der Hochnahme von Gasröhren, welche bekanntlich in das Trottoir gelegt werden, wieder gleichmäßig herzustellen. Eigentlich brauche man Proben nicht mehr anzustellen, da man beispielsweise vor dem Theater und auf verschiedenen Strecken der Promenaden die hier in Frage kommenden Pflasterungsarten genügend kennen gelernt habe. Bei der Verwendung von Platten mit Zwischenräumen stelle sich der Mangel heraus, daß sich der zwischen und neben denselben liegende Grand bezw. Sand leicht auf die Platten spüle und den Weg bei feuchtem Wetter fortwährend beschmutze. Man solle daher den Plattenbelag möglichst breit anlegen, mindestens breiter als auf der Wolfenbüttlerstraße. Er habe im Stadthause Cementplatten gesehen, welche, aus Cement mit Elbkies gemischt hergestellt, jedenfalls ein brauchbares Trottoir abgeben würden, wenn drei solcher $\frac{1}{2}$ m breiten Platten neben einander gelegt würden; besser erscheine es ihm aber immer, ein Pflaster aus kleinen Steinen (Mosaikpflaster) zu wählen. — Hinsichtlich der Heranziehung der Anlieger zu den Herstellungskosten des Trottoirs sei er der Ansicht, daß diese Kosten am zweckmäßigsten aus dem Steuerfädel bezahlt werden, da er es für widerrechtlich halte, den Hauswirth für die Kosten des Trottoirs, welches von Jedermann benutzt werde, verantwortlich zu machen. Schlimm würden in solchem Falle namentlich die Besitzer von Eckhäusern fahren, da sie das Trottoir für große Flächen zu bezahlen hätten, was er nicht für angezeigt erachten könne. Sachen, die der Allgemeinheit dienen, müßten auch von der Allgemeinheit bezahlt werden.

Herr Halle kann sich trotz der Aufforderung des Herrn Stadtrath Netemeyer nicht dazu entschließen, sich im Principe über die vorliegende Frage schon heute schlüssig zu machen. Er würde es für viel richtiger halten, die Bewohner der

Innenstadt wenigstens von den Reparaturkosten der Bürgersteige zu entbinden, da diese Kosten für den Hausbesitzer häufig sehr lästig und drückend seien. Letztere müßten nicht allein die schadhaft gewordenen Platten, sondern auch noch den Arbeitslohn für die gepflasterten Steine neben denselben, sowie die Reparaturkosten bezahlen. Wenn man es für richtig halte, die Hauswirth der Innenstadt zu den Kosten heranzuziehen, so müßte man sich folgerichtig auch dafür erklären, daß die Hausbesitzer der Außenstadt in gleicher Weise behandelt werden. Er stehe indessen auf dem Standpunkte des Herrn Kiefe, daß die Wege der Allgemeinheit dienen und ihre Kosten daher auch von derselben getragen werden müßten. Wenn gesagt sei, daß die Grundstücke durch die Anlage eines guten Trottoirs gewinnen, so dürfe nicht vergessen werden, daß auch die Passanten einen Vortheil aus solcher Verbesserung ziehen und daher die Allgemeinheit für die Kosten einzutreten habe.

Herr Wolff I möchte noch einen bisher nicht berücksichtigten Gesichtspunkt vorführen. Es handle sich hier um ein Gewohnheitsrecht, welches bedinge, daß jeder Käufer eines Hauses wisse, welche Lasten er zu tragen habe und daß danach diese Lasten im Kaufpreise mit zum Ausdruck kommen. Es würde nun allerdings recht bequem für die Hausbesitzer sein, wenn die Allgemeinheit ihnen diese Lasten mit einem Male abnähme. Geschehen sei dieses schon bezüglich der Straßenreinigung, deren Kosten die Steuerzahler zu einem sehr großen Theile tragen und auch die Canalbaulasten habe man erst kürzlich der Gesamtheit aufbürden wollen. Jetzt nun heiße es mit einem Male, es sei eine Ungerechtigkeit, die Kosten des Trottoirs den Anliegern aufzulegen. Er halte dafür, daß alle Hausbesitzer der Innen- und Außenstadt, welche durch die Anlage eines guten Trottoirs in ihrem Eigenthum wesentlich gefördert würden, auch zu den Anlagekosten beitragen.

Herr Reiche will darauf hinweisen, daß es sich hier weniger um das Aufgeben eines Gewohnheitsrechtes, als vielmehr um die Einführung einer neuen Belastung der Hauseigenthümer handle. Die Eigenthümer von Grundstücken vor den Thoren haben dieselben unter einer ganz anderen Perspective gekauft, als die Hausbesitzer der Innenstadt, das sei sehr wohl zu berücksichtigen. Erstere hätten ihren Antheil in die Wegebaucasse zu zahlen, wofür die Arbeiten gemacht würden. Wenn man jetzt den Anliegern vor den Thoren für ihre theilweise lang gestreckten und in geschäftlicher Beziehung weniger werthvollen Grundstücke die Kosten für das Trottoir auferlegen wolle, so müßte mancher sein Grundstück wieder hergeben und würde vielleicht finanziell ruinirt. Er möchte daher bitten, dieses Gewohnheitsrecht nicht noch mehr auszudehnen.

Herr Halle weist Herrn Wolff I gegenüber darauf hin, daß die älteren Besitzer von Grundstücken vor den Thoren nicht gewußt haben könnten, daß man ihnen noch die Canalsteuer und die Trottoirkosten auferlegen würde, so daß die

Leute hierin eine Schädigung erblicken müßten. Dazu komme noch, daß viele Eigenthümer Wohnungen jahrelang leer stehen hätten, trotzdem aber ihre Grundsteuer und die sonstigen Abgaben voll bezahlen müßten. Das seien Punkte, welche man zu berücksichtigen habe, wenn man die städtischen Steuern und Abgaben möglichst gleichmäßig vertheilen wolle.

Herr Stadtrath Heymann bemerkt, daß diese Frage vor einigen Jahren gelegentlich der Berathung des Nieß'schen Antrages auf Aufhebung des Statuts, betr. die Erhaltung der Fußwege vor den Thoren, gründlich in der Versammlung besprochen sei. Man habe damals anerkannt, daß sich viele Gründe für die Aufhebung geltend machen lassen, daß indessen eine Regelung dieser Frage nur für das ganze Stadtgebiet möglich sei. Mit Rücksicht auf die vorliegenden Verhältnisse und namentlich im Hinblick auf den mit dem Staate im Jahre 1858 abgeschlossenen Vertrag lassen sich auch für die Innenstadt nur Aenderungen treffen, nachdem sich die Stadt mit dem Staate auseinandergesetzt habe. Erst dann können einheitliche Principien für die ganze Stadt eingeführt werden. Möge man nun eine Ansicht hierüber haben, welche man wolle, jedenfalls lasse sich zur Zeit an dem einmal zu Recht bestehenden Statut nichts ändern.

Herr Natalis kann von seiner vorhin ausgesprochenen Ansicht, daß es im größten Interesse der Außenbewohner selbst liege, bessere Fußwege zu besitzen, auch jetzt nicht abweichen. Es erscheine ihm daher richtig, die Herstellungskosten unter Bethheiligung der Stadtcasse und der Hausbesitzer aufzubringen.

Bei der nun folgenden Abstimmung genehmigt die Versammlung die gesammte Magistratsvorlage und erklärt sich im Principe auch damit einverstanden, daß die Anlieger vor den Thoren auf gesetzlich erreichbarem Wege zu den Umbaukosten des Trottoirs mit herangezogen werden.

VIII. Aufnahme von weiteren Straßen in das Verzeichniß der Wege *cc.*, auf welche die §§. 7—12 des Ortsbaustatuts Anwendung finden.

Auf Antrag der Städtischen Bauverwaltung und mit Zustimmung des Stadtbauamtes ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß die nachstehend verzeichneten Straßen bezw. Straßentheile in das Verzeichniß derjenigen Straßen aufgenommen werden, auf welche die §§. 7—12 des Ortsbaustatuts Anwendung finden:

Kleine Bertramstraße, Eulenstraße, Petristraße zwischen Celler- und Thomästraße, Kreuzstraße vom Graben neben dem Grundstücke *N. ass.* 3938 bis zur Nordgrenze des Grundstückes *N. ass.* 4057, Altwiekering zw. Kastanienallee und Hufarenstraße, Sopianstraße zw. Cammann- und Bugenhagenstraße, Bugenhagenstraße zw. Sophien- und Calandstraße, Calandstraße zwischen Julius- und Bugenhagenstraße, Döringstraße zw. Hedwig- und Juliusstraße, Langer camp zw. Gliesmaroder- und Zimmerstraße, Verbindungs-

straße zw. der Kl. Bertram- und Leonhardstraße an der Westseite des Leonhardsplatzes, Kleine Campestraße, Bachmannstraße, Rosenstraße zw. Marien- und Husarenstraße, Nußbergstraße zw. Altwiekring und Rosenstraße, Grünstraße und Herderstraße.

Der Antrag wird damit begründet, daß die fraglichen Straßen entweder bereits ganz, bezw. theilweise ausgebaut sind, oder ihr Ausbau nahe bevorsteht.

Die Baucommission läßt die Vorlage durch Herrn Bültmann befürworten und die Versammlung beschließt demgemäß.

IX. Beihilfe zum Samariterwesen.

Im Auftrage des hiesigen Samaritervereins hat dessen Vorsitzender, Herr Erich Spohr, in einer Eingabe an die Versammlung gebeten, dem Vereine aus städtischen Mitteln eine Beihilfe behufs Anschaffung von Verbandskasten zu bewilligen.

Da eine gleiche Eingabe an den Magistrat gerichtet ist, so beantragt die Statutencommission, für welche Herr Blasius berichtet, die Sache hier für erledigt anzusehen und weitere Schritte des Magistrates abzuwarten.

Herr Brückmann hält es nicht für gerechtfertigt, diese von so humanen Bestrebungen getragene Sache einfach zurückzuschieben, da man sich über den Werth und Unwerth derselben klar sei.

Nachdem der Herr Vorsitzende darauf hingewiesen hatte, daß der Antrag der Commission einer langjährigen Gepflogenheit der Versammlung entspreche, wird der Gegenstand ohne besondere Beschlußfassung verlassen.

X. Herausgabe einer Beschreibung des Altstadt-Rathhauses.

Mit Rücksicht darauf, daß das hiesige Altstadt-Rathhaus, welches allseitig als eins der edelsten gothischen Bauwerke anerkannt wird, bislang eine eingehende wissenschaftliche Darstellung weder durch Kunsthistoriker noch durch Geschichtsforscher erfahren hat, so wird, veranlaßt durch eine Anfrage des Bürgermeisters der Stadt Wien, vom Stadtbaurath Winter und vom Stadt-Archivar Professor Dr. Hänselmann die Veröffentlichung eines Werkes über das Altstadt-Rathhaus empfohlen. Der Magistrat kann sich gleichfalls der Ansicht nicht verschließen, daß es eine Ehrenpflicht sei, weiteren Kreisen dieses Kleinod deutscher Baukunst durch eine sachgemäße Schilderung zugänglich werden zu lassen und beantragt daher, zu beschließen, daß die zur Veröffentlichung eines Werkes über das hiesige Altstadt-Rathhaus geeigneten, nach Ansicht des Stadt-Archivars Hänselmann und des Stadtbauraths Winter erforderlichen Arbeiten, soweit nothwendig unter Zuziehung von Hilfskräften, in Angriff genommen, sowie, daß die für letztere nöthigen, vorläufig zu 900 M veranschlagten Geldmittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Statutencommission hat, wie Herr Blasius berichtet, den Antrag des Magistrats mit großer Freude begrüßt und schlägt vor, die geforderten 900 M zu verwilligen,

was seitens der Versammlung geschieht.

XI. Gesuch wegen Abfuhr des Hauskehrichts am Wolfscampe.

Verschiedene Anwohner des Wolfscampes haben das Ersuchen an die Versammlung gerichtet, den Hauskehricht von den Häusern des ausgebauten Theiles jener Straße durch die städtischen Abfuhrwagen mit abholen zu lassen.

Wie Herr Halle namens der Statutencommission ausführt, wird außer einer Reihe von anderen Straßen auch der Wolfscamp zum 1. April d. Js. mit in das Abfuhrnetz einbezogen werden, so daß die Eingabe als erledigt betrachtet werden könne,

was geschieht.

XII. Verbindungsstraße zwischen Hohethor und Madamenweg.

Behufs baldiger Durchführung der Verbindungsstraße zwischen Hohethor und Madamenweg, sowie zur schleunigen Ueberweisung der der Actien-Zuckerfabrik von dem Grundstücke der jetzigen Polizeistation zustehenden Fläche von 1 a 40 qm hat der Magistrat mit der Herzoglichen Polizei-Direction unter Vorbehalt der Zustimmung des Herzoglichen Staatsministeriums verabredet, daß dem einen der beiden Polizeibeamten, welche die jetzige Polizeistation bewohnen, in dem neben derselben belegenen, der Stadt gehörigen Hause unentgeltlich eine angemessene Wohnung bis dahin eingeräumt werde, daß die neue Polizeistation beziehbar sei und daß bis zu demselben Zeitpunkte vom 1. April d. Js. ab dem anderen Polizeibeamten eine Wohnungsentschädigung von jährlich 320 M stadtsseitig gewährt werde. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, ihn zu ermächtigen, auf der Grundlage der zwischen Herzoglicher Polizei-Direction und ihm getroffenen vorläufigen Verabredung, mit dem Staate wegen alsbaldiger Ueberweisung der alten Polizeistation an die Stadtgemeinde ein entsprechendes Abkommen zu treffen und für die Instandsetzung der oben bezeichneten Räume den Betrag von 200 M zu verwilligen.

Die Vorlage wird von Herrn Wolff I namens der Finanzcommission befürwortet und darauf

von der Versammlung angenommen.

XIII. Neuordnung des hiesigen Kirchenwesens.

Die Kirchenvisitatoren hieselbst hatten im Jahre 1885 an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, bei den übermäßig angewachsenen Kirchengemeinden zu

St. Magni und zu St. Catharinen Pfarr-Collaboraturen zu errichten und zustimmen- denfalls die Bereitstellung der erforderlichen Geldmittel zu bewirken. Der Magistrat hatte die Nothwendigkeit einer Besserung des kirchlichen Zustandes der beiden Gemeinden zwar anerkannt, zugleich aber darauf hingewiesen, daß solche Besserung durch Errichtung von Collaboraturen nicht werde herbeigeführt werden, daß vielmehr eine Besserung auf dem Wege einer zeitgemäßen Neuordnung der Gesamtheit der städtischen Parochialgrenzen und pfarramtlichen Verhältnisse angestrebt werden müsse, wenn anders man nicht Gefahr laufen wolle, einem Rück- gange im kirchlichen Gemeindeleben entgegenzutreiben. Diese Neuordnung lasse sich zweckmäßig in der Weise durchführen, daß die Größe der bestehenden sieben Gemeinden und die dieser Größe entsprechende Zahl ihrer Geistlichen nach der Größe der vorhandenen Gotteshäuser bemessen werde, von mehreren in derselben Gemeinde thätigen Geistlichen aber ein Jeder zur Ausübung der Seelsorge, zum Confirmandenunterrichte und zur Vornahme der Amtshandlungen einen bestimmten, etwa 6000 Seelen umfassenden örtlichen Bezirk dieser Gemeinde zugetheilt er- halte; wobei dann später die bedarfsmäßige Gründung neuer selbstständiger Ge- meinden ins Auge zu fassen sei. Nachdem dieser Plan die Zustimmung des Kirchenconvents und auch im Allgemeinen die Billigung des Herzoglichen Consisto- riums gefunden hatte, wurden Verhandlungen zur Vorbereitung seiner Ausführung eingeleitet.

In Verfolgung dieses Planes hat der Kirchenconvent nach Ablehnung eines anderweiten Vorschlages in seiner Sitzung am 29. April v. Js. das nachstehende Programm aufgestellt:

- 1) Als Ziel wird verfolgt die Neuordnung der städtischen Kirchengemeinden auf der Grundlage, daß örtlich begrenzte, in der Regel je bis 6000 Seelen zählende Seelsorgebezirke gebildet werden, welche nach der Größe der den einzelnen Parochien überwiesenen Gotteshäuser entweder mit je zweien zu einer selbstständigen Kirchengemeinde vereinigt werden oder aber einzeln für sich eine selbstständige Gemeinde ausmachen.
- 2) Zu diesem Behufe wird eine Veränderung der Bezirke der vorhandenen 7 Gemeinden mit der Wirkung vorgenommen, daß die Gemeinden zu St. Petri und zu St. Michaelis mit einstelligen Pfarren je ungefähr 6000, die übrigen Gemeinden mit je 2 Predigern je etwa 12 000 Seelen (insgesamt gegen 72 000 Seelen) umfassen.

Die Bezirke dieser 7 Gemeinden werden aus dem innerhalb der äußeren Umfluthgräben belegenen Gebiete und, soweit erforderlich, unter Hineinziehung von solchen in der Außenstadt belegenen bebauten Straßen gebildet, welche an eine die Verbindung mit der Innenstadt herstellende Brücke grenzen.

Das hiernach verbleibende Gebiet der Außenstadt wird von den bisherigen resp. Parochialbezirken abgetrennt und in selbstständige Gemeinden so zwar eingetheilt, daß in der Regel eine jede der letzteren 1 Kirche und 2 Seelsorgebezirke mit insgesammt bis zu 12 000 Seelen erhält.

- 3) Die demnächstigen neuen Kirchengemeinden verbleiben in dem Verbande der Stadtkirchen; die Präsentation der Prediger erfolgt auf Wahl der betr. Gemeinde durch den Stadtmagistrat.
- 4) Die Feststellung der Grundzüge für die Ausführung des vorstehenden Programms bleibt bis dahin ausgesetzt, daß der Stadtmagistrat das Ergebnis der von demselben zugesicherten sofortigen Bearbeitung einer Statistik über die Dichtigkeit der Bevölkerung in den einzelnen Stadtstraßen mitgetheilt haben wird. —

Nach Beschaffung der unter 4 erwähnten statistischen Aufnahme hat der Kirchenconvent die Eintheilung der Pfarrbezirke vorgenommen und auf die Durchführung der programmäßigen Neuordnung bezüglich Beschlüsse gefaßt.

Der Kostenaufwand, welchen die Durchführung dieses Plans an Verzinzung und Tilgung der Dotationscapitalien für zwei Kirchen mit zusammen drei Pfarrstellen, sowie an Unterhaltung dieser beiden Kirchenanstalten und an Zuschüssen zu den Gehältern der bei St. Andreas und bei St. Ulrich wieder anzustellenden zweiten Geistlichen auf absehbare Zeit erfordern möchte, ist vom Kirchenconvent auf jährlich 47 000 M wohl annähernd zutreffend, ja vielleicht reichlich veranschlagt, wenn die hiesigen Cantorate, wie der Kirchenconvent erachtet, im Nebenamte besetzt, wenn ferner nach Besetzung der in Aussicht genommenen neuen Predigerstellen die beiden Collaboraturen beim geistlichen Ministerium (die sog. Stadtadjuncturen) als entbehrlich eingezogen werden, und wenn überdies der Staat bei Gründung der neuen Anstalten mit erheblichen Zuschüssen zu Hülfe kommen sollte. —

In der Erwartung nun, daß das nebst der Neueintheilung der Parochien von den 7 Kirchenvorständen inzwischen bereits genehmigte Programm der Neuordnung Höchsten Orts Bestätigung finden werde, hat das Kirchen-Cassen-Collegium an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, die Verpflichtung der Stadt zur Gewährung von Zuschüssen in einem dem kirchlichen Bedürfnisse nach Maßgabe des in Aussicht genommenen Reformplans entsprechenden Umfange im Principe schon jetzt anzuerkennen und event. über die Art der Aufbringung der dazu erforderlichen Mittel Entschließung zu treffen bezw. herbeizuführen. In der diesbezüglichen Zuschrift hat das Kirchen-Cassen-Collegium — welchem bekanntlich seit einer langen Reihe von Jahren aus der Kreiscommunalcasse eine widerrufliche Beihilfe von jährlich

12000 M zu kirchlichen Restaurationsarbeiten gewährt wird — zugleich darauf hingewiesen, daß die Gemeine-Kirchencasse zu ausgiebiger Erfüllung der ihr obliegenden, in stetem Wachsthum begriffenen Verpflichtungen nach der vielleicht schon im Jahre 1891 eintretenden Erschöpfung ihres Vorrathsvermögens, selbst bei Fortdauer jener Beihilfe nur noch für kurze Zeit im Stande sein und deshalb sich alsbald genöthigt sehen werde, mit der Forderung von dauernden Leistungen für kirchliche Zwecke — auch ganz abgesehen von den aus der geplanten Neuordnung erwachsenden Kosten — an die Stadtgemeinde heranzutreten.

Die Verpflichtung der Stadtgemeinde, zur Bestreitung der der Gemeine-Kirchencasse obliegenden Ausgaben bedarfsmäßige Zuschüsse zu leisten, steht nach §. 6 des Gesetzes *N* 18 vom 9. April 1864 fest. Zweifelhaft dagegen erscheint nach dem Berichte der Commission des Kirchenconvents unter *N* 11 die Frage: ob und in welchem Umfange die Stadtgemeinde die aus der geplanten Neuordnung des hiesigen Kirchenwesens erwachsenden Kosten, beim Mangel an bereiten kirchlichen Mitteln, zu tragen verpflichtet sei?

Der Magistrat ist bezüglich dieser Rechtsfrage nach eingehender Prüfung zu der in einem besonderen Rechtsgutachten ausführlich begründeten Ansicht gelangt, daß zwar die Aufbringung der Kosten für Unterhaltung der hier neu zu bildenden Kirchengemeinden, in vorausgesetzter Errichtung von genügenden Pfründen bei deren Gründung, subsidiär, d. i. beim Mangel an kirchlichen Mitteln, der Stadtgemeinde obliegen werde, daß aber die Beschaffung der kirchlichen Neubauten und die Fürsorge für Besoldung der Prediger bei den neuen Kirchengemeinden der Stadtgemeinde nicht werde zur Last gelegt werden können. — Wenn der Magistrat gleichwohl der Versammlung die Bereiterklärung zur stadtseitigen Uebernahme der Gesamtheit der Kosten, welche aus der geplanten Neuordnung erwachsen werden, empfehlen zu sollen glaubt, so bestimmen ihn hierzu die nachstehenden Erwägungen:

1) Wenn anders der unleugbar zunehmenden Entkirchlichung der breiten Schichten der hiesigen Stadtbevölkerung ein Damm entgegengesetzt, das religiöse und kirchliche Leben gehoben werden soll, so erscheint eine zeitgemäße Neuordnung der hinter dem Wachsthum der Stadt weit zurückgebliebenen kirchlichen Einrichtungen unerlässlich: Dem Geistlichen einer allzu großen Gemeinde wird durch die Ueberfülle seiner kirchlichen Handlungen (Tausen, Trauungen und Begräbnisse) die Ausübung der Seelsorge, zumal unter den Gemeindemitgliedern ein beständiger Zuzug und Abgang stattfindet und er die neu Angezogenen immer erst kennen lernen muß, ungemein erschwert, und er wird hierdurch wohl gar versucht, den Schwerpunkt seiner Arbeit, anstatt in der Seelsorge, in den gottesdienstlichen Predigten zu suchen; die große Zahl der dem Prediger anvertrauten Confirmanden macht es ihm unmöglich, auf die einzelnen Kinder in dieser für das Leben so be-

deutlichen Zeit unterrichtlich und erziehlich gehörig einzuwirken; die unverhältnißmäßig große Ausdehnung der Stadt vor den Thoren legt den dortigen Kirchengängern und Trostbedürftigen große Beschwerlichkeiten und Entbehrungen auf, verkümmert denselben die Befriedigung ihres kirchlichen Bedürfnisses; die nicht mehr zu überschauende Größe der Seelenzahl lähmt die Wirksamkeit der Kirchenvorstandsmitglieder bei Unterstützung des Geistlichen in Förderung des religiösen und sittlichen Lebens der Gemeinde. Zur Beseitigung dieser Mißstände, und um die Kirche zur Erfüllung ihrer Aufgabe in den Stand zu setzen, ist vor Allem die Bildung kleiner Gemeinden nothwendig; wie solche hier nach den Beschlüssen des Kirchenconvents auf der Grundlage der wohl bekannten Gemeindeorganisation des Pastors Sulze zu Dresden ausgeführt werden soll. Solche Neuordnung finanziell zu ermöglichen, ist nicht lediglich eine sittliche, sondern auch eine sociale Aufgabe der Stadtgemeinde; die Stadtgemeinde an erster Stelle erscheint berufen, den Gefahren, Schäden und Nachtheilen vorzubeugen, welche aus der Fortdauer und Zunahme der beregten Mißstände und aus der unter deren Herrschaft unzweifelhaft wachsenden Entkirchlichung der Einwohnerschaft drohen, und welche, wenn auch dieselben weitere Kreise berühren, doch zunächst und vor Allem die Wohlfahrt der hiesigen Stadt treffen werden.

2) Der Inhalt und Umfang der bestehenden Verpflichtungen der kirchlichen und bezw. der politischen Gemeinden zur Aufbringung von Parochiallasten kann auf Vorschlag der Kirchenregierung im Wege der Landesgesetzgebung geändert, namentlich — in angenommener Richtigkeit der Ansicht über die jenen Verpflichtungen durch das jetzt geltende Recht gezogenen Grenzen — zu Lasten der Gemeinden erweitert werden. Der Kirchenregierung wird im Falle einer diesseitigen Verweigerung der von den kirchlichen Organen im Interesse der Kirche für nothwendig erachteten Aufwendungen die unabweisbare Pflicht obliegen, zur Sicherung der hiesigen kirchlichen Zustände ein Eingreifen der Landesgesetzgebung in Anspruch zu nehmen, und die Landesgesetzgebung hinwiederum wird im religiösen, sittlichen und socialen, also im eigenen Interesse nicht umhin können, solcher Aufforderung gerecht zu werden. Die Folge würde sein, daß der hiesigen Stadtgemeinde diejenigen kirchlichen Leistungen, welche freiwillig zu übernehmen sie verweigerte, kraft Gesetzes auferlegt werden würden. — Möglich zwar, daß das Land bei gesetzlicher Erweiterung der kirchlichen Gemeindelasten einen Theil der letzteren, im Besonderen die Fundationskosten, auf die Staatskosten übernehmen würde; in solchem Falle aber würde das Patronatrecht über die hiesigen neuen Kirchen nicht dem Magistrate, sondern dem Landesherrn zustehen. Der Magistrat muß nun — und hält sich in dieser Beziehung der Zustimmung der evangelisch-lutherischen Bürgerschaft versichert — hohen Werth darauf legen, daß das Schutz-, Vertretungs- und Aufsichtsrecht über hier neu entstehende Kirchen, und vor Allem das Recht der Präsentation der bei

denselben anzustellenden Geistlichen ihm unverkümmert bleibe: zu nicht geringem Theile dem Umstande, daß den selbstgewählten evangelisch-lutherischen Vertretern der hiesigen Bürgerschaft (in den Stadtkirchenvorständen und bezw. im Kirchenconvente, im Magistrate und im Kirchen-Cassen-Collegium) ein ausgebehntes Mitwirkungs- und Bestimmungsrecht bei den vermögensrechtlichen Angelegenheiten der Stadtkirchen, sowie — abgesehen von der St. Petrigemeinde — das Recht der Präsentation der Stadtgeistlichen zusteht, ist es zuzuschreiben, nicht allein, daß die Mitglieder der Kirchenvorstände Lust und Liebe zu ihrem Amte haben und an der Pflege des christlich religiösen und sittlichen Gemeindelebens mit Frische und werththätig sich betheiligen, sondern auch, daß in weiteren Kreisen der Bürgerschaft eine hocherfreuliche Opferwilligkeit für kirchliche Zwecke sich bethätigt. Vor Allem ist es die im evangelischen Principe begründete gemeindliche Predigerwahl, welche Gewähr dafür leistet, daß der aus der Gemeindevahl hervorgegangene Geistliche auch aus der Gemeinde heraus reden und amtiren und hierdurch in der Lage sich befinden werde, den Aufschwung des kirchlichen Gemeindelebens auf das Beste zu fördern. Es kommt, die eigenthümliche Entwicklung des hiesigen Stadtkirchewesens anlangend, hinzu, daß es ein Unding sein würde, die neuen Kirchengemeinden nicht dem Cassenverbande der älteren Gemeinden anzuschließen; sodann daß, da die bestehenden Gemeinden (mit Ausnahme der St. Petrigemeinde) bei der Predigerwahl mitzuwirken haben, auch die neuen Gemeinden gleiche Befugnisse mit den älteren Gemeinden zu besitzen billigerweise verlangen dürfen. —

Der Stadtverordneten-Versammlung wird hiernach anheimgegeben, sich damit einverstanden zu erklären:

- 1) daß die Verpflichtung der Stadtgemeinde
 - a. zur Leistung von bedarfsmäßigen Zuschüssen zur Bestreitung der der Gemeine-Kirchencasse nach §. 6 des Gesetzes *Nr.* 18 vom 9. April 1864 obliegenden Ausgaben,
 - b. zur subsidiären Aufbringung der Kosten der Unterhaltung neuer und angemessen fundirter Kirchenanstalten
 anerkannt;
- 2) daß eine Rechtspflicht zur stadtseitigen Aufbringung der Kosten der Errichtung von neuen Kirchenanstalten bestritten, daß jedoch — in Erwartung von Staatsbeihilfen —
- 3) die Bereitwilligkeit der Stadtgemeinde zu freiwilliger Uebernahme der Gesamtheit derjenigen Kosten, welche aus der programmäßigen, im Besonderen das Patronatrecht des Stadtmagistrats wahrennden und die Cantorate als Hauptämter beseitigenden Neuordnung des hiesigen Kirchewesens erwachsen würden, erklärt, dabei jedoch zuständigen Orts zur Erwägung gestellt werde, ob nicht nach Befehung der in Aussicht

genommenen neuen Predigerstellen die Stadtadjuncturen als entbehrlich einzuziehen seien.

Die Grundsätze, nach welchen die Stadtgemeinde die kirchlichen Leistungen aufzubringen habe, werden, da die letzteren immerwährende sein dürften, durch rechtsbeständige Feststellung eines dauernden Vertheilungsmaßstabes geordnet werden müssen. Hierzu wird in dem Falle, daß die Parochiallasten — wie magistratsseitig für angezeigt gehalten wird — durch eine communale Kirchensteuer, d. i. unter Befreiung Andersgläubiger, aufgebracht werden sollen, die Beschreitung des Weges der Landesgesetzgebung erforderlich werden. Der Magistrat legt Gewicht darauf und wird zutreffenden Falls durchzusetzen versuchen, daß durch das bezügliche Landesgesetz nicht etwa das für die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden geltende Recht (Gesetz Nr. 30 vom 18. Juni 1864) auch für die Städte, und event. für die hiesige Stadt allein, eingeführt, vielmehr der gemeindlichen Statutar-Autonomie das Recht zu eigener Festsetzung der Grundsätze für die Aufbringung der kirchlichen Leistungen eingeräumt werde, damit die städtischen Behörden sich in der Lage befinden, die weniger wohlhabenden Einwohner (etwa diejenigen, welche ein hinter 2000 M zurückbleibendes Einkommen haben) von der Kirchensteuer befreien und auch sonstige, durch die hiesigen localen Verhältnisse angezeigte Sonderbestimmungen treffen zu können. Der darnach als Kirchensteuer zu erhebende Zuschlag zur Communalsteuer würde voraussichtlich über den Betrag von 5 pCt. der letzteren nicht hinausgehen, mithin immerhin erträglich sein und, wie der Magistrat vertraut, bei der hohen Bedeutsamkeit ihres Zwecks, willig gezahlt werden.

Die Vorlage ist von der Statutencommission vorberathen und berichtet namens derselben Herr Rudeloff:

„Die Beitrags-Verpflichtung der Stadt gegenüber den Aufwendungen bei Anstellung je eines zweiten Predigers für St. Andreas und St. Ulrich erscheint unzweifelhaft. Insbesondere kommt in Betracht, daß die erforderlich werdenden zweiten Predigerstellen an St. Andreas und St. Ulrich zwar nicht besetzt, aber doch in Gestalt von gewissen dafür bestehenden Pfründen bereits vorhanden waren, auch das Bedürfnis zur Wiederbesetzung der Stellen, ganz abgesehen von der jetzt geplanten Organisation längst bestand. Uebrigens reichen die vorhandenen Pfründen schon jetzt fast aus, um die betr. Kosten zu decken, und wird insbesondere die Ulrichi-Pfründe mit der Zeit noch einen überreichlichen Zuwachs erhalten.

In der Außenstadt sollen nach dem vorliegenden Projecte die kirchlichen Verhältnisse eine völlige Neubildung erfahren. Hier ist die Errichtung zweier Kirchengemeinden, einer nordöstlichen und einer südöstlichen, mit je einer Kirche und einem, bezw. zwei Pfarrern in Aussicht genommen. Was hier von uns beantragt wird, bedeutet also, daß wir die Mittel gewähren sollen, welche erforderlich sind, um vorher noch nicht vorhandene Kirchenanstalten erst zu gründen. Dabei

könnte (gleichzeitig auch bezüglich der Aufwendungen für die Gemeinden St. Ulrichi und St. Andreas) die Frage aufgeworfen werden: Wie kann überhaupt die Stadt verpflichtet sein, für kirchliche Bauten und Einrichtungen Geld zu bewilligen, da es sich hier doch nicht um eine städtische Angelegenheit im Sinne der Städteordnung handelt, die städtischen Behörden auch als solche in kirchlichen Dingen nicht mitzureden haben? Darauf ist zu sagen: Zur Tragung der mit kirchlichen Einrichtungen und Bauten verbundenen Kosten ist, soweit die dazu verordneten Mittel nicht zureichen, zwar die Kirchengemeinde verbunden — hier in Braunschweig sowohl die Einzel-Kirchengemeinden, wie solche nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 30. November 1851 in den Kirchenvorständen sich verkörpern, als auch der Gesamtkirchenverband, welcher unter dem Namen „Gemeine-Cassen-Verband“ für die gemeinsamen Interessen aller sieben Stadtkirchen durch das Gesetz vom 9. April 1864 errichtet ist — es bestimmen aber unsere Landesgesetze zugleich, daß sich die Organe der Kirchengemeinde wegen der erforderlichen Zuschüsse an die politische Gemeinde zu halten haben. Insbesondere bestimmt der §. 2 des Gesetzes vom 9. April 1864:

Die dem Gemeinde- (Kirchen-) Cassen-Verbande jetzt angehörigen sieben Stadtkirchen zu Braunschweig bleiben auch ferner unter einander im Cassenverbande, dergestalt, daß die nach Bestreitung der eigenen Bedürfnisse bleibenden Ueberschüsse der Kirchen in eine gemeinschaftliche Cassa fließen und zu Gunsten der verbundenen Kirchen, namentlich zur Bestreitung ihrer Bau- und Cultusbedürfnisse, wie zur Verleihung von etwa erforderlichen Zuschüssen zu den Gehältern der Prediger und anderer Kirchendiener, verwandt werden.

Der §. 6 desselben Gesetzes aber ordnet an:

Reichen die Einnahmen der Gemeinde-Kirchencasse zur Bestreitung der darauf lastenden Ausgaben nicht zu, so hat das Kirchen-Cassen-Collegium wegen Verwilligung der erforderlichen Zuschüsse sich an den Stadt-magistrat zu wenden

So viel also steht außer allem Zweifel: soweit die Kirchengemeinden verpflichtet sind, vorhandenen Bau- und Cultus-Bedürfnissen zu genügen, muß zur Completirung der vorhandenen Mittel die politische Gemeinde aushelfen. Es muß ferner nach der Vorlage als feststehend angenommen werden, daß die vorhandenen Mittel der Gemeinde-Kirchencasse nicht im Entferntesten ausreichen, die jetzt in Rede stehenden Foundationen ausführen zu lassen. Und endlich ist zu bemerken, daß den politischen Gemeinden eine Entscheidung darüber, ob ein Bedürfnis vorliegt, nicht zusteht. Die Frage aber bleibt offen: sind denn die Kirchengemeinden resp. deren Mitglieder in dem vorausgesetzten Falle der Unzulänglichkeit der Kirchenmittel zu kirchlichen Neubauten, sowie zur Gründung von Fonds behufs

Dotirung neuer Pfarrstellen verpflichtet? Hierüber sind die juristischen Mitglieder des Kirchen-Convents verschiedener Meinung gewesen. Es liegen zwei sich widersprechende Gutachten vor. Das eine derselben nimmt an, daß die subsidiäre Verpflichtung der Kirchengemeinden zur Tragung von Kosten für kirchliche Neubauten und sonstige Fundirungen, soweit das Bedürfniß es verlange, die Mittel aber unzureichend seien, nach dem gemeinen Kirchenrechte feststehe. Mit diesem Satze tritt denn das Gutachten an die Prüfung der Landesgesetze heran und indem — übrigens ganz richtig — gesagt wird, daß das bisherige Recht durch die einschlägigen Landesgesetze nicht habe abgeändert werden sollen, findet der Verfasser des Gutachtens diesen seinen vorausgestellten gemeinrechtlichen Grundsatz von der Neubau- und Fundirungspflicht der Gemeinden in zahlreichen Bestimmungen unserer Gesetze lediglich bestätigt.

In dem anderen Gutachten dagegen, welches für die Entschließungen des Stadt-Magistrates maßgebend gewesen sein wird, wird ausgeführt, daß nach gemeinem Rechte die subsidiäre Verpflichtung der Kirchengemeinde sich beschränke auf die Erhaltung und bedarfsmäßige Erneuerung der zu kirchlichen Zwecken vorhandenen Einrichtungen und Bauten und von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet greift dann naturgemäß in diesem Gutachten eine ganz entgegengesetzte Auslegung der landesgesetzlichen Bestimmungen Platz.

Die Statutencommission hat sich nach reiflicher Erwägung aller einschlägigen Punkte dem zweiten Gutachten und damit den Anschauungen des Stadt-Magistrates angeschlossen. Man könnte sagen: die Gründung der für die neuen Gemeinden bestimmten Kirchen, Pfarrhäuser und Fonds sei zunächst als eine Angelegenheit der bisherigen Kirchengemeinden, sei es der vereinigten sieben oder der auspfarreenden Gemeinden St. Catharinen und St. Magni aufzufassen. Wäre das richtig, so müßte geprüft werden: sind bestehende Kirchengemeinden und sind insonderheit unsere bisherigen Kirchengemeinden verpflichtet, im Falle anerkannten Bedürfnisses neue Kirchenanstalten zu gründen? Das gemeine Recht kennt eine solche Verpflichtung nicht. Der Bau neuer Kirchenanstalten ist Niemandes Verbindlichkeit. Es geht durch die gemeinrechtliche Lehre von der Kirchenbaulast die stillschweigende Voraussetzung hindurch, daß das Bauen von Kirchen, wenn nicht Kirchenvermögen vorhanden, in jedem Falle ein Akt der Liberalität sein werde. Sie erkennen diese Anschauung am besten aus dem ausnahmslos hingestellten Grundsatz, daß demjenigen, welcher die Kirche bauet, ohne Weiteres die hohe Ehre des Patronates zufallen soll. Daran, daß Jemand aus Verpflichtung eine Kirche sollte gebaut haben können, ist gar nicht gedacht. Aus unseren Landesgesetzen ist aber nichts anderes zu entnehmen, kann auch nichts anderes entnommen werden, weil die einschlägigen Gesetze lediglich Verwaltungsgesetze sind, welche das materielle Recht nicht haben ändern wollen. Nach dem Kirchenvorstandsgesetze

§§. 26 und 27 soll allerdings der Kirchengemeinde die Sorge für kirchliche Bauten obliegen. Was aber darunter zu verstehen ist, ergibt der §. 2 des Gesetzes vom 9. Juli 1864, die Aufbringung der Parochiallasten auf dem Lande betreffend, worin der im §. 1 vorkommende Begriff „Bauten“ definiert wird. Hier enthielt der Entwurf zum Gesetze den Ausdruck „Neubauten“. Derselbe ist aber in ausdrücklicher Uebereinstimmung der gesetzgebenden Factoren in „Erneuerungen“ verwandelt, so daß der angeführte §. 2 nun heißt:

Unter kirchlichen Bauten sind alle baulichen Einrichtungen (Erneuerungen und Reparaturen) an kirchlichen Gebäuden zu verstehen.

Auf diese authentische Interpretation können sich unzweifelhaft auch die Städte berufen, wenn auch das Gesetz nur für die Landgemeinden erlassen ist. Auf keinen Fall aber kann eine Verpflichtung zum Neubau und sonstiger Fundirung anerkannt werden, wenn es sich, wie vorliegend, um solche Einrichtungen handelt, welche zum Zwecke der Durchführung einer ganz neuen kirchlichen Ordnung nach einem neuen Systeme getroffen werden sollen, ohne daß sich also das Bedürfniß aus dem Rahmen der bisherigen Verhältnisse naturgemäß entwickelt hätte. Und hierbei muß denn auch darauf hingewiesen werden, daß das, was hier geschaffen werden soll, nicht innerhalb der Competenz des Herzoglichen Consistoriums, oder eines Kirchenvorstandes, oder des Kirchenconvents beschlossen werden könnte, hier vielmehr die Entschließung des Landesherrn als summus episcopus angerufen werden müßte, daß damit aber eine wesentliche Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Gemeinde fehlt, indem es nämlich im §. 27 und §. 38 des Kirchen-Vorstands-Gesetzes von 1851 heißt:

Wenn von dem Kirchenvorstande oder von dem Herzoglichen Consistorio kirchliche Bauten beschlossen werden,
bezw.

wenn unser Herzogliches Consistorium oder der Kirchenconvent zu Braunschweig allgemeine kirchliche Einrichtungen beschließen,

so soll die Kirchengemeinde sich an die Stadtgemeinde wenden.

Läge die Sache also auch wirklich so, daß die Errichtung der neuen Kirchenanstalten als eine Angelegenheit bisheriger Parochien anzusehen wäre, so würde dennoch eine Verpflichtung dieser bisherigen zur Ausstattung der neuen Kirchengemeinden mit den zur Gründung erforderlichen Fonds sich nicht construiren lassen. Aber die Sachlage ist eine andere. Die neu zu bildenden Gemeinden sollen doch zunächst ausgeschieden und organisiert werden. Within ist die Frage aufzuwerfen:

Wird den neu zu bildenden Gemeinden die Neubau- und sonstige Dotirungslast obliegen?

Die Antwort ergibt sich nach den bisherigen Ausführungen von selbst: Sind mal (nach bestehendem Rechte die Kirchengemeinden zu derartigen Fundirungen nicht verpflichtet, so können es auch die neuen Gemeinden nicht ohne Weiteres werden. Damit schon fällt jede Möglichkeit einer rechtlich begründeten Inanspruchnahme der Stadt zur Aufbringung der fraglichen Kosten aus. Es kommt jedoch nun noch ein Anderes hinzu: Wohl kann, zwar nicht das Herzogl. Consistorium allein, auch nicht ein Kirchenvorstand oder der Kirchenconvent, aber der Landes-herr als summus episcopus nach Anhörung der Betheiligten die Abzweigung der neuen Gemeinden vornehmen und somit einen wesentlichen Schritt zur Schaffung neuer Kirchenanstalten thun. Indessen: Bevor nicht eine ausreichende Pfründe vorhanden ist, soll nach geltendem Kirchenrecht die Kirche, wenn deren Bau auch auf irgend sonstige Weise ermöglicht wäre, nicht eingeweiht werden. Ehe aber nicht eine eingeweihte Kirche für die Gemeinde da ist, giebt es noch keine Kirchengemeinden, ganz abgesehen davon, daß, um die ausgeschiedenen Theile der Außenstadt nach den Vorschriften des Kirchen-Vorstands-Gesetzes organisiren zu können, es noch eines Landesgesetzes bedürfen würde. Es fehlt mithin bezüglich der fraglichen Neubauten und Einrichtungen an einem verpflichteten Subjecte und also kann von einer seitens der Kirchengemeinde auf die Stadtgemeinde übertragbaren Verpflichtung gar nicht einmal die Rede sein. Wir stehen damit auf dem Standpunkte, von dem aus die Vorlage ergangen ist. Wir sagen: Die Verpflichtung der Stadtgemeinde zur Leistung von bedarfsmäßigen Zuschüssen, zur Bestreitung der der Gemeine-Kirchencasse nach §. 6 des Gesetzes Nr 18 vom 9. April 1864 obliegenden Ausgaben, zur subsidiären Aufbringung der Kosten der Unterhaltung neuer und angemessen fundirter Kirchenanstalten müssen wir anerkennen, die Verbindlichkeit zur stadtseitigen Aufbringung der Kosten der Errichtung von neuen Kirchenanstalten müssen wir bestreiten.

Die Statutencommission hält indessen zugleich dafür, daß wir auch den ferneren Erwägungen des Stadt-Magistrats und dem Antrage auf freiwillige Uebernahme der aus der Durchführung des Programms erwachsenden Kosten zu folgen gut thun werden. Abgesehen davon, daß — so überzeugt wir auch von der Richtigkeit der vorgetragenen Ansichten sind — ein ungünstiger Ausfall eines eventuellen Rechtsstreites nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt, geben wir zu bedenken, daß, wie es unter 2 der Vorlage heißt, der Inhalt und Umfang der bestehenden Verpflichtungen der kirchlichen und bezw. der politischen Gemeinden zur Aufbringung der Parochiallasten auf Vorschlag der Kirchenregierung im Wege der Landesgesetzgebung zu Ungunsten der Gemeinden geändert werden kann. Der Stadt-Magistrat nimmt auch mit Bestimmtheit an — und pflichten wir ihm hierin bei — daß im Falle einer diesseitigen Verweigerung der geforderten Mittel die Landesgesetzgebung in Anspruch genommen werden und es die Folge sein werde,

daß der hiesigen Stadtgemeinde diejenigen kirchlichen Leistungen, welche zu übernehmen sie sich weigerte, kraft Gesetzes auferlegt würden. Aus diesem Gesichtspunkte läßt sich für den Vorschlag einer freiwilligen Kostenübernahme wenigstens das anführen, daß eine solche offenbar zur rascheren Förderung des Reformwerkes führen würde.

Weit wesentlicher aber erscheint, worauf der Stadt-Magistrat des Weiteren aufmerksam macht. Es gilt, uns bezüglich der neuen Kirchengemeinden ein werthvolles Recht zu sichern, das Patronatrecht des Stadt-Magistrats, d. i. das Schutz-, Vertretungs- und Aufsichtsrecht über die neuen Kirchen und Kirchengemeinden, verbunden mit dem Rechte der Präsentation der anzustellenden Pfarrer. Uebernehmen wir die Fundirung der neuen Anstalten, so fällt uns dieses Recht ohne Weiteres zu, während andernfalls, besonders aber wenn durch Landesgesetz ein Theil der Fundirungskosten dem Lande auferlegt werden sollte, das Patronat dem Landesherrn zustehen würde. Es gilt aber auch, den neuen Gemeinden die Befugniß der Predigerwahl zu erwerben und für dieselbe den Anschluß an den Verband der älteren Gemeinden zu erhalten, wie alles dieses in dem Programm vorgesehen ist, und wir sind der Meinung, daß so wichtige Errungenschaften mit der Gegenleistung eines freiwilligen Angebots der dem Rechte nach nicht von uns zu beanspruchenden Geldmittel nicht zu theuer erkauft sein würden. In der Hoffnung überdies, daß der Staat bei Gründung der neuen Anstalten mit erheblichen Zuschüssen zu Hülfe kommen wird, geben wir denn anheim:

die Bereitwilligkeitserklärung der Stadtgemeinde zu freiwilliger Uebernahme der Gesamtheit der Kosten, welche aus der programmäßigen Neuordnung des hiesigen Kirchenwesens erwachsen würden, zu genehmigen.

Die fraglichen Kosten sind auf ca. 47000 M jährlich veranschlagt; es wird sich jedoch diese anschlagsmäßige Summe bedeutend ermäßigen, wenn die Cantorate als Hauptämter beseitigt werden, und giebt die Statutencommission anheim, sich damit einverstanden zu erklären und ferner zu genehmigen, daß zuständigen Orts zur Erwägung verstellt werde, ob nicht nach Befestigung der in Aussicht genommenen neuen Predigerstellen die Stadtdiunctionen als entbehrlich einzuziehen seien.

Es ist bis jetzt — wie das ja auch von der Statutencommission erwartet wird — die Vorlage wesentlich von juristischen Gesichtspunkten aus behandelt. Wir möchten indessen nicht unausgesprochen lassen, daß wir die Bedeutung derjenigen Erwägungen, welche außerhalb des eigentlich juristischen Gebietes für die Vorlage maßgebend gewesen sind, in gleich hohem Maße anerkennen.

Auch wir erblicken in dem Rückgange des kirchlichen Lebens eine schwere Gefahr für unser Gemeinwesen und erachten es als eine unserer vornehmsten Auf-

gaben und als eine Pflicht sowohl gegen uns selbst, wie gegen das ganze Land, hier die bessernde Hand so rasch als möglich anzulegen. Wir müssen sorgen, daß die Volksseele der Verflachung und Verwirrung, die sie erfaßt hat, entrisßen, und daß der feste Boden, aus dem allein Kraft und Freudigkeit geschöpft werden kann, dem Volke wiedergewonnen wird. Und wir meinen, daß wir dabei auf dem rechten Wege sind, wenn wir der Vorlage zustimmen, für die wir dem Stadtmagistrate und Allen, die bei ihrer Vorbereitung mitgewirkt haben, Dank schulden. Es bedarf, um den Geist der Religion nicht verkümmern und verkommen zu lassen, des Zusammenschlusses der Einzelnen zur thätigen Theilnahme an der kirchlichen Gemeinschaft, eines lebendigen Zusammenwirkens Aller in der Gemeinde. Darum wollen wir kleine Gemeinden gründen, für den Seelsorger übersichtliche und so lebensfähige Gemeinwesen, daß sie auch den Gemeindegliedern Möglichkeit und Antrieb zur Bethätigung, damit aber Interesse und Liebe zum Werke zu verleihen vermögen. Und wir wollen helfen Gemeinden gründen, deren Glieder eines Geistes sind, die ihren Prediger und Seelsorger aus eigenem Vertrauen heraus wählen und die, indem sie unter dem Schirm und Schutze der städtischen Oberbehörde sich entwickeln, dessen bewußt werden und eingedenk bleiben, daß kirchliches und bürgerliches Leben, kirchlicher und bürgerlicher Gemein Sinn sich gegenseitig durchbringen sollen. In diesem Sinne empfehlen wir die Vorlage nicht minder, als aus juristischen Gründen.

Schließlich giebt die Statutencommission nach Maßgabe dessen, was die Vorlage über die demnächstige Aufbringung der kirchlichen Leistungen enthält, anheim, gleich jetzt zu beschließen:

den Stadt Magistrat um Befürwortung eines Gesetzes zu ersuchen, wonach die hiesigen Parochiallasten durch eine communale Kirchensteuer, d. i. unter Befreiung Andersgläubiger, aufzubringen sind, dabei aber der gemeindlichen Statutar-Autonomie das Recht zu eigener Feststellung der Grundsätze für die Aufbringung der kirchlichen Leistungen eingeräumt wird.

Zugleich empfehlen wir indessen auszusprechen, daß die Ausschließung der weniger wohlhabenden Einwohner von der Kirchensteuer nicht den Ansichten der Stadtverordneten-Versammlung entsprechen würde, und zwar letzteres in der Erwägung, daß eine solche Ausschließung das Gefühl der Zugehörigkeit zu der Kirchengemeinde und das Interesse an derselben leicht beeinträchtigen könnte." (Beifall.)

In die Besprechung der Vorlage eintretend nimmt zunächst das Wort Herr Rietze: Er vertrete die Ansicht, daß es Sache der Kirche sei, die Mittel zu ihrer etwaigen anderweiten Organisation aufzubringen, wie das jede andere Vereinigung

oder Gemeinschaft auch thun müsse. Wenn es sich um Forderungen handle, durch welche die Gesamtheit auf eine höhere Stufe gehoben werden könnte, so werde er den letzten Pfennig nicht schonen, hier würde aber jede Ausgabe verfehlt sein, denn die Ursachen des Zurückgehens des religiösen Wesens habe man auf ganz anderen Gebieten zu suchen. Er könne sich deshalb nicht entschließen, für die Kirche so bedeutende Summen zu bewilligen, zumal dieselben für nützlichere Zwecke viel nothwendiger seien.

Herr Reiche: Das *ceterum censeo* des Herrn Vorredners corrigire sich für ihn von selbst, da man nicht verlangen könne, daß Jeder wisse, was die Weltgeschichte lehre, daß nämlich alle Völkerschaften ohne die Religion untergegangen seien und daß die Religion gerade dasjenige sei, was den Menschen über das Thier erhebe. Wenn man auch die Ursachen des Zurückgehens der Religion im Volke auf verschiedenen Gebieten suchen könne, so glaube er doch, daß in der vorhergegangenen Aeußerung die Ursache mit der Wirkung verwechselt sei. In seinem ausgezeichneten Referate habe Herr Rudeloff wohl schon Alles zum Ausdruck gebracht, was sich zu Gunsten der Vorlage sagen lasse, er wolle deshalb nur noch betonen, daß nach seiner Erfahrung ein großer Theil des Volkes in der Stadt Braunschweig noch an der Kirche hänge. Da nun außerdem die jetzige Organisation der hiesigen Kirchen nicht mehr zeitgemäß sei, so bewillige er gern Alles, was für Besserung dieses Zustandes gefordert werde. Abgesehen davon, daß hier in der Stadt zu wenig Kirchen vorhanden seien, habe man auch noch große Fehler in der Organisation derselben zu beklagen, denn selbst die wenigen Kirchen finde man Sonntags während des Gottesdienstes noch nicht einmal besetzt. Da heute nicht mehr gesagt werden könne, daß man zum Kirchenbesuche immer Zeit haben müsse, so dürfe man die Kirchen des Sonntags nicht nur von 9—11 Uhr geöffnet halten, sondern müsse dem Volke Gelegenheit geben, zu verschiedenen Zeiten des Sonntags die Kirche besuchen zu können, so daß vielleicht um 9, 11, 3 und 6 Uhr ein Gottesdienst beginne. Dann werde auch die Arbeiterfrau, welche vielleicht am Sonntag Vormittag die Kinderwäsche für die Woche besorgen müsse, in den Stand gesetzt, die Kirche am Nachmittage oder Abend besuchen zu können, was ihr jetzt bei dem Fehlen des Nachmittagsgottesdienstes unmöglich sei. Als Beispiel wolle er die Brüdernkirche anführen, welche sich jeden Sonntag Abend eines guten Besuches zu erfreuen habe. Man solle deshalb dafür sorgen, daß die Kirchen jederzeit geöffnet seien und dort zu verschiedenen Zeiten Gottesdienst abgehalten werde, da dann bei Manchem das Wort Schiller's:

„Dem lieben Gotte weich' nicht aus, find'st Du ihn auf dem Weg“
sich bewahrheiten werde.

Die Vorlage gelangt darauf in ihrem vollen Umfange nach den Vorschlägen der Statutencommission zur Annahme.

XIV. Fußwege an der Nebenstraße.

Für die als nothwendig anerkannte provisorische Instandsetzung des nördlichen Fußweges der Nebenstraße auf der Strecke zwischen Nationalbrauerei und Gehsostraße, unter einstweiliger Abstandnahme von der Durchführung des Ortsbauplanes daselbst, beantragt der Magistrat, die zu 1050 M veranschlagten Kosten zu verwilligen. Vor der Instandsetzung des nördlichen Fußweges auf der Strecke zwischen Gehso- und Hamburgerstraße ist zunächst noch der Erwerb von Theilflächen der angrenzenden Grundstücke im Umfange von 231 qm erforderlich. Der Magistrat hat diese Flächen zum Preise von 10 und 9 M pro Quadratmeter bis auf eine 14,5 qm haltende und der Stadt unentgeltlich zu überweisende Fläche bereits angekauft und ersucht, diesen Erwerb zu genehmigen, sowie für die Kosten des Ausbaues der fraglichen Theilstrecke 5000 M zu verwilligen.

Die Vorlage wird genehmigt, nachdem der Herr Vorsitzende dieselbe namens der Statutencommission befürwortet hatte.

XV. Erweiterung des Baugrundes der Stadt.

Der Magistrat hält einen vom Stadtbauamte gestellten Antrag auf Erweiterung des zuletzt durch das Statut Nr. 42 vom 21. Juni 1886 festgestellten geschlossenen Wohnbezirks (Baugrundes) für begründet und ersucht, nicht nur die neu aufzunehmenden Flächen durch Statut festzustellen, sondern dem ganzen §. 2 des Statuts eine neue Fassung zu geben und dabei die vom Stadtbauamte bezeichneten Flächen, welche zu Baugrund erklärt werden sollen, zu berücksichtigen. Der hiernach ausgearbeitete Statutenentwurf wird zur Genehmigung vorgelegt

und auf Befürwortung der Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, angenommen.

XVI. Selbstständiger Antrag des Herrn Wolff I auf Erhöhung der Armenunterstützungen.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, einer Abänderung der Armenordnung in der Richtung zuzustimmen, daß die den Armen baar zu verabreichenden Unterstützungen in ihrem Höchstbetrage für die einzelne Person von 12 M auf 14 M und für jedes weitere Familienmitglied von 6 M auf 7 M erhöht werde.“

Wie Herr Wolff I zur Begründung ausführt, reichen die bislang den Armen gewährten baaren Unterstützungen nach seinen jahrelangen Beobachtungen in den meisten Fällen nicht aus, zumal, wenn man die durch den letzten strengen Winter geschaffenen Verhältnisse berücksichtige. Es erscheine ihm aber als eine Ehrenpflicht der Stadt, die Armen so zu stellen, daß sie einigermaßen existiren können. Jeder,

namentlich aber der festbesoldete Beamte, wisse, wie die Lebensbedürfnisse in der letzten Zeit theurer geworden seien. Da aber die Armen nicht für sich selbst sprechen könnten, so müßten sie einen Anwalt haben und er möchte in diesem Augenblicke jenes Amt übernehmen. Durch die Mehrbelastung der höheren Einkommen gegenüber der ursprünglichen Ansicht der Commission seien Mittel geschaffen, welche wenigstens zu einem Theile zu diesem höchst wohlthätigen Zwecke verwendet werden könnten. Für seine Person würde es sogar ein großes Gefühl der Genugthuung sein, wenn dieser Antrag zur Annahme gelangte und die Mittel, welche gegen seine Ueberzeugung von den höher belasteten Einkommen durch Beschluß der Versammlung erzielt werden würden, in dieser Form gerade den Armen zu Gute kämen. Nach dem Stadthaushaltsplane würden 120 000 M. als Baarunterstützungen an die städtischen Armen verabreicht, so daß es ganz angezeigt erscheine, diese Summe um den sechsten Theil, also um 20 000 M. zu erhöhen, was bei den durch die neue Scala zu erwartenden reichen Mitteln recht wohl angängig sei. Er bitte um Unterstützung des Antrages.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch darauf hingewiesen hatte, daß nach §. 17 der Armenordnung die Höhe der Unterstützungen von der Armen-Direction, unter Genehmigung der städtischen Behörden festzustellen sei,

wird der Antrag, welcher die erforderliche Unterstützung findet, der Finanzcommission zu Vorberathung überwiesen.

XVII. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Verbreiterung des kleinen Markstalles.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, ihr eine Vorlage, die Verbreiterung des kleinen Markstalles betreffend, zu machen,“

führt Herr Reiche aus, daß mit der Verbreiterung des Markstalles auf der anderen Seite auch ein schwacher Schimmer von Hoffnung für die Verbesserung des traurigen Zustandes dieser schmalen Gasse erweckt sei. Jeder, der die Straße im letzten Winter bei Schnee und Eis gesehen habe, werde mit ihm den Wunsch theilen, daß dieselbe entweder verbreitert werden, oder ganz vom Erdboden verschwinden möchte.

Nach genügender Unterstützung erhält den Antrag die Statutencommission zur Vorberathung.

Darauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen, nachdem zuvor noch das Protocoll Nr. 2 genehmigt war.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung die magistratsseitig beantragte Pensionirung der Lehrerin Fräulein Hermine Biermann zum 1. April d. Js. mit dem ihr zustehenden Ruhegehalte. Schluß gegen 8 Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 12. März 1891.

Öffentlich:

I. Das Huch'sche Haus und die Straßenprojecte am Werder	Seite 128.
II. Vermiethung einer Wohnung im Huch'schen Hause	" 129.
III. Aenderung des Ortsbauplanes an der Helenenstraße und am Wolfscamp	" 130.
IV. Austausch von Straßenterrain an der Catharinenkirche	" 131.
V. Ankauf von Grundstücken am Markthal	" 131.
VI. Gehalt der pro rectoratu geprüften Lehrer	" 132.
VII. Abbruch der Schleiß- und Walkmühle bei Eisenbüttel	" 134.
VIII. Die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke	" 134.
IX. Aenderung des Statuts, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung betr.	" 137.
X. Gehaltszulagen für die Bürgerschullehrer	" 137.
XI. Nachtragsetat für das Straßenreinigungswesen	" 146.
XII. Der Durchbruch von der Kaiser- zur Wendenstraße	" 149.
XIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Verbreiterung des kleinen Markthalles	" 151.
XIV. Baulinie an der Neuenstraße	" 151.

Vertraulich:

Anstellung des Regierungs-Baumeisters Weidlich	" 152.
--	--------

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Haake, Schöttler, Ketemeyer und Meyer, sowie Assessor von Frankenberg-Ludwigsdorff.

Entschuldigt die Herren Ding, Jasper, Meyer, Nieß und Rimpau; später erscheint Herr Wolff II.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und verliest zunächst die Protocolle N^o 3 und 4 zur Genehmigung, welche von der Versammlung ausgesprochen wird, nachdem auf Antrag des Herrn Sievers auf Seite 62 der N^o 3 folgende Aenderungen vorgenommen sind: Zeile 15, 20 und 24 soll es statt: zum Fünffachen, bezw. Sechsfachen heißen: 5 % bezw. 6 % und Zeile 17 statt: von 0,99, von 0,90.

Darauf kündigt der Herr Vorsitzende folgende Eingänge an:

- 1) Eine in der Landeszeitung veröffentlichte Abhandlung des Ingenieurs Stegmann, über die Verlegung des Ostbahnhofes und des Wegeüberganges an der Helmstedterstraße, welche in der Versammlung herumgegeben wird.
- 2) Schreiben des Stadt-Magistrates, in welchem derselbe mittheilt, daß er im Einverständnisse mit den seitens der Versammlung am 22. Januar d. J. gefaßten Beschlüssen (Seite 52 des Protocollés) den Oberbürgermeister Pockels und den Stadtrath Schöttler zu Mitgliedern der zur Prüfung der Frage der Erleuchtung Braunschweigs durch elektrisches Licht einzusetzenden Deputation gewählt habe.
- 3) Gesuch der Lehrer an der hiesigen katholischen Schule um Aufbesserung ihrer Gehaltsverhältnisse.
- 4) Gesuch der hiesigen Korkfabrikanten um Schutz gegen die Beeinträchtigung ihres Gewerbes durch die Feuerwehrleute.
- 5) Gesuch der Bauunternehmer Kohlberg und Frühling, sowie des pensionirten Polizei-Wachtmeisters Schilling um Aufhebung der alten Wiewegstraße.

Da die unter 3—5 bezeichneten Eingänge auch dem Stadt-Magistrate zugegangen sind, so werden dieselben der bisherigen Gepflogenheit gemäß zu den Acten genommen.

Sodann tritt die Versammlung in die Verathung der Tagesordnung ein.

I. Das Huch'sche Haus und die Straßenprojecte am Werder.

Der Magistrat empfiehlt, von der Durchführung der vom Hagenmarke nach dem Werder geplanten Verbindungsstraße durch das Huch'sche Grundstück, sowohl

der westlichen, als auch der östlichen, einstweilen Abstand zu nehmen, das vormals Huch'sche Grundstück jedoch auf jeden Fall zu behalten und dasselbe bis auf Weiteres durch Vermietung zu nutzen.

Die Baucommission giebt durch Herrn Bültmann die Genehmigung der eingehend geprüften Vorlage anheim.

Herr Lord: Aus dem Straßenprojecte, welches hauptsächlich den Zweck haben sollte, den Baugrund für billige Wohnungen zu erschließen, scheine in absehbarer Zeit nichts werden zu sollen, weil das noch zu erwerbende Terrain zu theuer sei. Hiergegen lasse sich nichts einwenden, wohl aber empfehle es sich, bei der Gelegenheit die allerdings noch nicht brennende Frage der Errichtung von Markthallen zu streifen. Das früher zu 400 000 M ausgetobene Grundstück der Nationalbrauerei werde jetzt schon zu 250 000 M zur Verfügung gestellt und sicherem Vernehmen nach gehe die Eigenthümerin noch weiter im Preise herunter, wenn dieserhalb nur mit derselben ernstlich in Verbindung getreten werde. Er möchte daher anheimgeben, die sich hier bietende günstige Gelegenheit nicht unbenutzt vorüber gehen zu lassen, sondern das 3400 qm umfassende Grundstück zu erwerben. In Verbindung mit dem Huch'schen Hause, in der Nähe des Hagenmarktes, im Mittelpunkte der Zufuhr vom Fällersleber- und Wendenthore, welche bekanntlich die stärkste sei, dürfte dieses Grundstück jedenfalls ein werthvolles, in Zukunft vielleicht zu solchem Preise nicht wieder zu erlangendes Object für die Stadt darstellen, denn derartige Grundstücke würden von Tage zu Tage seltener.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

II. Vermietung einer Wohnung im Huch'schen Hause.

Seitens des Magistrates wird beabsichtigt, der Ehefrau des Arbeiters Emmerich die im Erdgeschoße des früheren Huch'schen Hauses am Hagenmarke hofwärts belegenen, aus 4 Stuben, 4 Kammern und 2 Küchen bestehenden Wohnräume zum 1. April d. J. gegen einen jährlichen Miethzins von 450 M bei einvierteljährlicher Kündigung zu vermietten und um Genehmigung dieser Vermietung ersucht.

Die Baucommission hat sich, wie Herr Bültmann berichtet, dem Magistratsantrage angeschlossen und giebt dessen Genehmigung anheim.

Herr Halle möchte das Augenmerk des Magistrates darauf lenken, das Huch'sche Haus als Nothbehelf für Schulclassen einzurichten und letztere aus dem alten Colleg hierher zu verlegen, da dieses doch über kurz oder lang verkauft werden würde.

Herr Bültmann erklärt sich gegen eine solche Einrichtung, weil dieselbe nur ein Provisorium bilden könne und hierfür die Einrichtungskosten zu theuer seien.

Herr Lange schließt sich diesen Ausführungen an, denn die Einrichtungskosten würden bei der demnächstigen anderweiten Verwendung des Hauses weggeworfen sein. Jedenfalls dürfe aber die Markthallenfrage nicht mehr weiter hinausgeschoben werden, sondern müsse sich binnen zwei Jahren in der einen oder anderen Weise entscheiden und hierbei könne das Huch'sche Haus noch eine Rolle spielen, deshalb sei es zweckmäßig, die kürzesten Kündigungsfristen vorzubehalten.

Herr Stadtrath Netemeyer erläutert, daß es sich im vorliegenden Falle nur darum handle, was am 1. April mit dem Huch'schen Hause, welches von den Conventualinnen des Thomähofes in Folge Fertigstellung ihres neuen Gebäudes zu diesem Zeitpunkte geräumt werde, geschehen solle. Inzwischen seien auch neue Projecte aufgetaucht, indem vorgeschlagen worden, das Schiedsgericht oder das neu einzurichtende Gewerbegericht dorthin zu verlegen, weil es im Stadthause am Platz fehle. Ueber die Markthallenfrage sei im Magistrate auch schon berathen und daraufhin beschlossen, zunächst die Ansicht der Versammlung über die principielle Frage einzuholen. Auf entsprechenden Beschluß der Versammlung stehe das Huch'sche Haus jederzeit schnell zur Verfügung, indem der Miethcontract mit kurzer Kündigungsfrist festgestellt sei. Die Einrichtung von Schulclassen in dem fraglichen Hause könne schon aus sanitären Bedenken nicht empfohlen werden, weil der an dem Garten, welcher doch als Spielplatz dienen müsse, vorbeischießende Graben sich in seinen Wasserverhältnissen immer mehr verschlechtere und es bedenklich sein würde, die Kinder an demselben spielen zu lassen.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

III. Aenderung des Ortsbauplanes an der Helenenstraße und am Wolfscamp.

An der Westseite der Frankfurterstraße ist zwischen Helenenstraße und Wolfscamp ein freier Platz projectirt, dessen Herrichtung durch Verkehrsrücksichten nicht bedingt sein dürfte, zumal in unmittelbarer Nähe (am westlichen Ende der Louisestraße) gleichfalls ein freier Platz vorgesehen ist. Da auch das Stadtbauamt die Aufhebung desselben befürwortet, so beantragt der Magistrat, den Ortsbauplan dahin abzuändern, daß unter Aufhebung des Platzes und der für die Nordseite der Helenenstraße festgestellten Baulinie eine neue Baulinie für diese Strecke und für das zur Bebauung freizugebende Terrain festgestellt werde.

Herr Uhde bittet namens der Baucommission dem Antrage zu willfahren.

Herr Lange kann dem Antrage auf Aufhebung des Platzes nur unter der Bedingung zustimmen, daß seinem früher geäußerten Wunsche, bei der demnächstigen Inangriffnahme der Spielplätze zunächst den am westlichen Ende der Louisestraße projectirten Platz fertig zu stellen, möglichst entsprochen werde, sonst sei ja auch

der vom Stadtbauamte für die Aufhebung des hier fraglichen Platzes angeführte Grund hinfällig.

Herr Stadtrath K e t e m e y e r möchte Herrn Lange bitten, diesen Wunsch zurückzuziehen, da der Magistrat dem Herzoglichen Staatsministerium mit derartigen Bedingungen nicht kommen könne. Es liege jetzt auch ein Anlaß zur Entscheidung der vorliegenden Frage insofern vor, als der Glasermeister Koch dort Häuser erbauen wolle. Da nun dieser Platz gar nicht im Verhältnisse zu dem projectirten Spielplatz stehe, so könne Herr Lange seinen Wunsch ruhig zurücknehmen, zumal kein Grund vorhanden sei, die Einrichtung des fraglichen Platzes nicht zur Ausführung zu bringen.

Herr Lange zieht darauf seinen Wunsch zurück, richtet aber an den Magistrat die Bitte, den projectirten Spielplatz sobald als möglich einrichten zu lassen.

Die Versammlung erklärt sich sodann mit der Vorlage einverstanden.

IV. Austausch von Straßenterrain an der Catharinenkirche.

Dem festgestellten Ortsbauplane zufolge ist von dem an der Ecke der Fällersleberstraße und der Straße an der Catharinenkirche belegenen Grundstücke der Firma C. Gerecke eine 1,1 qm haltende Theilfläche zur Straße abzutreten, während vom Straßenterrain eine 1,4 qm große Theilfläche dem gedachten Grundstücke zuzulegen ist. Der Magistrat ersucht zu genehmigen, daß beide Flächen gegen einander ausgetauscht werden.

Die Vorlage wird seitens der Statutencommission, für welche Herr Brückmann berichtet, zur Annahme empfohlen und von der Versammlung gutgeheißen.

V. Ankauf von Grundstücken am Markstalle.

In der Sache, betr. die Durchführung des Ortsbauplanes für den Ruhfäutchenplatz und dessen Umgebung ist der Magistrat mit dem Schlachtermeister Heicke und mit den Gebrüdern Meyer als Besitzern der am Markstalle belegenen Grundstücke *N. ass.* 2828 und 2827 einen Vergleich dahin eingegangen, daß jene Grundstücke an die Stadtgemeinde für den Preis von 12000 M und bezw. 24000 M abgetreten werden. Da Herzogliche General-Hof-Intendantur diesen Ankauf inzwischen genehmigt hat, so giebt der Magistrat anheim, die Zustimmung zum stadtseitigen Erwerbe der fraglichen Grundstücke für den Preis von zusammen 36000 M zu ertheilen,

was geschieht, nachdem der Herr Vorsitzende namens der Statutencommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

VI. Gehalt der pro rectoratu geprüften Lehrer.

Der Magistrat setzt die Versammlung davon in Kenntniß, daß er sich dem in der Sitzung vom 22. Januar d. J. gefaßten Beschlusse (Seite 47 des Prot.) auf Abänderung des Normalgehalts der Lehrer an den gehobenen städtischen Schulen nicht anschließen könne, und führt zur Begründung dieser Stellungnahme, unter Bezug auf die gegen den Antrag bereits gelegentlich der Verhandlungen hervorgehobenen Bedenken noch Folgendes an: Der Bildungsgang der pro rectoratu geprüften Lehrer ist demjenigen der Volksschullehrer gleich, sie ertheilen an gleich hohen Classenstufen Unterricht in den Elementarfächern, haben aber vor den Volksschullehrern die Absolvierung einer besonderen Prüfung voraus, durch welche sie die Befähigung zur Ertheilung auch von über die Elementarfächer hinausgehendem Unterricht nachgewiesen haben. Gerade mit Rücksicht auf diese ihre Verbindlichkeit zur Ertheilung von wissenschaftlichen Stunden sind die pro rectoratu geprüften Lehrer an den gehobenen städtischen Schulen im Gehalte gegenüber ihren Collegen bereits erheblich besser (2400 M bis 3900 M gegen 1600 M bis 3300 M) gestellt; es würde eine ungerechtfertigte Bevorzugung darin liegen, wenn man den Rectoren wegen dieses wissenschaftlichen Unterrichts, dessen Ertheilung bereits reichliche Belohnung durch ihr höheres Gehalt findet, noch eine Extraprämie allgemein zuzusetzen wollte. Die Zubilligung einer solchen, regulativmäßig in Aussicht gestellten Prämie würde, wenn sie auch vom freien Ermessen der städtischen Behörden im Einzelfalle abhängig sein soll, gleichwohl unterschiedslos in Anspruch genommen und dadurch leicht zu einer Regel werden können. Nur da möchte fallensfalls eine derartige extraordinäre Zulage Platz greifen dürfen, wo es sich um die Befoldung eines älteren Lehrers handelt, welcher ausschließlich, oder doch vorzugsweise über die Elementarfächer weit hinaus Verwendung findet und dadurch eine academisch gebildete Lehrkraft voll oder doch zu einem erheblichen Theile ersetzt. Von dem Umfange, in welchem der Rector eine solche Lehrkraft ersetzt, würde alsdann im Einzelfalle auch die Höhe der besonderen Zulage abhängig zu machen, die letztere mithin nicht auf den bestimmten Satz von 300 M festzustellen, vielmehr je nach den besonderen Umständen in Beträgen von bis zu 300 M zu gewähren sein. Der Magistrat will sich, dem Antrage der Versammlung möglichst entgegenkommend, bereit erklären, eine Ergänzung des Gehaltsetats der Rectoren in folgender Fassung anzunehmen:

Demjenigen pro rectoratu geprüften Lehrer, welcher ausschließlich oder doch vorwiegend wissenschaftlichen Unterricht ertheilt, kann eine pensionsberechtigzte Zulage bis zu 300 M bewilligt werden.

Bei Einbringung dieses Antrages wird anheimgegeben, principaliter die Ergänzung des Normalsetats in dieser Fassung zu beschließen, eventualiter aber sich

damit einverstanden zu erklären, daß eine pensionsberechtigte besondere Zulage an derartige Lehrer regulativmäßig überall nicht in Aussicht gestellt werde, die betr. Bestimmung mithin aus den Grundsätzen über die Besoldung ganz fortbleibe.

Namens der Mehrheit der Schulcommission befürwortet Herr Rudeloff die Annahme des Principalantrages. Gegenüber der Commissionsminderheit, welche befürchte, daß durch die Annahme desselben der Zweck des Ramdohr'schen Antrages verfehlt sei, indem die pro rectoratu geprüften Lehrer der Oberrealschule niemals in der Lage sein würden, ausschließlich oder vorwiegend wissenschaftlichen Unterricht zu erteilen, vertrete die Commissionsmehrheit die Ansicht, daß es nicht ausgeschlossen erscheine, diese neu vorgeschlagene Bestimmung auch auf die an der Oberrealschule unterrichtenden Rectoren in Anwendung zu bringen, indem der Begriff von wissenschaftlichem Unterrichte nicht feststehe und es sehr gut vorkommen könnte, daß die lehrerische Thätigkeit der Rectoren an der Oberrealschule auch unter den Begriff falle, selbst wenn der Unterricht nur an einer Mittelstufe erteilt werde. Dazu trete noch der Umstand, daß diesen Rectoren mit der Ablehnung des Magistratsantrages auch nicht gedient sein würde, weil der Magistrat den Antrag der Versammlung abgelehnt habe und die Rectoren in solchem Falle gar nichts erhalten würden. Endlich falle aber noch schwer ins Gewicht, daß eine bei dem Ramdohr'schen Antrage vorausgesetzte Bestimmung, nach welcher denjenigen Rectoren, welche wissenschaftlichen Unterricht an einer Oberstufe erteilen, ohne Weiteres eine pensionsberechtigte weitere Zulage von 300 M. bewilligt werden könne, gar nicht existire, indem von der Versammlung am 12. December 1889 (Seite 275 des Prot.) nur beschlossen sei, drei bestimmten Töchtereschullehrern, allerdings mit Rücksicht darauf, daß dieselben ausschließlich oder doch vorwiegend an einer Oberstufe, in Ersetzung einer academisch gebildeten Lehrkraft, unterrichten, eine besondere Zulage von 300 M. zu bewilligen. Die Versammlung werde bei dem Mangel einer solchen allgemeinen Bestimmung gebeten, im Interesse der theiligten Lehrer die Magistratsvorlage anzunehmen, weil sonst kein einziger Rector etwas erhalten würde.

Herr Ramdohr bemerkt, in Consequenz seines früheren Antrages auch jetzt noch auf dem Standpunkte der Commissionsminderheit zu stehen.

Herr Hauswaldt hält es für richtiger, auf dem früher eingenommenen Standpunkte zu beharren, als jetzt der Magistratsvorlage zuzustimmen, weil hierdurch doch keiner der an der Oberrealschule beschäftigten Rectoren etwas erhalte, sondern die Sachlage nur verdunkelt werde.

Herr Oberbürgermeister Bockels entgegnet, daß bei der Annahme des Magistratsantrages allerdings zwei von den drei an der Oberrealschule beschäftigten Rectoren nach den gegenwärtigen Verhältnissen Vortheil von der neuen Bestimmung haben würden.

Die Magistratsvorlage wird sodann angenommen.

VII. Abbruch der Schleif- und Walkmühle bei Eisenbüttel.

Die dem Müller Wollschläger mit verpachtete Schleif- und Walkmühle in Eisenbüttel ist so haufällig, daß der Astopächter, Feilenhauermeister Kummel, den Betrieb eingestellt und der bisherige Miether der in der Mühle befindlichen Wohnung ausgezogen ist. Da die Instandsetzung der Mühle einen Kostenaufwand von 5000 M verursachen würde, so hat die Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke im Einvernehmen mit der Städtischen Bauverwaltung beantragt, die Walkmühle unter den obwaltenden Umständen zu beseitigen und dem Pächter Wollschläger eine Entschädigung in der Form eines Pachtnachlasses von jährlich 550 M vom 1. April 1890 bis zum Ablaufe des Pachtcontractes am 31. März 1894 zuzubilligen. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage an und ersucht, sich mit demselben einverstanden zu erklären,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet, auch geschieht.

VIII. Die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke.

Die Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke erachtet es mit dem Magistrat für angezeigt, die bezüglich der Verwaltung der genannten Werke bestehenden Bestimmungen dahin abzuändern, daß

- 1) der Betrieb der Werke, welcher bis jetzt bekanntlich durch einen Director und einen Assistenten (als zweites Directionsmitglied) zu leiten ist, in die Hände eines Directors gelegt,
- 2) diesem Director zur unmittelbaren Leitung des Bureaudienstes ein Bureauvorsteher beigegeben und
- 3) die bislang getrennt geführte Verwaltung der Cassen des Gaswerks und des Wasserwerks einem Cassenführer übertragen werde.

Zur Einführung dieser Neuordnung ist eine Aenderung des über die Verwaltung der Werke am 19. April 1883 erlassenen Regulativs erforderlich, welche der Magistrat mit dem Ersuchen um Feststellung vorlegt.

Die directoriale Leitung der Werke wird in die Hände des Ober-Ingenieurs Mitgau übergehen, während für die Stelle des Bureau-Vorstehers der Cassirer des Wasserwerks, Piepenbrink, in Vorschlag gebracht wird. Das Gehalt desselben ist mit Rücksicht auf seine 23 jährige Dienstzeit als Cassirer auf 4000 M festzusetzen und würde dieser Betrag im Verhältniß von 3 : 2 dem Gas- und Wasserwerke zur Last zu legen sein. Vorschläge wegen Besetzung der Cassirerstelle werden einstweilen vorbehalten.

Herr Wolff I führt hierzu namens der Finanzcommission Folgendes aus: Mit Rücksicht darauf, daß heute der Schwerpunkt bei der Verwaltung der Werke nicht mehr in dem kaufmännischen, sondern in dem technischen Theile zu suchen sei und die Werke so glücklich seien, einen ausgezeichneten Techniker als zweites Directionsmitsglied schon jetzt zu besitzen, so sei man kaum einen Augenblick im Zweifel darüber gewesen, daß dieser Herr künftig der Oberleiter der Werke werden solle und müsse. Daneben befinden sich die Werke auch wiederum in der glücklichen Lage, seit einer langen Reihe von Jahren eine tüchtige kaufmännische Kraft in der Person des Cassirers Piepenbrink zu besitzen, so daß es nahe gelegen habe, die Neugestaltung der Leitung diesen beiden Personen auf den Leib zuzuschneiden, wie das vorher bezüglich der Herren Reuter und Mitgau geschehen sei. Der Magistrat habe sich dieser Anschauung der Deputation angeschlossen und biete die Neuordnung auch noch den Vortheil, daß die Leitung dadurch wesentlich billiger als früher zu stehen komme, während andererseits in den beiden Personen die sicherste Gewähr für eine sorgfältige und gewissenhafte Verwaltung der Werke liege. Dazu trete in vortheilhafter Weise noch der Umstand, daß künftig nur ein einziger Cassenführer für die Werke erforderlich sei und daß auch noch die Frage einer Erörterung unterzogen werden könne, ob nicht auch ein einziger Hauptbuchhalter genüge.

Seitens der Deputation sei nun eine Neuordnung der Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke ausgearbeitet und von dem Magistrat bis auf einige kleine Fassungsänderungen zu der seinigen gemacht worden. Da die ersten 10 Paragraphen dem bisherigen Regulative fast wörtlich entsprächen, so wolle er auf dieselben nicht näher eingehen. Zu dem §. 11 habe er indessen namens der Commission einen Zusatz zu machen, welcher vom Magistrat gestrichen sei und folgendermaßen laute:

„In Behinderungsfällen wird der Director, soweit es sich um die allgemeine Leitung handelt, durch den Bureauvorsteher vertreten; im technischen Betriebe dagegen sind, wenn nicht etwa besondere Vertretung angeordnet wird, die Betriebsleiter der einzelnen Werke seine Vertreter.“

Den Bedenken des Herrn Obergeringieur Mitgau, welcher den Fortfall dieses von der Deputation beantragten Zusatzes wünsche, um gegebenenfalls auch für mehrere Werke nur einen der Betriebsleiter als seinen Vertreter in technischen Sachen bestimmen zu können, habe die Commission durch Einschaltung der Worte „wenn nicht etwa besondere Vertretung angeordnet wird“, Rechnung zu tragen geglaubt.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß jener Zusatz vom Magistrat gestrichen sei, einmal weil für die Vertretung eines, einen selbstständigen Betrieb leitenden städtischen Oberbeamten nicht dieser selbst, sondern nach statutarischer Bestimmung der Magistrat zu sorgen habe und dann auch aus dem Grunde, weil

die Vertretung auf den beiden Gaswerken wegen der gleichmäßigen Druckregulirung nur einem Beamten übertragen werden könne.

Herr Wolff I weist darauf hin, daß die von der Commission vorgeschlagene Fassung dem Magistrate hinsichtlich der Vertretungsfrage vollständig freie Hand lasse. Bei einer längeren Abwesenheit des Directors könne der Magistrat im Einvernehmen mit demselben die Stellvertretung ordnen, während bei einer kürzeren Vertretung jedenfalls die Betriebsleiter der einzelnen Werke die natürlichen Vertreter seien.

Herr Hauswaldt kann sich dem Commissionsvorschlage nur anschließen, da der Director nothwendigerweise auf den beiden Werken einen Vertreter haben müsse, der erforderlichenfalls die verantwortliche Leitung der Werke übernehmen könne.

Herr Siebers hält die Anordnung solcher Vertretung schon um deshalb für nothwendig, weil bei plötzlicher Behinderung des Directors eine augenblickliche Vertretung zur Stelle sein müsse.

Nachdem sich noch Herr Ramdohr gegen und die Herren Lange und Füssel für den Commissionsantrag ausgesprochen hatten, bringt

der Herr Vorsitzende in Vorschlag, diesen Antrag folgendermaßen zu fassen:

„In Behinderungsfällen wird der Director — wenn nicht etwa besondere Vertretung angeordnet wird — soweit es sich um die allgemeine Leitung handelt, durch den Bureau-Vorsteher, im technischen Betriebe dagegen durch die Betriebsleiter der einzelnen Werke vertreten,“

mit welcher Fassung sich der Magistrat, nach der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels, voraussichtlich einverstanden erklären wird.

Herr Wolff II giebt anheim, bei Genehmigung dieses Antrages den Punkt 12 des §. 12 dahin zu ergänzen, daß es heißt:

„den Director in Behinderungsfällen desselben — vorbehaltlich der durch §. 11 im Schlußsage vorbehaltenen Anordnung — in der Geschäftsführung zu vertreten, soweit diese nicht den technischen Betrieb betrifft.“

Herr Hauswaldt hält mit Rücksicht auf die Bestimmung im §. 11 unter 13 eine Ergänzung des §. 10 hinter 4 in der Weise für erforderlich, daß dort gesagt wird:

„die Genehmigung von Jahresabschlüssen zum Bezuge von Materialien.“

Herr Wolff I erklärt sich mit dieser als nothwendig anzuerkennenden Ergänzung einverstanden.

Herr Stadtrath Haake bittet, im §. 11 bei Punkt 13 eine redactionelle Aenderung dahin vorzunehmen, daß es an der betr. Stelle heißt:

„vorbehaltlich der Genehmigung der Deputation unterliegenden Jahresabschlüsse . . .“

Nachdem sich Herr Wolff I auch mit dieser Ergänzung einverstanden erklärt hatte, giebt derselbe anheim, nunmehr die gesammte Magistratsvorlage mit den in Antrag gebrachten Aenderungen und Ergänzungen zu genehmigen und auch zu beschließen, daß die Festsetzung des Gehalts für den neuen Bureau-Vorsteher bis zur Erledigung der neuen Gehaltsordnung für die städtischen Beamten ausgesetzt bleibe,

welche Anträge die Versammlung genehmigt.

IX. Aenderung des Statuts, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung betr.

Durch §. 3 des Statuts, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung zu Braunschweig betr., vom 19. April 1880 ist bestimmt, daß der Betrieb der städtischen Gas- und Wasserwerke durch einen Director und einen Assistenten als zweites Directionsmitglied geleitet werden solle. Diese Bestimmung muß, um die zur Vorlage gebrachte „Ordnung der Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke“ einführen zu können, vorgängig aufgehoben werden. In vorausgesetzter Genehmigung dieser Vorlage (Punkt VIII der Tagesordnung) wird die Versammlung um Zustimmung zum Erlaß der nachstehenden Novelle zu dem fraglichen Statut ersucht:

Nach übereinstimmendem Beschluß des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung wird §. 3 des Statuts, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung zu Braunschweig betreffend, vom 19. April 1880 durch folgende Bestimmung ersetzt: „§. 3. Die Betriebsgeschäfte der nach Maßgabe des §. 110. der revidirten Städteordnung unter der Oberaufsicht des Stadt-Magistrates der dauernden Verwaltung besonderer Deputationen unterstellten wirtschaftlichen Gemeindeanstalten werden, insoweit erforderlich, durch besoldete Hilfsbeamte wahrgenommen.“

Die Statutencommission läßt die Annahme der Vorlage durch Herrn Wolff II empfehlen, da der durch dieselbe bedingte Wegfall einer weiteren Sonderbestimmung, sowie die Vorlage selbst zweckmäßig erscheine.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

X. Gehaltszulagen für die Bürgerischullehrer.

In Veranlassung von Gesuchen hiesiger Bürgerischullehrer hat sich der hiesige Bürgerschulvorstand mit Ausarbeitung von Grundsätzen über anderweitige Ordnung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse der seminarisch gebildeten Lehrer an den gedachten Schulen beschäftigt, welche der Magistrat in allen Punkten billigt und der Versammlung mit dem Bemerken zur Genehmigung unterbreitet, daß die von den städtischen Behörden im vorigen Jahre beschlossene „Dienstordnung für die Lehrer

an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig" die regiminelle Bestätigung noch nicht erhalten habe.

Die vom Magistrate in Aussicht genommenen Abänderungen der bisher gültig gewesenen Dienstordnung sind folgende:

1) Der erste Absatz des §. 3 laute:

„Die Anstellung der Lehrer erfolgt, vorbehaltlich der Bestimmung des §. 19, auf Lebenszeit; dieselbe ist von Zurücklegung des 25. Lebensjahres abhängig.“

2) Zwischen den §§. 5 und 6 werde der nachstehende Zusatz eingeschoben:

„§. 6. Die ordentlichen Lehrer und die Fachlehrer, sowie die auf Probe (§. 14) angenommenen Lehrer sind bis auf Weiteres zur Ertheilung von 30 wöchentlichen Unterrichtsstunden verpflichtet. Dieselben sollen jedoch zu regelmäßiger Ertheilung von nur 28 Stunden herangezogen werden; auch kann der Schulvorstand den Classenlehrern der Oberstufe, den mit besonders zeitraubenden häuslichen Schularbeiten beschäftigten, sowie älteren und kränklichen Lehrern die Pflichtstunden verhältnißmäßig abmindern. — Die ordentlichen, sowie die auf Probe (§. 14) angenommenen Lehrerinnen sind bis auf Weiteres zu regelmäßiger Ertheilung von 23, die Fachlehrerinnen zu 28 wöchentlichen Stunden verpflichtet; vorbehaltlich der Befugniß des Schulvorstandes zur Abminderung dieser Zahl gegenüber älteren oder kränklichen Lehrerinnen.“

3) Im demnächstigen §. 7 laute der Eingang zu Punkt 1, c:

„c. die ordentlichen Lehrer beginnen mit einem Jahrgehalte von 1300 M.

Dieses Gehalt wird nach Ablauf

des 3. Dienstjahres auf 1600 M,

"	6.	"	"	1900	"
"	9.	"	"	2100	"
"	12.	"	"	2300	"
"	15.	"	"	2500	"
"	18.	"	"	2650	"
"	21.	"	"	2800	"
"	24.	"	"	2950	"
"	27.	"	"	3100	"

erhöht.“

4) Der Punkt 3 des §. 7 werde durch nachstehende Bestimmung ersetzt:

„3. Die Zulagefristen laufen stets vom 1. April an, und zwar, sofern die Anstellung in den 9 ersten Monaten des Kalenderjahres

stattgefunden hat, vom 1. April eben dieses Jahres, anderenfalls von dem 1. April des nachfolgenden Jahres an.“

5) §. 13 erhalte im Eingange folgende Fassung:

„Die angestellten und die auf Probe (§. 14) angenommenen Lehrer und Lehrerinnen können von dem ihnen vorgesetzten Schulinspector 1) innerhalb ihrer Pflichtstundenzahl ohne besondere Vergütung in jeder beliebigen Classe, die Lehrerinnen jedoch nur in Mädchenclassen, zu kurzzeitiger Aushilfe verwendet“

6) §. 14 laute:

„Zu provisorischer Verwaltung erledigter Lehrerstellen kann der Stadt-Magistrat geeignete Anwärter oder Anwärterinnen mit Genehmigung des Herzoglichen Consistoriums für eine bestimmte Zeitdauer auf Probe und unter Zusicherung des Vorschlages zur Anstellung nach gut bestandener Probezeit und in vorausgesetzter Zurücklegung des 25. Lebensjahres annehmen. Während der Probezeit wird eine Vergütung gewährt, welche der Stadt-Magistrat, nach Anhörung des Schulvorstandes, für den Lehrer auf 1100—1200 M, für die ordentliche Lehrerin auf 900—1100 M jährlich festsetzen darf, während dieselbe für die Fachlehrerin, auf je eine wöchentliche Unterrichtsstunde berechnet, 32 M im Jahre betragen soll.“

7) Im §. 15 laute der 3. Absatz:

„Dieselben“ (nämlich die Hilfslehrer) „sollen zwar, wenn sie sich bewährt haben, bei Besetzung von provisorischen und geeignetenfalls (§. 3) von festen Lehrerstellen vorzugsweise berücksichtigt werden . . .“

8) Vor §. 23 werde folgender §. neu eingeschaltet:

„Nach dem Inkrafttreten dieser Dienstordnung erhalten die zu diesem Zeitpunkte bereits angestellten Lehrer nach Maßgabe der Bestimmung des §. 7 unter M 3 zu ihrem bisherigen Gehalte die in §. 7 vorgesehene Anfangs- bzw. ordentliche Zulage. Die Frist für diese Zulage wird so berechnet, wie wenn die seit der Anstellung (von zurückgelegtem 25. Lebensjahre an) verflossene Zeit unter der Herrschaft der gegenwärtigen Ordnung zugebracht wäre.“

Die Schulcommission ist, wie Herr Rudeloff berichtet, mit diesen abändernden Bestimmungen der Dienstordnung bis auf die Gehaltsätze vollständig einverstanden und giebt nur anheim, in dem letzten Satze zu sagen „(frühestens vom zurückgelegten 25. Lebensjahre an)“, damit nicht Lehrer, welche später eintreten, glauben, daß auch bei ihnen die Zulagen vom zurückgelegten 25. Lebensjahre an rechnen. Hinsichtlich der Gehaltsätze habe indessen die Schulcommission mit Mehrheit

beschlossen, die Erhöhung des Anfangsgehaltes von 1300 M auf 1350 M und demnach auch im Uebrigen fast durchweg eine günstigere Gehaltsfolge in Vorschlag zu bringen und zwar vorwiegend aus dem Grunde, weil bei Neuordnung der Gehaltsverhältnisse der städtischen Beamten voraussichtlich die Büreaugehilfen mit dem gleichen Gehaltsfaze anfangen werden und die Lehrer nicht gut niedriger als jene gesetzt werden könnten; außerdem aber auch eine Erhöhung der Gehälter um durchweg nur 100 M zu niedrig erscheine. Die Mehrheit der Commission bringe daher folgende Gehaltsscala in Vorschlag:

Anfangsgehalt	1350 M,
nach 3 Jahren	1650 "
" 6 "	1900 "
" 9 "	2150 "
" 12 "	2350 "
" 15 "	2550 "
" 18 "	2700 "
" 21 "	2850 "
" 24 "	3000 "
" 27 "	3100 "

und sei dieselbe hierbei noch von folgender Erwägung ausgegangen: Eine dieserhalb angestellte Berechnung ergebe, daß mit der den Lehrern magistratsseitig zugeordneten Aufbesserung von 100 M ungefähr der Betrag bewilligt werde, welchen dieselben durch die Erhöhung der Pflichtstundenzahl verdienen, wogegen irgend ein, auf die sonstigen Verhältnisse zu setzendes Mehr nicht vorhanden sei, was die Commissionmehrheit für unbillig halte. Wenn nun auch andererseits gesagt werden könne, daß die städtischen Behörden einen Anspruch auf die volle Ausnutzung der Kräfte ihrer Beamten und auch der Lehrer besitzen, so lasse sich doch nicht verkennen, daß die Lehrer die ihnen zugeordnete Gehaltserhöhung von 100 M mit einigem Rechte auf das Conto der ihnen zugemutheten Mehrarbeit setzen und behaupten könnten, daß bei den Gehaltsaufbesserungen den heutigen Preis- und Zeitverhältnissen in keiner Weise Rechnung getragen sei. Anders liege es bei einer Aufbesserung von fast durchgängig 150 M, welche diesen Verhältnissen ungefähr angepaßt sei. Wenn die von der Commissionmehrheit vorgeschlagene Scala zur Annahme gelangen sollte, so habe man damit allerdings die Wünsche der Lehrer, welche auf ein Höchstgehalt von 3300 M hinauslaufen, längst nicht erfüllt, jedoch würden die Lehrer gut gethan haben, solche aussichtslosen Forderungen gar nicht zu erheben, zumal bei der großen Zahl von (171 ordentlichen) Lehrern recht vorsichtig mit der Gehaltserhöhung vorgegangen werden müsse. Bei der Annahme der vorgeschlagenen Aufbesserung vermeide man gleichzeitig die mit der Aenderung des Zeitpunktes für den Beginn der Zulagen im Uebergangsjahre hier und da ver-

bundenen Fäden, so daß die Commission in ihrer Mehrheit die Annahme dieser Scala nur empfehlen könne.

Herr Reiche erklärt, sich der Betheiligung an den Verhandlungen und an der Abstimmung enthalten zu wollen.

Herr Weber hält es nicht für richtig, bei der Gehaltsabmessung die Zahl der Lehrer mit in die Waagschale zu werfen, denn der einzelne Lehrer dürfe unter der Zahl seiner Collegen nicht leiden. Wenn man dann noch beabsichtige, die Stundenzahl der Lehrer zu erhöhen, so könne von einer Vertheuerung der Preise berücksichtigenden Zulage kaum noch die Rede sein. Ebenso gefalle ihm der Vergleich zwischen Lehrern und Büreaugehilfen nicht, weil erstere noch das Seminar besuchen und Geld kosten, wenn letztere bereits als Schreiber bei Rechtsanwälten u. d. Lebensunterhalt verdienen. Jedenfalls bitte er um Annahme der von der Commission vorgeschlagenen Scala mit der Abänderung, daß die letzte Classe derselben um 150 M., also auf 3150 M. erhöht werde, denn er sehe nicht ein, weshalb die letzte Gehaltszulage nur 100 M. betragen solle.

Herr Schumburg schließt sich diesen Ausführungen an.

Herrn Lord will es scheinen, daß von Zulagen nicht recht die Rede sein könne, wenn gleichzeitig die Anzahl der Pflichtstunden erhöht werden solle. Eine solche Erhöhung halte er insofern für bedenklich, als die Qualität des Unterrichts möglicherweise darunter leiden könne. Man habe seither jedenfalls nicht um der schönen Augen der Lehrer willen die Pflichtstunden von 30 auf 26—24 herabgesetzt, sondern man werde sich gesagt haben, daß die Anstrengung des Lehrers in den überfüllten, dunstigen Classen zu groß sei.

Herr Rieke hält die von der Lehrerschaft zu verschiedenen Malen in kurzen Zwischenräumen gewünschten Gehaltsaufbesserungen für vollständig gerechtfertigt, da der Lebensunterhalt namentlich durch die Lebensmittelpreise bedeutend theurer geworden sei. Man dürfe sich bei der Bemessung dieser Gehaltsätze nicht nach anderen Städten mit schlechteren Gehaltsverhältnissen richten, da Braunschweig bezüglich seiner Volksbildungsanstalten immer den ersten Platz eingenommen habe und seine Lehrer auch gut bezahlen müsse, wenn es diesen Platz nicht verlieren wolle. Aus diesem Grunde erkläre er sich für den Antrag der Commissionsmehrheit mit der Maßgabe, daß das Höchstgehalt der Lehrer nicht auf 3100 M., sondern auf 3300 M. festgesetzt werde, welchen Satz er für ganz angemessen halte.

Herr Halle kann die vom Magistrate vorgeschlagene Abänderung der Gehaltsätze durchaus nicht für eine Gehaltsaufbesserung halten und bittet daher um Ablehnung derselben. Auch dem Vorschlage der Commission könne er nicht zustimmen, sobald an denselben die Bedingung geknüpft werde, daß die Pflichtstundenzahl der Lehrer erhöht werden solle. Wenn man das Gehalt der Beamten erhöhe, weil man es für unzulänglich halte, so dürfe man von den Beamten hierfür nicht

eine Mehrleistung fordern, denn man verlange schon jetzt von jedem Beamten, daß er im vollen Maße seine Schuldigkeit thue. Man könnte durch solche Forderung nicht allein die Qualität des Unterrichts verschlechtern, sondern dem Lehrer auch leicht die Lust und Liebe zu seinem Berufe nehmen, was jedenfalls sehr bedauerlich sein würde. Er bitte daher um Annahme des Commissionsantrages bezüglich der Festsetzung der Gehaltsbeträge, aber um Ablehnung des Antrages auf Erhöhung der Pflichtstundenzahl.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wie es scheine, habe Herr Halle den betr. Abschnitt des Magistratschreibens über die Heranziehung der Lehrer zu einer erhöhten Pflichtstundenzahl dahin aufgefaßt, daß hierdurch etwas Neues geschaffen werden solle; das sei aber nicht der Fall und ebensowenig sei es der Fall, daß der Magistrat die Erhöhung des Lehrergehältes nach der jetzigen Vorlage von der Erhöhung der Pflichtstundenzahl für die Lehrer abhängig mache. Das könne von einander getrennt werden. Außerdem solle die Pflichtstundenzahl, welche schon jetzt 30 betrage, gar nicht erhöht werden; es habe sich nur im Laufe der Jahre eine Praxis herausgebildet, nach welcher die factische Ausnutzung der Pflichtstundenzahl nicht dem Schulvorstande, sondern dem Schuldirektor überlassen geblieben sei. Dieser Praxis gegenüber habe sich nun der Magistrat bei Einbringung seiner Vorlage gesagt, daß möglichenfalls die Versammlung bei der Verbesserung der Lehrergehälter den Wunsch aussprechen könnte, ihrerseits eine Controle darüber zu haben, daß von den Lehrern eine angemessene Zahl von Unterrichtsstunden erteilt würde. Nur aus diesem Grunde habe man nach dem Vorgange anderer Städte in die jetzige Dienstordnung die Vorschrift aufgenommen, daß der Schulvorstand die Lehrer zur Ertheilung von Unterrichtsstunden innerhalb der Pflichtstundenzahl heranzuziehen habe und solches nicht ohne Weiteres dem Schuldirektor überlassen bleiben solle. Wenn der Herr Berichterstatter zur Begründung des Antrages der Commissionmehrheit auf das magistratsseitig für die Büreaugehilfen in Vorschlag gebrachte Anfangsgehalt von 1350 M. hinweise, so müsse er erklären, daß dieser Vergleich hinfie, da es hierbei an allen vergleichenden Momenten fehle, daß übrigens gegenüber den Lehrern die Büreaugehilfen ein niedrigeres Höchstgehalt bei sehr viel geringeren Gehaltszulagen erreichen. Bei der Feststellung von Normen für die Lehrergehälter bleibe nichts weiter übrig, als Vergleiche zunächst mit den Gehältern anderer braunschweigischen Städte zu ziehen, obgleich gerade von jenen Seiten auf die hier in Aussicht genommenen Verbesserungen auf eine, für die Stadt gerade nicht sehr angenehme Weise hingeschickt werde, denn die Anforderungen an die Vorbildung der Lehrer seien in ganz Deutschland die gleichen, während im Gehalte sehr abgewichen werde. Betrachte man dagegen die Gehaltsverhältnisse der Lehrer in anderen Städten, welche bezüglich ihrer Größe mit Braunschweig zu vergleichen seien, so finde man folgendes Ergebnis: Magdeburg: Anfangs-

gehalt 1100 M, Höchstgehalt nach 34 Dienstjahren 2700 M; Halle: Anfangsgehalt 1050 M, Höchstgehalt nach 30 Dienstjahren 2700 M; Hannover: Anfangsgehalt 1200 M, Höchstgehalt nach 25 Dienstjahren 2700 M und Cassel: Anfangsgehalt 1350 M, Höchstgehalt nach 30 Dienstjahren 3000 M, während Braunschweig bei einem Anfangsgehalt von 1300 M ein nach 27 Dienstjahren erreichbares Höchstgehalt von 3100 M zahlen wolle. Dabei sei noch zu bemerken, daß in allen diesen Städten die Pflichtstundenzahl, sowohl die vorschriftsmäßige, als auch die factische, ungleich höher sei als hier, denn die Lehrer werden dort vocationsmäßig zu 30—32 und factisch zu 28—30 Pflichtstunden herangezogen, während diese Zahlen hier nur 30, bezw. 28 betragen sollen. In der Zwischenzeit habe er dann noch Erhebungen über die Gehaltsverhältnisse der Lehrer in weiteren Städten angestellt. Seitens eines hiesigen Lehrers sei in nicht ganz tactvoller Auseinandersetzung mittelst der Tagespresse auf die Verhältnisse in Frankfurt a. M. und Mannheim hingewiesen. Hierauf wolle er bemerken, daß sich beispielsweise Frankfurt a. M. hinsichtlich der Theuerung gar nicht mit Braunschweig vergleichen lasse. Dort betrage das Anfangsgehalt allerdings 1600 M, welches bei einer Pflichtstundenzahl von 28 bis auf 3400 M steige. In Mannheim beginne der Lehrer mit einem Gehalte von 2100 M, auf welchem Sake er 10 Jahre lang stehen bleibe, um nach 35 Dienstjahren den Höchstsatz von 3400 M (nicht aber, wie in der Zeitung behauptet worden, von 3800 M) zu erreichen. Diese Gehaltsätze verstehen sich indessen nur für die Hauptlehrer, während die Unterlehrer remunerativisch beschäftigt werden. In Mannheim kommen die Lehrer durchschnittlich erst im 8.—10. Dienstjahre zur Anstellung, wenn auch bei Bemessung der Gehaltszulagen die Probendienstjahre mit eingerechnet würden. Gehe man nun diese Gehaltsscala bis oben hinauf einmal durch, so finde man, daß sich die Lehrer dort in Wirklichkeit doch schlechter stehen, als die hiesigen Lehrer, zumal wenn man bedenke, daß in Mannheim gegenwärtig 82 Haupt- und 56 Unterlehrer beschäftigt seien. Noch ungünstiger gestalten sich die Verhältnisse in Leipzig, woselbst an den Volksschulen 400 ständige und 95 Hülfslehrerstellen seien; dort beziehe der ständige Lehrer ein Gehalt von 1350 M bis 3300 M, wobei indessen bemerkt werden müsse, daß in Leipzig sowohl, als auch in anderen Städten die Zulagen nicht nach dem Alters-, sondern nach dem Classensystem gegeben werden und daneben die Bestimmung getroffen sei, daß innerhalb der Gehaltsclassen besonders an ältere Lehrer kleinere Gehaltszulagen bewilligt werden können.

Bei Annahme der von der Commissionsmehrheit vorgeschlagenen Gehaltsscala werde die Stadt gegenüber der Magistratsvorlage noch ein Opfer von 7000 bis 8000 M zu bringen haben, hierzu trete die Aufbesserung des vorigen Jahres mit 9000 M und die in der jetzigen Magistratsvorlage liegende weitere Aufbesserung von 17000 M, so daß also die Stadt eine Mehraufwendung von zusammen 33000

bis 34 000 M zu tragen habe. Nun könnte es nach den hier gemachten Mittheilungen scheinen, als ob die beantragten Mehraufwendungen zu einem wesentlichen Theile durch die Ersparnisse an Lehrkräften gedeckt werden würden, welche durch die verstärkte Heranziehung der Lehrer zur Ertheilung von Pflichtstunden zu erzielen seien. Das treffe aber nicht zu, weil es sich nicht durchführen lasse, jeden einzelnen Lehrer zu wöchentlich zwei Stunden mehr heranzuziehen. Nach sorgfältigen Berechnungen werde sich im laufenden Jahre allerdings eine Ersparniß von vier Lehrkräften ermöglichen lassen, wenn auch zur Deckung von Vacanzen provisorische Lehrer eingestellt werden müßten. Im Laufe der Jahre werde sich solche Ersparniß wohl steigern, wenn sie auch niemals den Betrag erreiche, um welchen die Gehälter jetzt nach der Magistratsvorlage verbessert werden sollen. Wenn von dem Herrn Berichterstatter hervorgehoben worden, daß die von der Commission vorgeschlagene Scala den angenehmen Vorzug habe, die Uebergangsperiode zu erleichtern, so sei das richtig bezüglich derjenigen Lehrer, welche am 1. Januar eine Zulage von 300 M zu erwarten gehabt haben; es sei jedoch dabei übersehen, daß die Bürgerschullehrer noch gar keinen Anspruch auf die Gehaltsätze haben, welche im vorigen Jahre beschlossen und angewiesen seien, weil die ministerielle Genehmigung noch ausstehe. Jedenfalls müsse es auffällig erscheinen und zu Bedenken Veranlassung geben, daß diese Genehmigung so lange auf sich warten lasse. Demnach bilden die vor- und diesjährigen Zulagen zusammen genommen ein einheitliches Ganze und könne er nur empfehlen, die Magistratsvorlage anzunehmen. Vorerst sei ihm noch vollständig unbekannt, welche Stellung der Magistrat gegenüber dem Antrage der Commissionsmehrheit einnehmen werde, jedoch sei nach früheren Aeußerungen in dem Magistratscollegium nur geringe Aussicht auf Annahme desselben vorhanden, was im Gefolge haben würde, daß im bevorstehenden Schuljahre eine Gehaltsaufbesserung überhaupt nicht zur Durchführung komme.

Herr Halle bittet, sich von den letzten Aeußerungen des Herrn Oberbürgermeisters nicht allzusehr beeinflussen zu lassen, sondern dem Commissionsantrage zuzustimmen. Von den Vergleichen mit anderen Städten solle man sich in dieser Sache nicht leiten lassen, weil die Verhältnisse überall anders liegen, sondern von der gewiß Jedem innewohnenden Ueberzeugung, daß das Gehalt der hiesigen Lehrer aufgebessert werden müsse. Da nun die jetzt in Aussicht genommene Pflichtstundenzahl schon bestehe und solche Verpflichtung jetzt nur etwas stärker ausgenutzt werden solle, so seien seine bezüglichlichen Bedenken geschwunden. Um bei den Ausgaben für die Lehrerschaft eine Ersparniß zu erzielen, wolle er, wie vor einigen Jahren, so auch heute darauf hinweisen, daß er das Institut der Schulinspectoren, wenn nicht für überflüssig, so doch für verbesserungsfähig halte, indem deren Plätze durch dirigirende Lehrer, welchen eine entsprechende Zulage zu ge-

währen sei, voll ausgefüllt werden könnten. Er möchte den Magistrat bitten, bei Gelegenheit einmal eine Statistik darüber aufzustellen, was die Schulinspektoren eigentlich zu thun haben und wie viele Unterrichtsstunden sie geben.

Herr Brückmann will darauf hinweisen, daß bei dem Vergleiche der Gehaltsätze anderer Städte auch mit zu berücksichtigen sei, welche Abgaben die Lehrer an Steuern und Wittwencassenbeiträgen zu leisten haben. Soviel er wisse, würde an nichtbraunschweigischen Orten die Einkommensteuer nur von der Hälfte des Gehalts erhoben, während Wittwencassenbeiträge überhaupt nicht zu zahlen seien. Man solle gerade bei den Lehrergehältern in keiner Weise sparsam umgehen, denn es sei von großer Wichtigkeit, einen Stamm tüchtiger Lehrer hier in der Stadt zu behalten und man könne lieber an einer geeigneteren Stelle sparen. Bei der weiteren Aufbesserung der Gehälter werde man auch den älteren Lehrern, welchen es jetzt schwer falle, mit ihrer Familie durchzukommen, einen besseren Lebensabend bereiten und ihnen eine größere Schaffenskraft beilegen. Er würde sich unter diesen Umständen auch der Ansicht des Herrn Rieke anschließen und für die Gewährung eines Höchstgehaltes von 3300 M eintreten, wenn sich dieses durchführen lasse.

Herr Wolff I bemerkt, daß er den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters in diesem Falle nicht beitreten könne, sondern bitten möchte, die Commissionsvorschläge anzunehmen, um einem wichtigen Theile unserer städtischen Beamtenschaft einen berechtigten Vorwand zur Klage zu nehmen und bei derselben ein gewisses Gefühl der Beruhigung zu erwecken, welches sie seit einer Reihe von Jahren nicht mehr besitze. Bei der vorigen Gehaltsaufbesserung seien die jüngeren Lehrer ganz leer ausgegangen, so daß es als eine Frage der ausgleichenden Gerechtigkeit angesehen werden müsse, wenn man das damals Versäumte nachhole. Jedenfalls könne man nicht behaupten, daß eine Einnahme von 2150 M für Männer von 35—37 Jahren zu hoch sei, sondern man werde mit der Commission wünschen müssen, mindestens einen derartigen Satz zu gewähren. Berücksichtige man nun noch die schon von Herrn Brückmann angeführten weiteren Gründe, so müsse man den Commissionsvorschlägen ohne Weiteres zustimmen. Was die von den Herren Weber und Rieke gestellten weitergehenden Anträge betreffe, so könne er den Herren hierin nicht folgen, zumal die Vertreter der Lehrerschaft im Jahre 1889 sich mit einem Höchstfaze von 3000 M befriedigt erklärt hätten und die Wünsche derselben über das von der Commission erstrebte Ziel nicht hinauszugehen scheinen.

Ein hierauf eingebrachter Schlufantrag kommt nicht zur Abstimmung, weil sich weitere Redner nicht gemeldet haben. Bei der dann folgenden Abstimmung werden die Commissionsanträge, unter Ablehnung der Anträge Rieke und Weber, in allen Punkten angenommen.

XI. Nachtragsetat für das Straßenreinigungswesen.

Der bereits bei Vorlegung des diesjährigen Stadthaushaltsplanes in Aussicht gestellte Nachtragsetat für das Straßenreinigungswesen ist von der Straßenreinigungs-Deputation nunmehr fertig gestellt und wird vom Magistrate mit folgenden Bemerkungen vorgelegt: Die zukünftige Gestaltung des Betriebes bei dem Institute soll nach dem Vorschlage der Deputation sich in der Weise regeln, daß die allgemeine Aufsicht der gesammten Straßenreinigung dem Brandmeister Wieders wie bisher zustehen wird. Die beiden jetzigen Aufseher Kortegast und Runge würden ausschließlich für die Beaufsichtigung der Straßenreinigung abwechselnd im Tag- und im Nachtdienste verwendet werden, während die Ueberwachung der Rehrichtabfuhr einem neu einzustellenden Aufseher übertragen werden soll, dem außerhalb seiner Inanspruchnahme durch diesen Dienst die Besorgung der nöthigen Schreibgeschäfte obliegt. Es soll sodann an Stelle des bisherigen Stallaufsehers, der sich nicht bewährt hat, eine andere Persönlichkeit als Verwalter des Fuhrparks und der Pferde angenommen werden und es wird ferner beabsichtigt, zwei tüchtige Leute als Stallwachen einzustellen. Schließlich ist zu einer gründlichen Reinigung der Straßen die Erhöhung der Zahl der Rehrer als angemessen bezeichnet. — Der Magistrat ist mit diesen principiellen Vorschlägen voll einverstanden und giebt anheim, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß die Organisation des Betriebes nach den obigen Grundsätzen durchgeführt werde.

Was den Nachtragsetat selbst anlangt, so werden in demselben an einmaligen Ausgaben für Neuanschaffungen 18 942 M, an laufenden Aufwendungen 25 400 M 50 S gefordert und ist der Magistrat der Meinung, daß das Institut, um den berechtigten Anforderungen, insbesondere auch den in der Versammlung laut gewordenen Wünschen entsprechen zu können, der Aufwendungen unumgänglich bedarf. Ferner hält es der Magistrat für zweckmäßig, wenn der Deputation die beantragte Ermächtigung ertheilt werde, eins ihrer Mitglieder und den Brandmeister Wieders nach geeigneten Städten mit dem Auftrage zu entsenden, sich über das Abfuhrwesen, besonders über die angewendeten Fuhrwerke und die Verwerthung der Abfuhrstoffe zu unterrichten.

Ueber die Erweiterung des Pferdestalles auf dem Grundstücke des neuen Gaswerkes behält sich der Magistrat eine besondere Vorlage bis dahin vor, daß diese Anlage projectirt und veranschlagt sein wird. Was die laufenden Aufwendungen anlangt, so ist dabei an Beiträgen zur Alters- und Invaliden-Versicherung ein Posten nicht vorgesehen. Für 86 Personen wird aber annähernd die Summe von 1000 M im laufenden Jahre erforderlich sein, wodurch sich die Schlußsumme der laufenden Ausgaben auf 26 400 M 50 S erhöht. Der Versammlung wird demnach ferner anheimgegeben, nach dem vorliegenden Nachtrags-

Etat an einmaligen Ausgaben zur Erweiterung des Reinigungsinstitutes den Betrag von 18942 M, sowie an laufenden Ausgaben den Betrag von 26400 M 50 S zu verwilligen, und sich mit der Uebernahme der bezeichneten Reisekosten einverstanden zu erklären.

Die Statutencommission findet, wie Herr Halle berichtet, gegen diese Vorschläge nichts zu erinnern und giebt deren Genehmigung anheim.

Herr Hauswaldt beantragt, den Nachtragsetat mit Ausnahme der für die Anschaffung von Dreckwagen geforderten Summe zu genehmigen, um durch die Auszuschließung derselben eine nochmalige Berathung über die zu wählende Construction der Wagen zu ermöglichen, denn er wünsche nicht, daß noch einmal den jetzigen gleiche oder ähnliche Wagen beschafft werden.

Herr Halle bittet, die Beschaffung der Wagen der Deputation, welche für gute Rathschläge gern zugänglich sei, zu überlassen, da dieses deren Sache sei.

Herr Bültmann glaubt, daß sich Herr Hauswaldt bei der Erklärung beruhigen könne, daß solche Wagen, über welche so viele Klagen laut geworden, nicht wieder angeschafft werden würden.

Herr Hauswaldt will seinen Antrag aufrecht erhalten, ohne indessen dadurch irgend welches Mißtrauen in die Entschließungen der Deputation zu setzen.

Herr Niese möchte sich die Anfrage erlauben, ob in den geforderten Mehrausgaben auch die den Arbeitern zugebilligten Lohnerhöhungen enthalten seien, denn den Durchschnittssatz habe man damals auf 850 M jährlich festgesetzt, während die Arbeiter nur monatlich 65 M, also jährlich 780 M erhalten und den darüber laut gewordenen Klagen vom Magistrate entgegengehalten sei, daß es an den erforderlichen Etatsmitteln fehle. In den Arbeiterkreisen habe man allerdings gemeint, daß solche Mittel vorhanden gewesen wären, wenn man nicht der Wittwe Reuter und Genossen so hohe Summen ausgezahlt hätte.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat diese Anfrage mit Nein zu beantworten. Im Uebrigen befinde sich Herr Niese im Irrthume, wenn er meine, der Durchschnittslohnsatz sei auf 850 M jährlich festgesetzt worden; derselbe betrage vielmehr 780 M und sei auf 800 M erhöht worden. Der Magistrat habe indessen von der Deputation eine Vorlage erhalten des Inhalts, das Durchschnittsgehalt der Arbeiter zu erhöhen. Nach dem Vorschlage der Deputation solle die Lohnfrage derartig geordnet werden, daß die Arbeiter im ersten Jahre 65 M und im zweiten Jahre 75 M monatlich erhalten und demnach der Durchschnittssatz, unter der Annahme, daß die Hälfte der Arbeiter ein Jahr im Dienste sein werden, sich auf 70 M belaufe. Zur Durchführung dieser Einrichtung ersuche er die Versammlung, dem Nachtragsetat noch 2500—3000 M zuzusetzen, um die Arbeiter in der vorgeschlagenen Weise besolden zu können. Die Deputation werde diesen Betrag nicht

mit in den Nachtragsetat eingestellt haben, weil sie annehme, die Lohnerhöhungen selbstständig bewilligen zu können.

Herr Weber kann bezüglich der Wagen mittheilen, daß er namentlich in Breslau sehr praktische und nicht zu theure Wagen gesehen habe, welche nur ein Pferd und einen Mann zur Bedienung erfordern und die bei vier Rädern gekippt werden können. Soweit er sich ein Urtheil darüber bilden könne, halte er die Wagen für außerordentlich praktisch und möchte empfehlen, sich die Zeichnungen darüber kommen zu lassen.

Herr Halle bemerkt, daß die Mehrforderungen für die Arbeiter erst in der letzten Deputationsitzung zur Sprache gekommen seien und daher im Nachtragsetat noch keine Berücksichtigung hätten finden können. Er wolle seitens der Deputation den Antrag stellen, zu solchem Zwecke schon heute eine Summe bis zu 3000 M. zu bewilligen. In der Deputation wohne das Bestreben, einen guten Stamm tüchtiger Arbeiter heranzubilden und demselben die berechtigten Forderungen hinsichtlich des Lohnes gern zuzugestehen, andererseits aber auch von den Arbeitern zu verlangen, daß sie ihre Arbeit gern und willig thun.

Herr Reiche bittet, die für die Beschaffung der Wagen geforderte Summe schon heute zu bewilligen, auch wenn dieselben jetzt noch nicht gebraucht würden, damit man die Wagen hier in der Stadt frühzeitig bestellen und den hiesigen Steuerzahlenden Gewerbetreibenden bei dieser Gelegenheit auch etwas zu verdienen geben könne. Er sei überhaupt der Meinung, daß man möglichst Alles in Braunschweig selbst machen lassen müsse.

Herr Lange beantragt, seitens der Versammlung den Wunsch auszusprechen, daß die Deputation ihre Studien hinsichtlich der Construction der Wagen vor der Bestellung derselben der Versammlung unterbreite.

Herr Stadtrath Schöttler richtet zunächst an Herrn Weber die Bitte, der Deputation die Zeichnungen der beschriebenen Breslauer Wagen zur Verfügung zu stellen, da die Deputation die Stadt Breslau, welche zu weit abliege, mit Rücksicht auf die Höhe der Reisekosten nicht mit zu besuchen gedente, sondern sich als Ziel die Städte Köln, Frankfurt a. M., Stuttgart und Leipzig gesetzt habe. Herrn Reiche wolle er erwidern, daß er grundsätzlich Alles in Braunschweig gekauft habe, was er zu gleichen Preisen und in gleicher Güte hier hätte bekommen können. Bei der Beschaffung der Wagen sei dieses Princip aber nicht durchzuführen gewesen, weil dieselben von auswärts franco Braunschweig um 100–200 M. billiger als hier in der Stadt selbst zu haben gewesen wären, was gar nicht allzusehr zu verwundern sei, wenn man bedenke, daß die Wagen in auswärtigen großen Fabriken zu Tausenden angefertigt würden und daher billiger als hier hergestellt werden könnten. Unter solchen Umständen thue man aber weder der Stadt, noch dem

betr. hiesigen Wagenbauer einen Gefallen, wenn man die Wagen hier in Arbeit gebe und es komme dabei weiter nichts heraus, als daß man höchstens für einen ungeheuer populären Mann gelte.

Nachdem Herr Hauswaldt noch seinen Antrag zu Gunsten des Lange'schen Antrages zurückgezogen hatte, wird zur Abstimmung geschritten, bei welcher die Versammlung die gesammte Magistratsvorlage mit dem Zusatzantrage des Herrn Halle auf Bewilligung einer Summe bis zu 3000 M für Lohnerhöhungen genehmigt und gleichzeitig dem Wunsche Ausdruck giebt, daß die Deputation hinsichtlich der Wagenconstruction noch das Gutachten, bezw. die Genehmigung der Versammlung einhole.

XII. Der Durchbruch von der Kaiser- zur Wendenstraße.

Behufs Anlegung einer Verbindungsstraße zwischen Kaiser- und Wendenstraße hat die Stadt bereits erworben: die am Werder belegenen Grundstücke von vormals Altendorf für 30 400 M, von vormals Lühr für 16 500 M, vormals Krull für 11 000 M, ferner das an der Wendenstraße belegene Fricke'sche Grundstück für 24 000 M und die am Nickelnfulte bezw. Gr. Hofe belegenen Schrader'schen Grundstücke für 45 500 M, so daß bis jetzt insgesamt 127 400 M aufgewandt worden sind.

Wenn die Straße nach dem Vorschlage des Stadtbauamtes zur Ausführung kommen soll, so sind noch weiter folgende Grundstücke zu erwerben: 1) der vordere Theil des an der Wendenstraße belegenen Brauckmeyer'schen Grundstückes in einer Größe von ca. 240 qm; 2) eine etwa 150 qm haltende Theilfläche des am Werder belegenen Haake'schen Grundstückes; 3) die größere Hälfte des sub A² ass. 1278 am Nickelnfulte belegenen Stehmann'schen Grundstückes; 4) die etwa 30 qm große Theilfläche des daselbst belegenen Lehrmann'schen Grundstückes und 5) ein Theil der alten Triebe, der voraussichtlich ohne Entschädigung zu erlangen sein wird.

Zunächst ersucht nun der Magistrat, die Baulinie für die neue Straße festzulegen und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Entscheidung über die Frage, ob der Gr. Hof als freier Platz beizubehalten oder aufzuheben und letzterenfalls zur Bebauung freizugeben sei, bis dahin wird aufgeschoben werden können, daß die an denselben grenzenden Gebäude durch Neubauten ersetzt werden, die nördliche Baulinie von der Kaiserstraße, bezw. dem Nickelnfulte ab bis zur Wendenstraße vollständig, dagegen die südliche Linie vorerst von dem alten Burgmühlengraben ab bis zur Wendenstraße bezw. zum Werder.

Bezüglich der oben bezeichneten, noch zu erwerbenden Grundstücke ist Folgendes zu bemerken: Zu 1. Der Bäckermeister Brauckmeyer fordert für sein Grund-

stück eine baare Entschädigung von 49 000 M und unentgeltliche Ueberlassung eines angemessenen, aus den übrigbleibenden Theilen der Grundstücke *N. ass.* 1474 bis 1476 zu bildenden Bauplatzes, d. h. des unstreitig werthvollsten Bauplatzes an der neuen Straße. Brauckmeyer hat das Grundstück im Jahre 1880 für 30 000 M angekauft, der Brandcassenwerth der Gebäude beträgt 24 000 M, der Kaufwerth ist von der Städtischen Bauverwaltung zu höchstens 50 000 M geschätzt. Hiernach erscheint es dem Magistrate nicht angezeigt, auf die Forderung einzugehen. — Zu 2. Der Holzhändler Haake ist bereit, die von ihm abzutretenden 150 qm großen Theilflächen seines Grundstückes einzutauschen gegen eine etwa 60 qm große, an sein Grundstück grenzende Theilfläche, auf welchen Vorschlag der Magistrat einzugehen empfiehlt. — Zu 3. Das Stehmann'sche Grundstück beantragt der Magistrat wegen dessen demnächstiger Verwerthung als Bauplatz ganz anzukaufen und dafür einen Preis von 21 000 M zu zahlen, obwohl die Städtische Bauverwaltung den Werth nur auf 13 000 M geschätzt hat. — Zu 4. Mit dem Erwerbe der Lehrmann'schen Theilfläche von 30 qm würde ein dreißtödiges Hinterhaus in Wegfall kommen. Lehrmann, welcher sein ganzes Grundstück für 24 000 M gekauft hat, fordert eine Entschädigung von ursprünglich 18 000 M, jetzt 15 000 M. Das in Rede stehende, wegfallende Gebäude hat einen Brandcassenwerth von 2775 M und ist die dem Lehrmann zustehende Entschädigung von der Städtischen Bauverwaltung zu 6200 M geschätzt. Hiernach wird es sich nicht empfehlen, auf die Forderung desselben einzugehen.

Die Anträge des Magistrates gehen nun dahin, den von dem Holzhändler Haake angebotenen Terrainaustausch, sowie den mit dem Schuhmachermeister Stehmann abgeschlossenen notariellen Vertrag und ferner zu genehmigen, daß die zu der fraglichen Straße erforderlichen Theilflächen der Grundstücke von Brauckmeyer und Lehrmann im Wege der Expropriation erworben werden.

Die Kosten des gesammten Unternehmens sind von der Städtischen Bauverwaltung zu 251 500 M geschätzt, von welcher Summe der Stadt etwa 138 000 M definitiv zur Last fallen würden, wenn sich der Werth des wieder zu veräußernden Terrains auch noch nicht annähernd feststellen läßt — Da die am Nickenkulte belegenen vormal's Schrad'er'schen Gebäude sich in einem trostlosen Zustande befinden, so beantragt der Magistrat schließlich noch, die Niederlegung dieser Gebäude zu genehmigen.

Herr Uhde empfiehlt namens der Baucommission, den Magistratsanträgen in allen Punkten zuzustimmen.

Herr Rieke: Keine in neuerer Zeit ausgeführte Straßenanlage der Innen- und Außenstadt habe in sanitärer Beziehung eine solche Bedeutung, wie der hier projectirte Straßendurchbruch. Da nun auch die Eigenthumsverhältnisse der An-

lieger sich durch denselben erheblich besserten, so müsse man sich wundern, daß hiesige, an dem Durchbruche interessirte Bürger mit solchen Forderungen an den Magistrat herantreten, statt demselben in jeder Beziehung entgegenzukommen. Natürlich finde man solches Vorgehen bei dem Bäcker- und Schlachtergewerbe im hervorragenden Maße entwickelt und sei hierbei nur zu bewundern, daß man der Stadt solche Dummheit zumuthe, das Terrain des Brauckmeyer'schen Grundstückes mit schwerem Gelde zu bezahlen und dem Eigenthümer außerdem noch einen Bauplatz an schönster Lage der Straße frei zur Verfügung zu stellen; eine solche Forderung müsse als eine Unverschämtheit bezeichnet werden. Er bitte daher ebenfalls, das Expropriationsverfahren eintreten zu lassen, dann könne sich der Eigenthümer ein anderes Grundstück für sein Gewerbe suchen.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

XIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Verbreiterung des H. Marstalles.

Ueber diesen in der vorigen Sitzung gestellten Antrag (Seite 126 des Prot.) berichtet Herr Halle, daß sich die Statutencommission von der Nothwendigkeit der Verbreiterung nicht habe überzeugen können und auch seitens des Stadtbauamtes hierauf keine Rücksicht genommen sei, indem dasselbe an der rechten Seite bereits einen Neubau genehmigt habe. Die Commission empfehle daher Ablehnung des Antrages, welche von der Versammlung auch beschlossen wird.

XIV. Baulinie an der Neuenstraße.

Der Kunstdrechsler Wolter und der Tischlermeister Böhr beabsichtigen auf ihren an der Neuenstraße belegenen Grundstücken Neubauten zu errichten und das Stadtbauamt hat deshalb Veranlassung genommen, für die Regulirung der Straße auf der Strecke zwischen Sack und Schützenstraße einen neuen Theilortsbauplan aufzustellen, nach welchem die Straße eine Breite von 12 m erhalten würde. Die hierdurch für die Stadt erwachsenden Kosten sind von dem Stadtbauamte schätzungsweise auf 232 500 M festgestellt. Der Magistrat hält mit Rücksicht auf diese sehr erhebliche, vielleicht noch zu niedrig geschätzte Summe eine Verbreiterung auf 10 m für ausreichend und bringt eine hiernach festgesetzte anderweite Baulinie, nach welcher die der Straße zuzulegenden Theilsflächen nur auf einer Seite zu erwerben sind, in Vorschlag.

Die Baucommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Uhde dem Magistratsantrage an und

die Versammlung beschließt demgemäß.

Darauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung nach längerer Besprechung die etatsmäßige Anstellung des Regierungs-Baumeisters Weidlich als städtischer Baumeister.

Schluß 8 Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 19. März 1891.

Öffentlich:

I. Selbstständiger Antrag der Herren Brückmann und Genossen auf Aenderung der Trinkwasserverhältnisse	Seite 154.
II. Desgl. des Herrn Wolff I auf Erhöhung der Armenunterstützungen	" 157.
III. Gesuch des Bildhauers Brendes wegen Verlegung der Ludwigstraße	" 157.
IV. Der Staatszuschuß zu den Schullasten	" 158.
V. Vertrag mit Königsdorf wegen Anlegung einer Straße	" 160.
VI. Anschaffungen für die Freibadeanstalt	" 162.
VII. Etat der Central-Friedhofscasse	" 163.
VIII. Aenderung des Ortsbauplans am Ribdagshäuserwege	" 164.
IX. Baulinie für die Ostseite der Reichenstraße	" 164.
X. Gehaltsordnung für die städtischen Beamten	" 164.
XI. Erwerb des früher Schrader'schen Hauses am Hagenjcharn	" 176.
XII. Statut, betr. die Errichtung eines Gewerbegerichtes	" 177.
XIII. Einstellung einer Krankenpflegerin	" 180.
XIV. Erwerb von Grundstücken an der Döringstraße	" 181.
XV. Verlegung der Bedürfnisanstalt am Hohenthore	" 181.
XVI. Canalisirung der Küchenstraße	" 184.
XVII. Anfrage des Herrn Lange wegen der Pferdebahn-Angelegenheit	" 184.
XVIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Einrichtung einer Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht	" 184.

- XIX. Selbstständiger Antrag des Herrn Natalis auf Einsetzung einer Commission zur Berathung der Mesfangelegenheit Seite 185.

Vertraulich:

- Wahl von Armenpflegern 186.
Steuerreclamationen (Verzeichniß III von 1890) 186.

~~~~~

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer und Meyer, sowie Assessor von Frankenberg-Ludwigsdorff.

Entschuldigt die Herren Ding, Jasper, Jüdel, Nieß und Ramdohr.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt zunächst bekannt, daß eine Eingabe verschiedener hiesiger Bürger wegen der Anlegung einer Pferdebahnlinie Steinweg—Kaiser-Wilhelmstraße—Husarenstraße—Stadtpark vorliege, welche zu den Acten genommen werde, da jedes Mitglied der Versammlung eine gleiche Eingabe erhalten habe. Sodann wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

# I. Selbstständiger Antrag der Herren Brückmann und Genossen auf Aenderung der Trinkwasserverhältnisse.

Ueber diesen in der Sitzung vom 26. Februar d. Js. (Seite 102 des Prot.) gestellten Antrag berichtet namens der Finanzcommission Herr Seele: Es lasse sich wohl annehmen, daß die Commission, welche eingesetzt sei, um der Frage wegen der Verbesserung des Okerwassers näher zu treten, gegen die schlimmsten Schäden Abhilfe finden und dafür sorgen werde, daß das Okerwasser nicht wieder in solcher Weise, wie im letzten Winter verunreinigt werde; immerhin sei es aber möglich, daß trotzdem bei starkem, langanhaltendem Froste das Okerwasser an Güte so weit leide, um als Trinkwasser nicht geeignet zu sein. Deshalb theile die Finanzcommission mit den Herren Antragstellern die Ansicht, daß es für die Versammlung nöthig sei, in dieser Frage Stellung zu nehmen, um, wenn solcher Fall wieder eintreten sollte, die Hände bis dahin nicht müßig in den Schoß gelegt zu haben. In erster Linie sei nun die Idee aufgetaucht, eine Trinkwasserleitung neben der Verbrauchswasserleitung herzurichten. Hierzu erscheine es erforderlich, die Wasser- verhältnisse in der näheren Umgebung Braunschweigs zu erforschen und näher kennen zu lernen. In früheren Jahren sei schon einmal eine Commission mit einem weniger beschränkten Arbeitsfelde zusammengetreten, welche sogar die Wasser-

verhältnisse bis Bienenburg untersucht habe. Dieses Verfahren entspreche aber nicht der Ansicht der Finanzcommission, sondern sie wünsche, daß die Wasserverhältnisse in der nächsten Nähe von Braunschweig durch tüchtige Hydrologen untersucht werden, um festzustellen, wo und in welcher Menge gutes Quellwasser zu haben sei. Nach Feststellung dieser Fragen lasse sich weiter darüber verhandeln, in welcher Weise das Quellwasser für die Stadt nutzbar gemacht werden könne. Da nun aber mit der seitens der Herren Antragsteller in Aussicht genommenen Summe von 5000 M sich nach der Ansicht sachverständiger Männer in dieser Angelegenheit nicht viel erreichen lasse, so habe die Commission den Antrag entsprechend geändert und empfehle denselben in folgender Fassung zur Annahme:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen: den Stadt-Magistrat zu ersuchen, unter Zuziehung bewährter Hydrologen eingehende Erhebungen darüber anstellen zu lassen, ob in der näheren Umgebung Braunschweigs gutes Quellwasser vorhanden ist und in welchen Mengen dasselbe zur Verfügung steht. Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt sich bereit, zu diesem Zwecke einen Betrag bis zur Höhe von 15 000 M aus den Ueberschüssen der Gas- und Wasserwerke zu bewilligen.“

Herr Lange ist erfreut darüber, daß die Commission die Bewilligung einer so hohen Summe für den fraglichen Zweck beantragt habe, weil trotz der vom Herzoglichen Staats-Ministerium in Aussicht genommenen Vorschriften über die Reinigung der von den Zuckersfabriken der Oker zufließenden Abwässer es sich doch nicht vermeiden lassen werde, daß das Wasser wieder eine Zeitlang genußuntauglich sei. Es erscheine darum zweckmäßig, sich wenigstens hinsichtlich des Trinkwassers möglichst ganz von der Oker zu befreien. Nach dem Ausspruche des Herrn Ingenieur Mitgau und anderer Sachverständigen müßten Bohrversuche in der Nähe der hiesigen Stadt von Erfolg gekrönt werden und sei er persönlich in dieser Hoffnung noch mehr bestärkt durch eine Besprechung mit Herrn Horva, einem der bedeutenderen Wassersucher und Wasserfinder, welcher vor einigen Tagen seitens eines Privatmannes hierher berufen worden, um auf dessen Grundstücke Wasser zu suchen. Es habe sich in diesem Falle darum gehandelt, auf dem betr. Grundstücke die Wasserverhältnisse festzustellen und sei es dem genannten Herrn sofort gelungen, die größeren und kleineren Wasserstraßen auf dem Grundstücke, sowie diejenigen Punkte festzustellen, an welchen gebohrt werden müsse. Herr Horva übernehme die Garantie dafür, daß sich auf dem Punkte ein bestimmtes Wasserquantum finde und lasse sich nicht eher bezahlen, bis seine Versprechungen erfüllt seien. In Folge bezüglichlicher Aufforderung habe sich jener Herr die hiesige Gegend nach Thiede zu angesehen und darauf geäußert, daß die Stadt bei Anbohrung einer von ihm zu bezeichnenden Stelle jedenfalls ihren Bedarf an Trinkwasser, ja wahrscheinlich sogar den vollständigen Wasserbedarf werde decken können; auch habe er sich weiter erboten, in

der Deputation hierüber genauere Mittheilungen zu machen. Nach Einleitung von Vorversuchen werde er dann ganz bestimmte Bohrpunkte angeben, an denen er unter Garantie des Erfolges würde bohren lassen. Da nun außerdem die von dem Herrn bezeichneten Punkte nicht weit abliegen, so könne man jedenfalls die von der Commission verlangten 15 000 M mit Freudigkeit bewilligen.

Herr Wille will dem Antrage nicht entgegen sein, daß die 15 000 M zu solchem Zwecke verposamentirt werden sollen, wenn er sich auch nicht viel von dem Vorhaben verspreche. Bei der früher geplanten Anlegung einer Harzwasserleitung sei man bereits zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Sache sich nicht so leicht machen lasse. Die Herrichtung einer besonderen Trinkwasserleitung durch die Stadt würde ein ungeheures Geld kosten und außerdem bezweifle er, daß ein Brunnen genügen werde, um die ganze Stadt mit Trinkwasser zu versorgen. Da nun die Stadt vor der Anlegung der jetzigen Wasserleitung niemals Mangel an Wasser gehabt habe, so möchte er wohl empfehlen, zu den alten Zuständen insofern zurückzukehren, als man recht viele öffentliche Brunnen anlege und auch die Bauunternehmer veranlasse, bei Neubauten möglichst auf jedem Grundstücke einen Brunnen zu bauen. Schließlich wolle er noch bemerken, daß nicht alles Quellwasser unter der hiesigen Stadt ohne Weiteres trinkbar sei, denn das ganz rothe Wasser seines eigenen Brunnen müsse vor dem Gebrauche, ebenso wie das Wasser verschiedener anderen Brunnen, erst filtrirt werden, und daß manche Stellen ganz wasserarm seien, indem beispielsweise die Zuckerfabrik Rautheim und der Brenneireibesitzer Müller Bohrungen bis zu 400 Fuß Tiefe vorgenommen haben, ohne auf Wasser zu stoßen.

Herr Brückmann bemerkt Herrn Wille gegenüber, daß es sich bei der Vorlage nicht nur darum handeln könne, die 15 000 M zu verbrauchen, da ja auch die Finanzcommission die Nothwendigkeit der Ausführung des Antrages einstimmig anerkannt habe. In früheren Jahren sei nicht so genau auf die Beschaffenheit des Wassers geachtet, sonst würden manche, vollständig verjauchte Brunnen schon viel früher geschlossen sein. Beispielsweise sei man im Herzoglichen Krankenhause auf die überaus schlechte Beschaffenheit des dortigen Brunnentwassers erst durch eine von ihm veranlaßte Bekanntmachung in einer hiesigen Zeitung aufmerksam geworden und habe dann den Brunnen sofort geschlossen und so sei es mit vielen Brunnen gegangen. Der ganze geologische Untergrund der Innenstadt erscheine ihm nicht darnach angethan, gutes Trinkwasser zu erschließen, wenn sich solches auch für die Außenstadt in genügender Menge durch Brunnen beschaffen lassen werde. Es sei gradezu eine Nothwendigkeit der Zeit, in der angedeuteten Weise vorzugehen und könnte die Summe von 15 000 M dabei gar nicht in die Waagschale fallen, weshalb um so mehr zu verwundern sei, daß man eben eine so abfallende Aeußerung über den Antrag habe hören müssen.

Herr Wilke weist noch darauf hin, daß das Verjauchen des Untergrundes der hiesigen Innenstadt jetzt nicht mehr in dem früheren Maße vorkommen könne, nachdem die Canalisation ziemlich durchgeführt worden und nur noch ausgemauerte Senkgruben angelegt werden dürfen, so daß eine Verbesserung in dieser Beziehung entschieden vorliegen müsse.

Herr Rieke hätte gern gesehen, daß vor Jahren die Harzwasserleitung angelegt wäre, zumal auch das Herzogliche Staatsministerium sich der Sache zugethan gezeigt habe. In der Nähe der Stadt ein genügendes und gutes Trinkwasser zu finden, erscheine ihm nicht sehr wahrscheinlich, denn in anderen Städten habe man auch weiter gehen müssen, um geeignetes Wasser in genügender Menge zu finden. Wenn es nun auch nicht nöthig sein werde, gerade nach dem Wienenburger Steinfelde zu gehen, so solle man doch wenigstens den Elm zu solchem Zwecke ins Auge fassen, denn anders werde sich für Braunschweig wohl nichts in der Sache machen lassen.

Der Antrag der Finanzcommission gelangt darauf zur Annahme.

## **II. Selbstständiger Antrag des Herrn Wolff I auf Erhöhung der Armenunterstützungen.**

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Seele anheingeben, diesen in der Sitzung vom 26. Februar d. Js. (Seite 125 des Prot.) gestellten Antrag vorläufig von der Tagesordnung abzusetzen, da nach der Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters Bockels bereits ein Antrag von der Armendirection vorliege, welcher sich mit dem Wolff'schen Antrage decke. Der Herr Antragsteller habe sich hiermit einverstanden erklärt, wenn er sich auch vorbehalte, eventuell später auf den Antrag zurückzukommen.

Die Versammlung hat hiergegen nichts einzuwenden.

## **III. Gesuch des Bildhauers Brendes wegen Verlegung der Ludwigstraße.**

Der Bildhauer Brendes hat sich an die Versammlung mit der Bitte gewandt, bei dem Magistrate zu beantragen, daß die projectirte Verlängerung der Ludwigstraße westlich der Hamburgerstraße weiter nach Süden verlegt werde.

Wie Herr Uebe berichtet, stellt die Baucommission hierzu den Antrag, die Angelegenheit dem Stadt-Magistrate zur weiteren Bearbeitung zu überweisen, da vor der Beschlußfassung eine Menge von Verhältnissen erörtert werden müßten, die zu klären die Versammlung nicht in der Lage sei.

Der Antrag wird angenommen.

#### IV. Der Staatszuschuß zu den Schullasten.

Die von der hiesigen Stadtverwaltung zur Erlangung des Staatszuschusses für Durchführung von Schulgeldermäßigungen in den Gemeindeschulen beschlossene und vorläufig zur Ausführung gebrachte Maßregel, wonach

- 1) in den unteren Bürgerschulen das Schulgeld nur für eins von mehreren dieselben besuchenden Geschwistern, und zwar in dem von 5 M auf 4 M ermäßigten Jahresbetrage erhoben, den sämtlichen Schülern auch die erforderlichen Bücher und sonstigen Unterrichtsmittel kostenlos geliefert werden; dagegen
- 2) in den mittleren Bürgerschulen statutarische Schulgeld-Ermäßigungen — vorbehaltlich jedoch des diesbezüglich dem Schulvorstande auf Beschluß der städtischen Behörden zustehenden Bewilligungsrechts — nicht eintreten sollen,

hat die Billigung des Herzoglichen Staats-Ministeriums nicht gefunden: Herzogliches Staats-Ministerium hat zwar den Staatszuschuß für das Schuljahr 1890/91 bewilligt, wendet sich auch keineswegs gegen die sachliche Zweckmäßigkeit der städtischerseits beschlossenen Maßregel, erklärt sich vielmehr geneigt, die Genehmigung derselben bei der Landesversammlung zu befürworten, hält aber aus formellen Gründen, d. h. mit Rücksicht darauf, daß die hier eingeführte Gewährung freier Unterrichtsmittel mit der vom Staate gewollten Ermäßigung des Schulgeldes nicht gleichbedeutend sei, für geboten, daß die hiesige Stadtverwaltung einstweilen, vom 1. April d. Js. an, eine Einrichtung treffe, welche sich dem Grundsatz des Gesetzes Nr. 12 vom 10. April v. Js. und der darauf beruhenden Vereinbarung der staatlichen Factoren genauer anschließe.

Der Magistrat beabsichtigt, beim Herzoglichen Staatsministerium auf Herbeiführung einer Ergänzung der betr. Vereinbarung zwecks formeller Durchführbarkeit der oben erläuterten Maßregel anzutragen; er hält es indessen für nothwendig, auch für die Zwischenzeit, zunächst also für das Schuljahr 1891/92 entsprechende Einrichtungen zu treffen. Wenn Herzogliches Staatsministerium noch zur Erwägung verstellt, ob nicht auch bei den mittleren Bürgerschulen an die Stelle der bislang geübten freien Entschließung über Schulgeldermäßigungen und Schuldgelderlasse im einzelnen Falle eine allgemeine Ermäßigung zu setzen sei, so könnte dem gegenüber die Frage aufgeworfen werden, ob man nicht zur Erlangung des Staatszuschusses für 1891/92, unter Zurückziehung der bereits eingeführten Gewährung freier Unterrichtsmittel an die Kinder der unteren Bürgerschulen und unter gleichzeitiger Beseitigung derjenigen Schulgeld-Vergünstigungen, welche bisher auf Grund freiwilliger Entschließung der städtischen Behörden in den mittleren Bürgerschulen gewährt worden sind, eine an das Gesetz Nr. 12 vom

10. April v. Js. sich genau anschließende und in der That von anderen Städten des Landes beliebte Bestimmung dahin treffen solle, daß das Schulgeld

- 1) in den unteren Bürgerschulen — wie stadtseitig bereits eingeführt — nur für einzige und erste Kinder derselben Eltern und zwar in dem von 5 M auf 4 M herabgesetzten Betrage,
- 2) in den mittleren Bürgerschulen dagegen für einzige und erste Kinder derselben Eltern in dem von 20 M auf 19 M und für zweite und folgende Kinder in dem von 20 M auf 15 M ermäßigten Betrage erhoben werden solle.

Die Wirkung dieser Maßnahmen würde sich dahin geltend machen, daß die Stadt beispielsweise im Schuljahre 1890/91 eine Summe von 9692 M an Zuschüssen zur Bürgerschulcasse erspart haben würde. Mit Rücksicht auf die große Wohlthat, welche den in ärmeren Verhältnissen lebenden Eltern und ebenso der Schule selbst durch die Gewährung freier Unterrichtsmittel an die, eine untere Bürgerschule besuchenden Kinder bereitet wird, hält es der Magistrat für angezeigt, diese Einrichtung schon deshalb beizubehalten, weil anderenfalls die ohnehin große Geschäftslast der Armenpfleger u. wiederum auf die frühere Höhe hinaufgeschraubt werden müßte.

Sinsichtlich der mittleren Bürgerschulen theilt der Magistrat die Ansicht, daß sich eine allgemeine Schulgeldbefreiung etwa der dritten und folgenden Kinder derselben Eltern bei gleichzeitigem Fortfall der seither für einzige, erste und zweite Kinder regulativmäßig gestatteten Vergünstigungen die auf Entlastung der minder begüterten Einwohner gerichtete Absicht des Staates weitaus nicht in dem Maße erfüllen werde, als solches durch die von den hiesigen städtischen Behörden beschlossene Maßregel erreicht wird; sodann: daß behuf der stadtseitig seither in großer Opferwilligkeit besorgten — auch vom Staate gewollten, von letzterem aber keineswegs erreichten — Erleichterung gerade der in beschränkten Verhältnissen lebenden Eltern die seitherigen freiwilligen Vergünstigungen beibehalten werden müssen, indem bei deren Fortfall und durch eine in Folge dessen eintretende Verpflichtung zur Schulgeldszahlung eine sehr erhebliche Zahl von ärmeren Eltern, die ihre Kinder, um dieselben nicht aus dem Bildungsgange der mittleren Bürgerschulen herauszureißen, nicht wohl einer unteren Bürgerschule zuführen können oder mögen, geradezu in Noth gerathen würde. Zur Bekräftigung dieser Behauptung bemerkt der Magistrat, daß nach der vom Schulvorstande bislang geübten Praxis das Schulgeld

- a. für einzige Kinder nur solchen Eltern (meistens Wittwen), welche ein steuerpflichtiges Einkommen überall nicht haben,
- b. für zweite Kinder aber nur solchen Eltern erlassen oder ermäßigt zu werden pflegt, deren Einkommen über 800 M nicht hinausgeht, bezw.

welche neben ihren eingeschulten Kindern auch noch kleinere Kinder zu erhalten haben.

Im Einverständnisse mit dem Schulvorstande wird der Magistrat den Versuch machen, Herzogliches Staats-Ministerium zu einstweiliger Zurücknahme der gestellten Forderung zu bewegen.

Für den Fall, daß dasselbe an der einmal erhobenen Forderung festhalten sollte, kann der Magistrat, in Uebereinstimmung mit dem Schulvorstande, nicht umhin, der Versammlung den Erlaß einer Bestimmung dahin zu empfehlen, daß, zunächst für das Schuljahr 1891/92, in den mittleren Bürger-~~schulen die Dritten und~~ folgenden Kinder derselben einheimischen Eltern vom Schulgelde befreit seien. — Die Ausführung dieser Bestimmung würde der Stadtcasse für das laufende Schuljahr, neben den von ihr freiwillig fortzugewährenden Schullast-Erleichterungen für die mittleren Bürgerschulen eine neue Ausgabe von rund 8000 M auferlegen.

Die Schulcommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Blasius, nach eingehender Berathung der Vorlage, voll und ganz auf den Standpunkt des Magistrates gestellt und es im hohen Grade für wünschenswerth bezeichnet, daß das Herzogliche Staats-Ministerium der Auffassung des Magistrates beitrete. Die Commission habe sich ferner davon überzeugen müssen, daß, wenn das Ministerium bei seiner Entscheidung verharre, der Stadt nichts weiter übrig bleibe, als die Summe von 8000 M zu bewilligen. Aus diesen Gründen beantrage die Commission, die Annahme der Magistratsvorlage zu beschließen, was seitens der Versammlung geschieht.

#### V. Vertrag mit Königsdorf wegen Anlegung einer Straße.

Der Civilingenieur Königsdorf hat gebeten, in den Ortsbauplan eine weitere Verbindungsstraße zwischen Neben- und Nordstraße — auf der Strecke zwischen Gehsostraße und Mittelweg — aufzunehmen, indem er sich bereit erklärt, die durch ihre Anlage entstehenden Kosten zu tragen, bezw. soweit kostenpflichtige Grundstücke an dieselbe grenzen, vorzuschießen. Obwohl die Straße mit Rücksicht auf die an der Nebenstraße und Nordstraße bereits errichteten Gebäude nur 13 m breit werden kann, so hält der Magistrat ihre Zulassung in Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte doch für unbedenklich, weil dieselbe für den durchgehenden Verkehr niemals von Bedeutung werden wird. Da die Stadt aber andererseits keinen Anlaß hat, die Schaffung von nur 13 m breiten Straßen in der Außenstadt zu begünstigen, so hat der Magistrat beschlossen, an Königsdorf nach Fertigstellung zwar die Kosten für den Canal, nicht aber auch die Kosten für das Gas- und Wasserrohr zu erstatten. Der Magistrat ersucht, die Einfügung dieser Straße,



sowie den mit Königsdorf wegen des fraglichen Straßenbaues abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen,

welcher Antrag von Herrn Uhde namens der Baucommission unterstützt wird.

Herr Lange bittet die Vorlage abzulehnen, da Königsdorf vor Ausführung seines dortigen Baues gewußt habe, daß er eine 13 m breite Straße nicht genehmigt erhalten würde und trotzdem gebaut hätte. Man dürfe das Princip der Anlegung von 14 m breiten Straßen in der Außenstadt nicht durchbrechen, sonst könnte mit demselben Rechte ein anderer Bauunternehmer um Genehmigung einer nur 12 m oder noch weniger breiten Straße einkommen. Wenn man aber die Straße trotzdem genehmigen wolle, so solle man sie nur als Privatstraße unter der Bedingung zulassen, daß sie dem öffentlichen Verkehre freigegeben werden müsse.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß dem Magistrate die gleichen Bedenken aufgestoßen seien und er zu der Schlußfolgerung des Herrn Lange ebenfalls gekommen sein würde, wenn nicht gegen die Zulassung einer Privatstraße dort die gewichtigsten Bedenken vorgelegen hätten. Es handle sich hier nämlich nicht um die Grundstücke eines Anliegers, sondern es kommen deren mehrere in Betracht, welche möglicherweise gegen die Anlegung einer Privatstraße Widerspruch erheben könnten; der Magistrat gebe deshalb eher anheim, die ganze Anlage abzulehnen, als hier eine Privatstraße zuzulassen. Da indessen schon mehrere 13 m breite Straßen vor den Thoren vorhanden seien, wie die Körner- und Pawelstraße, so empfehle es sich doch wohl, das Straßenproject auch hier nicht scheitern zu lassen, zumal die Straße von Norden nach Süden laufe und Luft und Licht von beiden Seiten in dieselbe hineinkommen könne.

Herr Lange hält eine 13 m breite Straße an sich für vollständig breit genug, er möchte nur die Vorschrift, daß die Straßen vor den Thoren eine Breite von 14 m besitzen müssen, nicht durchbrochen sehen.

Herr Uhde weist darauf hin, daß es sich hier um eine nur 300 m lange, von einzelfstehenden Gebäuden bestandene Straße handle, welche niemals einen durchgehenden Verkehr bekommen würde, so daß eine Breite von 13 m vollständig, auch in hygienischer Beziehung genügen dürfte.

Herr Halle möchte bitten, die Straße ausnahmsweise in einer Breite von 13 m zuzulassen, da Königsdorf in eine Zwangslage gerathen sei und die Straße nicht anders anlegen könne.

Herr Blasius tritt gleichfalls für unveränderte Annahme der Magistratsvorlage ein und warnt vor der Zulassung von Privatstraßen.

Herr Stadtrath Ketemeyer weist darauf hin, daß eine statutarische Bestimmung, nach welcher die Straßen wenigstens 14 m breit sein sollen, gar nicht vorhanden sei.

Herr Rimpau bringt in Vorschlag, die Straße möglichst 14 m breit anzulegen und nur dort auf 13 m einzuengen, wo vorhandene Gebäude solches erfordern, wenn man nicht vorziehe, Vorgärten vorzuschreiben.

Herr Stadtrath Ketemeyer kann sich für diesen Vorschlag nicht erwärmen, weil dann die Straße an den Eingängen 13 m und in der Mitte 14 m breit werden würde; ebenso sei mit den Vorgärten nicht viel gedient, weil die ersten Häuser dort schon festgelegt seien. Andererseits erscheine es ihm auch zweifelhaft, ob nach den bestehenden Vorschriften eine theilweise Anordnung von Vorgärten getroffen werden könne.

Die Versammlung nimmt darauf die Magistratsvorlage an.

## VI. Anschaffungen für die Freibadeanstalt.

Die Städtische Bauverwaltung legt dem Stadt-Magistrate ein von demselben eingefordertes Project nebst Kostenanschlag zur Anlage von Douchen für die städtische und die Freibadeanstalt vor, nach welchem zwei Douchen erforderlich sind, die einen Kostenaufwand von je 1600 M = 3200 M in Anspruch nehmen würden. Gleichzeitig beantragt die Städtische Bauverwaltung, an Kosten für die Beschaffung von Holzgatterungen und für Ergänzung der Einfriedigungen auf der Freibadeanstalt 1100 M zu bewilligen. Der Magistrat bringt diesen Bericht mit dem Bemerkten zur Vorlage, daß er sich die Entschliebung über die von der Versammlung in Anregung gebrachte Anlegung zweier Douchen einstweilen vorbehalten möchte, daß er jedoch anheimegebe, die angeforderten Reparaturkosten im Betrage von 1100 M zu verwilligen.

Herr Sievers beantragt namens der Finanzcommission, diese Summe zu verwilligen, gleichzeitig aber dem Magistrate anheimzugeben, in Erwägung zu nehmen, ob nicht die Douchen in billigerer und praktischerer Weise, als von der Städtischen Bauverwaltung beantragt, auszuführen seien. Während letztere vorschläge, für jede Douche ein besonderes Gebäude herzurichten, halte die Commission diese Art der Ausführung nicht allein für sehr kostspielig, sondern auch für unpraktisch, indem sie der Ansicht sei, daß die Douche in unmittelbarer Nähe des Wassers, vielleicht mit einer einfachen Bedachung, zu leichter und beliebiger Benutzung für Jedermann stehen müsse.

Herr Blasius möchte den Antrag der Commission befürworten, da er es entschieden für wünschenswerth halte, Douchen einzurichten. Verstehen könne er indessen nicht, weshalb dieselben in einen großen Kasten eingekleidet werden sollen, da man doch keines Schutzes bedürfe, wenn man sich im Freien baden wolle.

Auf die Frage des Herrn Lange, ob die neue städtische Badeanstalt auch rechtzeitig fertig gestellt werden würde, erwidert

Herr Stadtrath Netemeyer, daß der Stadtbaumeister Osterloh die Fertigstellung bis zum 15. Mai bestimmt zugesagt habe. Bezüglich der Douchen würde es ihm angenehm sein, deren Vortheile näher erörtert zu sehen, da sich der Magistrat nicht davon überzeugen könne, daß die Douchen geboten, oder auch nur wünschenswerth seien. Die Benutzung derselben solle seines Wissens die Lungenthätigkeit anregen, indem das auf den Körper plötzlich niederfallende kalte Wasser die Lungen in stärkere Bewegung bringe. Wenn man nun solchen Anreiz auch in einem geschlossenen Raume, in der Privatwohnung u. sehr angenehm empfinde, so möchte er doch behaupten, daß ein noch viel größerer Anreiz für die Lungen durch das Schwimmen im frischen, freien Wasser erreicht werde, während man in der Flußbadeanstalt die Douchen mehr als eine Spielerei betrachte und sie dementsprechend namentlich auf der Freibadeanstalt, woselbst für die Benutzung kein Geld erhoben werde, auch behandle.

Herr Halle hat die Beobachtung gemacht, daß die Douche auf der alten Gellertshof'schen Badeanstalt fast gar nicht benutzt sei. Wenn man daher überhaupt eine solche herrichten wolle, so möchte man sie ganz frei, möglichst über dem Schwungbrette anlegen.

Herr Meyer kann aus eigener Erfahrung mittheilen, daß die Douche nicht allein die Lungenthätigkeit, sondern auch das ganze Nervensystem wohlthätig beeinflusse und er daher dringend wünsche, zweckmäßig eingerichtete Douchen anzulegen und der allgemeinen Benutzung freizugeben.

Herr Blasius will bezüglich der durch das Douchen zu erzielenden Wirkung noch anführen, daß man bei regelmäßiger Benutzung von Douchen eine sehr starke Athmungsthätigkeit, eine tüchtige Abhärtung des Körpers und eine gründliche Stärkung des Nervensystems erziele. Man solle daher überall Douchen anlegen und deren freie Benutzung nach Möglichkeit zu fördern suchen.

Der Antrag der Finanzcommission wird hierauf angenommen.

## VII. Etat der Central-Friedhofscasse.

Als seiner Zeit die Stadt der Central-Friedhofscasse das erste Darlehn gewährte, hat das Kirchencassen-Collegium bis zur Tilgung der Schuld die Verpflichtung übernommen, den jährlichen Voranschlag des Etats zur Einsicht vorzulegen. Der Magistrat hat diesen Etat für das Jahr 1891 bekommen und theilt denselben der Versammlung zur Kenntnißnahme mit. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 66 500 M. und giebt nach dem Berichte der Finanzcommission, für welche Herr Wolff I. berichtet, zu Ausstellungen keine Veranlassung, so daß beantragt wird, denselben als für die Versammlung erledigt zu betrachten, was geschieht.

### VIII. Aenderung des Ortsbauplanes am Riddagshäuserwege.

Auf Antrag des Kaufmanns Aug. Meyer, als Eigenthümers der an der Nordseite des Riddagshäuserweges liegenden beiden Pläne, beantragt der Magistrat, den Ortsbauplan für die Nordseite dieser Straße auf der Strecke zwischen dem Hopfengarten und der Straße „hinterm Hopfengarten“ derart abzuändern, daß von den Meyer'schen, bezw. jezt Madler'schen Plänen zwei 39 qm und bezw. 75 qm haltende Theilflächen unentgeltlich an die Stadt abgetreten werden, während letztere jenen Plänen eine 35 qm haltende Theilfläche unentgeltlich zulegt. Die magistratsseitig beantragte Genehmigung des dieserhalb au fgenommenen notariellen Vertrages wird

von der Versammlung beschlossen, nachdem Herr Bültemann namens der Baucommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

### IX. Baulinie für die Ostseite der Reichenstraße.

Bei Feststellung einer anderweiten Baulinie für die Kaiserstraße ist in der Sitzung vom 26. Februar d. Js. (Seite 92 des Prot.) unterlassen worden, auch eine anderweite Straßenfluchtlinie für die Ostseite der Reichenstraße festzulegen,

was von der Versammlung auf Antrag der Baucommission, für welche Herr Uhde berichtet, durch einen entsprechenden Beschluß nachgeholt wird.

### X. Gehaltsordnung für die städtischen Beamten.

Seit Einführung des Normal-Gehalts-Etats vom 19. April 1880 haben die Anforderungen an den Dienst der oberen städtischen Beamten nach Inhalt und Umfang fast durchgehends eine wesentliche Erhöhung erfahren, während für die geringer besoldeten Beamten die inzwischen eingetretene Steigerung der Lebensmittelpreise fühlbar geworden ist; überdies sind Mißverhältnisse zwischen den Bezügen der städtischen und der Staatsbeamten theils schon längerzeitig bemerkbar geworden, theils neuerdings durch Aufbesserung der letzteren eingetreten, deren billige Ausgleichung seitens des Magistrates als ein Gebot der Klugheit bezeichnet werden muß. Letzterer hat hiernach die Besoldungsverhältnisse der städtischen Beamten einer Prüfung unterzogen, deren Ergebnis in dem hierunter folgenden Entwürfe zu einer „Gehaltsordnung“, bezw. zu einem „Gehaltstarif“ vorgelegt wird.

Bezüglich der Gehaltsordnung bemerkt der Magistrat, daß dieselbe eigentlich einen Abschnitt des nach Revision der Städteordnung zu erlassenden neuen Dienststatuts zu bilden haben würde und daß sie die auf Lebenszeit angestellten, also pensionsberechtigten Beamten umfasse, während die Dienstverhältnisse der nicht angestellten Beamten auch fernerhin durch Dienstvertrag geregelt werden sollen.

Die Gewährung der auf Grund dieser Neuordnung erworbenen Zulagen bleibt ohne Einfluß auf den Lauf der früheren Zulagefristen, mit der Ausnahme, daß diese Fristen fortan unterschiedslos vom 1. April ab laufen, während dieselben bislang mit dem Beginne des Monats der Anstellung zu laufen begonnen haben. Mit jedem städtischen Amte ist ein angemessener Geschäftskreis verbunden, der von dem Magistrate erforderlichenfalls erweitert und, wenn er den Beamten über dessen Kräfte belastete, durch Beigabe von Arbeitshülfe erleichtert worden ist. In früheren Jahren sind dagegen einzelnen Beamten neue Geschäfte gegen besondere Entschädigung (Remuneration) übertragen, welche, in mehreren Fällen bereits beseitigte, Einrichtung bezüglich einzelner Beamten noch wird fortbestehen müssen; der Magistrat wird aber in Festhaltung des Grundsatzes, daß der Beamte seine ganze Arbeitskraft dem Dienste zu widmen habe, fortfahren, bei sich darbietenden Gelegenheiten, namentlich bei eintretendem Personenwechsel, derartige besondere Entschädigungen in Wegfall zu bringen. Der demnächstigen Revision des Dienststatuts bleibt es vorbehalten, hierüber feste Grundsätze aufzustellen.

Sinsichtlich des anderweiten Gehaltstarifs wird vom Magistrate ausgeführt, daß er bei seinen Vorschlägen zur Normirung der Gehälter die Gehaltsverhältnisse der hiesigen Staatsbeamten in gleichen oder ähnlichen Stellungen, soweit thunlich, in Betracht gezogen habe. Der Versuch, für solche Normirung Anhaltspunkte zu gewinnen, durch Vergleichung auch derjenigen Gehälter, welche in benachbarten größeren Städten gewährt werden, ist vom Magistrate aufgegeben, weil er die eigentliche Organisation des Dienstes in jenen Städten und mithin den Inhalt der Geschäfte der einzelnen dortigen Beamten und das Maß der Verantwortlichkeit ihrer Stellungen nicht ermeßen konnte. Aus den ferneren Erläuterungen sei noch erwähnt, daß die unter XI und XII aufgeführten Hülfsbeamtenstellen durch befähigte Schreiber besetzt werden, denen seither neben dem Schreibergehalte von 1200 M bis 1800 M besondere, nicht pensionsberechtigende Functionszulagen in Höhe von bis zu 300 M ausgesetzt worden sind. Die Ergänzung der Hülfsbeamten aus dem Schreiberpersonale wird als Regel beizubehalten sein; dagegen läßt die umfängliche Entwicklung des Dienstes angezeigt erscheinen, diese Stellen zu etatsmäßigen zu machen. Nach den bisher befolgten und bewährt befundenen Grundsätzen wird dem Schreiber die definitive Besorgung der Geschäfte eines Büreauehelfen erst dann übertragen, nachdem derselbe das 25. Lebensjahr zurückgelegt und im Büreaudienste der Stadt mindestens 5 Jahre mit gutem Betragen und zufriedenstellenden Leistungen zugebracht hat; bis dahin erfolgt seine Heranziehung zu solchen Dienstgeschäften widerruflich gegen Remuneration.

Die Versammlung wird schließlich ersucht, zum Erlaß des vorgelegten Gehaltsordnungsstatuts, unter Genehmigung des beigefügten Gehaltstarifs, die Zustimmung zu erteilen, auch sich damit einverstanden zu erklären, daß das Regulativ über

die Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Beamten bei den städtischen Gas- und Wasserwerken mit dem Eintritt der Wirksamkeit der neuen Gehaltsordnung seine Gültigkeit verliere. Auf Bereitstellung der zur Bestreitung dieser Mehrausgaben erforderlichen Mittel ist bei Ausmessung des diesjährigen Dispositionsfonds der städtischen Behörden, bezw. bei dem Ausgabeposten „Insgemein“ bereits Bedacht genommen.

Die vom Magistrate in Vorschlag gebrachte Gehaltsordnung hat mit einigen kleinen Verdeutschungsänderungen der Commission folgenden Wortlaut:

„Gehaltsordnung für die städtischen Beamten der Stadtgemeinde  
Braunschweig.

Mit Zustimmung der Stadtverordneten erlassen wir die nachstehenden statutarischen Bestimmungen über die Befoldung der auf Lebenszeit angestellten städtischen Beamten.

§. 1.

Bei der Bewilligung der Gehälter und Zulagen an Beamte, sowie bei der Anrechnung der wandelbaren und Naturalbezüge derselben auf das Baargehalt wird nach Maßgabe dieser Gehaltsordnung und der anliegenden Bestimmungen verfahren.

§. 2.

Die bestimmungsgemäßen Alterszulagen werden nach jedesmaligem Ablauf von drei Dienstjahren gewährt. Sobald jedoch nach übereinstimmendem Urtheile der städtischen Behörden gegen das dienstliche oder außerdienstliche Verhalten des Beamten eine erhebliche Ausstellung vorliegt, kann das Vorrücken in höhere Gehaltsstufen entweder ganz unterbleiben, oder eine Zulage nur mit einem Theilbetrage, oder in längeren Fristen, oder in widerruflicher Weise erfolgen.

§. 3.

Bei der ersten Anstellung erhält der Beamte das Anfangsgehalt. Auf übereinstimmenden Beschluß der städtischen Behörden ist jedoch ausnahmsweise die Bewilligung einer höheren Gehaltsstufe zulässig.

§. 4.

Der Anspruch des Beamten auf Gewährung des mit dem Amte verbundenen Dienst Einkommens beginnt in Ermangelung besonderer Festsetzungen mit dem ersten Tage desjenigen Monats, in welchem derselbe das Amt angetreten hat.

§. 5.

Die Zahlung des Gehalts und der baaren Dienstbezüge erfolgt monatlich im Voraus. Als erworben gilt der Anspruch darauf, sobald der Beamte den Anfang des betreffenden Monats im städtischen Dienste erlebt hat.

## §. 6.

Die Zulagefristen laufen stets von dem 1. April an, und zwar, sofern die Anstellung auf der betreffenden Amtsstelle in den neun ersten Monaten des Kalenderjahrs stattgefunden hat, von dem 1. April eben dieses Jahrs, anderen Falls von dem 1. April des nachfolgenden Kalenderjahrs.

Ob und in welchem Umfange bei Versetzung eines Beamten auf eine andere Amtsstelle diejenige Zeit, welche derselbe auf der seitherigen Amtsstelle zugebracht hat, für die Verwilligung der Zulage in der neuen Amtsstelle eingerechnet werden solle, bestimmen die städtischen Behörden im Einzelfalle.

## §. 7.

Wird einem Beamten magistratsseitig die einstweilige Versetzung einer erledigten höheren, d. i. einer solchen Amtsstelle übertragen, welche einer voranstehenden Abtheilung der Gehaltsbestimmungen angehört, so kann ihm durch übereinstimmenden Beschluß der städtischen Behörden für die Dauer dieser Dienstbesorgung eine Vergütung in der Höhe derjenigen Zulage gewährt werden, welche ihm bei endgültiger Uebertragung der Stelle anfallen würde.

## §. 8.

Nach dem Inkrafttreten dieser Gehaltsordnung erhalten die zu diesem Zeitpunkte bereits angestellten Beamten nach Maßgabe der Bestimmung des §. 6 zu ihrem bisherigem Gehalte die in den Gehaltsbestimmungen für ihre Amtsstelle vorgesehene Anfangs- oder ordentliche Zulage. Die Frist für diese Zulage wird so berechnet, wie wenn die seit der Berufung auf die betreffende Amtsstelle verfloßene Zeit unter der Herrschaft dieser Gehaltsordnung zugebracht worden wäre.

## §. 9.

Hat sich ein vor dem Inkrafttreten dieser Gehaltsordnung etatmäßig angestellter Beamter im Genusse einer für den Hauptdienst verliehenen Functionszulage befunden, so gilt dieselbe bei dem Inkrafttreten dieser Gehaltsordnung insoweit als widerrufen, als der Beamte auf Grund der letzteren eine den Betrag jener Functionszulage deckende Zulage erhält.

## §. 10.

Diese Gehaltsordnung tritt am 1. April 1891 in Kraft.

Mit diesem Tage verliert der §. 10 des Statuts, die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung zu Braunschweig betr., vom 19. April 1880 seine Gültigkeit."

Die Gehaltsbestimmungen (bisher „Gehaltstarif“ benannt) enthalten nach den Vorschlägen des Magistrates und nach den theilweise abändernden Vorschlägen der Statutencommission die folgenden Gehaltsätze:

| Abtheilung | Amtsstelle                                                                                                                                                            | Nach den Vorschlägen    |                   |                   |                             |                   |                   | Bemerkungen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
|------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|-------------------|-------------------|-----------------------------|-------------------|-------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|            |                                                                                                                                                                       | des Magistrates         |                   |                   | der Statuten-<br>commission |                   |                   |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
|            |                                                                                                                                                                       | An-<br>fangs-<br>gehalt | Alters-<br>zulage | Höchst-<br>gehalt | An-<br>fangs-<br>gehalt     | Alters-<br>zulage | Höchst-<br>gehalt |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
|            |                                                                                                                                                                       | M                       | M                 | M                 | M                           | M                 | M                 | a. des Magistrates,<br>b. der Statutencommission                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| I          | Der Vorsitzende des<br>Stadt-Magistrates ..                                                                                                                           | 7500                    | 600               | 10500             | 12000                       | —                 | 12000             | a. Außerdem eine Entschädigung für Wohnung, Gas- und Wasserverbrauch im Betrage von 2700 M, wovon jedoch bei der Pensionierung nur 1500 M in Anrechnung kommen.<br>b. Daneben 2000 M an nicht pensionsberechtigten Dienstaufwandsgebern. Die Bemerkung unter a fällt dann fort.                                                                                        |
| II         | 1. Die anderen besoldeten<br>Magistratsmitglieder.<br>2. Der Leiter der Städtischen<br>Bauverwaltung<br>3. Der Director der Gas-<br>und Wasserwerke ...               | 4200                    | 500               | 6700              | 4500                        | 500               | 7500              | a. Zu II, 3. Es kann eine nicht pensionsberechtigte Zulage von bis zu 1000 M gewährt werden.<br>b. Die Bemerkung II, 3 kommt in Wegfall.                                                                                                                                                                                                                               |
| III        | Der Director der Fort-<br>bildungs- und Gewerbeschule .....                                                                                                           | 4200                    | 400               | 6600              | 4200                        | 400               | 6600              |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| IV         | 1. Der Stadtarchivar ..<br>2. Baumeister .....                                                                                                                        | 3000                    | 300               | 5100              | 3300                        | 300               | 5400              |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| V          | 1. Der Cämmerer ....<br>2. Der Director des<br>Schlachthaus .....                                                                                                     | 3600                    | 300               | 4800              | 3600                        | 300               | 5100              | a u. b. Zu V, 2. Im Gehalte ist der Werth der freien Wohnung, Heizung und Beleuchtung zu (a) 900 M, (b) 1100 M enthalten.                                                                                                                                                                                                                                              |
| VI         | 1. Der Secretair der<br>Centralverwaltung ..<br>2. Der Büreauforsteher<br>der Gas- und Wasserwerke .....                                                              | 3000                    | 250               | 4250              | 3000                        | 300               | 4500              |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| VII        | 1. Der erste Cassirer bei<br>der Stadtcasse ....<br>2. Der Cassirer der Gas-<br>und Wasserwerke ...<br>3. Der Vorsteher des<br>Rechnungs-Revisions-<br>Büreaus .....  | 2400                    | 200               | 3800              | 2400                        | 200               | 3800              | a. Zu VII, 1 u. 2. Daneben 60 M Entschädigung für Cassenverluste. Für Vertretung des Cassenvorstandes kann eine nicht pensionsberechtigte Zulage von bis zu 200 M gewährt werden.<br>b. Zu VII, 1. Für Vertretung des Cämmerers kann eine pensionsberechtigte Zulage von bis zu 500 M gewährt werden. Zu VII, 1 und 2. Daneben 120 M Entschädigung für Cassenverluste. |
|            | 4. Ingenieure, welche<br>keine Staatsprüfung<br>abgelegt haben ....<br>5. Der erste Thierarzt<br>beim Schlachthause .<br>6. Betriebsleiter der Gas-<br>fabriken ..... | —                       | —                 | —                 | —                           | —                 | —                 | a. u. b. Zu VII, 5. Freie Wohnung, Heizung, Wasserversorgung und Beleuchtung kommt mit 600 M auf das Gehalt in Anrechnung.<br>b. Diese Bemerkung bezieht sich auch auf 6.                                                                                                                                                                                              |
|            |                                                                                                                                                                       | (siehe X.)              |                   |                   |                             |                   |                   |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |



| Abtheilung | Amtsstelle                                                                                          | Nach den Vorschlägen         |                        |                        |                              |                        |                        | Bemerkungen<br><br>a. des Magistrates,<br>b. der Statutencommission                                                                                              |
|------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------|------------------------|------------------------|------------------------------|------------------------|------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|            |                                                                                                     | des Magistrates              |                        |                        | der Statuten=<br>commission  |                        |                        |                                                                                                                                                                  |
|            |                                                                                                     | An-<br>fangs-<br>gehalt<br>M | Alters-<br>zulage<br>M | Höchst-<br>gehalt<br>M | An-<br>fangs-<br>gehalt<br>M | Alters-<br>zulage<br>M | Höchst-<br>gehalt<br>M |                                                                                                                                                                  |
| VIII       | 1. Die Vorsteher des Steuerbüreaus, des Armenbüreaus, der Hauptregistratur . . .                    |                              |                        |                        |                              |                        |                        | a. u. b. Zu VIII, 3. Der Werth der freien Station des Inspectors und seiner unselbständigen Familie wird mit (a) 1100 M, (b) 1200 M auf das Gehalt eingerechnet. |
|            | 2. Der Rendant der Armencaffe . . . . .                                                             | 2200                         | 200                    | 3400                   | 2400                         | 200                    | 3600                   | b. Zu VIII, 2. Daneben 120 M Entschädigung für Cassenverluste.                                                                                                   |
|            | 3. Der Inspector des Pflegehauses und des Krankenhaus . . . . .                                     |                              |                        |                        |                              |                        |                        |                                                                                                                                                                  |
| IX         | 1. Cassirer (außer den in Abth. VII genannten)                                                      | 1800                         | 200                    | 3400                   | 1800                         | 200                    | 3400                   | a. u. b. Zu IX, 1. Die Cassirer erhalten daneben (a) 60 M, (b) 120 M Entschädigung für Cassenverluste.                                                           |
|            | 2. Der Stadtgeometer . . . . .                                                                      |                              |                        |                        |                              |                        |                        |                                                                                                                                                                  |
| X          | 1. Werkmeister . . . . .                                                                            |                              |                        |                        |                              |                        |                        | a. u. b. Zu X. Freie Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Wasser kommt mit (a) 350 M, (b) 300 M auf das Gehalt in Anrechnung.                                       |
|            | 2. Sonstige techn. Hilfsbeamte, sofern dieselben nicht zu Abth. VII gehören . . . . .               | 1600                         | 200                    | 2800                   | 1600                         | 200                    | 3000                   |                                                                                                                                                                  |
| XI         | 1. Der Vorsteher der Magistratskanzlei . .                                                          |                              |                        |                        |                              |                        |                        |                                                                                                                                                                  |
|            | 2. Die Vorsteher der Registratur der Bauverwaltung, der Armenverwaltung, des Standesamtes . . . . . | 1400                         | 150                    | 2450                   | 1450                         | 200*                   | 2500                   | * bis zur Erreichung des Sazes von 2050 Mark, später 150 M.                                                                                                      |
|            | 3. ExpedirendeSecretaire der Magistrats-Mitglieder . . . . .                                        |                              |                        |                        |                              |                        |                        |                                                                                                                                                                  |
|            | 4. Der Gehülfe des Stadtarchivars . . . . .                                                         |                              |                        |                        |                              |                        |                        |                                                                                                                                                                  |
| XII        | Büreaugehilfen, insofern dieselben nicht einer voranstehendenAbtheilung angehören . . . .           | 1200                         | 200*                   | 2400                   | 1350                         | 200†                   | 2400                   | * bis zur Erreichung des Sazes von 1800 M, später 150 M.<br>† bis zur Erreichung des Sazes von 1950 M, später 150 M.                                             |
| XIII       | 1. Der Hallenmeister bei dem Schlachthause . .                                                      | 1200                         | 150                    | 1800                   | 1200                         | 150                    | 1800                   | a. u. b. Zu XIII. Freie Wohnung, Heizung und Licht wird mit 150 M auf das Gehalt in Anrechnung gebracht.                                                         |
|            | 2. Der Maschinenwärter daselbst . . . . .                                                           |                              |                        |                        |                              |                        |                        | b. Zu XIII, 3. Daneben 50 M Entschädigung für Cassenverluste.                                                                                                    |
|            | 3. Der Mülhenschreiber . . . . .                                                                    |                              |                        |                        |                              |                        |                        |                                                                                                                                                                  |
|            | (siehe XV.)                                                                                         |                              |                        |                        |                              |                        |                        |                                                                                                                                                                  |
| XIV        | Schreiber . . . . .                                                                                 | 1200                         | 150                    | 1800                   | 1200                         | 150                    | 1800                   |                                                                                                                                                                  |

3

| Abtheilung | Amtsstelle                                                                   | Nach den Vorschlägen    |                   |                   |                             |                   |                   | Bemerkungen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
|------------|------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|-------------------|-------------------|-----------------------------|-------------------|-------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|            |                                                                              | des Magistrates         |                   |                   | der Statuten-<br>commission |                   |                   |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
|            |                                                                              | An-<br>fangs-<br>gehalt | Alters-<br>zulage | Höchst-<br>gehalt | An-<br>fangs-<br>gehalt     | Alters-<br>zulage | Höchst-<br>gehalt |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
|            |                                                                              | M                       | M                 | M                 | M                           | M                 | M                 | a. des Magistrates,<br>b. der Statutencommission                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| XV         | 1. Bürcaudiener . . . . .<br>2. Aufseher . . . . .<br>3. Der Mühlenschreiber | 1050                    | 150               | 1650              | 1100                        | 150               | 1700              | a. u. b. Zu XV. Daneben wird den Uniformtragenden Beamten eine Dienstkleidungs-Entschädigung von 90 M gewährt. Freie Wohnung und Heizung wird mit 150 M auf das Gehalt in Anrechnung gebracht. Diejenigen Aufseher beim Gaswerke und beim Wasserwerke, welche mit Encassirungsgeschäften betraut sind, erhalten 100 M Entschädigung für Cassenverluste.<br>a. Zu XV, 3. Daneben 50 M Entschädigung für Cassenverluste. |
|            |                                                                              |                         |                   |                   | (siehe XIII.)               |                   |                   |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| XVI        | Erecutoren . . . . .                                                         | 900                     | 100               | 1200              | 900                         | 100               | 1200              | a. u. b. Zu XVI. Daneben 90 M für Dienstkleidung und die festgesetzten Gebühren; welche letzteren bei Bemessung der Pension mit (a) 600 M, (b) 800 M in Anrechnung kommen.                                                                                                                                                                                                                                             |

Namens der Statutencommission berichtet über diese Vorlage Herr Rudeloff: Außer den in dem vorstehenden Abdruck bereits berücksichtigten Verdeutschungsänderungen habe die Commission zu der Gehaltsordnung nur zu beantragen, den zweiten Satz des §. 2 zu streichen. Wenn die Verallgemeinerung dieser Bestimmung, welche bisher nur für Gemeindediener und Hülfbeamte bestanden habe, gewünscht werde, um ihr die verletzende Schärfe gegenüber den bislang von ihr allein betroffenen Beamten zu nehmen, so meine die Commission, daß es von den Beamten nicht zu verlangen sei, sich solcher Bestimmung zu unterwerfen und es auch nicht nothwendig erscheine, dieselbe hinsichtlich der oben bezeichneten Unterbeamten aufrecht zu erhalten, da sich bislang noch nicht ein einziger Fall ergeben habe, in welchem sie hätte in Anwendung treten müssen und solches bei sorgfältiger Auswahl der Beamten auch in Zukunft nicht zu befürchten sein werde. Ueberdies biete das Gesetz über die Disciplinarverhältnisse der Beamten genug Mittel, um einen Beamten zu einem pflichtgemäßen Verhalten zu veranlassen.

Der von Herrn Wolff I geäußerte Wunsch, das Wort „Functionszulage“ durch einen deutschen Ausdruck zu ersetzen, wird zurückgezogen, nachdem

Herr Oberbürgermeister Pockels gebeten hatte, den Ausdruck zur Vermeidung von Zweifeln beizubehalten, weil er sich auf die Vergangenheit beziehe und

einen technischen Begriff decke, der sich im Normalstatut von 1880, bezw. in dem Anhang zu demselben finde, auf welchen hier besonders hingewiesen werden solle.

Die Gehaltsordnung gelangt darauf vorbehaltlich der Bestimmungen über die Höhe der Gehälter nach dem Antrage der Statutencommission zur Annahme, ebenso wird die Aufhebung der Bestimmungen des Regulativs für die Beamten der bei den städtischen Gas- und Wasserwerken Angestellten beschlossen.

Bezüglich der Gehaltsbestimmungen hat Herr Rudeloff namens der Statutencommission die in der vorstehenden Tabelle dargelegten Aenderungen in folgender Weise zu begründen:

**Zu I.** Die Erhöhung des Gehalts für den Vorsitzenden des Stadt-Magistrats sei commissionsseitig in Aussicht genommen, weil dieses Gehalt nicht allein nach der Auskömmlichkeit bemessen, sondern in demselben auch die Wichtigkeit des Amtes zum Ausdruck gebracht werden müsse. Es werde jedem Einzelnen ohne Weiteres klar sein, wie sehr seine eigene Wohlfahrt und die Förderung seiner Privatinteressen von einer einsichtigen und energischen Führung der städtischen Angelegenheiten abhängen. Was es aber heiße, das weite Feld so vielgestaltiger Verhältnisse zu beherrschen, den Anforderungen einer sich gradezu überstürzenden Gesetzgebung gerecht zu werden, die in der Zeit liegenden neuen Gedanken schnell und richtig zu erfassen, die Bedürfnisse der Gegenwart und Zukunft sicher zu erkennen und Mittel und Wege ihnen zu genügen, rechtzeitig zu finden — das müsse man sich vergegenwärtigen, um zu ermesen, was die Stadt ihrem obersten Beamten verdanke und wie viel ihr daran liegen müsse, insbesondere die erste städtische Stelle stets mit einer Kraft ersten Ranges besetzt zu halten. Die Statutencommission sei der Meinung, daß die Bedeutung dieser Stelle in dem dafür ausgesetzten Gehalte bislang nicht den gehörigen Ausdruck gefunden habe. Nach eingehender Berathung verschiedener Vorschläge unterbreite die Commissionmehrheit der Versammlung den Antrag, das Gehalt des Magistratsvorsitzenden auf 12000 M festzusetzen. Bei diesem Vorschlage gehe die Commissionmehrheit von der Ansicht aus, daß eine Steigung des Gehaltes nur dann einen rechten Sinn habe, wenn es sich um eine Mehrheit von Beamten derselben, oder mehrerer vergleichbaren Kategorien handle, bei welchen durch das Aufsteigen in eine höhere Gehaltsstufe der Unterschied in den Leistungen und im Alter zum Ausdruck gebracht werden solle; ein derartiger Fall liege aber hier nicht vor, da es sich um eine einzige Stelle handle, welche mit anderen nicht vergleichbar sei. Außerdem solle in dieses Amt der Inhaber nicht erst hineinwachsen, dasselbe sei vielmehr durch eine fertige Kraft von Anfang an auszufüllen, wenn anders nicht die Wohlfahrt der Stadt darunter leiden solle. Ferner müsse noch bedacht

werden, daß die Obliegenheiten der Repräsentation dem Inhaber vom ersten Tage ab erwachsen und die Ausgaben in dieser Beziehung keineswegs mit den Dienstjahren steigen. Aus allen diesen Gründen schlage die Commission einen festen Gehaltsfuß von 12000 M neben einer nicht pensionsfähigen Repräsentationszulage von 2000 M vor.

Der Commissionsantrag wird angenommen.

**Zu II und III.** In der Commission haben, wie Herr Rudeloff weiter berichtet, Erörterungen darüber stattgefunden, ob es nicht richtiger sei, eine Stadtrathsstelle herauszugreifen und mit einem besonderen Gehalte zu dotiren, wie solches in preussischen Städten üblich sein solle, wo eine besonders dotirte sogenannte Bürgermeisterstelle bestehe. Da indessen das Gesetz keinen Unterschied zwischen den einzelnen Stadtrathsstellen mache, so sei diese Meinung nur vereinzelt geblieben und habe man mit allen gegen eine Stimme beschlossen, die Stadtrathsstellen, wie sie gesetzlich gleichstehen, auch im Gehalte gleichzustellen. Die vom Magistrate in Vorschlag gebrachte nicht pensionsfähige Zulage für den Director der Gas- und Wasserwerke sei mit Rücksicht auf die vorgenommene Erhöhung des Gehaltes von der Commission gestrichen.

Auch diese Punkte werden von der Versammlung nach dem Vorschlage der Commission gutgeheißen.

**Zu IV.** Seitens der Commission sei hier das Anfangs- und Endgehalt um 300 M erhöht worden, um eine Gleichstellung mit dem Endgehalte der Oberlehrer zu erzielen. Ueber diesen Satz hinauszugehen habe keine Veranlassung vorgelegen, wenn auch allseitig anerkannt worden, daß die dem Stadtarchivar gestellte Aufgabe eine sehr wichtige sei. Bei dieser Gelegenheit habe der Herr Oberbürgermeister darauf aufmerksam gemacht, daß das Ergebniß des Studiums des Stadtarchivars für die Stadt noch von hoher Bedeutung werden könne, indem dadurch historische Aufschlüsse über Hergänge gegeben würden, auf welchen noch jetzt bestehende Rechtsverhältnisse beruhten und die für demnächstige Entschlüssen der städtischen Behörden maßgebend sein könnten.

Herr Hauswaldt empfiehlt, den Stadtarchivar mit Rücksicht auf dessen hervorragende Thätigkeit in die Abtheilung III zu bringen.

Herr Lord wünscht für den Stadtarchivar ein Anfangsgehalt von 3600 M unter Beibehaltung des commissionsseitig beantragten Höchstgehaltes, da ein tüchtiger Antiquar, von welchem man eine academische Bildung nicht unbedingt verlange, ein gleiches Gehalt beziehe.

Herr Halle möchte bitten, dem reiflich geprüften und erwogenen Commissionsantrage zuzustimmen. Man solle in der Bewilligung der Zulagen nicht

zu weit gehen, denn der Magistrat habe bereits eine Erhöhung beantragt, welche von der Commission noch höher geschraubt sei und nun wolle man gar zum dritten Male erhöhen, das sei des Guten zu viel.

Herr Hauswaldt befürwortet seinen Antrag nochmals, hervorhebend, daß die Stellung des Stadtarchivars unterschätzt werde, weil derselbe nicht Allen sichtbar arbeite. Die Stellung lasse sich weder mit den Stellungen der Oberlehrer, noch der Baumeister vergleichen.

Herr Wolff I tritt für den Commissionsantrag ein. Bei der Vorberathung sei schon darauf hingewiesen, daß es sich hier um eine außerordentlich günstige Stellung für jüngere Gelehrte handle, welche auch an anderen Orten nicht besser bezahlt werde. Dabei sei zu berücksichtigen, daß die Stelle eine sehr behagliche sei, indem deren Inhaber sich seinen Dienst mehr oder weniger nach seinem Gefallen einrichten und daneben wissenschaftlichen Arbeiten obliegen könne, welche ein sehr gutes Nebeneinkommen liefern.

Herr Hauswaldt bittet die Stelle gut zu besolden, damit sie deren Inhaber von vornherein als eine Lebensstelle und nicht nur als eine Durchgangsstelle betrachte. Sofern sein Antrag aber der Versammlung zu weit gehen sollte, beantrage er, das Anfangs- und Endgehalt wenigstens um 600 M. zu erhöhen.

Herr Reiche weist darauf hin, daß die Stadtarchivarstelle nur mit einem außerordentlich tüchtigen Manne, der eigentlich neben der Jurisprudenz noch Alterthumskunde studirt haben müsse, besetzt werden könne. Wenn Herr Wolff I meine, daß speciell Herrn Hänselmann seine litterarische Thätigkeit ein schönes Sümmdchen einbringe, so bezweifle er das sehr, da seines Wissens die schönen Hänselmann'schen Sachen nur wenig Absatz finden und derselbe mehr Geld verdienen würde, wenn er Romane schriebe. Herrn Lord möchte er bitten, der Versammlung hierüber Auskunft zu geben.

Herr Blasius will den letzten Antrag des Herrn Hauswaldt auf Erhöhung des Anfangs- und Endgehaltes um 600 M. unterstützen, da es im städtischen Interesse liege, wenn der Archivar seine volle Thätigkeit dem Dienste der Stadt widme und nicht auf Nebenverdienste angewiesen sei. Uebrigens werde bei der litterarischen Thätigkeit des jetzigen Archivars, wie Herr Lord jedenfalls bestätigen könne, nicht viel pecuniärer Gewinn herauskommen.

Herr Lord bemerkt, daß die Arbeiten des Herrn Hänselmann an und für sich sehr gut bezahlt werden, daß dieselben aber ihrer ganzen Natur nach nur sehr langsam fortschreiten können und daher einen nennenswerthen Gewinn schon aus diesem Grunde nicht abzuwerfen vermögen. Außerdem sehe er aber gar keinen

Grund ein, weshalb ein Verwalter von Schätzen, die sich nach Millionen beziffern sollen, im Anfangsgehälter schlechter gestellt sein solle, als der Director des städtischen Schlachthauses.

Herr Seele will schließlich noch den Antrag stellen — für den Fall, daß die übrigen Anträge vielleicht durchfallen — wenigstens das Endgehalt um 600 M zu erhöhen, da ihm das Anfangsgehalt genügend erscheine.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der erste Antrag des Herrn Hauswaldt (Festsetzung des Gehaltes auf 4200—6600 M) abgelehnt, dagegen der zweite Antrag desselben angenommen und damit das Gehalt des Stadtarchivars auf 3900 M bis 6000 M festgesetzt, während das Gehalt der städtischen Baumeister nach Maßgabe des Commissionsantrages festgestellt wird.

**Zu V und VI.** Die Commissionsvorschläge gelangen zur Annahme und wird u. A. auch der im Gehalte des Schlachthaus-Directors enthaltene Werth der freien Wohnung zc. von 900 M auf 1100 M erhöht.

**Zu VII.** Von der Commission ist beantragt worden, in diese Abtheilung auch die Betriebsleiter der Gasfabriken (aus Abth. X) aufzunehmen und die Entschädigung für Cassenverluste bei allen in Frage kommenden Beamten auf 120 M zu erhöhen, soweit bislang nur 60 M gezahlt worden sind, auch soll dem ersten Cassirer bei der Stadtcasse für Vertretung des Cämmerers eine pensionsberechtigte Zulage von bis zu 500 M gewährt werden können, da es sich hier um einen älteren verdienten Beamten handle.

Die Anträge werden genehmigt.

**Zu VIII—XI** findet sich seitens der Commission zu den beantragten Aenderungen nichts zu bemerken.

Herr Reiche möchte bitten, den Gehülfen des Stadtarchivars aus der Abth. XI auszuscheiden und für denselben bei seiner eigenthümlichen Stellung eine eigene Abtheilung mit einem Höchstgehalte von 3000 M zu bilden. Während sich den Magistratschreibern die Gelegenheit zum Aufsteigen in höher dotirte Stellen biete, fehle solche Gelegenheit hier vollständig; dazu trete noch der Umstand, daß beispielsweise der jetzige Archivarsgehilfe mit schwerem Kostenaufwande und großem Fleiße die lateinische Sprache habe erlernen müssen und derselbe auch im Stande sei, den Besuchern des Museums Auskunft über die ausgestellten Gegenstände zu geben, welches Studium gleichfalls zeitraubend gewesen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann diese Gründe nicht anerkennen, da auch der betr. Beamte noch in andere Stellen einzurücken vermöge, wenn er nicht zu einseitig werde. So gern er auch dem Antrage des Herrn Reiche zu-

stimmen wollte, da er die Tüchtigkeit des Beamten gleichfalls anerkenne, so fürchte er doch, daß sich eine große Zahl von Büreaugehülfen bei Annahme des Antrages beschwert finden würde.

Herr Hauswaldt will den Antrag des Herrn Reiche unterstützen, da es nicht wünschenswerth sein könne, wenn der betr. Beamte sich um eine andere städtische Stelle bewerbe und hierdurch die von demselben erworbenen Kenntnisse für die Stadt verloren gehen.

Herr Oberbürgermeister Pockels macht noch darauf aufmerksam, daß z. B. gar keine etatsmäßige Stelle für einen Gehülfen des Stadtarchivars vorhanden sei und solche erst geschaffen werden solle. Der jetzt dort beschäftigte Schreiber könnte demnach jeden Augenblick von der Stelle zurückgezogen und anderweit beschäftigt werden.

Die Commissionsvorschläge werden mit dem Antrage des Herrn Reiche angenommen, so daß das Gehalt des Gehülfen des Stadtarchivars auf 1450 M bis 3000 M mit Alterszulagen von 200 M bis zur Erreichung des Salzes von 2850 M und die letzte Alterszulage auf 150 M festgestellt wird.

**Zu XII — XIV.** Aus der Abtheilung XV ist von der Commission der Mühlenreiber in die Abtheilung XIII übernommen.

Auf die Anfrage des Herrn Hauswaldt, wo gegenüber dem Maschinenwärter des Schlachthauses die Maschinenwärter der Gas- und Wasserwerke in den Etat aufgenommen seien, erwidert

Herr Wolff I, daß fest angestellte Maschinenwärter dort nicht vorhanden seien, sondern die fraglichen Arbeiten von einfachen Arbeitern wahrgenommen würden, während im Schlachthause bei dem Mangel an technisch gebildeten Werkmeistern ein vorgebildeter Monteur als Maschinenwärter angestellt sei, um vorkommende Mängel und Unfälle an den Maschinen gleich selbst beseitigen zu können.

**Zu XV u. XVI.** Die Frage des Herrn Reiche, ob bei der früheren Festsetzung des Einkommens der Büreaudienner ebenfalls die freie Wohnung derselben mit auf das Gehalt in Anrechnung gebracht sei, muß

Herr Oberbürgermeister Pockels verneinen. Es habe sich die Praxis herausgebildet, daß der Magistratsdiener, welchem eine Dienstwohnung überwiesen sei, gleichzeitig die Verpflichtung übernehme, als Vicewirth des betr. städtischen Gebäudes zu fungiren und daneben für die Reinigung desselben zu sorgen. Da nun aber der betr. Wohnungsinhaber jetzt noch eine besondere, ausreichende Entschädigung für die Reinigung erhalte, so habe der Magistrat geglaubt, den Werth der freien Wohnung mit in das Gehalt einrechnen zu sollen.

Herr Rieke beantragt, die Büreaudiener den Schreibern im Gehalte gleichzustellen und sie demnach in die Abtheilung XIV zu versetzen, da die Last dieser Leute in Folge der Ausdehnung der Stadt und der durch die sogenannte sociale Geseßgebung geschaffenen Mehrarbeit eine ganz bedeutende genannt werden müsse und gerade bei den kleinen Gehältern die Vertheuerung der Lebensmittel eine erhebliche Rolle spiele.

Herr Hauswaldt möchte diesen Antrag unterstützen, da er es für eine Sache der Gerechtigkeit halte, auch diese Leute genügend aufzubessern.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat nichts dagegen einzuwenden, daß die Dienstwohnung der Magistratsdiener nicht auf das Gehalt in Anrechnung gebracht werde, da dem Magistrate die Auswahl der Magistratsdiener, welchen Dienstwohnung überwiesen werde, überlassen bleibe und derselbe dann die vertrauenswürdigsten Beamten durch Verleihung freier Wohnung auszeichnen könne, wie das bisher auch geschehen sei. Er werde daher einer Streichung der betr. Bemerkung nicht entgegen sein. Es handle sich hierbei um 4 Dienstwohnungen, von denen eine allerdings nicht als ausreichend betrachtet werden könne.

Bei der nun folgenden Abstimmung lehnt die Versammlung den Antrag des Herrn Rieke ab und genehmigt den Commissionsantrag auf Festsetzung des Gehaltes auf 1100 M bis 1700 M, unter Streichung der Bemerkung hinsichtlich Anrechnung der freien Dienstwohnung auf das Gehalt.

In der Schlußabstimmung wird die ganze Vorlage nach den Beschlüssen der Commission mit den heute gestellten Zusatzanträgen angenommen.

## XI. Erwerb des früher Schrader'schen Hauses am Hagensharrn.

In Veranlassung des Beschlusses der Versammlung vom 5. Februar d. Js. (Seite 77 des Prot.) hat der Magistrat das am Hagensharrn belegene vormal's Schrader'sche Grundstück von dem jetzigen Eigenthümer, Tischler Wiegel, zum Preise von 18000 M angekauft und ersucht um Genehmigung des dieserhalb aufgenommenen Kaufvertrages. Gleichzeitig theilt der Magistrat mit, daß er das zum 1. Juli d. Js. zu übergebende Grundstück vorerst dem jetzigen Eigenthümer zum Preise von 500 M jährlich vermietet habe, während das benachbarte Dubois'sche Grundstück zum Preise von 400 M an den Schneidermeister Timpe und das Vogel'sche Grundstück zum Preise von 1000 M an die Wittve Vogel vermietet sei, bemerkend, daß er angenommen habe, diese Maßnahmen allein treffen zu können, weil es sich dabei nicht sowohl um dauernde Pacht- und Miethsverträge, sondern um die einstweilige Ausnützung von zum Abbruch angekauften Gebäuden handle.



Die Statutencommission kann nach dem Berichte des Herrn Halle diese Ansicht nur theilen und erklärt sich außerdem mit dem Abschlusse des Vertrages einverstanden.

Die Versammlung beschließt im gleichen Sinne.

## XII. Statut, betr. die Errichtung eines Gewerbegerichtes.

In Erfüllung des mehrfach geäußerten und vom Magistrate als begründet anerkannten Wunsches der hiesigen Gewerbetreibenden hat Letzterer die Errichtung eines Gewerbegerichtes für den Bezirk der Stadt Braunschweig beschlossen. Mit der Bitte, diesem Beschlusse zuzustimmen, übersendet der Magistrat einen Entwurf der die Errichtung des Gewerbegerichts aussprechenden Statuten zur Prüfung und Genehmigung.

Namens der Statutencommission berichtet über diese Vorlage Herr Wolff II: Durch das Reichsgesetz vom 29. Juli 1890 sei für die Gemeinden die Möglichkeit geboten, ein Gewerbegericht zu schaffen. Die Commission habe den vom Magistrate vorgelegten Statutentwurf geprüft und sei bezüglich desselben zu dem Ergebnisse gelangt, daß er unter Berücksichtigung einiger Wünsche zur Annahme empfohlen werden könne. Die Frage, ob das Reichsgesetz eine annehmbare Grundlage für ein derartiges Gericht biete, müsse bejaht werden. Das Gericht bestehe aus einem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und 18 Beisitzern, welche gleichmäßig aus den Arbeitnehmern und Arbeitgebern berufen werden und entscheide in der Besetzung von drei Personen. Nach Erläuterung der Grundzüge des Gesetzes fährt Redner fort: In dem Gesetze sei eine völlig gleichmäßige Berücksichtigung beider Classen der Gewerbetreibenden in allen Punkten, sowie ein durchaus einfaches, zweckmäßiges und billiges Verfahren vorgesehen, indem an Gebühren bei einem Streitgegenstande bis zu 20 M eine Mark und als höchster Satz dreißig Mark zu zahlen seien, so daß das Gesetz in allen seinen wesentlichen Punkten wohl annehmbar erscheine. Die Normirung einzelner Ausführungsbestimmungen habe das Gesetz dem Statute besonders überlassen, so daß eines vom anderen abhängig und das Statut ohne das Gesetz in vielen Punkten kaum verständlich sei.

Zu den einzelnen Paragraphen des Statuts übergehend, beantragt die Commission zunächst in §. 1 den Absatz 2, welcher lautet:

Streitigkeiten derjenigen Hausgewerbetreibenden, welche die Rohstoffe oder Halbfabrikate selbst beschaffen (§. 4, Abs. 2 des R.-G.) unterliegen der Zuständigkeit des Gewerbegerichtes, sofern diese Hausgewerbetreibenden ihrerseits nicht mehr als einen unselbstständigen Arbeiter beschäftigen, zu streichen, weil die Grenze zwischen der Thätigkeit dieser Hausgewerbetreibenden als selbstständigen Lieferanten und als Arbeitnehmer sehr schwer zu ziehen sei und kein

Bedürfniß vorliege, derartige Streitigkeiten unter die Zuständigkeit des Gewerbegerichts zu bringen, auch solche Hausgewerbetreibenden hier kaum vorkommen werden.

Für den Absatz 1 des §. 2 wird folgende Fassung vorgeschlagen:

Für das Gewerbegericht werden ein Vorsitzender, ein Stellvertreter desselben und 18 Beisitzer berufen.

Ferner beantragt die Commission, aus Gründen richtiger Anordnung den §. 3 des Entwurfs zu streichen und an anderer Stelle einzufügen, sowie den §. 5 zum §. 3 und dementsprechend die §§. 6—15 zu §§. 5—14 umzugestalten.

Im bisherigen §. 6, Absatz 1, welcher von der Wahl der Beisitzer handelt, sollen vor dem Schlußworte „statt“ die Worte

erstmalig innerhalb 14 Tage nach Verkündung des Statuts eingeschaltet werden; auch beantragt die Commission weiter, im bisherigen §. 7, Absatz 2 hinter „Stimmzettel“ einzuschalten:

in einem Wahlgange.

Zum §. 8, Absatz 1 wird vorgeschlagen, die Worte: „der nicht bereits im Wahllocale gegenwärtig ist“, zu streichen, so daß der Absatz lauten würde:

Nach Ablauf der zur Abstimmung festgesetzten Zeit ist Niemand mehr zur Wahl zuzulassen.

Herr Hauswaldt hält die Beibehaltung dieses Zwischenfalles für eine Sache der Gerechtigkeit, da der Fall eintreten könne, daß gegen Schluß der Wahlzeit eine größere Menge Wähler erscheine, welche in Folge der Enge des Wahllocals nicht mehr zur Wahl gelangen würde.

Herr Wolff II kann sich nur für Streichung des Zwischenfalles aussprechen, da der Wahlact durch verspätet erscheinende Wähler nicht aufgehalten werden dürfe. Im Uebrigen glaube er nicht, daß in der Praxis Jemand durch Streichung des Falles an seinem Wahlrechte gehindert werde.

Herr Blasius tritt gleichfalls für Beibehaltung des Falles ein, weil Jedermann, der vor Schluß der Wahlzeit erscheine, auch noch zur Wahl zugelassen werden müsse.

Herr Halle möchte bitten, dem Commissionsvorschlage zuzustimmen, da bei den Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen ein gleiches Verfahren beobachtet werde und Jeder sich so einrichten könne, daß er rechtzeitig erscheine. Die Erfahrung lehre auch, daß die Wahlbetheiligung gegen den Schluß immer langsamer und schwächer werde.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß bei Aufrechterhaltung des Zwischenfalles denkbarerweise die ganzen Wähler gegen den Schluß erscheinen könnten, und die Wahl schließlich die ganze Nacht hindurch währe.

Herr Wilke schließt sich den Ausführungen des Herrn Halle an und bemerkt noch, daß man bei den so spät Erscheinenden überhaupt Mangel an Interesse voraussetzen müsse und diese lieber ganz fortbleiben könnten.

Herr Rieke setzt voraus, daß die Wahltermine in den Anzeigen bekannt gegeben werden. Im Uebrigen verhalte er sich der ganzen Einrichtung gegenüber, welche nichts Demokratisches an sich habe, sehr kühl, weil dieselbe eine Verschlechterung in sich schließe und außerdem auch seitens des Magistrates, soviel ihm bekannt geworden, keine Arbeitnehmer zu den Vorberathungen zugezogen seien.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß der Magistrat die zu einer Vorberathung geladenen Arbeitgeber gebeten habe, von ihren Arbeitern eine Anzahl mitzubringen, was auch im umfangreichen Maße geschehen sei. In der betr. Besprechung seien reichlich so viel Arbeitnehmer wie Arbeitgeber zugegen gewesen, welche genügende Gelegenheit gehabt haben, alle einschlägigen Verhältnisse zu erörtern.

Nachdem der Herr Berichterstatter nochmals die Streichung befürwortet hatte, wird dieselbe von der Versammlung beschloffen.

Außerdem schlägt die Commission vor, im §. 8 die beiden letzten Zeilen des dritten Absatzes, welche lauten: „unbeschadet der Gültigkeit der sonst auf dem Zettel befindlichen Namen“, zu streichen und dort statt: „die Person des zu Wählenden“ zu sagen: „die Person eines zu Wählenden“.

In §. 15 (alt) soll hinter „Beisitzer“ eingeschaltet werden: (§. 22, Abs. 4 des R.-G.)“

Vor §. 16 ist dann ein neuer §. 15 einzufügen folgenden Wortlauts:

Die Einrichtung der Gerichtsschreiberei des Gewerbegerichts erfolgt durch den Stadt-Magistrat.

Die zu Gerichtsschreibern oder deren Stellvertretern bestimmten Personen sind bei Antritt ihres Amtes vom Vorsitzenden, erstmals von einem Mitgliede des Stadt-Magistrates, auf gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten zu beeidigen.

Der Stadt-Magistrat überweist dem Gewerbegerichte die erforderlichen Räumlichkeiten sowie die nöthigen Bureau- und Schreibkräfte.

Die Zustellungen werden von Gemeindebeamten bewirkt.

Auch dieser Paragraph wird von der Versammlung gutgeheißen.

Schließlich macht der Herr Berichterstatter noch darauf aufmerksam, daß verschiedene, kurz angeführte Bestimmungen nach dem vom Gesetze gelassenen Spielraume im Statute hätten anders geordnet werden können, daß die Commission indessen glaube, durch ihre Vorschläge allen berechtigten Wünschen der Interessenten nach Möglichkeit Rechnung getragen zu haben.

Herr Rieke kann sich dieser letzteren Ansicht nicht anschließen, weil nur ein kleiner Kreis der seitens der Arbeitnehmer geäußerten Wünsche von dem Gesetze

berücksichtigt werde und der große Kreis der freien Hülfscaffen leer ausgegangen sei. Sedenfalls werde auch die Wahlbetheiligung eine schwache werden, weil das Interesse der Arbeiter geschwunden sei. Zu den Innungs-Schiedsgerichten, welche bestehen bleiben sollten, habe die größte Masse der Arbeiter gar kein Vertrauen und ebenso sei es unangenehm bemerkt, daß eine bestimmte Altersgrenze gezogen sei. Er stehe dem Geseze höchst kühl gegenüber und müßte erst aus der Erfahrung sehen, ob etwas Ersprießliches dabei herauskomme. Wenn es aussehe, als ob dem Arbeiter eine Gnade gewährt werden solle und man nicht den auf der Höhe der Zeit stehenden Forderungen der Arbeiter Rechnung trage, so könne bei der ganzen Sache nichts herauskommen, weil sie ihren Zweck nicht erfülle.

Herr Wolff II will dem gegenüber die Thatsache constatiren, daß, nachdem die Einführung des Gewerbegerichtes auf's Dringendste von den Gesinnungsgegnossen des Herrn Rieße gewünscht und dessen Verwirklichung mit allen Kräften betrieben worden, jetzt das bezüglich Gesez, welches Arbeitgeber und Arbeitnehmer in jeglicher Beziehung gleichstelle, ohne Weiteres verurtheilt werde. Man solle sich hierdurch aber die Freude daran nicht verkümmern lassen, daß durch dieses Gesez auf dem Wege der socialen Gesezgebung wiederum ein großer Schritt vorwärts gethan und durch das Zustandekommen eines Gesezes, welches den dringenden Wünschen der Interessenten entspreche, ein segensreiches Werk gefördert sei. (Zustimmung.)

Das gesammte Statut wird darauf von der Versammlung nach den Vorschlägen der Commission genehmigt.

### XIII. Einstellung einer Krankenpflegerin.

Bei dem auch vom ärztlichen Verein anerkannten Mangel an guten Krankenpflegerinnen in hiesiger Stadt hält der Magistrat es für angezeigt, den Vaterländischen Frauenverein zu Altona um versuchsweise Ueberlassung einer Schwester vom Nothen Kreuz aus dem dortigen Heleneustift zu ersuchen und dieselbe hier als Krankenpflegerin zu verwenden. Die Stadt hat in solchem Falle dem genannten Vereine jährlich 600 M., sowie der Schwester Unterkunft und Lebensunterhalt zu gewähren, wogegen die Stadt diejenigen Einnahmen erhält, welche sich aus der Thätigkeit der Pflegerin ergeben. Bei der Annahme des vom Magistrat gestellten Antrages auf Heranziehung solcher Schwester kann dieselbe in dem neuen Gebäude des Thomästiftes ein Zimmer gegen eine Miethsentschädigung von jährlich 50 M erhalten. Die aus der Unterbringung und Erhaltung der Schwester erwachsenden Kosten werden sich voraussichtlich nicht viel höher belaufen, als die Einnahmen. Die Festsetzung der von Privaten zu erhebenden Pflegegelder wird nach dem Erachten des Magistrates am zweckmäßigsten im Einvernehmen mit dem Vorstande des ärztlichen Vereins erfolgen und ersucht der Magistrat, das

Weitere ihm zu überlassen, sowie ihn zu ermächtigen, mit dem Vaterländischen Frauenverein in Altona ein entsprechendes Abkommen zu treffen und die durch Unterbringung vorläufig einer Schwester im Thomästifte erwachsenden Kosten aufzuwenden.

Die Statutencommission läßt die Vorlage durch Herrn Brückmann zur Annahme empfehlen,

und beschließt die Versammlung dem Antrage gemäß, nachdem die Herren Hauswaldt, Blasius und Lange noch den Wunsch geäußert hatten, der ersten Schwester bald weitere folgen zu lassen, um das hervorgetretene Bedürfniß nach Krankenpflegerinnen einigermaßen befriedigen zu können.

#### XIV. Erwerb von Grundstücken an der Döringstraße.

Für den Ausbau der verlängerten Döringstraße zwischen Hedwig- und Juliusstraße sind im diesjährigen Stadthausplane 20 600 M ausgeworfen. Behufs Durchführung der fraglichen Straßenstrecke müssen zunächst verschiedene Privatgrundstücke der Anlieger und zwar vom Bauunternehmer Bank 115 qm, vom Maurer Grebe 15 qm, von den Gebr. Möhring 351 qm, vom Kupferschmied Glück 416,2 qm und außerdem eine dem vormaligen Händler Hopert gehörige Fläche von 31 qm erworben werden. Der Aufenthalt des Letzteren ist nicht bekannt und hat daher mit demselben wegen des fraglichen Erwerbs noch nicht verhandelt werden können. Die übrigen vorgedachten vier Flächen hat der Magistrat angekauft und zwar die ersten drei Flächen zum Einheitspreise von 12,50 M, die vierte Fläche aber zu 6000 M und ergeht das Ersuchen an die Versammlung, den dieserhalb aufgenommenen notariellen Vertrag zu genehmigen. Ferner ersucht der Magistrat, die Rückerstattung von 772 M 10 S an den Zimmermeister Möhring in Schmedestadt und den Bauunternehmer Bank nach erfolgtem Ausbau der Straße für die Legung des Hauptwasserrohres, sowie die Bewilligung von 513,20 M für das Hauptgasrohr zu beschließen.

Die Vorlage wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, angenommen.

#### XV. Verlegung der Bedürfnisanstalt am Hohenthore.

Die Errichtung der neuen Polizeistation am Hohenthore bedingt die Verlegung der dort vorhandenen Bedürfnisanstalt. Die Städtische Bauverwaltung hat empfohlen, dieselbe vor dem Wohugebäude der Braunschweigischen Dampfmühlen-Gesellschaft aufzustellen, indem sie die hierdurch erwachsenden Kosten zu 600 M veranschlagt. Die Errichtung der Anstalt auf der anderen Seite der Straße

und zwar innerhalb des Terrains der Okerböschung würde einen Kostenaufwand von 4500 M bedingen, wobei es überdies noch zweifelhaft ist, ob die Anlage mit Rücksicht auf den dort liegenden Abflußcanal ohne Verlegung desselben ausführbar sein würde. Unter diesen Umständen hält es der Magistrat für geboten, die Anstalt nach der erstgedachten Stelle zu verlegen, weshalb derselbe ersucht, diese Verlegung unter Bewilligung der geforderten Kosten von 600 M zu genehmigen.

Bei der Berathung der Finanzcommission sind, wie Herr Wolff I ausführt, die ursprünglich von dem Magistrate gehegten, von der Städtischen Bauverwaltung aber nicht für erheblich erachteten Bedenken gegen die Aufstellung der Anstalt vor dem Grundstücke der Dampfmühlen-Gesellschaft mit anderen Augen angesehen worden. Man habe gemeint, daß es aus mehrfachen Gründen nicht für angenehm und wohl auch nicht für zulässig gehalten werden könne, solche Anstalt unmittelbar vor die Fenster eines Wohnhauses zu verlegen und diesem dadurch alle möglichen Unbequemlichkeiten aufzubürden. Andererseits erscheine aber auch die Frage insofern sehr bedenklich, als die Dampfmühle einen außerordentlich lebhaften Wagenverkehr habe und durch die Verlegung der Anstalt eine erhebliche Belästigung dieses Verkehrs eintreten würde. Wahrscheinlich müßte in solchem Falle der von der Brücke in eine Seitenthür des Grundstückes führende Fußweg beseitigt werden, so daß die Fußgänger den Fahrweg mit zu benutzen hätten, was entschieden als ein Uebelstand anzusehen sei. Wenn man auch die mit der Anstalt für die Bewohner des Hauses verbundenen Unannehmlichkeiten einigermaßen durch Ziehung einer Scheidewand und Ueberdachung der Zugänge mildern könne, so bleibe doch immer der mit der Anstalt, namentlich in der warmen Jahreszeit, verbundene Geruch bestehen. Aus diesen Gründen sei von der Commission der Vermittelungsvorschlag gemacht, die Anstalt nach der anderen Seite zu verlegen und die mit dieser Verlegung verbundenen Kosten zur Hälfte von der Stadtcasse und zur anderen Hälfte von der Dampfmühlen-Gesellschaft tragen zu lassen. Der Magistrat habe zu diesem Vorschlage noch nicht bestimmt Stellung genommen, aber verschiedene Magistratsmitglieder haben denselben als billig bezeichnet und auch der Aufsichtsrath der Dampfmühlen-Gesellschaft sei, wenn auch nach großem Widerstreben, bereit, die Hälfte der Kosten zu tragen. Unter diesen Umständen werde von der Commission vorgeschlagen, unter Ablehnung des Magistratsantrages den Vermittelungsvorschlag der Commission anzunehmen.

Herr Hauswaldt empfiehlt, sowohl den Magistrats- als auch den Commissionsantrag abzulehnen und die Vorlage nochmals an die Commission zurückzuverweisen, da man von der Dampfmühlen-Gesellschaft, deren Interessen allerdings ganz wesentlich durch die Aufstellung der Anstalt geschädigt werden würden, ein solches Geldopfer nicht annehmen dürfe.

Herr Sievers kann diese Ansicht nicht theilen, da der Stadt das Recht zustehe, die Anstalt vor das Mühlengebäude zu setzen und ihr nicht zugemuthet werden könne, dieses Recht zu Gunsten eines Etablissements unter sehr großen Geldopfern aufzugeben, ohne daß sich dasselbe an der Tragung der entstehenden Mehrkosten theilige. Ein anderer Platz stehe aber nicht zur Verfügung, weil bekanntlich die Promenaden zu solchem Zwecke verschlossen seien.

Herr Uhde kann es ebenfalls nicht billigen, die Anstalt der Dampfmühle so dicht vor die Mäse zu setzen, da erstere namentlich während der besseren Jahreszeit stinke. Man solle zunächst einmal die Städtische Bauverwaltung veranlassen, einen anderweiten Kostenanschlag für die Anstalt auf der anderen Seite der Straße auszuarbeiten, da sich dieselbe bei Zugrundelegung einer einfacheren Bauart noch billiger ausführen lassen müsse.

Herr Halle hält die veranschlagte Summe gleichfalls für zu hoch. Bei dieser Gelegenheit möchte er einmal fragen, was die Stadt mit dem Dreiecke beginnen wolle, welches nach Durchführung der neuen Straße im Süden derselben übrig bleibe. Sofern dasselbe zu einem freien Platze umgeschaffen werden sollte, könne die Anstalt dort aufgestellt werden.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß vom Magistrate mit Rücksicht auf die hohen Kosten des Straßendurchbruches eine Veräußerung des Dreieckes geplant worden sei, da auf demselben mindestens drei Bauplätze vorhanden sein würden.

Herr Lange hofft, daß das fragliche Terrain nicht wieder bebaut werde, in welchem Falle sich die Anstalt dort mit geringen Kosten errichten lasse.

Herr Rimpau schließt sich dieser Ansicht an, bemerkend, daß auch die Herzogliche Polizeidirection mit Rücksicht auf den dort herrschenden starken Verkehr gewünscht habe, das Terrain unbebaut zu lassen. Wenn dann der Platz, welcher seiner Meinung nach nur Raum für ein Haus biete, mit Anlagen versehen werde, so könne die Anstalt dort sehr gut Platz finden.

Herr Wilke meint, daß seiner Erinnerung nach bei der Genehmigung des Straßendurchbruches beschlossen sei, das Terrain als freien Platz liegen zu lassen; wenn das jetzt nicht geschehen solle, dann bedauere er den ganzen Straßendurchbruch, gegen welchen er von vornherein gestimmt habe und der auch nur mit einer Stimme Majorität angenommen sei, weil man das Geld rein weggeworfen habe. Er bitte daher, den Platz liegen zu lassen und die Anstalt dorthin zu stellen.

Die Versammlung beschließt darauf, die Vorlage nochmals an die Commission zurückzuverweisen.

## XVI. Canalisirung der Küchenstraße.

Zur Canalisirung des an der Westseite des Neustadt-Rathhauses belegenen Theiles der Küchenstraße fordert der Magistrat einen Betrag von 1000 M mit dem Bemerken an, daß die Neupflasterung der fraglichen Straßenstrecke, nach Begung des Canals, im nächsten Jahre zur Ausführung kommen werde.

Herr Seele empfiehlt die Vorlage namens der Finanzcommission und die Versammlung stimmt derselben zu.

## XVII. Anfrage des Herrn Lange wegen der Pferdebahn-Angelegenheit.

Auf die Anfrage:

ob die in der Sitzung vom 13. November v. Js. (Seite 262 des Prot.) von der Versammlung erbetene Abänderung des Pferdebahntarifs u. demnächst zu erwarten steht,

erwidert Herr Stadtrath Metemeyer, daß die Pferdebahn-Verwaltung sich geweigert habe, die Wagen bis zum Westbahnhofe durchzuführen und auch die Herzogliche Polizei-Direction ein Bedürfniß zur Durchführung z. B. noch nicht anzuerkennen vermöge. Bezüglich der Tarifrage sei zu bemerken, daß Herr Abelen einen anderweiten, die in der Versammlung geäußerten Wünsche berücksichtigenden Tarif ausgearbeitet habe und der binnen Kurzem stattfindenden Versammlung des Aufsichtsrathes zur Genehmigung vorlegen werde. Wenn in dieser Angelegenheit nicht bald etwas geschehe, werde der Magistrat an die Erledigung erinnern.

## XVIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Einrichtung einer Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht.

Zur Begründung des Antrages, welcher lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, einen Theil der Wartehalle am Kohlmarke zur Einrichtung einer Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht verwenden zu wollen“,

führt Herr Lange aus, daß die Angelegenheit die Versammlung in anderer Form schon einmal beschäftigt, der Magistrat indessen einen bezüglichlichen Antrag der Versammlung mit der Begründung abgelehnt habe, daß die Kosten gegenüber dem Bedürfnisse nach solcher Anstalt zu hoch seien. Redner halte dagegen das vor-



liegende Bedürfniß für so groß, daß selbst jene höheren Kosten hätten aufgewendet werden können, er wolle indessen jetzt eine Anregung dahin geben, daß die Warte-  
halle am Kohlmarke, unter Benutzung der Kohlenäure-Verkaufsstelle, welche gar nicht dorthin gehöre, und eines kleinen Theiles des Warteraumes, die Bedürfniß-  
anstalt aufnehme, indem sich dort nach seiner Berechnung fünf Aborte — vielleicht  
drei für Frauen und zwei für Männer, oder alle für Frauen — und ein kleiner  
Raum für die Wärterin sehr gut für 2000 M herrichten lassen.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

### **XIX. Selbstständiger Antrag des Herrn Natalis auf Einsetzung einer Commission zur Berathung der Meßangelegenheit.**

Den Antrag:

„Da die Bürger der Stadt ein Interesse an der Frage haben, ob die hiesigen Messen in ihrer jetzigen Ausdehnung bestehen bleiben oder beschränkt werden müssen, so liegt den städtischen Behörden ob, die Frage eingehend zu prüfen und das Ergebnis der zuständigen Behörde zu unterbreiten. Es wird somit die Einsetzung einer besonderen Commission zur Berathung der Angelegenheit beantragt“,

begründet Herr Natalis kurz mit dem Hinweis auf die in dieser Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen der Handelskammer, welche zu einer Eingabe an das Herzogliche Steuer-Collegium um Verkürzung der Meßperioden geführt haben. Da hier nicht nur die Interessen des Handelsstandes, sondern der gesamten städtischen Bevölkerung in Frage stehen, so erscheine es ihm zweckmäßig, zur Vorberathung dieser Angelegenheit eine besondere Commission einzusetzen, welche das Ergebnis ihrer Berathungen der Versammlung vorzulegen habe. Sofern dem Antrage zugestimmt werde, schlage er zu Mitgliedern der Commission diejenigen Stadtverordneten vor, welche am meisten im Verkehre mit den Bürgern stehen, nämlich die Herren Halle, Meyer, Schumburg, Seele, Sievers und Weber.

Die Versammlung tritt sofort in die Berathung des Antrages, welcher genügende Unterstützung findet, ein.

Herr Wilke wünscht, daß sich die Commission aus dem Bürgerstande noch entsprechend verstärke.

Der Antrag wird sodann mit dem Zusatzantrage des Herrn Wilke angenommen und in die Commission außer den bezeichneten sechs Stadtverordneten noch Herr Natalis, welcher dieselbe einzuberufen hat, gewählt.

Damit ist die öffentliche Sitzung beendet.

In vertraulicher Sitzung wählt die Versammlung Herrn Pastor Dr. Hasenclever zum Bezirksvorsteher und die Herren Sattlermeister August Baumbach, Pastor adj. Otto Weidemann und Kaufmann Otto Schrödter zu Armenpflegern für erledigte Bezirke, worauf noch das Verzeichniß III von Steuerreclamationen für 1890 nach den Beschlüssen der Commission Erledigung findet.

Schluß 8 Uhr.

---

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

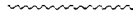
Sitzung am 16. April 1891.

Öeffentlich:

|                                                                                             |            |
|---------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| I. Erstattung der Kosten der Thomästraße . . . . .                                          | Seite 188. |
| II. Ehrenpreise für das Nordwestdeutsche Bundesschießen . . . . .                           | " 189.     |
| III. Verlängerung des Wasserrohres in der Majchstraße . . . . .                             | " 189.     |
| IV. Einspruch gegen den Ortsbauplan für die nordwestliche Außenstadt. . . . .               | " 189.     |
| V. Die Bahn Dehlsfelde-Braunschweig . . . . .                                               | " 191.     |
| VI. Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Einrichtung einer Bedürfnisanstalt . . . . . | " 193.     |
| VII. Baulinie an der kleinen Burg . . . . .                                                 | " 195.     |
| VIII. Gehaltsordnung für die städtischen Beamten nebst Ausführungsbestimmungen . . . . .    | " 195.     |
| IX. Aufhebung der alten Feuerordnung . . . . .                                              | " 200.     |
| X. Kosten des verstärkten nächtlichen Sicherheitsdienstes . . . . .                         | " 200.     |
| XI. Anschaffung von Helmen für die Feuerwehr . . . . .                                      | " 201.     |
| XII. Erwerb einer Straßenfläche an der Gertrudenstraße . . . . .                            | " 201.     |
| XIII. Herrichtung einer Okerbrücke an der Bammelsburgerstraße . . . . .                     | " 201.     |
| XIV. Anlegung einer Privatstraße am Windmühlenberge . . . . .                               | " 203.     |
| XV. Einrichtung von acht neuen Bürgerschulclassen . . . . .                                 | " 203.     |
| XVI. Verpachtung der städtischen Badeanstalt . . . . .                                      | " 204.     |
| XVII. Aenderung des Ortsbauplanes der westlichen Außenstadt . . . . .                       | " 207.     |
| XVIII. Anfrage des Herrn Wolff I wegen Instandsetzung verschiedener Wege . . . . .          | " 207.     |

## Vertraulich:

|                                                                     |            |
|---------------------------------------------------------------------|------------|
| Anstellung eines Hilfschreibers . . . . .                           | Seite 208. |
| Anstellung des Bureau-Vorstehers der Gas- und Wasserwerke . . . . . | " 208.     |
| Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.       |            |
| Steuer-Reclamationen in der Recursinstanz . . . . .                 | " 208.     |



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Haake, Ketemeyer, Heymann und Meyer, sowie Assessor von Frankenberg-Ludwigsdorff.

Entschuldigt die Herren Blasius, Ding und Jasper; später erscheint Herr Wolff II.

Der Vorsitzende Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt der Versammlung zunächst Kenntniß von folgenden Eingängen:

- 1) Der Stadtverordnete, Herr Weber, hat eine Zeichnung von Transportwagen überreicht, welche in Breslau für die Abfuhr in Gebrauch sind; die Zeichnung wird in Umlauf gesetzt.
- 2) Eingabe des Bürgervereins-Vorstandes an den Stadt-Magistrat wegen der beim Pferdebahnbetriebe hervorgetretenen Mängel; dieselbe wird zu den Acten genommen.
- 3) Schreiben des Stadt-Magistrats, in welchem derselbe mittheilt, daß er nicht in der Lage sei, dem am 22. Januar d. Js. gefaßten Beschlusse der Versammlung (Seite 54 des Prot.) auf Instandsetzung der Eichthalstraße zu entsprechen, weil nach dem Berichte des Ober-Ingenieurs Witgau in dieser Straße ein Hauptsammelcanal verlegt werden müsse und sich schon mit Rücksicht auf die bedeutenden Kosten dringend empfehle, vor der wegebaulichen Herstellung der Straße den definitiven Canal zu bauen, was zur Zeit aber noch nicht angängig sei.
- 4) Gesuch des Herrn Louis Gräbbling um Ertheilung der Genehmigung zur Erbauung eines Doppelwohnhauses an der Ecke der Kreuz- und Ringstraße, welche ihm vom Stadtbauamte verweigert sei. Diese Eingabe erhält die Baucommission zur Vorberathung.

Nachdem sodann noch das Protocoll Nr. 5 genehmigt war, wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

### 1. Erstattung der Kosten der Thomästraße.

Der Magistrat hält es für billig, dem Thomähofe die einstweilen vorzuschießenden Kosten für Gas- und Wasserrohr in der Thomästraße alsdann zu erstatten, wenn die im §. 14 des Ortsbaustatuts enthaltenen Voraussetzungen für

Belegung von Straßen mit Gas- und Wasserröhren bezüglich dieser Straße zu treffen und stellt einen dementsprechenden Antrag. Es sind veranschlagt die Kosten für das Gashauptrohr zu 560,40 M und für das Wasserrohr zu 1032 M.

Der Antrag wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet, genehmigt.

## II. Ehrenpreise für das Nordwestdeutsche Bundesschießen.

Auf Ersuchen der Schafferei des hiesigen Schützenwesens beantragt der Magistrat, behufs Beschaffung von zwei Ehrenpreisen für das im Juni d. Js. hier abzuhaltende 16. Festschießen des Nordwestdeutschen Bezirksvereins den Betrag von 300 M zu verwilligen,

was geschieht, nachdem Herr Brückmann namens der Statutencommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

## III. Verlängerung des Wasserrohrs in der Maschstraße.

Der Arbeiter Heinrich Ahrens, an der Masch A 9, hat um Verlängerung des Wasserrohrs bis an sein Grundstück gebeten, und sich im Falle der Genehmigung dieses Antrages bereit erklärt, dasselbe dauernd an das Wasserrohr mittelst eines so weiten Zuflußrohres, bezw. Wassermessers anzuschließen, daß die vierprocentigen Zinsen des zu 461 M 20 S veranschlagten Anlagecapitals durch die von ihm zu zahlenden Wassertaxen gedeckt werden. Der Magistrat befürwortet die Annahme dieses Antrages,

und die Versammlung beschließt nach demselben auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Sievers die Berichterstattung übernommen hat.

## IV. Einspruch gegen den Ortsbauplan für die nordwestliche Außenstadt.

Der Conservefabrikant Wilhelm Schumburg hat für sich und im Namen der übrigen theilhabenden Anlieger gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Aenderung des Ortsbauplanes für die nordwestliche Außenstadt (Section X) Einsprache erhoben, weil durch die über den alten Maschplatz projectirte, an den betreffenden, „hinter der Masch“ liegenden Grundstücken vorbeiführende Straße eine bedeutende Erhöhung des Terrains des früheren Maschplatzes erforderlich werde, welche eine Entwerthung der anliegenden Grundstücke herbeiführe. Die Städtische Bauverwaltung giebt anheim, diese Einsprache als unbegründet zurückzuweisen, weil einmal solche Entwerthung überhaupt nicht zu erwarten stehe, indem allein das Schumburg'sche Grundstück direct an die fragliche Straße stoßen werde, dort aber

nur eine ganz geringe Auffüllung nothwendig sei und weil die Straße erst nach gänzlicher oder theilweiser Niederlegung der betr Gebäude zur Ausführung kommen werde und dann eine Entwerthung nicht mehr stattfinden könne. Dazu komme, daß der jetzige Zustand am Maschplatze mangels jeglicher ordnungsmäßiger Verbindung der Gebäude mit einer befestigten Straße auf die Dauer unhaltbar sei, welchem Zustande durch Festsetzung einer Straße nach Art des projectirten Straßenzuges werde endgiltig abgeholfen werden. Der Magistrat schließt sich diesen Ausführungen an und beantragt, die fragliche Einsprache zu verwerfen, indem derselbe noch darauf hinweist, daß die Stadt, falls sie wider Erwarten vor der Errichtung von Neubauten auf den in Rede stehenden Grundstücken zur Ausführung der Straße schreiten sollte, selbstverständlich die Anlieger nach §. 10 der Landesbauordnung entschädigen müßte.

Die Statutencommission hat, wie Herr Wolff II berichtet, den Standpunkt des Magistrates getheilt und giebt anheim, die Einsprache zu verwerfen.

Herr Schumburg erklärt, sich an der Berathung und Beschlußfassung nicht betheiligen zu wollen.

Herr Reiche hält die Lage des Schumburg'schen Grundstückes für eine sehr kritische, weil bei dem großen Gefälle zu befürchten sei, daß das Schumburg'sche Haus nach starken plötzlichen Regengüssen vollständig unter Wasser gesetzt werde und demnach die Entschädigungspflicht der Stadt bei der Größe des Hauses ungeheure Dimensionen annehmen könne. Vielleicht lasse sich Abhilfe schaffen, wenn man den angrenzenden Maschplatz zum Spielplatz herrichte und dafür an anderer Stelle das Terrain eines projectirten Spielplatzes veräußere.

Herr Stadtrath Remeier bemerkt dem gegenüber, daß der Maschplatz gar nicht bebaut werden, sondern liegen bleiben solle und auch die Versammlung bereits die Mittel zur Instandsetzung desselben als Spielplatz bewilligt habe. Bei Projectirung der fraglichen Straße drehe es sich darum, die Möglichkeit zu schaffen, daß man von der Masch direct auf den Neustadtring kommen könne und nicht in einen durch den Maschplatz gebildeten Sack gerathe. Für Herrn Schumburg sei die projectirte Straße insofern von wesentlichem Interesse, als er nach Ausführung derselben nicht mehr hinten herum zu gehen brauche, sondern direct auf die Straße treten könne. Da nun ferner mit dem Ausbau der Straße bis nach Niederlegung der angrenzenden Gebäude gewartet werden solle, so liege kein Grund vor, sich ihrer Projectirung zu widersetzen. Dringend wünschenswerth erscheine es aber, das Project endlich zum Abschluß zu bringen, weil die dort todten liegenden Bauplätze nicht eher verkauft werden können, bis der Ortsbauplan feststehe.

Die Einsprache wird darauf verworfen.

### V. Die Bahn Debisfelde-Braunschweig.

Namens der Finanzcommission berichtet über diesen Punkt Herr Wolff I: „Es ist schon seit einer langen Reihe von Jahren ein berechtigter Wunsch der Stadt Braunschweig gewesen, durch eine directe Bahnlinie nach der Station Debisfelde der Berlin-Lehrter Bahn eine nähere und zweckmäßigere Verbindung mit der Altmark zu bekommen. Zu diesem Zwecke ist auch bei dem Uebergange der Braunschweigischen Staatsbahn an die Gesellschaft der letzteren vom Staate eine Art Vorconcession auf diesen Bahnbau erteilt worden. Später hat die Landeseisenbahn die Idee aufgenommen, eine Verlängerung ihrer Linie vom Nordbahnhofe bis Welpke event. Debisfelde durch das Schunterthal herbeizuführen. Daraufhin ist der Braunschweigischen Eisenbahn-Gesellschaft bezw. deren Rechtsnachfolgerin von der Landesregierung die Frage vorgelegt, ob sie die Bahn bauen wolle oder nicht, welche Frage die Eisenbahn-Verwaltung bejaht hat. Wie mehrfache Nachrichten entnehmen lassen, ist die preussische Regierung der Ausführung der Idee bereits näher getreten. Allerdings hat sie aus mehreren Gründen die Wahl der Linie Braunschweig-Lehre-Welpke-Debisfelde nicht für angemessen erachtet, sondern die Linie Braunschweig-Schandelah-Debisfelde vorgezogen, wenigstens sind die Vorarbeiten in diesem Gedankengange erfolgt, wenn auch eine endgültige Entscheidung auf preussischer Seite noch nicht vorliegen soll. Hierdurch haben sich nun die Bewohner verschiedener Ortschaften des Schunterthals (Wendhausen, Lehre, Flechtorf, Heiligendorf etc.) veranlaßt gesehen, zu einem Comité zusammenzutreten, um möglichst ihrer Gegend die Bahnlinie zu sichern. Wie Sie wohl schon aus den Blättern erfahren haben, sind Petitionen, welche sich in dieser Richtung bewegen, an das Herzogl. Staats-Ministerium und den preussischen Arbeitsminister von den Bewohnern jener Gegend ergangen, ebenso hat sich vor einiger Zeit der hiesige Bürgerverein in einer Witschrift an das Herzogl. Staats-Ministerium für diese Linie ausgesprochen. Auch an die Stadtverordneten-Versammlung ist von dem Vorsitzenden des Comité's, Herrn Gebhard in Lehre, der Wunsch und die Bitte gerichtet, es möge sich die Versammlung dem Inhalte der Petition anschließen und ähnliche Witschriften an das Herzogl. Staats-Ministerium und den preussischen Arbeitsminister richten. Die Finanzcommission, welcher die Eingabe zur Vorprüfung und Berichterstattung überwiesen ist, hat nun die Frage eingehend geprüft und zwar, nachdem verschiedene Mitglieder der Commission sich über dieselbe mit Sachleuten und sachverständigen Kaufleuten unterhalten haben, und ist dabei zu folgenden Ergebnissen gekommen. Es wird keinen Augenblick bestritten werden, daß die hier in Frage kommenden Ortschaften, welche sich zu den Witschriften vereinigten, das allergrößte Interesse haben, die Bahn durch ihre Gegend zu bekommen und kann man ihnen nicht verdenken, wenn sie das Mögliche thun, um sich die Bahn zu sichern, da selbstverständlich jede Eisenbahn ein wesentliches Förde-

rungsmittel für die Belebung und Wohlfahrt einer Gegend ist. Von diesem Gesichtspunkte aus könnten wir uns den Wünschen der Herren vollständig anschließen. Anders liegt es aber, wenn man erwägt, ob wir als die Vertreter der Stadt Braunschweig uns für Interessen mit verwenden sollen, welche bei aufmerksamer Betrachtung nicht unsere Interessen genannt werden können. Das Interesse der Stadt Braunschweig erheischt vor allen Dingen eine möglichst directe Bahnverbindung mit Debitzfelde, durch welche die Verbindung zwischen dem Rheine und Holland einerseits und Berlin andererseits abgekürzt wird. Die Bahn Braunschweig-Schandelah-Debitzfelde bietet nun bahntechnisch gar keine Schwierigkeiten, sie wird in einer geraden Linie auf Schandelah geführt werden können und gewährt dadurch vor der andern, hier gewünschten Linie einen wesentlichen Vorzug; denn die Linie Wendhausen-Heiligenborn liegt derartig, daß sie niemals einen Vollbahnbetrieb auf sich sehen würde, selbst wenn sie für denselben von vornherein eingerichtet werden würde; dagegen läßt sich mit größter Bestimmtheit annehmen, daß die andere Linie über Schandelah einen Vollbahnbetrieb, einschließlich des Schnellzugsverkehrs demnächst erhalten wird. Das ist aber für unsere Kaufleute, für unsere ganze Stadt ein Ziel, welches auf das Innigste zu wünschen und zu erstreben sein muß. Wie oft ist darüber geklagt worden, daß wir in Bezug auf unsere Verbindung mit Berlin wesentlich hinter anderen Städten zurückstehen, während bei dem Bau dieser Linie die Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, noch weitere Schnellzugsverbindungen mit Berlin zu erhalten. Nun liegt die Sache weiter so, daß wir das größte Interesse daran haben, die Verbindung so schnell als möglich herbeigeführt zu sehen. Ergeben sich bei Ausführung derselben jetzt aber Schwierigkeiten, indem namentlich von der Stadt Braunschweig Vorstellungen erhoben werden, welche den Bahnbau möglicherweise beeinträchtigen oder verzögern könnten, so steht zu befürchten, daß noch weitere kostbare Zeit verloren geht, ehe die Bahn zu Stande kommt. Es liegt im größten Interesse der Stadt Braunschweig, daß wir mit unserm alten Absatzgebiete, der Altmark, wieder in engere Beziehungen kommen und wir dieses Gebiet nicht vollständig und dauernd für die Stadt verlieren. Wenn wir uns nun auf einen rein egoistischen Standpunkt stellen wollen, was bei solchen Fragen durchaus nothwendig ist, so müssen wir fragen: Sind die fremden Interessen auch unsere Interessen? und darauf antworten: Die Stadt hat eigentlich gar kein Interesse daran, daß die Bahn über Wendhausen-Lehre gebaut wird, sie kann im Gegentheil behaupten, daß diese sehr lebhafte und von uralter Zeit sehr innige Verbindung uns nicht genommen werden kann und wird, da die betr. Ortschaften nach wie vor ihr Absatzgebiet für landwirthschaftliche Producte, sowie ihre Kaufquellen für die eigenen Bedürfnisse in Braunschweig erblicken werden. Wohl aber werden durch die neue Linie über Schandelah verschiedene entfernter gelegene Ortschaften,



wie Glentorf, Volkmarisdorf, Boimstorf, Twülpstedt u., welche früher mehr in Helmstedt bezw. Königsutter ihre Einkäufe machten, der Stadt Braunschweig näher gerückt. Die alten Absatzgebiete werden uns also unzweifelhaft erhalten und neue durch die fragliche Bahnlinie näher gebracht bezw. erschlossen. — Es ist eine von den beteiligten Kaufleuten aufs Unzweifelhafteste dargethane Thatsache, daß die Landeseisenbahn dem Zwischenhandel — nicht der Industrie — der Stadt Braunschweig wesentlich Schaden gethan hat dadurch, daß sich in allen von der Landeseisenbahn berührten Ortschaften Kaufleute und Händler etablirt haben, welche das Korn und die sonstigen landwirthschaftlichen Producte dort aufkaufen und umgekehrt den Verkäufern für ihre Producte Colonialwaaren u. an Ort und Stelle bringen. Ähnlich würde es höchst wahrscheinlich kommen, wenn die Bahn nach Debsitzelbe über Lehre gebaut werden sollte, indem für den Zwischenhandel der Stadt mehr Schaden als Vortheil durch diese Strecke zu erwarten wäre. Vor allen Dingen aber — und das ist das wichtigste und entscheidende Moment für unsern Standpunkt — dürfen wir in diesem Augenblicke der preussischen Regierung nicht die geringsten Schwierigkeiten in den Weg legen, denn wir können froh sein, daß ein seit mehr als 20 Jahren lebhaft gehegter Wunsch der Erfüllung so nahe ist, und es würde unklug und thöricht sein, wenn wir die Interessen anderer Leute wahrnehmen und hierdurch unsere eigenen schädigen wollten. Alle diese Gesichtspunkte haben in der Finanzcommission vollständige Würdigung gefunden und auch von keiner Seite Widerspruch erfahren. Die Finanzcommission empfiehlt daher einstimmig, aus den angeführten Gründen dem Wunsche des Comités nicht näher zu treten, sondern über die Eingabe zur Tagesordnung überzugehen.“

Die Versammlung tritt diesem Antrage ohne weitere Beiprechung bei.

#### VI. Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Einrichtung einer Bedürfnisanstalt.

Herr Jüdel berichtet über diesen, in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag (Seite 184 des Prot.) namens der Finanzcommission in folgender Weise: Seitens des Magistrates sei bereits gelegentlich einer bezüglichen Eingabe des Bürgervereins gegen Ende des vorigen Jahres die Städtische Bauverwaltung aufgefordert, einen Kostenananschlag für solche Einrichtung vorzulegen. Daraufhin habe Herr Stadtbaurath Winter einen Plan entworfen, nach welchem das jetzige Pissoir mit einem Kostenaufwande von 1900 M. in eine Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht umgewandelt und ein neues Pissoir mit einem Aufwande von 2400 M. hergerichtet werden solle. Da dieses Project indessen nicht dazu dienen könne, den Kohlmarkt zu verschönern, so habe die Finanzcommission davon Abstand genommen, diesen Plan der Versammlung zur Ausführung zu empfehlen. Sodann sei von Herrn

Lange ein Entwurf vorgelegt, nach welchem ein Theil der jetzigen Wartehalle zur Einrichtung der Bedürfnisanstalt in der Weise Verwendung finden solle, daß drei Closets für das weibliche und zwei Closets für das männliche Geschlecht, sowie ein Aufenthaltsraum für die Wartefrau in das Wartehäuschen verlegt werden. Diese Einrichtung beschränke aber den eigentlichen Warteraum des Häuschens derartig, daß vermuthlich die Pferdebahn-Gesellschaft ihre Genehmigung zu derselben nicht ertheilen werde. Redner habe sich selbst davon überzeugt, daß während des anhaltend schlechten Wetters 10—12 Personen durchschnittlich sich in dem Warteraume aufhalten, für welche Zahl derselbe allerdings dann nicht mehr ausreichend erscheine. Er habe sich deshalb erlaubt, der Commission einen etwas veränderten Vorschlag zu unterbreiten, welcher einen geringeren Theil der Wartehalle in Anspruch nehme, indem nach demselben je zwei Closets für das männliche und das weibliche Geschlecht und zwar ein einfacheres und ein größeres, letzteres in einer Ausdehnung von einem Quadratmeter mit Waschvorrichtung, eingerichtet werden sollten. Der Eingang zu den Closets könne dann von außen und von der Wartehalle ab genommen werden und müsse die Wartefrau allerdings in dem Warteraume ihren Aufenthalt nehmen. Die Finanzcommission habe sich diesem Vorschlage angeschlossen und beantrage, demselben zuzustimmen, sowie den Magistrat zu ersuchen, einen entsprechenden Kostenanschlag vorzulegen. Bei Durchführung dieses Projectes bleibe das Pissoir vollständig erhalten.

Herr Lange kann den Winter'schen Plan nicht ernsthaft nehmen und muß sich auch gegen das Füdcl'sche Project, welches nur eine kleine Abänderung des seinigen sei, erklären. Jedenfalls erscheine es ihm zweifelhaft, ob die Wartehalle, die von Herrn Füdcl angenommene Ausdehnung haben müsse, denn selbst bei schlechtem Wetter pflegen die Wartenden vor der Halle zu stehen und den Innenraum nicht zu benutzen. Er lege großes Gewicht darauf, daß möglichst viele Closets angebracht werden und die Wartefrau ihren Aufenthalt in einem besonderen Raume, nicht aber in der Wartehalle habe, sowie daß man den Eingang nicht von der letzteren, sondern von draußen aus zu nehmen brauche. Die Damen dürften und würden sich mit der Zeit nicht mehr daran stoßen, daß Jemand sie in die Anstalt hineingehen sehe. Er bitte deshalb um Berücksichtigung seines Planes.

Herr Füdcl hebt nochmals hervor, daß die Pferdebahn-Gesellschaft sich auf eine so große Verkleinerung der Wartehalle, wie sie der Lange'sche Antrag erheische, voraussichtlich nicht einlassen werde, daß der Gesellschaft aber andererseits nur angenehm sein könne, wenn durch den ständigen Aufenthalt der Wartefrau in der Halle eine fortwährende Beaufsichtigung derselben stattfinde.

Herr Stadtrath Ketemeyer möchte — ohne sich für oder gegen das Project erklären zu wollen — bitten, höchstens den Füdcl'schen Vorschlag anzunehmen, da

Herr Abeken schon erklärt habe, selbst diesem Projecte nicht beistimmen zu können und man mit der Möglichkeit rechnen müsse, daß aus der ganzen Sache nichts werde, weil die Pferdebahn-Gesellschaft zur Genehmigung nicht gezwungen werden könne.

Herr Wolff I giebt dem Füdelschen Projecte schon um deshalb den Vorzug, weil dasselbe ein geräumigeres Closet mit Waschkloset in Aussicht nehme und vier Closets vollständig genügen.

Auf die Frage des Herrn Kiefe, welchen Raum das Füdelsche Project von der Wartehalle in Anspruch nehmen werde, erwidert

Herr Füdel, daß sein abgeändertes Project überhaupt drei Quadratmeter Raum beanspruche.

Bei der dann folgenden Abstimmung erklärt sich die Versammlung für das Füdelsche Project.

## VII. Baulinie an der kleinen Burg.

In Veranlassung eines vom Vorstande des Großen Möbel-Magazin-Vereins Braunschweiger Tischler-Innungsmeister eingereichten Antrages auf Erbauung eines neuen Wohngebäudes auf dem an der kleinen Burg belegenen Grundstücke hat das Stadtbauamt einen Ortsbauplan für die Regulirung dieser Straße aufgestellt und giebt der Magistrat die Genehmigung desselben anheim.

Die Baucommission läßt den Antrag durch Herrn Uhde befürworten und die Versammlung beschließt demgemäß.

## VIII. Gehaltsordnung für die städtischen Beamten nebst Ausführungsbestimmungen.

Der Magistrat setzt die Versammlung davon in Kenntniß, daß die in der Sitzung vom 19. März d. J. bezüglich der Gehaltsbestimmungen für die städtischen Beamten gefaßten Beschlüsse im Allgemeinen seine Zustimmung finden. Ausgenommen hiervon ist der Beschluß, nach welchem das Höchstgehalt des Gehilfen des Stadtarchivars abweichend von demjenigen der übrigen in Abtheilung XI aufgenommenen Beamten nicht 2500 M, sondern 3000 M betragen soll. Da die Anforderungen an den Dienst eines Gehilfen des Stadtarchivars nach Inhalt, Umfang und Verantwortlichkeit nicht bedeutender als diejenigen an den Dienst der übrigen zur Abtheilung XI gehörenden Beamten sind und auch die sonstigen, für die ausnahmsweise Erhöhung des fraglichen Gehalts vorgetragenen Gründe sich ebensowohl auf die übrigen zu der Kategorie gehörenden Beamten anwenden lassen, so giebt

der Magistrat anheim, den betr. Beschluß zurückzunehmen und das Höchstgehalt des betr. Beamten ebenfalls auf 2500 M festzusetzen.

Die Statutencommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Rudeloff diesen Ausführungen vollständig angeschlossen und giebt anheim, dem Antrage gemäß zu beschließen.

Herr Halle bittet, diesem Antrage beizustimmen, da die Versammlung bei Bewilligung der Gehälter besonders für die Beamten der Bibliothek etwas zu reichlich zu Werke gegangen sei. Der Stadtarchivar Hänselmann habe durch die Erhöhung des Höchstgehaltsatzes auf 6000 M eine Zulage von 900 M erhalten und daneben solle derselbe noch — was jedenfalls den meisten Mitgliefern nicht gegenwärtig gewesen sei — eine Nebeneinnahme von 300 M für die Beaufsichtigung des städtischen Museums beziehen. Man möchte daher entweder diesen Betrag streichen, oder das Höchstgehalt des Stadtarchivars auf 5400 M herabsetzen, was er hiermit beantragen wolle.

Herr Oberbürgermeister Pockels hält einen solchen Antrag für formell unzulässig, weil die Versammlung das Höchstgehalt einmal auf 6000 M festgesetzt und sich der Magistrat mit diesem Satze einverstanden erklärt habe, auch der Beamte von der Bewilligung in Kenntniß gesetzt sei und das Herzogliche Staatsministerium seine Genehmigung erteilt habe, so daß der Beamte ein klagbares Recht auf den Gehaltsatz besitze.

Dem Herrn Vorsitzenden erscheint es zweifelhaft, ob diese Anschauung als zutreffend zu erachten sei, da die Gehaltsordnung im Ganzen noch nicht genehmigt worden und daher vielleicht auch an ihr noch Aenderungen vorgenommen werden könnten.

Herr Reiche möchte bitten, bezüglich des Höchstsatzes für den Archivargehilfen es bei dem alten Satze von 3000 M zu belassen, da nach seiner festen Ueberzeugung der Mann ungleich schwierigere Arbeiten zu erledigen habe, als die übrigen Bureaugehilfen und er hierfür auch entsprechend besoldet werden müsse. Wenn gesagt werde, daß der jetzige Gehilfe noch keine feste Stelle habe und jeden Tag zurückgezogen werden könne, so würde eine solche Maßnahme zu beklagen sein, weil Jahre regen Fleißes dazu gehören, ehe sich Jemand gerade in diese Stelle hineinlebe und man dieselbe mit einer gewöhnlichen Bureaustelle gar nicht vergleichen könne. Redner möchte deshalb dafür eintreten, daß für diesen Posten eine feste Stelle mit einem angemessenen Gehalte geschaffen werde. Der jetzige Gehilfe wisse in Bibliothek, Museum und Archiv genau Bescheid, verstehe alles zu erklären und würde jedenfalls durch eine andere Kraft schwer zu ersetzen sein.

Herr Wolff II bemerkt, daß die Stadt an der Spitze ihres Archivs einen wissenschaftlich gebildeten Mann besitze und sich seiner Tüchtigkeit erfreue. Wenn

diesem Manne eine wissenschaftliche Hilfe fehle, so werde die Stadt allezeit gern bereit sein, ihm dieselbe zu gewähren, wie das durch die Einstellung des Dr. Rentwig schon bewiesen sei. Dagegen glaube er nicht, daß die Versammlung gewillt sei, einen rein mechanischen Hilfsarbeiter, der sich gut eingearbeitet habe und den Archivar entlaste, wie einen wissenschaftlichen Hilfsarbeiter zu besolden. Hierzu liege entschieden kein Bedürfniß vor und möchte er deshalb bitten, diesen Gehilfen nicht über dessen, ihm durch den Organismus überwiesene Stellung hinaus zu bezahlen.

Die Versammlung beschließt darauf, das Höchstgehalt der fraglichen Stelle anderweit auf 2500 M festzustellen.

Außerdem hat die Versammlung beschlossen, die Bemerkung zur Abtheilung XV der Commissionsvorschläge: „Freie Wohnung wird mit 150 M auf das Gehalt in Anrechnung gebracht“ zu streichen und wird dieses nach der Ansicht des Magistrates in der Annahme geschehen sein, daß es sich lediglich um Wohnungen für solche Magistratsdiener handle, denen bezüglich des betr. Gebäudes die Geschäfte eines Hausmannes und die Pflichten eines Vicewirthes auferlegt sind. Da aber auch einige der Schlachthaus-Aufseher freie Wohnung und zwar ohne derartige Verpflichtungen inne haben und ein Grund, den Werth dieser Wohnung außer Anrechnung zu lassen, nicht, zumal nicht gegenüber den Gehaltsbestimmungen für die Hallenmeister, vorliegen dürfte, so giebt der Magistrat weiter anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß in Abtheilung XV die Bemerkung eingefügt werde: „Freie Wohnung und Heizung wird mit 150 M auf das Gehalt angerechnet, kann aber unter besonderen Umständen neben dem Gehalte als ein dann nicht pensionsberechtigter Dienstbezug gewährt werden“.

Die Statutencommission giebt, wie Herr Rudeloff weiter berichtet, anheim, sich mit Aufnahme der in Vorschlag gebrachten Bemerkung einverstanden zu erklären, da bei der Beschlußfassung über diesen Punkt wohl nicht allen Mitgliedern der Versammlung gegenwärtig gewesen sei, um welche Beamten es sich hier handle.

Herr Födel beantragt, die den Magistratsdienern überwiesenen freien Dienstwohnungen auch pensionspflichtig zu machen, weil es für diese Beamten von hoher Bedeutung sei, die Pensionen durch solche Anrechnung erhöht zu sehen und der Stadt hierdurch keinerlei Beschwerde erwachse.

Herr Ramdohr fragt an, ob von den unteren Beamten bislang schon einige von dem Werthe der freien Dienstwohnung zur Wittwencasse beige-steuert haben.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die städtischen Beamten, welchen Dienstwohnung überwiesen worden, von dem Werthe derselben auch zur

Wittwencasse beizutragen haben, insoweit ihnen der Werth dieser Wohnung als pensionsberechtigt vom Magistrate zugestanden sei. Bei Anrechnung des Wohnungswerthes auf die Wittwencassenbeiträge erhöhe sich übrigens auch die Beamtenpension in entsprechender Weise.

Herr Nieß hält es rechtlich nicht für zulässig, daß der Werth der freien Dienstwohnung bei diesen Beamten in Zukunft nicht mehr als pensionsfähig angesehen werde, da man bislang bei den beiden für ihn in Frage kommenden Wohnungsinhabern den Werth der Wohnung mit in Rechnung gezogen habe und er nicht glaube, daß man eine pensionsberechtigte Zulage, von welcher seit 16 Jahren ein Beitrag zur Wittwencasse geleistet sei, einfach aus der Welt schaffen könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels erläutert, daß es sich bei dem Magistrate und den sonstigen Verwaltungsorganen desselben nicht um 2, sondern um 4 Dienstwohnungen handle, zu welchen dann noch die Wohnungen der Aufseher des Schlachthauses kommen. Gegenwärtig sei ihm aber augenblicklich nicht, ob einer der Magistratsdiener bisher von dem Werthe der Dienstwohnung zur Wittwencasse beigetragen habe. Nach dem bisherigen Etat habe diese Beamtenklasse ein Gehalt von 1350 M im Höchstbetrage bezogen und sei dazu bemerkt worden, daß nach Wahl der städtischen Behörden an zwei Magistratsdiener freie Wohnung gegeben werden könnte, jedoch sei nirgends ausgeführt, ob diese freie Wohnung zu einem bestimmten Betrage bei Bemessung der Pension in Anrechnung komme. Selbst wenn dieses nun aber auch zugestanden wäre, so würde doch der Höchstbetrag des beitragsfähigen Einkommens nach dem früheren Etat immer nur 1500 M betragen haben, während dieser Betrag jetzt auf 1700 M festgesetzt sei. Wenn man jetzt nun aber auch den Schlachthausaufsehern die Dienstwohnung neben dem Gehalte frei überweisen wolle, so würden sich dieselben gegenüber ihren Collegen und selbst gegenüber ihren Vorgesetzten, den Hallenmeistern, zu gut stehen.

Herr Reiche ist bei der vorigen Verathung der festen Meinung gewesen, es handle sich bei Bewilligung der freien Dienstwohnung nur um Magistratsdiener, welchen die Hausaufsicht, Reinigung der Straße u. mit obliege. Wenn sich hinterher herausstelle, daß hier noch andere Beamten in Frage kommen, denen solche Pflichten nicht obliegen, so erscheine es ihm selbstverständlich, diese auszuschließen, dagegen den Magistratsdienern die freie Wohnung zu belassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann diese Anschauung nicht als richtig anerkennen, weil die Magistratsdiener mit Dienstwohnung für die ihnen obliegenden Reinigungsgeschäfte besonders und zwar reichlich bezahlt werden. Außerdem habe Herr Reiche auch anscheinend die Vorlage nicht richtig aufgefaßt, da die Wohnungen den jetzigen Inhabern ohne Anrechnung ihres Werthes auf das Dienstgehalt belassen und nur als nicht pensionsfähige Dienstzulage angesehen werden

sollen, weil der Magistrat großen Werth darauf legen müsse, als Vicewirthe tüchtige und bewährte Beamte zu haben, welche bei Vernachlässigung ihrer Pflichten des Amtes als Vicewirth auch wieder enthoben werden könnten, ohne dann noch ein größeres pensionsfähiges Dienst Einkommen zu besitzen, als die übrigen Magistratsdiener ohne Dienstwohnung.

Herr Rieke wünscht eine Aufbesserung der Magistratsdiener schon gegenüber den Executoren, welche erheblich im Vortheile seien. Durch die sociale Gesetzgebung in Verbindung mit der Erweiterung der Stadt habe man den Magistratsdienern bedeutende Lasten aufgebürdet, für welche sie namentlich im Hinblick auf die erhöhten Lebensmittelpreise auch entschädigt werden müßten.

Herr Reiche erkennt die vom Herrn Oberbürgermeister für die Vorlage angeführten Gründe gern als stichhaltig an und hat dagegen nur einzuwenden, daß der Magistrat diejenigen Magistratsdiener, welchen er nach langer Dienstzeit eine Dienstwohnung überweise, schon so genau kennen müsse, um beurtheilen zu können, ob er sich auf dieselben in jeder Beziehung verlassen könne.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

Endlich ersucht der Magistrat betreffs Einführung der neuen Gehaltsordnung für die städtischen Beamten zum 1. April d. Js. um Ertheilung der Zustimmung zu nachstehenden Ausführungsbestimmungen:

1) Der Stadtcassirer Schmidt erhalte für Vertretung des Cämmerers eine pensionsberechtigte Zulage von zunächst 300 M.

2) Dem Cassirer bei der Stadtcasse Barth werden behufs Feststellung seines Gehaltes in dieser Stellung von seiner früheren Dienstzeit 3 Jahre angerechnet, so daß derselbe vom 1. April d. Js. ab 2000 M empfängt und die nächste Alterszulage zum 1. April 1893 zu erwarten hat, weil Barth sonst durch seine Beförderung vom Cassenbuchhalter zum Cassirer für mehrere Jahre Einbuße am Gehalte erleiden würde.

3) Der Expedient Vock werde zum expedirenden Secretair eines Magistratsmitgliedes ernannt und in die zweitunterste Gehaltsstufe der Abtheilung XII mit 1650 M eingereiht.

4) Den Magistratsdienern Henze, Appuhn, Amelung und Vogel werde neben dem Dienstgehälter freie Wohnung und Heizung als ein nicht pensionsberechtigter Dienstbezug mit Aufkündigungsrecht der städtischen Behörden gewährt.

Nach der Ausführung des Herrn Rudeloff hat die Statutencommission angeregt, dem Stadtcassirer Schmidt sofort die volle etatsmäßige Vertretungszulage von 500 M zuzubilligen, was indessen vom Magistrate mit der Begründung abgelehnt sei, daß Schmidt noch eine Gehaltszulage von 200 M erhalte und der Rest von 200 M über kurz oder lang nachfolgen solle. Die Commission habe daraufhin

befchlossen, der Versammlung die unveränderte Annahme der vorausgeführten vier Anträge anheimzugeben.

Die Versammlung beschließt in diesem Sinne.

### IX. Aufhebung der alten Feuerordnung.

Mit Rücksicht darauf, daß die Bestimmungen der revidirten Feuerordnung für die Residenzstadt Braunschweig vom 1. Juli 1855 und der beiden Zusatzstatuten mit geringen, zudem bedeutungslosen Ausnahmen in Folge der neueren Gesetzgebung, bezw. neuer städtischer Statuten hinfällig geworden sind, beantragt der Magistrat im Einvernehmen mit Herzoglicher Polizei-Direction, diese Statuten formell aufzuheben und einem die Aufhebung aussprechenden neuen Statut die Genehmigung zu ertheilen.

Herr Wolff II befürwortet diesen Antrag namens der Statutencommission und die Versammlung genehmigt denselben.

### X. Kosten des verstärkten nächtlichen Sicherheitsdienstes.

Die während der letzten Monate in hiesiger Stadt herrschende Unsicherheit hat, wie bereits früher der Versammlung vom Magistratsstische aus mitgetheilt worden, zu einer Verstärkung der Nachtwachbeamten geführt, indem nicht allein die sämtlichen Nachtwächter während der ganzen Nacht, sondern außerdem noch Polizeibeamte zum Sicherheitsdienste herangezogen wurden. Hierdurch sind folgende Kosten entstanden: 1) Für Nachtwächter, welchen, neben ihrem regelmäßigen Lohne, von 37,50 M monatlich, eine Entschädigung von 1,33 M für je zwei verlängerte Nachtwachen gewährt ist, insgesamt für die Zeit vom 12. Januar bis 3. März 1057 M 29 S; 2) für die Executivbeamten, bei denen für den Mann 2 M als jedesmalige Vergütung zu Grunde gelegt ist, an 15 Beamte für 48 Nächte = 1440 M, und an 49 Beamte für 5 Nächte = 490 M, zusammen 1930 M, so daß an derartigen Unkosten insgesamt 2987 M 29 S erwachsen sind, um deren Bewilligung die Versammlung ersucht wird.

Die Finanzcommission hat nach dem Berichte des Herrn Ramdohr gegen die Bewilligung nichts einzuwenden und giebt anheim, dieselbe zu beschließen. Gelegentlich der Commissionsberatung hat der Herr Berichterstatter Veranlassung genommen, die Frage an den Magistrat zu richten, wie weit die geplante Organisation des Nachtwachwesens gebiehen sei, worauf erwidert worden, daß hierüber noch nichts berichtet werden könne, weil die Verhandlungen mit der Herzoglichen Polizeidirection noch nicht zum Abschlusse gekommen seien.

Die Versammlung genehmigt darauf die geforderten Ausgaben ohne weitere Verhandlung



### **XI. Anschaffung von Helmen für die Feuerwehr.**

Die vor etwa 28 Jahren für die Turner-Feuerwehr angeschafften Helme sind nach dem Berichte des Kreisbranddirectors Meyer zum großen Theile durch neue zu ersetzen und ersucht der Magistrat, die hiermit verbundene Ausgabe von 525 M. zu verwilligen,

was geschieht, nachdem Herr Ramdohr namens der Finanzcommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

### **XII. Erwerb einer Straßenfläche an der Gertrudenstraße.**

Die Städtische Bauverwaltung hat Veranlassung genommen, den Ankauf derjenigen Theilfläche des an der Salzdahlumer- und Gertrudenstraße belegenen, von dem Bahnmeister a. D. Christian Grube erworbenen Grundstücks, welche in einer Größe von 5 a 21 qm zum Ausbau der Gertrudenstraße erforderlich ist, zu empfehlen, weil Grube beabsichtige, das Grundstück neu einzufriedigen. Da das auf dieser Fläche stehende, nach den Angaben von Grube zu 185 M. jährlich vermietete Gebäude bei Durchführung der Straße in Wegfall kommt, da ferner durch Abtrennung der erwähnten Theilfläche eine nicht unwesentliche Herabminderung des Werthes des verbleibenden Restgrundstücks hervorgerufen wird und da auch überdies eine allerdings als Baugrund oder sonstwie nicht wohl auszunutzende Theilfläche der jetzigen Gertrudenstraße zu 2 a 37 qm Zubehör des fraglichen Gartens ist, so hat der Magistrat dem Grube die von diesem geforderte Gesamtentschädigung von 11 000 M. zugebilligt und ersucht um Genehmigung des dieserhalb abgeschlossenen notariellen Vertrages.

Die Baucommission läßt durch Herrn Uhde die Vorlage befürworten und die Versammlung beschließt demgemäß.

### **XIII. Herrichtung einer Okerbrücke an der Bammelsburgerstraße.**

Verschiedene Anwohner des Wendenringes, der Reichenberg- und Wendenmaischstraße haben gebeten, durch Ueberbrückung der Oker eine Verbindung jener Gegend mit der Bammelsburgerstraße herzustellen und sich bereit erklärt, die Kosten dieser Ueberbrückung aus eigenen Mitteln aufzubringen, sofern der Brückenbau noch in diesem Frühjahr ausgeführt werden sollte. Die Städtische Bauverwaltung und der Ober-Ingenieur Witgau haben empfohlen, zunächst nur eine provisorische Brücke herzustellen, weil in die Fundamente einer später an der fraglichen Stelle zu erbauenden Vollbrücke (deren Kosten zu 75 000 M. veranschlagt sind) der Dicker des in der Bammelsburgerstraße herzurichtenden Hauptsammelcanals zu verlegen sei, die Anlage aber voraussichtlich erst in 3—4 Jahren zur Ausführung kommen werde. Nach der Ansicht des Magistrates genügt die Herrich-

tung einer drei Meter breiten Brücke einfachster Construction aus Tannenholz, deren Ausführung etwa 5000 M kosten und die etwa 10 Jahre lang halten wird. Die Anwohner haben zu solchem Zwecke einen Betrag von 6000 M bei der Stadtcasse eingezahlt. Der überschießende Betrag von 1000 M ist mit eingefordert, weil nicht nur die gedachte Brücke zu bauen, sondern auch ein Verbindungsweg zwischen der Brücke und der Wendenmashstraße herzustellen ist. Dazu bedarf es aber zunächst des Erwerbes einer 10 a 22 qm haltenden Theilfläche des dem Schlosser Paul Stern gehörigen Grundstückes. Da außerdem die dort stehenden Stern'schen Gebäude schon wegen ihrer tiefen Lage nicht stehen bleiben können, so sind auch diese mit zu erwerben und hat der Magistrat mit Stern einen Preis von 10436 M für die Gebäude und von 6 M für den Quadratmeter des abzutretenden Terrains vereinbart, welchen Erwerb der Magistrat ebenso wie die Annahme der fraglichen 6000 M zu genehmigen ersucht.

Beide Anträge werden von Herrn Uhde namens der Statutencommission für den Fall zur Annahme empfohlen, daß die überschießenden 1000 M unter keinen Umständen demnächst etwa auf Straßenbaukosten zur Anrechnung kommen, sondern die gesammten 6000 M au fonds perdu gezahlt seien.

Herr Stadtrath Ketemeyer erklärt, daß der Magistrat mit diesem Antrage umsomehr einverstanden sei, als über kurz oder lang an die Stadt doch die Aufgabe herantreten werde, eine Vollbrücke zu bauen und für die Stadt demnächst noch Kosten genug entstehen werden.

Herr Sievers ist überrascht, daß an die Stadt die Verpflichtung herantreten solle, eine Brücke an jener Stelle zu bauen, da bei früheren bezüglichlichen Verhandlungen immer gesagt sei, solche Verpflichtung werde dem Bauunternehmer Bannow auferlegt werden.

Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet, daß hier eine Verwechselung vorliegen müsse, denn es könne sich nicht um Bannow, sondern höchstens um den Schlossermeister Meyerhoff handeln, von welchem vielleicht einmal gesagt sei, daß er dort eine Brücke bauen werde, wenn auch Niemand daran gedacht haben könne, den Bau einer Vollbrücke mit einem Kostenaufwande von 75000 M zu verlangen.

Herr Ramdohr erinnert sich aus den früheren Verhandlungen im Stadtbauamte, daß bei Genehmigung des Bebauungsplanes des damaligen Meyerhoff'schen Grundstückes eine Verbindung mit der Wendenmash bereits vorgesehen sei; von einer Verpflichtung zum Bau einer Brücke sei aber damals nicht die Rede gewesen.

Auf die Frage des Herrn Wolff I, ob die Stadt die erheblichen Kosten für Ankauf des Stern'schen Terrains bei demnächstiger Durchführung der Straße wieder ersetzt erhalten würde, erwidert

Herr Stadtrath Ketemeyer, daß sich solches annehmen lasse. Dem Schlosser Stern, welcher an der Westseite der neuen Straße gleich bauen wolle, sei bereits

eröffnet, daß er die Straßenbaukosten einzuzahlen habe. Ob und wann aber die gesammten Kosten eingehen werden, lasse sich zur Zeit noch nicht bestimmen, weil man noch nicht wisse, wann die Grundstücke auf der Ostseite bebaut werden und vorher erst noch die alte Wendenmarschstraße aufzuheben sei. Immerhin befinde sich die Stadt in der Lage, die Kosten auf die Anlieger zu repartiren. Da nun über kurz oder lang der Hauptcanal in der Gegend gelegt werden müsse, so sei die Straße baldigst auszubauen, er bitte deshalb, die Forderung zu bewilligen, zumal bei der Expropriation auch kein besseres Resultat für die Stadt erzielt werden könne.

Die gesammte Vorlage wird darauf mit dem Antrage der Statutencommission genehmigt.

#### XIV. Anlegung einer Privatstraße am Windmühlenberge.

Der Zimmermeister Joh. Wille beabsichtigt, sein an der Augustthorpromenade Nr. 7 belegenes Grundstück mit Häusern zu bebauen. Um die einzelnen Grundstücke zugänglich zu machen, soll am Windmühlenberge entlang eine 7 m breite Straße angelegt werden, welcher, da sie für den öffentlichen Verkehr zur Zeit ohne Bedeutung ist, die Eigenschaft einer Privatstraße beizulegen sein dürfte. Der Magistrat ersucht um Genehmigung des dieserhalb mit Wille aufgenommenen Vertrages.

Wie Herr Uhlde berichtet, ist in der Statutencommission verschiedentlich über diese Vorlage verhandelt und die Commission schließlich einstimmig zu der Ueberzeugung gelangt, die Annahme des Vertrages der Versammlung empfehlen zu sollen. Bei Bebauung des Grundstückes handle es sich um die Anlage eines 7 m breiten Weges an der Südgrenze des Windmühlenberges entlang und solle die Straße gegen diesen hin mittelst eines eisernen 2 m hohen Staketes auf hohem Sockel eingefriedigt werden. Möglich sei es auch, daß das Grundstück an der Ostseite des Windmühlenberges einmal von Bauspeculanten ausgenutzt und diese Privatstraße dann um den ganzen Berg herum gezogen werde.

Die Versammlung erklärt sich darauf mit der Annahme des Vertrages einverstanden.

#### XV. Einrichtung von acht neuen Bürgerschulclassen.

Bei den städtischen Bürgerschulen sind infolge der beim Beginne des neuen Schuljahres eintretenden Besuchszunahme im Ganzen 8 neue Classen einzurichten, für deren Besetzung nur 4 neue Lehrerstellen erforderlich werden, nachdem durch Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrer einstweilen 4 Lehrerstellen entbehrlich geworden sind. Außerdem muß noch für 2 wegen Krankheit auf ein Jahr beurlaubte Lehrer Ersatz geschaffen werden, so daß im Ganzen 6 Lehrer zu berufen

sind. Hiervon sollen 3 mit dem Anfangsgehalte von 1350 M fest angestellt und 3 noch nicht im 26. Lebensjahre stehende Bewerber gegen eine Remuneration von je 1100 M angenommen werden. Zur Besoldung dieser 6 Lehrkräfte sind für 9 Monate des laufenden Jahres 5512,50 M erforderlich, deren Bewilligung der Magistrat, ebenso wie die Kosten der ersten Einrichtung für die im alten Polytechnicum unterzubringenden Classen mit 200 M und 100 M für Beaufsichtigung der Classen beantragt.

Herr Rudeloff hat namens der Schulcommission die Vorlage zu befürworten und die Versammlung genehmigt dieselbe.

### XVI. Verpachtung der städtischen Badeanstalt.

Der Neubau der städtischen Badeanstalt wird voraussichtlich zu Anfang Mai d. Js. vollendet werden und es erscheint dem Magistrate daher geboten, bei Zeiten über den Betrieb der Anstalt Beschluß zu fassen. Derselbe hält für angemessen, daß die Anstalt im Wege des öffentlichen Meistgebots verpachtet werde und zwar unter den mit überreichten Bedingungen, welche der Magistrat zu genehmigen bittet.

Namens der Finanzcommission berichtet hierüber Herr Sievers: In der Commission sei dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die Verpachtung erst jetzt ausgeschrieben werde, weil die Befürchtung vorliege, daß in Folge der kurzen Zeit bis zur Inbetriebnahme der Anstalt nur eine geringe Auswahl an Bewerbern sich melden werde. Magistratsseitig sei darauf erwidert, daß man von der Ausschreibung bislang Abstand genommen habe, weil man es nicht für angemessen halte, die Verpachtung nur nach der Zeichnung vorzunehmen, sondern habe warten wollen, bis von der Anstalt etwas Greifbares fertiggestellt sei. Wenn diese Ansicht auch etwas für sich habe, so bleibe doch die Befürchtung bestehen, daß man nur mit einer kleinen Anzahl Bewerber zu thun haben werde. Bei der dann folgenden Verlesung der Pachtbedingungen bemerkt der Herr Berichterstatter zu §. 7, daß nach einer alten Ueberlieferung aus der Zeit, als das Waisenhaus die Grundfläche zu der Badeanstalt an die Stadt verkauft habe, die Waisenhauskinder zu der vorgeesehenen geringen Summe die Anstalt benutzen können, daß indessen die Direction des Herzoglichen Waisenhauses sich voraussichtlich auf Antrag bereit erklären würde, einen etwas erhöhten Betrag zu gewähren, wenn auch zur Zeit keine Veranlassung vorliegen dürfte, einen derartigen Antrag zu stellen. Zu §. 8 beantragt die Commission die Aufnahme der Zusatzbestimmung, daß die Anstalt wenigstens vom 15. Mai bis zum 15. September geöffnet bleibe.

Herr Hauswaldt bittet, in den §. 8 außerdem noch die Bestimmung aufzunehmen, daß die Badeanstalt den ganzen Tag geöffnet bleibe, da durch den jetzigen

Brauch, die Anstalt unter Mittag zu schließen, die in den kaufmännischen Geschäften thätigen Leute außer Stand gesetzt werden, zu baden. Er halte eine fortwährende Oeffnung der Anstalt am Tage für nothwendig und sei überzeugt, daß sich an eine solche Bestimmung kein Pächter stoßen werde.

Herr Sievers bemerkt, daß die Schließung der Anstalt unter Mittag früher contractlich festgestellt sei, während man dem neuen Pächter erlauben wolle, dieselbe während des ganzen Tages offen zu halten und werde derselbe solches auch schon im eigensten Interesse thun.

Herr Reiche hat in Erfahrung gebracht, daß die Schließung während der Mittagsstunden auf ärztliche Anordnung von der Herzoglichen Polizei-Direction verfügt worden, weil das Baden kurz nach dem Essen gesundheitschädlich sei.

Herr Hauswaldt kann die Berechtigung einer solchen Anordnung nur dann anerkennen, wenn alle Bewohner der Stadt zu gleicher Zeit essen, da dieses aber nicht der Fall sei, so könne man auch unmöglich eine derartige Anordnung getroffen haben.

Herr Stadtrath Ketemeyer theilt mit, daß der jetzige Pächter über die fragliche Bestimmung häufig geklagt und der Magistrat deshalb in die Bedingungen die Vorschrift aufgenommen habe, daß die Schließung dem Ermessen des Pächters überlassen bleiben solle. Empfehlenswerth möchte es sein, eventuell wenigstens anzugeben, während welcher Tagesstunden die Anstalt offen gehalten werden müsse, da die Vorschrift „von Morgens bis Abends“ zu unbestimmt sei und man andererseits den Leuten während der Mittagszeit vielleicht von 2—3 Uhr wohl eine Ruhepause gönnen könne, zumal dann doch außerordentlich wenig gebadet werde.

Herr Nieß stimmt den Ausführungen des Herrn Hauswaldt bei und bringt in Vorschlag, zu bestimmen, daß die Schließungszeiten mit Genehmigung des Magistrates festzusetzen seien, weil hierdurch Beweglichkeit in die Festsetzung der Stunden komme.

Herr Hauswaldt kann die Bestimmung hinsichtlich der Schließung während der Mittagszeit für eine große Stadt nicht billigen und möchte vorschlagen, dem Sinne nach zu sagen, daß die Anstalt während der hellen Tageszeit offen zu halten sei.

Herr Ramdohr steht auf dem Standpunkte des Herrn Stadtrath Ketemeyer und bittet, so wenig wie möglich Zwang in die Bedingungen zu legen, weil der Pächter schon im eigensten Interesse dem Publicum auch in dieser Beziehung entgegenkommen werde.

Herr Nieß bittet, auf den Pächter nicht gar zu viel Rücksicht zu nehmen, da man sich bei Abschließung eines solchen Vertrages doch nicht vollständig in die Hände des Pächters geben wolle. Er stelle daher den Antrag, zu bestimmen, daß

die Stunden während welcher der Pächter die Anstalt schließen wolle, nur mit Genehmigung des Magistrates festgesetzt werden können.

Herr Sievers empfiehlt, in solchem Falle die Bestimmung zu treffen, daß der Zeitpunkt der Eröffnung und Schließung des Betriebes, sowie die Dauer des Badens, soweit eine Schließung der Anstalt am Tage beabsichtigt werde, nur mit Genehmigung des Magistrates festzustellen sei.

Herr Stadtrath Ketemeyer bringt in Vorschlag, die fragliche Bestimmung in folgender Fassung anzunehmen: „Ebenso soll dem Pächter überlassen bleiben, den Zeitpunkt der Eröffnung und Schließung des Betriebes, sowie — mit Zustimmung des Magistrates — die Tageszeiten, während welcher der Besuch der Anstalt dem Publicum freisteht, zu bestimmen, wobei jedoch ausbedungen wird, daß die Anstalt wenigstens vom 15. Mai bis 15. September geöffnet bleibe“.

Die Versammlung erklärt sich mit dieser Fassung einverstanden.

Auf Anregung des Herrn Vorsitzenden beschließt die Versammlung weiter, dem Magistrate anheimzugeben, die Bestimmungen des §. 12 dahin zu ergänzen, daß das Pachtgeld auch dann für das ganze Jahr zu zahlen sei, sofern der Pächter im Spätjahre sterbe und daß der Pachtvertrag aufgelöst werden könne, wenn der Pächter das Pachtgeld nicht rechtzeitig bezahle, oder in anderer Weise den Bedingungen wiederholt zuwiderhandle.

Zum §. 13 beantragt die Finanzcommission nach dem weiteren Berichte des Herrn Sievers, den Magistrat zu ermächtigen, die Wahl unter den Bewerbern selbstständig zu treffen, oder höchstens unter Zuziehung der Finanzcommission, weil es bei der Kürze der Zeit zu schwierig sein würde, die Versammlung dieserhalb einzuberufen.

Herr Hauswaldt giebt anheim, bei der Wahl des Pächters mehr auf eine passende Persönlichkeit, als auf die Höhe des Pachtgeldes zu sehen und nicht etwa dem Höchstbietenden ohne Weiteres den Zuschlag zu ertheilen. In diesem Falle empfehle sich das Meistgebotsverfahren gar nicht, weil ein zu hoch gezahltes Pachtgeld doch nur wieder von den Badegästen herausgeschlagen werde.

Herr Reiche kann diesen Ausführungen nur beistimmen und weist auf die Verpachtung der Wirthschaft im Stadtparke hin, bei welcher die Stadt gut gefahren sei, ohne dem Höchstbietenden ohne Weiteres den Zuschlag ertheilt zu haben.

Nachdem sich noch die Herren Ramdohr und Hauswaldt zu diesem Punkte geäußert hatten, wird der §. 13 und ebenso der §. 14, damit aber die ganze Vorlage von der Versammlung nach den Anträgen der Finanzcommission angenommen, und die Auswahl unter den Bewerbern für das Mal dem Magistrate in Gemeinschaft mit der Finanzcommission überlassen.

## XVII. Aenderung des Ortsbauplanes der westlichen Außenstadt.

In Folge des geplanten Neubaus des Herzoglichen Krankenhauses auf der Klosterländerei „bei dem Gerichte“ ist es erforderlich, die im Ortsbauplane vorgesehenen, das fragliche Bauterrain durchschneidenden Straßen aufzuheben und ersucht der Magistrat im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte, diese Aufhebung zu beschließen. Das Stadtbauamt hält es aber für wünschenswerth, daß auf dem Terrain zwischen der Landeseisenbahn und der Hildeheimerstraße eine weitere Verbindung zwischen Celler- und Roßstraße zur Ausführung komme und beantragt, eine neue Straße von 17 m Breite, welche gegenüber der Eichthalstraße in die Cellerstraße einmündet, in den Ortsbauplan aufnehmen zu lassen. Der Magistrat kann nach Prüfung dieses Antrages die Aufnahme der Straße z. B. nicht für erforderlich erachten und schließt sich demselben daher nicht an.

Die Baucommission vermag nach dem Berichte des Herrn Weber die letztere Ansicht des Magistrates nicht zu theilen und giebt daher anheim, die Aufhebung der erstgedachten beiden Straßenprojecte zu genehmigen, gleichzeitig aber den Magistrat zu ersuchen, die vom Stadtbauamte in Vorschlag gebrachte neue Straße in den Ortsbauplan aufnehmen zu lassen.

Die Versammlung beschließt in diesem Sinne.

## XVIII. Anfrage des Herrn Wolff I wegen Instandsetzung verschiedener Wege.

Die Anfrage lautet:

Unter Hinweis auf den am 23. October v. Js. von mir gestellten, am 13. November von der Stadtverordneten-Versammlung genehmigten Antrag (Seite 236 und 261 des Prot.), die Instandsetzung der Fußwege an der Celler-, Hildeheimer-, Roß- und Wolfenbüttlerstraße betreffend, gestatte ich mir, an den verehrlichen Magistrat die Anfrage zu richten, welche Schritte in dieser Beziehung bislang gethan sind und zu welchen Ergebnissen dieselben geführt haben.

Zur Begründung führt der Herr Fragesteller aus, daß der Antrag s. B. auch außerhalb der Versammlung viel Freude hervorgerufen habe und man nun nach sechs Monaten wohl wissen möchte, was aus demselben geworden sei.

Zur Beantwortung der Anfrage erklärt sich Herr Stadtrath Metemeyer bereit: In Veranlassung des von der Versammlung derzeitig gefaßten Beschlusses sei sofort an die Staatsbehörde geschrieben und habe die Herzogliche Baudirection jetzt die Mittheilung gemacht, daß Aussicht vorhanden sei, den Weg auf der Hildeheimerstraße von der Celler- bis zur Goslarschenstraße baldigst auszubauen; da indessen erst die erforderlichen Gelder bewilligt werden müssen und dort auch ein

Hauptjammel-Canal anzulegen sei, so werde sich die Instandsetzung doch noch etwas verzögern, der Magistrat wolle daher wenigstens auf thunlichst baldige Herrichtung eines Fußweges hinzuwirken suchen. Bezüglich der Fußwege auf der Geller- und Wolfenbüttlerstraße sei eine Entschliebung der staatlichen Behörden noch nicht erfolgt. Wenn indessen von dem Magistrate als selbstverständlich vorausgesetzt sei, daß die Anlieger auf das für sie vollständig werthlose Wegeterrain ohne jeden Vorbehalt verzichten würden, so bezweifle er jetzt, daß solches geschehen werde, was man allerdings bedauern müsse. Bezüglich der Roßstraße sei die Städtische Bauverwaltung mit einem entsprechenden Auftrage versehen.

Die öffentliche Sitzung wird darauf geschlossen.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung die Anstellung des Hilfschreibers Glasing als Magistratschreiber und des Cassirers Piepenbrinck als Bureau-Vorsteher für die städtischen Gas- und Wasserwerke mit einem Gehalte von 4200 M, während in gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten Steuer-Reclamationen in der Recursinstanz Erledigung finden.

Schluß 7<sup>1/2</sup> Uhr.

---



# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 21. Mai 1891.

Öeffentlich:

|        |                                                                             |            |
|--------|-----------------------------------------------------------------------------|------------|
| I.     | Verlegung der Bedürfnisanstalt am Hohenthore . . . . .                      | Seite 210. |
| II.    | Einfriedigung der Wasserfilter . . . . .                                    | " 211.     |
| III.   | Gesuch des Händlers Grübbeling wegen Bebauung seines Grundstückes . . . . . | " 211.     |
| IV.    | Anleihe der Stadt . . . . .                                                 | " 212.     |
| V.     | Uebersicht über das Stadtvermögen . . . . .                                 | " 224.     |
| VI.    | Einsprachen gegen die Baulinie an der Neuenstraße . . . . .                 | " 224.     |
| VII.   | Errichtung von Markthallen . . . . .                                        | " 225.     |
| VIII.  | Änderung des Pferdebahntarifs . . . . .                                     | " 231.     |
| IX.    | Maßnahmen wegen des Koch'schen Heilverfahrens . . . . .                     | " 232.     |
| X.     | Uebnahme der Bammelburgerstraße . . . . .                                   | " 232.     |
| XI.    | Änderung der Baulinie am Sandwege . . . . .                                 | " 233.     |
| XII.   | Veränderung einer Straßenfläche an der Wilhelmstraße . . . . .              | " 234.     |
| XIII.  | Statut, betr. die Errichtung eines Gewerbegerichtes . . . . .               | " 234.     |
| XIV.   | Austausch von Grundflächen am Kuhfäutchenplatze . . . . .                   | " 235.     |
| XV.    | Einsprachen gegen den Ortsbauplan der westlichen Außenstadt . . . . .       | " 235.     |
| XVI.   | Ortsbauplan und Erwerb einer Straßenfläche am Wolfscampe . . . . .          | " 235.     |
| XVII.  | Unterbringung von Feuerlöschgeräthschaften . . . . .                        | " 236.     |
| XVIII. | Vertrag wegen Ausbaues einer Straße vor dem Wilhelmithore . . . . .         | " 237.     |
| XIX.   | Erwerb einer Straßenfläche an der Bertramstraße . . . . .                   | " 238.     |

|        |                                                                            |            |
|--------|----------------------------------------------------------------------------|------------|
| XX.    | Erwerb eines Lagerplatzes für Straßenbaumaterialien . . . . .              | Seite 238. |
| XXI.   | Verkauf des Nidel'schen Restgrundstückes . . . . .                         | " 238.     |
| XXII.  | Vergebung der Verwaltung der Freibadeanstalt . . . . .                     | " 238.     |
| XXIII. | Vergleich mit dem Schankwirth Arnold . . . . .                             | " 239.     |
| XXIV.  | Ueberrahme des Abdenkmals seitens der Stadt . . . . .                      | " 240.     |
| XXV.   | Anfrage des Herrn Rieß wegen der Fertigstellung des Madamenweges . . . . . | " 240.     |

Vertraulich:

|                                                                                    |        |
|------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| Ueberrahme eines Nebenamtes durch den Stadtbaurath Winter . . . . .                | " 240. |
| Wahl von Armenpflegern . . . . .                                                   | " 240. |
| Wahl von Abgeordneten zum Städtetage . . . . .                                     | " 240. |
| Gesuch um Erlaß einer Abgabe . . . . .                                             | " 240. |
| Pensionirung des Lehrers Röttger . . . . .                                         | " 240. |
| Pensionirung der Lehrerin Auguste Stahl . . . . .                                  | " 240. |
| Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels . . . . .                         | " 240. |
| Besprechung wegen der Ueberrahme von Nebenämtern durch städtische Beamte . . . . . | " 240. |

Am Magistratsztische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer und Meyer, sowie Assessor von Frankenberg-Ludwigsdorff.

Entschuldigt die Herren Blasius und Reiche.

Der Vorsikende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und verliest zunächst ein Allerhöchstes Schreiben folgenden Inhalts:

„Der Stadt-Magistrat und die Stadtverordneten der Residenzstadt Braunschweig haben es sich auch anlässlich Meines diesjährigen Geburtstages nicht nehmen lassen wollen, in einer kunstvollen Adresse Mir das Gelöbniß fester Treue zu erneuern und herzliche Glückwünsche auszusprechen. Dieser Ausdruck der Gefinnungen der Behörden der Residenzstadt, deren Wohlfahrt zu fördern immerdar Mein eifriges Bestreben sein wird, hat Mir eine besondere Freude bereitet und Ich gebe dem Stadt-Magistrate und den Stadtverordneten hierdurch gern Meinen lebhaften Dank zu erkennen.  
Schloß Blankenburg, den 10. Mai 1891. Albrecht, Prinz von Preußen.

Die Versammlung hört dasselbe stehend an.

Nachdem hierauf die Protocolle N<sup>o</sup> 6—8 von der Versammlung genehmigt waren, wird in die Tagesordnung eingetreten.

# I. Verlegung der Bedürfnisanstalt am Hohenthore.

Auf Antrag der Finanzcommission, für welche Herr Wolff I berichtet, wird der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt, weil der kürzlich begonnene Umbau

der Brücke am Hohenthore von ganz wesentlichem Einflusse auf die künftige Stellung und Gestaltung der neuen Bedürfnisanstalt sein werde und es nicht geräthen erscheine, den sich dort entwickelnden Verhältnissen vorzugreifen.

## II. Einfriedigung der Wasserfilter.

Die von der Versammlung in der Sitzung vom 28. November v. Jrs. angeregte Einfriedigung der Filter des städtischen Wasserwerkes soll nach einer zwischen dem Oberingenieur Witgau und der Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke getroffenen und vom Magistrate gebilligten Vereinbarung von dem Maschinenhause ab an der Ostseite des Reinwasserbassins vorbei bis zum ersten Filter durch dreisträngigen glatten Draht und von da ab an der Ost- und Südseite der Filter vorbei bis zur Oker durch dreisträngigen Stacheldraht geschehen. Die Einfriedigung würde etwa 1 Meter hoch sein und durch schmiedeeiserne Pfosten und Stützen gehalten werden; auch ist zwischen dem Reinwasserbassin und dem ersten Filter eine verschließbare eiserne Thür vorgesehen. Der Magistrat beantragt, die Art der Einfriedigung zu genehmigen und die dafür aufzubewendenden Kosten mit 750 M. zu bewilligen.

Die Baucommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Weber von der Nothwendigkeit der Herstellung einer solchen Einfriedigung nicht überzeugen können, da dort eine gut angéangene Dornenhecke angepflanzt sei, welche Kindern, Dienstmädchen und sonstigen Passanten gegenüber einen genügenden Abschluß gewähre, während andererseits für Selbstmörder auch die hier in Aussicht gestellte Einfriedigung nicht genüge. Die von der Commission daraufhin beantragte Ablehnung der Vorlage

wird von der Versammlung beschlossen.

## III. Gesuch des Händlers Grübbling wegen Bebauung seines Grundstücks.

Der Händler Louis Grübbling hat sich an die Versammlung mit der Bitte gewandt, ihm die Erbauung eines Doppelwohnhauses auf seinem Grundstücke an der Ecke von Kreuz- und Ringstraße zu gestatten, nachdem ihm die Genehmigung hierzu vom Stadtbauamte verweigert sei.

Die Baucommission läßt durch Herrn Uhde die Ueberweisung des Gesuches an den Magistrat befürworten, da die Versammlung sich auf eine Prüfung der vorgetragenen Verhältnisse nicht einlassen könne und sie auch nicht competent sei, auf die Entschlieûungen des Stadtbauamtes einzuwirken.

Herr Rieke erkennt an, daß der Mann durch die Verhältnisse schwer geschädigt werde, indem man ihm doppelte Straßenbaukosten auferlege. Es lasse sich

indessen seitens der Versammlung nichts für denselben thun und könne ihm nur gerathen werden, sich an das Staats-Ministerium dieserhalb zu wenden.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß der Antragsteller mit dem Stadtbauamte jezt einig sei und nur die Straßenbaukosten einzahlen solle. Auf die Erklärung desselben, zur Einzahlung dieser Kosten nicht im Stande zu sein, sei ihm gerathen, das Bauen lieber ganz zu unterlassen.

Die Versammlung genehmigt darauf den Commissionsantrag.

#### IV. Anleihe der Stadt.

Nach einer der Versammlung zugegangenen eingehenden Magistratsvorlage erwächst der Stadt alsbald ein durch eine Anleihe zu deckender Geldbedarf:

|                                             |            |
|---------------------------------------------|------------|
| für das Gaswerk in Höhe von . . . . .       | 850 000 M, |
| für den Canalbaufonds in Höhe von . . . . . | 841 300 "  |

zusammen 1 691 300 M.

Der Magistrat geht davon aus, daß diese Anleihe behuf Sicherung einer festen und nicht allzu drückenden Amortisation durch Ausgabe von in längerzeitiger Frist auszulösenden Schuldverschreibungen zu contrahiren sei, und daß das zwischen der Stadt und dem Kreiscommunalverbande Braunschweig gesetzlich bestehende Rechtsverhältniß, sowie der Umstand, daß die auf den Inhaber lautenden und unter Hinzutritt der Garantie der hiesigen Stadt ausgestellten Schuldverschreibungen des Kreiscommunalverbandes durch Landesgesetz den Staatspapieren in Bezug auf formelle Sicherheit gleichgestellt worden sind, es angezeigt erscheinen lassen, die Anleihe beim Kreiscommunalverbande aufzunehmen und dem letzteren die Beschaffung der dazu erforderlichen Mittel durch Ermächtigung zur Ausgabe von Obligationen zuzuführen, deren Tilgung durch Auslösung von jährlich  $\frac{1}{2}$  0/0 und den Zinssparnissen, wie für die früheren Anleihen bestimmt worden, zu erfolgen haben würde. Nachdem nun der Kreiscommunalverband zur Beschaffung des außerordentlichen Geldbedarfs der Stadt bereits dreimal Schuldverschreibungen — im Jahre 1880 anderthalb Millionen Mark, im Jahre 1884 zwei Millionen Mark und im Jahre 1887 fünf Millionen Mark — ausgegeben hat, und da die Ausgabe von Schuldverschreibungen zu kleineren, in kurzen Zwischenräumen sich erneuernden Anleihen keineswegs einen besonders günstigen Verkaufscours erhoffen läßt, dagegen aber die Anordnung, Uebersicht und Controle der Schuldenverwaltung unnöthig erschweren würde, so hält es der Magistrat für angezeigt, daß man sich behuf Bemessung der Höhe der jezt zu beschließenden, wenn auch erst allmählig in bedarfsmäßigen Theilbeträgen zu verwirklichenden Anleihe zunächst den Umfang der in absehbarer Zeit etwa zu berücksichtigenden außergewöhnlichen Aufwendungen

möglichst zu veranschaulichen und dabei zu prüfen habe, ob und bis zu welcher Grenze die Finanzlage der Stadt diese Aufwendungen zu machen gestatte, ob im Besonderen die Steuerkraft der Einwohnerschaft die daraus sich ergebende Zins- und Tilgungslast zu tragen im Stande sei.

Bei Ermittlung des bevorstehenden außerordentlichen Geldbedarfs läßt der Magistrat die voraussichtlichen Aufwendungen für den bedarfsmäßigen Neubau von Bürgerschulen nach dem von ihm schon früher geltend gemachten Grundsatz unberücksichtigt, daß derartige Ausgaben, weil in kurzen Zwischenräumen wiederkehrend, nicht aus Anleihen, vielmehr aus den eigenen Mitteln des Extraordinarii der Stadtcasse, im Besonderen aus den in das letztere fließenden und zur Bestreitung der Schulbaulasten voll ausgiebigen Betriebs-Gewinnen des Gaswerks und des Wasserwerks (im Jahre 1889 bezw. 177 596,27 M und 65 763,74 M) zu decken seien.

Unter Voranstellung der für außerordentliche Zwecke bereits beschlossenen, aber noch nicht gemachten, bezw. noch nicht endgültig gedeckten Ausgaben giebt der Magistrat sodann eine Uebersicht über die in absehbarer Zeit nothwendigen, bezw. im Interesse der Stadtwohlfaht wünschenswerthen Aufwendungen, welche sich wie folgt darstellt:

|                                                                                                 |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| Neubau der zweiten Gasfabrik und Neuanlagen bei der alten Fabrik (bereits verausgabt) . . . . . | 850 000 M |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|

Neubau der Husaren-Etablissements, nämlich:

|                                                                              |           |
|------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| rückständiges Kaufgeld für die hierzu erworbene Waisenhausländerei . . . . . | 114 730 M |
|------------------------------------------------------------------------------|-----------|

|                                                              |           |
|--------------------------------------------------------------|-----------|
| letzte Rate des Baarzuschusses zu den Neubaukosten . . . . . | 250 000 " |
|--------------------------------------------------------------|-----------|

---

364 730 "

|                                                        |             |
|--------------------------------------------------------|-------------|
| Kieselfelder nebst Pumpstation und Druckrohr . . . . . | 1 773 750 " |
|--------------------------------------------------------|-------------|

|                                                          |           |
|----------------------------------------------------------|-----------|
| Kaufpreis des Meyer'schen Hauses am Langenhofe . . . . . | 135 000 " |
|----------------------------------------------------------|-----------|

|                                                                                                                                    |          |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| Erwerb der vor dem Augustthore belegenen Cammer-Wiesen nach Abzug der dazu von einem hiesigen Bürger geschenkten 25 000 M. . . . . | 16 000 " |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|

|                       |           |
|-----------------------|-----------|
| Markthallen . . . . . | 350 000 " |
|-----------------------|-----------|

|                              |           |
|------------------------------|-----------|
| Elektricitätswerke . . . . . | 500 000 " |
|------------------------------|-----------|

|                       |             |
|-----------------------|-------------|
| Canalbauten . . . . . | 2 703 930 " |
|-----------------------|-------------|

|                                                             |          |
|-------------------------------------------------------------|----------|
| Vervollständigung des Straßenreinigungs-Instituts . . . . . | 65 000 " |
|-------------------------------------------------------------|----------|

|                        |           |
|------------------------|-----------|
| Stadthausbau . . . . . | 975 000 " |
|------------------------|-----------|

---

Seite 7 733 410 M

Uebertrag 7 733 410 M

Straßenbauten und öffentliche Plätze, nämlich:

Straßenverbreiterungen im Innern der Stadt 131 590 M

Ausbau neuer Straßen . . . . . 263 000 "

Herstellung fester Fußwege auf den außer-  
städtischen Straßen . . . . . 50 000 "

öffentliche Plätze . . . . . 70 000 "

514 590 "

Gebäude für die Fortbildungs- und Gewerbeschule . . . . . 200 000 "

Krankenhaus-Neubau. . . . . 360 000 "

Museumsgebäude . . . . . 400 000 "

Hinzuzurechnen wird noch sein:

ein Capitalaufwand von . . . . . 1 000 000 "

zur Ausführung des Programmes über die Neuordnung  
der kirchlichen Verhältnisse, da dieses Capital durch Ver-  
mittlung der politischen Gemeinde beschafft werden soll.

Uebersicht 10 208 000 M

Der aus dieser, magistratsseitig eingehend erläuterten und begründeten Zu-  
sammenstellung sich ergebende Geldbedarf wird im Laufe der nächsten Jahre durch  
Eingang der nachstehenden Tagwerthe, als:

der bisherigen Fufaren-Etablissements . . . . . 1 173 500 M

des aus Anleihemitteln gekauften ehemaligen Collegii Carolini 210 000 "

des jetzigen Stadthauses . . . . . 170 200 "

des „alten Armenhauses“ . . . . . 49 000 "

in Höhe von annähernd 1 602 700 M

gedeckt werden, so daß das Anleihebedürfniß für die in Rechnung gezogenen außer-  
ordentlichen Aufwendungen auf baar 8 605 300 M beziffert werden darf. Rechnet  
man, in vorausgesetzter Ausgabe vierprocentiger Schuldverschreibungen einen Cours-  
gewinn von durchschnittlich  $1\frac{1}{4}\%$  (auf 8 500 000 M = 106 250 M), so ergibt  
sich eine Anleihe im Nennwerthe von 8 500 000 M.

Zur Ermittlung der aus einer Anleihe in dieser Höhe sich für die Communal-  
steuer ergebenden, einstweilen zu jährlich  $4\frac{1}{2}\%$  angenommenen, Zins- und Til-  
gungslast sind aus den Anleihezwecken auszuscheiden

der Bedarf des Gaswerks mit . . . . . 850 000 M

von dem Kaufpreise für das Meyer'sche Haus der Betrag von 70 000 "

in der Annahme, daß dieser Betrag durch Mietheinnahmen  
werde gedeckt werden;

Seite 920 000 M

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |           |             |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|-------------|
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | Uebertrag | 920 000 M   |
| der Kaufpreis für die Cammerwiesen vor dem Augustthore mit<br>da dieser durch die Pachterträge gedeckt wird;                                                                                                                                                                                                                                                                                    |           | 16 000 "    |
| der Aufwand für die Markthallen mit . . . . .                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |           | 350 000 "   |
| da die zu dessen Verzinsung und Tilgung sowie für ihre Verwaltung und Unterhaltung erforderlichen Summen durch die Marktgebühren aufzubringen sein werden;                                                                                                                                                                                                                                      |           |             |
| der Aufwand für die elektrische Centralanlage mit . . . . .                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |           | 500 000 "   |
| indem angenommen werden darf, daß die Mittel zur Verzinsung und Tilgung des Anlagecapitals, wie auch zur Bestreitung der Betriebs- und Unterhaltungskosten durch die Einnahme aus der Lichtabgabe werden gewonnen werden;                                                                                                                                                                       |           |             |
| von der zu 2703 930 M überschlagenen Canalbau Summe zunächst diejenigen 469 500 M, welche zur Abzahlung einer schon jetzt verzinlichen Schuld verwandt werden sollen; sodann von dem Restbetrage zwei Drittheile, welche nach statutarischer Vorschrift den Besitzern der an das Canalnetz angeschlossenen Wohngebäude und gewerblichen Etablissements zur Last fallen; zusammen rund . . . . . |           | 1 959 000 " |
| das Capital für Zwecke der kirchlichen Neuordnung, da dasselbe nicht zu Lasten der Gesamtheit der Communalsteuerepflichtigen, vielmehr durch eine Kirchensteuer in Form eines Zuschlages zur Communalsteuer für die bei den Stadtkirchen Eingepfarrten zu verzinsen und zu tilgen ist . .                                                                                                       |           | 1 000 000 " |
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | Insgesamt | 4 745 000 M |
| Hiernach werden von der oben zu                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |           | 8 500 000 " |
| berechneten Anleihe                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             |           | 3 755 000 M |

der Communalsteuer zur Last fallen.

Bei Annahme einer Verzinsung dieses Capitals von 3 755 000 M mit jährlich 4 pCt. und einer Tilgung desselben mit jährlich  $\frac{1}{2}$  pCt. und den Zinssparnissen ergibt sich zu Lasten der Communalsteuer bis zur Tilgung der Anleihe eine jährliche Ausgabe von 168 970 M. Dieser Summe ist noch diejenige Mehrausgabe hinzuzurechnen, welche der Stadt bei Einführung elektrischer Beleuchtung von Straßen (an Stelle von 400 Gaslaternen) gegenüber dem jetzigen Aufwande für Gasverbrauch, theilhaftig mit etwa 9000 M jährlich erwachsen dürfte, so daß die der Communalsteuer zur Last fallende Verzinsung und Tilgung der Anleihe mit

Einschluß dieses ebengedachten Mehraufwandes eine jährliche Ausgabe von rund 178 000 M erfordern würde.

Die in dem letztverflossenen Jahrzehnte gemachten Erfahrungen zeigen nun, daß in einem die Zunahme der Steuerkraft und das Wachsthum der übrigen Einnahmequellen nicht allein aufwiegenden, vielmehr in Etwas übersteigenden Verhältnisse die regelmäßigen Ausgaben gewachsen sind, so daß, falls nicht etwa neue Einnahmequellen aufgeschlossen werden sollten, die Mittel zur Verzinsung und Tilgung der in Aussicht genommenen Anleihe nur durch erhöhte Anspannung der Steuerkraft werden aufgebracht werden können. Bei der Nothwendigkeit, bezw. hohen Wichtigkeit der Anleihezwecke für die Wohlfahrt der Stadt und ihrer Einwohnerschaft darf und muß indessen nach der Ansicht des Magistrates der Steuerkraft die daraus erwachsende Belastung zugemuthet werden. Solche Belastung wird übrigens im nächsten Jahre voraussichtlich überall noch nicht und später erst allmählig, je nach fortschreitender Ausführung der einzelnen Anleihezwecke, wirksam werden und voll erst mit dem auf etwa 5 Jahre hinauszuschiebenden Beginne der Tilgung der Anleihe eintreten.

Wenn aber die Versammlung mit dem Magistrate der Ansicht sein sollte, daß ein Hinabgehen mit den Gas- und Wasserpreisen nicht angezeigt erscheine und daß in Anbetracht der jährlichen Rückstellungen für Erweiterungs- und Erneuerungszwecke (für das Gaswerk 45 000 M und für das Wasserwerk 35 000 M), event. unter Erhöhung des Jahresbetrages dieser Rückstellungen, es wirthschaftlich zulässig sei, diejenigen Gewinnbeträge dieser Werke, welche über den von ihnen zu deckenden Bedarf für Schulhausbauten hinausgehen, dem Extraordinarium der Stadtcasse entzogen und zur Tragung der aus dieser neuen Anleihe erwachsenden Zins- und Tilgungslast herangezogen werden, so würde mit der letzteren die Communalsteuer — abgesehen von der einem Theile der Steuerpflichtigen aus der kirchlichen Neuordnung mit jährlich etwa 45 000 M erwachsenden Last — wohl nur zu einem nicht allzu schwer in das Gewicht fallenden Betrage von jährlich etwa 78 000 M beschwert werden. —

Der ursprüngliche Antrag des Magistrates geht nun dahin, zu beschließen:

- 1) namens des Kreiscommunalverbandes: daß der Kreiscommunalverband unter Hinzutritt der Garantie der Stadt den auf den Nennwerth von 8 500 000 M bezifferten Geldbedarf der letzteren durch eine binnen fünfjähriger Frist successive nach Bedarf erfolgende Ausgabe von verzinslichen Inhaberpapieren mit Verpflichtung zur Amortisation durch im Jahre 1897 beginnende Ausloosung von jährlich  $\frac{1}{2}$  pCt. und den ersparten Zinsen anleihe und der Stadt gegen urkundliche Gewähr wegen Erstattung der ihm aus der Tilgung und Verzinsung dieser Anleihe erwachsenden Kosten als Darlehn überweise;



- 2) namens der Stadtgemeinde: daß die Stadt dieses vorgedachte Darlehn unter den angeführten Bedingungen aufnehme.

Durch Bewilligung der Aufnahme dieser Anleihe, bezw. dieses Darlehns soll noch nach der ausdrücklichen Zusicherung des Magistrates einer endgültigen Entschließung darüber, ob die einzelnen Anleihezwecke, und zwar mit den dafür angelegten Summen zur Ausführung zu bringen, sowie darüber, in welchen bedarfsmäßigen Theilbeträgen und zu welchem jeweiligen Course die Schuldverschreibungen an den Markt zu bringen seien, in keiner Weise vorgegriffen werden. Auch will sich der Magistrat über die Frage, ob die empfohlene Anleihe anstatt mit 4 pCt. etwa mit  $3\frac{1}{2}$  pCt. zu verzinsen sei, nach vorgängiger Berathung mit der Finanzcommission äußern. —

Behufs Deckung des erforderlichen Geldbedarfs ist nun der Magistrat nach Einbringung dieser Vorlage mit dem Vorstande der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Braunschweig in Verhandlung darüber eingetreten, ob und unter welchen Bedingungen einem Theile des Bedarfs durch Darlehen aus verfügbaren Mitteln der genannten Anstalt Deckung gegeben werden könnte. Diese unter Mitwirkung der Finanzcommission gepflogenen Verhandlungen haben zu einer Verständigung über den Abschluß eines Vertrages geführt, nach welchem die Anstalt dem Kreiscommunalverbande Braunschweig unter Haftpflicht der Stadt innerhalb der Jahre 1891/97 gegen Ausstellung von Schuldverschreibungen einen Betrag von 3 Millionen Mark in monatlichen Theilbeträgen von durch 6000 theilbaren Summen gegen eine Verzinsung mit 3,6 pCt. und unter den im Vertragsentwurfe aufgeführten sonstigen Bedingungen darleihen will und soll. Aus diesen Bedingungen sei nur noch hervorgehoben, daß der Magistrat verpflichtet ist, die einzelnen Darlehen, sobald dieselben ihm angeboten worden, mit Zinspflicht binnen längstens drei Tagen anzunehmen. Die aus den einzelnen Darlehen sich ergebende Gesamtanleihe wird vom Jahre 1911 an alljährlich mit 2 vom Hundert gegen Rückgabe eines entsprechenden, vom Vorstande der Versicherungsanstalt quittirten Theiles der einzelnen Schuldverschreibungen, an die Anstaltskasse zurückgezahlt. Sowohl dem Vorstande der Versicherungsanstalt, als auch dem Kreiscommunalverbande bleibt das Recht vorbehalten, die sämtlichen Schuldverschreibungen oder aber eine beliebige Anzahl derselben mit einjähriger Kündigungsfrist auf den 1. Juli zu kündigen, die Kündigung darf jedoch nicht auf einen früheren Termin als den 1. Juli 1917 erfolgen.

Die Vertragsbedingungen sind nach der Meinung des Magistrates für die Stadt ebensowohl hinsichtlich des Zinsfußes und des Tilgungsmodus, als auch im Hinblick auf die Einzahlung der Darlehen in monatlichen Theilbeträgen vorthellhaft, daher der Versammlung anheimgegeben wird, den Magistrat zur Abschließung des Vertrages zu ermächtigen.

Durch Ertheilung solcher Ermächtigung vermindert sich der nach der ersten Vorlage durch Ausgabe von Inhaberpapieren zu beschaffende Bedarf von 8 500 000 M auf 5 500 000 M. Der Magistrat empfiehlt nun ferner im Einvernehmen mit der Finanzcommission, die Obligationenanleihe von 5 500 000 M in zwei Abtheilungen zu zerlegen, von denen die erste zu einem Zinsfuße von  $3\frac{1}{2}\%$  auszugeben sei, wogegen die definitive Beschlußfassung über die Ausgabe der zweiten Abtheilung, im Besonderen auch über die Festsetzung des Zinsfußes derselben, einstweilen vorbehalten bleibe. Diese beiden Abtheilungen der Obligationenanleihe sind zwar mit Rücksicht auf die möglicherweise verschiedenartige Verzinsung und Tilgung derselben als selbstständige, von einander unabhängige zu behandeln, gleichwohl glaubt aber der Magistrat, da dieselben in ihrer Zusammenfassung das Geldbedürfniß der Stadt zu befriedigen bestimmt sein sollen, der Erwartung sich hingeben zu können, daß die Versammlung nach jeziger Bewilligung der ersten Abtheilung sich auch einer demnächstigen Vorlage wegen Gewährung des darnach übrig bleibenden Bedarfs wohlwollend zeigen werde. Nach einem vom Magistrate aufgestellten vorläufigen, auf Genauigkeit und Unabänderlichkeit keinen Anspruch machenden Programme wird eine  $3\frac{1}{2}\%$  procentige Obligationenanleihe im Nennwerthe von 3 Millionen Mark genügen, um — neben den von der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt zu erwartenden Darlehenssummen und mit Hinzuziehung der eigenen außerordentlichen Einnahmen der Stadtcasse — die Mittel zur Bestreitung der bis zum Jahre 1893/1894 vorgesehenen außerordentlichen Bedürfnisse zu sichern.

Hiernach ändert der Magistrat für den Fall und in der Voraussetzung, daß die Versammlung zuvor die beantragte Aufnahme von Darlehen bei der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt genehmigt haben werde, den Schlußantrag der früheren Vorlage unter dessen *Nr.* 1 in folgender Weise:

Die Stadtverordneten-Versammlung wird ersucht, zu beschließen:

namens des Kreiscommunalverbandes: daß der Kreiscommunalverband unter Hinzutritt der Garantie der Stadt den auf den Nennwerth von drei Millionen Mark festgestellten vorläufigen Geldbedarf der letzteren durch eine binnen dreijähriger Frist nach Bedarf erfolgende Ausgabe von  $3\frac{1}{2}\%$  proc. Inhaberpapieren mit Verpflichtung zur Amortisation durch im Jahre 1897 beginnende Ausloosung von jährlich  $\frac{1}{2}\%$  und den ersparten Zinsen anleihe und der Stadt gegen urkundliche Gewähr wegen Erstattung der ihm aus der Tilgung und Verzinsung dieser Anleihe erwachsenden Kosten als Darlehn überweise.

Namens der Finanzcommission berichtet über diese, den einzelnen Mitgliedern im Abdruck zugegangene Vorlage Herr Wolff I: Die Commission stelle sich im Wesentlichen auf den Standpunkt, welchen der Magistrat bei Beschaffung und Ver-

wendung der Anleihe einnehme. Insbesondere gehe auch aus dem mit zur Vorlage gebrachten und im nächsten Punkte der Tagesordnung behandelten „Ueberblick über die Ergebnisse der Verwaltung des Stadtvermögens und des Kreisfonds während des letzten Jahrzehnts“ zur Genüge hervor, daß die Stadt schon in ihrem gegenwärtigen Vermögen eine unbedingte Sicherheit für die Darleiher biete. Hinsichtlich des mit dem Vorstande der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt abzuschließenden Vertrages billige die Commission das Vorgehen des Magistrates ebenfalls, indem auch sie der Ansicht sei, daß das Geld sich auf anderem Wege nicht so billig und so bequem beschaffen lasse und daß namentlich auch der Tilgungsmodus für die Stadt ein sehr angenehmer und nicht zu drückender sei. Wenn die Stadt Anlagen schaffen wolle, welche für verschiedene Generationen, ja für Jahrhunderte Bestand und Werth haben sollen, so könne man von der jetzigen Generation nicht verlangen, daß sie die Kosten dafür allein trage, sondern es müsse das folgende Geschlecht zu deren Tragung mit herangezogen werden, zumal die Stadt schon jetzt Kosten für solche Anlagen tilge, welche die späteren Geschlechter vollständig frei besitzen werden, wie z. B. die Canal- und Schulbauten.

Nach Verlesung der einzelnen Bedingungen des Vertrages giebt der Herr Berichterstatter namens der Finanzcommission die Annahme desselben anheim, bemerkend, daß der Vertrag von dem Magistrate im Einvernehmen mit der Commission festgestellt sei.

In die Besprechung zunächst des Vertrages eintretend, hätte

Herr Wolff II gewünscht, denselben auch seinerseits noch einer Prüfung unterziehen zu können, was ihm bei der Kürze der Zeit nicht möglich sei. Jeder Stadtverordnete müsse in die Lage gesetzt werden, sich ein Urtheil über die Unbedenklichkeit und zutreffende Fassung eines so wichtigen Vertrages bilden zu können. Ein Mißtrauen gegen den Magistrat oder die Commission solle in seinen Worten durchaus nicht liegen, er halte es indessen für erforderlich, daß jeder einzelne Stadtverordnete an eine Prüfung einer so wichtigen Sache selbstständig herantreten könne. Es sei schon öfter vorgekommen, daß die Versammlung an den Magistratsvorlagen wichtige Aenderungen vorgenommen habe, welche hinterher auch vom Magistrate genehmigt seien.

Herr Oberbürgermeister Pöckels giebt anheim, den Vertrag noch einmal wörtlich zu verlesen, damit sich jedes Mitglied der Versammlung überzeugen könne, daß derselbe sich im Wesentlichen wörtlich an diejenigen Bedingungen anschließe, unter welchen die Herzogliche Staatsregierung die Aufnahme von Obligationen-Anleihen zu genehmigen pflege.

Die Berathung über diesen Punkt wird darauf bis nach Erledigung der folgenden drei Punkte der Tagesordnung vertagt und der Vertragsentwurf in der Versammlung herumgereicht.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen hierüber nimmt zunächst des Wort Herr Wolff II, bemerkend, daß das eine von ihm ursprünglich gehegte Bedenken, hinsichtlich der Kündigung der Anleihe vom Jahre 1917 an, gewichen sei, indem er meine, daß bei der Natur der Gläubigerin und bei den vielfach zusammenfallenden Interessen von Institut und Stadt in dieser Bestimmung ein wesentliches Bedenken nicht gefunden werden könne. Wohl aber möchte er den Magistrat oder den Herrn Berichterstatter bitten, noch eine beruhigende Erklärung darüber abzugeben, daß der Stadt aus der kurzen Annahmepflicht kein Schaden erwachsen könne.

Herr Wolff I erwidert, dieser auch in der Finanzcommission eingehend beratene Punkt biete zu Bedenken keinen Anlaß, weil ein Zinsverlust von vielleicht einigen wenigen Tagen bei einer so geringen Summe nicht ins Gewicht falle gegenüber den Verlusten, welche nothwendig entstehen müßten, sobald die Stadt gleich eine Million auf ein Mal erhalte. Außerdem gebrauche auch die Stadt in den nächsten sechs Jahren viel mehr Geld als die hier geplante Anleihe ausmache, so daß stets volle Verwendung vorhanden sein werde.

Herr Fiedel will noch ergänzend hinzufügen, daß das Aufkommen aus dem Erlöse der Marken bei der Anstalt innerhalb der Zeit vom 16.—21. eines jeden Monats eingehe und der Magistrat daher mit ziemlicher Sicherheit auf den Empfang des Geldes an einem bestimmten Tage rechnen könne.

Herr Hauswaldt hat hinsichtlich dieser Theilzahlungen keinerlei Bedenken, wohl aber mache die Bestimmung im §. 6 des Vertrages, welche — allerdings beiden Theilen — das Recht gebe, die ganze Anleihe zuerst zum 1. Juli 1917 zu kündigen, den Vertrag für ihn unannehmbar; eine solche Bedingung finde man sonst bei keiner Anleihe und es sei für die Stadt sehr bedenklich, darauf einzugehen, weil hierdurch die Verpflichtung auferlegt werde, eventuell auch in schweren Zeiten eine so hohe Summe aufzubringen, während andererseits die Stadt wohl niemals in die Lage kommen werde, von dem Kündigungsrechte Gebrauch zu machen. Wenn auch Herr Wolff II meine, daß die Natur der Gläubigerin diese Bedenken beseitige, so sei doch zu berücksichtigen, daß man nicht wissen könne, welche Verhältnisse in einer so langen Reihe von Jahren hier mitsprechen werden. In schweren Kriegzeiten müsse es der Stadt sehr schwer fallen, eine solche Summe aufzubringen, während ihr dieses in ruhigen Zeiten allerdings ein Leichtes sei. Er möchte bitten den Punkt wegen des gegenseitigen Kündigungsrechtes zu streichen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will zunächst die Mittheilungen des Herrn Berichterstatters hinsichtlich der Vortheile bestätigen, welche der Stadt daraus erwachsen, daß die Darlehen in monatlichen, ziemlich festen Beträgen von 40—50 000 M gezahlt werden sollen. Es erleichtere dieses Verfahren den städtischen Cassenverkehr und sichere auch ein günstigeres Abkommen mit den übrigen Creditinstituten bezüglich der noch weiter zu begebenden Anleihen. Den von Herrn Hauswaldt wegen des

Kündigungsrechtes erhobenen Bedenken dürfe ein allzugroßes Gewicht nicht beigelegt werden, denn wenn auch zugegeben werden müsse, daß in kritischen Perioden die Beschaffung von 3 Millionen Mark der Stadt große Schwierigkeiten machen könne, so sei andererseits doch zu berücksichtigen, daß solche Perioden der Regel nach nur von kurzer Dauer seien und die Kündigung immer erst nach Ablauf eines Jahres in Wirksamkeit treten könne, die Stadt aber innerhalb dieser Zeit jedenfalls das Geld zu beschaffen vermöge. Die Stadt habe außerdem auch ein Interesse daran, sich die Kündigungsfrist zu wahren, weil sie heutzutage den Zinsfuß des Jahres 1911 noch nicht übersehen könne und sich bei der schwankenden Bewegung des Zinsfußes bislang doch im Allgemeinen eine Tendenz des Sinkens gezeigt habe. Wenn man aber innerhalb der nächsten 20 Jahre mit einem Zinsfuße von vielleicht 3 % zu rechnen habe, so werde sich die Stadt doch die Möglichkeit nicht verschließen wollen, das Capital kündigen, oder wenigstens die Bedingung stellen zu können, daß der Zinsfuß heruntergesetzt werde. Auf der anderen Seite müsse man auch mit der Möglichkeit rechnen, daß der Zinsfuß vielleicht in die Höhe gehe und die Anstalt ein Interesse daran habe, das Capital zu kündigen. Demnach seien durch den Vertrag die beiderseitigen Interessen gewahrt.

Herr Wolff II kann das Recht der Stadt, zu kündigen, nur als ein besonders werthvolles bezeichnen und wenn die Stadt sich solches Recht vorbehalte, müsse dasselbe auch ihrer Gläubigerin eingeräumt werden. Jedenfalls werde nur aus zwingenden Gründen, beispielsweise wegen eines unverhältnismäßigen Zinsfußes, von dem Kündigungsrechte Gebrauch gemacht werden, so daß er in dieser Vertragsbestimmung keine Gefahr für die Stadt erblicken könne.

Herr Hauswaldt vermag sich zu dieser Ansicht nicht befehren zu lassen. Der Zinsfuß habe bis zu den Jahren 1825—1830 überall 3 % betragen, sei dann bis zum Jahre 1848 auf 6 % gestiegen und bis jetzt wieder langsam gefallen und auf 4 % angelangt. Er wolle sich die Frage gestatten, ob die Anstalt nicht damit einverstanden sein werde, wenn der Stadt allein ein Kündigungsrecht zugestanden würde, da beispielsweise alle Eisenbahnanleihen auch nur von einer Seite kündbar seien.

Herr Südel will in seiner Eigenschaft als Mitglied des Vorstandes der Altersversicherungsanstalt erklären, daß er glaube annehmen zu sollen, der Vorstand werde auf solchen Vorschlag nicht eingehen, denn die Anstalt beruhe auf einer ganz anderen wirthschaftlichen Grundlage als andere derartige Institute; es handle sich bei ihr um eine Ansammlung von Capital, welches der Grundlage des Gesetzes vollständig entspreche. Es lasse sich nicht annehmen, daß die Anstalt das Capital kündigen werde, da sie dasselbe nicht gebrauche und könne er sich auch nicht denken, daß der Stadt aus dem festgesetzten Kündigungsrechte irgend welche Nachtheile oder Bedenken zu erwachsen vermöchten.

Herr Wolff I ist der Ansicht, daß die Stadt nach einem gewissen Zeitraume entschieden ein Kündigungsrecht haben müsse, wie das auch bei den Anleihen der Eisenbahn und der sonstigen Verkehrsanstalten, sowie bei den übrigen Anleihen der Stadt der Fall sei. Die Stadt könne in Vermögensverhältnisse kommen, welche es ihr als eine Last erscheinen lassen, eine so große Schuld zu besitzen, da es denkbar sei, daß auch der hiesigen Stadt einmal ein Millionen-Vermächtniß zufalle. Man dürfe in diesem Falle der Anstalt gegenüber nicht so verfahren, als gegenüber einer Gesamtheit von Gläubigern, von denen jeder nur einen kleinen Beitrag zu der Anleihe zahle. Wenn aber für die Stadt das Kündigungsrecht nothwendig sei, so werde einer solchen Anstalt, als einer gleichwerthigen Vertragsschließerin, dasselbe Recht zugestanden werden müssen. Die Anstalt selber habe auch ein Interesse daran, die Gelder so gut und bequem wie hier angebracht zu sehen und andererseits lasse sich nicht annehmen, daß die Stadt einmal in ein solches Elend gerathe, um das Geld nicht wieder aufbringen zu können. Er befürchte keinen Augenblick, daß das Geld jemals gekündigt werde, außer wenn eine ganz wesentliche Verschiebung des Zinsfußes einmal eintreten sollte und diese werde sich immer eher nach unten als nach oben bewegen. Aus diesen Gründen gebe er anheim, den Vertrag zu genehmigen.

Herr Kieße ist durch die hier geforderte große Geldmasse stutzig geworden, da er zu wenig Finanzmann sei, um die geplanten Operationen begreifen zu können. Er hege mit vielen hiesigen Bürgern die jedenfalls berechtigte Befürchtung, daß durch diese neuen Anleihen die Steuern wieder in die Höhe geschraubt werden. Die Verhältnisse liegen heutzutage nicht mehr sehr günstig, denn in Folge der verkehrten Wirthschaftsweise frache es an allen Ecken und Enden und werde auch die hiesige Stadt hierdurch in Mitleidenschaft gezogen. Er überlasse das Urtheil darüber, ob man nicht mit einer geringeren Summe auskommen könne, dem Magistrate und der Finanzcommission. Andere Einnahmequellen besitze die Stadt nicht, da sie sich die Aufkünfte von der Pferdebahn u. s. w. entgehen lassen habe. Es werde nicht übertrieben erscheinen, wenn man behaupte, daß die Steuern, welche so wie so schon jede Classe der Bürger in Form von Gemeinde-, Canal-, Grund- und anderen Steuern bedrücken, demnächst noch drückender werden. Niemals sei wohl eine Stadtverwaltung wie Braunschweig in die Lage gekommen, mit einer so großen Geldsumme operiren zu müssen, wenn andererseits auch zuzugeben sei, daß Braunschweig, nachdem es in die Reihe der Großstädte gerückt, auch Schulden wie eine Großstadt haben müsse. (Heiterkeit.)

Der Vertrag mit der Alters- und Invaliditätsversicherungsanstalt wird darauf, unter Ablehnung des Hauswaldt'schen Antrages auf Streichung des die Kündigungsfrist betreffenden Punktes, genehmigt.

Hinsichtlich des abgeänderten, die Aufnahme einer weiteren Anleihe von

3 Millionen Mark betreffenden Magistratsantrages berichtet Herr Wolff I weiter, daß sich der Magistrat auf Empfehlung der Finanzcommission entschlossen habe, den ursprünglich in Aussicht genommenen Anleihebetrag von  $5\frac{1}{2}$  Millionen Mark auf vorläufig 3 Millionen Mark zu ermäßigen, damit einerseits die Geldinstitute durch die Höhe der Anleihe nicht erschreckt werden und man sich andererseits auch die Möglichkeit offenhalte, vielleicht in einigen Jahren mit der Altersversicherungsanstalt oder einem ähnlichen Institute wiederum einen solchen Anleihevertrag abzuschließen, welche Art der Geldbeschaffung viel angenehmer für die Stadt sei, als wenn sie an den offenen Markt gehen müsse. Eine Anleihe von vorläufig 3 Millionen Mark drücke nicht auf den Cours, greife auch späteren, vielleicht zweckmäßigeren Beschlüssen nicht vor und belaste die Stadt nicht vor der Zeit mit Anleihen. Hinsichtlich des Zinsfußes sei die Finanzcommission mit dem Magistrate übereingekommen,  $3\frac{1}{2}$  % in Vorschlag zu bringen. Innerhalb der letzten drei Wochen habe sich nun allerdings der Bankdisconto etwas gehoben; es stütze sich dieses aber auf Ursachen, die nicht im deutschen Markte liegen, indem die Furcht vor der Goldentziehung seitens Englands die Reichsbank zu einer Erhöhung des Zinsfußes veranlaßt habe. Die  $3\frac{1}{2}$  procentige Kreiscommunalanleihe habe zum Course von 99 % immer noch so viele Abnehmer gefunden, daß sich annehmen lasse, es werde ein Cours von 97 % erzielt werden, in welchem Falle das Geld 3,64 % koste, während bei einer 4 procentigen, zum Course von 101,50 M. auszugebenden Anleihe 3,93 % bezahlt werden müßten. Diese Differenz sei nicht unbedeutend, sie bringe jährlich 9000 M. Wenn die Stadt nun aber mit einem so mäßigen Betrage an den Markt komme, und noch dazu nicht auf ein Mal, sondern in größeren Zwischenräumen, so werde sie auch einen guten Cours erzielen. Wenn nun auch verschiedene  $3\frac{1}{2}$  procentige Papiere in letzter Zeit im Course gesunken seien, so müsse man bedenken, daß die städtischen Papiere schon deshalb guten Absatz finden, weil sie eine mündelsichere Anlage bieten und daß daher auch von diesem Standpunkte aus Hoffnung vorhanden sei, die Anleihe mit diesem Zinsfuß durchzubringen. Die vom Magistrate bei Einbringung der abgeänderten Vorlage ausgesprochene Erwartung, daß die Versammlung sich bereit finden lassen werde, demnächst auch einer weiteren Forderung zuzustimmen, bedürfe wohl keiner besonderen Bekräftigung, da es ja selbstverständlich sei, daß die Versammlung den nothwendigen Forderungen des Magistrates gegenüber sich nicht ablehnend verhalten und Geldausgaben bewilligen könne, ohne für deren Deckung mit besorgt zu sein. Namens der Finanzcommission empfehle er die abgeänderten Anträge des Magistrates zur Genehmigung,

welche darauf von der Versammlung ohne weitere Besprechung auch beschlossen wird.

### V. Ueberblick über das Stadtvermögen.

Um der Versammlung einen Ueberblick über die Ergebnisse der Verwaltung des Stadtvermögens und des Kreisfonds während des letztverflossenen Jahrzehnts zu verschaffen und derselben die Beurtheilung der allgemeinen Finanzlage der Stadt zu erleichtern, daneben aber auch zu dem Zwecke, um bei Beschließung der für Rechnung der Stadt in Aussicht genommenen Anleihe des Kreiscommunalverbandes den Kaufleuten die Creditfähigkeit des Communalverbandes und der mit Haftverbindlichkeit hinter demselben stehenden Stadtgemeinde nachzuweisen und dadurch auf einen nach jeweiliger Lage des Geldmarktes günstigen Ausgabecours solcher Anleihe hinzuwirken, hat der Magistrat eine vergleichende Uebersicht über das Vermögen beider Corporationen nach den Beständen aus den Jahren 1880, 1886 und 1890 mit Einfügung von Nachweisungen über das Wachsthum der Steuerkraft und über die rechtmäßig vom Staate übernommenen bezw. theilhaftig zu bestreitenden städtischen Lasten zusammengestellt und der Versammlung überreicht.

Diese der Finanzcommission zur Berichterstattung vorgelegte Uebersicht ist nach dem Berichte des Herrn Wolff I mit äußerster Sorgfalt und so eingehend und interessant von Seiten des Magistrats bearbeitet, daß einstimmig die größte Anerkennung über diese Zusammenstellung in der Commission geherrscht habe und sie der Ansicht sei, daß diese dankenswerthe Arbeit das beste Bild über die städtischen Verhältnisse und über die Sicherheit gebe, welche die Stadt ihren Gläubigern biete. Da sonstige Bemerkungen an die Uebersicht nicht zu knüpfen seien, so gebe er namens der Commission anheim, die Vorlage als erledigt zu betrachten, was geschieht.

### VI. Einsprache gegen die Baulinien an der Neuenstraße.

Gegen die von den städtischen Behörden beschlossenen Baulinien der Neuenstraße sind verschiedene Einsprachen erhoben und zwar gegen die Baulinie der einen Seite von den Eigenthümern Borek, Krämer und Röber und gegen die der anderen Seite von den Eigenthümern Nephut und Braids. Der Magistrat hat hierzu Folgendes zu bemerken: Es darf angenommen werden, daß nach Verbreiterung des Markstalles die Straheneisenbahn-Gesellschaft behufs Vermeidung der lästigen Steigung vor der Burg eine Verlegung ihrer Gleise vornehmen und die Wagen durch den Sack, die Packhofstraße und den Markstall laufen lassen wird; in diesem Falle aber dürfte es zweckdienlich sein, die Verbreiterung der Neuenstraße nicht, wie die Anlieger Borek und Genossen empfehlen, an deren Südseite, sondern an der Nordseite vorzunehmen. Sollte indessen die Verlegung unterbleiben, so könne doch die Rücksicht auf den Betrieb der Straheneisenbahn die Aufhebung des einmal gefaßten Beschlusses gegenüber den Vortheilen, welche die Durchführung



der genehmigten Baulinien der Stadt biete, nicht rechtfertigen. Ebenso erachte der Magistrat den Einwand, daß das Demmer'sche Haus event. freigelegt werden würde, nicht für begründet, weil das Boret'sche Grundstück am Saale immer noch eine Front von  $5\frac{1}{2}$  Meter behalte und daher sehr wohl bebaut werden könne. Wenn endlich die sämtlichen Anlieger geltend machen, daß ihre Grundstücke Terrain nicht entbehren könnten, so sei dieses überhaupt keine stichhaltige Einwendung gegen die Feststellung neuer Baulinien. Dieselbe erfolge im öffentlichen Interesse, dem das Privatinteresse weichen müsse; sollten aber die Grundstücke bei Durchführung der Baulinien nicht bebaubar bleiben, so werden sie von der Gemeinde angekauft werden müssen. Aus diesen Gründen ersucht der Magistrat, im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte, die sämtlichen Einsprachen zu verwerfen.

Die Baucommission hat, wie Herr Uhlde berichtet, den einstimmigen Beschluß gefaßt, die Verwerfung der Einsprachen zu empfehlen und es bei den einmal von der Versammlung beschlossenen Baulinien zu belassen.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage.

## VII. Errichtung von Markthallen.

Das Bestreben, einerseits die öffentlichen Plätze und Straßen von allen dem Verkehre hinderlichen Einrichtungen zu befreien und andererseits, die mit dem Verkaufe der Wochenmarktsartikel im Freien verbundenen Unzuträglichkeiten zu beseitigen, hat die größeren Städte veranlaßt, Markthallen zu errichten, in denen der Verkauf der Wochenmarktsartikel stattfindet. Die Vortheile einer derartigen Einrichtung liegen in dem von den Käufern und Verkäufern gewährten Schutze gegen die Unbilden der Witterung, in der Verhütung der Gefahr des Verderbens verschiedener Waarengattungen, in der Ausdehnung der Marktzeiten, weil nach Errichtung einer Markthalle kein Grund mehr vorliegt, den Verkauf auf bestimmte Tage und Tageszeiten zu beschränken, in der Erleichterung des Absatzes seiner Waaren für den Producenten, in der besseren und leichteren Aufbewahrung bestimmter Producte (lebende Fische, Geflügel u. dergl.) und in der besseren Controle der einzelnen an den Markt gebrachten Waaren. Es kommt hinzu, daß der Erfahrung nach die für die Benutzung der Markthalle von den Verkäufern zu entrichtenden Standgelder eine Vertheuerung der Preise nicht zur Folge haben und daß durch diese Standgelder bei genügender Concurrenz nicht nur die Zinsen des Anlagecapitals gedeckt, sondern sogar Ueberschüsse erzielt werden. Hieraus erklärt es sich, daß eine von dem Baumeister Osthoff in Berlin ins Leben gerufene Gesellschaft sich berufsmäßig mit dem Bau und der Unterhaltung von Markthallen beschäftigt und sich auch bei dem hiesigen Magistrate um Ertheilung einer bezüglichen Erlaubniß beworben hat. Letzterer hält es indessen nicht für angezeigt, auf dieses Angebot einzugehen, obgleich dabei der Gemeinde Opfer nicht auferlegt werden sollen, derselben vielmehr

sogar eine Theilnahme am Reingewinn in Aussicht gestellt wird, weil die Gemeinde sich das Recht, die Standgelder ihrerseits festzusetzen und die Marktpolizei durch städtische Beamte ausüben zu lassen, nicht nehmen lassen dürfe. Nach der Ansicht des Magistrates empfiehlt es sich vielmehr für die Stadt, aus eigenen Mitteln eine Markthalle für den Kleinhandel, nicht auch für den Großhandel, zu erbauen und dieselbe in eigenen Betrieb zu nehmen. Bei der erheblichen räumlichen Ausdehnung der Stadt wird von Errichtung einer Centralmarkthalle Abstand zu nehmen sein, indessen kann es der Magistrat, entgegen einem Gesuche des Wilhelms-~~thor~~-Districtsvereins, nicht für rathlich erachten, sofort mehrere solcher Hallen zu bauen, weil es sich, ungeachtet der an anderen Orten erzielten günstigen Erfolge, bei derartigen mit einem nicht geringen Risiko verbundenen neuen Einrichtungen dringend empfehle, zunächst durch die Errichtung und den Betrieb einer Halle die nöthigen Erfahrungen zu sammeln. Daß die Halle eventuell in der Nähe eines der jetzigen Marktplätze errichtet werde, hält der Magistrat für geboten; ob in der Nähe des Altstadtmarktes oder des Hagenmarktes, dürfte von der Platzfrage abhängig zu machen sein. Auf diese Frage schon jetzt näher einzugehen, erachtet der Magistrat nicht für angezeigt, derselbe ersucht vielmehr, die stadtseitige Errichtung und den Betrieb zunächst einer Markthalle im Principe zu beschließen. Im Falle der Annahme des Antrages wird alsbald ein entsprechendes Project ausgearbeitet werden.

Ueber diese der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesene Vorlage berichtet Herr Ramdohr, indem derselbe zunächst die geschichtliche Entwicklung des Wochenmarktsverkehrs eingehend darlegt und sodann, zu der Vorlage selbst übergehend, dieselbe in allen ihren Theilen zur Annahme empfiehlt. Die Bedürfnisfrage sei für die hiesige Stadt entschieden zu bejahen, ebenso sei zu billigen, daß die Stadtverwaltung die Errichtung und den Betrieb solcher Hallen selbst in der Hand behalte, auch schließe sich die Commission der weiteren Ansicht des Magistrates an, dahingehend, daß es sich vorerst nur um Hallen für den Kleinverkehr handeln könne. Wenn nun in der Vorlage betont worden, daß vor der Hand nur die Erbauung einer Markthalle geplant werde, so habe damit nicht ausgedrückt werden sollen, daß der Magistrat glaube, dem Bedürfnisse sei mit der Errichtung einer Halle Genüge geschehen, indem noch besonders gesagt worden, daß bei der räumlichen Ausdehnung der Stadt von der Errichtung einer Centralmarkthalle Abstand zu nehmen sei, sondern man wolle erst an den Bau einer Markthalle herantreten, um Erfahrungen für einen weiteren Bau zu sammeln. Da es sich zunächst nur um Beantwortung der grundsätzlichen Frage handle, ob die Versammlung die Ansicht des Magistrates hinsichtlich der Errichtung von Einzelmarkthallen theile, so sei er von der Commission beauftragt, die Bejahung dieser Frage bei der Versammlung zu beantragen.

Herr Halle stimmt der Vorlage im Allgemeinen zu, möchte sich aber hinsichtlich des Principes der Errichtung von Einzelmarkthallen nicht gern binden, da er mehr der Ansicht zuneige, es werde für Braunschweig zweckmäßiger sein, eine große Centralmarkthalle zu erbauen. Die Platzfrage sei hierbei vorläufig Nebensache. In dieser Ansicht werde er durch die Thatfache bestärkt, daß man auch in anderen Städten mit dem Bau von größeren Markthallen vorgegangen sei und darin sehr gute Erfahrungen gesammelt habe. Die für die Vorlage eingebrachten Gründe billige er vollkommen, da es nicht allein eine Nothwendigkeit, sondern sogar eine Pflicht der Stadt sei, der Bürgerschaft die zum Lebensunterhalt erforderlichen Sachen in einem möglichst guten Zustande darzubieten. Das könne aber nur erzielt werden durch Errichtung einer Markthalle, in der nicht allein Fleisch, sondern auch die übrigen Producte einer Controle unterliegen. Vor Kurzem habe er Gelegenheit gehabt, mit einem Herrn aus Leipzig über Markthallen zu sprechen und sei derselbe des Lobes voll gewesen über die dort errichtete und binnen weniger Tage zu eröffnende Centralmarkthalle. Eine nothwendige Folge der Errichtung von Markthallen müsse aber sein, daß die Stadt den Hausirhandel mit sämmtlichen in der Markthalle feilgebotenen Artikeln im Weichbilde der Stadt verbiete (Widerspruch), wenn die Halle gedeihen und ihren Zweck, dem Publicum nur gute Waaren zu bieten, erfüllen solle. In Leipzig habe man solche Maßregel auch getroffen und die Bewohner sollen mit derselben sehr zufrieden sein. Im Grunde stehe er aber der Vorlage sympathisch gegenüber und bitte um deren Annahme.

Herr Rieke erklärt sich mit der Magistratsvorlage einverstanden und kann der Ansicht des Herrn Halle auf Errichtung nur einer Markthalle nicht beistimmen, da er meine, es sei zweckmäßiger, so viel Hallen als möglich zu erbauen, welche Einrichtung der Jetztzeit in viel besserem Maße entspreche. Anderentheils behaupte er auch, daß gar kein Platz für eine Centralmarkthalle in der Stadt vorhanden sei, nachdem der Platz des alten Museums mit seiner Umgebung diesem Zwecke nicht mehr dienen könne. Da außerdem die Stadt heute schon mehrere Märkte habe, so sehe er nicht ein, weshalb in dieser Richtung durch Erbauung einer Markthalle eine Verschlechterung eintreten solle. Es erscheine wirklich nothwendig, daß, nachdem Braunschweig in das großstädtische Register eingetragen worden, auch eine derartige, vom Publicum schon längst erhoffte Einrichtung nun endlich zur Durchführung komme.

Herr Bültemann will mittheilen, daß ihm der Stadtbaurath in Frankfurt a. M. bei der Besichtigung der dortigen Markthalle erklärt habe, es sei der größte Fehler, welchen eine Stadt begehen könne, wenn sie eine Centralmarkthalle erbaue.

Herr Ramdohr möchte der Ansicht des Herrn Halle hinsichtlich des Verbots des Hausirhandels entgegentreten. Er sei überzeugt, daß sich der Hausirhandel von

selber in ein ständiges Marktgeschäft umwandeln werde, denn, sobald das Publicum erst die Vortheile der Markthallenwaaren kennen gelernt habe, werde es sich auf den Hausirhandel nicht mehr einlassen, sondern die Hausfrau werde sich die gute Qualität der Markthallenwaare bald zu sichern suchen, wogegen die Hausirer sich dann dazu verstehen müssen, entweder ein ständiges Geschäft in der Markthalle zu errichten, oder aber ein Gewerbe zu ergreifen.

Herr Lange kann sich im Allgemeinen auf den Standpunkt des Magistrates und der Finanzcommission stellen, da er ebenfalls für Decentralisation sei. Wenn er auch eine Centralmarkthalle gegenüber der Einwohnerzahl Braunschweigs für genügend halte, so erscheinen ihm doch bei der großen Flächenausdehnung der Stadt wenigstens drei, natürlich nicht gleichzeitig zu erbauende Hallen nothwendig zu sein, weshalb eine Decentralisation eintreten müsse. Der Wilhelmithor-Districtsverein habe auch nicht gebeten, gleichzeitig mit dem Bau mehrerer Hallen vorzugehen, sondern er habe nur betont, daß er es für angezeigt erachte, Einzelhallen zu bauen. Er möchte aber anheimgeben, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht vortheilhafter sei, gleich mit dem Bau zweier Hallen, nämlich einer am Hagen- und einer am Altstadtmarkte vorzugehen, da zur Zeit begründete Aussicht vorhanden sei, daß das Gewandhaus vom Herzoglichen Staats-Ministerium zu solchem Zwecke bereitwilligt zur Verfügung gestellt werde und sich nicht übersehen lasse, ob solche Bereitwilligkeit auch später noch vorhanden sein werde. Der Ausbau des Gewandhauses könne nur mit geringen Kosten verknüpft sein und glaube er, daß sich dasselbe zu solcher Halle ganz vorzüglich eigne. Wenn nun am Hagenmarkte das Buch'sche Haus, welches nur einen neuen Hinterbau zu erhalten brauche, und am Altstadtmarkte das Gewandhaus zu einer Markthalle eingerichtet würde, so lassen sich beide Hallen vielleicht schon für den ausgeworfenen Betrag von 350 000 M herstellen.

Herr Stadtrath Ketemeyer bittet, es einstweilen bei der Magistratsvorlage zu belassen, zumal er auch bezweifeln müsse, daß sich zwei Hallen für 350 000 M errichten lassen werden und der Magistrat außerdem erst Erfahrungen mit einer Halle sammeln wolle. In Berlin habe man bekanntlich die Centralmarkthalle mehrstöckig und mit einer großen Veranda gebaut, während man bei allen neueren Hallen dieses Princip wieder aufgegeben habe, weil die Erfahrung gemacht sei, daß die Leute in den oberen Etagen nicht verkaufen wollen. Stelle sich das Bedürfniß heraus, werde der Magistrat nicht zögern, mit dem Projecte eines zweiten Hallenbaues hervortreten, richtiger sei es aber, vorläufig erst mit einer Halle anzufangen.

Herr Lange hat nur anheimgeben wollen, in Erwägung zu nehmen, ob es nicht vortheilhafter sei, bei dem jetzigen Stande der Sache hinsichtlich der günstigen Aussichten betreffs eventueller Ueberlassung des Gewandhauses zu gedachtem Zwecke das letztere mit in Rücksicht zu ziehen.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß das Project des Herrn Lange dem Magistrate bereits vorliege und selbstverständlich einer Prüfung unterzogen werde. Die Einrichtung des Gewandhauses zu einer Markthalle habe ihre großen Schattenseiten, denn wenn dieselbe auch billiger einzurichten sei, so könne sie doch nur unvollkommen werden. Er stehe aber auf dem Standpunkte, daß eine in dieser Beziehung angestellte Probereinrichtung gleich so gut wie möglich ausgeführt werden müsse, um das Publicum an die neue Einrichtung leichter zu gewöhnen.

Herr Lord: Es sei immer die Rede davon gewesen, daß die räumliche Ausdehnung der hiesigen Stadt nothwendig auf eine Decentralisation der Markthalleinrichtung hindränge; die Stadt Leipzig sei nun aber räumlich noch von weiterer Ausdehnung und trotzdem habe die dortige Stadtverwaltung den Bau einer Centralmarkthalle beschlossen. Jedenfalls thue die hiesige Stadtverwaltung gut, es ebenso zu machen, denn thatsächlich werden die Verhältnisse dahin drängen, eine Markthalle so zu gestalten, daß sie eine dominirende Stellung einnehme, weil der Hagenmarkt schon jetzt der wichtigste Wochenmarkt der Stadt sei. Es lasse sich nicht bezweifeln, daß der Hagenmarkt mindestens viermal so viel Waaren aufzuweisen habe, als einer der übrigen Märkte, wenn sich das Quantum auch nicht zahlenmäßig nachweisen lasse; namentlich sei der Fleischverkauf dort ein ungleich höherer, indem den 54 Fleischbuden auf dem Hagenmarkte nur 5 oder 6 Fleischbuden auf dem Altstadtmarkte gegenüberstehen. Eine solche Thatsache gebe entschieden zu denken. Außerdem würde es sich auch fragen, ob es im Principe richtiger sei, eine Centralmarkthalle oder einzelne Hallen zu bauen und möchte er dringend bitten, darüber heute nicht ohne Weiteres zu beschließen, weil die Sache durchaus noch nicht spruchreif sei und auch das erforderliche Terrain mehr in der Nähe des Hagenmarktes als in anderen Stadtgebieten zur Verfügung stehe. Die Markthallen sollen nicht nur dazu dienen, den Kleinverkäufern vom Lande einen geschützten und bequemen Platz zu bieten, sondern sie sollen auch den Großverkehr mit heranziehen, so daß z. B. einmal eine größere Jagd hierher geworfen und dort verkauft werden könne und das Publicum überhaupt aus der größeren Concurrenz billigere Preise zu erzielen vermöge. Er möchte daher bitten, die Vorlage recht eingehend zu erwägen.

Herr Stadtrath Ketemeyer hält es für eine bedenkliche Sache, den Marktverkehr in eine bestimmte Gegend zwingen zu wollen, aus welchem Grunde sich der Magistrat auch gegen die Errichtung einer Centralmarkthalle entschieden habe. Der auf Anregung des Augustthor-Districtsvereins gemachte Versuch, auf dem Aegidienmarkte einen Wochenmarkt einzurichten, sei bekanntlich gescheitert, weil Käufer und Verkäufer nach ihren altgewohnten Marktplätzen gegangen seien und der Aegidienmarkt in Folge dessen gar keinen Verkehr erhalten habe. Wenn man die jetzigen Verhältnisse thunlichst berücksichtigen wolle, sei es jedenfalls richtiger, in der Nähe der jetzigen beiden Marktplätze Hallen einzurichten.

Herr Wille spricht sich ebenfalls für die Errichtung mehrerer Hallen, aus, weil sonst die Leute bis zum Markte theilweise sehr weite Wege zurückzulegen haben. Die hinsichtlich des Gewandhauses vorgetragenen Verhältnisse halte er ebenfalls für richtig, jedoch möchte er in öffentlicher Sitzung nicht weiter darüber verhandeln, sondern sich mehr dafür erklären, heute das Princip zu beschließen und in vertraulicher Sitzung über die Ausführung desselben weiter zu berathen. Wenn man den Anschauungen des Herrn Lord folgen wolle, müßten Lagerhäuser errichtet werden, gegen welche er sich ganz entschieden erklären würde.

Herr Halle bezeichnet die vom Herrn Stadtrath Ketemeyer angeführte Thatsache, daß die Einrichtung des Regidienmarktes mißglückt sei, gerade für einen stichhaltigen Grund zur Einrichtung einer Centralmarkthalle an jener Stelle, welche schon jetzt fast ausschließlich den Marktverkehr besitze, also in der Nähe des Hagenmarktes. Die in dieser Beziehung angestellten mannigfachen Versuche haben bislang noch niemals zum Zwecke geführt, indem es nicht möglich gewesen sei, die Verkäufer zu zwingen, nach einem ihnen nicht genehmen Platze zu gehen, um ihre Waaren feilzuhalten. Der Hauptzug der Verkäufer gehe nach dem Hagenmarkte und darum sei eine Centralmarkthalle das einzig Richtige. Da es sich hier aber um die Entscheidung einer wichtigen Principienfrage handeln solle, so möchte er bitten, die Sache noch einmal von der Tagesordnung abzusetzen und den Magistrat zu ersuchen, in weitere Erwägungen hierüber einzutreten, sowie eine Commission einzusetzen, welche über diesen Punkt in anderen Städten erst noch Erfahrungen sammelte. (Widerspruch.) Wenn die Stadt jetzt eine kleine Halle baue und nachher einsehe, daß die Sache nicht gehe, so sei es zu spät. Er möchte bitten, die Sache gründlich zu prüfen und erst Erfahrungen einzuziehen.

Herr Stadtrath Ketemeyer bittet, die Sache nicht aufzuhalten, wenn auch der Magistrat gern bereit sei, seinerseits noch die Frage bezüglich der Errichtung einer Centralmarkthalle in Erwägung zu ziehen. Sobald daher die Versammlung die Frage im Principe entschieden habe, daß sie sich für mehrere Markthallen ausspreche, würde der Magistrat noch an verschiedene Städte schreiben und um Mittheilung der dort gesammelten Erfahrungen bitten.

Auf eine bezügliche Anfrage des Herrn Vorsitzenden erklärt sich Herr Halle damit einverstanden, daß die Versammlung dem Magistratsantrage zustimme und gleichzeitig dem Magistrate anheimgebe, noch Erkundigungen über das Markthallenwesen einzuziehen.

Herr Ramdohr hält die gegen die Errichtung mehrerer Hallen vorgebrachten Bedenken nicht so schwerwiegend, als daß man auf Grund derselben zu dem Bau einer Centralmarkthalle übergehen müsse. Die Stadt werde sich räumlich so weit ausdehnen, daß es sich gewiß empfehle, für die Zukunft an mehrere Hallen zu denken und könne man dabei auch ruhig der Zukunft überlassen, daß die Waaren

sich in den verschiedenen Hallen mit der Zeit den Bedürfnissen und Anforderungen entsprechend gruppieren. Wenn Braunschweig demnächst eine wirkliche Großstadt werden sollte, so würde sich auch das Bedürfnis nach einer Markthalle für den Großhandel bemerkbar machen, in welcher, der Ansicht des Herrn Lord entsprechend, große Massen von Waaren verauctionirt und sodann in den kleineren Hallen im Einzelnen verkauft werden. Uebrigens lasse sich in einzelnen Fällen ein solcher Großverkauf auch einmal in einer kleineren Halle ausführen und könne das noch kein Grund sein, schon jetzt eine einzige große Halle zu errichten.

Die Versammlung erklärt sich darauf mit den Anträgen des Magistrates hinsichtlich der Decentralisation des Markthallenwesens und der Errichtung von zunächst einer Halle einverstanden und giebt dem Magistrate gleichzeitig anheim, noch nähere Erkundigungen bei anderen Stadtverwaltungen über die dort bezüglich des Markthallenwesens gesammelten Erfahrungen einzuziehen.

### VIII. Aenderung des Pferdebahntarifs.

Die Versammlung hatte in der Sitzung vom 13. November v. J. (Seite 262 des Prot.) beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Pferdebahn-Verwaltung darauf hinzuwirken, daß sämtliche Wagen der Pferdebahn bis zum Westbahnhofe durchgeführt werden, und daß der gesammte Pferdebahntarif einer nochmaligen Prüfung bezw. Aenderung in der Richtung der Einführung von Theilstrecken zu 5 Pfennigen unterzogen werde. Dem ersteren Antrage gegenüber hat sich die Straßenbahn-Gesellschaft nach der Mittheilung des Magistrates ablehnend verhalten und auch die Herzogliche Polizei-Direction hat sich dahin erklärt, daß die Einrichtung des Vollbetriebes auf dem Wolfscampe zur Zeit nicht verlangt werden könne. Unter diesen Umständen sieht sich der Magistrat außer Stande, dem fraglichen Antrage zu entsprechen. Rücksichtlich des zweiten Punktes glaubt sich die Straßenbahn-Gesellschaft wenigstens zur Zeit auf Einführung eines 5-Pfennig-Tarifs nicht einlassen zu können, dieselbe ist jedoch bereit, den bestehenden Tarif dahin zu ändern, daß für die Strecke Wolfscamp-Schloßweiche und umgekehrt fortan nur 10 Pfg. erhoben werden. Der Vertreter der Gesellschaft hat dabei mündlich erklärt, daß der Einführung des 5-Pfennig-Tarifs nähergetreten werden würde, sobald die Organe der Gesellschaft zu der Ueberzeugung gelangen sollten, daß damit eine Schädigung der Einnahmen nicht weiter verbunden sein werde. Da der Magistrat der Ansicht ist, daß der von den zuständigen Behörden auf Vorschlag und im Einvernehmen mit der Gesellschaft festgestellte Tarif gegen den Willen der letzteren nicht wohl geändert werden kann, so beschränkt derselbe sich auf den Antrag, die von der Gesellschaft zugestandene obgedachte Abänderung des Tarifs zu genehmigen.

Die Statutencommission läßt durch den Herrn Vorsitzenden die Genehmigung der Vorlage anheimgeben, da sich nicht mehr habe erreichen lassen und die Stadt einen weiteren Druck auf die Pferdebahn-Gesellschaft nicht auszuüben vermöge. Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

### IX. Maßnahmen wegen des Koch'schen Heilverfahrens.

Die auf Anregung der Versammlung seitens des Magistrates zum Studium des Koch'schen Heilverfahrens nach einer Universität entsandten beiden Aerzte des städtischen Krankenhauses, die Herren Dr. Praël und Dr. von Holwede, haben nach dem von dem ersteren eingereichten Berichte durch ihren Aufenthalt in Berlin die Ueberzeugung erlangt, daß es sich empfehlen werde, einstweilen die weitere Entwicklung des Heilverfahrens abzuwarten und daher im städtischen Krankenhause dasselbe vorläufig nicht zur Anwendung zu bringen.

Um indessen dem Herzoglichen Krankenhause, in welchem die Koch'sche Behandlungsweise inzwischen begonnen hatte, hierbei eine Entlastung zu gewähren, ist durch die Armendirection, im Einverständnisse mit dem Magistrate, veranlaßt, daß auch solche Kranke, deren Leiden nach Maßgabe der Vereinbarungen, wie sie zwischen den Anstaltsdirectionen bestehen, im Herzoglichen Krankenhause zu behandeln waren, vom städtischen Krankenhause in Pflege genommen wurden. Zur Unterbringung der vermehrten Krankenzahl war es erforderlich, eine Zeit lang die Fachwerksbaracke im Garten, sowie ein im Armenhause neu eingerichtetes Krankenzimmer zu belegen. Auch wurde, um für den Nothfall genügenden Platz verfügbar zu haben, die vor einigen Jahren angeschaffte Doeder'sche Baracke aufgeschlagen und mit einem Kostenaufwande von 1926 M 94  $\text{S}$  mit dem nöthigen Mobiliare ausgestattet. Die Belegung dieser Baracke ist indessen bislang nicht zur Ausführung gelangt, da in Folge der eingetretenen wärmeren Witterung der Krankenbestand erheblich gesunken ist, jedoch werden voraussichtlich im Laufe des Sommers Versuche mit Unterbringung von Kranken darin stattfinden. Der Magistrate tritt der Ansicht des Herrn Sanitätsrath Dr. Praël, daß er die Frage nach weiteren zur Zeit durch das Koch'sche Heilverfahren gebotenen Einrichtungen für erledigt halte, in vollem Umfange bei. Die Statutencommission hat die Vorlage berathen und ist nach dem Berichte des Herrn Vorsitzenden mit dem Magistrate der Ansicht, daß keine Veranlassung vorliege, weitere Schritte in dieser Angelegenheit anheimzugeben, sondern dieselbe als erledigt zu betrachten.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

### X. Uebernahme der Bammelsburgerstraße.

Der Schlossermeister Joh. Meyerhoff hat beantragt, die auf seine Kosten aus-gebaute Bammelsburgerstraße zu übernehmen und ihm die Kosten für den Canal



und das Gas- und Wasserrohr zu erstatten, weil die Canalbaudeputation beabsichtige, mit dem Bau des die östliche Innenstadt entwässernden Hauptcanals sobald als thunlich zu beginnen, wodurch die Fahrbahn der Bammelsburgerstraße nahezu ganz zerstört werden würde, die Kosten ihrer Wiederherstellung ihm aber nicht wohl zur Last gelegt werden könnten und sich außerdem auch schwer werde feststellen lassen, ob solche Schäden durch die Canalisation oder andere Ursachen hervorgerufen seien. Nach Lage der Umstände wird sich die sofortige Uebernahme der Straße nach Ansicht des Magistrates nicht umgehen lassen und kann das Verlangen Meyerhoff's auch als unberechtigt nicht erachtet werden. Demnach ersucht der Magistrat, die sofortige stadtseitige Uebernahme der fraglichen Straße mit der Bedingung, daß Meyerhoff an die Canalbaukasse 50 M Reparaturkosten für die der Ausbesserung bedürftigen Fahrwege zahle und die Kosten der Fußwege erstatte, sowie ferner zu genehmigen, daß demselben die Kosten für den Canal mit 1587 M 72 S, und für das Gas- und Wasserrohr mit 698 M und bezw. 1081 M 05 S erstattet werden.

Die Baucommission läßt die Vorlage durch Herrn Weber zur Annahme empfehlen und die Versammlung genehmigt dieselbe.

#### XI. Aenderung der Baulinie am Sandwege.

In der Sitzung vom 10. März 1887 genehmigte die Versammlung die Aufstellung eines von Herzogl. General-Hofintendantur in Anregung gebrachten Theilortsbauplanes, nach welchem der Sandweg durch Anschneidung von Parkterrain in eine östliche, die Linie der Theaterpromenade fortsetzende Richtung verlegt werden sollte. Da Herzogl. Staats-Ministerium die Entscheidung hierüber bis zur Aufklärung der bezüglichlichen Sach- und Rechtsverhältnisse ausgesetzt hatte, war von der weiteren Verfolgung dieses Ortsbauplanes magistratsseitig einstweilen Abstand genommen und ist der Plan gegenwärtig im Einvernehmen mit der Herzogl. General-Hofintendantur aufgegeben. Nachdem neuerdings die Reichs-Militär-Verwaltung, in Ausführung des stadtseitig mit derselben wegen Verlegung der Husaren-Etablissements abgeschlossenen Vertrages, die am Sandwege belegenen Husarenstallungen Nr. 4 und 5 der Stadtverwaltung überwiesen hat, ist die katholische Gemeinde mit dem Magistrate wegen Abtretung dieser Stallungen in Verhandlung getreten, zu deren weiterer Förderung zunächst eine Entschließung über die zukünftige westliche Straßenlinie des Sandweges zu fassen sein wird. Der Magistrat empfiehlt nun im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte, für die Westseite des Sandweges eine neue Baulinie festzustellen, welche parallel zu der östlichen Straßengrenze am Herzoglichen Parke und 21 Meter von derselben entfernt liegt. Diese neue Straßenlinie würde die bestehende Straßengrenze beim Schulgrundstücke schneiden und am entgegengesetzten nördlichen Ende des Sandweges mit dem um 1,60 m vorspringenden Giegebäude an der Ehrenbrechtstraße zusammenfallen. Indem der Magistrat der

Erwartung Ausdruck giebt, daß der Stadt, da dieselbe sich zu dem kostspieligen Erwerb des Husaren-Etablissements lediglich aus der Rücksicht einer Verschönerung der Wallpromenaden entschlossen hat, das nach dem vorgelegten Entwürfe von der Promenade abzuschneidende Terrain in der Größe von 100 m staatsseitig ohne Entgelt werde überlassen werden, richtet derselbe an die Versammlung das Ersuchen, den am 10. März 1887 (Seite 40—42 des Prot.) wegen Verlegung des Sandweges mit dem Magistrate vereinbarten Beschluß wieder aufzuheben und darnach den vorgelegten Theilortsbauplan zu genehmigen.

Die Baucommission läßt auch diese Vorlage durch Herrn Weber befürworten und die Versammlung beschließt demgemäß.

## **XII. Veräußerung einer Straßenfläche an der Wilhelmstraße.**

Der Schmiedemeister Carl Feist hat um Ueberlassung einer nach dem Ortsbauplane seinem Grundstücke an der Wilhelmstraße zuzulegenden Straßenfläche von 2,9 qm zum Preise von 22 M pro qm gebeten, welchem Antrage der Magistrat zu entsprechen anheimgiebt

und die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Uhlde berichtet, zustimmt.

## **XIII. Statut, betr. die Errichtung eines Gewerbegerichtes.**

Das von den städtischen Behörden beschlossene Statut über die Errichtung eines Gewerbegerichtes für die Stadt Braunschweig hat dem Herzoglichen Staats-Ministerium zu einigen Erinnerungen, welche indessen nicht grundsätzlicher Natur sind, Anlaß gegeben, deren Berücksichtigung der Magistrat empfiehlt

und die Versammlung beschließt, nachdem Herr Wolff II die Annahme der Vorlage namens der Statutencommission beantragt hatte.

Herr Rieke richtet bei dieser Gelegenheit die Anfrage an den Stadt-Magistrat, ob nicht das bis zum 1. April d. Js. auf dem Stadthause bestandene Schiedsgericht bis zur Einführung des Gewerbegerichtes hätte bestehen bleiben können, da durch solche Aufhebung insofern ein Mißstand hervorgerufen worden, als die Arbeiter jetzt an die ordentlichen Gerichte verwiesen würden und die Anrufung derselben ihnen häufig, namentlich bei bevorstehender Abreise unmöglich sei. Ferner möchte er fragen, ob es sich im Interesse der Arbeiterschaft nicht ermöglichen lasse, die Wahlen zum Gewerbegerichte an einem Sonntage vorzunehmen.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß das Gewerbegericht ziemlich bestimmt am 1. Juli d. Js. ins Leben trete und sich für die kurze Zwischenzeit nicht noch besondere Einrichtungen treffen lassen. Es würden übrigens auch jetzt noch Streitigkeiten über die Herausgabe von Arbeitsbüchern zc. entschieden, nur habe man die Streitigkeiten über die Beziehung von Lohn ausgeschlossen und seien auch Beschwerden in dieser Richtung noch nicht eingelaufen. Hinsichtlich der Vor-

nahme der Wahl glaube er bestimmt aussprechen zu können, daß dieselbe voraussichtlich nicht auf einen Sonntag verlegt werde.

#### **XIV. Austausch von Grundflächen am Ruhfäutchenplatze.**

Bei Ausführung der Wilkens'schen Gebäudegruppe am Ruhfäutchenplatze ist mit Genehmigung des Stadt-Magistrates und auf Empfehlung des Stadtbauamtes von der festgesetzten Baulinie insofern unerheblich abgewichen, als an Stelle der eckigen Linie eine runde gewählt worden, wodurch insgesamt 2 qm Terrain gegen einander ausgetauscht wurden. Der Magistrat ersucht, diesen Terrinaustausch noch nachträglich zu genehmigen

und die Versammlung beschließt auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Uhde berichtet, nach dem Antrage.

#### **XV. Einsprachen gegen den Ortsbauplan der westlichen Außenstadt.**

Gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Aenderung des Ortsbauplanes der westlichen Außenstadt, Section XI, welche durch die beabsichtigte Errichtung des neuen Herzoglichen Krankenhauses bedingt, bezw. veranlaßt ist, sind von drei verschiedenen Anliegern Einsprachen erhoben. Da dieselben nur mit der vermeintlichen Schädigung von Privatinteressen begründet sind, derartige Gründe aber die Stadt nicht wohl veranlassen können, eine aus Rücksicht auf das Gemeinwohl für erforderlich erachtete Aenderung des Ortsbauplanes aufzuheben, so giebt der Magistrat anheim, dieselbe zu verwerfen,

was geschieht, nachdem auch Herr Weber namens der Baucommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

#### **XVI. Ortsbauplan und Erwerb einer Straßensfläche am Wolfscampe.**

In Veranlassung eines vom Zimmermeister Eggeling auf seinem westlich der Landes-Eisenbahn an der Abzweigung des Lehmweges vom Wolfscampe belegenen Grundstücke geplanten Neubaus giebt der Magistrat auf Anregung des Stadtbauamtes anheim, für die Südseite des Wolfscampes zwischen der Landes-Eisenbahn und dem Lehmwege eine bisher noch nicht vorgesehene, in der Verlängerung der südlichen Fluchtlinie der östlichen Theilstrecke des Wolfscampes liegende Baulinie und außerdem für den Lehmweg eine denselben 16 m breit belassende Fluchtlinie festzusetzen.

In Voraussetzung der Genehmigung dieser Baulinie beantragt der Magistrat, von dem p. Eggeling die zu den Straßen erforderlichen, etwa 200 qm haltenden Theilflächen seines Grundstückes zum Einheitspreise von 3 M zu erwerben, bemerkend, daß der Kaufpreis nicht baar bezahlt, sondern demnächst mit den Straßenbaukosten verrechnet werden solle.

Die Baucommission läßt die Genehmigung der gesammten Vorlage durch Herrn Bültemann empfehlen und die Versammlung beschließt demgemäß.

## XVII. Unterbringung von Feuerlöschgeräthschaften.

Zur anderweiten Unterbringung der augenblicklich in drei Erdgeschoßräumen des alten Museums befindlichen Feuerlöschgeräthschaften hat die Städtische Bauverwaltung einen Theil des Erdgeschosses des früheren Huch'schen Hauses am Hagenmarke in Vorschlag gebracht und die Kosten der bedarfsgemäßen Instandsetzung dieser Räumlichkeiten auf 900 M veranschlagt. Der Magistrat tritt diesem Vorschlage bei und ersucht, sich mit der Herrichtung der betr. Räume zu dem fraglichen Zwecke einverstanden zu erklären, sowie die Bestreitung der hierdurch entstehenden Kosten bis zu 900 M zu genehmigen.

Die Finanzcommission hat gegen die Vorlage nichts einzuwenden und giebt durch Herrn Ramdohr deren Genehmigung anheim.

Herr Wilke richtet die Frage an den Magistrat, wer über das alte Zeughaus auf dem Brüdernkirchhofe das Verfügungsrecht habe. Unter dem Zeughause befinden sich schöne große, z. B. pachtfreie Räume, auf die er schon früher einmal hingewiesen habe und welche die sämmtlichen Feuerwehrmaterialien in sich aufnehmen könnten.

Herr Oberbürgermeister Bockels will Erkundigungen darüber einziehen, ob in dem alten Zeughause Locale unentgeltlich zur Unterbringung von Spritzen u. s. w. gewonnen werden können. Die Eigenthumsverhältnisse desselben seien sehr verwickelter Natur, indem sowohl die Reichsmilitairverwaltung, als auch das Land Braunschweig, die Kirche und die Stadt daran Ansprüche erheben. Da aber die Verhandlungen über die Erlangung derartiger Räume möglicherweise längere Zeit in Anspruch nehmen, so bitte er, zunächst die Magistratsvorlage zu genehmigen.

Herr Wolff I kann mittheilen, daß der Verein gegen Bettel von der Herzoglichen Cammer, welche das Eigenthumsrecht an dem alten Zeughause als einem ehemaligen Zuweisen der Stadt in Anspruch nehme, Räume gepachtet habe. Da nun anscheinend die Herzogliche Cammer das Verfügungsrecht über den alten Zeughof besitze, und sich mit dieser sehr entgegenkommenden Behörde gut verhandeln lasse, so gebe er anheim, die vom Magistrate geforderten 900 M zu verwilligen und gleichzeitig den Magistrat zu ersuchen, mit der Herzoglichen Cammer bezüglich der Verhandlungen einzuleiten.

Herr Oberbürgermeister Bockels muß bezweifeln, daß die fraglichen Locale unentgeltlich abgegeben werden, da auch für die Räume im alten Museum eine Miethe von jährlich 300 M an den Staat gezahlt werde. Die Stadt müßte demnach bei dem alten Zeughause eine Summe aufwenden, welche sich bei Benutzung

des ihr gehörenden vormal's Huch'schen Hauses in wenigen Jahren ersparen lasse. Vor allen Dingen dränge es aber, die Spritzen anderweit unterzubringen, weil sie aus dem Museum nothwendig heraus müssen. Das hier in Frage stehende Object sei um so geringer, als der Staat seinen Antheil zu der Ausgabe beizutragen habe.

Herr Wolff I glaubt ebenfalls nicht, daß die Räume vom Staate frei zur Verfügung gestellt werden, er wolle indessen eine Anregung in der Richtung gegeben haben, daß der Magistrat dieselben für einen billigen Miethzins nutzbar mache. Die Lage der Gebäude inmitten der Stadt und mit zwei Ausgängen nach verschiedenen Straßen sei die denkbar günstigste, welche man zu solchem Zwecke erwarten könne.

Die Vorlage wird sodann nach dem Antrage des Magistrates angenommen.

### XVIII. Vertrag wegen Ausbaues einer Straße vor dem Wilhelmithore.

Die Firma Krause & Stege hat sich bereit erklärt, die westliche Hälfte der zwischen der Frankfurter- und Bahnhofstraße projectirten Verbindungsstraße auf ihre Kosten auszubauen, sofern die Breite dieser Straße von 18 m auf 16 m ermäßigt werden sollte. Der Magistrat hält diese Ermäßigung in Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte um deswillen für völlig unbedenklich, weil auf eine Fortführung der Straße in östlicher Richtung über das jetzige Bahnhofsterrain hinaus in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden könne. Gleichzeitig hat das Stadtbauamt vorgeschlagen, für diese Straße eine anderweite Baulinie festzusetzen, deren Genehmigung der Magistrat ebenso wie die Genehmigung des mit der Firma Krause & Stege und bezw. der Firma Grebe & Runze abgeschlossenen bezüglichen Vertrages anheimgibt.

Herr Uhlde befürwortet namens der Baucommission die Genehmigung der Vorlage.

Herr Rimpau giebt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die projectirte Straße als ein Theil der Ringstraße nur 16 m breit werden solle, während letztere Straße doch an anderen Stellen 30 m breit angelegt sei.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß die Ringstraße allerdings durchschnittlich 30 m breit werde, daß indessen von dieser Regel an verschiedenen Punkten, unter Berücksichtigung der einschlägigen Verhältnisse, abgewichen sei, indem beispielsweise der Wenden- und Neustadtring nur 22 m breit sei und die Hildesheimerstraße auch weniger breit ausgebaut werden solle. Da nun die hier in Rede stehende Straße für den öffentlichen Verkehr keine Bedeutung habe, weil ihre weitere Ausdehnung nach Osten zu durch die Bahnhofsgleise unmöglich gemacht werde, so genüge eine Straßenbreite von 16 m vollkommen und sei diese Ansicht von dem Vertreter der Herzoglichen Polizei-Direction auch getheilt worden.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

### **XIX. Erwerb einer Straßenfläche an der Vertramstraße.**

Der Bäckermeister Stöcklein hat von seinem an der Ecke der Leonhard- und Vertramstraße belegenen Grundstücke eine der Vertramstraße zuzulegende Theilfläche von 48 qm zum Einheitspreise von 8 M an die Stadtgemeinde abgetreten, welchen Erwerb der Magistrat zu genehmigen ersucht,

was geschieht, nachdem auch Herr Uhde namens der Baucommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

### **XX. Erwerb eines Lagerplatzes für Straßenbaumaterialien.**

Zur Einrichtung eines Lagerplatzes für Straßenbaumaterialien ist der Ankauf einer etwa 50 a großen, in der Nähe des Westbahnhofes belegenen, im Besitze der Ahlerb'schen Stiftung befindlichen Fläche in Aussicht genommen und mit dem Conservator der Stiftung, Herrn Bührmann, wegen des Erwerbes dieser Fläche ein Vertrag abgeschlossen, dahingehend, daß die Stadt eine Entschädigung von  $3\frac{1}{2}$  M pro qm zahle und sich mit den Pächtern der einzelnen Flächen wegen etwaiger Entschädigungsansprüche auseinander zu setzen habe. Der Magistrat giebt anheim, dieses Abkommen unter Bewilligung der geforderten Summe zu genehmigen und den Pächtern die mit denselben vereinbarte Entschädigungssumme von insgesammt 192 M 88 S zu zahlen.

Herr Seele empfiehlt namens der Finanzcommission die Genehmigung der Vorlage und

die Versammlung beschließt demgemäß.

### **XXI. Verkauf des Rickel'schen Restgrundstückes.**

Der Kaufmann Emil Wasmus hieselbst hat in dem zur Versteigerung des Rickel'schen Restgrundstückes am Altstadtmarkte angesetzten Termine das Höchstgebot mit 46 000 M abgegeben, welches der Magistrat, da der Kaufmann Hugo Rickel auf das ihm eingeräumte Vorkaufsrecht verzichtet hat, zu genehmigen ersucht.

Wie Herr Sievers namens der Finanzcommission berichtet, ist das Gebot für die Stadt durchaus annehmbar und außerdem die Lösung der Frage in solcher Weise mit Genugthuung zu begrüßen, weil sich das Opfer der Stadt an jener Stelle nunmehr auf 25 000 M ermäßige und zu erwarten sei, daß Herr Wasmus unter Mitbenutzung seines eigenen Nachbargrundstückes dort ein schönes Haus errichten lasse, während sonst nur ein kleines Fleckchen übrig geblieben sein würde. Auch an den Verkaufsbedingungen habe die Commission nichts anzusetzen.

Die Vorlage wird angenommen.

### **XXII. Vergebung der Verwaltung der Freibadeanstalt.**

Der Magistrat theilt mit, daß er in Uebereinstimmung mit der Finanzcommission dem Kaufmann Hermann Hensel hieselbst, von welchem mit 4500 M jähr-

licher Pacht das Höchstgebot auf die städtische Badeanstalt abgegeben sei, den Zuschlag erteilt habe. Es erübrige nun noch, die Verwaltung der Freibadeanstalt einer geeigneten Person zu übertragen und schlage er in Uebereinstimmung mit der Finanzcommission vor, zu genehmigen, daß das fragliche Amt dem Schwimmlehrer Ludwig Sauerbier unter Zusicherung einer Entschädigung von jährlich 300 M und unter Einräumung des Rechtes, wie bisher für Lieferung einer Badehose und eines Latens eine Gebühr von je 5 S von den Badenden zu erheben, mit der Maßgabe bis auf Weiteres übertragen werde, daß die Entschädigung am 1. October d. Js. gezahlt werde und das Verhältniß unter Feststellung einer Kündigungsfrist von drei Monaten durch den Magistrat zum 1. April jeden Jahres aufgelöst werden könne.

Die Finanzcommission giebt durch Herrn Sievers anheim, die Genehmigung zur Uebertragung der Freibadeanstalt an Herrn Sauerbier zu erteilen.

Auf eine bezügliche Frage des Herrn Brückmann erwidert Herr Stadtrath Metemeyer, daß Sauerbier allerdings nicht leise höre, daß dieses Leiden indessen nicht so schlimm sei, um dem Manne das Amt aus diesem Grunde nicht zu übertragen. Die Herzogliche Polizeidirection habe ebenfalls solche Bedenken nicht gehabt. Sollte sich das Leiden vielleicht verschlimmern, so würde man in Erwägung nehmen müssen, ihm die Verwaltung wieder zu entziehen.

Herr Sievers kann diese Mittheilungen voll bestätigen.

Die Versammlung genehmigt sodann die Vorlage.

### XXIII. Vergleich mit dem Schankwirth Arnold.

Nachdem der Schankwirth Arnold in dem vor Herzoglicher Kreisdirection stattgehabten Verfahren seine frühere Forderung für die zum Ausbau des Altwiekringes erforderliche Theilfläche des an der Jägerstraße belegenen Grundstückes von 37 600 M auf 30 000 M ermäßigt hat, ersucht der Magistrat, von dem am 26. Februar d. Js. (Seite 91 des Prot.) seitens der Versammlung beschlossenen Expropriationsverfahren abzufehen und den vom Magistrate auf dieser Grundlage abgeschlossenen Vergleich zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, geschieht.

Herr Kimpau fragt an, ob auch das Stiller'sche Grundstück inzwischen von der Stadtverwaltung erworben sei.

Herr Stadtrath Metemeyer erwidert, daß Herr Stiller das ihm vom Magistrate auf Beschluß der Versammlung gemachte Angebot von 36 000 M abgelehnt habe und daher das Expropriationsverfahren eingeleitet sei.

#### XXIV. Uebnahme des Abdenkmals seitens der Stadt.

Der geschäftsführende Ausschuß des Comités für Errichtung eines Franz Abt-Denkmal hat an den Magistrat die Bitte gerichtet, das im Juli d. Js. zu enthüllende Denkmal in die Obhut und Pflege der Stadt zu übernehmen und ersucht der Magistrat, dem Antrage, unter Voraussetzung der Zustimmung der Herzoglichen General-Hofintendantur, stattzugeben.

Die Versammlung erklärt sich auf Antrag der Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, hiermit einverstanden.

#### XXV. Anfrage des Herrn Nieß wegen der Fertigstellung des Madamenweges.

Auf die von Herrn Nieß gestellte Anfrage, welche Ursachen den Ausbau des Madamenweges verzögern, entgegnet

Herr Stadtrath Netemeyer, daß der Magistrat die Inangriffnahme des Madamenweges während des verflossenen Jahres lebhaft bedauere und darauf bedacht sein werde, daß solche Straßenbauten im Herbst nur dann angefangen werden dürften, wenn begründete Aussicht vorhanden sei, dieselben noch vor Winter fertigzustellen. Die Verzögerung sei auf den derzeitigen Mangel an Baumaterial zurückzuführen, jedoch werde seines Wissens jetzt kräftig an dem Weiterbau gearbeitet, worüber er nähere Erkundigungen einziehen wolle.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung den Antrag des Herrn Stadtbauraths Winter auf Uebnahme von Vorlesungen am Herzoglichen Polytechnikum, wählt darauf die Herren Fr. Nidel zum Bezirksvorsteher, Böttchermeister Albert Sievers und Kaufmann Ferd. Eichhorn zu stellvertretenden Bezirksvorstehern und Tischlermeister Gustav Schrader zum Armenpfleger, während für den aus dem Bezirke verziehenden Armenpfleger, Kaufmann Ed. Oppermann, eine Neuwahl nicht erforderlich erscheint. Zu Vertretern der Versammlung auf dem am 12./13. Juni d. Js. in Seesen stattfindenden braunschweigischen Städtetage werden die Herren Nidel und Sievers gewählt. Das Gesuch des Kaufmanns Theodor Schröter um Erlaß einer Abgabe an die Armen- und Wegeverbesserungscasse wird abgelehnt, dagegen die Pensionirung des Lehrers Johannes Röttger und der Lehrerin Auguste Stahl genehmigt. Nachdem Herr Oberbürgermeister Pockels noch Mittheilung von einem der Stadt gewordenen Zuschusse zu den Schulbaulasten gemacht hatte, tritt die Versammlung schließlich auf Antrag des Herrn Brückmann in eine Besprechung wegen der Uebnahme von Nebenämtern seitens der städtischen Beamten ein.

Schluß 7<sup>3/4</sup> Uhr.



# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 18. Juni 1891.

Öeffentlich:

|        |                                                                                                 |            |
|--------|-------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| I.     | Landesherrliche Concession für die städtische Anleihe . . . . .                                 | Seite 242. |
| II.    | Revisionsinstanz in Baufachen . . . . .                                                         | " 243.     |
| III.   | Gesuch wegen Aufstellung einer Laterne an der Steinstraße . . . . .                             | " 245.     |
| IV.    | Gesuch wegen der Kehrichtabfuhr von der Gießmaroderstraße . . . . .                             | " 245.     |
| V.     | Gesuch wegen der Kehrichtabfuhr zc. vom Madamenwege . . . . .                                   | " 245.     |
| VI.    | Ankauf der Wiesen zum Bürgerparke . . . . .                                                     | " 246.     |
| VII.   | Aufstellung von Ruhebänken im Bürgerparke . . . . .                                             | " 247.     |
| VIII.  | Kostenverwilligung für Lagepläne zu Feuerlöschzwecken . . . . .                                 | " 247.     |
| IX.    | Regulirung der übrigen Thurmuhren nach Rahrhofer's System . . . . .                             | " 248.     |
| X.     | Bejoldungserhöhung für die Berufsfeuerwehr . . . . .                                            | " 248.     |
| XI.    | Gesuch der hiesigen Korfschneider wegen Schädigung ihres Gewerbes durch die Feuerwehr . . . . . | " 249.     |
| XII.   | Erwerb einer Straßenfläche am Kibbaggshäuserwege . . . . .                                      | " 252.     |
| XIII.  | Einsprüche gegen den Ortsbauplan der südwestlichen Außenstadt . . . . .                         | " 252.     |
| XIV.   | Instandsetzung des Wolfscampes . . . . .                                                        | " 253.     |
| XV.    | Baulinie des Wenden- und Neustadtringes . . . . .                                               | " 253.     |
| XVI.   | Canalisirung zc. der Hamburgerstraße . . . . .                                                  | " 253.     |
| XVII.  | Baulinie für die Bachhoffstraße . . . . .                                                       | " 254.     |
| XVIII. | Beleuchtung des Altstadt-Rathhauses zc. für den Harzgeschichtsverein . . . . .                  | " 254.     |
| XIX.   | Unterstützung des Vereins zur Erhaltung der Kunstdenkmäler . . . . .                            | " 255.     |

|                                                               |                                                                                    |            |
|---------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| XX.                                                           | Gesuch der Liedertafeln Braunschweigs . . . . .                                    | Seite 255. |
| XXI.                                                          | Wahlen für das gewerbliche Schiedsgericht . . . . .                                | " 256.     |
| XXII.                                                         | Wahl zweier Mitglieder zur Besichtigung der elektrischen Ausstellung . . . . .     | " 257.     |
| XXIII.                                                        | Straßenbaukosten in der Kastanienallee und Kramerstraße . . . . .                  | " 257.     |
| XXIV.                                                         | Canalbau zwischen Leonhard- und Kl. Bertramstraße . . . . .                        | " 258.     |
| XXV.                                                          | Erwerb einer Straßenfläche an der Jägerstraße . . . . .                            | " 258.     |
| XXVI.                                                         | Bauliche Einrichtungen für den städtischen Fahrpark . . . . .                      | " 258.     |
| XXVII.                                                        | Aufnahme eines Processes gegen den Kaufmann C u e r s . . . . .                    | " 261.     |
| XXVIII.                                                       | Der Stadthausbau . . . . .                                                         | " 261.     |
| Vertraulich:                                                  |                                                                                    |            |
|                                                               | Anstellung des Brandmeisters Wieders . . . . .                                     | " 267.     |
|                                                               | Anstellung des Buchhalters Schmidt als Cassirer . . . . .                          | " 267.     |
|                                                               | Besetzung der Stelle des ersten und zweiten Thierarztes am Schlachthause . . . . . | " 267.     |
| Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten. |                                                                                    |            |
|                                                               | Heranziehung Fremder zur Gemeindesteuer . . . . .                                  | " 267.     |
|                                                               | Wahl der Beisitzer im Ausschusse zur Wahl von Schöffen und Geschworenen . . . . .  | " 267.     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer, Heymann und Meyer.

Entschuldigt die Herren Bültemann, Jasper, Lord und Seele; später erscheint Herr Kimpau.

### I. Landesherrliche Concession für die städtische Anleihe.

Das Herzogliche Staatsministerium hat unter Vorbehalt der zur Ausführung im Einzelnen noch erforderlichen Genehmigungen die Zustimmung dazu ertheilt, daß der Kreis-Communalverband Braunschweig unter Hinzutritt der Garantie der hiesigen Stadt den auf den Kennwerth von drei Millionen Mark bezifferten Geldbedarf der letzteren durch eine binnen etwa dreijähriger Frist nach Bedarf erfolgende Ausgabe von  $3\frac{1}{2}$  procentigen Inhaberpapieren mit Verpflichtung zur Tilgung durch im Jahre 1897 beginnende Ausloosung von jährlich  $\frac{1}{2}$  % und den ersparten Zinsen anleihe und der Stadt als Darlehn überweise und daß die Stadt dieses Darlehn unter den angeführten Bedingungen aufnehme. Der Magistrat ist darnach mit der Finanzcommission übereingekommen, daß die noch vorbehaltene landesherrliche Concession zur Ausstellung der Inhaberpapiere auf der Grundlage der von den städtischen Behörden bereits gefaßten bezüglichlichen Beschlüsse, im Uebrigen aber nach Maßgabe derjenigen Bedingungen zu erwirken sei, welche die landesherrliche Concession für die Ausgabe der fünf Millionen Mark Inhaberpapiere des Kreis-Communalverbandes von 1887 aufgestellt hatte und ersucht um Genehmigung dieser Uebereinkunft.

Für die Finanzcommission empfiehlt Herr Wolff I die Genehmigung der Vorlage.

Die bei dieser Gelegenheit aufgetauchte Frage, ob es nicht wünschenswerth sei, die Nummern der Stücke dieser Anleihe nicht selbstständig mit 1 beginnen zu lassen, sondern dieselben an die früheren Anleihen in der Nummernfolge anzuschließen, halte er nicht für richtig, weil jede Anleihe ein für sich abgeschlossenes organisches Ganze bilde und daher selbstständig mit A 1 beginnen müsse.

Die Vorlage wird angenommen.

## II. Revisionsinstanz in Bauwesen.

In der Sitzung vom 30. Juni 1887 (Seite 118—119 des Prot.) hat die Versammlung an den Magistrat das Ersuchen gerichtet,

- 1) die Frage in Erwägung zu nehmen, ob die Einrichtung einer Revisionsinstanz in städtischen Bauangelegenheiten rathsam erscheine,
- 2) die Grundsätze, nach denen bei Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen seitens der städtischen Verwaltung verfahren wird, bekannt zu machen.

Der Magistrat hat sich mit der Städtischen Bauverwaltung nicht zu überzeugen vermocht, daß ein Bedürfniß zur Schaffung einer besonderen Revisionsinstanz in städtischen Bauangelegenheiten vorliege, da der Magistrat das Zutrauen zu den Beamten der Städtischen Bauverwaltung habe, daß die von ihnen auszuübende Prüfung sowohl der einzelnen Arbeiten und Lieferungen, als der seitens der Lieferanten eingehenden Liquidationen, in Verbindung mit der durch das Revisionsbureau erfolgenden rechnerischen Prüfung der letzteren und bezw. der Zahlungsanweisungen, hinlängliche Gewähr biete, um die Stadt vor Uebervortheilungen Einzelner zu schützen. Wenn man bedenke, daß die Revisionsinstanz naturgemäß erst dann würde thätig werden können, nachdem die einzelnen Liquidationen seitens der Städtischen Bauverwaltung geprüft und eventuell berichtigt sind, so wird man sich der Ueberzeugung kaum verschließen können, daß die für Unterhaltung einer besonderen Revisionsinstanz aufzuwendenden Kosten mit dem aus ihrer Thätigkeit sich etwa ergebenden Nutzen nicht im Einklange stehen würden. Es kommt hinzu, daß es kaum hinreichend zu begründen sein möchte, eine Revisionsinstanz eventuell nur für städtische Bauangelegenheiten zu schaffen, wenigstens würde, wenn eine schärfere Controlle der Geschäftsführung der einzelnen städtischen Verwaltungen geübt werden soll, kein Grund vorliegen, dieselbe nicht auch bezüglich der alljährlich wiederkehrenden nicht unerheblichen Aufwendungen für Beschaffung von Kohlen, Gas- und Wasserröhren, Fourage, Pferde, Lebensmittel, Schulstiefeln u. s. w. in gleicher Weise durchzuführen, so daß es sich kaum würde vermeiden lassen, mehrere Revisionsinstanzen zu schaffen, deren Sachkenntniß eine verhältnißmäßig vielseitige sein müßte. Die Städteordnung ist augenscheinlich von der Ansicht aus-

gegangen, daß diese Sachkenntniß bei den Mitgliedern der aus den verschiedensten Berufsständen hervorgehenden Stadtverordneten-Versammlung am sichersten vor-  
ausgesetzt werden dürfe und hat daher der letzteren das Recht und die Pflicht über-  
tragen, den städtischen Haushalt in allen seinen Theilen zu überwachen und zu  
controliren und demgemäß die Stadtcassenrechnung zu revidiren. Da die Controle  
bisher in materieller Beziehung zu Ausstellungen niemals Anlaß gegeben hat, so  
ist hierdurch der sicherste Beweis dafür erbracht, daß für Schaffung einer kost-  
spieligen Revisionsinstanz oder gar deren mehrerer kein Grund vorliegt.

Anlangend die Bekanntmachung der Grundsätze, nach denen bei Vergebung  
öffentlicher Arbeiten und Lieferungen seitens der städtischen Verwaltung ver-  
fahren wird, so hat die Städtische Bauverwaltung ausgeführt, daß, abgesehen von  
bestimmten, eine Concurrrenz nicht wohl zulassenden Bauarbeiten, die letzteren  
regelmäßig im Wege der beschränkten Submission vergeben werden. Nach gleichem  
Grundsatz verfährt auch die Canalbau-Deputation und es hat sich dieses Ver-  
fahren durchaus bewährt. Daß dasselbe schon seit längerer Zeit angewandt wird,  
ist besonders in den Kreisen der hiesigen Handwerker so allgemein bekannt, daß  
eine bezügliche Bekanntmachung kaum Zweck haben dürfte. Bei den seitens der  
übrigen Verwaltungen zu vergebenden Lieferungen (Reinigungs-Deputation, Gas-  
und Wasserwerke, Pflegehaus, Schlachthaus u.) ist das Submissionsverfahren bis-  
her nicht angewandt und wird auch für zweckdienlich kaum erachtet werden können.  
Der Ankauf erfolgt hier regelmäßig freihändig. Es wird in erster Linie auf gute  
Beschaffenheit der Waaren und Producte und Zuverlässigkeit der Lieferanten ge-  
sehen, daneben allerdings auch darauf Bedacht genommen, die Verwaltung so wenig  
kostspielig wie möglich zu führen. Daß dabei dem pflichtmäßigen Ermessen des  
Chefs der betreffenden Verwaltung, bezw. der ihm zur Seite stehenden, seitens der  
Versammlung erwählten Deputationsmitglieder ein gewisser Spielraum gelassen  
werden muß, ist selbstverständlich. Eine Bekanntmachung dieses Verfahrens, über  
dessen Anwendung Beschwerden beim Magistrate bislang nicht erhoben sind, dürfte  
nach der Ansicht des Letzteren nicht erforderlich sein.

Wie Herr Uhlde namens der Baucommission berichtet, ist dieselbe bei Be-  
rathung der Vorlage ebenfalls zu der Ansicht gelangt, daß es zweckmäßig sei, auf  
den früheren Antrag nicht weiter einzugehen, sondern das bisherige Verfahren bei-  
zubehalten, also die Magistratsvorlage zu genehmigen.

Herr Rieke schließt sich diesem Antrage an, umsomehr, als der Urheber der  
ganzen Vorlage etwas angerührt habe, was er hinterher nicht zu vertheidigen wisse  
und deshalb für den Redner kein Grund vorliege, diese Sache seinerseits zu ver-  
theidigen.

Die Vorlage wird damit als erledigt angesehen.

Zunächst nimmt nun Herr Wilke das Wort, um die Versammlung darauf aufmerksam zu machen, daß er eine Abbildung des dem demnächstigen Stadthause gegenüber zu errichtenden staatlichen Behördenhauses ausgestellt habe.

### III. Gesuch wegen Aufstellung einer Laterne an der Steinstraße.

Der Architekt Eggeling hat die Versammlung gebeten, bei dem Magistrate dahin vorstellig zu werden, daß die bislang auf seine Kosten unterhaltene Laterne an dem Grundstücke Steinstraße Nr. 5, in der früheren Leihhaustwete, stadtseitig übernommen und unterhalten werde, weil die Laterne insofern dem öffentlichen Interesse diene, als die Bewohner jenes Hauses, welches seinen Zugang in der Leihhaustwete habe, durch die dort früher bei Nachtbeleuchtung derselben sich abspielenden Szenen arg belästigt seien.

Die Finanzcommission hat nach dem Berichte des Herrn Wolff I ursprünglich den Beschluß gefaßt, diese Eingabe dem Magistrate zur Berücksichtigung zu empfehlen, weil die Stadt die Verpflichtung habe, jene Twete zu beleuchten; da indessen vom Magistrate mitgeteilt worden, daß die Eingabe mit noch weiteren Anträgen auf Anbringung von Straßenlaternen Berücksichtigung finden solle, so empfehle er, über den Antrag aus diesem Grunde zur Tagesordnung überzugehen, was geschieht.

### IV. Gesuch wegen der Kehrichtabfuhr von der Gliesmaroderstraße.

Der Bauunternehmer Chr. Lindemann hat sich an die Versammlung mit der Bitte gewandt, bei dem Magistrate dahin wirken zu wollen, daß der Kehricht von den Häusern Nr. 26 und 26 a an der Gliesmaroderstraße mit abgefahren werde. Ein früher von Lindemann an den Magistrat gerichtetes bezügliches Gesuch ist mit der Begründung abschläglich beschieden worden, daß die Entfernung der fraglichen Häuser von der Bindestraße ab, bis wohin die Kehrichtabfuhr zur Zeit ausgedehnt sei, ungefähr 150—200 m betrage, und daß die hier in Frage kommende Strecke der Gliesmaroderstraße nur auf einer Seite bebaut sei, auch der Konsequenzen wegen zur Zeit dem Gesuche nicht zu willfahren stehe.

Herr Halle ersucht namens der Statutencommission, das Gesuch aus den vom Magistrate angeführten Gründen abzulehnen und die Versammlung beschließt demgemäß.

### V. Gesuch wegen der Kehrichtabfuhr zc. vom Madamenwege.

Die von den Anwohnern des hinter der Landeseisenbahn belegenen Theiles des Madamenweges vorgebrachte Bitte um Abfuhr des Kehrichts und um Einrichtung des Sicherheitsdienstes auf der von ihnen bewohnten Strecke, sowie um

Verbreiterung des zwischen der Altfeldstraße und der Landeseisenbahn belegenen Theiles der fraglichen Straße

ist nach der Ansicht der Statutencommission, für welche Herr Halle berichtet, formell noch nicht zur Berathung in der Versammlung erwachsen, weil der Magistrat in der Angelegenheit einen Beschluß noch nicht gefaßt habe. Der commissionsseitig beantragte Uebergang zur Tagesordnung

wird von der Versammlung beschloffen.

## VI. Ankauf der Wiesen zum Bürgerparke.

In Sachen, betr. den Ankauf der Wiesen bei Eisenbüttel, hat sich das große Waisenhaus hinsichtlich der Abtretung der ihm gehörenden 16 ha 14 a 71 qm haltenden Wiesen mit der Bedingung, daß die Uebergabe der Wiesen und die Zahlung des Kaufpreises frühestens am 1. Januar 1896 solle gefordert werden können, nicht einverstanden erklärt, dabei aber seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, der Stadt event. den Kaufpreis (113 850 M) gegen eine Verzinsung zu  $3\frac{1}{2}$  Proc. unter Feststellung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zu stunden. Ferner hat die Herzogl. Landesregierung, da sie zu einer Veräußerung der in Betracht kommenden Cammerwiesen (10 ha 21 a 25 qm) nur in Rücksicht auf den Verwendungszweck Grund und Veranlassung habe, verlangt, daß wegen dauernder Verwendung der Wiesen zu Parkanlagen Sicherheit dadurch gewährt werde, daß in das Grundbuch zu Gunsten Herzoglicher Cammer das Recht des Rückkaufs zu dem von der Stadt gezahlten Preise für den Fall eingetragen werde, daß und soweit die Stadt die Wiesen zu einer der öffentlichen Nutzung unterliegenden Gartenanlage nicht sollte verwenden wollen. Dabei hat sich die Herzogliche Cammer bereit erklärt, bei dem Herzoglichen Staatsministerium zu befürworten, daß die Stadt mit Fertigstellung der Parkanlage bis zum Jahre 1910 befristet werde. Da der Besitz der gesammten Wiesen für die Stadt von so hoher Bedeutung ist, daß der Erwerb auch unter den vorstehenden Bedingungen vorzunehmen sein wird, so ersucht der Magistrat, ihn zur Uebernahme der fraglichen Bedingungen beim Abschlusse der Kaufverträge zu ermächtigen.

Die Finanzcommission, für welche Herr Wolff I berichtet, empfiehlt auch ihrerseits, den Magistrat zum Erwerbe der Wiesen unter den neuen Bedingungen zu ermächtigen, zumal der Vorbehalt des Herzoglichen Staatsministeriums insofern von keiner sehr großen Bedeutung sei, als die gesammten, in Frage kommenden Grundstücke nicht direct am Eisenbüttlerwege liegen und für die Stadt ein Wiederverkauf der Wiesen überhaupt nicht in Betracht kommen könne.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

## VII. Aufstellung von Ruhebänken im Bürgerparke.

Nachdem die zur parkartigen Instandsetzung der Wiesen im Gänsewinkel erforderlichen Arbeiten und Anpflanzungen nahezu vollendet sind, bedarf es zur vollständigen Einrichtung des Parkes nunmehr der Aufstellung von Ruhebänken. Zur Befriedigung des jeweiligen Bedürfnisses empfiehlt es sich nach der Ansicht des Magistrates außer den auf dem Berge aufzustellenden 8 Bänken auf dem Spielplatz zur Zeit noch 10, zusammen also 18 Bänke und zwar von derselben Construction und Beschaffenheit, nur etwa 25 cm länger aufstellen zu lassen, wie solche im Stadtparke Verwendung gefunden haben. Die aus der Anschaffung, dem Anbringen und Befestigen von 18 Ruhebänken erwachsenden, bei Bewilligung des Einrichtungscredits unberücksichtigt gebliebenen Kosten werden 450 M betragen, deren Verwilligung der Magistrat anheim giebt.

Der Herr Vorsitzende ersucht um Genehmigung dieser Vorlage, welche einem namentlich auf den hiesigen Promenaden empfundenen Mangel mit abhelfen solle.

Herr Rimpau bringt in Vorschlag, einige Bänke als „Kinderbänke“ zu bezeichnen, damit den Park auch Kinderwärterinnen besuchen können, welche indessen auf bestimmte Bänke beschränkt werden müßten, um die übrigen Besucher nicht von sämtlichen Bänken zu verdrängen.

Herr Hauswaldt will einen Uebelstand zur Sprache bringen, welcher sich im Bürgerparke eingeschlichen habe und der darin bestehe, daß Mädchen und Frauen während der Badezeit oft stundenlang sich auf der zur Badeanstalt führenden Brücke aufhalten. Die von dem Pächter der Badeanstalt dieserhalb angegangene Polizei habe erklärt, kein Recht zum Einschreiten gegen jene Frauenzimmer zu besitzen, weil es sich dort um städtisches Eigenthum handle.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann mit Bezug hierauf mittheilen, daß in Aussicht genommen sei, zur Beaufsichtigung des Bürgerparkes einen Aufseher anzunehmen, sobald der Park in Stand gesetzt sei, wodurch der Uebelstand schon beseitigt werden würde.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

## VIII. Kostenverwilligung für Lagepläne zu Feuerlöschzwecken.

Im Jahre 1883 ist seitens des verstorbenen Directors Reuter eine Sammlung von Lageplänen herausgegeben, um der Feuerwehr-Führerschaft eine rasche Orientirung auf den größeren Privat- und Fabrikgrundstücken zu ermöglichen. Die zuvorige Aufnahme und Cartirung dieser Pläne war durch den Stadtgeometer Knoll und den Bautechniker Wiese bewirkt worden, welche wiederholt um Verwilligung

des ihnen seiner Zeit für diese Arbeit in Aussicht gestellten Betrages von 200 M gebeten haben. Der Magistrat giebt anheim, den Betrag zu verwilligen,

was auch auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Hamdohr berichtet, geschieht.

### IX. Regulirung der übrigen Thurmuhrn nach Mayrhofer's System.

Mit Rücksicht darauf, daß sich der zunächst für die Regulirung der Thurmuhr der Andreaskirche aufgestellte hydro-pneumatische Apparat nach Anbringung einiger Aenderungen durchaus bewährt hat, ist die Deutsche Central-Uhren-Gesellschaft in Berlin vom Magistrate aufgefordert, auch die Thurmuhrn der übrigen sechs Stadtkirchen zu reguliren. Die zu 550 M für jede Uhr, also zu insgesammt 2750 M veranschlagten Kosten ersucht der Magistrat zu genehmigen. Da die Uhr der Magnikirche indessen vollständig abgängig und durch ein neues Werk zu ersetzen ist, so wird ferner beantragt, für ein solches neues Werk den von der genannten Gesellschaft geforderten Preis von 2100 M ebenfalls zu verwilligen.

Herr Uhlde hat namens der Baucommission die Vorlage zu befürworten, da es im Interesse der Stadt liege, vollständig gleichmäßig gehende Thurmuhrn zu erhalten.

Herr Lange giebt seiner Freude Ausdruck, daß die Angelegenheit wieder in Fluß gekommen und äußert dabei den Wunsch, daß dieses System auch auf andere öffentliche Uhren (Schuluhren etc.) ausgedehnt werden möchte. Außerdem erbitte er sich Aufschluß darüber, ob die Regulirung der Uhren auch thatsächlich nur 550 M koste, da er aus den Acten entnommen habe, daß von der Gesellschaft hinterher noch 320 M für Zuleitungsröhren etc. gefordert seien.

Herr Stadtrath Netemeyer erwidert, daß nach vertraglicher Bestimmung die Stadt das erforderliche Wasser umsonst zu liefern habe, woraus von der Gesellschaft hinterher geschlossen sei, die Stadt solle auch die Zuleitungsröhren für das Wasser auf ihre Kosten anbringen lassen. Das habe indessen der Magistrat abgelehnt und sei die Gesellschaft bislang auch nicht wieder auf diesen Punkt zurückgekommen. Er werde Erkundigungen darüber einziehen, ob die von der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke aufgestellte Rechnung für Anbringung der Röhren inzwischen bezahlt sei.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

### X. Besoldungserhöhung für die Berufsfeuerwehr.

Die Besoldung der zur Berufsfeuerwehr gehörenden Mannschaften ist zur Zeit in der Weise geregelt, daß die Oberfeuerwehrmänner im Durchschnitt jährlich 1080 M, die Feuerwehrmänner aber 840 M beziehen. Außerdem haben im ver-



flossenen Jahre Vergütungen für Verrichtung von Wachen auf der Messe und in öffentlichen Localen im Betrage von 75 M an jeden Mann ausgezahlt werden können und ferner ist ein Theil der Mannschaft nebenbei im Korkschneiden beschäftigt worden, wodurch sich für die Betreffenden ein Durchschnittsverdienst von 156 M ergab. Die Gesamteinnahme betrug mithin im Jahre 1890 für die Oberfeuerwehrmänner durchschnittlich 1311 M und für die Feuerwehrmänner 1061 M bezw. 915 M. Mit Rücksicht auf die allgemeine Steigerung der Preise für Lebensbedürfnisse ersucht der Magistrat zu genehmigen, daß auch diesen städtischen Bediensteten eine Aufbesserung ihres Einkommens in der Weise zu Theil werde, daß der erste Oberfeuerwehrmann jährlich 1380 M, die übrigen 4 Oberfeuerwehrmänner jährlich 1200 M und die 30 Feuerwehrmänner jährlich 960 M im Durchschnitt erhalten. Das Gesamteinkommen würde bei Einstellung dieser Sätze mit den Nebeneinnahmen für den ersten Oberfeuerwehrmann 1611 M, für die übrigen Oberfeuerwehrmänner 1431 M und für die Feuerwehrmänner 1191 M bezw. 1035 M betragen.

Die Finanzcommission hat nach dem Berichte des Herrn Ramdohr gegen die beantragte Besoldungserhöhung nichts einzuwenden und giebt deren Bewilligung anheim.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

#### **XI. Gesuch der hiesigen Korkschneider wegen Schädigung ihres Gewerbes durch die Feuerwehr.**

Seitens der hiesigen Korkfabrikanten ist der Versammlung die Bitte vorgebracht, dahin wirken zu wollen, daß die Nebenbeschäftigung der Feuerwehrleute mit Korkschneiden innerhalb des Dienstgebäudes aufgegeben werde, um die immer drückender werdende Schädigung der hier ansässigen bezüglich des Gewerbetreibenden zu beseitigen. Zur Begründung des Gesuches wird weiter angeführt, daß die von der Feuerwehr abgehenden Mannschaften dieses dort erlernte und betriebene Geschäft in der Regel fortzusetzen pflegen und auf solche Weise die Concurrenz immer mehr um sich greife.

Wie Herr Ramdohr namens der Finanzcommission berichtet, sind die Behauptungen der Bittsteller im Allgemeinen richtig, wenn man auch die Berechtigung ihrer Bitte nicht anzuerkennen vermöge. Einmal stehe derselben die Gewerbefreiheit entgegen und gerade so wie andere Gewerbe, müßten sich auch die Korkschneider die volle Concurrenz gefallen lassen, da sie kein außergewöhnliches Anrecht auf den Schutz ihres Gewerbes beanspruchen könnten. Andererseits sei es aber durchaus nothwendig, daß die Mannschaften während ihrer langen Dienstzeit noch in irgend einer Weise beschäftigt würden; weil die täglichen Uebungen und die Instandhaltung der Spritzen

und Geräthe die Zeit bei Weitem nicht ausfüllten. Dabei müßte aber eine Nebenbeschäftigung gewählt werden, welche jeden Augenblick unterbrochen und wieder aufgenommen werden könne, weil die Mannschaften ja immer zur sofortigen Verfügung zu stehen haben. Hierzu eigne sich nichts besser als die Korkschneiderei, denn es seien zu derselben weder erhebliche Betriebscapitalien, noch besondere Vorkenntnisse erforderlich. Wenn sich nun aber auch wirklich eine andere Beschäftigungsart auffinden lasse, so würde dieselbe seitens der betreffenden Gewerbetreibenden eine gleiche Ansehung erfahren, so daß es beim besten Willen sehr schwer sei, der Beschwerde der Korkfabrikanten Abhülfe zu schaffen. Eine völlige Aufgabe des Nebenbetriebes sei aus den angeführten Gründen unthunlich. Ein Ausweg lasse sich vielleicht in der Weise finden, daß man den Vertrieb der fabricirten Körbe den Mannschaften abnehme und zu solchem Zwecke mit den Fabrikanten vereinbare, daß diese auf ihre Rechnung die Mannschaften mit Korkschneiden beschäftigen. Hierbei müsse allerdings vorausgesetzt werden, daß letzteren derselbe Nebenverdienst gewährleistet werde, welchen sie bisher aus dem Betriebe bezogen haben. Aus dieser Erwägung heraus stelle die Finanzcommission folgenden Antrag:

Die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, dieser wolle mit den Korkfabrikanten hiesiger Stadt aus Anlaß deren Gesuchs an die Stadtverordneten vom 26. Mai 1891 in Verbindung treten und den Versuch machen, mit den Korkfabrikanten einen Vertrag dahin zu vereinbaren, daß letztere für ihre Rechnung die Mannschaften der ständigen Feuerwehr hier in der Art beschäftigen möchten, daß diesen auch ferner eine mindestens gleich lohnende Nebenbeschäftigung erhalten werde, wie sie ihnen aus dem eigenen Betriebe der Korkschneiderei bislang erwachsen sei.

Sollte bei Annahme dieses Antrages und bei Zustimmung des Magistrates eine Vereinbarung mit den Korkfabrikanten nicht erzielt werden können, so halte die Commission die Eingabe alsdann ebenfalls für erledigt.

Herr Wilke kann es nicht für richtig halten, daß städtische Beamte während der Dienstzeit hiesigen Gewerbetreibenden Concurrenz machen, wenn auch mit Rücksicht auf die Gewerbefreiheit nichts dagegen zu sagen sei, daß die Leute nach Feierabend solche Nebenbeschäftigung ausführen. In anderen Städten verwende man die Feuerwehrleute auch zu anderen Zwecken, so z. B. finden dieselben in Danzig Verwendung bei der Straßenreinigung, was sich bei richtiger Organisation recht gut, selbst mit Rücksicht auf ausbrechendes Schadenfeuer durchführen lasse.

Herr Niese ist der Ansicht, daß diese Nebenbeschäftigung heute nicht mehr zur Einführung gelangen würde. Den Geschäftsleuten, welche ihre Gewerbesteuer bezahlen, müsse nothwendigerweise eine drückende Concurrenz erwachsen, da fast

alle abgehenden Feuerwehrleute das Korkgeschäft fortzusetzen pflegen und auf diese Weise immer mehr Concurrenten entstehen. Die Feuerwehrleute könne man zum Hydranten- und Straßenreinigungsdienste mit heranziehen, aber diese Nebenbeschäftigung müsse aufhören.

Herr Halle ist erinnerlich, daß die Korkschneiderei der Feuerwehrleute schon einmal in den Händen eines Unternehmers gewesen sei und sich der von der Commission vorgeschlagene Ausweg wohl durchführen lasse. Seiner Meinung nach müßten die Leute Beschäftigung haben und dürften nicht auf der Wache sitzen und sich langweilen; andererseits müßten sie aber auch immer zur Stelle sein, um bei ausbrechendem Feuer sofort in Thätigkeit treten zu können. Dazu komme noch der Umstand, daß die Leute mit ihren Körken gar nicht billiger seien, als die hiesigen Fabrikanten, sondern gleichen Preis halten. Von ungerechtfertigter Concurrenz lasse sich hier um so weniger reden, als die Leute Gewerbesteuer bezahlen und außerdem Gewerbefreiheit herrsche; man möge die Beschäftigung deshalb ruhig weiter bestehen lassen.

Herr Oberbürgermeister Bockels kann mittheilen, daß schon im Herbst vorigen Jahres eine gleiche Vorstellung bei dem Magistrate eingegangen sei, welche dem Kreisbranddirector sofort zur Aeußerung zugestellt, aber durch Reuter's Tod etwas in Vergessenheit gerathen und erst neuerdings wieder aufgefaßt sei. Aus dem von dem Kreisbranddirector Meyer dieserhalb erstatteten Berichte wolle er nur noch hervorheben, daß das Korkgeschäft der Feuerwehrleute länger bestehe, als das der meisten Wittsteller. Der Magistrat habe zu der Angelegenheit noch keine Stellung nehmen können, jedoch solle besonders betont werden, daß die Feuerwehrmannschaft für den Gewerbebetrieb die vorschriftsmäßige Steuer bezahle. Für irgend welche nutzbringende Beschäftigung der Leute müsse, wie wohl Jedermann einsehe, Sorge getragen werden, auch sei die Beschäftigung innerhalb des Feuerlöschgebäudes vorzunehmen. Die Verwendung der Mannschaften zu Straßenreinigungszwecken halte er für unthunlich, weil dieselben zu 30 Mann  $4 \times 24$  Stunden hintereinander Dienst haben und man sie bei ausbrechendem Schadenfeuer nicht erst von der Straße heranholen könne, Reservemannschaften aber nicht vorhanden seien. Während jetzt die erste Spritze durchschnittlich nach  $2\frac{1}{2}$  Minuten auf der Brandstelle erscheine, werde man bei solcher Einrichtung wenigstens 15 Minuten gebrauchen, was jedenfalls nicht im Interesse der städtischen Bevölkerung liege. Bezüglich des Commissionsantrages wolle er bemerken, daß es der Magistrat nicht für angezeigt erachte, sich selbst in diese heikle Geschichte einzulassen, sondern daß er damit den Kreisbranddirector oder einen Oberfeuerwehrmann betrauen werde.

Herr Nieß hält die Berufung auf die Gewerbefreiheit für unrichtig, da es sich hier darum handle, daß von der Stadt besoldete Leute während ihrer Dienst-

zeit einem Geschäftsbetriebe Concurrenz machen. Mit Rücksicht darauf, daß eine Verwendung der Mannschaften zu Straßenreinigungszwecken ihm ebenfalls unthunlich erscheine, bitte er, den von der Commission vorgeschlagenen Weg zu beschreiten.

Herr Wolff hebt Herrn Oberbürgermeister Pockels gegenüber hervor, daß der Commissionsantrag dem Magistrate volle Freiheit bezüglich der Einleitung der Verhandlungen gestatte und demselben daher auch überlassen bleibe, einen geeigneten Vertreter mit der Sache zu betrauen.

Herr Rieke wünscht eine Aufhebung des ganzen Nebenbetriebes selbst auf die Gefahr hin, daß die Leute überhaupt keine Beschäftigung finden, in welchem Falle die Landesbrandcasse, für welche die Feuerwehr arbeite, zur Tragung des Ausfalles heranzuziehen sei.

Herr Ramdohr legt ein Hauptgewicht darauf, daß die Mannschaft beschäftigt werde. In Danzig beschäftige man vielleicht eine große ständige Feuerwehr, so daß stets eine ausreichende Wache vorhanden sei.

Herr Wille bestätigt, daß dort stets eine genügend starke Wache zur Verfügung bleibe.

Der Antrag der Finanzcommission findet sodann die Zustimmung der Versammlung.

## XII. Erwerb einer Straßenfläche am Riddagshäuserwege.

Der Tischlermeister Friedrich Könneke, welcher beabsichtigt, auf seinem an der Ecke von Riddagshäuserweg und der Straße „hinterm Hopfengarten“ belegenen Grundstücke ein Wohnhaus zu errichten, hat eine Theilfläche von 86 qm zur Straße abzutreten, deren Ankauf der Magistrat zum Einheitspreise von 8 M empfiehlt

und die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Weber berichtet, beschließt.

## XIII. Einsprüche gegen den Ortsbauplan der südwestlichen Außenstadt.

Gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Aenderung des Ortsbauplanes an der Frankfurterstraße sind zwei Einsprachen von dem Fabrikanten Wilhelm Förster und von verschiedenen in jener Gegend wohnenden Personen erhoben. Die erste Einsprache ist damit begründet, daß die Aenderung des Ortsbauplanes, insbesondere die Freigabe des neben dem Hause Försters liegenden Terrains zum Bebauen, für dieses Haus in dem Falle von nachtheiligen Folgen werden könnte, daß die dem fraglichen Grundstücke angeblich vor dessen Bebauung von dem Nachbar eingeräumte Licht- und Wegegerechtigkeit mit Erfolg nicht sollte geltend gemacht werden können, während die zweite Einsprache die Beibehaltung des Platzes im Interesse der dortigen Gegend für geboten erachtet und deshalb gegen seine Auf-

hebung protestirt. Beide Einsprachen kann der Magistrat nicht als begründet erachten und ersucht daher, dieselben zu verwerfen,

was geschieht, nachdem auch Herr Weber namens der Baucommission einen gleichen Antrag gestellt hatte.

#### XIV. Instandsetzung des Wolfscampes.

Von Anwohnern des Wolfscampes ist dem Magistrate das Gesuch unterbreitet, die jenseits der Landeseisenbahn belegene, bislang nicht befestigte, etwa 280 m lange Theilstrecke der genannten Straße ausbauen zu lassen. Der Magistrat empfiehlt, in diesem Jahre die Straße nur mit Canal, Gas- und Wasserrohr zu versehen, den oberirdischen Ausbau aber erst im nächsten Jahre auszuführen. Die Kosten betragen für den Abzugscanal 6600 M., für das Gasrohr 1174,40 M. und für das Wasserrohr 1948,20 M.

Der Antrag des Magistrates wird auf Befürwortung des Herrn Sievers, welcher namens der Finanzcommission berichtet, angenommen.

#### XV. Baulinie des Wenden- und Neustadttrings.

Nachdem der Wenden- und Neustadttring auf Beschluß der städtischen Behörden nur in einer Breite von 22 m ausgebaut ist, hält es der Magistrat für geboten, nachträglich auch den Ortsbauplan entsprechend zu ändern und zwar dahingehend, daß der übrige Theil der westlichen Ringstraße nur in einer Breite von 26 m zur Ausführung kommt.

Die Baucommission läßt die Vorlage durch Herrn Weber befürworten und die Versammlung genehmigt dieselbe.

#### XVI. Canalisirung u. der Hamburgerstraße.

Verschiedene Anwohner der Hamburgerstraße haben gebeten, dieselbe auf der Strecke zwischen Jürgens' Brauerei und dem Schützenhofe mit einem Abzugscanale und dem Wasserrohre belegen zu lassen, welchen Antrag die Canalbaudeputation und die Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke befürworten. Es sind veranschlagt die Kosten für das Wasserrohr zu 3701,40 M. und für den Canal auf der Strecke von Jürgens' Brauerei bis zu dem in unmittelbarer Nähe des Schützenhofes belegenen Grundstücke M. ass. 2938 zu 14 500 M. Wegen Beschaffung der Vorfluth für diesen Canal ist bereits früher Beschluß gefaßt und auch bezüglich der Verlegung dieses Vorfluthcanals innerhalb des Kessel'schen Grundstückes eine Vereinbarung mit dem Eigenthümer erzielt worden. Der Magistrat ersucht um Bewilligung der erforderlichen und bereits vorhandenen Mittel. Wegen der Weiterführung des Vorfluthcanals bis zur Oker behält sich derselbe weitere Anträge vor.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Magistratsantrage nach Befürwortung desselben durch die Finanzcommission, für welche Herr Fiedel berichtet, einverstanden.

#### XVII. Baulinie für die Pachtstraße.

In Veranlassung eines von dem Hoffattler Weiß hieselbst eingebrachten Antrages wegen Errichtung eines neuen Wohngebäudes auf seinem an der Pachtstraße belegenen Grundstücke ersucht der Magistrat, für diese Straße eine andere, dieselbe auf 12 m verbreiternde Baulinie festzusetzen.

Die Baucommission läßt die Vorlage durch Herrn Weber zur Genehmigung empfehlen, denn obwohl sich nicht verkennen lasse, daß durch das Zurückbauen des Weiß'schen Hauses wieder zwei, auf längere Zeit unangenehme Winkel entstehen werden, sei doch in Erwägung zu ziehen, daß die Pachtstraße schon für den heutigen Verkehr nicht mehr ausreiche und eine Verbreiterung nothwendig eintreten müsse.

Herr Wolff I kann die jetzige Breite der Pachtstraße mit Rücksicht auf den dort herrschenden Verkehr nicht für ungenügend halten, aber auch nicht annehmen, daß sich dort in Zukunft der Verkehr derartig entwickeln werde, um einen so bedeutenden Kostenaufwand als gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Der nordwestliche Stadttheil gehe in seinem Verkehr immer mehr zurück, so daß auch für die Pachtstraße ein erheblicher Verkehrszuwachs nicht zu erwarten stehe. Er warne daher vor einer so kostspieligen Verbreiterung.

Herr Stadtrath Metemeyer bemerkt, daß der Magistrat sich zu der Verbreiterung der Pachtstraße nur in der Erwägung verstanden habe, daß nach Verbreiterung des Markstalles der gesammte, bislang über die Straße „vor der Burg“ gehende Fuhrwerksverkehr zur Vermeidung der hier vorhandenen erheblichen Steigung über die Pachtstraße geleitet werden würde.

Herr Weber hält aus eigener Anschauung den jetzigen Fuhrwerksverkehr der Pachtstraße für gar nicht so unbedeutend.

Nachdem Herr Nieß noch darauf hingewiesen hatte, daß möglicherweise auch der Pferdebahnverkehr nach der Verbreiterung des Markstalles über diese Linie geleitet werden könnte,

wird die Magistratsvorlage von der Versammlung angenommen.

#### XVIII. Beleuchtung des Altstadt-Rathhauses u. für den Harzgeschichtsverein.

Der Harzverein für Geschichte und Alterthumskunde hat gebeten, ihm behufs Abhaltung eines gemüthlichen Abends gelegentlich seiner vom 27. bis 29. Juli d. Js. in hiesiger Stadt abzuhaltenden 24. Hauptversammlung für den 28. Juli den Altstadt-Rathhauseaal in angemessener und üblicher Weise zur Verfügung zu stellen

und auch für die Beleuchtung und sonstige Einrichtung des Saales und des Brunnens auf dem Altstadtmarkte Sorge zu tragen. Der Magistrat schließt sich dem Gesuche an und bittet um Genehmigung der durch Erfüllung desselben entstehenden Kosten,

welche von der Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Rudeloff berichtet, beschloffen wird.

#### **XIX. Unterstützung des Vereins zur Erhaltung der Kunstdenkmäler.**

Der seit mehr als Jahresfrist hier bestehende „Verein zur Erhaltung der Kunstdenkmäler in der Stadt Braunschweig“ verfolgt den Zweck, die hier befindlichen, besonders beachtenswerthen Kunstdenkmäler nach Kräften zu erhalten und, soweit solches nöthig und möglich ist, in entsprechender Weise herzustellen. Da die Aufwendungen des Vereins in Anbetracht der hier vorhandenen zahlreichen älteren Bauwerke sehr erheblich sind und die Mittel desselben nicht ausreichen, um den beabsichtigten Zweck einigermaßen zu erfüllen, so hat der Verein um Bewilligung eines stadtseitigen regelmäßigen Zuschusses gebeten. Der Magistrat beantragt, dem Vereine eine jährliche Beihilfe von 200 M zu gewähren, da dessen Ziele Anerkennung und Unterstützung verdienen.

Herr Wolff II befürwortet namens der Statutencommission die Vorlage und die Versammlung genehmigt dieselbe.

#### **XX. Gesuch der Liedertafeln Braunschweigs.**

Die hiesigen festgebenden Bundesliedertafeln haben den Magistrat gebeten,

- 1) um kostenfreien Verbrauch von Gas als Ersatzbeleuchtung in der Festhalle und den Küchenräumen,
- 2) um kostenfreien Verbrauch von Wasser in der Festhalle und den Küchenräumen und
- 3) um Herleiheung von einigen Gassternen, von Fahnen und sonstigen Ausschmückungsgegenständen.

Der Magistrat giebt anheim, die beiden ersten Anträge zu genehmigen, dagegen den letzten Antrag bezüglich der Herleiheung von Fahnen und sonstigen Ausschmückungsgegenständen abzulehnen. Die Fahnen seien zum 50jährigen Regierungsjubiläum des hochseligen Herzogs Wilhelm mit einem erheblichen Kostenaufwande angeschafft, hinterher aber durch Verleihen an verschiedene hiesige Vereine derart abgenutzt, daß dieselben zum festlichen Einzuge Sr. Königlichen Hoheit des Prinzregenten in aller Eile mit einem Aufwande von 1800 M haben ergänzt werden müssen. Seitdem seien sämmtliche Ausschmückungsgegenstände, sorgfältig verpackt, aufbewahrt und grundsätzlich an Dritte (Corporationen zc.) nicht mehr verliehen.

Die Statutencommission ist nach dem Berichte des Herrn Halle mit dem Magistratsvorschlage hinsichtlich der Punkte 1 und 2 einverstanden. Bezüglich des 3. Punktes der Eingabe glaube die Commission empfehlen zu sollen, den Niederstafeln wenigstens solche Ausschmückungsgegenstände zur Verfügung zu stellen, welche im Innern der Festhalle Verwendung finden. Man müsse dabei natürlich voraussetzen, daß die Sachen unter Aufsicht eines städtischen Baubeamten ausgeliefert werden und man auch für ordnungsmäßige Ablieferung derselben Sorge trage.

Die Versammlung genehmigt darauf die Vorlage nach dem Antrage der Statutencommission.

## XXI. Wahlen für das gewerbliche Schiedsgericht.

Nach §. 5 des von den städtischen Behörden beschlossenen und vom Herzöglichen Staatsministerium genehmigten Statuts, die Errichtung eines Gewerbegerichts für die Stadt Braunschweig betreffend, soll der die Wahl der Beisitzer des Gewerbegerichts leitende Wahlausschuß erstmals aus einem Beauftragten des Magistrates als Vorsitzenden und zwei von der Versammlung gewählten Mitgliedern bestehen. Nachdem der Stadtrath Meyer als Beauftragter des Magistrates gewählt ist, ersucht Letzterer, die Wahl der Wahlausschußmitglieder, welche aus einem stimmberechtigten Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen müssen, alsbald vorzunehmen.

Herr Wolff II bringt aus der Zahl der Arbeitgeber Herrn Weber und aus der Zahl der Arbeitnehmer den Arbeiter Kockar als Beisitzer für die Wahl in Vorschlag.

Herr Kieße fragt an, in welcher Weise die Wähler ihre Wahlberechtigung nachweisen können und wer bei dieser Wahl als Arbeitgeber anzusehen sei. Er selbst sei von den Arbeitnehmern als Candidat aufgestellt worden, was man aber abgelehnt und ihn unter die Arbeitgeber gebracht habe. Nach der übrigen social-reformatorischen Gesetzgebung werde Derjenige zu den Arbeitgebern gerechnet, welcher ein Einkommen von wenigstens 2000 M. besitze, während man hier alle Diejenigen zu dieser Classe zu zählen scheine, welche ein selbstständiges Gewerbe angemeldet haben.

Herr Stadtrath Meyer verweist bei Beantwortung dieser Frage auf die am letzten Sonntage vom Magistrate erlassene bezügliche Bekanntmachung, welche auf die gestellten Fragen die wünschenswertheste Auskunft ertheile und geht sodann näher auf eine Erläuterung der einzelnen Punkte dieser Bekanntmachung ein.

Die Herren Weber und Kockar werden darauf zu Beisitzern gewählt.



## XXII. Wahl zweier Mitglieder zur Befichtigung der elektrischen Ausstellung.

Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. hat mit Rücksicht auf die dort eröffnete internationale elektrotechnische Ausstellung eine Versammlung der deutschen Städteverwaltungen ins Auge gefaßt, auf welcher hervorragende Vertreter der verschiedenen elektrischen Stromsysteme über den gegenwärtigen Stand der Städtebeleuchtungen und der elektrischen Kraftvertheilung und Kraftübertragung Vortrag halten werden. In der Hoffnung, daß dieser Plan die Zustimmung der deutschen Städteverwaltungen finden wird, hat der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. die Tage des 27. und 28. August für diesen Städtetag in Aussicht genommen und ladet auch die hiesige Stadtverwaltung zur Theilnahme ein. Der Magistrat übermittelt diese Einladung der Versammlung mit dem Anheimgeben, zwei Stadtverordnete zur Theilnahme an dem bezeichneten Städtetage zu bestimmen.

Die Finanzcommission ist, wie Herr Wolff I berichtet, der Ansicht, daß es auch für die hiesige Stadtverwaltung von großer Wichtigkeit und bedeutendem Interesse sei, auf jener Versammlung vertreten zu sein, zumal bereits eine Deputation eingesetzt worden, um die Frage der elektrischen Beleuchtung der hiesigen Stadt zu prüfen. Die Commission halte es für angemessen, die zu Vertretern der Versammlung zu erwählenden beiden Mitglieder aus der Zahl der Deputationsmitglieder zu nehmen und dabei vornehmlich solche Herren ins Auge zu fassen, welche mit den technischen Einrichtungen vertraut seien. Aus dieser Erwägung heraus habe er die Herren Jüdel und Lange für die Wahl in Vorschlag zu bringen. In der Commission sei auch noch zur Sprache gebracht, daß es wünschenswerth erscheine, den Oberingenieur Mitgau als Haupt der städtischen Beleuchtung an der Versammlung theilnehmen zu lassen; jedoch sei dieses Sache des Magistrates.

Die Versammlung wählt sodann die Herren Jüdel und Lange zu ihren Vertretern.

## XXIII. Straßenbaukosten in der Kastanienallee und Kramerstraße.

Die Kosten des Ausbaues des östlichen Theiles der Kastanienallee zwischen dem Hauptgraben und dem großen Exercierplatze sind von der Städtischen Bauverwaltung auf 14 834,56 M., das sind 30,50 M. für jeden laufenden Meter Straßenfront, berechnet worden, während sich die Kosten des Ausbaues der Kramerstraße zwischen Bergfeld- und Frankfurterstraße auf 37 934,82 M., also auf 80,15 M. für den laufenden Meter stellen.

Dem Antrage der Baucommission — für welche Herr Uhlde berichtet — entsprechend, werden die Kosten in der angegebenen Höhe festgesetzt.

#### XXIV. Canalbau zwischen Leonhard- und Kl. Bertramstraße.

In Veranlassung des Ausbaues der Kl. Bertramstraße ersucht die Städtische Bauverwaltung, auch diejenige kurze Strecke mit einem Kostenaufwande von 1500 M auszubauen, welche zwischen dieser und der Leonhardstraße liegt. Der Magistrat unterstützt diesen Antrag und giebt die Genehmigung desselben anheim,

welche auch von der Versammlung beschlossen wird, nachdem Herr Fiedel sich namens der Finanzcommission für die Vorlage ausgesprochen hatte.

#### XXV. Erwerb einer Straßenfläche an der Jägerstraße.

In Sachen, betreffend den Ausbau der Jägerstraße ist wegen Erwerbes derjenigen Theilfläche des an dieser Straße belegenen, den Hoffmann'schen Erben gehörigen Grundstückes, welche in einem Umfange von 362 qm der Straße zuzulegen ist, in dem der Expropriation vorhergehenden Güteterminen ein Uebereinkommen mit den Eigenthümern dahin erzielt worden, daß dieselben eine Gesamtentschädigung von 21 000 M und das aus dem Abbruche des Gebäudes erzielte Baumaterial erhalten. Der Magistrat befürwortet die Genehmigung dieses Abkommens, da dasselbe als billig anzusehen sei,

und die Versammlung ermächtigt den Magistrat zum Abschlusse desselben, nachdem Herr Halle namens der Statutencommission den Antrag unterstützt hatte.

#### XXVI. Bauliche Einrichtungen für den städtischen Fahrpark.

In Folge der von den städtischen Behörden beschlossenen Vermehrung des städtischen Fahrparks hat sich das Bedürfniß herausgestellt, nicht nur einen neuen Pferdeestall zu bauen, sondern auch Schuppen zur Unterbringung der verschiedenen Gefährte herzurichten, welche letzteren bislang im Freien haben aufgestellt werden müssen. Bei Bearbeitung eines bezüglichlichen Projectes seitens der Straßenreinigungs-Deputation ist angenommen, daß die Stadt ihren Pferdebestand im Laufe der Zeit auf 92 Stück erhöhen werde und daher zunächst der Erwerb eines größeren Grundstückes für geboten erachtet, auch hat der Deputations-Vorsitzende, Stadtrath Schöttler, das östlich von der Gasanstalt an der Taubenstraße belegene 56 a 50 qm große Wachtmann'sche Grundstück für 34 500 M angekauft und der Stadt zum Selbstkostenpreise zur Verfügung gestellt — Unter den verschiedenen dieserhalb ausgearbeiteten Projecten kann der Magistrat nur dasjenige empfehlen, nach welchem der jetzige Stall beibehalten werden, der nördlich von diesem vorhandene Raum für die Schmiede-, Stellmacher-Werkstatt u. dergl. frei bleiben und auf dem Wachtmann'schen Grundstücke hart an der Straße Raum für ein Verwaltungs- und ein Mannschaftsgebäude bleiben soll, während hinter diesen ein Stall für 38 Pferde mit einem zweiten Stockwerke und hohen Bodenräumen zur Unterbringung der

Fourage und auf dem dahinter liegenden Terrain vier Schuppen zur Unterbringung der Wagen errichtet werden sollen.

Die Kosten des gesammten Projectes sind zu 200 000 M ohne den Grundstückserwerb veranschlagt. Einstweilen jedoch bedarf es nur der Ausführung der einen Hälfte des Stallgebäudes und der obengedachten vier Schuppen, sowie der Herrichtung einer im Interesse der Controle nicht wohl zu entbehrenden Einfriedigung, ferner der Canalisation und Pflasterung, bezw. Chauffirung des Verwaltungshofes. Die hierdurch entstehenden Kosten sind zu 95 000 M veranschlagt. Darüber, wann die östliche Hälfte des neuen Stalles und die übrigen Baulichkeiten, insbesondere auch die beiden Wohngebäude demnächst ausgeführt werden sollen, bleibt die Entscheidung vorbehalten. Hiernach ersucht der Magistrat, das vorgelegte Project zu genehmigen, behufs sofortiger theilweiser Ausführung desselben den Betrag von 95 000 M mit der Maßgabe zu verwilligen, daß die Specialpläne der Genehmigung der Baucommission unterliegen und endlich zu genehmigen, daß die Stadt in den zwischen dem Stadtrath Schöttler und dem Gärtner Wachtmann abgeschlossenen Kaufvertrag als Käuferin eintrete.

Namens der Statutencommission berichtet über diese Vorlage Herr Halle: Wie der Neubau des Stadthauses, so habe auch dieses Bauproject viel Kopfzerbrechen bereitet. Es seien drei Projecte ausgearbeitet, sodann Vorversuche angestellt, Ausmessungen vorgenommen und schließlich habe man dieses Project als das zweckmäßigste gutgeheißen. Zum Schutze der vielen Wagen und Geräthe gegen Wind und Wetter müßte unbedingt etwas geschehen, wenn man nicht großen Schaden an diesem Materiale erleiden wolle. Zunächst werde nur das unumgänglich Nothwendige gefordert. Die Fourage werde zur Zeit über dem Apparatraum der Gasanstalt gelagert, weil es an einem passenden Lagerraume fehle, um Stroh, Hafer und Heu zur rechten Zeit einkaufen und zweckmäßig lagern zu können. Das Project sei derartig eingerichtet, daß man dasselbe später in entsprechender Weise zu erweitern vermöge; denn es könne der Stadt nichts damit gedient sein, später vielleicht an anderer Stelle noch derartige Räume herzurichten und die Sache zu zerstückeln, weil die Verwaltung durch Concentration einheitlicher, billiger und übersichtlicher werde. Seitdem man für die Verwaltung des Marstalles tüchtige Kräfte gefunden habe, sei eine wesentliche Besserung des Pferdmaterials eingetreten. Aus allen diesen Gründen empfehle die Commission, dem Vorschlage des Magistrates und der Deputation zuzustimmen.

Herr Weber will gern zugestehen, daß das Material, insbesondere das Pferdmaterial besser geworden sei, wofür man hauptsächlich der Deputation Dank schulde. Dagegen könne er einer Forderung von 200 000 M mit Rücksicht auf den mit derselben zu erreichenden Zweck nicht ohne Weiteres zustimmen und möchte zunächst noch die speciellen Kostenanschläge kennen lernen. Außerdem werde das Grundstück

nach der vorliegenden Zeichnung derartig bebaut, daß an eine spätere Erweiterung gar nicht mehr gedacht werden könne, wenn man nicht die Schuppen abreißen und weiter hinauschieben wolle. Er halte es für richtiger, den Platz zwischen dem Pferdestalle und den Schuppen größer zu lassen.

Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet, man habe die Erweiterung, deren Nothwendigkeit man noch nicht beurtheilen könne, derartig gedacht, daß die Schuppen nach Norden zu verlängert werden. Bei der Einrichtung eines solchen Etablissements habe man sich auf hohe Kosten gefaßt machen müssen, jedoch sei der Magistrat etwaigen Vorschlägen des Herrn Weber auf billigere Durchführung eines solchen Projectes zugänglich. Erst nach langen Mühen sei es gelungen, eine Einigung unter den hierbei theilhaftigen Factoren zu erzielen, aus welchem Grunde es zweckmäßig erscheine, dem Projecte auch in der Versammlung zuzustimmen. Möglicherweise werde die hier angeforderte Summe gar nicht ganz gebraucht, da man vielleicht mit einem halben Obergeschoße und einem hohen Dachboden auskommen könne.

Herrn Wilke kommt die Angelegenheit so unverhofft, daß er von der Höhe der jetzt geforderten Summe überrascht und stutzig geworden sei. Er möchte deshalb einmal fragen, ob nicht die Ställe der städtischerseits erworbenen Husaren-casernen am Magni- und Augustthore, welche einen Zugang von der Ritter- und Mönchstraße haben, zur Unterbringung des städtischen Fuhrparks verwendet werden können, zumal schon bei dem Ankaufe der Casernen dieser Verwendungszweck ins Auge gefaßt sei. Ebenso liege ihm daran, zu erfahren, ob die mit dem Fuhrherrn Fricke gepflogenen Verhandlungen wegen Ankaufs dessen Grundstücks sich wieder zerßchlagen hätten.

Herr Halle kann das von Herrn Wilke beabsichtigte Project der Verlegung des städtischen Fuhrparks in ein an den Promenaden belegenes Grundstück, welches einen Werth von 30—40 M pro qm besitze, niemals billigen und hält das in der Vorlage empfohlene Project für das zweckmäßigste, was sich zur Zeit durchführen lasse.

Herr Wilke legt gegen die von Herrn Halle geäußerte Auffassung seiner Ausführungen Verwahrung ein, da er gar nicht daran denke, den Fuhrpark an die Promenaden zu verlegen und er besonders betont habe, daß der Zugang zu den jetzigen Ställen von der Ritter- und Mönchstraße zu nehmen sein würde.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß das Fricke'sche Grundstück von der Deputation als ungeeignet zum Ankauf nicht habe empfohlen werden können und daß die in der Vorlage bezeichnete Gesamtsumme von 200 000 M nur einen Griff darstelle. Man wisse daher noch nicht genau, ob die volle Summe zur Verwirklichung des Projectes erforderlich werde.

Bei der dann folgenden Abstimmung genehmigt die Versammlung die gesammte Magistratsvorlage unter Bewilligung einer Summe von zunächst 95 000 M für die Errichtung der zuerst erforderlichen Baulichkeiten.

#### XXVII. Aufnahme eines Processes gegen den Kaufmann Cuers.

Der jetzige Besitzer des Hauses Rosenstraße 14, Kaufmann Fritz Cuers hieselbst, hat bislang die Kosten für den Anschluß der Wasserleitung an sein bezeichnetes Grundstück im Betrage von 101 M 47  $\text{S}$  trotz wiederholter Mahnung nicht bezahlt, der Magistrat ersucht daher um die Ermächtigung zur Aufnahme eines bezüglichen Processes,

welche von der Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für die Herr Wolff II berichtet, erteilt wird.

#### XXVIII. Der Stadthausbau.

Nachdem die Versammlung in der Sitzung vom 3. Juli v. J. (Seite 171 ff. des Prot.) das vom Magistrate in Vorschlag gebrachte Programm für den Neubau des Stadthauses festgestellt und auch beschlossen hat, daß das letztere auf den südlich von der neuen Verbindungsstraße zwischen Rufsäutchenplatz und Steinweg belegenen Grundflächen aufgeführt werde, hat die Städtische Bauverwaltung einen Vorentwurf zu dem Stadthausbau ausgearbeitet, welchen der Magistrat unter Anschluß des gleichzeitig erstatteten Erläuterungsberichtes mit nachstehenden Bemerkungen vorlegt. Der Bericht der Städtischen Bauverwaltung erklärt, daß die Gestaltung des Grundrisses aus der Rücksicht auf eine spätere Erweiterung des Stadthauses gewählt worden sei und erst durch Ausführung solcher Erweiterung die vollendete Form erhalte, sowie, daß nur aus diesem Gesichtspunkte über die Zweckmäßigkeit der gesammten Anordnung geurtheilt werden dürfe. Auf eine an den Stadtbaurath Winter gerichtete Frage, ob etwa der projectirten Grundform des Neubaus, falls bei demselben auf die Eventualität eines späteren Erweiterungsbaues nicht Bedacht zu nehmen sei, eine andere vollendete Gestalt gegeben werden könne, ist dem Magistrate die Mittheilung geworden, daß, eingehende Prüfung vorbehalten, allerdings die Möglichkeit vorliege, gegebenenfalls dem Grundrisse eine bessere Anordnung zu geben. Hieraus hat der Magistrat Anlaß zu erneuerter und eingehender Prüfung der Frage genommen, ob es angezeigt sei, bei Ausführung des Baues in programmäßigem Umfange auf die Möglichkeit einer später etwa erforderlich werdenden Erweiterung desselben Bedacht zu nehmen.

Der programmmäßige Entwurf hat einmal an solchen Geschäftszimmern, welche nach dem gegenwärtigen Bedarf voll verfügbar bleiben, also vorläufig leer stehen werden, im Erdgeschoße 6, im ersten Obergeschoße 7 und im zweiten Obergeschoße deren 6 vorgesehen, sodann hat der Entwurf die zunächst in Benutzung zu nehmenden

Räume an Zahl und Größe so projectirt, daß dieselben — insoweit sie nicht je einem Oberbeamten ausschließlich zuzuweisen sein werden — durchgehends einen über das Bedürfniß der darin vorerst zu beschäftigenden Kopfszahl der Beamten hinausgehenden Raum darbieten. Wenn nun auch im Laufe der Zeit neue Geschäftszweige und mit ihnen neue Raumbedürfnisse hinzutreten werden, zu deren Befriedigung die vorhandenen Reserveräume vornehmlich in Anspruch zu nehmen sein dürften, so läßt sich doch annehmen, daß von der planmäßig in Aussicht genommenen Möglichkeit einer Erweiterung des Stadthauses, wenn überhaupt jemals, so doch jedenfalls wohl erst in einer so außerordentlich fernliegenden Zeit Gebrauch zu machen sein würde, daß die Ansprüche jener Zukunft in Bezug auf Zahl, Größe und Lage der Geschäftsräume für städtische Verwaltungszwecke heute noch gar nicht beurtheilt werden können. Der Magistrat ist hiernach zu der Ansicht gelangt, daß bei Projectirung des Neubaus auf die Möglichkeit der Erweiterung desselben keine Rücksicht zu nehmen sei und ersucht die Versammlung, auch ihrerseits eine bezügliche Entschließung zu treffen. Wenn letztere in seinem Sinne ausfallen sollte, so würde das vorliegende Project jetzt mit dem Vorbehalte zu prüfen und eventuell zu genehmigen sein, daß die Städtische Bauverwaltung vor Ausarbeitung desselben noch die Frage, ob und in welchen Richtungen eine Veränderung der Grundform anzustreben sei, genau zu prüfen und zutreffendenfalls ein verändertes Project vorzulegen habe. Unter diesem Vorbehalte erklärt sich der Magistrat mit den in dem Bauentwurfe getroffenen Anordnungen einverstanden und hat zu demselben im Einzelnen noch Folgendes zu bemerken: Die Vertheilung der Räume auf die drei Geschosse, bezw. die örtliche Aneinanderfügung der einzelnen Geschäftsstellen entspricht den Anleitungen, welche der Städtischen Bauverwaltung vom Magistrate gegeben sind, und wird, wie auch die den Räumen gegebene Tiefe und Höhe und die Anordnung der Corridore als zweckmäßig zu bezeichnen sein. Der von der Städtischen Bauverwaltung noch nachträglich zur Erwägung gestellte Gedanke, das Stadthaus zur Gewinnung eines größeren für das Archiv und die Bibliothek verwendbaren Raumes viergeschossig aufzuführen, dürfte nach der Ansicht des Magistrats nicht wohl zu verfolgen sein, indem die in Anregung gebrachte Unterbringung des — von dem Programme überdies bereits ausgeschlossenen — Archivs nebst Bibliothek in dem obersten Geschosse, wie eventuell auch die dortige Einrichtung von anderen Diensträumen, da diese höchst unbequem zugänglich sein würden, als unzulässig bezeichnet werden müsse. In Bezug auf die architektonische Gestaltung des Aeußeren des Gebäudes billigt der Magistrat den Vorschlag, nach welchem die Frontseiten und die von der Straße ab sichtbaren Außenseiten desselben nicht in Backstein, vielmehr als Quaderbau aufgeführt werden sollen. Der Kostenaufwand ist zu 375 M pro qm, also zu insgesammt 1025 000 M berechnet. Gegen diesen Einheitsfuß findet sich nach Vergleichung der Kosten des Justizgebäudes, der

Gebäude der Polizeidirection und der Oberpostdirection keine Einwendung zu erheben.

Bei Feststellung der Baulinie für die Westseite des vormaligen Museums und bei dem Verlaufe des dadurch aufgeschlossenen Baugrundes an den Staat behufs dortiger Errichtung eines Behördenhauses ist im Principe bereits beschlossen, die Baulinie im Westen des für den Stadthausbau ausersehenen Grundstückcomplexes in die gerade Verlängerung der östlichen Grenzlinie der Münzstraße zu verlegen, also gegen die im Jahre 1887 festgestellte Linie um 2 Meter vorspringen zu lassen. Diese neue Baulinie ist bei Bearbeitung des vorliegenden Stadthausbauplanes bereits berücksichtigt und wird der Entwurf zu einem veränderten Theilortsbauplane mit vorgelegt.

Die Anträge des Magistrats gehen nun dahin:

- 1) den Borentwurf zum Stadthausbau, vorbehaltlich der endgültigen Feststellung der Grundrißgestalt, zu genehmigen und mit Aufwendung eines Einheitsfußes von bis zu 375 Mark pro qm der bebauten Grundfläche sich vorläufig einverstanden zu erklären;
- 2) der Feststellung des vorgelegten Theilortsbauplans zuzustimmen.

Wenn schließlich die Städtische Bauverwaltung ihrem von den städtischen Behörden bei Vereinbarung des Bauprogrammes bereits abgethanen Wunsche wiederholentlich Ausdruck giebt, daß — einerseits zu wirkungsvollerer Gestaltung des Stadthauses in architektonischer Beziehung, andererseits zur Gewinnung von Fest- und Repräsentationsräumen, sodann einer Dienstwohnung für den Vorstehenden des Magistrats und endlich von Geschäftsräumen für das Standesamt — das Bauprogramm und dementsprechend auch der Bauentwurf erweitert werden möge, so liegt für den Magistrat kein Anlaß vor, sich über diesen Wunsch nochmals auszulassen.

Die Vorlage ist von der Baucommission und in besonderen Sitzungen von den vereinigten Statuten-, Bau- und Finanzcommissionen eingehend geprüft und berichtet hierüber namens der Baucommission Herr U h d e in folgender Weise:

„Die über den Stadthausbau bislang gepflogenen Verhandlungen gestatten Sie mir in möglichster Kürze zu registriren. Zunächst ist in dem Magistratschreiben hervorgehoben, daß auf eine spätere Vergrößerung des Projectes nicht gerechnet werden solle und daß, wenn wir hier im Einverständnisse mit dem Magistrate beschließen, das Bauprogramm zu genehmigen, dieses definitiv für alle Zeiten, so lange das Stadthaus überhaupt steht, genügen muß. Auch ist insofern eine veränderte Sachlage geschaffen, als der vorliegende Plan eine allerdings im Augenblicke noch nicht auszuführende, aber für später projectirte Vergrößerung des Platzes in Aussicht nimmt. Ich muß mich hier als Baumann der Ansicht anschließen, daß es eine absolute künstlerische Nothwendigkeit ist, diesen von der

Stadt erworbenen Platz in nächster Zeit vollständig zu bebauen und daß die ganze Fläche von dem Meyer'schen Grundstücke über den Wilhelmplatz zum Ruhfäutchenplatze bis nach der Bohlwegsecke vollständig bebaut werden muß. Ferner ist beibehalten die dreistöckige Anordnung des Gebäudes und wurde seitens des Magistrats gegen einen vierstöckigen Bau remonstrirt, weil im vierten Stocke der Verkehr mit dem Publicum sehr erschwert werden würde. Das ist richtig, doch schloß dieses möglicherweise nicht aus, daß man entweder Räume, welche vorläufig leer bleiben sollen, hoffentlich verlegte, oder daß man aus künstlerischen Rücksichten der gegenüberliegenden Gebäude halber doch gezwungen würde, vierstöckig zu bauen.

Was das Programm im Speciellen anbetrifft, so hat man sich im Allgemeinen vollständig auf den Standpunkt der Beibehaltung desselben gestellt, indem die Stadtcasse, das Gemeindesteuerbüreau, die Armenverwaltung, die Armen-casse, die Invaliden- und Alters-Versorgung und verschiedene andere Büreaus im Erdgeschoße untergebracht werden sollen, während im zweiten Stocke der Magistrat, die Stadtverordneten, das Secretariat und die Rechnungsrevision liegt und im dritten Geschoße die Registratur, Schreiberei und Bauverwaltung ihren Platz erhalten. Es ist diese Eintheilung vollständig conform mit dem früher vereinbarten Programme. Wenn wir also dieses Programm aufrecht halten und auf eine Vergrößerung der Räume in Zukunft nicht mehr Rücksicht nehmen können, so dürfte es kein übermäßiges Verlangen sein, statt der vorgesehenen 70 gleich 140 Arbeitsplätze in Aussicht zu nehmen und dem Magistrate anheimzugeben, nach keiner Richtung hin zu knappen, und die verschiedenen Ressorts in ihren Räumen möglichst groß zu gestalten, weil hinterher nichts mehr daran zu ändern ist. Es möchte sich sogar empfehlen, einige Ressorts zunächst offen stehen zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß in jedem Stockwerke mehr als 6 oder 7 Räume vorläufig freibleiben müssen. Es würde das auch im völligen Einverständnisse mit den früheren Beschlüssen des Magistrats und der Versammlung geschehen können.

Die weiteren Verhandlungen haben es nun auch als wünschenswerth erscheinen lassen, das Standesamt, welches früher schon einmal in das Programm aufgenommen war, mit in das Stadthaus hineinzulegen und fand sich für diese Ansicht in den vereinigten Commissionen eine große Mehrheit vertreten. Außerdem ist auch zur Sprache gekommen, die Wohnung des Oberbürgermeisters und Repräsentationsräume mit in das Stadthaus hineinzubringen. Die Verhandlungen nach dieser Richtung haben aber ergeben, daß man die Dienstwohnung des Oberbürgermeisters nicht in dem Hause zu haben wünscht und hat man diesen Punkt allseits fallen gelassen. Bezüglich der Repräsentationsräume ist man zu der Entschliebung gekommen, daß, wenn solche demnächst gewünscht werden sollten, diese in



irgend einer Weise im Anschlusse an den Altstadt-Rathhausaal hergerichtet werden könnten, etwa auf dem jetzt an die Rittmeyer'sche Weinhandlung verpachteten Platze. Wir haben uns also gesagt, diese Möglichkeit steht immer noch frei und offen und wollen wir uns deshalb um die Repräsentationsräume jetzt nicht weiter kümmern. Dagegen hat man den Wunsch ausgesprochen, als Directive für die demnächstige Anfertigung eines neuen Planes eine möglichst gute Verbindung herzustellen zwischen dem Magistrats-Sitzungs-Saale, dem Stadtverordneten-Sitzungs-Saale und dem allgemeinen Commissions-Sitzungs-Saale, also diese drei größten Räume in dem neuen Stadthause möglichst zusammenzulegen, so daß, wenn einmal irgend welche größere Vereinigungen anderer Natur, z. B. Empfänge von Gesandtschaften u. (Feierlichkeit) vorkommen sollten, diese neben einanderliegenden Räume Verwendung finden könnten. Aus diesem Grunde und weil außerdem noch eine Vermehrung des Personals in Aussicht genommen ist, und auch noch weiter in Aussicht genommen werden könnte, wünscht man eine etwas luxuriösere Anordnung dieser Räume in Bezug auf deren Flächenausdehnung, indem beispielsweise der Sitzungs-Saal der Stadtverordneten statt 156 qm recht gut auf 200 qm vergrößert werden könnte.

Bezüglich der Bibliothek und des Archivs der Stadt hat man sich in den vereinigten Commissionen ablehnend verhalten. Was nun ferner die vielbesprochene Frage eines Rathskellers und der Läden anbetrifft, welche von dieser und jener Seite sehr scharf verteidigt und warm empfohlen wurden, so ist man in dieser Beziehung zu keinem positiven Resultate gekommen, wenn man sich auch mit 7 gegen 6 Stimmen darüber geeinigt hat, daß man die Anfertigung eines Planes nach zweifacher Richtung hin wünscht, nämlich ein Mal ohne den Rathskeller und die Läden und ein ander Mal mit denselben. Es dürften nun allerdings der Anfertigung von Plänen nach den beiderseitigen Richtungen hin keine besonderen Schwierigkeiten entgegenstehen, wengleich man gehört hat, daß seitens des Magistrates der Anbringung von Läden ein ganz entschiedener Widerspruch und eine entschiedene Ablehnung entgegengestellt werden wird. Das sind die Wünsche der vereinigten Commissionen hinsichtlich des Programms.

Bezüglich des Bauplatzes würde selbstverständlich, wenn der Plan nicht auf eine Vergrößerung in der Zukunft Bedacht nimmt, der Schwerpunkt des ganzen Bauwerkes an den Wilhelms- und Ruhfäutchenplatz zu legen sein, worüber auch ziemlich Einstimmigkeit vorhanden war. Ferner war, wenn ich nicht irre, in den Commissionen eine große Mehrheit darüber vorhanden, daß man den Wunsch aussprechen möge, von dem Meyer'schen Hause nicht allein das Hinterhaus, sondern auch das Vorderhaus abzubrechen, um nicht auf der Südseite des Neubaus eine alte Schabracke zu behalten, sondern nach dem Baue des Stadthauses auch wirklich etwas Fertiges zu schaffen und daher den ganzen Platz in die Bebauung hineinzu-

ziehen. Hierbei könnte auch die Frage in Erwägung genommen werden, ob es vielleicht zweckmäßig sei, nach dem Langenhofe hin einen Vorgarten in Aussicht zu nehmen, sofern der zur Verfügung bleibende Platz für ein dreistödiges Haus zu schmal sei. Durch die Hinzunahme des ganzen Meyer'schen Grundstücks würde die Ecke am Bohlwege und der Durchbruchstraße (Dankwardstraße) freibleiben und könnte, weil jener Theil nicht liegen bleiben kann, bebaut werden. Da jener Platz aber für die Zwecke des Stadthauses nicht mehr gebraucht wird, so würde man ihn behufs Bebauung mit Privathäusern veräußern können. Sowohl aus architektonischen, als auch aus äußeren Rücksichten, sowie um der ferneren Zukunft wenigstens die Möglichkeit einer Stadthausenerweiterung offen zu halten, ist der Wunsch ausgesprochen, diesen Theil nur mit der Bedingung zu verkaufen, daß der Bauplan äußerlich so einzurichten sei, daß mit Rücksicht auf das Stadthaus keine Unschönheiten sich ergeben und hierdurch dem Stadthause kein Abbruch geschehe. Es läßt sich das ermöglichen, wenn angeordnet würde, daß die event. dort zu errichtenden Häuser in der gleichen Stockwerkshöhe und annähernd in derselben äußeren Erscheinung wie das Stadthaus herzurichten seien, um sich hierdurch gleichzeitig die Möglichkeit zu sichern, bei später etwa eintretendem Bedarf die Räume des Stadthauses an diejenigen der Nachbarhäuser anschließen zu können, und sei solches vielleicht durch ein zu sicherndes Rückkaufsrecht, oder in anderer geeigneter, hier noch nicht näher zu erörternder Form durchzuführen.

Ich glaube nun, im Allgemeinen kurz resumirt zu haben, was in den verschiedenen Vorbesprechungen über den Stadthausbau verhandelt ist, und kann daher mein Referat zunächst schließen."

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß in der Debatte über diese Vorlage vornehmlich mit darauf Rücksicht zu nehmen sei, welche Räume die Stadt in das neue Gebäude verlegen wolle, um hiernach dann weiter beurtheilen zu können, ob das Meyer'sche Grundstück mit voll in das Project hineinzu ziehen sei oder nicht.

Herr Uhde faßt die einzelnen zur Verathung stehenden wesentlichen Punkte dahin zusammen, daß es sich darum handle, sich schlüssig zu werden über folgende Fragen: 1) Soll der Stadthausbau in der Weise zur Ausführung kommen, daß derselbe eine weitere Vergrößerung hinterher nicht mehr zuläßt? 2) Wird das Standesamt in das Gebäude verlegt? 3) Wünscht die Versammlung eine Verbindung zwischen den drei größeren Sälen des Stadthauses und eventuell auch eine geringe Vergrößerung der einzelnen Räume? 4) Sollen, wenn baulich überhaupt möglich, der Rathskeller und die Läden als Project mit bearbeitet, bezw. sollen zwei Projecte vorgelegt werden? 5) Wird es nothwendig werden, das Meyer'sche Hauptgebäude dem Projecte zu opfern und soll in diesem Falle der

letzte Platz an der Ecke des Bohlweges und der Dankwardstraße zum Verkaufe gestellt werden?

Der Herr Vorsitzende macht unter der Zustimmung der Versammlung den Vorschlag, in eine Besprechung der Vorlage heute nicht einzutreten, sondern dieselbe bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will der Versammlung zur Erwägung vorstellen, ob es nicht angezeigt erscheine, die Baucommission zu ersuchen, die heute nicht in präciser Form vorgebrachten Anträge, soweit sie das Bauprogramm erweitern oder ändern, genau zu redigiren, um hierdurch die Debatte zu erleichtern.

Herr Wolff II bittet, die Commission vor der nächsten Sitzung noch einmal zusammenzuberufen, um die Anträge genau zu formuliren.

Herr Lange äußert den Wunsch, außer den Mitgliedern der beiden Commissionen auch die übrigen Stadtverordneten zu der Commissionsitzung einzuladen und sämmtlichen Stadtverordneten bei dieser Vorberathung das Recht der Abstimmung beizulegen.

Der Herr Vorsitzende muß dieses Ersuchen ablehnen, weil nur den Commissionsmitgliedern eine Stimme zustehe.

Herr Rimpau möchte wünschen, daß bei der demnächstigen Berathung der Stadthausvorlage auch der Stadtbaurath Winter zugegen sei, um über diese und jene Frage Aufklärung geben zu können.

Herr Oberbürgermeister Pockels lehnt dieses Ersuchen mit dem Hinweis darauf ab, daß es sich bei der Berathung nicht um bautechnische Fragen handle und der Magistrat als Bauherr die Sache zu vertreten habe, der Stadtbaurath Winter aber außerdem auch für die nächste Zeit Urlaub bewilligt erhalten habe.

Die Verhandlung wird darauf abgebrochen und  
die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung die feste Anstellung des Brandmeisters Wieders, die Ernennung des Buchhalters Schmidt zum Cassirer der städtischen Gas- und Wasserwerke und die Einstellung der Thierärzte Koch und Meyer als erster, bezw. zweiter Schlachthaus-Thierarzt, während in gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten über die Heranziehung Fremder zur Gemeindesteuer für das Jahr 1891 Beschluß gefaßt und der Ausschuß zur Wahl von Schöffen und Geschworenen hinsichtlich der Beisitzer in der bisherigen Zusammensetzung wieder gewählt wird.

Schluß 7½ Uhr.



# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 1. Juli 1891.

Öeffentlich:

|       |                                                                                                                         |            |
|-------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| I.    | Amts niederlegung des Stadtraths Schöttler . . . . .                                                                    | Seite 270. |
| II.   | Miethsentschädigung für den Polizeiwachmeister am Hohenthore . . . . .                                                  | " 270      |
| III.  | Vergleich wegen Erwerbs einer Theilfläche an der Juliusstraße . . . . .                                                 | " 273.     |
| IV.   | Zwangseenteignung am Markstele . . . . .                                                                                | " 274.     |
| V.    | Erneuerung von Wasserröhren in der Wilhelmstraße und Gildenklinke . . . . .                                             | " 275.     |
| VI.   | Aenderung der Verfassung für die Gewerbeschule . . . . .                                                                | " 275.     |
| VII.  | Rückzahlung von Wasserrohrkosten . . . . .                                                                              | " 277.     |
| VIII. | Aufhebung einer Nebenstrecke der Kl. Döringstraße . . . . .                                                             | " 278.     |
| IX.   | Vermehrung der Straßenlaternen . . . . .                                                                                | " 278.     |
| X.    | Aufhebung einer Theilstrecke der alten Biewegstraße . . . . .                                                           | " 279.     |
| XI.   | Verkauf eines Abfindungsplanes im Eichthale . . . . .                                                                   | " 280.     |
| XII.  | Bericht der Commission zur Berathung der Mehangelegenheit . . . . .                                                     | " 280.     |
| XIII. | Canalisirung eines Ofegrabens . . . . .                                                                                 | " 281.     |
| XIV.  | Der Stadthausbau . . . . .                                                                                              | " 282.     |
| XV.   | Anfragen des Herrn Reiche wegen Verbreiterung der Maschstraße und<br>Canalisirung der Straße hinter der Masch . . . . . | " 288.     |
| XVI.  | Selbstständiger Antrag des Herrn Weber auf Errichtung einer Bedürfnis-<br>anstalt für Frauen . . . . .                  | " 289.     |
| XVII. | Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Canalisirung der Straße<br>hinter der Masch . . . . .                       | " 289.     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pöckels und Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer und Meyer.

Entschuldigt die Herren Jasper und Seele; später erscheint Herr Wolff II.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Semler und Genehmigung des Protocolls N<sup>o</sup> 9 theilt der Herr Vorsitzende zunächst mit, daß der geschäftsführende Ausschuß des Franz Abt-Denkmalcomitees die Mitglieder der Versammlung zur Theilnahme an der am 13. Juli stattfindenden Enthüllungsfeier eingeladen habe.

Darauf wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

### I. Amtsniederlegung des Stadtraths Schöttler.

Der Stadtrath Schöttler, dessen Amtsdauer mit dem Schlusse des Jahres 1892 zu Ende gehen würde, hat dem Magistrate die Anzeige gemacht, daß er sich aus Gesundheitsrückichten zur Niederlegung seines Amtes eines unbefoldeten Magistratsmitgliedes gezwungen sehe. So ungern der Magistrat auf die verdienstvolle Mitarbeit des Stadtraths Schöttler verzichtet, so muß er doch anerkennen, daß demselben seine leidende Gesundheit die Niederlegung des Amtes unabweisbar gebiete. Der Versammlung wird die Entscheidung über die Zulässigkeit dieser Amtsniederlegung anheimgegeben.

Der Herr Vorsitzende bemerkt hierzu, daß er nach der Persönlichkeit des Herrn Schöttler glaube, die nachgesuchte Ertheilung der Erlaubniß zur Amtsniederlegung desselben unbedenklich empfehlen zu sollen, denn es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß bei dem sonst so regen Interesse, welches Herr Schöttler immerdar für die städtischen Angelegenheiten bekundet habe, er nur durch die zwingendsten Gründe sich habe veranlaßt sehen können, sein Amt vor der Zeit niederzulegen.

Das Gesuch wird darauf von der Versammlung genehmigt.

### II. Miethsentschädigung für den Polizeiwachtmeister am Hohenthore.

Die stadtsseitig in Stand gesetzte Wohnung in dem am Hohenthore belegenen städtischen Gebäude ist vom Polizeiwachtmeister Bussenius einstweilen nicht bezogen, weil dieselbe mit ihrer Umgebung angeblich an erheblichen Mängeln leiden soll. Die Herzogliche Polizei-Direction hat daher mit Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums anheimgegeben, dem Wachtmeister Bussenius für ein Jahr eine Wohnungsgeldentschädigung von 320 M zu zahlen, in welchem Falle auf Benutzung der Wohnung seitens der Herzoglichen Polizei-Direction verzichtet werden würde. Wenn auch der Magistrat die gegen die Wohnung geltend gemachten Ausstellungen

für begründet nicht zu erachten vermag, so hält derselbe doch die Aufwendung der geforderten 320 M. umsomehr für angezeigt, als dadurch der Stadt die Möglichkeit geboten werde, sofort über den übrig bleibenden, westlich von der projectirten Verbindungsstraße liegenden Bauplatz, dessen Verkauf bereits genehmigt ist, verfügen zu können und soll nach Genehmigung des vorliegenden Antrages auf Bewilligung von 320 M. wegen Veräußerung des fraglichen Platzes ungesäumt das Nöthige veranlaßt werden.

Die Finanzcommission hält es nach dem Berichte des Herrn Sievers für sehr angebracht, daß von der Benutzung der fraglichen Wohnung abgesehen und der Wohnungsgeldzuschuß bewilligt werde, um hierdurch das freie Verfügungsrecht über das Terrain zu erhalten; die Vorlage wird daher zur Genehmigung empfohlen.

Herr Lange stimmt dem Antrage aus den angeführten Gründen vollständig zu, wünscht aber nicht, daß das freierwerbende Terrain behufs Bebauung zum Verkauf gestellt werde, sondern daß, entsprechend dem von der Herzoglichen Polizeidirection ebenfalls geäußerten Wunsche, dieser Platz zu einer kleinen Gartenanlage benutzt werden möge, in deren Mitte die Bedürfnisanstalt Platz finden könne. Jedenfalls mache sich hier ein freier Platz mit Anlagen viel schöner, als wenn man auf das durch den Platz dargestellte Dreieck ein Haus nach Art des Bollmann'schen am Hagenmarkte hinsetze. Er bitte daher, den früher gefaßten Beschluß auf Veräußerung des Platzes aufzuheben, beziehentlich dahin abzuändern, daß letzterer nicht verkauft, sondern zu Gartenanlagen benutzt werden solle.

Herr Wolff I. ersucht um Ablehnung dieses Antrages, weil solche Lösung der Platzfrage für die Bedürfnisanstalt die theuerste von allen sein würde. Es handle sich ferner darum, einen erst vor Jahresfrist gefaßten Beschluß der Versammlung umzustößen; auch wolle er den Mitgliedern der Versammlung ins Gedächtniß zurückrufen, daß der Durchbruch seiner Zeit von einer Anzahl Mitglieder nicht in voller Ueberzeugung seiner unbedingten Nothwendigkeit, sondern nur in Anbetracht dessen genehmigt sei, weil jener Stadttheil sich sonst gegenüber anderen Stadttheilen zurückgesetzt fühlen könne. Dabei habe man sich aber gesagt, daß man mit äußerster Sparsamkeit zu Werke gehen und der Staat einen Zuschuß leisten, auch die übrig bleibende Fläche veräußert werden müßte und nur diese Rücksichten haben vermocht, eine Mehrheit für den Durchbruch zu Stande zu bringen. Es lasse sich auch darüber streiten, ob der Platz sich als Gartenanlage schöner mache, als wenn einige nette Häuser auf denselben gestellt würden, zumal die Lage des Platzes die Anlegung von Läden in jenen Häusern sehr begünstige. Er bitte daher dringend, zu einer Zeit, in welcher über die städtischen Mittel in so bedeutendem Umfange verfügt werde, daß einem sparsamen Hausvater bange werden müsse, wenigstens hier, wo eine Nothwendigkeit nicht vorliege, zu sparen.

Herr Lange erwidert, daß er sich nicht abhalten lassen werde, einen noch nicht zur Ausführung gekommenen früheren Beschluß wieder aufzuheben, sobald er im Laufe der Zeit eines Besseren belehrt sei. Der fragliche Platz bilde ein Dreieck von ca. 40 : 35 : 35 m Seitenlängen und biete daher noch nicht einmal genügenden Raum für ein nach den strengen Vorschriften des Stadtbauamtes zu konstruierendes Haus, viel weniger könne deshalb davon die Rede sein, auf denselben mehrere Häuser stellen zu wollen. Die Bedürfnisanstalt werde daselbst einen schönen, passenden und leicht aufzufindenden Platz erhalten und könne durch Bostets hübsch verdeckt werden. Er bitte, dieses in Erwägung zu ziehen und den Platz, wenn auch nicht definitiv als unbebaubar hinzustellen, jedoch wenigstens in den nächsten Jahren nicht zu bebauen und das Pissoir auf demselben errichten zu wollen.

Dem Herrn Vorsitzenden scheint es nicht unbedenklich zu sein, einen solchen Beschluß beider Collegien einseitig wieder aufzuheben. Zugleich wolle er mittheilen, das von Herrn Nieß und Genossen folgender Antrag eingebracht sei:

Die Unterzeichneten stellen den Antrag, von dem Verkaufe des Bauplatzes am Hohenhore abzusehen, mindestens aber innerhalb der nächsten Jahre den Beschluß der städtischen Behörden auf sich beruhen zu lassen. Die Unterzeichneten beantragen, den Magistrat um Zustimmung zu dieser Lösung zu ersuchen. Nieß, Brückmann, Lange, Reiche, Schumburg.

Wenn der Magistrat auf sofortige Beschlußfassung über den Antrag nicht Werth lege, dürfte es zweckmäßig erscheinen, denselben besonders zu behandeln.

Herr Stadtrath Ketemeyer hält die Vertagung der Beschlußfassung über den Antrag insofern für bedenklich, als dann die Stadt eventuell auf ein ganzes Jahr die Miethe für das fragliche Gebäude aus der Hand gebe. Herrn Lange gegenüber habe er zu bemerken, daß selbstverständlich die Versammlung in der Lage sei, einen früheren Beschluß wieder über den Haufen zu werfen, daß indessen seiner Zeit der Wiederverkauf des übrig bleibenden Terrains einen Theil der Vereinbarung zwischen Magistrat und Versammlung gebildet habe und der Magistrat auf den Durchbruch jedenfalls nicht eingegangen sein würde, wenn man nicht vereinbart hätte, den Platz zum Verkauf zu stellen.

Herr Wolff I bittet, den Antrag Nieß gleich heute mitzuberathen, da er nicht glaube, daß die Ausführungen des Herrn Lange die Mitglieder der Finanzcommission in ihrer Meinung erschüttert haben könnten.

Herr Nieß bemerkt sodann zur Begründung des Antrages, daß sich vor der Durchschneidung des Strassenzuges noch gar nicht habe übersehen lassen, ob es zweckmäßiger sei, das übrig bleibende Terrain zur Bebauung zu veräußern, oder



aber als freien Platz liegen zu lassen und man hierüber erst nach Freilegung des Terrains urtheilen könne. Bei der Bebauung desselben würde nothwendigerweise nichts weiter als eine verbesserte Auflage des Bollmann'schen Hauses am Hagenmarke entstehen und das solle man zu vermeiden suchen. Es bedürfe der reiflichsten Ueberlegung, ob man den Platz zum Verkaufe stellen und der Bebauung preisgeben wolle, namentlich auch im Hinblick darauf, daß an jener Stelle 5 Straßen nämlich die Juliusstraße, der Madamenweg, die Broihemerstraße, die Goslarischestraße und die Einfahrt von der Stadt mit ihrem starken Wagenverkehre kreuzen. Der Antrag bezwecke nicht etwa den Verkauf absolut auszusetzen, sondern die Entscheidung noch einige Jahre hinauszuschieben, bis man die Entwicklung der dortigen Verhältnisse zu übersehen vermöge.

Herr Stadtrath Ketemeyer hält den Platz bezüglich seiner Größe für sehr wohl bebaubar, da derselbe einen Umfang von etwa 1000 qm besitzen müsse und in neuerer Zeit eine ganze Menge Plätze selbst in der Größe von 5 a verkauft seien, auf welchen jetzt ganz niedliche Häuser stehen. Außerdem liege aber durchaus keine Veranlassung vor, mit dem Verkaufe noch einige Jahre zu warten, da man die Verhältnisse dort schon jetzt voll übersehen könne und man auch wisse, daß sich dieselben nach Fertigstellung des Durchbruches bedeutend bessern werden. Im Uebrigen könne die Versammlung mit der Entscheidung dieser Frage ruhig warten, bis der Magistrat mit einer entsprechenden Vorlage über den Verkauf des Terrains an sie herantrete, da sie es dann immer noch in der Hand habe, den Verkauf eventuell abzulehnen.

Bei der dann folgenden Abstimmung wird die magistratsseitig geforderte Miethsentschädigung bewilligt und der Antrag Nieß mit 11 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

### III. Vergleich wegen Erwerbs einer Theilfläche an der Juliusstraße.

Bei Einleitung der in der Sitzung vom 5. Februar d. Js. (Seite 72 des Prot.) beschlossenen Expropriation von Theilflächen des Fromm'schen Grundstückes an der Julius- und Calandstraße ist von Fromm ein Vergleich auf folgender Grundlage angeboten: Die Stadt erhält die beiden zu Straßenzwecken erforderlichen Flächen von zusammen 323 qm zum Einheitspreise von 10 M und zahlt außerdem an Fromm für den in die Calandstraße hineinragenden Theil der auf dem Fromm'schen Grundstück vor Kurzem errichteten Futtermauer eine Entschädigung von 213 M 35 S, während das Steinmaterial Eigenthum der Stadt wird; letztere übernimmt auch die Kosten der Einfriedigung der südlich von der Calandstraße liegen bleibenden Theilflächen des Fromm'schen Grundstückes und ebenso die Kosten des hier in Rede stehenden Terrainerwerbs. Dagegen tritt die Stadt an Fromm diejenige Theilfläche des vormaligen Ulrici-Friedhofes und des vormalig

von Bernerwih'schen Terrains zum Einheitspreise von 10 M ab, welche zum Schulbau nicht erforderlich und zu 1359 qm vermessen ist. — Wenn nun auch die Städtische Bauverwaltung diesen Vergleich zur Annahme nicht empfohlen hat, so glaubt der Magistrat gleichwohl, dieselbe empfehlen zu sollen, weil es sehr fraglich sei, ob sich die Stadt bei Durchführung des Expropriationsverfahrens besser stellen werde. Aus diesem Grunde ersucht der Magistrat, ihn zur Annahme des fraglichen Vergleiches zu ermächtigen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Weber berichtet, wird der Vergleich gutgeheißen.

#### IV. Zwangsenteignung am Markstele.

Der Gärtner Käse und die Wittwe Grete haben von ihren am Markstele belegenen Grundstücken, welche zur Zeit neu bebaut werden, Theilflächen von 1 und bezw. 4 qm an die Stadtgemeinde abzutreten. Dieselben fordern dafür eine Entschädigung von 80 M bezw. 100 M pro qm, während nach der Ansicht des Magistrates dem Grund und Boden an jener Straße höchstens ein Werth von 60 M pro qm beigemessen werden kann. Der Magistrat ersucht daher zu genehmigen, daß die fraglichen Flächen im Wege der Expropriation erworben werden.

Wie Herr Halle berichtet, hat sich die Statutencommission mit der Vorlage noch nicht beschäftigt, so daß er nur seiner persönlichen Ansicht Ausdruck geben könne. Diese gehe aber dahin, daß er es nicht für angebracht erachten könne, eines so geringen Objectes wegen das Expropriationsverfahren einzuleiten und es daher zweckmäßiger sein möchte, auf gütlichem Wege eine Einigung mit den beiden Anliegern zu erzielen. Da indessen namentlich die Forderung der Wittwe Grete eine unbillige genannt werden müsse, so schlage er vor, den Magistrat zur Einleitung des Expropriationsverfahrens und ferner dahin zu ermächtigen, daß derselbe in dem dem Verfahren vorhergehenden Güteterrine den Anliegern bis zu 80 M für die kleinen Terrainabschnitte bieten könne.

Herr Stadtrath Ketemeyer sieht in diesem Vorschlage eine Ablehnung der Magistratsvorlage auf Einleitung des Expropriationsverfahrens, da der Magistrat ein Gebot von 80 M für zu hoch halte. Wenn man an dem Hufschäntchenplage 80 M zahle, könne man diesen Preis unmöglich auch hier bewilligen, weil das Terrain dort ungleich werthvoller sei. Man habe hierbei namentlich auch zu berücksichtigen, daß die Stadt von den Nachbargrundstücken noch erheblich größere Stücke erwerben müsse und für diese Theilflächen dann der hier gezahlte Preis ebenfalls aufzuwenden sei.

Herr Sievers hält die Einleitung des Expropriationsverfahrens für sehr bedenklich und kann daher der Vorlage nicht zustimmen. Wohl aber möchte er

dem Vorschlage des Herrn Halle beitreten, nach welchem ein Preis von 80 M geboten werden solle.

Herr Wolff I tritt für die Ablehnung der Magistratsvorlage und für die Bewilligung der von den Anliegern geforderten Summen ein, da es sich hier an der ganzen Seite der Straße nur um geringfügige Terrainabschnitte handeln könne, welche die Einleitung des unter Umständen kostspieligen Expropriationsverfahrens nicht rechtfertigen.

Herr Stadtrath Ketemeyer hat darauf zu erwidern, daß es ihm einmal bedenklich erscheine, dem einen Anlieger 80 M und dem anderen 100 M zu zahlen und daß es sich außerdem thatsächlich nicht um Kleinigkeiten handle, wenn man berücksichtige, daß die Expropriation auf der anderen Straßenseite sich im vollen Gange befinde und es sich hier wohl um 100 000 M handeln könne. Sobald man jetzt das Terrain auf dieser Seite zu 80 und 100 M ankaufe, werde dasselbe auf der anderen Seite zu dem gleichen Preise geschätzt werden und das sei eine bedenkliche Sache, welche dadurch nicht geändert werde, daß die Herzogliche General-Hof-intendantur dort die Kosten zu tragen habe. Schließlich wolle er noch darauf hinweisen, daß die in Rede stehenden Grundstücke eine so bedeutende Tiefe haben, um eine Schädigung derselben durch den Abschnitt der geringen Flächen nicht befürchten zu müssen.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

#### V. Erneuerung von Wasserröhren in der Wilhelmstraße und Guldentlinke.

Nach einer Mittheilung der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke ist für die Auswechselung schadhafter Hauptwasserröhren in der nördlichen Wilhelmstraße und der Guldentlinke ein Betrag von 931,20 M erforderlich, dessen Bewilligung anheimgegeben

und von der Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet, beschlossen wird.

#### VI. Aenderung der Verfassung für die Gewerbeschule.

Der Vorstand der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule hat eine Aenderung der Ferienordnung dahin empfohlen, daß die Ferien fortan nicht mehr mit denen der Bürgerschulen zusammenfallen, sondern daß an folgenden Tagen im Jahre Unterricht nicht stattfindet: am Neujahrs-, Himmelfahrts-, Buß- und Sylvestertage = 4 Tage, am Osterfeste 6 Tage, am Confirmationsfountage und Montage = 2 Tage, am Pfingstfeste und Weihnachtsfeste je 4 Tage und außerdem in

der Zeit vom 5. Juli bis 28. September = 86 Tage. Danach würde der Unterricht an überhaupt 106 Tagen des Jahres ausfallen, während die Gesamtdauer der Ferien jetzt 96 Tage beträgt. Der Magistrat hält diese Aenderung in Uebereinstimmung mit dem Schulvorstande für zweckdienlich und empfiehlt, die unterm 11. October 1886 erlassene Verfassung der Fortbildungs- und Gewerbeschule entsprechend zu ergänzen. Auch mit den weiteren Vorschlägen des Schulvorstandes wegen Eintheilung des Schuljahres in Trimester, Abänderung der Vorschriften über Aufgabe und Einrichtung der Schule (§. 2, Absatz 3 und 4), Erhöhung und Zahlung des Schulgeldes (§. 6, Absatz 1 und 3) und Aenderung der im §. 13 enthaltenen Vorschriften über die Mitwirkung des Lehrercollegiums bei Verwaltung der Schule erklärt sich der Magistrat einverstanden. — Während das Schulgeld bislang für die Fortbildungsschule 4 M, für die untere Abtheilung der Gewerbeschule 6 M, für die obere Abtheilung derselben 12 M und für die Damenabtheilung 20 M betragen hat, soll dasselbe nach diesen Vorschlägen für die Fortbildungsschule 4,50 M, für die untere Abtheilung der Gewerbeschule 6 M, für die mittlere Abtheilung derselben 12 M und für die oberste Abtheilung 24 M betragen. Die besondere Damenabtheilung fällt fort und wird mit der obersten Abtheilung der Gewerbeschule verschmolzen. Das Schulgeld ist in drei Raten im Voraus zu zahlen. Was die Remuneration der an der Schule unterrichtenden, nicht fest angestellten Lehrer betrifft, so sind die im §. 15, Absatz 2 vorgesehenen Sätze von 2 M und bezw. 2,50 M für jede wirklich erteilte Unterrichtsstunde durch den städtischen Haushaltsetat für das Jahr 1890 bei der Gewerbeschule dahin geändert, daß die fragliche Entschädigung 2 M bezw. 2,50 M und 3 M für die Stunde mit der Maßgabe betragen soll, daß ein Aufsteigen in die höheren Remunerationssklassen je nach Ablauf von 4 Jahren stattfindet. Nach der Ansicht des Magistrats empfiehlt es sich nicht, die einzelnen Remunerationssätze durch eine bestimmte Vorschrift der Verfassung festzustellen, sondern vielmehr ihre Bemessung alljährlich auf Vorschlag des Schulvorstandes seitens der städtischen Behörden bei Feststellung des Haushaltsetats vorzunehmen. Die Remuneration soll wie bisher ratenweise, entsprechend der Zahl der von jedem einzelnen Lehrer wirklich erteilten Unterrichtsstunden festgestellt und gezahlt werden; eine der Zahlung festen Gehalts entsprechende Gewährung von im Voraus trimesterweise festgesetzten Remunerationen und die zeitweilige unentgeltliche Vertretung behinderter Lehrer durch andere kann der Magistrat nicht für angemessen erachten und hat deshalb in Uebereinstimmung mit den Leitern beider Schulen den Absatz 3 des §. 15 streichen zu sollen geglaubt. Die Versammlung wird um Genehmigung der fraglichen Aenderungen ersucht.

Wie Herr Blasius namens der Schulcommission berichtet, hat der Director Leizen in einem ausführlichen Berichte außerordentlich überzeugend die Mängel der

jetzigen Ferieneintheilung dargethan und bewiesen, daß nach der neuen Ferienordnung in Wirklichkeit mehr geleistet werden müsse, als bei der jetzigen Einrichtung. Um in dieser Beziehung zu einer richtigen Vergleichszahl zu gelangen, habe Leizen die Unterrichtsstunden mit der daran theilnehmenden Schülerzahl multiplicirt. Auf solche Weise erhalte man eine Zahl, welche man nach Analogie von Metercentnern Schülerstunden nennen könne. Im Sommer 1890, also in  $19\frac{3}{7}$  Wochen haben 437 Schüler wöchentlich 2545, also im Ganzen 49 443 Schülerstunden gehabt, während im Winter 1890/91, also in  $19\frac{5}{7}$  Wochen 557 Schüler wöchentlich 4552, also im Ganzen 89 740 Schülerstunden erhalten haben, so daß demnach für das ganze Jahr 139 183 Schülerstunden anzunehmen seien. Nach der vorgeschlagenen Ferienordnung würden dagegen vorhanden gewesen sein im Sommer 1890 in  $11\frac{6}{7}$  Wochen bei 437 Schülern mit wöchentlich 2545 Schülerstunden deren 30 176; im Winter 1890/91 in  $24\frac{5}{7}$  Wochen bei 557 Schülern wöchentlich 4552, oder zusammen 112 500 Schülerstunden, im ganzen Jahre also 142 676 Schülerstunden, so daß ein Mehr von 3493 Schülerstunden angenommen werden könne. Das persönliche Interesse der Lehrer an dieser vorgeschlagenen neuen Ferienordnung sei getheilt. Denjenigen Lehrern nämlich, welche als Hilfslehrer an der Gewerbeschule unterrichten, an anderen Schulen aber ihre Hauptthätigkeit haben, würde diese neue Ordnung nicht sehr angenehm sein. Indes fallen die Sommerferien, die Hauptreisezeit, mit den vorgeschlagenen Ferien zusammen. In den übrigen Ferien bleiben die Lehrer jedoch in der Regel hier, hätten nur wenige Stunden in der Woche zu geben und könnten leicht Vertretung finden, falls sie wirklich verreisen wollten. Daß der neuen Ferienordnung entgegenstehende Interesse werde von 12 Lehrern mit 78 wöchentlichen Stunden vertreten, während ihnen 10 Lehrer mit 98 wöchentlichen Stunden gegenüberstehen, welche die neue Ordnung sehr wünschen. — Die Schulcommission habe sich den Vorschlägen des Magistrates in allen Punkten angeschlossen und bitte um Genehmigung derselben.

Die Versammlung beschließt nach einigen Worten des Herrn Wolff II dem Antrage gemäß.

### VII. Rückzahlung von Wasserrohrkosten.

Der Magistrat beantragt, die von dem Maurermeister Köper im Betrage von 2117,30 M verauslagten Kosten für die Anlegung des Hauptwasserrohres in der Grünstraße demselben nunmehr zurückzuerstatten, da die Voraussetzungen für die Rückzahlung erfüllt worden seien.

Die Finanzcommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Sievers dem Antrage an und die Versammlung genehmigt denselben.

### VIII. Aufhebung einer Nebenstrecke der Al. Döringstraße.

Die Verwaltungs-Deputation der Feldmarksinteressentschaft Wilhelmthor beabsichtigt, eine 32 qm haltende Nebenstrecke des Interessentenweges „Kleine Döringstraße“ an die Wittve des Bäckermeisters Reimers zum Preise von überhaupt 200 M zu verkaufen und zu diesem Zwecke den Straßentheil aufzuheben. Da die fragliche Theilsfläche als Weg entbehrlich ist und Einwendungen gegen ihre Aufhebung nicht geltend gemacht sind, so giebt der Magistrat anheim, die Aufhebung der gedachten Nebenstrecke zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Weber berichtet, geschieht.

### IX. Vermehrung der Straßenlaternen.

Die Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke hat empfohlen, 51 Laternen und zwar 34 Gascandelaber, 6 Wandlaternen und 11 Petroleumcandelaber neu aufzustellen, sowie 13 Laternen zu versehen, wobei 96 m Gasrohr neu zu legen sein würden. Diese Laternen sollten ihren Platz auf folgenden Straßen zc. erhalten: I. Candelaberlaternen: Nordstraße 5, Wenden- und Neustadttring 5, Wendenmaschtwete und Reichenbergstraße 7, Bohlweg 7, Leonhardsplatz 4, Frankfurterstraße und Kramerstraße 2, Neben-, Hildesheimer- und Pflegehausstraße, sowie Hohethorpromenade je 1 Laterne; II. Wandlaternen: Leihhauszwete, Guldentinte, Breitestraße, Karrenführerstraße, Suttfaltern und Damm je 1 Laterne; III. Petroleumcandelaber: Brunnen- und Wabestraße je 3, Blumenstraße und Wendenmaschtwete bezw. Reichenbergstraße je 2 und Königstieg 1 Laterne. Der Magistrat hat zu diesen Vorschlägen Folgendes zu bemerken: Die Aufstellung der für die Wendenmasch- und Reichenbergstraße auf der Strecke zwischen Hamburger- und Lampestraße vorgesehenen Laternen wird beanstandet, weil die betr. Strecken noch Privatstraßen sind; es kommen dadurch 2 Candelaber und 2 Petroleumlaternen in Wegfall. Die für die Westseite des Bohlweges vorgesehenen Laternen hält der Magistrat nicht für dringlich, weil die jetzige Beleuchtung genüge und außerdem in absehbarer Zeit die elektrische Straßenbeleuchtung im beschränkten Umfange eingeführt werde, wobei dann der Bohlweg zuerst mit in Frage komme. Außerdem ersucht der Magistrat, von der Aufstellung eines Candelabers auf der Frankfurterstraße zunächst abzusehen, weil dort ein Straßenumbau bevorstehe. Endlich hat die Deputation noch empfohlen, eine in dem obigen Verzeichnisse nicht enthaltene Petroleumlaterne auf dem Hohenstiege aufstellen zu lassen, doch hält der Magistrat solches augenblicklich nicht für zweckmäßig, weil diese Straße demnächst in Stand gesetzt werden solle. Mit den übrigen Vorschlägen der Deputation erklärt sich dagegen der Magistrat einverstanden und beantragt, im Eilvernehmen

mit der Herzogl. Polizei-Direction, 24 Gasandelaber, 6 Gaswandlaternen und 9 Petroleumcandelaber neu aufzustellen, sowie 12 Laternen zu versehen und die Einrichtungskosten mit 4269 M., sowie die laufenden Ausgaben mit 2340 M. zu genehmigen.

Nach dem Berichte des Herrn Fiedel ist die Finanzcommission mit den Vorschlägen des Magistrats im Allgemeinen einverstanden, sie hat indessen einstimmig beschlossen, trotz der ablehnenden Haltung desselben der Versammlung die Anbringung der deputationsseitig in Aussicht genommenen 7 Candelaber für die Westseite des Bohlwegs auf der Strecke zwischen Damm und Langehof zu empfehlen, weil die Beleuchtung desselben nach Schluß der Ladengeschäfte eine äußerst mangelhafte sei und gerade der Bohlweg als Hauptverkehrsstraße ordnungsmäßig hell erleuchtet werden müsse. Wenn die elektrische Straßenbeleuchtung einmal zur Einführung komme, so könnten durch die Wegnahme der Candelaber keine so großen Unkosten entstehen, um den jetzigen Zustand aus diesem Grunde noch länger bestehen zu lassen. Außerdem meinte die Commission, daß die Instandsetzung des Hohenstieges kein Hinderniß sein könne, dort schon jetzt eine Petroleumlaterne aufzustellen und werde daher beantragt, auch diese Laterne mit in das Verzeichniß aufzunehmen. Bei Annahme der Commissionsvorschläge würden noch 860 M. Einrichtungskosten und 480 M. Unterhaltungskosten mehr zu verwilligen sein, was gleichfalls beantragt werde.

Herr Lord möchte dem Antrage der Commission hinsichtlich des Bohlweges beitreten, da die Beleuchtung dieser Hauptstraße der Residenz nach Schluß der Ladengeschäfte, welcher theilweise bereits um 8 Uhr eintrete, nur als eine ganz traurige bezeichnet werden könne.

Auf die Anfrage des Herrn Reiche, ob die von ihm bei früherer Gelegenheit angeregte Verlegung einer Laterne gegenüber der Wehrbrücke mit zur Durchführung komme, erwidert

Herr Stadtrath Haake, daß solches geschehen werde.

Die Vorlage wird darauf nach den Anträgen der Finanzcommission von der Versammlung angenommen.

## **X. Aufhebung einer Theilstrecke der alten Biewegstraße.**

Nach erfolgtem Ausbau der Limbeckerstraße ist ein Theil der alten Biewegstraße westlich von der Charlottenstraße als verlassenes Wegeterrain freies Eigenthum der Stadtgemeinde geworden. Die Verwaltungs-Deputation der Feldmarksinteressentenschaft Altwief hat sich mit Aufhebung der fraglichen Wegestrecke einver-

standen erklärt, auch sind Einsprachen dagegen nicht erfolgt, so daß über die Flächen nunmehr stadtseitig frei verfügt werden kann. Der Magistrat hat dieses Terrain in drei Abschnitten von bezw. 50, 129 und 161 qm an die drei Anlieger Kohlberg, Frühling und Schilling zum Einheitspreise von 8 M verkauft und ist dabei ausdrücklich ausbedungen, daß die beiden Baupläge von Kohlberg und Frühling, ungeachtet einer früher getroffenen entgegenstehenden Vereinbarung, im vollen Umfange kostenpflichtig werden. Das Ersuchen des Magistrats geht dahin, die Aufhebung des bezeichneten Theiles der alten Biewegstraße und den notariellen Kaufvertrag, welcher noch einige weitere Abmachungen enthält, zu genehmigen,

was geschieht, nachdem auch Herr Födel namens der Finanzcommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

#### **XI. Verkauf eines Abfindungsplanes im Eichthale.**

Zu dem am Marstalle sub M. ass. 2827 belegenen, stadtseitig in Vertretung der Herzoglichen General-Hofintendantur erworbenen Grundstücke gehört ein im Eichthale belegener Abfindungsplan zu 10 a 84 qm, dessen Verkauf an den Schlachter Richard Meyer zum Preise von 280 M der Magistrat zu genehmigen ersucht.

Der Herr Vorsitzende empfiehlt, dem Verkaufe zuzustimmen und beschließt die Versammlung dem Antrage gemäß, nachdem noch

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt hatte, daß der Werth des Planes von dem Gartengeschworenen Dürre zu 270—300 M geschätzt worden sei.

#### **XII. Bericht der Commission zur Verathung der Messangelegenheit.**

Zur Feststellung des Interesses, welches die Bewohnererschaft der Stadt Braunschweig an der Verkürzung oder Beibehaltung der Messe nimmt, ist von der Versammlung in der Sitzung am 19. März d. Js. (Seite 185 des Prot.) eine Sondercommission berufen, welche sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen und über ihre Entschlüsse Bericht erstatten sollte. Nachdem ersteres geschehen, erklärt sich namens der Commission Herr Natalis bereit, über die gepflogenen Verhandlungen ausführlich zu berichten, bemerkend, daß bei der Verschiedenartigkeit der in der Commission vertretenen Ansichten letztere sich auf einen Majoritätsbeschluß nicht habe einigen können und sie sich nur insofern geeinigt habe, als die Fassung des von ihm zu erstattenden Berichts festgestellt sei. Die Commission beabsichtige den Antrag zu stellen, sich in der Versammlung darüber schlüssig zu werden, ob eine Verkürzung der Messedauer auf 5 Tage im Interesse der hiesigen Bürgererschaft liege oder nicht, und solchen Beschluß dem Herzoglichen Staatsministerium zur Kenntnissnahme zu unterbreiten.



Der Herr Vorsitzende ordnet darauf an, den Bericht zunächst zu vervielfältigen und an die Mitglieder der Versammlung zu vertheilen, ehe derselbe bekannt gegeben und besprochen wird,  
was geschehen soll.

### XIII. Canalisirung eines Okergrabens.

Mehrere Anlieger des östlich von der Leopoldstraße hinziehenden Okergrabens haben sich an Herzogliche Kreisdirection mit dem Ersuchen gewandt, ein Project wegen Canalisirung der zwischen dem Grundstücke des Herzogl. Lehrerseminars und der Brücke im Rosenhagen, bezw. dem Grundstücke der städtischen Bürgerschule an der Leopoldstraße belegenen Strecken ausarbeiten zu lassen. Auf Antrag eines Anliegers ersucht der Magistrat, daß die Stadt sich an der Durchführung dieses Projectes hinsichtlich des ihr gehörenden angrenzenden Terrains theilhabe und die erforderlichen Kosten trage. Die Stadt ist Anliegerin insofern, als die Regidienstraße mit ihrem westlichen Ende auf den Graben stößt und es würde dem aufgestellten Projecte zufolge nach vollendeter Canalisirung der fraglichen Straße eine, allerdings bedeutungslose Fläche von 133 qm angeschnitten werden, wogegen die Stadt zu den Kosten einen Beitrag von 1822 M zu leisten haben würde.

Die Finanzcommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Natalis der Ansicht des Magistrates angeschlossen, da sie es schon aus sanitären Gründen für außerordentlich wünschenswerth halte, möglichst alle diese offenen Okergräben zu canalisiren und empfehle sie daher, die Genehmigung der Vorlage auszusprechen.

Auf die Frage des Herrn Sievers, ob es nicht angängig sei, auch die weitergehende Strecke des Grabens vom Rosenhagen bis zum Damme mit in Angriff zu nehmen, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß ein solcher Versuch schon früher gemacht, aber an der Interesselosigkeit der Anlieger gescheitert sei. Neuerdings habe sich nun das Herzogl. Waisenhaus bereit finden lassen, den Graben auf seine Kosten zu verdecken unter der Voraussetzung, daß ihm dann das gewonnene Grabenterrain zufalle. Die dieserhalb vorgeladenen Grundbesitzer haben dann aber erklärt, daß sie im Allgemeinen keine Einwendungen gegen die Zulegung des Grabens erheben, aber doch darauf aufmerksam machen wollten, daß ihnen an dem Graben ein Wasserschöpfungsrecht zustehe, welches sie nur aufgeben könnten, wenn ihnen dafür das Grabenterrain frei überwiesen würde. Einzelne Anlieger haben sogar erklärt, daß sie außerdem noch die Erstattung der Kosten für die Legung der Wasserleitung in ihre Häuser, sowie für den Wasserverbrauch in den nächsten zehn Jahren von dem

Waisenhause beanspruchen müßten. Unter solchen Umständen verspüre letzteres natürlich keine Neigung, die Sache weiter zu verfolgen.

Herr Wolff dankt dem Herrn Vorredner, daß er diesen Beweis echten Bürgerfinnes einmal etwas tiefer gehängt habe.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

#### XIV. Der Stadthausbau.

Anschließend an das in der vorigen Sitzung erstattete Referat (Seite 263 ff. des Prot.) berichtet Herr Uhde weiter, daß inzwischen Sitzungen der Baucommission und der vereinigten Statuten-, Finanz- und Baucommission stattgefunden haben, in welchen man ziemlich einstimmig zu folgenden Beschlüssen gekommen sei.

Zunächst habe man Abstand genommen von einer Einfügung der Bibliothek und des Archivs in das Stadthaus, ebenso von den Repräsentationsräumen, auch werde die Projectirung von Läden und eines Rathskellers ebenfalls nicht gewünscht. Dagegen seien die Commissionen übereingekommen, den Wunsch auszusprechen, man möge den Magistrat ersuchen, einen anderweitigen, durch Skizzen erläuterten Bauplan vorzulegen, bei welchem außer den bislang vereinbarten Raumbedürfnissen folgende Anträge der Versammlung Berücksichtigung finden:

- 1) Vorsehung einer genügenden Anzahl überschüssiger Räume in jedem Stockwerke des Stadthauses;
- 2) Verbindung des Standesamtes, der Kirchenbuch- und Kirchhofsverwaltung mit demselben;
- 3) Mögliche Zusammenlegung der Sitzungssäle des Magistrates, der Stadtverordneten und der vereinigten Commissionen, sowie eine reichliche Bemessung der Größe dieser Räume, so zwar, daß der für die Stadtverordneten 160—200, der für den Magistrat 50—60 und der Saal für die vereinigten Commissionen 60—70 Quadratmeter Fläche erhalte;
- 4) Gestaltung der Planlage der Art, daß ein möglichst geschlossener und ausgiebig nutzbarer Bauplatz geschaffen wird; fernerweite Lagerung der Hauptgebäudefronten nach dem Wilhelms- und Ruffäutchenplatze;
- 5) Thunlichste Zurückrückung der Front am Wilhelmsplatze, um dadurch die durch Vorrückung der Straßenfront in der Richtung der Münzstraße bedrohte freie Wirkung des Domes und des Rathhauses nach Möglichkeit günstig zu gestalten.

Wenn von dem Magistrate der Wunsch ausgesprochen sei, in dem Stadthause jetzt ein Definitivum zu schaffen, also auf demnächstige Vergrößerungsbauten keine Rücksicht zu nehmen, so habe man sich der Ansicht nicht verschließen können, daß, obgleich die Größe und die Anzahl der Räume jetzt eine genügende sei, doch Vorsorge getroffen werden müsse, um auch für die weiterliegende Zukunft genügend überschüssige Räume zu beschaffen. Nach der Kritik des Bauplanes seitens des Magistrates seien in jedem Stockwerke 6 oder 7 Räume überschüssig, während die Commissionen wünschen — ohne indessen auf einer bestimmten Zahl bestehen zu wollen —, daß vielleicht 9 oder 10 Räume mehr vorhanden sein könnten. Eine feste Zahl solle nicht in Vorschlag gebracht werden, weil solche Vorschrift die Projectirung des Planes wesentlich behindern würde. Es möchte zweckmäßig sein, zunächst in eine Besprechung dieses ersten Punktes der Commissionsanträge einzutreten.

Herr Oberbürgermeister Pockels will konstatiren, daß sich die Ansichten über die zweckmäßige Gestaltung des Bauprogramms für das Stadthaus durch Fortsetzung der commissarischen Vorberathungen wesentlich geklärt haben. Nachdem die Baucommission die früher gestellten Anträge und ausgesprochenen Wünsche wegen Einrichtung von Repräsentationsräumen und Einbau von Verkaufsläden und Wirthschaftskellern fallen gelassen habe, werde sich wohl eine Verständigung über das Bauprogramm erreichen lassen. Das im vorigen Jahre vereinbarte Programm für das Stadthaus solle und werde auch nach menschlicher Voraussicht dem Raumbedürfnisse für die verschiedenen in demselben unterzubringenden Verwaltungszweige auf absehbare Zeit und für absehbare Verhältnisse genügen; bei Feststellung des Bauprogrammes aber Rücksicht zu nehmen auf eine fernliegende Zukunft, deren Anforderungen, Bedürfnisse und Einrichtungen zu beurtheilen man heute absolut nicht in der Lage sei, könne wohl nicht Aufgabe des Bauprogrammes sein. Wenn die Commission beantrage, dem Magistrate zur Erwägung zu verstellen, ob nicht die programmäßig in der Zahl 17 vorgesehenen überschüssigen Räume noch um etwas an Zahl vermehrt werden möchten, so habe er schon in der Commission erklärt, daß, sofern die Aufstellung eines definitiven Projectes ohne Weiteres die Möglichkeit an die Hand gebe, noch einige Reserveräume ohne erhebliche Mehrkosten vorzusehen, hiergegen magistratsseitig nichts einzuwenden sein werde; wenn dagegen diese ferneren Reserveräume nur durch eine entsprechende Vergrößerung des Stadthauses beschafft werden könnten, so würde man sich magistratsseitig dagegen auszusprechen haben. Bei diesem Antrage werde die Commission vermuthlich von der Erwägung ausgegangen sein, daß die Stadtverwaltung, welche heute 73 Bureaubeamte im Stadthause beschäftige, bei fortschreitendem Wachsthum der Stadt vielleicht in hundert Jahren die doppelte Zahl solcher Beamten im Stadt-

hause unterzubringen habe und daß dann ein Platzmangel eintreten werde. Das sei richtig. Indessen müsse darauf hingewiesen werden, daß, wenn erst einmal die Stadtverwaltung eine so außerordentlich große Zahl von Bureaubeamten beschäftige, dann auch die gesammte Stadtverwaltung so groß und complicirt sein werde, um die Schaffung neuer organischer Einrichtungen zu erheischen und namentlich in höherem Grade als bisher auf eine Decentralisation der Verwaltung Bedacht zu nehmen, indem namentlich auch den einzelnen Verwaltungszweigen eine größere Zuständigkeit einzuräumen sei. Wenn das aber geschehe — wie es bei dem Gas- und Wasserwerke ja bereits der Fall sei — so erscheine es auch im Interesse des Dienstes unbedenklich, verschiedene Verwaltungszweige aus dem Stadthause herauszulegen, ja es erscheine sogar vielleicht im Interesse des Publicums wünschenswerth, sie außerhalb des Stadthauses untergebracht zu sehen, weil hierdurch der Verkehr mit der Stadtbevölkerung in den verschiedenen Stadttheilen erleichtert werde. Man werde auch beispielsweise, wenn die gegenwärtigen vier Steuerhebestellen erst einmal auf die programmmäßige Zahl von sieben angewachsen seien, die Frage in Erwägung zu nehmen haben, ob nicht nach dem Vorbilde anderer Städte in verschiedenen Stadtgegenden Nebencassen einzurichten, oder — wie auch bereits angeregt worden — die Steuern den Leuten aus dem Hause abzuholen seien. Wenn aber einmal ein derartiger Beschluß gefaßt werde, so würden die für die Stadtcasse vorgesehenen Räume zum guten Theil zu anderen Zwecken zur Verfügung stehen. Man könne also absolut kein Stadthaus für eine große, im Wachsthum befindliche Stadt bauen, welches den Verwaltungskörper mit allen seinen Gliedern für ewige Zeiten aufzunehmen im Stande sei. Wenn die Versammlung diese Ansichten über die Ausführung des Programms theile, so werde sie unbedenklich den ersten Magistratsvorschlag gutheißen können, nach welchem das Stadthaus als ein in sich abgeschlossenes Ganzes, ohne Rücksichtnahme auf die Möglichkeit einer Erweiterung, allerdings mit Reserveräumen in beschränktem Umfange, aufgeführt werden solle.

Herr U h d e dankt dem Herrn Oberbürgermeister für diese entgegenkommende Erklärung und bemerkt, daß sich dieselbe vollständig mit dem Gedanken decke, welcher die Commission bei der Fassung ihres Beschlusses geleitet habe.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s ergänzt seine Mittheilungen noch dahin, daß dieselben nur seine persönliche Ansicht wiedergeben, da der Magistrat noch nicht Stellung zu den Anträgen genommen habe.

Sinsichtlich des zweiten Punktes hat Herr U h d e einleitend zu berichten, daß es sich nach der Ansicht der Commissionen empfehle, das Standsamt mit in das Stadthaus zu verlegen. Außerdem würde man nach der demnächstigen Aufhebung der Cantorenstellen auch die Kirchenbuchführung und die Friedhofs-Verwaltung

mit im Stadthause unterzubringen haben, welcher Vorschlag in den Commissionen allgemeine Sympathie gefunden habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat hierzu Folgendes zu bemerken: Das Standesamt sei mit Rücksicht auf den Kostenpunkt und in der Erwägung aus dem Programm gestrichen, daß dasselbe zu der eigentlichen Stadtverwaltung in so lockerer Beziehung stehe, um eine Vereinigung des Standesamtes mit der Stadtverwaltung durchaus nicht nothwendig erscheinen zu lassen; auch sei in Betracht gezogen, daß früher oder später einmal ein zweites Standesamt errichtet werden müsse. Der Einbau des Standesamtes in das Stadthaus würde nach dem geforderten Bauverhältnisse einen Aufwand von 47 000 bis 48 000 M. erheischen. Das sei eine nicht sehr hohe Summe, zumal wenn man den Werth des alten Standesamtsgebäudes, welches dann disponibel werde, abrechne. Sofern also die Versammlung beschließen sollte, den Einbau des Standesamtes zu empfehlen, würde der Magistrat dem Antrage wohl zustimmen, allerdings unter der Voraussetzung, daß dann gleichzeitig ein Bureau für die centralkirchliche Stelle eingerichtet werde. Wenn die Neueintheilung der Kirchengemeinden zu Stande komme, müßten die sieben Kirchengemeinden hinsichtlich der Buchführung vereinigt werden und könnte man dieser Stelle auch die Friedhofsverwaltung mit übertragen, was im Interesse der Leidtragenden, welche dann nicht nach drei verschiedenen Stellen zu gehen brauchten, durchaus wünschenswerth erscheine.

Zu dem dritten Antrage der Commissionen bemerkt Herr Uhde, daß sich schon aus rein ästhetischen Rücksichten die Gruppierung der drei größten Räume des Stadthauses neben einander empfehlen dürfte, um dadurch auch äußerlich eine architektonische Wirkung zu erreichen. Um den Architekten bei der Projectirung nicht in zu enge Grenzen zu bannen, habe man in den Commissionen es für zweckmäßig gehalten, bezüglich der Größe dieser Räume einen gewissen Spielraum zu lassen, welcher indessen selbst in seiner vollen Ausdehnung immer nur so weit gehe, um das praktische Bedürfniß nicht wesentlich zu überschreiten und die Räume behaglich zu gestalten, sowie den Zweck derselben nach allen Richtungen hin zu erfüllen.

Herr Oberbürgermeister Pockels äußert hierzu, daß der Magistrat gegen die gewünschte Zusammenlegung keinerlei Einwendungen zu erheben habe, sofern die Zusammenlegung von der Städtischen Bauverwaltung für zulässig, bezw. für wünschenswerth erachtet werde. Was den ausgesprochenen Wunsch auf Vergrößerung der einzelnen Räume anlange, so könne er darüber eine officiële Erklärung noch nicht abgeben. Wenn der Sitzungsaal der Stadtverordneten, welcher jetzt im Sitzungsraume 61 qm fasse, demnächst bei Projectirung von 50 Sitzplätzen auf 180 qm vergrößert werde, so dürfte solches jedenfalls genügend erscheinen, zumal der Saal durch zwei Stockwerke laufen und eine Galerie erhalten

solle. Ebenso lasse sich der Sitzungsaal des Magistrates vielleicht noch um einige Quadratmeter vergrößern. Die Vergrößerung des Sitzungsaales der vereinigten Commissionen halte er persönlich sogar für wünschenswerth, um zu ermöglichen, daß verschiedene Commissionen einmal gemeinschaftlich tagen können.

Den vierten Punkt leitet Herr Uhde in folgender Weise ein. Die Durchführung des hier geäußerten Wunsches liege ganz wesentlich im Interesse des Stadtsäckels, denn je abgeschlossener der Bauplatz sei und je regelmäßiger derselbe gestaltet werde, desto billiger baue man auch und könne es hierbei nicht darauf ankommen, ob man das Meyer'sche Grundstück stehen lasse oder abreiße, zumal es sich um die Schaffung eines Definitivums für Jahrhunderte und nicht um ein Provisorium handle. Es sei dann die Lagerung der Hauptgebäudefronten besonders nach dem Wilhelms- und dem Rufsäutchenplatz zu gewünscht und zwar aus naturgemäßen und ästhetischen Gründen, weil dieses die einzigen beiden Plätze seien, von denen aus das Gebäude offen und frei übersehen werden könne, denn die neue Durchbruchstraße und der Langehof seien zu eng projectirt, um einen Ueberblick zu bieten. Die Fronten für die architectonische Entwicklung liegen also dem Dome und der Burg gegenüber. Die architectonischen Achsen beginnen vom Hagenmarkt und vom Damme aus, von welchen Stellen ab man die Hauptfronten des Gebäudes sehen werde; es liege also in der Natur der Verhältnisse, diese möglichst gleichmäßig und breit zu gestalten und hege man einen derartigen künstlerischen Wunsch auch in der Bürgerschaft.

Herr Lange hält es für wünschenswerth, hinsichtlich des Bauplatzes den Wunsch hinzuzufügen, daß nur solches Terrain dazu benutzt werden möge, welches der Stadt schon jetzt gehöre und daß von jeder weiteren Erwerbung anderen Terrains abgesehen werde, weil das jetzige Terrain zur Errichtung des Stadthauses vollkommen genüge.

Herr Oberbürgermeister Pockels will zu diesem Punkte constatiren, daß bezüglich der Gestaltung der Planlage bis vor Kurzem ein Mißverständniß über die Absicht des Magistrates vorgewaltet habe. Vom Magistrate sei eine Anleitung zur Projectirung des Baues dahin gegeben, daß auf dem fraglichen Complex das Stadthaus ohne Hinzunahme des Meyer'schen Wohnhauses projectirt werden sollte, da man die Fläche des letzteren vielleicht zur Aufführung einer Dienstwohnung des Magistratsvorsitzenden, bezw. zur Unterbringung des Standesamtes für spätere Zeiten reserviren wolle. Die Städtische Bauverwaltung habe dann in mißverstandener Auffassung dieser Directive zwei Drittheile eines einheitlichen Zukunftsgebäudes projectirt und dieses Bruchstück vom Langenhofe und Wilhelmsplatz weit abgerückt, was den Ansichten des Magistrates ebenfalls nicht entsprochen habe, denn dieser wünsche gerade, daß das Gebäude dem Dome und der Burg gegenüber zu liegen komme. Der Magistrat werde daher dem jetzigen An-

trage der Commission wohl beipflichten können, falls es möglich sei, das Stadthaus trotzdem programmäßig auf der gegebenen Fläche auszubauen ohne weiter nach dem Bohlwege rücken und das Meyer'sche Grundstück in seinem Vordertheile mit in Benutzung nehmen zu müssen. Dagegen halte er es für bedenklich, das Stadthaus soweit in den Langenhof hinein zu bauen, daß die ganze Grundfläche des Meyer'schen Grundstückes in Anspruch genommen werde, weil der Langenhof bei einer Breite von 11 Metern dazu viel zu schmal sei und das Gebäude mit Rücksicht auf die Straßenbreite nur 15,5 Meter hoch gebaut werden dürfe, während es in einer Höhe von 18,5 Metern projectirt sei. Wenn nun auch die Commission in Aussicht genommen habe, das Manco an Straßenbreite zu ergänzen durch Zurücklegen der Baulinie um 3 Meter unter Projectirung eines Vorgartens, so finde er diesen Ausweg unschön und wisse auch im Augenblick nicht, ob man dabei nicht mit irgend welchen gesetzlichen Bestimmungen in Conflict komme. Eine officiële Erklärung des Magistrats müsse er sich hierüber jedenfalls vorbehalten.

Herr Uhde möchte besonders constatiren, daß es ihn außerordentlich angenehm berührt habe, dieses Mißverständniß der Städtischen Bauverwaltung gehoben zu sehen, da sich nun auch hier eine einheitliche Meinung zwischen Magistrat und Commission herausbilden werde. Was die Vor- oder Zurückrückung des Gebäudes, bezw. die volle Bebauung des Meyer'schen Grundstückes und der Ecke am Bohlwege anlange, so handle es sich dabei um Fragen, welche sich vorläufig noch gar nicht übersehen lassen und welche bei Vorlegung des neu zu fertigenden Bauplanes entschieden werden können. Genügen werde der Bauplatz unter allen Umständen, sofern man das Meyer'sche Grundstück und die Ecke am Bohlwege mit in Benutzung nehme. Die Frage der besten Ausnutzung unter Berücksichtigung der Nothwendigkeit und Schönheit liege bei der Städtischen Bauverwaltung in außerordentlich guten Händen und werde dieselbe bei der Bearbeitung des Bauprogrammes schon das Beste herauszufinden suchen.

Der letzte Punkt bezieht sich, wie Herr Uhde weiter berichtet, auf die spitze Ecke, welche vom Langenhofe und der Verlängerung der Münzstraße begrenzt werde. Früher sei einmal gemeint, man möchte die Front der Münzstraße nicht aufnehmen, sondern um zwei Meter zurückrücken; es habe indessen viel Gutes, die Front fortzusetzen, dagegen die in den Wilhelmsplatz hineinragende Spitze des Terrains möglichst abzuschneiden, um statt dieser auch nach jenem Platze hin eine breite Fagadenentwicklung zu erhalten.

Herr Oberbürgermeister Poßels will hierzu nur bemerken, daß dieser seitens der vereinigten Commissionen jetzt gestellte Antrag auch schon von dem Magistrate bei Besprechung des vorliegenden Projectes als der allein richtige anerkannt worden sei.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die sämmtlichen Anträge der vereinigten Commissionen von der Versammlung einstimmig angenommen.

#### XV. Anfragen des Herrn Reiche wegen Verbreiterung der Maschstraße und Canalisirung der Straße hinter der Masch.

Zur Begründung der Anfragen führt Herr Reiche aus, daß ihm daran liege, zu erfahren, wann denn nun endlich die bereits bei Eröffnung der Schule an der Maschstraße in Angriff genommene Verbreiterung dieser Straße zu erwarten stehe und ob die für diesen Frühling in Aussicht genommene Canalisirung der Straße „hinter der Masch“ bald zur Durchführung komme, da die früher geltend gemachten technischen Schwierigkeiten jetzt gehoben sein dürften. Letztere Straße sei in einer Länge von 130 m bebaut und besitze in 13 Häusern 203 Einwohner, so daß die Abwässer dort einen bedeutenden Umfang angenommen haben. Da nun nicht weit unter dem Boden Thon stehe und in Folge dessen die Senkgruben schon nach kurzer Zeit den Dienst versagen, so müßten die Leute während der Nachtzeit ihr Schmutzwasser wegzuschaffen suchen, was für dieselben eine große Belästigung mit sich bringe. Mit Rücksicht darauf, daß an beiden Seiten der Straße Canäle liegen und daher die Canalisirung hier keine bedeutende Arbeit machen könne, sei es ihm erwünscht, zu erfahren, ob noch in diesem Sommer auf die Canalisirung der Straße gehofft werden dürfe.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß wegen Erwerbes der zur Verbreiterung der Maschstraße erforderlichen Theilsflächen die Expropriation bereits mehrere Jahre im Gange und kürzlich nahezu zu Ende gewesen sei, als von den Anliegern der Antrag gestellt worden, durch neue Sachverständige das ganze Verfahren nochmals wiederholen zu lassen, welchen Antrag allerdings die Landes-Deconomie-Commission abgelehnt habe. Da indessen die Anlieger gegen diese Entscheidung den Recurs an das Herzogl. Staatsministerium verfolgt haben, so lasse sich zur Zeit in der Sache nichts machen. Auf eine unter der Hand bei der Herzoglichen Kreisdirection gestellte Anfrage, ob die Stadt nicht schon vor Beendigung des Expropriationsverfahrens in den Besitz der Theilsflächen eingewiesen werden könnte, sei erwidert worden, daß solches mit Schwierigkeiten insofern verbunden sei, als die eventuell zu bestellenden neuen Sachverständigen wissen müßten, wie viel Bäume, Sträucher u. auf den zu enteignenden Flächen stehen. Bezüglich der zweiten, die Straße „hinter der Masch“ betreffenden Anfrage sei er nicht genügend orientirt; jedoch halte er es für richtiger, einen bezüglichen Antrag zu stellen, insofern die Canalisirung der Straße so dringend erforderlich sei.

Herr Reiche stellt daraufhin einen solchen Antrag.



## XVI. Selbstständiger Antrag des Herrn Weber auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Frauen.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, eine Bedürfnisanstalt für Frauen in der Nähe des Hagenmarktes errichten zu lassen.“

Wie Herr Weber ausführt, soll nach einer ihm soeben vom Magistrats-tische gewordenen Mittheilung bereits ein bezügliches Project in Ausarbeitung begriffen sein, welches seine Wünsche schnellstens befriedigen werde und den Antrag an sich unnöthig mache. In der Voraussetzung, daß alsbald eine bezüglich durchführbare Vorlage zu erwarten sei, wolle er den Antrag zurückziehen.

Auf die Anfrage des Herrn Fiedel, wie es mit der geplanten Anstalt auf dem Kohlmarke stehe, erwidert

Herr Stadtrath Ketemeyer, daß die Straßenbahn-Gesellschaft sich weigere, zu dem fraglichen Zwecke einen Theil des Barteraaumes abzutreten und der Magistrat dem vertragsmäßigen Rechte der Gesellschaft gegenüber einen anderweiten Beschluß von derselben nicht erzwingen könne und den Plan daher fallen gelassen habe.

Herr Lange ist es nicht verständlich, wie mit der Pferdebahn-Gesellschaft habe ein Vertrag abgeschlossen werden können, nach welchem dieselbe volles Verfügungsrecht über städtisches Eigenthum erhalte; er beantrage daher, eine entsprechende Aenderung des Vertrages vorzunehmen.

Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet, daß ein solcher Antrag keine Aussicht auf Erfolg habe. Die Kosten für die Halle habe zum bei Weitem größten Theile die Gesellschaft getragen, indem sie zu den Gesamtkosten von 11 000 M allein 9000 M gezahlt habe. Hierfür sei ihr dann auf die Dauer der Concession vertragsmäßig die Benutzung der Halle eingeräumt worden.

Die Angelegenheit ist damit erledigt.

## XVII. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Canalisirung der Straße hinter der Mäsch.

Herr Reiche verweist zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, die Canalisirung der Straße „hinter der Mäsch“ noch in diesem Sommer ausführen zu lassen,“

auf das von ihm bei Punkt XV. der Tagesordnung Gesagte, bemerkend, daß die Sache so dringlich sei, um die Versammlung bitten zu müssen, sofort in eine Beschlusfassung über den Antrag einzutreten.

Herr Stadtrath Ketemeyer ist nicht in der Lage, eine bindende Erklärung abzugeben, er glaube jedoch, daß der Durchführung des Antrages keine Bedenken entgegenstehen, sofern die Canalisation technisch durchführbar sei und Mittel und Kräfte ausreichen.

Nachdem noch die Herren Blasius und Niese den Antrag unterstützt hatten, wird derselbe von der Versammlung angenommen

und damit die Sitzung geschlossen.

Schluß 6<sup>1/2</sup> Uhr

---

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 17. September 1891.

### Öessentlich:

|                                                                                                                  |            |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| I. Aufhebung eines Weges an der Kl. Vertramstraße . . . . .                                                      | Seite 292. |
| II. Erwerb einer Straßenfläche am Steinwege . . . . .                                                            | " 293.     |
| III. Desgl. zwischen der Neben- und Nordstraße . . . . .                                                         | " 293.     |
| IV. Desgl. an der Gliesmaroderstraße . . . . .                                                                   | " 293.     |
| V. Canalisirungsarbeiten am Theater . . . . .                                                                    | " 293.     |
| VI. Obligationen-Anleihe der Stadt . . . . .                                                                     | " 294.     |
| VII. Erwerb von Straßenflächen an der Kl. Vertramstraße . . . . .                                                | " 295.     |
| VIII. Gesuch von Anwohnern der Wabestraße . . . . .                                                              | " 295.     |
| IX. Theilortsbauplan für die Wilhelmstraße . . . . .                                                             | " 297.     |
| X. Ausbau der Rußbergstraße . . . . .                                                                            | " 297.     |
| XI. Ausbau der Kl. Kreuzstraße . . . . .                                                                         | " 298.     |
| XII. Ankauf eines Gewächshauses an der verlängerten Thomaestraße . . . . .                                       | " 298.     |
| XIII. Neuregelung des Nachtwachwesens . . . . .                                                                  | " 300.     |
| XIV. Erwerb einer schmalen Fläche am Sandwege . . . . .                                                          | " 303.     |
| XV. Die Verkürzung der Messen . . . . .                                                                          | " 303.     |
| XVI. Aufhebung von Wegetheilen der Bienenstraße . . . . .                                                        | " 317.     |
| XVII. Niederlegung von Häusern am Werder . . . . .                                                               | " 317.     |
| XVIII. Canalisirung der Hildesheimerstraße . . . . .                                                             | " 318.     |
| XIX. Belegung der verlängerten Sophien-, der Caland- und Bughenhausenstraße<br>mit Gas- und Wasserrohr . . . . . | " 318.     |

|                                                                     |            |
|---------------------------------------------------------------------|------------|
| XX. Belegung des Niddagshänjerweges mit Wasserrohr . . . . .        | Seite 319. |
| XXI. Zahlung einer Entschädigung an die Wendt'schen Erben . . . . . | " 319.     |

Vertraulich:

|                                                                |        |
|----------------------------------------------------------------|--------|
| Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels . . . . .     | " 319. |
| Besprechung über die zu begebende städtische Anleihe . . . . . | " 319. |
| Unterstützung eines erkrankten Lehrers . . . . .               | " 319. |
| Einschätzung der Beamten zur Communalsteuer . . . . .          | " 320. |
| Extra-Begebausteuer für einige Gewerbetreibende . . . . .      | " 320. |
| Wahl von Armenpflegern . . . . .                               | " 320. |
| Steuer-Reclamationen (Verzeichniß IV von 1890) . . . . .       | " 320. |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer und Heymann, sowie Assessor von Franken-  
berg.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Nieß und Wolff II.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und macht die Ver-  
sammlung zunächst mit folgenden Eingängen bekannt:

- 1) Einladung der Turner-Brüderschaft zu dem am 20. September statt-  
findenden Schauturnen.
- 2) Dankschreiben der Schafferei des Schützenwesens für die Zuwendung von  
drei Preisen zu dem hier stattgehabten Nordwestdeutschen Bezirkschießen.
- 3) Eingabe von Hausbesitzern der Friejenstraße um Herrichtung einer fahr-  
baren Verbindungsstraße nach dem Sandwege. Diese Eingabe wird zu  
den Acten genommen, weil eine solche auch dem Magistrate vorliegt und  
dieser zu derselben noch nicht Stellung genommen hat.

Nachdem hierauf nach die Protocolle N. 10 und 11 genehmigt waren, wird  
zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

# I. Aufhebung eines Weges an der Al. Bertramstraße.

Durch den Ausbau der östlichen Hälfte der Al. Bertramstraße ist die von der  
Al. Campestraße nach Osten führende Theilstrecke des alten Interessentenweges ver-  
lassenes Wegeterrain geworden. Ueber dasselbe ist bereits früher dahin verfügt,  
daß es den Anliegern, bezw. der Magnifikirche überlassen werden soll. Dem Er-  
suchen des Magistrates um Genehmigung der Aufhebung des fraglichen Weges

entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche  
Herr Bültmann berichtet.

## II. Erwerb einer Straßenfläche am Steinwege.

Auf dem am Steinwege belegenen Nahde'schen Grundstücke wird z. Z. ein neues Wohngebäude errichtet, welches so weit hinter die bisherige Häuserflucht zurücktritt, daß eine 8 qm haltende Theilfläche der Straße zuzulegen ist. Der Magistrat ersucht um Ankauf dieser Fläche zum Einheitspreise von 125 M, und die Versammlung genehmigt denselben, nachdem Herr Halle namens der Statutencommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

## III. Erwerb einer Straßenfläche zwischen der Neben- und Nordstraße.

Zum Zwecke des auf Kosten des Civil-Ingenieurs Königsdorf erfolgenden Ausbaues der zwischen Neben- und Nordstraße projectirten 13 m breiten Verbindungsstraße ist der stadtfertige Erwerb einer 3,92 a großen Theilfläche des der National-Actien-Bierbrauerei gehörigen Ackerplans erforderlich. Der Magistrat hat im Einvernehmen mit Königsdorf diese Fläche zum Einheitspreise von 8 M und unter Uebernahme der Verpflichtung, eventuell die Kosten für Herrichtung eines Harzsaunes auf den künftigen straßenseitigen Fronten der beiden der Brauerei verbleibenden Restflächen dieser zu erstatten, angekauft und giebt die Genehmigung des abgeschlossenen Kaufvertrages anheim.

Die Baucommission läßt durch Herrn Uhlde die Genehmigung der Vorlage empfehlen und die Versammlung stimmt derselben zu.

## IV. Erwerb einer Straßenfläche an der Gießmaroderstraße.

Zur Anlegung einer von der Gießmaroderstraße nach Norden abzweigenden Straße hat der Magistrat von dem Bauunternehmer Christian Lindemann und der Firma Behrens & Hebald ein 2,56 a haltendes Grundstück zum Einheitspreise von 6 M angekauft und ersucht um Genehmigung des bezüglichen Kaufvertrages,

welche seitens der Versammlung beschlossen wird, nachdem Herr Uhlde namens der Baucommission die Vorlage befürwortet hatte.

## V. Canalisirungsarbeiten am Theater.

Bei dem am 1. Juli stattgehabten argen Unwetter ist die Friesenstraße insofern besonders gefährdet gewesen, als sich das von der Straße am Theater und vom Sandwege, ja selbst vom Magnithore her abfließende Himmelswasser in der Ehrenbrechtstraße in großen Mengen angesammelt und sich sodann aus dieser in die Friesenstraße ergossen hat. Zur Beseitigung solchen Uebelstandes ist die alsbaldige Herstellung von zwei je 55 m langen definitiven Canalstrecken, welche das Himmelswasser dem in der Theater-Promenade liegenden Plattendeanale zuführen sollen und

von denen der eine demnächst durch den Sandweg fortgeführt werden wird, sowie die Anlegung einiger Einfallschächte angeordnet worden, für welche Arbeiten ein Kostenbetrag von 3100 M nachträglich angefordert wird.

Die Finanzcommission läßt die Vorlage durch Herrn Fiedel befürworten.

Herr Kieke weist darauf hin, daß sich die Mauernstraße in einer noch schlimmeren Lage befinde, der nun endlich durch die Canalisation abgeholfen werden würde, denn selbst die Brunnen seien dort durch die Regenmengen unbrauchbar geworden.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

## VI. Obligationen-Anleihe der Stadt.

Der Neubaufonds der Canalbaucaße und das Extraordinarium der Stadtcasse bedürfen zur Bestreitung der darauf für das laufende Jahr angewiesenen Ausgaben der Zuwendung von Geldmitteln. Von dem zu 841 300 M etatsmäßig angenommenen Bedarf der Canalbaucaße werden etwa 360 000 M durch vertragsmäßige Ueberweisung aus den Mitteln der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Braunschweig gedeckt werden können, während der Restbedarf von rund 482 000 M durch Versilberung eines entsprechenden Theiles der Schuldverschreibungen aus der diesjährigen Obligationen-anleihe des Kreis-Communalverbandes zu beschaffen sein dürfte. Wenn außerdem der diesjährige Etat des Extraordinariums der Stadtcasse auch mit einem Vorrath von 63 000 M abschließt, so werden doch folgende nicht etatisirte Posten eine entsprechende Mehrausgabe veranlassen, nämlich:

- |                                                                                                                         |            |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| 1) Ein fernerer Vorschuß für das Gaswerk . . . . .                                                                      | 200 000 M. |
| 2) Für das Straßenreinigungs-Institut . . . . .                                                                         | 83 000 "   |
| 3) Zahlungen für nach Feststellung des diesjährigen Etats angekaufte Häuser am Hagensharrn und Altstadtmarkte . . . . . | 100 000 "  |
| 4) Für Neueinrichtung der städtischen Badeanstalt . . . . .                                                             | 63 000 "   |
| 5) Für den Durchbruch am Hohenthore sind bereits verwendet rund . . . . .                                               | 70 000 "   |

zusammen 516 000 M.

In der Erwartung, daß aus den diesjährigen Darlehen von der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt außer den oben schon vermerkten 36 0000 M vielleicht noch 50 000 M verfügbar bleiben möchten, wird zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahme und Ausgabe des diesjährigen Extraordinarii noch eine Summe von über 400 000 M flüssig zu machen sein. Der Magistrat hält dafür, daß zur Deckung dieser Fehlsomme das Gaswerk auf die demselben vorgeschossenen 850 000 M einen Betrag von 500 000 M abzahle und seinerseits hierzu durch Ueberweisung des Erlöses aus der Versilberung von 500 000 M Schuldverschreibungen der dies-

jährigen Kreis-anleihe in Stand gesetzt werde. Da nun auch die Stadt Ende September bei der Braunschweigischen Creditanstalt verschiedene, zusammen noch 600 000 M. betragende Darlehen abzutragen hat, auch die Canalbauten gegenwärtig und in den nächsten Monaten große Summen erfordern, für welche die Stadtcasse Deckung nicht besitzt, so erscheint eine Beseitigung des erörterten Geldbedarfs in der letzten Hälfte des September geboten.

Der Magistrat beantragt daher, daß der Kreis-Communalverband den Nennwerth von einer Million Mark seiner diesjährigen Obligationen-Anleihe zu einem vom Magistrate mit der Finanzcommission zu vereinbarenden Course verkaufe und die aus der Begebung dieser Schuldverschreibungen erzielten Beträge als ein im Nennwerthe mit  $3\frac{1}{2}\%$  verzinsliches und vom Jahre 1897 an mit jährlich  $\frac{1}{2}\%$  und den durch die eingelösten Schuldverschreibungen ersparten Zinsen rückzahlbares Darlehen vorleihe; daß die Stadtgemeinde aber dieses Darlehen annehme und davon der einem Nennwerthe von je 500 000 M. entsprechende Betrag an den Canalbaufonds und an das Gaswerk unter gleichen Bedingungen überwiesen werde.

Wie Herr Wolff I namens der Finanzcommission berichtet, hat dieselbe die Vorlage geprüft und empfiehlt deren Genehmigung. Da die Verhandlungen über den Cours noch schweben, so sei er nicht in der Lage, hierüber schon jetzt nähere Mittheilungen zu machen.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

#### VII. Erwerb von Straßenflächen an der M. Vertramstraße.

Die Anlieger der Südseite der M. Vertramstraße auf der Strecke zwischen Vertramstraße und M. Campestraße haben sich jetzt mit der von der Versammlung bereits früher genehmigten Vergütung von 8 M. pro qm des zur Straße abzutretenden Vorgartenterrains einverstanden erklärt, so daß der Magistrat die Genehmigung der zu solchem Zwecke abgeschlossenen beiden Kaufverträge anheimgeben kann. Die Kosten für den Ausbau der fraglichen Straßenstrecke sind durch den Etat bewilligt. Wenn einstweilen nur der südliche Fußweg ausgebaut wird, so ist damit dem dringendsten Bedürfnisse Genüge geschehen und wird man den weiteren Ausbau der Straße unbedenklich bis dahin aufschieben können, daß auch die Anlieger der Nordseite sich bereit finden, ihre Vorgärten unter gleichen Bedingungen abzutreten.

Die Baucommission läßt die Vorlage durch Herrn Bültmann zur Annahme empfehlen und die Versammlung genehmigt dieselbe. Mit dem Ausbaue der anderen Straßenseite könne ruhig gewartet werden, bis die Anlieger zu Verstande kommen und ihre Vorgärten ebenfalls zum Einheitspreise von 8 M. abtreten.

#### VIII. Gesuch von Anwohnern der Wabestraße.

Die Anwohner der Wabestraße haben sich an die Versammlung mit der Bitte gewandt, dafür eintreten zu wollen, daß die Wabestraße alsbald mit Wasserleitung

versehen werde, da die dort vorhandenen Brunnen nach Ausweis der eingeholten fachverständigen Gutachten nur schlechtes, gesundheitschädliches Wasser enthalten. Eine an den Magistrat dieserhalb gerichtete Eingabe ist abschläglich beschieden worden.

Die Deputation für die Gas- und Wasserwerke hat sich, ebenso wie die Finanzcommission nach dem Berichte des Herrn Sievers mit der Sache eingehend beschäftigt und ist daraufhin auch schon früher die Beleuchtung der Straße mit Petroleumlaternen in ausgedehnterem Maße genehmigt worden. Von der Anlegung des Canals sehen die Anwohner wegen der Kosten für jetzt noch ab, wogegen hinsichtlich der Wasserversorgung allerdings ein Nothstand herrsche. Diesem lasse sich aber zur Zeit beim besten Willen nicht abhelfen, weil die Zuleitung von der Hagenstraße aus erfolgen müsse und in diese das Hauptrohr in Folge ihrer theilweisen Verschiebung noch nicht verlegt werden könne. Die Finanzcommission gebe daher anheim, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Halle bemerkt, daß es im Hinblick auf die in der Wabestraße herrschenden Zustände dringend an der Zeit sei, auf Mittel zur Abhilfe zu finnen, denn die Höhe der Sterblichkeitsziffer und der Krankheitsfälle werde nach ihm gewordenen Mittheilungen von keiner anderen Straße erreicht. Das Brunnenwasser könne man fast auf keinem Grundstücke der ganzen Straße genießen. Von verschiedenen Anwohnern der Wabestraße sei ihm die Frage unterbreitet, ob es nicht gestattet werden könnte, die Wasserleitung von einem Grundstücke der Carlstraße dorthin zu verlegen und möchte er dem Magistrate anheimggeben, zu prüfen, ob nicht in dieser Weise unter so bewandten Verhältnissen Abhilfe geschaffen werden könne.

Herr Wolff I will dem Berichte des Herrn Sievers noch ergänzend hinzufügen, daß man die in der Wabestraße zur Zeit herrschenden Zustände allgemein bedauert habe; es dürfe dabei indessen nicht übersehen werden, daß die Leute, welche in jener morastigen Gegend an einer noch unbefestigten Straße gebaut haben, selber wissen mußten, welchen Eventualitäten sie entgegengehen würden. Ferner sei zu berücksichtigen, daß die Straße bei einer Länge von 800 m noch nicht ganz 30 bebaute Grundstücke besitze und daß neben der Schwierigkeit der Wasserrohrlegung auch die Höhe der zu verwendenden Summen ins Gewicht falle. Jedenfalls könne die Stadt für die wirthschaftlichen Sünden einzelner Anwohner nicht verantwortlich gemacht werden; wenn sie auch andererseits nichts dagegen einzuwenden habe, daß die Leute in solcher Nothlage sich eine Leitung auf eigene Kosten anlegen lassen. Die städtischen Behörden könnten zur Zeit den Antrag nur ablehnen.

Herr Blasius erkennt die in der Wabestraße herrschenden traurigen Zustände als vorhanden an, kann dieselben indessen nicht auf den Mangel an Wasserleitung, sondern nur auf die Entwässerungsverhältnisse zurückführen. Die Leute hätten gewußt, daß sie in einen Sumpf bauten und mußten nun die Folgen davon tragen.



Wenn man jetzt aber noch Wasserleitung in die Straße führte, ohne eine Entwässerung vornehmen zu können, so würden die Zustände noch schlechter und wären mit denen der Friedrichstraße zu vergleichen. Vom hygienischen Standpunkte aus möchte er dringend warnen, nicht eher Wasser in eine Straße zu leiten, bis für eine rationelle Entwässerung gesorgt sei.

Die Versammlung beschließt darauf, über die Eingabe zur Tagesordnung überzugehen.

### IX. Theilortsbauplan für die Wilhelmstraße.

In Veranlassung eines von dem Pferdehändler Gottlieb Brauwers eingebrachten Antrages auf Feststellung der Baufluchtlinie für sein an der Wilhelmstraße belegenes Grundstück hat das Stadtbauamt zwecks Regulirung dieser Straße einen Ortsbauplan aufgestellt, dessen Genehmigung der Magistrat anheimgibt,

und die Versammlung beschließt, nachdem Herr Uhlde namens der Baucommission einen dahingehenden Antrag gestellt hatte.

### X. Ausbau der Rußbergstraße.

Die Stadt hat sich dem Kaufmann August Meyer gegenüber verpflichtet, die Rußbergstraße auf der Strecke zwischen Rosenstraße und der östlich von dieser projectirten Straße als Ortsstraße ausbauen zu lassen und die östlich von der Rosenstraße projectirte Verbindungsstraße zwischen Husaren- und Rußbergstraße zunächst provisorisch befestigen, nach Herrichtung des definitiven Hauptcanals auf Kosten des p. Meyer aber gleichfalls als Ortsstraße ausbauen zu lassen. Der Magistrat ersucht um Genehmigung des diejerhalb aufgenommenen Vertrages.

Bezüglich der erforderlichen Grunderwerbungen ist Folgendes zu bemerken:

1) Die Anlieger Koch, Ebers, Arnold und Brücker & Pürfürst haben von ihren an der verlängerten Rußbergstraße belegenen Grundstücken die zum Ausbau der fraglichen Straße erforderlichen Theilflächen von zusammen 6,22 a zum Einheitspreise von 7,50 M pro qm an die Stadt abgetreten.

2) Der Kaufmann Aug. Kimpau, welcher zur verlängerten Rußbergstraße, sowie zur Verbindungsstraße zwischen Rußberg- und Husarenstraße zwei Theilflächen von zusammen 1,31 a abzutreten hat, ist gleichfalls mit deren Ueberlassung an die Stadtgemeinde zum Einheitspreise von 7,50 M einverstanden. Die diejerhalb aufgenommenen Verträge werden zur Genehmigung verstellt.

3) Die zur verlängerten Rußbergstraße erforderliche, 2,75 a haltende Theilfläche des Holoff'schen Grundstückes ist bereits früher zum Einheitspreise von 7,50 M angekauft worden.

4) Der Anlieger Wollentweber fordert für die von ihm abzutretende Theilfläche zu 75 qm einen Einheitspreis von 9 M. Da dieser Preis zu hoch erscheint, hat Meyer gebeten, wegen solcher Theilfläche das Expropriationsverfahren zu beantragen, welchen Antrag der Magistrat unterstützt.

5) Wegen der von den Köper'schen und Rohde'schen Grundstücken abzutretenden Theilflächen zu 4,27 a werden weitere Anträge vorbehalten.

Die Baucommission läßt die gesammte Vorlage durch Herrn Uhde zur Annahme empfehlen und die Versammlung genehmigt dieselbe nach einigen Bemerkungen der Herren Kieke und Stadtrath Kietemeyer.

### **XI. Ausbau der Kl. Kreuzstraße.**

Die von den Anwohnern wiederholt erbetene Entwässerung und der Ausbau der Kl. Kreuzstraße wird von dem Magistrat als nothwendig anerkannt. Da indeß eine definitive Canalisation mangels eines tief liegenden Vorfluthcanals zur Zeit noch nicht ausführbar ist, so bringt der Magistrat in Vorschlag, die Straße einstweilen mit einem provisorischen Canale zu versehen, der allerdings so hoch zu liegen komme, daß die einzelnen Grundstücke mit Rückstauventilen ausgerüstet werden müssen. Da die Straße in Folge der häufigen, starken Niederschläge kaum noch passirbar war, so hat der Magistrat ihre sofortige Belegung mit einem Abzugscanale veranlaßt und ersucht, dieses Vorgehen zu billigen. Es würde nun zulässig und angängig sein, die Straße alsbald nach erfolgter Canalisation auch oberirdisch auszubauen. Die dadurch erwachsenden, zu 11 000 M veranschlagten Kosten sind schon jetzt nahezu ganz durch Cautionen gedeckt, während die Kosten für das Wasserrohr zu 974,40 M veranschlagt sind. Um den Ausbau der Straße nicht zu verzögern, ist das Wasserrohr ebenso wie der Canal bereits verlegt. Die Legung des Gasrohres ist dagegen zur Zeit noch nicht angängig, weil das Rohrnetz bis zur Kl. Kreuzstraße noch nicht ausgedehnt ist. Die Versammlung wird ersucht, den Betrag von 1700 M aus dem Neubaufonds der Canalbaucaße, die Summe von 11 000 M aus dem Neubaufonds der Stadt-Begebaucaße und den Betrag von 974,40 M aus dem Reservefonds des Gas- und Wasserwerks zu verwilligen, welchem Antrage die Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Fiedel berichtet, entspricht.

### **XII. Ankauf eines Gewächshauses an der verlängerten Thomaestraße.**

Obwohl die Verhandlungen hinsichtlich der Durchführung der verlängerten Thomaestraße mit den Anliegern noch nicht zum Abschlusse gekommen sind, empfiehlt der Magistrat doch, schon jetzt mit dem Kunstgärtner Rischbieter eine Vereinbarung

bezüglich der Entschädigung für ein in dem Straßenzuge liegendes, alsbald abzureißendes Gewächshaus zu treffen. Das fragliche Gebäude ist durch Hagelschlag erheblich beschädigt und der Eigenthümer hat sich vor Wiederherstellung desselben an den Magistrat mit dem Vorschlage gewandt, im Interesse beider Theile bereits jetzt mit ihm eine Entschädigung für den alsdann ohne Verzug auszuführenden Abbruch zu verabreden. Von der Städtischen Bauverwaltung ist der Werth des Gewächshauses auf 1230 M., der Werth des aus dem Abbruche zu gewinnenden verwendbaren Materials abzüglich der Arbeitslöhne auf 230 M., mithin die zu zahlende Entschädigung auf 1000 M. berechnet. Da eine Einigung über den Abbruch vor Ausführung einer Neuverglasung von Wichtigkeit für die Stadt ist und auch das zu gewinnende Material von Rischbieter nur in ziemlich beschränktem Umfange verwerthet werden kann, so ersucht der Magistrat, an Rischbieter, seinem Antrage gemäß, eine Entschädigung von 1100 M. zu zahlen, sobald der Abbruch des Gewächshauses zur Ausführung gelangt ist.

Die Baucommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Weber der Ansicht des Magistrates nicht anschließen können, weil sie den Werth des Hauses nach der Vernichtung des Glases nicht auf 1230 M. hat zu schätzen vermöge. Uebrigens seien die Commissionsmitglieder auch nicht mehr in der Lage gewesen, sich über den Werth des Gebäudes nach dem Augenscheine ein Urtheil zu bilden, weil dasselbe bereits abgebrochen sei. Da nun Rischbieter mit Rücksicht auf die Anlage seiner neuen, mit Centralheizung versehenen Gewächshäuser gar nicht im Sinne gehabt haben könne, dieses alte, dem Anscheine nach ziemlich werthlose Haus wieder in Stand zu setzen, so beantrage die Commission Ablehnung der Magistratsvorlage. Bei dieser Gelegenheit wolle die Commission noch die Bitte an den Magistrat richten, ihr bei derartigen Vorlagen Skizzen mit zu überweisen, damit die Commissionsmitglieder im Stande seien, sich von der wirklichen Sachlage zu überzeugen.

Herr Stadtrath Ketemeyer weist darauf hin, daß es nöthig sei, durch dieses Grundstück den Canal zu führen und der Magistrat mit Rücksicht hierauf gemeint habe, es sei richtiger, jetzt nicht nur das Recht zur Verlegung des Canals zu erlangen, weil sonst die Grundstücksbesitzer für den etwaigen Fortfall der Früchte jetzt und demnächst noch einmal entschädigt werden müßten, sondern gleich die ganzen Grundflächen zu erwerben. Die hierüber eingeleiteten Verhandlungen haben indessen nicht zu einem günstigen Ergebnisse geführt. Inzwischen sei das Dach des auf dem künftigen Straßentractus stehenden Rischbieter'schen Gewächshauses durch Hagelwetter zerstört und habe sich daraufhin Rischbieter bereit erklärt, das Gewächshaus schon jetzt auf eine andere Stelle zu verlegen, wenn ihm eine Entschädigung von 1100 M. zugebilligt werde. Der Magistrat habe nun gemeint, daß die Stadt sich bei solchem Abkommen am besten stehen würde, da sie anderen-

falls im nächsten Jahre bei dem Erwerbe des Terrains das wieder hergestellte Haus voll mit entschädigen müsse.

Herr Bültemann hebt hervor, daß er mit Herrn Weber sich an Ort und Stelle begeben habe in der Voraussetzung, daß das Gewächshaus noch stehe; sie hätten indessen nichts weiter vorgefunden als die Grundmauern, etwas verfaultes Holz und verrostete Sprossen des ehemaligen Daches. Nach seiner Ueberzeugung besitze das abgerissene Haus den geltend gemachten Werth bei Weitem nicht, da es doch nicht wieder hätte reparirt werden können und an ihm kaum noch die Grundmauern brauchbar gewesen wären.

Herr Reiche ersucht um Bewilligung der geforderten Summe, da das Haus jedenfalls noch eine Reihe von Jahren zu benutzen gewesen wäre und die ganze Angelegenheit bei Ablehnung der Vorlage nur verschleppt werde.

Herr Stadtrath Ketemeyer hält den letzteren Grund nicht für stichhaltig, weil in diesem Herbst mit der Legung des Wasserrohres nicht mehr begonnen werden würde und im Frühjahr voraussichtlich Alles geregelt sei.

Herr Rieke tritt für Ablehnung der Vorlage ein. Der Eigenthümer habe jedenfalls Wind gehabt, daß noch einmal eine Besichtigung stattfinde und sei von ihm daher das Haus bei Seite geschafft. Er habe das Haus ganz genau gekannt und wisse, daß selbst die Backsteine desselben faul gewesen seien. Man dürfe nicht schließlich Alles auf Kosten der Gesamtheit in den Kauf nehmen.

Die Vorlage wird darauf dem Commissionsantrage gemäß abgelehnt.

### XIII. Neuregelung des Nachtwachwesens.

Das städtische Nachtwachwesen hat nach der Ansicht des Magistrates in seiner gegenwärtigen Einrichtung insbesondere folgende Mängel aufzuweisen: Einmal die geringe Güte des Wächterpersonals, sodann die zu kleine Anzahl der Reviere und schließlich die Unzulänglichkeit der Controle der Wächter. Der letztere Fehler wird nach dem Vorbilde anderer Städte leicht dadurch abzustellen sein, daß besondere Nachtwachmeister oder Oberwächter angestellt werden, deren Aufgabe in erster Linie darin besteht, eine ausgiebige Controle über die Wächter während Ausübung ihres Dienstes zu führen. Die gegenwärtige Anzahl der Reviere: 12 in der Innenstadt, 5 auf den Wallpromenaden und 7 in der Außenstadt entspricht der räumlichen Ausdehnung der Stadt nicht mehr, und dürfte daher eine Vermehrung derselben am Platze sein. Am zweckmäßigsten möchte solche durch eine allgemeine Neueintheilung und zwar in der Weise vorzunehmen sein, daß alle Reviere gleich groß und zwar so groß bemessen werden, daß sie von einem Wächter bequem in 20 Minuten durchgangen werden können. Bei dieser

Grundlage würde das Revier etwa 1,25 km Straßenlänge bekommen und müßten, unter Beschränkung des Weganges auf die 65—70 km lange Strecke der bebauten Orts- und Staatsstraßen, etwa 55 bis 58 Reviere gebildet werden. Das gegenwärtige Wächterpersonal (48 Mann) würde zur Begehung dieser Reviere natürlich nicht lausreichen, und müßte dasselbe entsprechend vergrößert werden. Da der Magistrat es jedoch für überflüssig, ja für unzweckmäßig hält, die Reviere in Zukunft von zwei Wächtern begehen zu lassen, so würde nur eine verhältnißmäßig geringe Vermehrung nothwendig werden. Die Besetzung der Reviere mit nur einem Wächter hat natürlich zur Voraussetzung, daß sich die letzteren in einer solchen körperlichen und geistigen Beschaffenheit befinden, daß sie den Anforderungen des Dienstes vollauf gerecht werden können. Die zur Zeit vorhandenen Wächter genügen aber nach den gemachten Erfahrungen den nothwendig an sie zu stellenden Anforderungen nicht vollauf; ein Theil besitzt in Folge vorgerückten Alters überhaupt nicht mehr genügende Elasticität, der größere Theil aber strengt sich durch Tagesarbeit so an, daß auch er Nachts den dienstlichen Anforderungen nicht mehr eine ausreichende Frische entgegenzubringen vermag. Dieser Uebelstand ist aber hauptsächlich wohl auf den geringen und zur Ernährung einer Familie nicht ausreichenden Lohnsatz von 450 M für die Wächter der Innenstadt und 690 M für die Wächter der Außenstadt zurückzuführen, aus welchem Grunde der Magistrat eine Erhöhung dieses Lohnes unter allen Umständen für geboten hält. Dabei glaubt derselbe aber die Gegenforderung stellen zu sollen, daß die Wächter auch am Tage ihre Kräfte der Stadt widmen, daß sie also vollständig in den städtischen Dienst treten. Der Magistrat käme dadurch in der auf Erfahrung gestützten Ueberzeugung, daß der Nachtwachdienst die Kräfte eines rüstigen Mannes nicht absorbiert, in die Lage, die Nachwachmannschaften auch am Tage einige Stunden angemessen, wie mit Austragen von Steuerzetteln, mit Botengängen u., zu beschäftigen, woraus der Stadt nicht allein der Vortheil erwüchse, die Wächter in einer ihrem Lohne und ihren Kräften entsprechenden Weise beschäftigen zu können, sondern auch die Ausgaben, welche jetzt für jene Einrichtungen zu zahlen sind, in Zukunft zu ersparen. Unter Zugrundelegung eines durchschnittlichen Lohnsatzes von 925 M für die 58 Wächter und 1500 M für die 4 Nachwachmeister würden sich dann nach einem allgemeinen Ueberschlage die der Stadt durch das Nachwachwesen erwachsenden Ausgaben von 27 500 M auf etwa 62 000 M erhöhen. Berücksichtigt man jedoch die durch Uebertragung der Nebenbeschäftigung eintretende, auf vielleicht 10 000 M anzuschlagenden Ersparniß, so würden die wirklich erwachsenden Mehrausgaben nur auf rund 25 000 M zu beziffern sein. Der Magistrat hält eine derartige Mehrausgabe im Interesse des Nachwachwesens für dringend geboten und richtet an die Versammlung das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß er auf der geschilderten Grundlage mit Herzoglicher Polizei-Direction, welche im

Princip ihr Einverständniß bereits gegeben hat, die Neuregelung des Nachtwachwesens, vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung der Versammlung, vereinbare.

Die Statutencommission ist nach dem Berichte des Herrn Rudeloff mit den beabsichtigten Maßregeln vollständig einverstanden und kann die Vorlage der Versammlung nur zur Annahme empfehlen.

Herr Rieke meint, daß die Vorlage etwas spät, aber doch noch früh genug komme, zumal man ja immer von oben anzufangen pflege, und es dann länger dauere, bis man unten bei den Nachtwächtern ankomme. Immerhin sei es anerkennenswerth, daß in dieser Weise endlich vorgegangen werde. Wenn die Nachtwächter ihre Pflicht erfüllten, liege es in der Billigkeit und Gerechtigkeit, auch deren Löhne zu erhöhen, und sei auch zu hoffen, daß die in der letzteren Zeit auf diesem Gebiete vorgekommenen Calamitäten sich nicht wiederholten. Wenn er sich mit dem entwickelten Programme nun auch im großen Ganzen einverstanden erkläre, so halte er es doch für ein Unding, die Leute auch noch am Tage mit Laufereien beschäftigen zu wollen, denn einem Dienste könnten sie nur ordentlich vorstehen.

Herr Lange will auch zugestehen, daß ihm die jetzt beabsichtigte Regelung des Nachtwachwesens recht gut gefalle. Nur meine er, daß zu den 4 Nachwachmeistern noch ein Ober-Wachmeister gehöre, weshalb er wünschen möchte, einen solchen einzustellen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß die Aufsicht über das Nachtwachwesen nach wie vor von der Herzoglichen Polizei-Direction geführt werde und es daher Sache derselben sei, für das Nachtwachwesen diejenige Spitze aus ihrer Mitte zu bestimmen, welche sie selbst besitze, also höchstwahrscheinlich den Ober-Inspector.

Herr Wolff I ist über die Verbesserungen ebenfalls sehr erfreut, möchte aber doch noch ein kleines Bedenken äußern. Es sei schon gesagt worden, die Leistungsfähigkeit der Nachtwächter habe sehr darunter gelitten, daß sie darauf angewiesen gewesen seien, noch am Tage zu arbeiten. Er habe nun gewisse Bedenken, ob diese Leute, welche in der Nacht sechs Stunden zu marschiren haben, noch frisch genug sein werden, um am Tage zu größeren Botengängen benutzt werden zu können. Es liege ihm deshalb daran, zu erfahren, in welchem Umfange man die Wächter am Tage noch anzustrengen beabsichtige.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß der Nachwachdienst nach den gemachten Erfahrungen und nach den von Herzoglicher Polizei-Direction eingegangenen Mittheilungen nicht so anstrengend sei, um jedwede Möglichkeit, die Wächter zur Tageszeit mit leichteren Arbeiten zu beschäftigen, auszuschließen. Es liege durchaus nicht in der Absicht, die demnächstigen Nachtwächter noch mit umfangreichen Arbeiten am Tage zu beschäftigen, sondern man habe sich im

Magistrate ein Bild gemacht dahin gehend, daß die Wächter im Durchschnitt nicht länger als 1 bis 1½ Stunden durch leichte Arbeiten, als Botengänge u., in Anspruch zu nehmen sein würden. Eine solche Arbeit könne aber jeder rüstige Mann, der Nachts gearbeitet habe, noch leisten.

Herr Ramdohr will seinem Bedauern Ausdruck geben, daß es nicht gelungen sei, auch die Oberleitung des Nachtwachwesens einem städtischen Beamten zu übertragen, da er alle diejenigen Gemeinden beneide, welche ihre städtischen Angelegenheiten selbstständig und ohne Aufsicht der Staatsbehörden verwalten. Sodann bitte er den Magistrat, in Erwägung zu ziehen, ob nicht Controluhren zu verwenden seien, auch halte er es für nothwendig, die Wächter mit Pfeifen zu versehen, damit sie sich im Nothfalle gegenseitig zu Hilfe rufen könnten.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß beide Punkte in den bisherigen Verhandlungen bereits berücksichtigt seien und auch demnächst beibehalten werden.

Die Magistratsvorlage gelangt hierauf zur Annahme.

#### XIV Erwerb einer schmalen Fläche am Sandwege.

Behufs Durchführung der von der Versammlung am 21. Mai d. Js. (Seite 233/4 des Prot.) beschlossenen und nunmehr auch von dem Herzoglichen Staats-Ministerium genehmigten anderweiten Baulinie am Sandwege ist der Erwerb eines 100 m großen, von der Promenade abzuschneidenden schmalen Terrainstreifens erforderlich. Das Herzogliche Staats-Ministerium ist unter Zustimmung des Ausschusses der Landes-Versammlung bereit, diesen Streifen zum Preise von 100 M an die Stadt aufzulassen und empfiehlt der Magistrat, den Erwerb zu genehmigen, was geschieht, nachdem Herr Halle namens der Statutencommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

#### XV. Die Verkürzung der Messen.

Der von der Commission zur Berathung der Messangelegenheit verfaßte und in der Versammlung vom 1. Juli d. Js. (Seite 280 des Prot.) angekündigte Bericht über die Zweckmäßigkeit der Beibehaltung oder der Verkürzung der hiesigen Messen ist inzwischen vervielfältigt und an die Mitglieder vertheilt worden.

Dem von Herrn Natalis verfaßten Berichte ist zu entnehmen, daß zu der Commission noch 7 Herren aus der Geschäftswelt eingeladen waren, von denen einer die Theilnahme abgelehnt hat. Drei dieser Herren (2 Kaufleute und 1 Gastwirth) sprachen gegen Verkürzung, zwei (1 Kaufmann und 1 Hotelbesitzer) für dieselbe, während ein Vertreter der Lederbranche der Verkürzung zustimmte, sofern der Schustermontag beibehalten würde. Die Commission hat dann ferner einige sechzig Personen, welche an dem Meßverkehr ein besonderes Interesse haben,

ausgewählt, um bei ihnen durch einzelne Commissionsmitglieder in officiöser Weise Umfrage zu halten. Dieselbe hat ergeben, daß eine geringe Mehrheit für Verkürzung sich ausgesprochen hat. In der Debatte über den Gegenstand wurde die Frage einer Verkürzung auf fünf Tage, von Freitag bis Dienstag mit Beibehaltung der Meß-Sonn- und Montage aufgestellt. Unter genauer Darlegung der in der Commissionsberathung für und gegen die Verkürzung im Einzelnen geltend gemachten Gründe, kommt der Bericht zu folgendem Ergebnisse: Es erklären sich gegen eine Verkürzung der Meßdauer auf fünf Tage: eine beschränkte Anzahl Großhändler; mehrere Handwerker, welche auf den Messen feilhalten; ein großer Theil der Gastwirth und Restaurateure zweiten und dritten Ranges, von denen einige behaupten, solche Schädigung gewärtigen zu dürfen, daß ihre Existenz gefährdet würde; ferner diejenigen Einwohner, welche Zimmer an Meßfremde vermietthen; auch die auf der Messe ausstehenden Bäcker von Honigkuchen und Conditorenwaaren; ein Theil der Budenbesitzer und schließlich diejenigen, welche die Messen als Zeitvertreib und Veranlassung zu Vergnügungen betrachten und die Klänge der Meßmusiken nicht entbehren mögen. — Kein Interesse an der Frage zu haben erklären die Producenten und Verkäufer von Nahrungsmitteln, als Bäcker, Fleischer u. s. w. — Für die Abkürzung der Meßdauer erklären sich: der überwiegend größte Theil des gesammten Handelsstandes, die Industrie, der Großbetrieb und ganz besonders die Detailgeschäfte; der größte Theil der Handwerker, besonders diejenigen, welche keinen Stand auf der Messe innehaben; diejenigen Anwohner und Hausbesitzer der Meßgegend, welche nicht Budenbesitzer sind; die meisten Inhaber der Hotels; ferner alle diejenigen Bewohner, welche in ihrem Berufe unter den Verkehrshemmnissen der Messe zu leiden haben und endlich das allgemeine Interesse der sich immer mehr zur Großstadt ausbildenden Stadt Braunschweig, welche bestrebt ist, mit schweren Opfern alle dem Verkehre entgegenstehenden Schranken zu beseitigen, enge Straßen zu erweitern, in dicht bebauten Theilen der Innenstadt neue breite Verbindungen zu schaffen und deren Aufgabe es ist, nach Möglichkeit die Veranlassungen zu Unfällen und Schäden zu beseitigen.

Hiernach kommt die Commission zu dem Antrage:

„Die Versammlung möge Beschluß fassen darüber, ob eine Verkürzung der Meßdauer auf fünf Tage vom Freitag bis Dienstag unter Verlegung der Meßsonntage und Meßmontage auf die vorhergehende Woche, so daß die Meßmontage mit den bestehenden Schustermontagen zusammenfallen, im Interesse der Gesamtheit der Bürgerschaft liegt oder nicht und

solchen Beschluß dem Herzoglichen Staats-Ministerium zur Kenntniß zu bringen mit dem Ersuchen um geneigte Berücksichtigung“.



Gelegentlich der Commissionsberathung sind verschiedene, die Messen betreffende allgemeine Wünsche zur Sprache gebracht, von welchen in dem Berichte die folgenden hervorgehoben sind:

- 1) Ein rascherer Aufbau und Abbruch der Buden, was in je einem Tage sehr wohl zu ermöglichen wäre; in einigen Städten geschieht diese Arbeit sogar während der Nachtstunden.
- 2) Eine bessere Instandsetzung derjenigen Buden, die oft in wirklich kläglichem ruinenhaften Zustande der Stadt nicht zur Zierde gereichen zumal auf dem schönen Altstadtmarkte einen unwürdigen Eindruck machen; schon hygienische Rücksichten erfordern gebieterisch Besserung.
- 3) Eine Herabsetzung der Miete für die fiscalischen Buden, welche nach mehrseitiger Auskunft eigenthümlicher Weise von Seiten der Herzoglichen Steuerdirection in den letzten Jahren noch erhöht sein soll.
- 4) Eine strengere polizeiliche Beaufsichtigung des Treibens auf den Messen, besonders in den Abendstunden.

Der Herr Vorsitzende richtet zunächst an den Vorsitzenden der Sondercommission, Herrn Natalis, die Anfrage, ob er den Ausführungen des Berichtes noch etwas hinzuzufügen habe.

Herr Natalis: Die Vorgeschichte der uns hier beschäftigenden Frage ist so allgemein bekannt, daß ich darauf nicht näher einzugehen brauche. Wie aus dem Berichte selbst hervorgeht, ist derselbe in seinem Wortlaute von den Commissionsmitgliedern unter Berücksichtigung der verschiedenen zu Tage getretenen Ansichten festgesetzt. Da hiernach der Wortlaut des Berichtes allein maßgebend ist, so bin ich nicht in der Lage, demselben noch etwas hinzuzufügen.

Herr Meyer (Commissionsmitglied): Aus der Darlegung des Herrn Referenten werden Sie entnommen haben, in welcher Weise die Commission der Meßfrage näher getreten ist. Wenn ich mir erlaube, hierzu das Wort zu nehmen, so folge ich zunächst einer mich zwingenden Pflicht als gewählter Vertreter des Wilhelmi- und Hohethor-Districts, also desjenigen Bezirks, in welchem die Messen abgehalten werden, um den mir kundgegebenen Wünschen der Bewohner der Meßgegend hier Ausdruck zu geben. Diese Wünsche gipfeln darin, die Messen in ihrem jetzigen Bestande mit der gleichen Zeitdauer zu belassen. Die Bewohner jener Gegend erblicken in der Verkürzung der Messen geradezu einen Todesstich für dieselben und hegen demnach die Befürchtung, daß das Eingehen der Messen die nächste Folge der Verkürzung und zwar binnen kürzester Frist sein würde. Der Nachtheil, welcher diese Gegend bestimmt treffen würde, und der sowohl in dem Wegfalle von directem Nutzen, als auch in der Entwerthung der Grundstücke bestehe, ist mir von den ver-

schiedensten Seiten mit so bitteren Gefühlen geschildert worden, daß ich mich für verpflichtet gehalten habe, dieses hier zur Sprache zu bringen und Ihrer Erwägung zu empfehlen.

Die letzten 55 Jahre haben uns die Ausbreitung und Anwendung der Dampfkraft, sowie die Erbauung der Schienenwege in ungeahnter Ausdehnung gebracht, diesen Erfindungen ist in späteren Jahren noch die Nutzung der Elektrizität hinzugetreten und damit sind eine Menge Communicationsmittel geschaffen, welche die ursprüngliche Bedeutung der Messen allerdings haben hinfällig werden lassen. Wollte man daher die Frage der Messenverkürzung von dem einseitigen Standpunkte des Mess-Engroshandels aus beurtheilen, so hätte man vollkommen Recht zu sagen: Die Messen sind überflüssig geworden, sie können von der Bildfläche verschwinden. Wie hier, sind aber in allen deutschen Städten, in welchen Messen abgehalten werden, die gleichen Verhältnisse in die Erscheinung getreten. Denkt aber auch nur eine dieser Städte daran, ihre Messen einzuschränken oder aufzuheben? In der richtigen Erkenntniß, daß diese Schöpfung gewissermaßen den Engroshandel brach gelegt, dagegen den Kleinverkehr gehoben und dem Kleingewerbe Verdienst gebracht hat, denkt anderwärts Niemand an eine Aufhebung oder Einschränkung der Messen, sondern es sind andere Städte sogar bestrebt, die Messen noch weiter auszudehnen. Ich meine auch, wenn es unsere Aufgabe ist, mitzuwirken, daß der Verkehr unserer Stadt nicht allein erhalten, sondern daß derselbe sogar vergrößert werde, so ist es mir geradezu unerfindlich, daß man einen einmal existirenden Verkehr einschränken und für ewige Zeiten ruiniren will. Ich führe Ihnen kein statistisches zahlenmäßiges Material vor, sondern ich beziehe mich auf diejenigen Beobachtungen, die Sie auch selbst gemacht haben müssen und ich kann darnach konstatiren, daß namentlich in der letzten Messe der Verkehr an vier Tagen (Friederichs- und Montag, sowie Messonntag und Montag) ein außerordentlicher und selbst an den Zwischentagen ein sehr lebhafter gewesen ist. Gerade in diesem Jahre habe ich die Verhältnisse ganz scharf beobachtet und bin auf Grund der mir gewordenen Informationen und der von mir gemachten Beobachtungen dahin gekommen, für Beibehaltung der Messen in derselben Zeitdauer zu stimmen und Ihnen zu empfehlen, dasselbe zu thun.

Vorsitzender: Es hat sich in dieser Sache noch eine lakonische Stimme laut werden lassen, indem uns ein Zeitungsausschnitt folgenden Inhalts übersandt ist:

„Göttingen, 20. August. Vor einiger Zeit beschlossen unsere städtischen Collegien, die hier noch bestehenden beiden Jahrmärkte für immer aufzuheben. Jetzt hat dieser Beschluß nun die Genehmigung der betreffenden Behörde erhalten. Daß dadurch eine nicht mehr zeitgemäße Einrichtung beseitigt wird, hat in der hiesigen Bürgerschaft und vor Allem bei unseren Geschäftsleuten allgemeinen Beifall gefunden.“

Ich werde diesen Ausschnitt zu den Acten nehmen.

Herr R a m d o h r: Die zur Vorberathung der hier vorliegenden Frage erwählte Commission hat sich aus den Kreisen der Geschäftswelt verstärkt und sie hat auch die Ansichten weiterer Kreise eingeholt — dies lag ja wohl nahe und mochte auch richtig sein — man konnte sich dann aber auch, wenn man so Viele fragte, vorher- sagen, daß es nicht möglich sein werde, uns hier einen bündigen Vorschlag in der einen oder anderen Richtung für unsere Abstimmung zu machen. Die Commission hat sich denn auch darauf beschränkt, schätzbares Material zusammenzutragen und die Frage für uns zu formuliren. Wir können uns eine derartige Beschränkung nicht auferlegen; unserer Bestimmung und unserer Geschäftsordnung gemäß müssen wir durch Abstimmung zu einem Beschlusse kommen, auch dann, wenn es für einen großen Theil von uns vielleicht keine willkommene Aufgabe sein sollte, gerade über diesen Gegenstand ein Votum abzugeben. Aber noch in anderer Beziehung weicht unsere Aufgabe von der ab, die sich die Commission gestellt hat, wir können nicht die Interessen der verschiedenen Interessentenkreise gegen einander abwägen; wir als Vertreter der Gesamtheit der Braunschweiger Bürgerschaft können unser Urtheil nur abgeben von einem Gesichtspunkte aus, nämlich dem des Interesses der Gesamtheit der Bewohner, also der ganzen Stadt. Und von diesem Gesichtspunkte aus will ich mir erlauben, Ihnen meine Ansicht mitzutheilen. —

Wollen wir uns ein klares Urtheil bilden über die Bedeutung und den Werth der Messen, wie sie heute sind, so können wir nicht umhin, auf die geschichtliche Entwicklung unserer Messen etwas näher einzugehen. Ich sehe davon ab, auf frühere Jahrhunderte zurückzugehen, das würde zu weit führen, es ist ja auch allgemein bekannt, von wie außerordentlicher Bedeutung die großen Messen früher für die Messplätze und deren Umgebung waren, ebenso bekannt ist aber auch, daß von einer auch nur annähernd ähnlichen Bedeutung derselben heutzutage längst nicht mehr die Rede sein kann. Es wird sich aber empfehlen, wenigstens einige Jahrzehnte in der Erinnerung zurückzugehen, vielleicht bis in die Zeit unserer Jugend, und den Maßstab der damaligen Messen an unsere heutigen Messen anzulegen.

Wollen wir uns ein deutliches Bild von den damaligen Messen machen, so müssen wir dieselben von drei Seiten aus betrachten und zwar 1) in Bezug auf die eigentliche Handelsmesse, also den Großhandel, 2) in Bezug auf die mit der Messe verbundenen Freiheiten und 3) in Bezug auf den damit verbundenen Jahrmakkt und Alles, was hiermit zusammenhängt.

Noch in der Zeit unserer Jugend wurden unsere Messen von sehr zahlreichen und sehr angesehenen Fabrikanten und Großkaufleuten besucht, welche ihre Waaren hier einführten, um sie in gemietheten Messgewölben zum directen Verkaufe an die Zwischenhändler aufzulegen; es wurden damals Rauchwaaren, Tuche und andere Gewebe, Leder und manche andere Erzeugnisse des Gewerbefleißes in ziemlich be-

deutenden Mengen hier regelmäßig zur Messe eingeführt. Ferner wurden unsere Messen von solchen Fabrikanten und Großhändlern besucht, welche nach Mustern verkauften, oder welche ihre Geschäftsbeziehungen hier auffrischen und befestigen wollten, oder die neue Geschäftsverbindungen anzuknüpfen strebten, und auch von solchen, welche die in früheren Messen hier gemachten Geschäfte abzuwickeln hatten. Denn auch die Einkäufer kamen damals regelmäßig hier zur Messe, und die letzteren waren, wie Sie sich erinnern wollen, damals auch noch Zahltermine und zwar nicht nur für die von auswärts nach hier kommende, sondern auch für die hiesige Geschäftswelt. Um bei diesen Zahlgeschäften nun zur Hand zu sein und zu verdienen, waren zu der Zeit, von der ich rede, auch noch regelmäßig fremde Geldwechsler hier zur Messe anwesend. Schon aus dieser flüchtigen Skizze können wir ersehen, daß noch vor wenigen Jahrzehnten unsere Engrosmessen von ziemlicher Bedeutung waren; und doch wickelte sich schon damals das ganze Engrosgeschäft innerhalb weniger Tage vor Eröffnung der eigentlichen Messe, — was wir jetzt wenigstens unter Messe verstehen — ab. Wie sieht es nun heute mit diesem Theile der Messe aus? Abgesehen von der Ledermesse ist er nahezu ganz verschwunden oder wenigstens auf ein ganz geringes Minimum herabgesunken. Und könnte es denn anders sein? Mit den zunehmenden Verkehrserleichterungen mußten diese Verhältnisse sich ja ändern, und sie haben sich, nicht nur hier, denn auch gründlich geändert. Heute werden alle Städte bis auf die kleinsten herab, ja auch Flecken und Dörfer, von unzähligen Geschäftsreisenden regelmäßig besucht, welche den persönlichen Einkauf der Zwischenhändler auf Messen ganz überflüssig machen; zudem sind infolge der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit in den größeren Städten so viele Großhandlungen entstanden, daß Gelegenheit zum Einkaufe Jahr aus Jahr ein weit mehr vorhanden ist als Bedarf. Die von gewisser Bedeutung allein noch übrig gebliebene Ledermesse hat auch sehr gelitten, hauptsächlich wohl durch die Concurrenz von Hannover, wo kurze Zeit vor unseren Messen auch Ledermessen stattfinden, vielleicht auch aus anderen Gründen; übrigens wickelte sich aber das Ledergeschäft schon früher in höchstens zwei Tagen hier ab; dieser Zeitraum dürfte also jetzt umsomehr für diesen Zweig der Messe genügen, als derselbe gegen früher zurückgegangen ist. Meiner Ueberzeugung nach kann also Niemand behaupten, daß der Engrosmesse wegen die unbeschränkte Fortdauer unserer Messen in ihrer jetzigen Ausdehnung erforderlich sei.

Ich komme nun auf die Meßfreiheiten, welche heute ja so ziemlich vergessen sind, welche früher aber doch von großer Bedeutung waren. Sie wollen sich daran erinnern, daß vor Eintritt der Gewerbefreiheit die Gründung neuer Geschäfte sehr erschwert war, daß infolge dessen die bestehenden Geschäfte verhältnißmäßig wenig Concurrenz zu fürchten hatten, daß sie es sich bequem machten und daß das kaufende Publicum, ob mit Recht oder Unrecht will ich dahin gestellt sein lassen,

wenigstens glaubte, von den ständigen Platzgeschäften nicht immer so bedient zu werden, wie es meinte beanspruchen zu können. Denn nur hieraus ist die alte Gewohnheit eines großen Theils des kaufenden Publicums zu erklären, für ihre Einkäufe die Messen abzuwarten. Während der Messzeiten konnte hier Jedermann gegen Entrichtung der Messabgabe feilhalten was er wollte, und so bildeten die Messen in der That zu jener Zeit eine gewisse Ergänzung des Platzgeschäfts, sie füllten Lücken aus, welche — wenigstens in der Meinung des kaufenden Publicums — damals hier vorhanden waren. Noch bis in das siebente Jahrzehnt unseres Jahrhunderts hinein durften hier Schaustellungen irgend welcher Art nicht stattfinden mit Ausnahme der Messzeit; nur in Folge der Messfreiheit hatten wir Gelegenheit, abgesehen von den Vorstellungen des Herzoglichen Hoftheaters, hier andere Aufführungen und Vorstellungen zu genießen, und zwar von Sommertheater, Circus, Menagerie und derartigen Veranstaltungen bis herab zur Straßemusik und Bierstubengymnastik. Man mag nun über diese Genüsse an sich denken wie man will, so bildeten sie doch zu jener Zeit einen nicht ganz unwesentlichen Theil unserer Messen und zogen viele Fremde an. Nur der Vollständigkeit wegen will ich auch noch des Hausirhandels erwähnen, der damals — abgesehen von Wochenmarktsartikeln — nur während der Messzeit hier geduldet wurde. Heute sind diese Freiheiten ganz gegenstandslos geworden; die Messfreiheit besteht zwar noch, aber sie hat keine Bedeutung mehr, weil die gesetzlichen Beschränkungen nicht mehr existiren, denen sie periodisch abhalf. Heute kann Jeder ein Geschäft gründen, welches er will; die freie Concurrrenz kommt dem Publicum zu Statten. Niemand braucht mehr die Messen abzuwarten, um sich den Vortheil größerer Auswahl oder billigerer Preise zu verschaffen. Und Schaustellungen giebt es das ganze Jahr hindurch der verschiedensten Art; man braucht keine Messreisen mehr zu machen, um sich einmal etwas Anderes vorführen zu lassen, als was das Herzogliche Hoftheater bietet. Und die Hausirer gehen Tag für Tag von Haus zu Haus und sind uns lästig genug geworden. Die Messfreiheit ist also völlig illusorisch; wir haben so zu sagen ununterbrochen Messe. Der Bericht der Commission erwähnt der Messfreiheit auch nur in einem Punkte, indem er der Hoffnung Ausdruck giebt, daß es gelingen möge, den offenen Verkauf während des Gottesdienstes an den Messsonntagen auch künftig gestattet zu sehen. Dies ist natürlich im Verhältnisse zu der hier vorliegenden Frage ein Punkt von ganz untergeordneter Bedeutung.

Wenn ich nun zu dem dritten Theile übergehe und dem Jahrmarkte einige Augenblicke widme, so werden Sie aus meinem bisherigen Vortrage bereits ersehen haben, daß nach meiner Ansicht dieser Theil unserer Messen eigentlich der allein übrig gebliebene Theil ist, und in der That, wenn Sie den Verhandlungen gefolgt sind, welche in jüngster Zeit über die Messen vielfach stattgefunden haben, so werden Sie wie ich den Eindruck gewonnen haben, daß selbst die Freunde der

Messe, diejenigen, welche deren unbeschränkte Fortdauer für nöthig halten, auch nur diesen Theil der Messen noch kennen und berücksichtigen; über die anderen von mir berührten Gesichtspunkte ist man schon so ziemlich zur Tagesordnung übergegangen. Ist denn dieser Jahrmarkt in der That so viel werth, daß die mit der Messe verbundenen Nachtheile dadurch aufgewogen werden? Als den wichtigsten Theil desselben muß man doch wohl den Viehmarkt ansehen; dieser spielt sich aber naturgemäß an einem Tage ab und würde auch zu jeder anderen Zeit als der Meßzeit seine Bedeutung haben; wir können ihn deshalb außer Betracht lassen. Was bleibt denn nun noch von den ganzen Messen übrig? Der Krammarkt mit seiner Anziehungskraft aus alter Gewohnheit; einem Bedürfniß des Publicums hilft derselbe nicht mehr ab; ist er denn nun überhaupt noch von Werth für die Gesamtheit der Bewohner Braunschweigs? Führt er der Stadt mehr Geld zu, als er mitnimmt, oder ist das Umgekehrte der Fall? Ist er thatsächlich im Stande, mehr als es das regelmäßige Geschäftsleben der Großstadt von 100 000 Einwohnern vermag, uns den Besuch der Umwohnenden zuzuführen? Um auch wenigstens an einem Beispiele zu zeigen, von wie weit größerer Bedeutung auch der Kleinhandel früher auf der Messe war, will ich Ihnen erzählen, daß noch mein Vater, ob schon als selbständiger Geschäftsmann oder noch im Dienste seines Vorgängers, kann ich nicht mehr entscheiden, vor etwa 60 bis 65 Jahren während der Messen in einer Bude auf dem Altstadtmarke als Kunsthändler ausstand und Kupferstiche verkaufte. Diese an sich unbedeutende Thatsache gewinnt an Gewicht, wenn Sie bedenken, daß es zu jener Zeit nur werthvolle Kupferstiche, Radirungen und ähnliche Kunstblätter gab, daß aber gewöhnlichere Gemäldereproductionen, wie sie heute in den verschiedensten Vervielfältigungsarten, in allen Größen und zu allen selbst den ganz geringsten Preisen die Welt überschwemmen, damals noch gänzlich unbekannt waren. Und so dürfte diese Thatsache immerhin einen Rückschluß gestatten auf die Qualität der damaligen Messfremden, wenigstens eines Theils derselben. Im Uebrigen will ich auf die von mir aufgeworfenen Fragen nicht näher eingehen, der Commissionsbericht enthält darüber ja Manches; nur meine Ueberzeugung will ich dahin aussprechen, daß dieser Krammarkt, wie er seit Jahren schon zurückgegangen ist, auch von Jahr zu Jahr weiter zurückgehen wird, und daß die Zeit nicht mehr allzu fern sein dürfte, wo er von selbst aus Mangel an Theilnahme gänzlich aufhören wird. Nun könnte man ja sagen, man möge diese Zeit doch abwarten und bis dahin der Sache ihren Lauf lassen. Dies wäre richtig, wenn nicht doch gewichtige Gründe für eine Aufhebung oder wenigstens Abkürzung der Messen vorlägen. Diese Gründe liegen für mich 1) in der Schädigung der Platzgeschäfte durch die fremden Marktverkäufer, 2) in den Gefahren und Störungen des Verkehrs während der Messen und 3) in den mancherlei Belästigungen, denen wir während der Messen ausgesetzt sind.

Ueber den ersten Punkt will ich mich nicht eingehender auslassen; ich kann in dieser Beziehung auf den Commissionsbericht verweisen. Nur würde ich es nicht begreifen, wenn man heutzutage, wo dem Klein- und Zwischenhandel von allen Seiten die größten Schwierigkeiten sich entgegen thürmen, wie beispielsweise durch die Eröffnung riesiger Centralgeschäfte in den Weltstädten, durch Gründung von Consumvereinen für alle möglichen Stände und Berufsklassen, durch Wanderläger, Auktionen, Abzahlungsgeschäfte, durch den ausgebreiteten Hausirhandel und dergleichen, es aus alter Gewohnheit noch für nöthig halten sollte, dem ansässigen Zwischenhandel auch noch die künstliche, völlig uncontrolirbare Concurrenz fremder Marktv Verkäufer dauernd aufzuerlegen.

Die Verkehrsstörungen während der Messen sind in der That ganz erheblich; gerade in den lebhaftesten Straßen wie auf den lebhaftesten Plätzen wird der Verkehr eingeengt durch doppelte Reihen von Verkaufsbuden; der Straßenbahnbetrieb muß dieser Verkaufsbuden wegen zeitweilig unterbrochen werden. Dann darf man doch auch die Feuergefährlichkeit nicht unterschätzen, welche gerade diese Verkaufsbuden namentlich während der Wintermessen für die Stadt enthalten; sind wir auch bis jetzt glücklicherweise davon verschont geblieben, so droht doch das Unglück einer großen Feuersbrunst während der Messen zu jeder Stunde. Ich komme nun zu den Belästigungen. Die Straßenmusik, unter der wir früher viel zu leiden hatten, ist ja seit längerer Zeit bereits mehr und mehr eingeschränkt, so daß dieselbe unerörtert bleiben mag; es bleibt noch genug zu erwähnen übrig; ich erinnere nur an die Nachfrage nach alten Kleidern, die uns bis in die Häuser verfolgt und uns überaus lästig wird, an den Zuzug so mancher dunklen Existenzen, an den während der Messen sich besonders häufenden Hausirhandel, der häufig nur als Deckmantel der Bettellei dient, an die Gefahr der Einschleppung ansteckender Krankheiten, an die unvermeidliche Anhäufung von Schmutz auf den Messplätzen u. A. m.

Ich fasse meine Meinung nochmals kurz zusammen: Die Messen als solche haben ihren Werth verloren, auch die Jahrmärkte haben längst nicht mehr die Bedeutung früherer Zeiten; wichtige Gründe zur Erhaltung der Messen oder aber mindestens zur unbeschränkten Fortdauer der jetzigen Messzeit liegen nicht vor. In Rücksicht auf den geringen Werth unserer Messen einerseits, in Rücksicht andererseits auf die Schädigungen und Gefahren, Störungen und Belästigungen, welche mit den Messen verbunden sind, halte ich deren Einschränkung auf die Dauer von wenigen Tagen für ein erstrebenswerthes Ziel. In diesem Sinne bitte ich Ihr Votum abgeben zu wollen. Gleichzeitig stelle ich den von der Commission bereits in folgender Fassung formulirten Antrag:

„Die Versammlung möge Beschluß fassen darüber, daß eine Verkürzung der Messdauer auf fünf Tage vom Freitag bis Dinstag unter Verlegung

der Messsonntage und Messmontage auf die vorhergehende Woche, so daß die Messmontage mit den bestehenden Schustermontagen zusammenfallen, im Interesse der Gesamtheit der Bürgerschaft liegt und den Stadt-Magistrat ersuchen, solchen Beschluß dem Herzoglichen Staats-Ministerium mit dem Ersuchen um geneigte Berücksichtigung, zur Kenntniß zu bringen.“

Herr Halle (Commissionsmitglied): Herr Ramdohr hat Ihnen die Sache in so ausführlicher Weise vorgetragen, daß ich unterlassen kann, noch näher darauf einzugehen. Ich schließe mich diesen Ansführungen an und möchte bitten, den Antrag desselben anzunehmen.

Herr Hauswaldt: Ich bin ganz entschieden gegentheiliger Meinung. Wenn man den Bericht durchgelesen und aus demselben entnommen hat, daß nur eine geringe Majorität für die Verkürzung gesprochen hat, dann wundert man sich über den Mangel an Objectivität in diesem Berichte. Offenbar ist derselbe in dem Wunsche geschrieben, die Messen „caput“ zu machen. Der Mangel an Objectivität in dem Berichte darf uns indessen nicht abhalten, demselben gegenüber eine andere Stellung einzunehmen. Jedenfalls ist es eine wunderbare Art und Weise, einen Bericht derartig abzufassen, daß man diejenigen Leute, welche aus wohlüberlegten Gründen gegen eine Verkürzung sprechen, komisch macht, indem man schreibt, daß sie die Klänge der Messmusik nicht entbehren können, und weiter macht es einen wunderbaren Eindruck, wenn der Herr Referent im Namen des allgemeinen Interesses spricht und sagt: die und die Leute erklären sich für die Verkürzung und schließlich noch das allgemeine Interesse. Dieses ist aber sehr schwer controlirbar und kann nicht vor die Commission gefordert werden. Wir ist von verschiedenen Seiten mitgetheilt worden, daß das allgemeine Interesse dringend fordere, die Messen in ihrer bisherigen Ausdehnung zu belassen. Auf die Frage: haben wir und unsere Stadt ein dringendes brennendes Interesse daran, die Messen abzukürzen, muß ich nach dem Inhalte des Berichtes sagen: durchaus nicht. Unsere Stadt leidet durch die Messen mit uns an vielen Unannehmlichkeiten, aber trotzdem liegt ein wirklich schwerwiegendes Interesse, die Messen abzuschaffen, nicht vor; denn Sie werden mir Recht geben, daß die Unannehmlichkeiten und die Brandgefahr gar nicht so bedeutend sind; wie ich glaube, ist in den letzten hundert Jahren kein einziger Brand von Bedeutung vorgekommen. Jedenfalls liegt bei unserer ausgezeichneten Feuerwehr kein Grund vor, die Messen deshalb abzuschaffen.

Mit der Concurrenz auf der Messe sieht es auch nicht so schlimm aus, denn es stehen nicht nur fremde Geschäftsleute auf der Messe aus, sondern zum größten Theile unsere eigenen, welche in hiesigen Geschäften minderwerthige Waaren aufkaufen und solche auf der Messe wieder abzusetzen suchen. Sie werden durch Auf-





lassen, sind der Messsonntag und Messmontag, denn selbst der Leder Sonntag und Ledermontag treten wesentlich dahinter zurück. Werden diese vier Tage auf zwei vereinigt, so bin ich überzeugt, daß wir uns ohne große Schädigung eine wesentliche Entlastung schaffen. Ich muß auch noch darauf, daß in allen den Städten, welche Messen besitzen, für die Beibehaltung derselben eingetreten werde, entgegen, daß es in den Städten Magdeburg und Cassel mit ihren kleineren, Leipzig und Frankfurt a. O. mit ihren größeren Messen allerdings Leute giebt, welche für deren Beibehaltung eintreten, daß man indessen in allen diesen Städten ernstlich darauf Bedacht nimmt, die Messen abzukürzen. Ich glaube aber, daß diese Bestrebungen die richtigen sind und möchte daher dem Antrage des Herrn Ramdohr beistimmen.

Herr Rudeloff: Ich kann nicht verstehen, wie Herr Hauswaldt als Mitglied des Handelsstandes sich für den Fortbestand der Messen erwärmen kann, die doch nur noch ein reines Zerrbild, eine Caricatur des Handels zu nennen sind. Man muß sich auf den Standpunkt stellen, daß reelle Bestrebungen zu unterstützen sind, aber man darf nicht Handelsgelegenheiten Vorschub leisten, mittelst deren minderwerthige Waaren auf den Markt geworfen werden, um andere Leute damit anzuführen. Hauptsächlich werden hierbei die kleinen Leute betrogen, welche wenig Geld anwenden wollen und dafür dann schlechte Waaren bekommen. Im Uebrigen beziehe ich mich auf die Ausführungen der Herren Ramdohr und Sievers und möchte dringend anheimgeben, den Antrag Ramdohr anzunehmen.

Herr Meyer: Ich will noch hervorheben, daß ich nicht gesagt habe, der Verkehr sei nur an den vier Haupttagen ein lebhafter gewesen, sondern daß ich besonders betont habe, der Verkehr auf der letzten Messe sei an diesen Tagen ein ganz bedeutender und an den Zwischentagen noch ein lebhafter zu nennen gewesen. Außerdem habe ich mich auch in Bezug auf den Meß-Engroßhandel klar ausgesprochen und bin in dieser Beziehung ganz der Ansicht des Herrn Ramdohr. Indessen müssen wir den heutigen, durch die Communicationsmittel total geänderten Verhältnissen Rechnung tragen. Mit der Abkürzung der Messen würden Sie in die Existenzen des mittleren und kleineren Gewerbes furchtbar eingreifen und will ich in dieser Beziehung nur einen Fall erwähnen. Ein Gewerbetreibender aus dem Hagen unterhält in der Poststraße eine Bude, in welcher er an den vier Haupttagen der Messe einen Umsatz von je 500—700 M. macht, während sein Umsatz an sämtlichen 22 Tagen der beiden Messen sich auf 6000—7000 M. beläuft. Dieser Mann würde also durch Abkürzung oder Aufhebung der Messen ganz erheblich geschädigt werden. Wenn solche Fälle auch nur bei wenigen unserer Mitbürger vorkommen, so dürfen wir doch bei den traurigen Handelsverhältnissen hier nicht eingreifen und die Existenzen erschweren oder vernichten.

Herr Halle: Ich habe selbst während vieler Jahre die Messen mitgemacht und mein Vater und Großvater haben wohl seit hundert Jahren auf denselben einen Stand gehabt, aber ich habe die auf Erfahrung gestützte Ueberzeugung gewonnen, daß die Messen von Jahr zu Jahr an Bedeutung verloren haben. Die Messen sind immer kürzer geworden und es wurde die letzte Verkürzung sogar auf Antrag der Verkäufer selbst vorgenommen. Wenn Sie aber in den reellen Meßgeschäften Nachfrage halten wollen, so werden Sie hören, daß man dort eine weitere Abkürzung mit Freuden begrüßen würde. Bedenken Sie, daß die Verkäufer außer den beiden Sonn- und Montagen in ihren Buden sitzen und nichts verkaufen, dazu aber an jedem Tage Unkosten für Logis &c. haben. Wenn Herr Hauswaldt mit den Verhältnissen etwas vertrauter wäre, würde er wohl anders darüber geurtheilt haben. Der Behauptung gegenüber, daß die Fremden keine Schädigung auf die hiesigen Geschäfte ausüben, muß ich bemerken, daß es eine ganze Masse hiesiger Geschäfte giebt, welche während der Meßzeit gar nichts verkaufen. Ganze Artikel liegen brach und zwar nicht nur während, sondern auch noch 4 Wochen vor und nach der Messe. Ich bin mit Herrn Ramdohr der festen Ueberzeugung, daß die Messe durch eine Abkürzung nicht aufgehoben wird, sondern nur gewinnen kann und wir schaffen uns die Last der verkehrshemmenden Buden auf  $2 \times 7$  Tage fort. Wenn Sie dem Ramdohr'schen Antrage zustimmen, so werden Sie keineswegs irgend Jemand schädigen, denn die kürzere Dauer der Messen wird durch ein lebhafteres Geschäft in den fünf Tagen reichlich aufgewogen.

Herr Wilke: Wir haben hier in Braunschweig einen Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs und ich bin erstaunt, daß, während sich eine Menge von Mitbürgern Mühe giebt, den Fremdenverkehr zu heben, wir uns bemühen, diesen Verkehr einzuschränken. Ich kann mich deshalb nur für den Hauswaldt'schen Antrag aussprechen, zumal ich der Ansicht bin, daß, wenn nur ein Montag wegfällt, die Messe schon bedeutend verliert. Weshalb sollen wir aber auch die Messen verkürzen und wer sind die Leute, welche dort verkaufen? Das sind größtentheils unsere Mitbürger. Beispielsweise macht Herr Wasmus auf der Poststraße zur Messe ein ganz bedeutendes Geschäft; auch liefern den dort verkauften Honigkuchen und die Pfeffernüsse fast ausschließlich unsere Bäcker. Wenn wir uns andererseits die in der Meßgegend wohnenden Geschäfte näher ansehen, welche über Geschäftsschädigungen klagen, so handelt es sich hauptsächlich um die Inhaber von Kleiderläden, die bei unsrer Gewerbetreibenden doch nichts machen lassen und um Schuhwaarenhandlungen, welche ihre Verkaufsgegenstände in Gefangenenhäusern herstellen lassen und unsere Industrie mindestens ebenso sehr wie die Messe schädigen. Wenn man ferner auf die von Herrn Rudeloff angeführten Schundwaaren zurückkommen will, so muß man zunächst fragen: Wer hat denn die meisten Schundwaaren? Das sind aber die 50 Pfennig-Bazare,

die Abzählungsgeschäfte 2c. Mir hat einer unserer ersten Leinenhändler gesagt, es wäre höchst bedauerlich für ihn, wenn die Messen aufgehoben würden, denn er mache das beste Geschäft bei den Leuten auf der Messe selbst mit seinen Ladenhütern u. s. w. Ich möchte auch sehr bezweifeln, daß die Leute in den 50 Pfennig-Bazaren und den Abzählungsgeschäften besser behandelt werden, als auf der Messe. Wenn man sich in Hannover umsieht, so wird man finden, daß, während wir hier den Zummelplatz aus der Nähe der Stadt fortgeschafft haben, man dort ihn mitten in der Stadt, am Klagesmarke, belassen hat, ohne daß es Jemandem einfällt, darüber Beschwerde zu führen. Hannover hat seinen Markt erst Anfang der 40er Jahre eingerichtet, aber es hält ihn heute noch hoch und ich wollte einmal sehen, wenn den allerdings nur drei Tage währenden Markt Jemand aufheben oder einschränken wollte.

Herr Hauswaldt: Ich stehe der Messe ganz objectiv gegenüber. Die Messfrage ist aber selbstverständlich eine Interessenfrage und für den einen Theil ist es von Werth, die Messe aufzuheben, während ein anderer Theil wünscht, sie fortbestehen zu lassen. Wir dürfen die Frage aber von diesem Gesichtspunkte aus nicht beurtheilen, sondern wir können sie nur vom allgemeinen Gesichtspunkte aus beurtheilen und da läßt sich gegen die Messen nichts weiter vorbringen, als daß es ungemüthlich ist, die Buden zwölf Tage lang auf den Plätzen und Straßen zu haben. Das wäre also das Gefühl, dem wir auf Kosten eines Theiles unserer Mitbürger durch Verkürzung der Messen Rechnung tragen würden und das halte ich gerade für unmöglich. Die Messe wird, wenn sie noch weiter zurückgeht, und auf ihr nichts mehr zu verdienen ist, von selbst zusammenschmelzen, aber sie jetzt gewaltsam zu beendigen, liegt durchaus kein Grund vor.

Herr Natalis: Wenn von Herrn Meyer besonders betont worden, daß die Grundstücke in der Messgegend durch den Fortfall der Messe entwerthet würden, so glaube ich nicht, daß eine Entwerthung stattfinden wird, denn meiner Ansicht nach und auf Grund der mir gewordenen Mittheilungen wird sogar eine Verbesserung der Grundstücke durch den Wegfall der Messen eintreten, soweit die Grundstücksbesitzer nicht Buden zu vermieten haben und zwar insofern, als von mehreren Anwohnern der Messgegend constatirt worden ist, daß sie ihre Wohnungen in Folge der Messen weniger gut vermieten können. Wenn ferner die Abschaffung der Messen als eine nothwendige Folge ihrer Verkürzung angesehen wird, so möchte ich behaupten, daß überhaupt nur noch von Jahrmärkten die Rede sein kann. Hierbei könnte auch einmal die Frage aufgeworfen werden, ob nicht diese Jahrmärkte von ihrer jetzigen Stelle verlegt werden könnten. Dann ist noch erwähnt worden, es wäre nur eine geringe Mehrheit in der Commission für die Beschränkung der Messen vorhanden gewesen. Das kam aber ganz selbstverständlich dadurch, daß durch Zuwahl hauptsächlich solche Herren aufgefördert waren, der Commission beizutreten und in derselben ihre Meinung abzugeben, welche sich zu-

vor schon auf den gegentheiligen Standpunkt gestellt hatten und deren Begründung und Wünsche man gern hören wollte. Wenn überhaupt eine Ansicht derartig wie hier durch eine andere gekreuzt wird, so wird man nur selten zu einer Einstimmigkeit oder zu einem Mehrheitsbeschlusse kommen. Hinsichtlich des glühenden Wunsches auf Verkürzung der Messen, der nach den Ausführungen des Herrn Hauswaldt aus dem Commissionsberichte sprechen soll, will ich nochmals erwähnen, daß der Wortlaut von den sämtlichen Commissionsmitgliedern — die also beiden Ansichten huldigten — festgestellt ist und man es demgemäß mit einem Compromiß zu thun hat.

Vorsitzender: Es ist von fünf Herren der Antrag auf namentliche Abstimmung eingereicht; ich lasse daher über den Antrag des Herrn Ramdohr abstimmen.

Für diesen Antrag stimmen die Herren Bültemann, Halle, Südel, Lord, Natalis, Ramdohr, Rudeloff, Sievers, Uhde, Weber und Wolffl, zusammen 11 Stimmen. Gegen den Antrag sind die Herren Blasius, Ding, Hauswaldt, Jasper, Lange, Meyer, Reiche, Rieke, Rimpau, Schumburg, Seele und Wilke, zusammen 12 Stimmen.

Der Antrag ist demnach mit 12:11 Stimmen abgelehnt und die Sache damit als für die Versammlung erledigt anzusehen.

#### XVI. Aufhebung von Begetheilen der Bienenstraße.

In Folge Ausbaues der Herderstraße und der Anlage eines einstweiligen Verbindungsweges zwischen dieser und der Bienenstraße sind die nach dem Ortsbauplane fortfallenden Theile der Bienenstraße schon jetzt als Begeterrain überflüssig geworden und hat deshalb die Firma Krause & Stege auf Grund des mit ihr abgeschlossenen Vertrages um Ueberweisung und Auflassung des fraglichen Terrains gebeten. Da auch stadtseitig Bedenken gegen solche Wegeaufhebung nicht geltend zu machen sind, so ersucht der Magistrat, dieselbe zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, geschieht.

#### XVII. Niederlegung von Häusern am Werder.

Der bauliche Zustand der drei von der Stadt behufs Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Wenden- und Kaiserstraße angekauften, am Werder unter Nris. 33—35 belegenen Gebäude ist ein höchst mangelhafter und sind insbesondere die Feuerstätten durchweg ordnungswidrig und feuergefährlich. Obgleich der fragliche Durchbruch, so lange das wegen des Brautmeyer'schen Grundstückes eingeleitete Expropriationsverfahren noch schwebt, nicht durchgeführt werden kann, so hält der

Magistrat es doch für geboten, die betr. Gebäude baldigst niederzulegen und aus dem zu gewinnenden Materiale an jener Stelle eine provisorische Ueberbrückung und bezw. Einfriedigung der Oker herzurichten. Das Ersuchen des Magistrates geht deshalb dahin, ihm hierzu die Ermächtigung zu ertheilen, bemerkend, daß die Pachtverträge bereits zum 1. October gekündigt seien.

Der Herr Vorsitzende befürwortet namens der Statutencommission die Vorlage und die Versammlung genehmigt dieselbe.

### **XVIII. Canalisirung der Hildeheimerstraße.**

In Folge eines Besuches von Anwohnern der Hildeheimerstraße giebt die Canalbau-Deputation anheim, diese Straße in allernächster Zeit in Angriff zu nehmen und zu solchem Zwecke einen Betrag von 45 000 M zur Verfügung zu stellen. Der Antrag wird nicht allein damit begründet, daß die Bauausführung sowohl im Interesse der Anwohner als auch im öffentlichen Interesse liege, sondern daß auch etwa hundert Arbeiter hierdurch noch bis Mitte November Verdienst erhalten können, während andererseits bis Ende September durch Beendigung der Canalbauten schon mehr als 300 Arbeiter zur Entlassung kommen.

Die Finanzcommission läßt die Vorlage durch Herrn Wolff I zur Genehmigung empfehlen und die Versammlung stimmt derselben zu, nachdem sich auch

Herr Weber zu Gunsten derselben geäußert hatte.

### **XIX. Belegung der verlängerten Sophien-, der Caland- und Bugenhagenstraße mit Gas- und Wasserrohr.**

Zum Zwecke der Belegung der oben bezeichneten Straßen mit Gas- und Wasserleitungsröhren beantragt der Magistrat im Einvernehmen mit der Städtischen Bauverwaltung und der Deputation für die Gas- und Wasserwerke einen Betrag von 1779,20 M für das Gasrohr und von 2905,40 M für das Wasserrohr zu verwilligen.

Die Finanzcommission läßt den Antrag durch Herrn Sievers befürworten und die Versammlung genehmigt denselben.

Die bei dieser Gelegenheit commissionsseitig aufgeworfene Frage, ob es nicht zweckmäßig sein möchte, in Zukunft derartige durch den Etat bereits genehmigte Ausgaben hinterher nicht noch einmal besonders vom Magistrate zur Vorlage bringen zu lassen, sondern dieselben in das Ermessen des letzteren zu verstellen, wurde noch nicht zur Besprechung gestellt. Es bleibt vielmehr der Commission überlassen, einen entsprechenden Antrag später einzubringen.

## XX. Belegung des Niddagshäuserweges mit Wasserrohr.

Die Besitzer der am Niddagshäuserwege zwischen dem Hopfengarten und der Straße hinterm Hopfengarten belegenen neuen Wohnhäuser haben beantragt, die fragliche Straßenstrecke, auf welcher sich 6 Wohnhäuser mit 47 Wohnungen befinden, mit einem Wasserrohre zu belegen. Der Magistrat unterstützt den Antrag und ersucht um Bewilligung der hierzu erforderlichen Summe von 1031,20 M, bemerkend, daß die Anwohner bereit seien, gleichzeitig mit dem Wasserrohre auf ihre Kosten einen provisorischen Entwässerungscanal herrichten zu lassen. Zur sofortigen Verlegung des Hauptgasrohres kann sich der Magistrat, da ein Privatconsum nicht zu erwarten steht, noch nicht verstehen.

Die Finanzcommission erklärt sich nach dem Berichte des Herrn Sievers mit der Vorlage in jeder Beziehung einverstanden und die Versammlung genehmigt dieselbe.

## XXI. Zahlung einer Entschädigung an die Wendt'schen Erben.

Die von dem verstorbenen Kammermusikus Wendt im Jahre 1876 zur Verbreiterung der Leonhardstraße abgetretene Fläche war von dem verstorbenen Landes-Deconomie-Conducteur von Holweide zu einer Größe von 42 Quadratruthen oder 876 Quadratmetern ermittelt worden, während dieselbe gemäß der später von der Städtischen Bauverwaltung und dem Landes-Deconomie-Conducteur Allers ausgeführten Vermessungen einen Inhalt von 946 Quadratmetern aufweist. Da hienach dem p. Wendt bei einem vereinbarten Einheitspreise von 150 M pro Quadratruthe oder 7,20 M pro Quadratmeter seiner Zeit ein Betrag von 504 M zu wenig ausbezahlt ist und ein eigenes Verschulden nicht vorliegt, so hält es die Städtische Bauverwaltung für gerechtfertigt, den Wendt'schen Erben diesen Betrag noch auszuzahlen und der Magistrat schließt sich dieser Ansicht vollkommen an.

Der Herr Vorsitzende kann den Antrag namens der Statutencommission nur zur Annahme empfehlen und die Versammlung beschließt demgemäß.

Die öffentliche Sitzung wird darauf geschlossen.

In vertraulicher Sitzung macht zunächst Herr Oberbürgermeister Podels Mittheilungen über die gelegentlich der nächsten Sitzung vorzunehmende Wahl eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes, sowie über den Amtsantritt des vom Herzoglichen Staats-Ministerium dem Magistrate zur Beschäftigung überwiesenen Assessors Boden. Sodann findet auf Anregung des Vorsitzenden der Finanzcommission, Herrn Wolff I, eine Besprechung über die zu begebende städtische Anleihe statt. Darauf genehmigt die Versammlung die magistratsseitig beantragte Bewilligung einer Unterstützung von 300 M an einen seit längerer Zeit erkrankten

städtischen Lehrer. Weiter wird nach längerer Besprechung in Veranlassung einer von einem hiesigen Beamten eingereichten Steuer-Reclamation beschlossen, vom Jahre 1892 ab die den Beamten im Laufe des Jahres etwa bewilligten Gehaltszulagen erst vom 1. Januar des nächsten Jahres ab zur Besteuerung heranzuziehen, so daß jeder Beamte für das laufende Jahr mit seinem am 1. Januar bezogenen Einkommen eingeschätzt wird und eine Nachbesteuerung nicht stattfindet. Nachdem hierauf noch die Extra-Wegebausteuer für zwei hiesige Gewerbetreibende festgesetzt war, wurden folgende Herren zu Armenpflegern gewählt: Kaufmann Köppens, Zimmermeister Schniete, Realschullehrer Former, Lehrer Peinecke, Pastor Rauche und Lehrer Sürig, während Herru Höse das Amt eines stellvertretenden Bezirks-Vorstehers übertragen wurde. Schließlich erledigte die Versammlung das Verzeichniß IV von Steuer-Reclamationen für das Jahr 1890.

Schluß gegen 8 Uhr.

---



1891.

(Fortsetzung der Beilage zu No. 244 de 1891 der  
Braunschweigischen Anzeigen.)

Nr. 13.

# Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 15. October 1891.

Öffentlich:

|                                                                              |            |
|------------------------------------------------------------------------------|------------|
| I. Straßenbaukosten für die Heitbergstraße . . . . .                         | Seite 322. |
| II. Bedürfnisanstalt am Hohenthore . . . . .                                 | " 323.     |
| III. Expropriation eines Grundstückes an der Pflegehausstraße . . . . .      | " 324.     |
| IV. Erwerb einer weiteren Theilfläche an der Ebertstraße . . . . .           | " 325.     |
| V. Desgl. an der Rußbergstraße . . . . .                                     | " 325.     |
| VI. Beschaffung eines Coakslöschers für die Gasanstalt . . . . .             | " 326.     |
| VII. Wasserrohrlegung in der Giersbergstraße . . . . .                       | " 326.     |
| VIII. Beschaffung von Wasserchiebern . . . . .                               | " 326.     |
| IX. Verbindungsweg zwischen Sandweg und Friesenstraße . . . . .              | " 327.     |
| X. Vertrag mit der katholischen Gemeinde wegen des Sandwegterrains . . . . . | " 329.     |
| XI. Expropriation einer Fläche an der Wolfenbüttlerstraße . . . . .          | " 330.     |
| XII. Erwerb von Straßenterrain an der Döringstraße . . . . .                 | " 331.     |
| XIII. Desgl. an der Goslarischenstraße . . . . .                             | " 331.     |
| XIV. Desgl. am Riddagshäuserwege . . . . .                                   | " 332.     |
| XV. Desgl. an der Kreuzstraße . . . . .                                      | " 332.     |
| XVI. Vertrag wegen Terrains an der Bienenstraße . . . . .                    | " 332.     |
| XVII. Ausbau des Hohestieges . . . . .                                       | " 333.     |
| XVIII. Verpachtung von Friedhofsländerei . . . . .                           | " 334.     |
| XIX. Aufnahme eines Proceßes gegen zwei hiesige Einwohner . . . . .          | " 335.     |
| XX. Desgl. gegen die Gemeinsame Ortskrankencaße . . . . .                    | " 335.     |

|                                                                                                               |            |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| XXI. Prüfung der städtischen Rechnungen für das Jahr 1887 . . . . .                                           | Seite 335. |
| XXII. Selbstständiger Antrag des Herrn Rieß auf Unterstützung des Deutschen<br>Hilfsvereins in Prag . . . . . | 335.       |
| XXIII. Anfragen des Herrn Reiche wegen des städtischen Museums . . . . .                                      | 336.       |

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

|                                                        |      |
|--------------------------------------------------------|------|
| Wahl eines unbefordeten Magistratsmitgliedes . . . . . | 338. |
|--------------------------------------------------------|------|

Vertraulich:

|                                                                     |      |
|---------------------------------------------------------------------|------|
| Gesuch wegen Erlasses einer Abgabe zur Wegebaucaffe . . . . .       | 338. |
| Gewährung einer Entschädigung an einen städtischen Beamten. . . . . | 338. |
| Wahl von Armenpflegern . . . . .                                    | 339. |
| Steuerreclamationen (Verzeichniß I, II und III von 1891) . . . . .  | 339. |
| Dispensation für den neu erwählten Stadtrath Ramdohr . . . . .      | 339. |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Stadträthe Götte, Haake, Ketemeyer, Heymann und Meyer, sowie Assessoren von Frankenberg und Boden.

Entschuldigt Herr Wolff I; außerdem fehlen die Herren Jasper und Rieke.

Der Vorsitzende, Herr Semler, macht nach Eröffnung der Sitzung zunächst die Mittheilung, daß Herr Assessor Boden als Hilfsarbeiter des Magistrates hinfort an den Sitzungen theilnehmen werde. Sodann giebt der Herr Vorsitzende bekannt, daß das Protocoll über die Verhandlungen des 8. Braunschweigischen Städtetages zu Seesen und der Bericht über die Städt. Fortbildungs- und Gewerbeschule zu Braunschweig für die Jahre 1886—1891 eingegangen und zur Vertheilung gelangt seien, sowie daß ein von Herrn Rieß eingereichter Antrag und verschiedene von Herrn Reiche vorgelegte Anfragen nach Erledigung der Tagesordnung zur Begründung gestellt wurden.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

### I. Straßenbaukosten für die Heitbergstraße.

Nachdem der Ausbau der Heitbergstraße beendet ist, hat die Städtische Bauverwaltung die dadurch erwachsenen Kosten ermittelt. Da die Mehrzahl der zum Ausbau der fraglichen Straße verwandten Abschnitte der angrenzenden Privatgrundstücke stadtseitig zum Einheitspreise von 6 M. angekauft ist, so handelt es sich noch darum, wie es mit denjenigen Flächen zu halten sei, die von bereits früher bebauten, aber durch ihre Bebauung kostenpflichtig gewordenen Grundstücken abgetrennt und der Stadt unentgeltlich überlassen sind. Der Magistrat bringt in Vor-

schlag, den Eigenthümern dieser Grundstücke die unentgeltlich abgetretenen Theilflächen ebenfalls mit 6 M auf die Bebauungskosten in Anrechnung zu bringen, dagegen die von den Eigenthümern nicht kostenpflichtiger Grundstücke unentgeltlich abgetretenen Theilflächen bei Berechnung der Straßenkosten gänzlich außer Acht zu lassen. Unter Zugrundelegung dieser Gesichtspunkte würden die Kosten betragen: für Grunderwerb 13 719 M 72 S, d. i. 27,37 M für jeden laufenden Meter und für den eigentlichen Straßenbau 15 973 M 11 S, d. i. 31,8634 M für jeden laufenden Meter. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, zu genehmigen, daß bezüglich der unentgeltlich erworbenen Theilflächen in der obengedachten Weise verfahren werde, und man hiernach die Kosten, wie vorstehend angegeben, feststelle.

Die Statutencommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Wolff II empfehlen und die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

## II. Bedürfnisanstalt am Hohenthore.

Ueber diese schon in den Versammlungen vom 19. März d. J. (Seite 181 des Prot.) und vom 21. Mai d. J. (Seite 210 des Prot.) behandelte Vorlage berichtet namens der Finanzcommission Herr Sievers, indem derselbe zunächst einen Ueberblick über die bisherigen Verhandlungen giebt und sodann mittheilt, daß der für die Anstalt früher in Aussicht genommene Platz neben der Dampfmühle — wie sich erst jetzt herausgestellt habe — nicht der Stadt, sondern dem Staate gehöre. Die Herzogliche Baudirection halte diesen Platz zu dem Zwecke nicht für geeignet und gebe anheim, die Anstalt auf den nordwestlichen Theil des Platzes, rechts vor der Brücke an die Böschung zu setzen. In der Finanzcommission habe man diesen Platz ebenfalls für am meisten geeignet gehalten und sei dieselbe daher zu dem Beschlusse gekommen, der Versammlung zu empfehlen, mit der Errichtung der Anstalt nicht zu warten, bis die Frage hinsichtlich des dreieckigen Platzes vor dem Hohenthore entschieden sei, sondern sie gleich rechts hinter der Brücke an die Böschung zu stellen. Die Commission sei auch der Ansicht, daß sich die Anstalt, namentlich wenn ein nur dreistelliges Pissoir zur Ausführung gelange, zu wesentlich geringeren Kosten herstellen lasse, als die Städtische Bauverwaltung früher angenommen habe, da bei einer kleineren Anstalt eine so massige Unterstützung des Baues nicht nöthig erscheine und jedenfalls ein Kostenaufwand von höchstens 2500 M genüge. Der Antrag der Commission habe hiernach folgenden Wortlaut:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß auf der Okerböschung am nordwestlichen Flügel der Hohenthorbrücke ein längliches Pissoir aus Eisen-Wellblech nach dem Muster der Mann-

heimer Bedürfnisanstalten mit drei Ständen, auf fundamentirten Eisensäulen ruhend, errichtet werde und die dadurch entstehenden Kosten bis zur Höhe von 2500 M. verwilligen.

Herr Lange weist an der Hand eines von ihm gefertigten Lageplanes darauf hin, daß die Plätze zu beiden Seiten der Brücke nur als Nothbehelfe angesehen werden könnten. So lange er die Hoffnung noch nicht aufgegeben habe, daß der dreieckige Platz südlich der neuen Durchbruchstraße unbebaut liegen bleibe, so lange halte er es für zweckmäßiger, von der Errichtung der Anstalt überhaupt abzugehen, denn dieser Platz eigne sich schon seiner ganzen Lage nach am besten für solche Anstalt. Wenn in Aussicht genommen sei, das Pissoir an die Okerböschung auf Säulen zu stellen, so halte er dieses für eine sehr zweifelhafte Bauconstruction, da man Gefahr laufe, daß die Anstalt bei dem Ablassen der Oker eines Tages in das Okerbett stürze. Aus diesen Gründen beantrage er, den Gegenstand nochmals von der Tagesordnung abzugeben und den Magistrat zu ersuchen, zunächst der Versammlung Vorschläge über die Verwerthung des dreieckigen Platzes zu machen.

Herr Stadtrath K e t m e y e r will mittheilen, daß in nächster Zeit ein Verkaufstermin wegen des fraglichen Platzes anberaumt werde und der Versammlung sodann eine Vorlage zugehen solle.

Herr F ü d e l hebt hervor, daß die Commission diesen Platz ebenfalls für den geeignetsten halte, daß sie indessen gemeint habe, die schleunigste Errichtung der Anstalt sei eine so dringende Nothwendigkeit, um mit derselben nicht bis zur Entscheidung jener Platzfrage warten zu können. Wenn aber magistratsseitig eine definitive Entscheidung über das Dreieck in nahe Aussicht gestellt werde, so könnte allerdings auch mit der Errichtung der Anstalt noch bis zur Erledigung dieser Frage gewartet werden.

Der Gegenstand wird darauf, entsprechend dem Antrage des Herrn Lange, von der Tagesordnung nochmals abgesetzt.

### III. Expropriation eines Grundstückes an der Pflegehausstraße.

Die sowohl im vorjährigen als auch im diesjährigen Etat mit zusammen 58000 M. vorgesehene Ausführung der beiden Canäle für die Verbindungsstraße zwischen Kloster- und Pflegehausstraße und zwischen Pflegehaus- und Goslarstraße bedingt die Inanspruchnahme verschiedener Privatgrundstücke. Da beide Canäle in das Terrain künftiger Straßen gelegt werden sollen, so hält es der Magistrat nicht für angezeigt, daß die Stadt jetzt nur das Recht zur Verlegung der Canäle zu erlangen sucht, glaubt vielmehr, daß es sich der Kostenersparniß wegen empfiehlt, sofort auf den Erwerb des Straßenterrains Bedacht zu nehmen. Aus den mit den einzelnen Eigenthümern gepflogenen Verhandlungen glaubt der Magistrat schließen zu sollen, daß er mit der Mehrzahl derselben eine Einigung

erzielen wird, wogegen er eine solche bezüglich des an der Pflegehausstraße belegenen 37 a 45 qm haltenden Hilgendag'schen Gartengrundstückes für ausgeschlossen hält. Der größere Theil desselben mit dem Haupt- und Nebengebäude ist zu der in Rede stehenden Anlage erforderlich, und würde es sich deshalb empfehlen, das ganze Grundstück anzukaufen. Dem Magistrate ist nun glaubhaft versichert, daß Hilgendag dasselbe vor etwa zwei Jahren für 36 000 M zu verkaufen bereit gewesen sei, und wenn auch die Städtische Bauverwaltung den jetzigen Werth des Grundstückes zu 53 000 M geschätzt hat, so kann doch auf die Forderung Hilgendag's, welcher 90 000 M verlangt, nicht eingegangen werden. Es empfiehlt sich daher, die Expropriation des fraglichen Grundstückes zu beantragen, nach deren Durchführung mit den übrigen Betheiligten eine gütliche Vereinbarung unschwer zu erreichen sein würde, da anzunehmen ist, daß die Stadt im Wege des Expropriationsverfahrens in den Besitz des ganzen Hilgendag'schen Grundstückes gelangen und somit in die Lage kommen werde, eventuell entsprechende Terrainaustauschungen vorzunehmen. Hiernach ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß diejenige Theilfläche des mehrgedachten Grundstückes, welche zur Anlage der beiden in Rede stehenden Straßen, bezw. des an ihrem Endpunkte projectirten Platzes erforderlich ist, im Wege der Expropriation stadtseitig erworben werde,

welchem Antrage die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr U h d e berichtet, zustimmt.

#### IV. Erwerb einer weiteren Theilfläche an der Ebertstraße.

Die Durchführung der für die Nordseite der bereits festgestellten — zwischen Frankfurter- und Bahnhofstraße liegenden — Ebertstraße vorgesehenen Baulinie bedingt den stadtseitigen Erwerb einer weiteren Theilfläche von etwa 23 qm des daselbst belegenen Wasmus'schen Grundstückes. Der Magistrat ersucht, ihn zum Ankauf dieser Fläche zu dem Einheitspreise von 11 M zu ermächtigen,

was auf Empfehlung des Herrn U h d e, der für die Baucommission berichtet, geschieht.

#### V. Erwerb einer weiteren Theilfläche an der Rußbergstraße.

In Sachen betreffend den Ausbau der Rußbergstraße theilt der Magistrat mit, daß sich nunmehr auch der Fleischermeister Louis Wollenweber bereit erklärt habe, die von seinem an der gedachten Straße belegenen Grundstücke abzutretende 75 qm große Theilfläche der Stadt zum Grundpreise von 7,50 M zu überlassen. Dem Ersuchen des Magistrates um Genehmigung dieses Terrainerwerbes

wird auf gleiche Befürwortung stattgegeben.

## VI. Beschaffung eines Coakslöschers für die Gasanstalt.

Die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke wünscht die Herstellung einer Vorrichtung auf dem Gaswerke an der Bahnhofstraße zum Löschten des aus den Retorten gezogenen glühenden Coakses, welcher zur Zeit auf dem Hofe nur langsam gelöscht werden kann. Die Vorrichtung besteht in einem aus Eisenblech anzufertigenden, etwa 8 Meter hohen Schornsteine, unter welchen der Coaks karrenweise geschoben wird, und leicht abzulöschen ist. Dieses Verfahren bietet den Vortheil, daß weniger Coaks verbrannt wird, und daß auf dem Fabrikhofe weniger Rauch entsteht. Der Magistrat hält diese Einrichtung für zweckmäßig, den aufzuwendenden Betrag von 650 M für mäßig und ersucht daher um Genehmigung derselben unter Bewilligung des geforderten Betrages.

Die Finanzcommission giebt durch Herrn Födel anheim, die Vorlage zu genehmigen, was seitens der Versammlung geschieht.

## VII. Wasserrohrlegung in der Giersbergstraße.

Die Grundbesitzer der Giersbergstraße haben gebeten, diese Straße mit einem Wasserrohre zu belegen und die fünf Grundstücke derselben an das Wasserleitungsrohr anzuschließen. Unter Zustimmung der Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke beantragt der Magistrat, die fragliche Anlage zu genehmigen und die dafür aufzuwendenden Kosten mit 1128,60 M zu bewilligen,

was geschieht, nachdem Herr Sievers namens der Finanzcommission die Vorlage unterstützt hatte.

## VIII. Beschaffung von Wasserschiebern.

Auf Antrag der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke befürwortet der Magistrat, in das Rohrnetz der Wasserleitung an einigen Stellen Wasserschieber einzuschalten und zwar je einen in der Sidonienstraße, an der Petritthor-Promenade, der Kastanienallee und der Juliusstraße mit einem Kostenaufwande von zusammen 595 M 90 S. Im Allgemeinen sind solche Wasserschieber dazu bestimmt, die Wasserröhren zu entleeren und zu reinigen, und im Besonderen ermöglicht derjenige an der Juliusstraße die Absperrung nur eines Theiles des westlichen Rohrnetzes, welches zur Zeit nicht ausführbar ist. Vielmehr muß im Falle einer Reparatur daselbst für die Zeit derselben die Wasserlieferung an der Westseite der Stadt gänzlich eingestellt werden. Die Versammlung wird ersucht, die Einschaltung der Wasserschieber unter Bewilligung der dafür veranschlagten Kosten zu genehmigen.

Die Finanzcommission empfiehlt durch Herrn Födel die Bewilligung des geforderten Betrages und die Versammlung beschließt dieselbe.

## IX. Verbindungsweg zwischen Sandweg und Griesenstraße.

Nachdem die früher geplante Verschiebung des Sandweges in östlicher Richtung, welche auf die Situation und vielleicht auch auf die Breite des von der Versammlung gewünschten, über das Schulgrundstück am Sandwege führenden Verbindungsweges zwischen Griesenstraße und Sandweg Einfluß gehabt haben würde, inzwischen aufgegeben und ein neuer Theilortsbauplan für die in Frage kommende Strecke des Sandweges festgestellt worden ist, erklärt sich der Magistrat zum Ausbau des gewünschten Weges bereit. Zur planmäßigen Ausführung der Wegeanlage ist der Erwerb einer 17 qm großen Fläche des dem Rentner Dotterweich zugehörigen Nachbargrundstückes erforderlich, welcher Ankauf vom Magistrate unter Aufwendung eines Einheitspreises von 20 Mk. bereits vollzogen ist. Nach dem Projecte der Städtischen Bauverwaltung soll die Entwässerung des Verbindungsweges durch Anschluß an denjenigen Canal erfolgen, welcher vor längeren Jahren zur Abführung der Abwässer aus dem zweiten Predigerhause zu St. Magni durch das Schulgrundstück gelegt ist und der von letzterem, die Griesenstraße durchschneidend und unter einem Hause derselben durchlaufend, in den Wendenmühlengraben ausmündet. Da diese Entwässerungsanlage mit der Canalisirung der Griesenstraße in Wegfall kommen wird, und da zur Intakterhaltung der Pflasterfläche des Verbindungsweges es sich empfiehlt, den letzteren schon jetzt mit einem definitiven, wenn auch zunächst und bis zu erfolgter Canalisirung der Griesenstraße nur todtten Canale zu belegen, so ist der Obergeringieur Wittgau zur Veranschlagung der bezüglichlichen Kosten veranlaßt. Der hiernach anschlagsmäßig erforderliche Aufwand von 2150 Mk. ist allerdings der Canalbaucaasse zur Last zu legen, jedoch hält der Magistrat es für billig, daß derselbe auf so lange, als der Canal nicht auch behaute Grundstücke entwässern wird, von Seiten der Stadtcasse mit jährlich 86 Mk. verzinst werde. Der Magistrat ersucht, diesem Projecte die Zustimmung zu ertheilen. Nach dem vorliegenden Projecte soll der Weg in einer Breite von 6 m hergestellt und mit Steinen gepflastert werden. Der Abschluß desselben gegen das Schulgrundstück wird durch ein auf Quadersockeln ruhendes schmiedeeisernes Stacket bewirkt werden, während die Einfriedigung längs des Grundstückes der katholischen Gemeinde vertragsmäßig letztere übernimmt. Zur Ausführung der Pflasterarbeiten ist erforderlich, daß zunächst die Einfriedigungen auf beiden Seiten, mindestens aber die Fundirungen derselben bis zur Terrainhöhe, hergestellt werden. In dem Kostenanschlage ist zugleich auf Herstellung eines Abschlusses des Schulgrundstückes gegen den zu veräußernden Bauplatz mittelst einer Mauer Bedacht genommen. Die das Dotterweich'sche Grundstück einfriedigende Planke wird auf Kosten der Stadt in die neue Grenzlinie zurückversetzt. Die Stadt gestattet Herrn Dotterweich, in der Planke auf eigene Kosten eine Thür anzulegen zwecks Herstel-

lung eines Ausganges aus seinem Grundstücke auf die Verbindungsstraße. Die Statutencommission gibt durch Stadtv. Halle anheim, dem Projecte auf Herrichtung eines gepflasterten, also auch fahrbaren Verbindungsweges die Zustimmung zu ertheilen.

Herr Lange glaubt annehmen zu sollen, daß der Verbindungsweg bei einer Breite von 6 m nur von Fußgängern benutzt werden dürfe. In solchem Falle bitte er, die beiden Eingänge des Weges mit Pfählen zu besetzen, damit dort nicht auch Wagen verkehren können. Diese Einrichtung wäre bei der Brücke an der Ferdinandstraße ebenfalls nothwendig, weil diese Brücke häufig von Wagen befahren werde, welche die Fußgänger in Gefahr bringen.

Herr Halle tritt diesen Ausführungen entgegen. Die Commission habe es für durchaus erforderlich gehalten, den Weg so einzurichten, daß derselbe zur Noth auch befahren werden könne, weil die Friesenstraße so enge sei, um eine Ausbiegung für Fuhrwerke haben zu müssen. Eine größere Verbreiterung des Weges sei nicht gut durchführbar, weil durch dieselbe bedeutende, in der Commission zu 70 000 Mk. veranschlagte Mehrkosten entstehen würden, welche die Stadt zur Zeit nicht zu tragen vermöge. Durch solche Verbreiterung würde außerdem der Schulhof in nicht wünschenswerther Weise beschnitten, sowie die Stadt verhindert werden, dort einen Bauplatz zu verkaufen und die Abmachungen mit der katholischen Kirchengemeinde in der beabsichtigten Weise durchzuführen. Eine Absperrung der Zugänge des Weges halte er auch im Interesse der vielen an der Friesenstraße wohnenden Gärtner nicht für angezeigt.

Herr Lange möchte direct den Antrag stellen, zu beschließen, daß die neue Straße nur von Fußgängern benutzt werden dürfe, weil die Stadt sonst für die Fußgänger auf der ziemlich langen und schmalen Wegestrecke eine schwere Gefahr schaffe. Es empfehle sich nicht, die Anzahl der gefahrdrohenden schmalen Straßen in der hiesigen Stadt noch zu vermehren.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß eine etwaige Absperrung des Weges durch Pfähle der Herzoglichen Polizeidirection überlassen bleiben könne. Der Magistrat sei der Ansicht gewesen, daß der fragliche Verbindungsweg nicht von mit Thieren bespannten Fuhrwerken, wohl aber von Handwagen befahren werden könne, und es sich daher nur empfehle, an den beiden Endpunkten eine bezügliche Bekanntmachung anzuschlagen, während ihm eine Absperrung durch Pfähle nicht nöthig erscheine. Letzteres habe beispielsweise auch gegen sich, daß einmal im Falle der Gefahr die Feuerspritzen nicht auf dem kürzesten Wege zur Brandstelle gelangen könnten.

Herr Lange hat angenommen, daß man auch mit Pferden bespannte Wagen für den Verbindungsweg habe zulassen wollen. Jedenfalls müsse dieses schon bei



der Anlage des Weges mit berücksichtigt werden, weil bei der Freigabe desselben für Wagen Fußwege und Bordsteine vorzusehen seien.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, das Project gehe dahin, die Straße lediglich mit guten Pflastersteinen und zwar ohne Bordsteine an den Seiten auszubauen. Der Straßenkörper solle in der Mitte eine Wölbung, an beiden Seiten aber eine Abflachung zur Aufnahme des Himmelwassers erhalten und würde letztere auch dazu dienen können, für die Fußgänger einen Platz zum Ausbiegen zu bieten, wenn ein Wagen durchfahre. Eine vollständige Ausschließung der Straße vom Fuhrwerksverkehre lasse sich schon aus dem Grunde nicht gut anordnen, weil sonst die Herbeischaffung des Feuerungsmateriales für das Schulgrundstück erschwert werde.

Herr Lange zieht auf Grund der vom Magistratsstiche gegebenen Erläuterungen seinen Antrag zurück

und wird darauf die Magistratsvorlage unverändert angenommen.

#### X. Vertrag mit der katholischen Gemeinde wegen des Sandwegterrains.

In der Voraussetzung, daß das Project wegen Anlegung eines Verbindungsweges zwischen Friesenstraße und Sandweg (Punkt IX der Tagesordnung) genehmigt wird, hat der Magistrat mit dem Kirchenprovisor zu St. Nicolai einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Stadt

- 1) von ihrem Schulgrundstücke am Sandwege eine zu 398 qm vermessene Dreiecksfläche zum Einheitspreise von 20 M für insgesamt 7960 M,
- 2) die zu 661 qm vermessenen Theilflächen der vormalig militairfiskalischen, jetzt städtischen Stallungen am Sandwege und
- 3) die zu 60 qm vermessene Fläche des Sandweges, welche von letzterem abgeschnitten wird und in das Eigenthum der Stadt gelangen soll, für den Einheitspreis von 38 M, d. i. für 27398 M, also zuzüglich des Betrages von 7960 M für insgesamt 35358 M an die katholische St. Nicolai-Kirchengemeinde verkauft.

Der Magistrat ersucht, den zu solchem Zwecke aufgenommenen Vertrag zu genehmigen.

Aus dem Vertrage ist Folgendes hervorzuheben: Sobald die Stadt die inzwischen beschlossene Anlegung eines Verbindungsweges zwischen der Friesenstraße und dem Sandwege zur Ausführung bringt, soll die katholische Gemeinde bei Bebauung ihres daran stoßenden Grundstückes von Leistung des statutarischen Beitrages zu den Kosten dieser Wegeanlage befreit bleiben. Die Gemeinde hat ihr Grundstück längs jenes Weges auf ihre eigenen Kosten mittels eines durchbrochenen Eisenstaketes auf Quadersockel einzufriedigen. Auch verpflichtet sich die Kirchengemeinde, den Abbruch der ihr zu Eigenthum übertragenen Stallgebäude

sowie ihres zwischen jenen Stallgebäuden belegenen Pavillons binnen einer Frist von 6 Monaten zu bewirken. Die katholische Gemeinde wird ferner verpflichtet, bei etwaiger Ausführung des von ihr geplanten Neubaus ihrer Kirche am Sandwege diesen Neubau mindestens 10 Meter von der Straßengrenze des Sandweges entfernt zu halten und die Längsachse der Kirche parallel zu dem geplanten Verbindungswege und 16,5 Meter von demselben entfernt anzuordnen, auch die südliche Längseite der Kirche wenigstens 3,5 Meter hinter die Straßengrenze des Verbindungsweges zurücktreten zu lassen, sowie ferner das Grundstück der demnächstigen Kirche nach dem Sandwege zu mit einem schmiedeeisernen Staket auf Quadersockel einzufriedigen, auch den Raum zwischen diesem und der Kirche als Ziergarten mit Anpflanzungen zu versehen und stets in gutem Zustande zu erhalten; außerdem bei Bebauung der an den Sandweg stoßenden Flächen des Kirchengrundstücks mit Wohngebäuden die letzteren in villenartigem Charakter und unter Einhaltung der Straßenlinie als Baulinie aufzuführen, bezw. einem etwaigen Nachfolger im Besitze dieses Grundstückes die gleiche Verpflichtung aufzuerlegen; auch bei etwaiger Aufgabe des Vorhabens des Kirchenbaues die an den oben gedachten Verbindungs- weg stoßenden Theile ihres Grundstückes mit Wohn- oder sonstigen Gebäuden nur dann und insoweit, als solches ihr vom Magistrate gestattet werden möchte, zu bebauen. Die Auflassung der Kaufobjecte soll sofort, nachdem der Vertrag perfect geworden sein wird, erfolgen und sind die Kaufsummen bei der Auflassung zu entrichten. Der katholischen Gemeinde stehen irgend welche Rechte an dem auf dem Sandwege vor dem Pavillon liegenden Brunnen nicht zu.

Die Statutencommission giebt nach dem Berichte des Herrn Rudeloff anheim, die Vorlage in ihrem vollen Umfange zu genehmigen, da weder gegen den Verkauf als solchen noch gegen den Kaufpreis und die Verkaufsbedingungen Einwendungen zu erheben seien.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

## XI. Expropriation einer Fläche an der Wolfenbüttlerstraße.

Der Magistrat ersucht zu genehmigen, daß eine 1,3 qm große Theilfläche des an der Wolfenbüttlerstraße belegenen Grundstückes der Actien-Bierbrauerei zum Feldschloßchen im Wege der Expropriation erworben werde, da die genannte Actien-Gesellschaft mit Rücksicht auf die am fraglichen Terrain mit haftende sogenannte Inhaberbhypotheke eine hypothekefreie freiwillige Veräußerung dieser Fläche nicht bewirken könne.

Der Antrag wird auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Wolff II berichtet, angenommen.

## XII. Erwerb von Straßenterrain an der Döringstraße.

Zum Zwecke des Ausbaues der verlängerten Döringstraße ist eine 31 qm haltende Theilfläche des früheren Eigenthümers Hopert erforderlich, von welcher ein Abschnitt zu 23 qm jetzt dem Siedemeister Friedrich Mehnhardt gehört und der Rest von 8 qm Eigenthum des Rentners Andreas Schünemann ist. Während Ersterer den in jener Gegend üblichen Einheitspreis von 12,50 M fordert, bean- sprucht Schünemann, bezw. dessen Mandatar, Civil-Ingenieur Königsdorf, eine Gesamtschädigung von  $333\frac{1}{3}$  M, d. i.  $41\frac{2}{3}$  M pro qm und außerdem Ueber- lassung einer an diese Fläche angrenzenden 0,8 qm großen Theilfläche des Glück'schen Grundstückes, welche deren Eigenthümer nicht hergeben will. Da die Schünemann'sche Fläche bis auf Weiteres sehr wohl unberührt liegen bleiben kann so hält es der Magistrat nicht für zweckdienlich, wegen Erwerb derselben z. B. weitere Schritte zu thun und beschränkt sich daher auf den Antrag, zu genehmigen, daß die von Mehnhardt abzutretende 23 qm große Theilfläche stadtseitig zum Ein- heitspreise von 12,50 M erworben werde.

Die Finanzcommission läßt diesen Antrag durch Herrn Seele zur Annahme empfehlen und

die Versammlung genehmigt denselben.

## XIII. Erwerb von Straßenterrain an der Goslarischenstraße.

Der Civil-Ingenieur Königsdorf hat bei Erbauung eines Wohnhauses auf seinem an der Goslarischenstraße belegenen Grundstück eine 65 qm große Theil- fläche an die Stadtgemeinde abzutreten. Diese Abtretung ist, da das fragliche Terrain schon seit langer Zeit als Fußweg benutzt wird, und daher dem Eigen- thümer die Befugniß, dasselbe dem öffentlichen Verkehre zu entziehen, nicht zustehen dürfte, unentgeltlich, jedoch mit der Maßgabe erfolgt, daß dagegen das fragliche Grundstück von Terrainerkwerbskosten frei bleibe, oder aber, daß, falls demnächst das übrige Fußwegterrain nicht anders als gegen Entschädigung stadtseitig sollte zu erwerben sein, alsdann auch das Königsdorf'sche Grundstück kostenpflichtig werde, auf die ihm zur Last fallenden Terrainkosten jedoch der Werth der jetzt unentgeltlich abgetretenen Fläche in Höhe des Durchschnittsbetrages des übrigen Terrains in Anrechnung gebracht werde. Diese Vereinbarung dürfte der Billigkeit entsprechen und ersucht der Magistrat deshalb, den dieserhalb aufgenommenen Ver- trag zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Weber be- richtet, geschieht.

#### XIV. Erwerb von Straßenterrain am Riddagshäuserwege.

Der Bauunternehmer Wittneben hat von seinem am Riddagshäuserwege belegenen Grundstücke eine 36 qm haltende Theilfläche abzutreten. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, den Ankauf dieser Fläche zum Einheitspreise von 8 M zu genehmigen.

Die Statutencommission hält — wie Herr Halle berichtet — den Preis für angemessen und giebt die Genehmigung des Ankaufes anheim, welche dann auch von der Versammlung beschlossen wird.

#### XV. Erwerb von Straßenterrain an der Kreuzstraße.

Zum Zwecke des Ausbaues einer Theilstrecke der Kreuzstraße sind Theilflächen der anliegenden Grundstücke zu erwerben und ist solches seitens des Magistrates bezüglich der meisten Grundstücke unter Aufwendung eines Einheitspreises von 3 M bereits geschehen. Die Wittve Happe und der Kaufmann Plagge sind indessen nicht geneigt, die von ihren Grundstücken abzutretenden Theilflächen zu 40 und bezw. 38 qm für denselben Preis abzutreten. Nach der Ansicht des Magistrates wird es sich daher empfehlen, vom Erwerbe dieser Flächen einstweilen und so lange Abstand zu nehmen, bis die Grundstücke bebaut werden. Die Belegung der fraglichen Straßenstrecke mit Wasserrohr wird 910 M kosten, während die Verlegung des Canals 370 M Kosten verursachen wird. Der Magistrat ersucht hiernach, den bezüglich des Terrainerwerbs aufgenommenen Vertrag zu genehmigen, sowie die Kosten des Wasserrohrs und des Canals zu verwilligen,

was geschieht, nachdem Herr Weber namens der Baucommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

#### XVI. Vertrag wegen Terrains an der Bienenstraße.

Der Maurermeister Röper hat gebeten, ihm zwei Theilflächen der alten Bienenstraße in der Größe von 61 und bezw. 82 qm zum Grundpreise von 10 M käuflich zu überlassen. Im Einvernehmen mit der Feldmarks-Interessentschaft Mtewiek hält der Magistrat für zulässig, schon jetzt die hier in Frage kommende Theilstrecke der Bienenstraße aufzuheben, sofern dafür ein entsprechender Ersatzweg geschaffen und bis zur Aufhebung des mittleren Theiles der Bienenstraße auch erhalten werde. Röper hat sich bereit erklärt, diesen Ersatzweg in einer Breite von 5 m durch Hergabe einer 99 qm großen Theilfläche seines daneben belegenen Bauplatzes zu schaffen und zu unterhalten; gleichzeitig hat er jedoch gebeten, es möge einstweilen und bis dahin, daß diese letztgedachte Fläche freigegeben werde, der Werth derselben auf den Kaufpreis der beiden erstgedachten, ihm zu überlassenden Theilflächen per

Bienenstraße in Anrechnung gebracht werden. Der Magistrat hält für zulässig, hierauf einzugehen, zumal Röper sich verpflichtet hat, die auf die straßenseitige Front des fraglichen Ersatzweges entfallenden Straßenbaukosten zu entrichten, sobald der nördlich davon belegene Bauplatz bebaut werden sollte. Das Ersuchen des Magistrates geht deshalb dahin, sowohl die Aufhebung der mehrgedachten Theilstrecke der Bienenstraße, als auch den mit Röper abgeschlossenen notariellen Vertrag zu genehmigen,

was seitens der Versammlung geschieht, nachdem Herr Bültemann namens der Baucommission die Genehmigung der Vorlage empfohlen hatte.

### XVII. Ausbau des Hohestieges.

Die Anwohner des Hohestieges haben an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, diesen Weg als Ortsstraße auszubauen, welchem Ersuchen zu entsprechen der Magistrat für angezeigt hält, da insbesondere auch die Canalisation des bezeichneten Weges dringend wünschenswerth erscheint. Zunächst ist indessen eine Abänderung der für denselben durch den Ortsbauplan festgestellten Baulinien erforderlich, weil bei Durchführung der letzteren eine nicht unerhebliche, mit Gräbern dicht besetzte Theilfläche des Martini-Friedhofes der Straße zuzulegen sein würde und es wünschenswerth erschien, den letzteren einstweilen gänzlich unberührt zu lassen. Um diesen Zweck zu erreichen, ersucht der Magistrat, eine entsprechende Aenderung des Ortsbauplanes zu genehmigen. Mit Rücksicht darauf, daß diese kleine Verschiebung der Baulinie völlig unbedenklich sein dürfte, hat der Magistrat gleichzeitig auf die bei deren Durchführung erforderlichen Terrainertwerbungen Bedacht genommen und zu diesem Zwecke mit der Mehrzahl der Anlieger einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen. Zu dem Vertrage ist magistratsseitig Folgendes zu bemerken:

1) Die den Anliegern Bartels, Saamkopf, Asche und Mügge zugebilligte Entschädigung von entweder 4 oder aber 7 M pro qm wird durchweg in Höhe von 4 M pro qm zu zahlen sein, weil die betr. Grundstücke nur in Ansehung der halben Straßenbreite zu den Straßenbaukosten herangezogen werden können; denn die Bebauung des gegenüberliegenden Friedhofes ist nur zur Zeit, nicht aber für immer ausgeschlossen.

2) Mit dem Kaufmann Köppens ist wegen Beseitigung der auf seinem Grundstücke stehenden und bei dem Ausbau der Straße in Wegfall kommenden Gebäude bereits am 1. April 1884 ein Vertrag abgeschlossen, inhalts dessen der damalige Werth der fraglichen Gebäude auf 19 500 M festgestellt und gleichzeitig mit Köppens vereinbart ist, daß ihm bei dem Ausbau des Hohestieges für den Wegfall der fraglichen Gebäude die obige Entschädigung abzüglich der Summe von 433<sup>1</sup>/<sub>2</sub> M für jedes seit Abschluß des Vertrages verflossene Jahr gewährt werden solle. Wenn

demnach die Beseitigung der Gebäude am 1. April 1892 erfolgen sollte, so würde Köppens Anspruch auf eine Entschädigung von 16 033 M 36 S haben. Es dürfte sich empfehlen, den als günstig zu bezeichnenden Vertrag vom 1. April 1884 zur Ausführung zu bringen.

3) Hinsichtlich der vom Koch'schen Grundstücke abzutretenden Theilfläche zu 4 a 5 qm hat der Eigenthümer, Vermessungs-Revisor A. Koch, dafür eine Entschädigung von 18 511 M, bezw. 17 341 M gefordert, während die Städtische Bauverwaltung die zu gewährende Entschädigung auf 6600 M geschätzt hat. Demnach dürfte es geboten sein, auf Erwerb der fraglichen Fläche im Wege der Zwangsenteignung Bedacht zu nehmen.

Vor dem oberirdischen Ausbau wird der Hohestieg mit einem Abzugs canale zu versehen sein, dessen Kosten zu 6400 M veranschlagt sind. Ebenso hat die Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke die Belegung der Straße mit Gas- und Wasserrohren empfohlen und sind die hierdurch erwachsenden Kosten zu 1438 M 40 S und bezw. zu 2311 M 90 S veranschlagt.

Hiernach beantragt der Magistrat, die obengedachten Verträge vom 1. April 1884 und vom 1. Juli 1891 und zwar den letzteren mit der Maßgabe zu genehmigen, daß den Anliegern Bartels, Saamkopf, Wsche und Mügge eine Grundentschädigung von 4 M pro qm zugebilligt werde; ferner, zu genehmigen, daß die von dem Koch'schen Grundstücke abzutretende 4 a 5 qm haltende Theilfläche im Wege der Expropriation erworben werde; endlich die Kosten für den Canal und das Gas- und Wasserrohr zu verwilligen. Die Kosten des oberirdischen Ausbaues des Hohestieges werden in den nächstjährigen Haushaltsplan aufgenommen werden.

Wie Herr Weber namens der Baucommission berichtet, kann dieselbe die Magistratsvorlage in allen Punkten zur Annahme empfehlen, da die Interessen der Stadtgemeinde genügend gewahrt seien.

Nach einigen Bemerkungen der Herren Hauswaldt, Stadtrath Ketemeyer, Nieß und Wolff II wird die gesammte Vorlage angenommen.

### XVIII. Verpachtung von Friedhofsländerei.

Nachdem der Deconom Franz Fricke, welchem von der Friedhofsländerei die Pläne *Nr.* 3 und 4 zu 1 ha 25 a 10 qm und bezw. 1 ha 50 a 10 qm verpachtet waren, verstorben ist, hat seine Mutter und seine Wittve um Aufhebung des mit Fricke abgeschlossenen Pachtvertrages gebeten. Gleichzeitig hat sich die Mutter von Fricke bereit erklärt, ihrerseits den Plan *Nr.* 4 unter denselben Bedingungen wie ihr verstorbener Sohn in Pacht zu nehmen, während der Gärtner Friedrich Wäse die gleiche Erklärung hinsichtlich des Planes *Nr.* 3 abgegeben hat. Der Magistrat ersucht, die Aufhebung des vorbezeichneten Pachtvertrages, sowie die Fortsetzung

der Pacht unter den gleichen Bedingungen durch die beiden genannten Personen zu genehmigen,

was auch auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Semler berichtet, geschieht, nachdem die Frage des Herrn Züdel, ob nicht bekannt sei, daß Fricke verschiedene Theilflächen wieder verpachtet habe, von Herrn Oberbürgermeister Pockels verneint worden war.

#### **XIX. Aufnahme eines Processes gegen zwei hiesige Einwohner.**

Die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke überreicht bei dem Magistrate zwei Rechnungen über gelieferte Arbeiten und beantragt Klageerhebung gegen Brennecke (Meinhardshof) wegen 5,64 M und gegen Bethmann (Marienstraße) wegen 28,48 M.

Der Magistrat ersucht, diesem Antrage zuzustimmen

und die Versammlung beschließt nach demselben auf Empfehlung des Herrn Wolff II, welcher namens der Statutencommission berichtet.

#### **XX. Aufnahme eines Processes gegen die Gemeinsame Ortskrankencasse.**

Auf Antrag der Armentdirection giebt der Magistrat anheim, gegen die hiesige Gemeinsame Ortskrankencasse Klage zu erheben, weil letztere sich weigert, die durch die Krankheit und den Tod des Schuhmachers Böckler dem Orts-Armenverbande entstandenen Kosten von 33,50 M zu erstatten.

Die Statutencommission läßt durch Herrn Wolff II den Antrag befürworten und die Versammlung genehmigt denselben.

#### **XXI. Prüfung der städtischen Rechnungen für das Jahr 1887.**

Der Magistrat hat vor längerer Zeit die über die Verwaltung des städtischen Haushalts geführten Rechnungen vom Jahre 1887 der Versammlung zur Prüfung übersandt und sind solche der Finanzcommission zur Vorprüfung überwiesen.

Namens der Commission berichtet Herr Ramdohr, daß er die Rechnungen aufs Eingehendste geprüft, aber keinen Fehler oder Irrthum in denselben gefunden habe und er daher nur anheimgeben könne, die Rechnungen als richtig anzuerkennen, was seitens der Versammlung geschieht.

#### **XXII. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Unterstützung des deutschen Hilfsvereins in Prag.**

Wie Herr Nieß zur Begründung ausführt, hat derselbe gelegentlich seiner Anwesenheit in Prag einen Einblick in den dort lebhaft geführten Streit zwischen Deutschen und Czechen erhalten und ist über die Einzelheiten dieses Streites in

einer Vereinigung reichsangehöriger Deutschen näher aufgeklärt worden. Die Verhältnisse liegen dort derartig, daß ein Deutscher, welcher durch czechische Gegenden reise, vollständig hilflos sei, sofern er in Noth gerathe, weil kein Czeche einen Deutschen unterstütze. Aus diesem Grunde werde der deutsche Hilfsverein in Prag vielfältig um Unterstützung angegangen. Da nun schon verschiedene deutsche Städte diesem Vereine Zuwendungen machen, so beantrage er, demselben eine jährliche Beihilfe von 50 M zu bewilligen.

Der Verein werde in solchen Beihilfen aus der Heimath eine Ermunterung für sein Wirken finden.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

### XXIII. Anfragen des Herrn Reich e wegen des städtischen Museums.

Die Anfragen lauten:

- 1) Ist es begründet, daß die Stadtverwaltung der Meinung ist, es sei künftig mit Hintansetzung anderer Abtheilungen des städtischen Museums vorzugsweise die Fortführung der kunstgewerblichen Sammlungen ins Auge zu fassen?
- 2) Ist die Möglichkeit einer künftigen Auslieferung der historischen Bestände des städtischen Museums an das neue vaterländische Museum ernstlich in Erwägung gezogen?
- 3) Sieht die Stadtverwaltung die fernere Förderung der historischen Abtheilung als dem städtischen Interesse fernliegend an?
- 4) Ist Aussicht vorhanden, daß in naher Zeit dem Raummangel, der allerdings augenblicklich die fernere Entwicklung des städtischen Museums außerordentlich hemmt, abgeholfen werden kann?

Die Veranlassung zu diesen Anfragen hat — wie Herr Reich e ausführt — ein in den hiesigen Blättern veröffentlichter Artikel mit der Ueberschrift: „Zur Eröffnung des vaterländischen Museums in Braunschweig“ gegeben. Wenn auch zugegeben werden solle, daß der Artikel vortrefflich, klar und aus dem besten Streben hervorgegangen sei, so habe er doch aus glaubwürdigem Munde vernehmen müssen, daß derselbe geeignet erscheine, einige Mißverständnisse hervorzurufen und dem städtischen Museum die Gunst des Publicums mehr oder weniger zu entziehen. Zur Klarstellung solcher Mißverständnisse habe er sich erlaubt, die vorstehenden Fragen zu stellen. Besonders die folgenden Abschnitte aus jenem Artikel haben ihn zur Einbringung seiner Fragen veranlaßt:

„... Das städtische Museum verdankt seinen Ursprung dem Bestreben, die Kunstalterthümer der Stadt und die auf ihre Geschichte bezüglichen Erinnerungen zusammen zu bringen, zugleich aber auch den kunstgewerblichen Studien eine geeig-



nete Musterjammlung zu liefern. Nach manchen Verlautbarungen der letzten Zeit hat es den Anschein, als wolle die Stadtverwaltung diese zweite praktische Aufgabe jetzt vorzugsweise ins Auge fassen . . . .

Es ist das große Verdienst des unermüdblichen Dr. Karl Schiller, daß er über den ursprünglich gesetzten Rahmen hinaus in jener Anstalt alles zusammentrug, was die Geschichte des ganzen Landes nur irgend berührte, und daß er dadurch vieles gerettet hat, was sonst dem Untergange oder der Verschleppung in auswärtige Sammlungen anheim gefallen wäre. Ob es dereinst möglich sein wird, diese Sachen mit dem vaterländischen Museum zu vereinigen, entzieht sich unserer Beurtheilung . . . .

Das städtische Museum leidet aber gegenwärtig in solchem Maße an Raum-mangel, daß schon die vorhandenen Schätze auch nicht annähernd in genügender Weise aufgestellt werden können. Außerdem liegen die Interessen, die dort wahrgenommen werden sollen, der Stadt als solcher zumeist so fern, daß man, wie dankenswerth auch deren bisherige gelegentliche Förderung ist und bleibt, ihre grundsätzliche und ausgiebige Verfolgung von dieser Seite keineswegs erwarten darf."

Eine Beantwortung der gestellten Fragen von kompetenter Stelle würde jedenfalls manchen Nachtheil vom städtischen Museum abwenden, da sonst dieser und jener Leser jenes Artikels sich veranlaßt sehen könnte, in seinem Besitze befindliche, werthvolle Gegenstände dem städtischen Museum in der Annahme vorzuenthaltten, daß dieselben dort entweder gar nicht angenommen, oder doch zum Mindesten nur nebensächlich behandelt werden würden.

Herr Oberbürgermeister Pöckels erwidert darauf Folgendes:

„Der Zeitungsartikel ist mir nicht bekannt geworden; wenn darin aber die Ansicht ausgesprochen ist, daß die Stadt oder die Verwaltung unseres Museums keine Veranlassung haben würde, in Zukunft in unserm Museum neben den kunstgewerblichen Alterthümern auch die historischen Alterthümer zu sammeln, so befindet sich der Verfasser des Artikels im Irrthum. Wir sind durchaus nicht gewillt, den ursprünglichen Sammelplan unseres Museums irgendwie durch neue Maßnahmen zu zerreißen. Wir wollen nach wie vor neben der kunstgewerblichen und ethnographischen Abtheilung auch die historischen Sammlungen pflegen, die sich nach dem ersten Sammelplane allerdings nur erstreckten auf die historischen Alterthümer der Stadt Braunschweig, aber unmittelbar nach der Gründung des Museums auf das ganze Land ausgedehnt wurden, weil die Stadt Braunschweig mit dem ganzen Lande und dem Herrscherhause immerdar in so außerordentlich naher Beziehung gestanden hat. Ich kann im Namen des Magistrates aussprechen: wir halten es für eine Ehrenpflicht, den bei der 1000 jährigen Jubelfeier aufgestellten Sammelplan unverrückt im Auge zu behalten (Bravo!), und wir würden auch gar nicht in der Lage sein, auf einen solchen Antrag irgendwie näher einzugehen, weil unsere

historischen Sammlungen des Museums vorwiegend herrühren aus Geschenken von Privaten und aus Zuwendungen seitens des Museumsvereins, mit der sehr oft gegebenen ausdrücklichen Bestimmung, daß die betreffenden Gegenstände nur dem städtischen Museum zum Eigenthum oder zur Aufbewahrung überlassen bleiben sollen. Daneben würden wir mit dem Vaterländischen Vereine wegen Ueberlassung von Gegenständen auch gar nicht in Verbindung treten können, weil der Verein keine Corporationsrechte besitzt und er daher für den Fortbestand und die Erhaltung der ihm anvertrauten Schätze überall keine Gewähr leisten kann. Bezüglich der Schlußfrage des Herrn Reiche hinsichtlich des Raummangels in unserm städtischen Museum erinnere ich daran, daß wir bei der Vorlage der letzten Kreisanleihe auch der Nothwendigkeit der Errichtung eines Gebäudes entweder für das städtische Museum oder für das Archiv Erwähnung gethan haben. Ich muß dem Herrn Vorredner darin Recht geben, daß das Museum an einem ganz trostlosen Raummangel leidet. Im nächsten Jahre können wir dem Plane der Schaffung eines neuen Heims für das Museum allerdings noch nicht näher treten, wohl aber hoffen wir, dies im Jahre 1893 thun zu können." (Lebhafter Beifall.)

Der Gegenstand ist damit erledigt und wird darauf die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten geschlossen.

In gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten wird sodann unter dem Voritze des Herrn Oberbürgermeisters Pockels die Wahl eines unbefordeten Magistratsmitgliedes für den freiwillig aus dem Amte geschiedenen Stadtrath Schöttler auf die Zeit bis Ende des Jahres 1892 vorgenommen. Von den abgegebenen 30 Stimmzetteln tragen — wie Herr Oberbürgermeister Pockels bekannt giebt — 17 den Namen des Herrn Rudolf Ramdohr, während 7 Stimmen für Herrn Wolff I und 6 für Herrn Lange abgegeben sind. Herr Ramdohr ist sonach gewählt.

Auf die Frage des Herrn Vorsitzenden, ob der Gewählte bereit sei, das Amt anzunehmen, erwidert

Herr Ramdohr, daß er es für seine Pflicht halte, dem ehrenvollen Rufe Folge zu leisten. Er danke für das ihm durch die Wahl erwiesene Vertrauen und er werde es als seine ernste Aufgabe betrachten, sich dem Amte eines Mitgliedes des Magistrates würdig zu zeigen.

Damit ist die gemeinschaftliche Sitzung beendet.

In vertraulicher Sitzung der Stadtverordneten wird zunächst ein Antrag auf Erlass einer Abgabe zur Wegebaucasse genehmigt und darauf dem Oberingenieur Mitgau für das Aufgeben seiner Dienstwohnung eine jährliche Entschädigung von

600 M verwilligt. Sodann wählt die Versammlung den Klempnermeister Emil Götte und den Bäckermeister Georg Scheele zu Armenpflegern, erledigt die Verzeichnisse I—III von Gemeindesteuer-Reclamationen für das Jahr 1891 und erteilt schließlich dem zum unbesoldeten Mitgliede des Stadtmagistrates gewählten Stadtverordneten Ramdohr, dessen Schwager bereits Mitglied des Stadtmagistrates ist, den auf Grund von §. 69 der Revidirten Städteordnung vom 19. März 1850 erforderlichen Dispens zur Annahme des Amtes.

Schluß 8 Uhr.

---



# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 20. November 1891.

Öffentlich:

|                                                                                                                    |            |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| I. Verkauf eines Theilgrundstückes am Hohenthore . . . . .                                                         | Seite 342. |
| II. Bedürfnisanstalt am Hohenthore . . . . .                                                                       | " 347.     |
| III. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Unterstützung des Deutschen<br>Hilfsvereins in Prag . . . . .       | " 347.     |
| IV. Gesuch wegen Aufstellung von Laternen in der Reichenbergstraße . . . .                                         | " 349.     |
| V. Vermietung von städtischen Turnhallen an Vereine. . . . .                                                       | " 350.     |
| VI. Bauliche Veränderungen im Neustadt-Kathause . . . . .                                                          | " 351.     |
| VII. Aenderweite Organisation der katholischen Schule . . . . .                                                    | " 353.     |
| VIII. Theilortsbauplan vor der Burg . . . . .                                                                      | " 361.     |
| IX. Verlegung von Gas- und Wasserrohren in der Limbeckerstraße . . . . .                                           | " 361.     |
| X. Legung des Pferdebahngleises durch die Münzstraße . . . . .                                                     | " 361.     |
| XI. Anstellung zweier Klagen . . . . .                                                                             | " 364.     |
| XII. Verlängerung des Wasserrohres in der Hildesheimerstraße . . . . .                                             | " 365.     |
| XIII. Verwilligung zweier Hypothekendarlehen . . . . .                                                             | " 365.     |
| XIV. Anlegung einer Schöpfstelle für die Schule am Südklente . . . . .                                             | " 365.     |
| XV. Wahl eines Mitgliedes in die Armendirection, den Schulvorstand und<br>die Schulcommission . . . . .            | " 366.     |
| XVI. Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Errichtung eines zweiten<br>Bollsbades . . . . .                   | " 366.     |
| XVII. Wahl von 3 Mitgliedern zu der Deputation für die Vorberathung einer<br>neuen Straßenpolizeiordnung . . . . . | " 369.     |

|        |                                                                                                             |            |
|--------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| XVIII. | Anfrage des Herrn Brückmann nach dem Stande der Vorarbeiten in der Trinkwasserfrage . . . . .               | Seite 369. |
| XIX.   | Selbstständiger Antrag des Herrn Brückmann auf Untersuchung des Leitungswassers . . . . .                   | " 370.     |
| XX.    | Selbstständiger Antrag des Herrn Weber auf bessere Beleuchtung des Wenden- und Neustadttringes . . . . .    | " 370.     |
| XXI.   | Selbstständiger Antrag des Herrn Nieke auf Ausdehnung der Wahlzeit bei den Stadtverordnetenwahlen . . . . . | " 370.     |
| XXII.  | Anfragen des Herrn Nieß wegen verschiedener Angelegenheiten . . . . .                                       | " 371.     |

#### Vertraulich:

|                                                        |        |
|--------------------------------------------------------|--------|
| Beförderung zweier Bureaubeamten . . . . .             | " 374. |
| Pensionirung eines Schuldieners . . . . .              | " 374. |
| Anstellung des Schlachthaus-Thierarztes Koch . . . . . | " 374. |

Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Haake, Ketemeyer, Gehmann und Meyer, sowie Assessoren von Frankenberg und Bode.

Entschuldigt die Herren Ding, Lorb, Meyer und Reiche.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung, verliest die Protocolle Nr. 12 und 13 zur Genehmigung und giebt nach deren Genehmigung den Eingang verschiedener Anträge und Anfragen, welche nach Erledigung der Tagesordnung begründet werden sollen, bekannt. Darauf wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

### I. Verkauf eines Theilgrundstückes am Hohenthore.

In Sachen betreffend die Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen dem Hohenthore und dem Madamenwege hat der Magistrat die von dem Grundstück der vormaligen Actien-Zuckerfabrik übrig gebliebene, zu 7 a vermessene Theilfläche versteigert. Nach §. 6 der Verkaufsbedingungen soll der Erwerber verpflichtet sein, zu den Kosten des ordnungsmäßigen Ausbaues der Goslarischenstraße beizutragen, nicht aber zu den Kosten der neuen Durchbruchstraße. Dabei ist das Höchstgebot auf das fragliche Grundstück vom Kunsthändler George Behrens mit 29100 Mark abgegeben. Auf Wunsch der Betheiligten ist sodann das Grundstück auch mit der Maßgabe zum Verkauf gestellt, daß dasselbe an den Kosten des Ausbaues der Durchbruchstraße (entsprechend einer Frontlänge von ca. 37 m) ebenfalls theilnehme, und hat für diesen Fall das Höchstgebot gleichfalls der Kunsthändler Behrens mit 15100 M abgegeben. Beide Gebote sind so hoch, daß die Stadt nach der Ansicht des Magistrates auf den Verkauf des Grundstückes und bezw. den dafür gebotenen Preis nicht gut verzichten kann. Welches der beiden Gebote als das für die Stadt günstigere anzusehen ist, hängt davon ab, in welcher Höhe die

von den Anliegern zu tragenden Straßenbaukosten bemessen werden sollen. Dieselben sind in Veranlassung eines vom Maurermeister Eicke geplanten Neubaus auf der Nordseite der Durchbruchstraße von der Städtischen Bauverwaltung zu 575 M für den Meter veranschlagt, wobei angenommen ist, daß das in Rede stehende 7 a große Theilgrundstück sich zu 18 000 M werbe verwerthen lassen. Eicke hat darauf erklärt, daß er von der Bebauung seines Grundstückes absehen müsse, wenn diese Kosten nicht noch ermäßigt werden würden. Der Magistrat kann sich der Anschauung, daß die Kosten wirklich zu hoch sind, nicht verschließen und hält eine Ermäßigung jenes Beitrages für billig, sowie mit Rücksicht auf den Zweck des ganzen Unternehmens auch für zulässig. Demgemäß bringt derselbe in Vorschlag, die Differenz zwischen den beiden Höchstgeboten des Herrn Behrens mit 14 000 M der Berechnung der Straßenbaukosten zu Grunde zu legen und dieselben dementsprechend auf 378 M für den Meter festzusetzen. Sofern dieses geschieht, wären die beiden höchsten Gebote an sich für die Stadt gleichwerthig, das bei Befreiung des Grundstückes von den Kosten der Durchbruchstraße mit 29 100 M abgegebene Höchstgebot würde jedoch um deswillen den Vorzug verdienen, weil diese ganze Summe spätestens am 1. April 1892 eingehen, bezw. von da an zu verzinsen sein würde, während im anderen Falle der Betrag für Straßenbaukosten erst bei Bebauung des Grundstückes einzuzahlen wäre. Die Anträge des Magistrats gehen dahin, zu genehmigen, daß dem Kunsthändler Behrens auf das mehrgedachte Theilgrundstück unter den der ersten Versteigerung zu Grunde gelegten Bedingungen und auf das Höchstgebot von 29 100 M der Zuschlag ertheilt werde.

Die Kosten der Durchbruchstraße würden sich alsdann berechnen wie folgt:

| I. Ausgabe:                |           | II. Einnahme:             |           |
|----------------------------|-----------|---------------------------|-----------|
| Grunderwerb . . . . .      | 67 000 M, | Beiträge der Anlieger der |           |
| Straßenbaukosten . . . . . | 15 000 "  | Nordseite . . . . .       | 16 666 M, |
| Verlegung der Bedürfnis-   |           | Erlös aus dem 7 a großen  |           |
| anstalt . . . . .          | 4 500 "   | Grundstücke . . . . .     | 29 100 "  |
| zusammen 86 500 M,         |           | zusammen 45 766 M,        |           |

so daß der Stadt ein Zuschuß von 40 734 M zur Last fallen würde.

In der Finanz-Commission ist, wie Herr Wolff I berichtet, die Vorlage einer eingehenden Besprechung unterzogen worden. Für die Commission, welche von jeher einstimmig die Ansicht vertreten habe, daß ein Verkauf dieses Theilgrundstückes, wie auch magistratsseitig anerkannt worden, durchaus im Interesse der Stadt liege und nicht umgangen werden könne, liege keine Veranlassung vor, von diesem Standpunkte zurückzutreten, sie empfehle daher einstimmig, die Magistratsvorlage zu genehmigen und zwar sowohl in Bezug auf die Festsetzung der Straßenbaukosten,

als auch in Bezug auf die Ertheilung des Zuschlages an den Kunsthändler Behrens unter den zuerst festgesetzten Verkaufsbedingungen.

Herr Rimpau bittet, die Genehmigung zu dem Verkaufe wenigstens für jetzt zu versagen, da sich zur Zeit noch gar nicht übersehen lasse, wie sich der Verkehr in jener Gegend gestalten werde und ob es rathlich sei, den Platz nach Bebauung seiner Seiten als solchen bestehen zu lassen. Es erscheine ihm daher zweckmäßiger, mit der Entscheidung über den Platz noch einige Jahre zu warten, um zu sehen, von welchen Seiten der Verkehr hauptsächlich komme und wie die Verhältnisse dort am besten zu gestalten seien. Man dürfe hierbei nicht von einem allzu engherzigen Standpunkte ausgehen und sagen, daß man sich die für den Platz gebotenen 29 000 M nicht entgehen lassen könne. Seiner Meinung nach sei die Stadt Braunschweig reich genug, um diese Summe verschmähen zu können.

Herr Nieß kann sich ebenfalls durch das Gebot von 29 000 M nicht in seiner Meinung irre machen lassen und ersucht wiederholt, die Vorlage abzulehnen, sowie die Entscheidung über die Verwendung des Platzes um mehrere Jahre hinauszuschieben. In fünf Jahren werde sich schon besser als heute übersehen lassen, ob der Verkauf des Platzes zweckmäßig sei und im Interesse der Stadt liege. Auch sei schon früher von anderer Seite betont worden, daß sich dort unter Beobachtung der vom Stadtbauamte gegebenen Grundsätze ein Haus gar nicht errichten lasse. Habe man aber den Verkauf erst einmal vollzogen, dann lasse sich später nichts mehr an den dortigen Verhältnissen ändern. Er bitte daher zunächst noch von dem Verkaufe abzusehen.

Herr Stadtrath Ketemeyer möchte zunächst wegen der Kosten für die Polizeistation bemerken, daß nach dem mit dem Staate abgeschlossenen Vertrage die Stadt an den Staat zu der Errichtung des neuen Polizeigebäudes 17 000 M zahle und man daher hier mit festen Zahlen rechnen könne. Die von Herrn Nieß bezüglich des Platzes geäußerten Bedenken vermöge er aber als begründet nicht anzuerkennen. Den Bietern sei ausdrücklich eröffnet, daß eine Gewähr für die Möglichkeit der Bebauung nicht übernommen werden könne. Uebrigens möchte er bezweifeln, daß das Ortsbaustatut irgend welche Vorschriften enthalte, welche einen Unternehmer hindern könnten, dort ein angemessenes Grundstück zu errichten. Die einzige Vorschrift, welche hier in Frage kommen könne, besage, daß ein Grundstück in der Regel nicht mehr als zu drei Viertheilen bebaut werden dürfe. In diesem Punkte müßte allerdings etwas nachgelassen werden und sei das in anderen Fällen von Seiten des Stadtbauamtes auch schon mehrfach geschehen; er glaube daher nicht, daß letzteres bei der freien Lage des Grundstückes Bedenken tragen werde, solchem Wunsche nachzukommen. Wenn Herr Rimpau meine, daß Verkehrsrücksichten die Freilegung des Terrains wünschenswerth machen, so könne er auch



daß nicht anerkennen. Die Durchbruchstraße sei 18 m und die Straße am Hohenthore wenigstens 15 m breit, so daß diese Straßen dem Verkehre vollständig genügen; außerdem werde man aber auch den Verkehr niemals über den Platz selbst lenken, sondern ihn in den Fahrbahnen halten, so daß der Platz für den Verkehr als solchen gar nicht in Betracht komme. Im Uebrigen wolle er gern anerkennen, daß die ganze Gestaltung der dortigen Straßen- und Platzverhältnisse sich weit schöner machen würde, wenn das Terrain als Platz frei liegen bleibe. Andererseits habe sich aber der Magistrat gesagt, daß er bei dem verhältnißmäßig so kurzen, theuren Straßendurchbruche auf die Summe von 29 000 M nicht verzichten könne. Sollte die Versammlung indeß darüber anders beschließen, so glaube er nicht, daß der Magistrat eine Cabinetsfrage hieraus machen würde.

Herr Wolff I hebt hervor, daß die hier gegen den Verkauf des Platzes erhobenen Bedenken auch in der Finanzcommission reiflich durchgesprochen seien. Die Verkehrsfrage könne dem Verkaufe um so weniger hinderlich sein, als es wohl kein Thor gebe, welches von allen Seiten so gute und breite Zugangsstraßen habe, als gerade das Hohethor. Dem Plane, einen Schmuckplatz in jener Gegend zu errichten, habe die Commission geglaubt nicht zustimmen zu können, weil dieser Platz unmittelbar an der Promenade und ganz in der Nähe von zwei weiteren Plätzen liegen würde. Außerdem lasse sich auch die Bebauung des Platzes nach der festen Ueberzeugung der Commission sehr hübsch architectonisch und gefällig für das Auge herrichten, ebenso werde die Lage des Gebäudes recht geeignet für die Einrichtung von Läden sein. Alle diese Gesichtspunkte lassen eine Bebauung des Platzes bei objectiver Betrachtung der Sachlage geeignet und angemessen erscheinen.

Herr Lange will auf die Ausführungen des Herrn Stadtrath Netemeyer erwidern, daß allerdings bestimmte Vorschriften vorhanden seien, welche die Bebauung des Platzes verhindern könnten. Im Stadtbauamte werde er dahin zu wirken suchen, daß dem Bauherrn mindestens diejenigen Vorschriften auferlegt werden, welche die übrigen Mitbürger zu befolgen hätten. Unter solchen Umständen müsse es aber schwer halten, dort ein ordentliches Haus hinzusetzen. Was nun die Sache selbst angehe, so sei allerdings das enorm hohe Gebot von 29 100 M bestechend, dem Verkaufe zuzustimmen. Wenn man aber bedenke, wie dieses Gebot entstanden sei, daß nämlich Königsdorff als zweiter Bieter das lebhafteste Interesse gehabt habe, den Platz in die Höhe zu treiben, um die Durchbruchstraße möglichst billig zu bekommen, so dürfe man auf das Gebot nicht einen allzu hohen Werth legen. Behrens müsse bei einem solchen Preise, dem dann noch 4000 M Straßenbaukosten zuzurechnen seien, eine ganz besondere Absicht mit dem Bauplatze haben; wenn sich derselbe indeß einbilde, er könne bis in den Himmel bauen, so werde

er sich jedenfalls verrechnen. Entweder habe sich Behrens geirrt und sei hineingefallen, oder er habe ganz besondere Sachen mit dem Bauplatze vor, welche sich hinterher vielleicht nicht verwirklichen lassen. Die Rentabilität von Läden bezweifle er für jene Gegend sehr, denn kleinere Läden, um welche es sich allein handeln könne, seien dort schon im Ueberflusse vorhanden. Unter solchen Umständen könne er sich nicht entschließen, seine Zustimmung zu diesem Handel zu geben. Wenn aber der Platz wirklich so viel werth sein sollte, wie hier geboten worden, so verliere die Stadt auch weiter nichts, als höchstens die Zinsen, und könne deshalb noch eine Reihe von Jahren mit dem Verkaufe warten.

Herr Stadtrath Metemeyer will der aus den Aeußerungen des Herrn Lange zu folgernden Anschauung entgegentreten, als ob der Magistrat beabsichtige, bei dem Verkaufe des Grundstückes den Käufer hineinzulegen. Den erschienenen Kauflustigen seien alle Bedingungen vor der Bietung genau bekannt gegeben, so daß der Magistrat außer aller Verantwortung sei. Bezüglich der Bebauungsfähigkeit des Platzes müsse er noch hervorheben, daß das Stadtbauamt immer nur auf Grund bestimmter Vorschriften den Bau ablehnen könne und denselben zu genehmigen habe, falls der Ausführung Vorschriften nicht entgegenstehen. Ihm seien aber keine Vorschriften bekannt, auf Grund welcher der Bau abgelehnt werden könnte mit Ausnahme der vorhin bereits bezeichneten Vorschrift hinsichtlich der höchsten Bebauungsgrenze. Was die Höhe des zu errichtenden Gebäudes anlange, so stehe dem Bauunternehmer bei einer Straßenbreite von 18 und 15 m eine Höhe von mindestens 19 m zur Verfügung, da es zulässig sei, in der Höhe der Straßenbreite unter einem Aufschlage von  $4\frac{1}{2}$  m zu bauen. In der hiesigen Stadt werde man nun aber nicht sehr viele Häuser finden, welche solche Höhe erreichen, so daß dort ein vierstöckiges Gebäude bequem erbaut werden könnte. Gegen den Verkauf des Platzes lasse sich so lange nichts einwenden, bis nachgewiesen sei, daß die bestehenden Vorschriften der Bebauung entgegenstehen.

Herr Kieke wird gegen den Verkauf stimmen, weil er nicht zugeben könne, daß in neuerer Zeit noch Häuser ohne Höfe erbaut würden. Wenn das Stadtbauamt den Bau auch wirklich ablehne, so werde das Herzogliche Staatsministerium denselben schon genehmigen und die Stadt dann einen Westphal'schen Kleiderschrank Nr. 2 bekommen, welchen er nicht gerade für schön halten könne. Bleibe dagegen der Platz frei, so könne sich die Jugend auf demselben tummeln, auch werde jenem Stadttheile Luft und Licht bewahrt. Die vorhin geschilderten Vorzüge des Hohenthores gegenüber den anderen Thoren vermöge er nicht einzusehen. Jedenfalls werde dieser Platz die Stadt nicht umbringen, wenn nur sonst in jeder Beziehung sparsam gewirthschaftet würde.

Herr Rimpau äußert Herrn Wolff I gegenüber, daß es ihm zweifelhaft erscheine, ob Diejenigen, welche für, oder welche gegen den Verkauf stimmen, die Sach-

lage objectiver beurtheilen. Die Ansichten über die Verkehrsverhältnisse der Stadt seien ganz subjectiver Natur, es lasse sich deshalb noch nicht bestimmt voraussagen, wie sich der Verkehr in der hiesigen Stadt während der nächsten 50 Jahre entwickeln werde und ob man nicht noch erlebe, daß die Stadt dieses Dreieck mit schweren Opfern wieder ankaufe und die dort stehenden Häuser niederlege. Da aber Herr Stadtrath Metemeyer selber anerkenne, daß jene Gegend viel schöner aussehcn würde, wenn der Platz nicht bebaut würde, so bitte er, die Vorlage mindestens aus Schönheitsrückichten abzulehnen.

Die Vorlage wird bei der dann folgenden Abstimmung mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen und damit der Verkauf des Platzes genehmigt.

## II. Bedürfnisanstalt am Hohenthore.

Dem Antrage der Finanzcommission — für welche Herr Wolff I berichtet — gemäß erklärt sich die Versammlung ohne weitere Besprechung damit einverstanden, daß auf der Okerböschung am nordwestlichen Flügel der Hohethorbrücke ein längliches Pissoir aus Eisen-Wellblech nach dem Muster der Mannheimer Bedürfnisanstalten mit drei Ständen, auf fundamentirten eisernen Säulen oder Consolen ruhend, errichtet werde. Die hierdurch entstehenden Kosten bewilligt die Versammlung bis zur Höhe von 2500 M.

## III. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Unterstützung des Deutschen Hilfsvereins in Prag.

Namens der Statutencommission berichtet über den in der letzten Sitzung gestellten Antrag auf Bewilligung einer jährlichen Unterstützung von 50 M an den Deutschen Hilfsverein in Prag Herr Wolff II: Der Verein lasse nach dem vorliegenden Jahresberichte sich seine Aufgabe nach den verschiedenen Richtungen hin am Herzen liegen und würde daher an sich wohl einer Unterstützung würdig sein. Trotzdem sei aber die Commission bei ihrer Berathung zu dem Ergebnisse gekommen, der Versammlung aus verschiedenen Gesichtspunkten den Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen. Einmal sei zur Sprache gekommen, daß die städtischen Behörden sich überall gar nicht in der Lage befinden, zu prüfen, ob gerade diesem Verein, oder einem Verein mit ähnlichem Zwecke eine Unterstützung gebühre, sodann aber auch, daß es nicht sachgemäß erscheine, wenn zufällige Begegnungen einzelner Mitglieder der Versammlung zu der Einbringung eines solchen indirecten Unterstützungs-gesuches Veranlassung geben. Anders würde die Sache liegen, wenn der betreffende Verein selbst ein entsprechendes Gesuch an die städtischen Behörden richten wollte. Diese Gesichtspunkte hätten die Commission zu dem erwähnten Beschlusse bestimmt.

Herr Wolff I ist gleichfalls der Ueberzeugung, daß sich die Sache nicht gut anders behandeln lasse, obwohl er sagen müsse, das es ihm von Herzen leid thue, so stimmen zu müssen, denn die Sache selbst besitze seine vollste Sympathie. Die nichtswürdigen Uebergriffe der Tschechen müßten jedes aufrichtige deutsche Gemüth mit Groll, aber auch mit Verachtung gegen das übermüthige Tschechenvolk erfüllen und aus diesem Gesichtspunkte thue es ihm außerordentlich leid, daß die deutschen Brüder formell abgewiesen werden müßten. Hoffentlich biete sich auf eine andere Weise Gelegenheit, um die Sympathie der Braunschweiger den deutschen Brüdern in Böhmen zu bekunden, wenn solches sich auch nicht amtlich von Seiten der Stadt durchführen lasse. Persönlich werde er gern für diese Sache zu wirken suchen.

Herr Rieß bedauert, daß die Statutencommission zu jenem Beschlusse habe kommen müssen. Er habe geglaubt, den richtigen Weg einzuschlagen, um die Sympathie für die Deutschen in Böhmen anzurufen, zumal auch schon andere deutsche Städte mit Berlin an der Spitze sich die Unterstützung des Deutschen Hilfsvereins in Prag angelegen sein lassen.

Herr Wolff II fügt seinem Berichte noch erläuternd hinzu, daß die Frage, ob die Commission sachlich dem Antrage sympathisch gegenüberstehe, nicht erörtert worden, da dieselbe aus rein formellen Gründen den Antrag abgelehnt habe und in Folge dessen nicht weiter auf seinen Inhalt eingegangen sei.

Herr Rieke vertritt die Ansicht, daß es Sache des Staates, bezw. der deutschen Regierung sei, hier einzugreifen und die einzelnen Stadtgemeinden sich darauf nicht einlassen könnten. Wenn man der Sache aber näher auf den Grund gehe, so müsse man sagen, daß die Unbilden, welche die Russen den deutschen Brüdern zufügen, noch viel schlimmer seien und man nur bedauern könne, daß gegen solche Willkürwirthschaft, wie sie in der socialdemokratischen Presse so oft geschildert worden, nichts geschehe. In Rußland würden die deutschen Brüder in der schändlichsten Weise von dem Kosakenenthum vergewaltigt, ohne daß sich auch nur ein einziges Mal die deutsche Regierung dagegen auflehne. Rußland sei nun einmal der Erbfeind der Deutschen, an welchen sich Niemand heranwage. Gegen den vorliegenden Antrag stimme er nur deshalb, weil die tschechischen Stämme von den Russen aufgestachelt würden und letztere die Hauptschuldigen seien.

Herr Lange will noch mittheilen, daß er in der Berathung der Statutencommission den Eindruck gewonnen habe, als ob man bedaure, dem Antrage nicht entsprechen zu können und man hoffe, daß von Seiten des Vereins selbst ein bezüglicher Antrag bei der Versammlung gestellt werde.

Der Antrag der Statutencommission auf Uebergang zur Tagesordnung wird sodann angenommen.

#### IV. Gesuch wegen Aufstellung von Laternen in der Reichenbergstraße.

Die Maurermeister Bannow und Schmincke hieselbst richten an die Versammlung das Ersuchen, dafür besorgt sein zu wollen, daß die Reichenbergstraße baldigst mit Gaslaternen versehen werde. Zur Begründung des Gesuches, welches vor einiger Zeit auch dem Magistrate vorgelegt worden, wird bemerkt, daß die Straße durch den Bau der Verbindungsbrücke an der Bammelsburgerstraße eine Hauptverkehrsader geworden und der Ausbau der Straße schon seit längerer Zeit fertiggestellt, sowie die Bebauung über zwei Dritttheile vollendet sei. Die Bittsteller führen auch Beschwerde darüber, daß den Anwohnern der Reichenbergstraße längere Zeit hindurch das zur öffentlichen Sicherheit erforderliche Licht vorenthalten werde und meinen, daß folgerichtig die Anwohner einer Privatstraße dann auch von den öffentlichen Abgaben befreit werden müßten. Ueberhaupt lasse sich schwer begreifen, aus welchem Grunde solche Privatunternehmungen, welche doch nur zur Verschönerung der Stadt beitragen, so stiefmütterlich behandelt würden. Jedem Einwohner stehe das gleiche Recht zur Seite und ebenso, wie die Hausbesitzer angehalten würden, ihre Treppen passend zu beleuchten, sei auch die Stadtgemeinde verpflichtet, in ihren Straßen für genügende Beleuchtung zu sorgen.

Die Eingabe war der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen und berichtet darüber namens derselben Herr Sievers: Die in der Eingabe gegen die städtischen Behörden erhobenen mancherlei Vorwürfe seien energisch zurückzuweisen. Die Anlegung neuer Straßen seitens der Privatunternehmer geschehe nicht aus Schönheitsrücksichten für die Stadt, sondern sie sei in fast allen Fällen ein Ausfluß der Privatinteressen; denn wenn es sich nur um die Verschönerung der Stadt handle, würde es nur sehr wenig Unternehmer geben, welche aus diesem Grunde auch nur eine einzige Straße in Angriff nehmen. Obwohl nun in dem vorliegenden Falle die Vorbedingungen zur stadtseitigen Uebernahme der Straße in gewisser Weise erfüllt seien, so müsse doch berücksichtigt werden, daß auf der einen Seite noch ein größerer Theil der Straße frei liege und daß außerdem eine Abzweigung von derselben vorgenommen werden solle, durch welche die Straße sehr stark vom Fuhrwerke mitgenommen werden würde. Aus diesem Grunde sei die Uebernahme der Straße bislang nicht erfolgt. Für eine nicht übernommene Straße würden aber grundsätzlich die Kosten der Gasanlagen nicht von der Stadt getragen und könne solches auch zur Vermeidung von Berufungen in dem vorliegenden Falle nicht geschehen. Die Finanzcommission glaube daher, die Genehmigung des Gesuches nicht befürworten zu können. Da nun aber in einzelnen Fällen gestattet worden, daß auf solchen Privatstraßen die Gasanlagen zunächst auf Kosten der Unternehmer hergerichtet und bei der späteren Uebernahme der

Straße an diese zurückgezahlt werden, so beantrage die Commission, das Gesuch in diesem Sinne dem Magistrate zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Herr Blasius bittet um Annahme dieses Vorschlages, damit jenen unangenehmen Zuständen auf der Reichenbergstraße baldigst ein Ende gemacht werde, zumal die Straße auch zum größten Theile schon auf beiden Seiten bebaut sei.

Herr Rieke macht darauf aufmerksam, daß die Wendenmarschstraße viel besser als die Reichenbergstraße beleuchtet sei, trotzdem erstere auch noch nicht stärker als letztere bebaut worden. Während man auf der Reichenbergstraße Abends in vollständiges Dunkel gehüllt werde, vermöge man auf der Wendenmarschstraße beim Laternenschein wenigstens zu sehen, wie schief die dort aufgeschlagene Brücke stehe.

Herr Stadtrath Netemeyer entgegnet, daß es sich bei der Wendenmarschstraße um eine von der Stadt übernommene öffentliche Straße handle, welche angemessen zu beleuchten die Stadt verpflichtet sei. Bei einigen anderen Straßen, z. B. der Pawelstraße, sei früher in gleicher Weise verfahren, jedoch habe die Stadt zur Bedingung gemacht, daß die Anlieger auch ihrerseits Gas entnehmen, was auf der Pawelstraße, nicht aber auch auf der Reichenbergstraße in genügendem Maße geschehen sei. Zur Verhütung derartiger unangenehmen Zustände werde in neuerer Zeit stadtseitig immer die Bedingung in die Unternehmerverträge aufgenommen, daß die Unternehmer bis zur Uebernahme der Straße in angemessener Weise für die Beleuchtung derselben zu sorgen haben. (Zustimmung.)

Der Antrag der Finanzcommission gelangt darauf zur Annahme.

#### V. Vermietung von städtischen Turnhallen an Vereine.

Die zwischen der städtischen Turnhalle und der Schule an der Okerstraße neu erbaute Turnhalle kann in kürzester Frist zur Benutzung freigegeben werden. Die sodann niederzulegende alte Turnhalle ist bisher in den Wochentagen von 8—10 bezw. von 7 $\frac{1}{2}$ —10 Uhr Abends an den Arbeiterverein, die Turnerbrüderschaft und den Turnclub für je zwei Abende wöchentlich gegen eine Miethen von 300 M bezw. 360 M vermietet gewesen. Diese Vereine wünschen, daß ihnen die neue Turnhalle ebenfalls für je zwei Abende überlassen werden möge. Außerdem hat die Turnerbrüderschaft gebeten, ihr die Schulturnhalle an der Wilhelmstraße für zweimal 1 $\frac{1}{2}$  Stunden wöchentlich zu Turnübungen für die Jugendabtheilung zur Verfügung zu stellen, und da schulseitig ein Bedenken gegen solche Ueberlassung nicht vorliegt, glaubt der Magistrat diesen Wunsch erfüllen zu sollen. Der Magistrat hat dementprechende Miethverträge abgeschlossen, nach welchen die Miethen, zuzüglich der an den Schulpedell für Reinigung zu zahlenden 60 M, in gleicher Höhe wie bei der städtischen Turnhalle gehalten sind.

Die Miethen betragen demnach, außer einer Reinigungsgebühr von je 60 M., für die Turnerbrüderschaft und den Arbeiterverein je 240 M. und für den Turnclub 300 M. Dagegen ist die Miethe für die Benutzung der Schulturnhalle an der Wilhelmstraße eine geringe und mit 55 M. ungefähr nur die Kosten für Beleuchtung und Heizung deckende, weil die Turnerbrüderschaft nicht in der Lage sein will, eine höhere Miethe zu zahlen. Die Reinigungsgebühren sind hier auf 45 M. festgesetzt. Der Antrag des Magistrats geht dahin, die abgeschlossenen Miethverträge zu genehmigen. — Bezüglich der Verwerthung des Grundstückes der städtischen Turnhalle behält sich der Magistrat weitere Anträge vor.

Die Statutencommission hat nach dem Berichte des Herrn Brückmann gegen die Abmachungen keinerlei Bedenken und empfiehlt die Annahme der Vorlage, welche von der Versammlung auch beschloffen wird.

#### VI. Bauliche Veränderungen im Neustadt-Rathhause.

Im Interesse der Erhaltung der z. B. im Neustadt-Rathhause untergebrachten Sammlungen des städtischen Museums, sowie der Stadtbibliothek ist vom Stadtmagistrate in Erwägung gezogen, ob und auf welche Weise die Stadt sich für den Fall eines Brandes im Neustadt-Rathhause gegen den gänzlichen oder theilweisen Verlust der Sammlungen wirksam zu schützen vermöchte. Von der Versicherung derselben gegen Feuergefahr will indessen der Magistrat aus den verschiedensten Gründen Abstand nehmen. Unter diesen Gründen sei hervorgehoben, daß die Feuerversicherungsgesellschaften über den Bestand der zu versichernden Kunstsammlungen und Bibliotheken die Führung eines genau specificirten Verzeichnisses mit Angabe der einzelnen Werthe verlangen. Da die Aufstellung eines solchen Verzeichnisses mit unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden sein würde, außerdem aber auch im Falle eines Brandes die einzelnen Sachen sich doch nur zum kleinsten Theile wieder beschaffen lassen, so hält der Magistrat für angezeigt, anderweitig darauf Bedacht zu nehmen, die städtischen Sammlungen vor Feuergefahr zu schützen. Als Mittel hierzu wird empfohlen, den Sammlungen eine Heimstätte anzuweisen, deren baulicher Zustand, wenn auch natürlich keine absolute, so doch eine ausreichende, nach menschlichem Können berechnete Sicherheit gegen die Entstehung bezw. das Uebergreifen eines Brandes gewährt. Eine solche Heimstätte ist aber das Neustadt-Rathhaus in seiner jetzigen baulichen Verfassung nicht. Da eine Verlegung der Sammlungen zur Zeit wenigstens unthunlich ist, so tritt die Pflicht an die städtischen Behörden heran, durch bauliche Maßnahmen die Feuer-sicherheit des Neustadt-Rathhauses nach Kräften zu erhöhen. Wenn von umfangreichen und allzu kostspieligen Veränderungen des Gebäudes mit Rücksicht darauf abgesehen werden muß, daß die Sammlungen über kurz oder lang doch eine andere

Heimstätte erhalten werden, so will der Magistrat nur die durchaus nothwendigen Maßnahmen in Vorschlag bringen. Als solche sind hauptsächlich folgende zu bezeichnen:

1. Die Dachbalkenlage ist, soweit dieses noch nicht geschehen, oberhalb mit einem starken Gypsestrich zu schützen, damit ein im Dachgerüst etwa entstehender Brand sich nicht so leicht nach unten verbreiten kann. Der vorhandene Gypsestrich ist in den Fehlstellen gründlich auszubessern.

2. Der Treppenaustritt auf den Dachboden ist durch Herrichtung von Patentwänden feuersicher zu verschließen.

3. Die sämtlichen Dachluken oder Lukarnen sind zum Schutze gegen Flugfeuer mit dichten Klappen, Läden oder Fenstern zu versehen.

4. Der vom Sitzungssaale der Stadtverordneten aufsteigende und im oberen Theile stark geschleifte Schornstein ist bis zum Dachboden abzutragen und von dort lothrecht aufzuführen.

5. Der neben dem Küchenherde befindlichen Gasuhr ist ein anderer Platz zu geben, auch sind die Schornsteine und Defen genau zu untersuchen, ob alle Vorichtsmaßregeln bei ihnen beachtet worden.

6. Auf der nach der Höhe gelegenen Seite des Neustadt-Rathhauses sind die drei zum Münzcabinet gehörigen, im Obergeschosse ostwärts belegenen Fenster mit eisernen doppelwandigen Läden zum feuersicheren Verschuß zu versehen.

Diese Aenderungen würden einen Kostenaufwand von rund 1500 M beanspruchen, und ersucht der Magistrat um Bewilligung dieses Betrages.

Wie Herr Nieß namens der Baucommission berichtet, empfiehlt dieselbe, die angeforderten Kosten zu verwilligen, gleichwohl aber auf eine Versicherung der Sammlungen nicht Verzicht zu leisten. Die Commission sei der Meinung, daß Niemand in der Versammlung die Verantwortung für den materiellen Schaden, welcher die Stadt treffen könne, auf sich nehmen werde. Da nun nach der Mittheilung des Herrn Stadtrath Metemeyer auch der Magistrat nicht abgeneigt sein solle, einem bezüglichlichen Antrage der Versammlung stattzugeben, so beantrage die Commission, die Genehmigung der Vorlage auszusprechen und daneben das Ersuchen an den Magistrat zu richten, die Sammlungen der Bibliothek und des Museums auch noch gegen Feuergefahr zu versichern. Der Werth der Bibliothek werde nach oberflächlicher Schätzung auf 200 000 M und der des städtischen Museums bei einem Umfange von rund 56 000 Stück auf 300 000 M, der gesammte Werth beider Sammlungen also auf eine halbe Million Mark geschätzt.

Der Commissionsantrag wird angenommen.



## VII. Underweite Organisation der katholischen Schule.

Die hiesige katholische Schule, welche ursprünglich nur den Zweck verfolgte, die Ertheilung eines besonderen Religionsunterrichtes für die Kinder der hiesigen Katholiken zu ermöglichen, ist im Laufe der Zeit in eine, der katholischen Kirche angehörige öffentliche Schule umgewandelt, in welcher neben dem Unterrichte in der römisch-katholischen Glaubenslehre allgemeiner Elementarunterricht, wie in den städtischen Bürgerschulen, ertheilt wird. Gesetzliche Bestimmungen über die Unterhaltung und Leitung der Schule sind nicht vorhanden. Das Herzogliche Staatsministerium hat jedoch laut Rescripts vom 18. November 1874 dem Magistrate unter Mitwirkung des jedesmaligen ersten Directors der hiesigen städtischen Bürgerschulen die Aufsicht über die Schule, welche unter der unmittelbaren Leitung des ersten hiesigen katholischen Geistlichen steht, übertragen und sich selbst das Recht der Oberaufsicht vorbehalten. Die z. Z. vorhandenen 570 Kinder werden in sechs aufsteigenden Classen — von denen jedoch die oberste und die beiden untersten nach Geschlechtern getrennt sind — durch die hiesigen katholischen Geistlichen, 6 Classenlehrer, 2 Classenlehrerinnen und eine Industrielehrerin unterrichtet. Das jährliche Schulgeld beträgt in allen Classen 12 M. Eigenes Vermögen besitzt die Schule nicht; ihre Gesamteinnahme, welche sich aus dem Schulgelde, Zuschüssen der katholischen Kirchencasse, des Staates, der Stadt und Beihilfen des Dechant Becker zusammensetzt, betrug im Jahre 1889 = 13 619,45 M. Der Zuschuß des Staates beträgt jährlich neben Lieferung von 14,9 Raummeter Buchenholz 2825 M, während die Stadt jährlich 3425 M widerruflich beisteuert. Daneben gewähren Staat und Stadt der katholischen Schule jährlich einen Zuschuß zur Pension des Lehrers Engelke in Höhe von je 500 M, auch erhält die Schule zur Beschaffung von Schulutenfilien aus der Armenkasse jährlich 90 M.

Daß die Schule in ihrer jetzigen Verfassung den an eine Volksschule zu stellenden Anforderungen durchaus nicht genügt, ist eine allseitig anerkannte Thatsache; die Ursache davon dürfte wesentlich in dem Umstande liegen, daß bei dem Mangel genügender Mittel die an der Schule angestellten Lehrer ungenügend besoldet sind, daß ihnen und ihren etwaigen Hinterbliebenen jeder gesetzliche Anspruch auf Pension fehlt, daß die Schulräume nach Zahl und Beschaffenheit ungenügend sind und daß der ganze Schulbetrieb kein einheitlicher werden kann, so lange nicht wenigstens die äußeren Functionen einem technisch gebildeten Schulmanne übertragen werden.

Zur Genehmigung des von dem Vorstande der katholischen Kirche, welcher zugleich als Schulvorstand fungirt, gestellten Antrages auf stadtseitige Uebernahme der Schule kann sich der Magistrat aus verschiedenen Gründen nicht verstehen, zumal da auch die Stadt, welche ihre mit Aufwendung erheblicher Mittel unterhaltenen städtischen Schulen für die Kinder aller Confectionen offen hält, weder

rechtlich noch moralisch gehalten werden könne, jene durch Aufwendung erheblicher Mittel zu unterstützen, namentlich wenn man auch berücksichtigt, daß die katholische Schule lediglich für Zwecke der katholischen Kirche unterhalten wird. Da indessen ein plötzliches Eingehen der Schule die Stadt hinsichtlich der anderweiten Unterbringung der etwa 600 Kinder in Verlegenheit würde bringen können, so hält es der Magistrat für angezeigt, der katholischen Gemeinde zur Unterhaltung ihrer Schule einen den bisherigen nicht unerheblich übersteigenden Zuschuß unter der Voraussetzung zu gewähren, daß die Schule in angemessener Weise neu gestaltet und so betrieben werde, um den an sie vom schultechnischen Standpunkte aus zu stellenden Forderungen zu entsprechen.

Demnach beantragt der Magistrat zu genehmigen, daß unter der Voraussetzung des Erlasses eines vom Magistrate ausgearbeiteten bezüglichen Regulativs zur Unterhaltung der katholischen Schule stadtseitig bis auf Weiteres und so lange der Schulbetrieb dem fraglichen Regulativ entsprechend geführt wird, ein jährlicher Zuschuß von 15 M für jedes Schulkind gezahlt werde. Bei Gewährung desselben würde der bisherige Zuschuß der Stadt im Betrage von 3425 M in Wegfall kommen, wogegen die bisherige Beihilfe zur Pension des Lehrers Engelke in Höhe von 500 M jährlich und ebenso der Zuschuß der Armenkasse in Höhe von jährlich 90 M weiter gewährt werden könnten.

Die Statutencommission, welcher die Prüfung dieser Vorlage obgelegen, giebt nach dem Berichte des Herrn Rudeloff deren Genehmigung anheim und führt zur Begründung dieses Votums Folgendes aus: Wenn die vom Magistrate erbetenen Mittel seitens der Versammlung nicht bewilligt werden würden, so könne man möglicherweise gewärtigen, daß die katholische Schule eingehe und die 600 Kinder derselben demnächst in den städtischen Gemeindeschulen untergebracht werden müßten. Dahin dürfe man es aber nicht kommen lassen. Die Commission habe zunächst geglaubt, den Katholiken nicht grundsätzlich entgegen sein zu sollen, wenn diese auch ihrerseits wünschen, daß ihre Kinder durch die Schule in die Anschauungen ihrer Confession eingeführt und darin erzogen werden. Andererseits erscheine es aber auch im Interesse der evangelischen Schulen nicht wünschenswerth, wenn eine erhebliche Mischung mit katholischen Schülern dort stattfinde, weil die Lehrer hierauf fortgesetzt Rücksicht zu nehmen haben und Manches bei dem Unterrichte nicht ausgesprochen werden könnte, was ausgesprochen werden müßte, während wieder Anderes nicht mit der nöthigen Deutlichkeit und Schärfe zu sagen wäre. Hierdurch würde Unsicherheit in den Anschauungen entstehen, welche höchst bedenklich wäre. Wenn aber die Commission für die Erhaltung dieser confessionellen Schule eintrete, so werde dabei vorausgesetzt, daß durch den Betrieb derselben nicht etwa Entfremdung oder gar Haß und Verachtung gegen Andersgläubige entstehe.

Hierfür könne und solle durch das Regulativ gesorgt werden. Es komme dabei auch noch die praktische Rücksicht in Betracht, daß mit einer etwaigen Einschulung der 600 katholischen Kinder in die städtischen Schulen erhebliche Schwierigkeiten und bedeutende Aufwendungen für die Stadt verbunden seien und dieses um so bedenklicher erscheine, als die katholische Schule Elemente enthalte, welche sich den hiesigen Schulverhältnissen schlecht einfügen würden. Es handle sich hierbei namentlich um Kinder aus wandernden Arbeiterfamilien, für deren Ausbildung im Hause gar nichts geschehe, ja die theilweise nicht einmal deutsch sprechen. Die Stadt könnte hierdurch möglicherweise in die Lage kommen, mit bedeutenden Aufwendungen noch Hilfsklassen einzurichten. Aus allen diesen Gründen trete die Commission für die Annahme der Vorlage ein. Gegen die Höhe des Zuschusses seien Einwendungen ebenfalls nicht zu erheben, denn er stelle die Hälfte desjenigen Betrages dar, welchen die Unterhaltung der städtischen Bürgerschulen für den Kopf koste. Der Magistrat beabsichtige auch der Landesregierung zu empfehlen, ihren Zuschuß in gleicher Weise zu erhöhen.

Wenn der Versammlung bezüglich des zu vereinbarenden Regulativs auch keine Beschlußfassung zustehet, so wolle er doch, da der Inhalt desselben bei der Entschließung der Versammlung eine wichtige Rolle spiele, das Wesentliche aus dem Regulativ mittheilen. Dasselbe habe ungefähr folgenden Inhalt:

„Die Schule ist seitens der Herzogl. Landesregierung der Aufsicht des Stadtmagistrats zu Braunschweig unter Mitwirkung des Directors der städtischen Bürgerschulen und der Oberaufsicht des Herzogl. Staatsministeriums unterstellt. Die Schule hat das Ziel einer Volksschule mit 6 aufeinanderfolgenden Classen. Sie wird von der hiesigen römisch-katholischen Gemeinde unterhalten, und trägt letztere alle daraus erwachsenden Kosten, soweit dieselben nicht durch den Sustainmentfonds (nach Maßgabe des Reglements vom 23. Juni 1789), durch die einkommenden Schulgelder, die Zuschüsse des Staates, sowie der Stadt und die sonstigen Einnahmen der Schulkasse gedeckt werden. Wenn der Kirchenvorstand zu St. Nicolai die Mittel zu Ausgaben verweigert, welche der Schulvorstand für nothwendig erachtet, so hat der Magistrat darüber zu entscheiden, ob die betr. Ausgaben im Interesse der Schule oder aus Rechtsgründen nothwendig sind. Gegen solche Entscheidung steht dem Kirchenvorstande Beschwerde an Herzogliches Staats-Ministerium zu. Das Schulgeld beträgt bis auf Weiteres jährlich 10 M für jedes Kind. Zur Verwaltung der römisch-katholischen Schule wird ein Schulvorstand bestellt, welcher aus einem Mitgliede des Stadtmagistrates, dem Director der städtischen Bürgerschulen, dem ersten hiesigen katholischen Geistlichen, zwei Abgeordneten der römisch-katholischen Kirchengemeinde und dem ersten katholischen Lehrer besteht. Den Vorsitz führt ein Mitglied des Magistrates. Der Schulvorstand

hat dem Magistrate den Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der Schulkasse zur Bestätigung zu überreichen. Auch sind vom Schulvorstande die Lehrer zu präsentiren, während über die Annahme und Entlassung von Schülern der Schulvorstand selbst zu entscheiden hat. Im Weiteren liegen dem Schulvorstande auch diejenigen Rechte und Pflichten ob, welche derselbe in den evangelischen Schulen besitzet. Der Schuldirector der städtischen Bürgerschulen kann die Schule, so oft solches seitens des Schulvorstandes oder seitens der Aufsichtsbehörde für erforderlich gehalten wird, inspiciren.

Bezüglich der Befähigung zum Schuldienste gelten die folgenden Bestimmungen: Für die ordentlichen Lehrer genügt der Nachweis des bestandenen Gemeindefchullehrer-Examens, während die Lehrerinnen die Schulamtsprüfung I. und II. Classe abgelegt haben müssen. Die Anstellung der Lehrer und Lehrerinnen erfolgt auf Lebenszeit, dieselbe ist von der Zurücklegung des 25. Lebensjahres abhängig. Die Ernennung der ordentlichen Lehrer erfolgt auf Präsentation des Schulvorstandes und nach erfolgter gutachtlicher Aeußerung des Magistrates, sowie des bischöflichen Generalvicariats seitens Herzoglicher Landesregierung. Die Anstellungsurkunde wird dem Lehrer von dem Magistrate behändigt. Die festangestellten Lehrer sind zur Theilnahme an der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt nach Maßgabe eines noch zu erlassenden Gesetzes berechtigt und verpflichtet. Von den ordentlichen Lehrern und Fachlehrern kann die Ertheilung von 30 wöchentlichen Unterrichtsstunden verlangt werden; sie sollen jedoch bis auf Weiteres zu regelmäßiger Ertheilung von nur 28 Stunden herangezogen werden. Die Gehaltsverhältnisse sind denen der Lehrer und Lehrerinnen an den evangelischen Gemeindefschulen gleichgestellt, wie auch alle sonstigen auf die Besoldung und die Beschäftigung der Lehrer bezüglichen Bestimmungen den für die evangelischen Schulen erlassenen Vorschriften entsprechen.“

Die Commission habe hierzu zu bemerken, daß es ihr zweckmäßig erscheine, wenn in den Schulvorstand auch ein Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung abgeordnet werde und gebe anheim, das Regulativ mit diesem und einem ferneren Zufüge, welcher von der Enthaltung der Mitglieder des Schulvorstandes an Berathung und Beschlußfassung in Fällen eigener Betheiligung handle, gutzuheißen. Einige vom Kirchenvorstande zu St. Nicolai gewünschte Zufüge seien theils als unbedenklich, theils als in das Interesse der Herzoglichen Landesregierung einschlagend zu bezeichnen.

Der Herr Vorsitzende bemerkt erläuternd, daß die Statutencommission sich bei ihrer Entschliegung keineswegs auf den Standpunkt gestellt habe, als ob sie die confessionelle Schule für durchaus wünschenswerth halte; für die Commission sei nur die Rücksicht auf die katholischen Mitbürger und der praktische Gesichtspunkt

maßgebend gewesen, daß es im Interesse der Entwicklung des hiesigen Schulwesens im Allgemeinen und der katholischen Schule im Besondern liege, die Frage in der vorgeschlagenen Weise zu lösen.

Herr Rudeloff kann diese Auffassung als zutreffend bestätigen.

Herr Wolff II trägt Bedenken, die Genehmigung der Vorlage auszusprechen in der Richtung, daß der Zuschuß gewährt werden solle, so lange der Schulbetrieb dem Regulativ entsprechend geführt werde. Angesichts der Gefahren, welche der Katholicismus für die evangelische Bevölkerung in sich schließe, halte er es für erforderlich, daß wenigstens die Landesregierung in den Stand gesetzt werde, dem hier einzugehenden Verhältnisse auf Antrag der städtischen Behörden ein Ende zu machen. Das eigene Ermessen der letzteren dürfe hierbei allein nicht entscheidend sein, weil durch die von den katholischen Mitbürgern getroffenen Einrichtungen gewaltige Geldmittel erforderlich würden, welche eine Stetigkeit für die Einrichtungen erheischten. Sobald Herzogliches Staatsministerium befugt sei, das hier eingegangene Verhältniß auf Antrag der städtischen Behörden aufzuheben, beuge man den etwa entstehenden Gefahren in wirksamer Weise vor. Er beantrage daher, noch folgenden Zusatzantrag zu genehmigen:

„Die Versammlung beschließt, die Vorlage nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß dem Herzoglichen Staatsministerium das Recht offengehalten werde, das durch die Vorlage geschaffene Rechtsverhältniß, insbesondere die Zuschußpflicht der Stadt, auf Antrag des Stadtmagistrates jederzeit aufzuheben.“

Er hege hierbei einerseits das Vertrauen zu dem Magistrate, daß, wenn die Verhältnisse es erheischen, er auch einen bezüglichlichen Antrag stellen werde, andererseits erblicke er aber auch in dem Verhältnisse zwischen dem Magistrate und der katholischen Gemeinde eine genügende Gewähr dafür, daß nur aus den zwingendsten Gründen solches geschehen werde.

Herr Hauswaldt hält es ebenfalls für wünschenswerth, die katholische Schule losgelöst von den städtischen Schulen für sich bestehen zu lassen. Es erscheine ihm jedoch, um allen Weitläufigkeiten vorzubeugen, erforderlich, die Bewilligung des Zuschusses nicht allein von der Durchführung des Regulativs abhängig zu machen, da dieses erst durchprobiert werden müsse und heute noch nicht als in jeder Beziehung zuverlässig anerkannt werden könne. Beispielsweise halte er es für zweifelhaft, ob nach den Bestimmungen des Regulativs der Director der städtischen Bürgerschulen auch befugt sei, die katholische Schule jederzeit zu inspiciren und ob er in dieser Beziehung nicht vollständig von dem Vorstande dieser Schule, welcher nach dem Regulativ aus 4 Katholiken und höchstens 3 Protestanten bestehen solle, ab-

hängig sei. Der Schulvorstand könne ja, namentlich wenn sich confessionelle Bedenken geltend machen, immerfort beschließen, daß kein Grund zu einer Inspicirung vorliege, und der Schuldirector vermöge eine solche dann niemals vorzunehmen. Da er nun aber auch die Herzogliche Staatsregierung nicht in diese Sache hineinbringen möchte, so beantrage er, zu beschließen, daß stadtseitig der Zuschuß nur bis auf Weiteres, also unabhängig von der Durchführung des Regulativs, bewilligt werde.

Wenn dieser Antrag zur Annahme gelange, so werde der Friede auf lange Zeit gewahrt bleiben und könne sich auch keine Schwierigkeit bezüglich des Fortbestehens der Schule geltend machen, ebenso werden alle Personen und Behörden die Sache viel friedlicher und freundschaftlicher auffassen, als wenn sie wissen, daß sich an den bestehenden Einrichtungen nichts ändern lasse. Er beantrage also zu beschließen, daß in dem Antrage des Magistrates die Worte „und so lange der Schulbetrieb dem fraglichen Regulativ entsprechend geführt wird“, wegfallen.

Herr Rieke hält es für bedauerlich, daß im letzten Decennium des 19. Jahrhunderts die Versammlung noch gezwungen sei, solche Angelegenheit in der Weise zu erledigen und nicht einfach die Begründung confessionelloser Schulen zu beschließen. Den Eltern bleibe es dann überlassen, ihre Kinder in derjenigen Confession unterrichten zu lassen, welche ihnen behage, und brauche keinerlei Zwang ausgeübt zu werden. Dann erhalte man eine einheitliche Verwaltung, auch würden die Kinder der Katholiken mit den Kindern der übrigen Confessionen zusammen in vollständig gleichartig eingerichteten Schulen unterrichtet, so daß die Ueberfüllung der katholischen Schule von selbst wegfalle. Wenn man diese Vorlage annehme, gehe man folgerichtig die gleiche Verpflichtung auch gegenüber der jüdischen und reformirten Gemeinde ein. Nothwendig erscheine es ihm, auch hier nicht bei halben Maßregeln stehen zu bleiben, sondern einen Schritt weiter zu gehen und das Uebel entschieden bei der Wurzel zu greifen. Gerade die aus Westpreußen hier eingewanderten Leute belasten den Armenetat, wie er aus seiner langjährigen Erfahrung als Armenpfleger wisse, am stärksten und deshalb müsse man sich fragen, wer eigentlich ein Interesse daran habe, diese Leute hierherzuziehen, also der Stadt diese Mehraufwendungen aufbürde, ob das der Capitalist oder die Kirche sei.

Herr Wolff I möchte zur Erwägung verstellen, ob es nicht zweckmäßig sei, dem Beispiele verschiedener preussischen Städte zu folgen und auch hier Simultanschulen einzurichten. Er erlaube sich daher die Anfrage an den Stadtmagistrat oder den Herrn Berichterstatter, ob die Verhältnisse, wie sie sich in einer großen Anzahl preussischer Städte vorfinden, bei der Vorberathung der Vorlage mit in Rücksicht gezogen seien. Es werde wichtig sein, zu erfahren, wie in maßgebenden Orten Preußens, woselbst sich der Kampf auf religiösem Gebiete schon jahrelang

hingezogen habe, die Verhältnisse zur Zeit liegen, da eine Klarlegung derselben auf die Berathung der Vorlage wesentlich einwirken könnte. Er selbst trete an die Vorlage mit einem gewissen Mißtrauen heran. Mehr als in früherer Zeit habe die katholische Kirche gerade jetzt das Banner der streitenden Kirche herausgesteckt und sie habe sich immer nur da nachgiebig gezeigt, wo man ihr energisch entgegengetreten sei. Es lasse sich auch nicht voraussagen, wie sich die Verhältnisse hier in der Zukunft gestalten werden. Darum halte er es für richtiger, vor der Fassung eines endgiltigen Beschlusses noch einmal die sämtlichen Verhältnisse einer näheren Beleuchtung zu unterziehen. Aus dem Vortrage des Herrn Berichterstatters glaube er schließen zu sollen, daß bei der Commissionsberathung eine Berücksichtigung der preussischen Verhältnisse nicht stattgefunden habe. Er beantrage daher, zunächst noch Material zu sammeln, um daraufhin später mit größerer Sicherheit über die Frage Entscheidung treffen zu können, für heute also die Sache von der Tagesordnung abzuheben. An und für sich seien ihm die Anträge der Herren Wolff II und Hauswaldt durchaus sympathisch, doch halte er es für besser, daß die Versammlung sich in dieser Beziehung noch einmal orientire, indem sie von auswärts Erkundigungen einhole. Ferner wolle er noch erwähnen, daß er in diesem Falle ausnahmsweise einmal mit Herrn Nieke übereinstimme, indem er ebenfalls bereit sei, für Simultanschulen Mittel zu bewilligen, weil er in solchen Schulen das beste Mittel erblicke, um die Bevölkerung friedlich nebeneinander bestehen zu lassen. In Preußen sehe man, wie sich die Gegensätze zwischen Protestanten und Katholiken immer mehr verschärfen, wie sich Bürger desselben Standes gegenseitig befeinden und in außerdeutschen Ländern versuche man, die Deutschen ihres Glaubens zu entkleiden. Ja selbst in Deutschland gebe man jetzt häufig dem fremden Elemente den Vorzug, wie die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles in Posen mit dem Polen v. Stabilewski am besten beweise. Man solle sich deshalb bei Zeiten vorsehen.

Herr Rudeloff will bemerken, daß in der Commission nicht weitläufig über die preussischen Verhältnisse gesprochen sei, jedoch habe der Magistrat bei verschiedenen Städten Erkundigungen über die dortigen einschlägigen Verhältnisse eingezogen und bei dieser Gelegenheit aus Cassel erfahren, daß dort in Folge Verweigerung der Uebernahme der katholischen Schule zwischen der katholischen Kirchengemeinde und der Stadt ein Streit entstanden sei, welcher damit geendet habe, daß in letzter Instanz entschieden worden, die Stadt könne allerdings zur Uebernahme der Schule nicht gezwungen werden, wohl aber sei sie verpflichtet, die Geldmittel für die Unterhaltung derselben zu bewilligen, damit die Kinder einen confessionellen Unterricht empfangen können. Damit sei aber die Verpflichtung zur Errichtung einer katholischen Volksschule ausgesprochen und habe man in Cassel solche dann auch eröffnet. Dazu wolle er noch bemerken, daß der hiesige Schulvorstand, wie

aus einem Schreiben desselben hervorgehe, durchaus kein Freund von Simultanschulen sei und er selbst diesen Standpunkt vollständig theile. Herrn Hauswaldt erwidere er, daß der städtische Schuldirector die katholische Schule auch ohne die Zustimmung des Schulvorstandes auf Anordnung der Aufsichtsbehörde inspiciren könne.

Herr Stadtrath Netemeyer weist darauf hin, daß man in Preußen von der Idee der Simultanschulen bekanntlich immer mehr zurückkomme und zwar nicht etwa aus den von Seiten einer Confession einseitig geltend gemachten Gründen, sondern aus dem einfachen Grunde, weil es nicht gut sei, Kinder zweier Confessionen in größerer Masse zusammen zur Schule zu schicken. Für den Unterricht erscheine solches nicht nur bei dem Religions-, sondern auch bei dem Geschichtsunterrichte hinderlich. Wenn vorhin hervorgehoben, daß die katholische Kirche eine streitende Kirche sei, so müsse anerkannt werden, daß in hiesiger Stadt die Verhandlungen zwischen der Kirche und dem Magistrate zu Anfang dieses Jahrhunderts und auch noch in den 30er Jahren nicht gerade sehr angenehmer Natur gewesen seien, indem damals recht unerquickliche Zustände und fortwährende Streitigkeiten vorgeherrschet haben. Dagegen könne er mittheilen, daß sich seit Jahren zwischen dem Magistrate und dem Regimente der hiesigen katholischen Kirche ein sehr angenehmes Verhältniß herausgebildet habe und deshalb für die Stadtverwaltung keine Veranlassung vorliege, den Zuschuß lediglich als einen widerruflichen zu gewähren. Sollte dieses aber dennoch geschehen, so müsse abgewartet werden, ob die katholische Kirchengemeinde eine so große Verpflichtung übernehme, wenn fortwährend in Aussicht stehe, daß die Stadtgemeinde ihren Zuschuß zurückziehen könne. Die Schule werde nach Einführung des Regulativs schon an Lehrergehalten bedeutend mehr als bisher kosten und außerdem sei ein erhebliches Capital aufzuwenden, um ein den Anforderungen des Magistrates genügendes Schulhaus zu bauen. Aus diesen Gründen erscheine es ihm zweifelhaft, ob es gut sei, den Zuschuß vollständig widerruflich zu gewähren. Der Magistrat habe gemeint, daß bei Verwaltung der Schule in Gemäßheit des Regulativs eine genügende Gewähr gegen etwaige Uebergriffe der katholischen Kirche geboten sei, zumal auch dem Magistrate die Genehmigung des Schuletats zustehe. Wenn die Versammlung indessen noch weiter gehen und die Stadt nach dem Antrage des Herrn Wolff II noch mehr vor Unannehmlichkeiten sichern wolle, so glaube er nicht, daß der Vorstand der katholischen Kirche die Sache an dieser Aenderung scheitern lassen werde.

Herr Wolff II bittet, den Antrag des Herrn Wolff I nicht anzunehmen, da die preußischen Verhältnisse sich auf die hiesigen niemals übertragen lassen werden. Er hege die Ueberzeugung, daß die Sonderstellung der katholischen Schule auch zum Segen der evangelischen Kinder ausfallen werde und glaube, daß sich an der Hand der Vorlage überallhin gesunde Verhältnisse werden schaffen lassen.



Bei der nun folgenden Abstimmung werden die Anträge der Herren Wolff I und Hauswaldt abgelehnt und die Magistratsvörlage mit dem Zusatzantrage des Herrn Wolff II angenommen.

### VIII. Theilortsbauplan vor der Burg.

In Veranlassung eines von dem Lederhändler A. Klotz eingebrachten Antrages auf Feststellung der Baufluchtlinie für sein vor der Burg belegenes Grundstück ist für die Regulirung dieser Straße ein Ortsbauplan aufgestellt, dessen Genehmigung der Magistrat beantragt

und die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Weber berichtet, beschließt.

### IX. Verlegung von Gas- und Wasserröhren in der Limbeckerstraße.

Nach Aufhebung eines Theiles der alten Biewegstraße ist es erforderlich, daß die in dem aufgehobenen Straßenzuge befindlichen Gas- und Wasserröhren entfernt und in die Limbeckerstraße verlegt werden. Die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke hat gebeten, die Kosten für diese Anlage zu bewilligen und dabei hervorgehoben, daß die nöthigen Arbeiten noch vor Eintritt des Winters ausgeführt werden müßten, weil sonst das Gas- und Wasserrohr überbaut werde und weil das Wasserrohr auch noch im Betriebe sei. Der Magistrat beantragt daraufhin, die erforderlichen Kosten mit 1407,70 M für das Gasrohr und 2696,25 M für das Wasserrohr zu verwilligen,

was geschieht, nachdem Herr Sievers namens der Finanzcommission den Antrag unterstützt hatte.

### X. Legung des Pferdebahngleises durch die Münzstraße.

Der Vorstand der hiesigen Straßeneisenbahn-Gesellschaft beabsichtigt, vom Friedrich-Wilhelmsplatze aus durch die Friedrich-Wilhelmstraße, Münzstraße, Ruhfäutchenplatz, Gasparistraße ein neues Gleis bis zur Nordostecke des Hagenmarktes zu bauen und hat um die Ertheilung einer bezüglichen Concession nachgesucht. In Uebereinstimmung mit den zuständigen Staatsbehörden hält es der Magistrat für unbedenklich, dem Gesuche mit der Maßgabe zu entsprechen, daß der Betrieb dieser neuen Strecke dem Hauptvertrage vom 11. Juni 1881 unterworfen werde, so daß auch die neue Concession als bis zum 31. März 1929 ertheilt gilt und daß mit dem Bau des fraglichen Gleises in der Münzstraße erst dann begonnen werden

darf, wenn auch deren südlicher Theil canalisirt sein wird. Ueber die neue Gleisstrecke sollen ausschließlich die Wagen der Linie Nordbahnhof = Westbahnhof laufen, für deren Benutzung der Gesellschaftsvorstand folgenden Tarif in Vorschlag gebracht hat: Ganze Strecke 20  $\mathcal{R}$ ; Nordbahnhof = Staatsbahnhof und umgekehrt 10  $\mathcal{R}$ , Westbahnhof = Domweiche und umgekehrt 10  $\mathcal{R}$ . In Uebereinstimmung mit Herzogl. Polizeidirection hält der Magistrat diesen Tarif für angemessen und ersucht, sowohl die Ertheilung der erbetenen Concession nach Maßgabe der vorstehenden Bedingungen, als auch den vorgedachten Tarif zu genehmigen.

Wie Herr Uhde berichtet, ist die Statutencommission im Allgemeinen mit der Vorlage einverstanden, sie wünsche jedoch, daß auch für die neue Linie und auf derselben Uebergangsbillets ausgegeben werden, um das Publicum in die Lage zu versetzen, von der rothen auf die grüne Linie und umgekehrt überzugehen. Außerdem werde von der Commission beantragt, der Straßenbahn-Gesellschaft durch den abzuschließenden Vertrag aufzugeben, daß sie einen Theil des auf dem Kohlmarkte stehenden Pavillons der Stadt behufs Anlegung von Closets zur Verfügung stelle. Diese Forderung könne um so eher bewilligt werden, als der Verkehr in dem Pavillon durch die neue Linie wesentlich entlastet werde. Der Antrag der Commission gehe also dahin, die Vorlage unter der Bedingung zu genehmigen, daß die Gesellschaft Uebergangsbillets einführe und einen Theil des Pavillons auf dem Kohlmarkte zur Anlegung von Closets an die Stadt abtrete.

Herr Seele würde es für praktisch halten, die Zahlgrenze der neuen Strecke in der Richtung vom Westbahnhofe auf den Hagenmarkt zu verlegen, weil man dann in der Lage sei, vom Hagenmarkte aus die rothe oder die grüne Linie je nach dem Ziele der Fahrt benutzen zu können.

Herr Stadtrath Ketemeyer bittet, bei der Festsetzung der Fahrpreise im Allgemeinen den bisherigen Grundsatz festzuhalten, nach welchem für eine Fahrt vom Anfange der Strecke bis zu deren Ende der Einheitspreis von 10  $\mathcal{R}$  gezahlt werde. Die Straßenbahn-Gesellschaft habe in dem vorliegenden Falle schon weiter nachgegeben, indem sie die einfache Fahrt bis zur Domweiche ausgedehnt habe. Er halte es nicht für gerechtfertigt, in diesem Punkte die Gesellschaft immer noch weiter drängen zu wollen.

Herr Sievers ist der Ansicht, daß es im Interesse der Gesellschaft selbst liege, wenn sie neben den bisherigen Billets noch solche von der Mitte der einen bis zur Mitte der anderen einfachen Fahrtstrecke, beispielsweise von Holland's Garten bis zur Weiche am alten Museum ausgabe, wie das in fast allen anderen Städten auch geschehe. Die Einrichtung diene auch zur Erleichterung des Ueberganges von der einen auf die andere Strecke. Er stelle daher den Antrag, zu veranlassen, daß neben den bisherigen Streckenbillets von 10  $\mathcal{R}$ , solche — ebenfalls

zu 10  $\mathcal{M}$  — von Mitte der einen Strecke bis zur Mitte der anderen Strecke aus-  
gegeben werden.

Herr Nieß hätte gewünscht, daß bei dieser Gelegenheit von der Commission die Einführung von 5  $\mathcal{M}$ -Fahrkarten für kurze Strecken in Anregung gebracht wäre, wie man solches beispielsweise in Hannover finde. Als ein Unicum sei es jedenfalls anzusehen, daß man für eine Strecke vom Bohlwege bis zur Adolfsstraßenweiche 20  $\mathcal{M}$  Fahrgeld bezahlen müsse, während man andererseits vom Hohenthore bis zum Steintore nur 10  $\mathcal{M}$  zu zahlen habe. Wenn man jetzt den Vertrag genehmige, ohne eine derartige, schon früher gestellte, aber von der Gesellschaft abgelehnte Forderung durchzusetzen, so erreiche man später bei der Straßenbahn-Gesellschaft gar nichts. Sein Antrag gehe dahin, dem Vertrage mit der Straßenbahn-Gesellschaft die Bestimmung einzufügen, daß für Theilstrecken, welche unter einem Viertel der ganzen Strecke betragen, der 5  $\mathcal{M}$ -Tarif eingeführt werde.

Herr Wolff II will zur Sprache bringen, daß nach Mittheilung eingeweihter Persönlichkeiten der 5  $\mathcal{M}$ -Tarif anderer Städte auf einer ganz anderen Organisation beruhe, welche hier nicht maßgebend sein könne und daß die Gesellschaft sich auf die Einführung dieses Tarifs nicht einlassen werde.

Herr Wolff I bittet, nicht zu viele solcher Wünsche auszusprechen, welche sich selbst bei gutem Willen der Gesellschaft nicht durchführen lassen. Seiner Meinung nach liege die Einrichtung der neuen Strecke zum Mindesten ebenso sehr im Interesse der Stadt, als im Interesse der Straßenbahn-Gesellschaft. (Widerspruch.) Letztere müsse verhältnißmäßig große Opfer namentlich in Baukosten bringen, welche sie zu verzinsen und zu amortisiren habe, während die Ertragsfähigkeit der neuen Strecke ein Zukunftsegempel sei. Die Stadt habe unzweifelhaft ein erhebliches Interesse an der neuen Strecke, durch welche wieder neue Straßen dem Verkehre erschlossen werden. Wenn nun aber jetzt alle möglichen Wünsche ausgesprochen würden, so sei es immerhin möglich, daß das ganze Project an denselben scheitere, oder daß die Stadt schließlich doch nachgeben müsse, was durchaus nicht erwünscht sei. Wenn die Stadt den Pavillon zur Mitbenutzung erhalte, so habe man damit schon einen wesentlichen Fortschritt erzielt. Bezüglich der von Herrn Nieß gerügten Zahlung von 20  $\mathcal{M}$  Fahrgeld für die Strecke Bohlweg-Adolfsstraße wolle er bemerken, daß man bei guter Ausnutzung der Pferdebahn allerdings auch mit ihren Einrichtungen vertraut sein müsse, um nicht für eine derartig kurze Strecke 20  $\mathcal{M}$  zu zahlen. Wenn er beispielsweise nach Berlin komme, so benutze er principiell die Pferdebahn nicht, weil er ihre Einrichtungen nicht kenne.

Herr Nieß hält es für eine irrige Annahme, daß die Straßenbahn-Gesellschaft der Stadt irgend etwas zu Gefallen thue und ist der Ansicht, daß auch die Anlegung dieser neuen Strecke nur im Interesse der Gesellschaft liege, welche hoffe,

hierdurch einen größeren Gewinn aus ihrem Anlagecapitale zu ziehen. Deshalb müßte aber auch die Legung neuer Gleise an Bedingungen geknüpft werden. Da er über die hiesigen Straßenbahnverhältnisse genau unterrichtet sei, so könne nicht die Unkenntniß mit denselben seine Kritik rege machen, sondern nur die Unverschämtheit, für eine so kurze Strecke einen Fahrpreis von 20 S zu fordern. Bei der Straßenbahn-Gesellschaft sei bisher immer der Standpunkt geltend gemacht, daß diese der Stadt niemals ein Zugeständniß mache, sondern daß Alles erst erzwungen werden müsse.

Herr Stadtrath Netemeyer bemerkt, daß die Straßenbahn-Gesellschaft lediglich nach dem von der Versammlung genehmigten Tarife handle und man ihr daraus nicht einen so gewaltigen Uebergriß vorwerfen könne. Für die Gesellschaft sei eine Beschleunigung dieser Sache um deswillen von Bedeutung, weil die Canalban-Deputation in Aussicht genommen habe, die Canalisation des Wohlweges für nächstes Jahr in Vorschlag zu bringen und für die Straßenbahn ein wesentlicher Ausfall darin liege, wenn sie monatelang nicht ihre sämtlichen Wagen laufen lassen könne, während sie nach Fertigstellung der Münzstraßenstrecke die Wagen über diese zu leiten vermöge.

Auf die Anfrage des Herrn Wille, ob die früher in Aussicht genommene Einführung von 5 S-Billets von Weiche zu Weiche nicht zur Durchführung kommen werde, erwidert

Herr Stadtrath Netemeyer, daß der frühere Pferdebahn-Director Abeken einen solchen Tarif ausgearbeitet und dem Aufsichtsrathe vorgelegt habe. Letzterer habe indessen Bedenken getragen, den Tarif zur Zeit einzuführen. Jedenfalls sei es gewagt, die Genehmigung des Gleisbaues an diese Bedingung zu knüpfen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage mit dem Zusatzantrage der Statutencommission, ebenso der Antrag des Herrn Sievers angenommen, dagegen der Antrag des Herrn Nieß abgelehnt.

## XI. Anstellung zweier Klagen.

Der Zimmermann L. Meyer hieselbst schuldet der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke für gelieferte Arbeiten an der Wasserleitung 449 M 54 S. Da Zahlung in Güte nicht zu erlangen war, auch Eile geboten erschien, so hat der Magistrat bereits entsprechende Klage eingereicht und ersucht, diese Proceßführung zu genehmigen und die bereits vorgenommenen Proceßhandlungen gutzuheißen.

Außerdem beantragt der Magistrat, ihn zur Klageerhebung gegen den Bäckermeister Louis Stöcklein, welcher sich trotz mehrfacher Aufforderung nicht dazu ver-

standen habe, der Stadt die von ihm vertragsmäßig gekauften Straßenflächen zu 48 qm aufzulassen, zu ermächtigen.

Herr Wolff II empfiehlt namens der Statutencommission, die Ermächtigung in beiden Fällen zu ertheilen.

Herr Stadtrath Metemeyer macht die Mittheilung, daß der Bäckermeister Stöcklein jetzt dem Magistrate gegenüber seine Bereitwilligkeit zur Auflassung kundgegeben habe, daß es indessen nicht schade, wenn die Versammlung trotzdem die Ermächtigung zur Klageerhebung beschließe.

Die Ermächtigung wird sodann für beide Klagen ertheilt.

## **XII. Verlängerung des Wasserrohres in der Hildesheimerstraße.**

Der Holzhändler Sazinger hat die Verlängerung des auf der Hildesheimerstraße vorhandenen Hauptrohres der Wasserleitung auf eine Entfernung von 55 m beantragt und sich auch bereit erklärt, als Mindestbeitrag für Wasserlieferung jährlich 60 M zu zahlen, um den Anforderungen des §. 14 des Ortsbaustatuts zu genügen. Die Deputation für das Gas- und Wasserwerk befürwortet diese Anlage und der Magistrat giebt die Bewilligung der im Betrage von 363,50 M erforderlichen Kosten anheim,

welche von der Versammlung beschlossen wird, nachdem auch die Finanzcommission durch Herrn Sievers einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

## **XIII. Bewilligung zweier Hypothekendarlehen.**

In der Kreis-Communalcasse war am 1. November ein durch Ausloosung von Actien der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn und anderer Werthpapiere verfügbar gewordener Betrag von 42 669 M 12 S vorhanden. Von diesem Betrage hat der Magistrat die Summe von 20 000 M, verzinslich zu 4 1/4 %, der Firma Koloff & Rette auf deren an der Gertrudenstraße belegenes Grundstück und die Summe von 19 000 M, verzinslich zu 4 1/2 %, dem Tischlermeister Wilhelm Glindemann auf dessen an der Ruffbergstraße belegenes Grundstück zur Hypothek vorgeleihen.

Die magistratsseitig beantragte Genehmigung der Ausleihung wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Wolff I berichtet, genehmigt.

## **XIV. Anlegung einer Schöpfstelle für die Schule am Südklinte.**

Nach dem Gutachten der Untersuchungsstelle des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege kann das Wasser des Brunnens der Schule am Südklinte als brauch-

bares Trinkwasser nicht bezeichnet werden, aus welchem Grunde der Magistrat die am 10. November d. J. erfolgte Schließung des Brunnens angeordnet hat. Zur Ersetzung desselben beantragt der Magistrat eine von der Wasserleitung gespeiste Schöpfstelle mit 6 Zapfhähnen anzulegen und hierfür einen Betrag von 180 M. zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, geschieht.

#### **XV. Wahl eines Mitgliedes in die Armendirection, den Schulvorstand und die Schulcommission.**

Für den zum Stadtrath erwählten bisherigen Stadtverordneten Rudolf Ramdohr ist ein Mitglied der Versammlung in die Armendirection, in die Vorstände der Bürgerschulen und der beiden gehobenen Mädchenschulen, sowie in die Schulcommission zu wählen.

Die Versammlung wählt durch Zuvor Herrn Sievers in die Armendirection, Herrn Rudeloff in den Schulvorstand und Herrn Rimpau in die Schulcommission.

#### **XVI. Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Errichtung eines zweiten Volksbades.**

Zur Begründung dieses Antrages, welcher lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, thunlichst bald mit dem Bau eines zweiten Volksbades beginnen zu wollen, hierzu einen Theil des städtischen Terrains am Magnithore zu benutzen und das Bad für 1. und 2. Classe mit einer genügenden Anzahl von Bannen und Brausen einrichten zu wollen,“

führt Herr Lange Folgendes aus:

Der Antrag schließt sich den bezüglichen Verhandlungen in der Versammlung über die Einrichtung von Bädern an und lag hierbei der Gedanke zu Grunde, daß es für das badende Publicum vortheilhafter und auch zweckentsprechender sei, statt eines großen Centralbades einzelne Bäder in den verschiedenen Bezirken der Stadt zu erbauen, weil diese Bäder von den Badelustigen leichter zu erreichen sind. Diesem Grundgedanken entsprechend wurde im vorigen Jahre der Bau eines derartigen Bades, welches gewissermaßen ein Probabad sein sollte, beschlossen und auch an der Brücke an der Ferdinandstraße ausgeführt.

Dabei wurde in Aussicht genommen, daß, wenn dieses Bad den Erwartungen entsprechen würde, noch ein 2. und 3. Bad, das eine in der Nähe des Wendenthores, das andere in der Nähe des Steinthores, errichtet werden solle.

Die Resultate, welche das Wilhelmithorbad in seinem ersten Betriebsjahre erzielte, sind nun derartige — es wurden 52700 Bäder verabfolgt —, daß im badenden Publicum darüber große Freude herrscht. Ich bin daher von verschiedenen Seiten ersucht worden, dahin zu wirken, daß, unseren früheren Beschlüssen entsprechend, mit dem Bau weiterer Bäder nunmehr vorgegangen werden möge.

Diesem Ersuchen nachkommend beantrage ich zunächst für nächstes Jahr ein Bad, und zwar auf dem der Stadt gehörigen Terrain am Magnithore, zu errichten, einmal weil dort der Bau des Bades der Platzfrage wegen am ersten Aussicht auf Erfolg hat und dann auch, weil ich gerade die dortige Gegend für ein solches am geeignetsten halte.

Durch meinen Antrag entspreche ich einerseits den Wünschen, welche, wie schon erwähnt, von vielen Seiten an mich herangetreten sind, anderentheils glaube ich aber auch besonders den Wünschen eines großen Theiles unserer Mitbürger, welche besonders in letzterer Zeit sich dahin geäußert haben, daß sie ein größeres, etwas komfortabler ausgestattetes Bad am Platze erhalten möchten, dadurch entgegenzukommen, daß ich das neue Bad mit Zellen erster und zweiter Klasse angelegt zu sehen wünsche.

Wenn nun gewünscht und ein ganz besonderes Gewicht darauf gelegt wird, daß einem derartigen Bade eine Schwimmhalle beigelegt werde, ganz besonders für den Winter, damit auch im Winter es möglich sei, sich im freien Wasser zu tummeln, so vermag ich diesen Wünschen, so schön sie auch erscheinen, vorläufig nicht zuzustimmen.

Ich habe in Folge der in unserer Bürgerschaft so regen Bewegung für diese Sache und in Folge der von verschiedenen Vereinen an die Stadtverwaltung gerichteten Gesuche mich zu informiren gesucht und mich an eine Anzahl Badeverwaltungen größerer Bäder mit Schwimmhalle gewandt mit der Bitte, mir Auskunft zu geben über den Nutzen solcher Bäder, besonders über die Zweckmäßigkeit und die Vortheile der Schwimmhallen für den Winter.

Dabei habe ich insbesondere die in jenen Vereinen bezeichneten Anstalten in Bremen, Hannover, Dortmund, Leipzig, Hildesheim, Magdeburg und Kiel ins Auge gefaßt, und da habe ich zum großen Theil durchaus nicht für die Schwimmhallen mit Winterbetrieb sprechende Auskünfte erhalten.

Gildesheim schreibt in seinem Bericht von 1890:

„Der Vorstand sieht sich genöthigt, weil der Besuch der Schwimmhalle ein so geringer ist, daß die Betriebskosten nicht gedeckt werden, die Schwimmhalle während des Winters zu schließen und dem Publicum als – Ersatz die Douchen im Dampfbade zur Verfügung zu stellen,“

und in seinem Bericht 1891:

„Das Resultat der Schwimmhalle bleibt weit hinter unseren Wünschen zurück. Während der wärmeren Jahreszeit ist die Benutzung eine sehr rege, dieselbe läßt jedoch in der kalten Jahreszeit so wesentlich nach, daß die Füllung des Bassins nicht mehr lohnend ist. Die Halle ist darum am 1. December wieder geschlossen worden.“

Die Hannoverschen Badehallen schreiben:

„Schwimmbäder für die Wintermonate einzurichten ist nicht zu empfehlen.“

Die Hannoverschen Badehallen haben 2 Schwimmhallen, von denen die eine des zu schwachen Besuchs wegen für den Winter geschlossen worden ist.

Bremen hat 2 Schwimmhallen, welche im Sommer für die Arbeiter Mittwochs von 2–8 Uhr Nachmittags zum Preise von 5  $\mathcal{M}$  geöffnet sind; die eine Halle wird aber für den Winter des zu schwachen Besuchs wegen geschlossen und fallen die Volksbäder während der Wintermonate ganz aus.

Weiter eingegangene Mittheilungen anderer Badeverwaltungen stimmen fast sämmtlich darin überein, daß die Schwimmbassins die Anlagekosten der Bäder außerordentlich erhöhen, und ihr Winterbesuch so gering ist, daß die Einnahmen die Betriebskosten kaum decken.

Die Anlagekosten der Bäder sind, wie eben hervorgehoben, hauptsächlich durch die Anlage der Schwimmbassins sehr hohe, sie betragen z. B. für Bremen ca. 700 000  $\mathcal{M}$ , wovon für eine Erweiterung des Bades und die Anlage der 2 Schwimmbassins s. B. allein 204 000  $\mathcal{M}$  verausgabt wurden, für Hannover ca. 300 000  $\mathcal{M}$ , für Dortmund ca. 200 000  $\mathcal{M}$ , für das Dianabad in Leipzig ca. 380 000  $\mathcal{M}$ , wovon auf das Schwimmbassin nebst Zubehör allein ca. 168 000  $\mathcal{M}$  entfallen; diese Anlagekosten verstehen sich überall ohne Grund und Boden und vermögen trotzdem diese Bäder, selbst bei vollständig zinsfreier Hergabe des Capitals, theilweise kaum ihre Betriebskosten zu decken; so z. B. schließt Bremen laut Jahresbericht von 1891 mit einem Betriebs-Ueberschuß von 1191  $\mathcal{M}$  ab, Dortmund mit einem Ueberschuß von ca. 800  $\mathcal{M}$ .

Diese Ergebnisse, sowie die Erfahrungen unseres Mitbürgers Buhst, der sein Winterschwimmbassin schließen mußte, weil er keinen Besuch hatte, lassen die Anlage von Winterschwimmbädern nicht rathsam erscheinen; die Neuanlage von Sommerschwimmbädern ist aber unnöthig, da wir für den Sommer mit guten Schwimmbädern genügend versehen sind.



Dagegen ergibt das mir vorliegende Material, daß es zweckmäßig sein würde, bei dem Bau einer neuen Badeanstalt darauf Bedacht zu nehmen, daß den Bädzellen, wie sie das Wilhelmithorbad hat, noch eine Anzahl von Bädzellen comfortablerer Ausstattung hinzugefügt würde, daß ein Bad geschaffen würde mit Bädzellen 1. und 2. Klasse für Frauen und Männer, ausgestattet mit Wannenbädern und Brausebädern, letztere mit beliebigem Verbrauch von warmem und kaltem Wasser.

Ein solches Bad dürfte allen billigen Anforderungen entsprechen, sein Bau wäre ohne zu große Geldopfer zu ermöglichen, und ersuche ich darum die geehrten Herren, meinem Antrage, welcher einen solchen Bau bezweckt, zuzustimmen resp. denselben zu unterstützen.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

#### **XVII. Wahl von 3 Mitgliedern zu der Deputation für die Vorberathung einer neuen Straßenpolizeiordnung.**

Wie der Herr Vorsitzende mittheilt, hat der Stadtmagistrat eine der Versammlung im Entwurfe vorgelegte Straßenpolizeiordnung in der Commissionsberathung zurückgezogen und anheimgegeben, eine aus 2 Magistratsmitgliedern und 3 Mitgliedern der Versammlung bestehende Deputation, welcher noch ein Mitglied der Herzoglichen Polizei-Direction beizuordnen wäre, einzusetzen, um einen anderweiten Entwurf aufzustellen, welcher dann zunächst der Statutencommission zu überweisen sein würde. Nachdem sich die Versammlung mit der Einsetzung einer solchen Deputation einverstanden erklärt hatte, ordnet dieselbe die Herren Wolff II und Lord durch Zuzuf und Herrn Fiedel durch Wahl mittelst Stimmzettel in die Deputation ab.

#### **XVIII. Anfrage des Herrn Brückmann nach dem Stande der Vorarbeiten in der Trinkwasserfrage.**

Herr Brückmann begründet seine Frage nach dem Stande der Vorarbeiten in der Trinkwasserfrage mit dem Hinweise darauf, daß seit der Verwilligung einer Summe zu dem fraglichen Zwecke  $\frac{3}{4}$  Jahr verflossen seien, ohne daß man wisse, wie weit die Vorarbeiten gediehen seien. Wenn man bedenke, daß trotz der schärfsten Maßregeln des Herzoglichen Staatsministeriums immer noch Verunreinigungen des Okerwassers vorkommen, so müßte man wünschen, daß die Vorarbeiten möglichst bald zum Abschlusse gelangten, um bei etwa eintretendem anhaltenden Frostwetter nicht wieder den Gefahren des letzten Winters ausgesetzt zu sein.

Die Beantwortung der Anfrage muß wegen Abwesenheit des Herrn Oberbürgermeisters Pockels verschoben werden.

#### **XIX. Selbstständiger Antrag des Herrn Brückmann auf Untersuchung des Leitungswassers.**

Wie Herr Brückmann zur Begründung des Antrages:

„Der Magistrat wolle veranlassen, daß das Wasser der städtischen Wasserleitung in angemessenen Zeitabschnitten untersucht und das Ergebnis der chemischen Untersuchung durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt gegeben werde,“

ausführt, würde es eine Beruhigung für die Bürgerschaft sein, wenn die schon jetzt regelmäßig vorgenommenen Begutachtungen des städtischen Leitungswassers auch bekannt gegeben würden.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

#### **XX. Selbstständiger Antrag des Herrn Weber auf bessere Beleuchtung des Wenden- und Neustadtringes.**

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, eine bessere Beleuchtung des Wenden- und Neustadtringes vornehmen zu lassen,“ wird von Herrn Weber damit begründet, daß die Stadt den Privatunternehmern hinsichtlich der Beleuchtung der Straßen mit gutem Beispiele vorangehen und von diesen nicht mehr verlangen müßte, als sie selbst auf ihren eigenen Straßen leiste. Die Beleuchtung der bezeichneten beiden Straßen sei aber bei 3 Gasflammen in einer Entfernung von 1000 m eine so mangelhafte, daß man nicht nur Gefahr laufe, gegen Bäume anzurennen und sich gegenseitig anzurempeln, sondern daß man möglicherweise dort durch Absturz verunglücken könne, indem die anliegenden, uneingefriedigten Grundstücke bedeutend tiefer liegen als die Straße selbst. Die in der Nähe der Brücke angebrachte Einfriedigung sei so mangelhaft, daß sich auch dort leicht ein Unglück zutragen könne.

Der Antrag wird nach genügender Unterstützung der Finanzcommission zur Vorberathung zugefertigt.

#### **XXI. Selbstständiger Antrag des Herrn Riecke auf Ausdehnung der Wahlzeit bei den Stadtverordnetenwahlen.**

Herr Riecke hält es für einen Act der Billigkeit, seinem Antrage:

„Der Magistrat im Vereine mit der Versammlung wolle in Anbetracht der nächsten Stadtverordnetenwahl im August- und Steinhorbezirke diese

Wahlen von Morgens 11 Uhr bis Abends 8 Uhr ausschreiben resp. stattfinden lassen, weil bei nur zwei Urnen um die Mittagszeit der Andrang zu groß ist, viele Arbeiter deshalb nicht in der Lage sind, ihr sich erworbenes Wahlrecht weder Mittags noch Abends ausüben zu können,“

Folge zu geben und bittet deshalb um Unterstützung, bezw. Annahme desselben. In anderen Städten sei man solchem Wunsche auch bereits nachgekommen.

Herr Stadtrath Meyer glaubt nicht, daß der Magistrat ohne Weiteres in der Lage sei, dem Wunsche des Herrn Kiefe, welchem eine gewisse Berechtigung nicht aberkannt werden könne, zu entsprechen, weil es nach §. 33 der Städteordnung Sache der Wahlvorsteher sei, die Wahlzeit festzusetzen. Der Magistrat habe dem hier geäußerten Wunsche schon insofern Rechnung getragen, als er den beiden Wahlvorstehern anheimgegeben, die Zeit zu verlängern. Wenn auch die beiden Herren sich hierzu geneigt gezeigt haben sollen, so wisse er doch nicht, ob sie darauf wirklich eingehen werden. Der Magistrat würde auf die Festsetzung der Wahlzeit nur dann einwirken können, wenn die Dauer derselben ihm unter Berücksichtigung der abzugebenden Stimmen zu kurz erscheine.

Herr Sievers als einer der beiden Wahlvorsteher erklärt sich bereit, den Fall mit Herrn Halle in Erwägung zu nehmen, wenn er auch schon jetzt seine Ansicht dahin aussprechen wolle, daß er nicht sehr geneigt sei, auf den Wunsch einzugehen. Er habe bei der wiederholten Ausübung der Wahlvorstehererschaft noch niemals beobachtet, daß Wähler unverrichteter Sache aus dem Wahllocale wieder fortgegangen seien.

Der Gegenstand wird damit verlassen, da die Versammlung nicht weiter auf denselben eingehen kann.

## XXII. Anfragen des Herrn Nieß wegen verschiedener Angelegenheiten.

### Anfrage 1:

„Ist der Stadtmagistrat in Kenntniß von dem zeitweiligen Stande des Bahnbaues Gifhorn-Braunschweig, bezw. kennt der Magistrat keinen Weg, um diesen Bahnbau im öffentlichen Interesse zu beschleunigen?“

Eine Antwort kann wegen Abwesenheit des Herrn Oberbürgermeister Pockels nicht erteilt werden.

### Anfrage 2:

„In öffentlichen Mittheilungen aus Magdeburg und Hannover ist von Inangriffnahme der Vorarbeiten für den Rhein-Elbe-Canal geschrieben und in dem Berichte aus einer Versammlung der Interessenten die Zuziehung der Stadt Braunschweig besprochen. Ist eine solche Anforderung

an die Stadtverwaltung herangetreten, bezw. will der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung eine bezügliche Vorlage machen?"

Herr Nieß hält es für geboten, daß die Stadt Braunschweig nicht warte, bis eine Anforderung in dieser Angelegenheit an sie herantrete, sondern daß sie nicht versäume, ihre Geneigtheit zur Betheiligung zu erkennen zu geben.

Diese Anfrage beantwortet namens des Magistrates Herr Stadtrath Haake: Eine bezügliche Anforderung sei an die Stadt noch nicht ergangen. Er wolle über den Gegenstand einiges aus dem Gedächtnisse mittheilen. Im September habe in Hannover eine von dem Ausschusse zur Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Canals einberufene Versammlung stattgefunden, in welcher mitgetheilt worden, daß der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten angegangen sei, die Vorarbeiten für den Canal zu übernehmen und sei dabei ohne Weiteres die vom Ausschusse gesammelte Summe von etwa 50 000 M. dem Minister zur Verfügung gestellt worden. Der Minister habe wohl seine Bereitwilligkeit zur Uebernahme der Vorarbeiten kundgegeben, zugleich aber sich ausbedungen, daß auch die durch diese Arbeiten entstehenden Mehrkosten von vielleicht 80 000 M. seitens des Ausschusses aufzubringen seien. Bei der Verhandlung über die Aufbringung dieser Summe habe man nun in der Versammlung gemeint, daß die interessirten Stadtgemeinden mit dazu beitragen könnten und sei bei dieser Gelegenheit auch wohl die Stadt Braunschweig mit genannt worden; jedoch habe man nicht weiter darauf zugeschlagen. Bekanntlich seien früher zwei Linien, eine südliche und eine nördliche, für den Canal in Aussicht genommen. Die südliche Linie, welche von Hannover über Lehrte-Beine-Braunschweig-Wolfenbüttel-Börßum durch den Dichtersleber Bruch in die Elbe oberhalb Magdeburgs führe, lasse sich einmal wegen bedeutender Terrainschwierigkeiten und dann auch wegen der schwer zu lösenden Wasserfrage nur schwer ausführen. Das Terrain erfordere die Anlegung einer Menge von Schleusen und gegen die Entnahme von Wasser aus der Oker oberhalb der Stadt Braunschweig werde sich letztere energisch zur Wehr setzen. Dazu trete bezüglich des letzteren Punktes auch noch der Umstand, daß nach einem Gutachten des hiesigen Architecten- und Ingenieur-Vereins die Oker nicht einmal eine genügende Masse Wasser werde liefern können. Diese Linie habe man deshalb fallen lassen und die nördliche Linie über Lehrte-Dibberse-Wolmirstedt in Aussicht genommen. Dieselbe besitze den Vorzug, daß sie auf der 160 km langen Strecke Bückeburg-Wolmirstedt in einem Niveau fortgeführt werden könne. In Bezug auf die Ueberschreitung der Flüsse sei zu erwähnen, daß sämtliche zwischen Weser und Elbe liegende Flüsse mittels Aquäducte überführt werden müssen. Auf der Magdeburger Seite bedürfe man nur weniger Schleusen, um in die Elbe zu kommen. Die preussische Regierung habe denn auch bereits einen Regierungsrath, welcher seinen Wohnsitz in Hannover genommen, mit den Vorar-

beiten betraut. Für Braunschweig liege die Sache so, daß die Stadt darnach streben müsse, einen Zweigcanal zu bekommen. Eine nähere Heranlegung des Canals an die Stadt Braunschweig stoße muthmaßlich auf wesentliche Terrainschwierigkeiten, welche die Anlegung weiterer Schleusen erheischen würde. In der Versammlung zu Hannover habe er erklärt, daß der hiesige Canal-Verein bereit sei, 500 M zu den Vorarbeiten zu bewilligen, was inzwischen auch geschehen sei.

#### Anfrage 3:

„Hat sich der Stadtmagistrat seit der letzten Besprechung der Angelegenheit mit der Anlage bezw. Erwerbung eines Spielplatzes im Westen der Stadt beschäftigt und gedenkt der Magistrat der Versammlung eine bezügliche Vorlage zu machen?“

leitet Herr Nieß mit dem Hinweise darauf ein, daß früher der Antrag auf Schaffung eines Spielplatzes an der Ecke der Kreuz- und Ringstraße, bezw. in der Nähe dieser Stelle gestellt sei und der Magistrat sich z. B. bereit erklärt habe, diesen Plan in Erwägung zu nehmen.

Herr Stadtrath K e t e m e y e r erwidert, diese Angelegenheit habe schon früher ihre Erledigung dadurch gefunden, daß vom Magistrate der betr. Antrag abgelehnt und der Versammlung davon auch entsprechende Mittheilung gemacht sei.

#### Anfrage 4:

„Kann der Magistrat Aufschluß geben über den gegenwärtigen Stand der Kirchenbauangelegenheit, bezw. der neu zu errichtenden hiesigen Kirchengemeinden?“

Herr Nieß ist der Ansicht, daß es dem Magistrate nicht unangenehm sein könne, wenn eine Aufklärung hierüber herbeigeführt werde, damit der Magistrat sich durch die Stellungnahme der Versammlung bei seinem Vorgehen gesichert fühle.

Die Beantwortung kann ebenfalls in Folge Abwesenheit des Herrn Oberbürgermeisters nicht stattfinden.

#### Anfrage 5:

„Hat sich der Magistrat entschlossen, im nächsten Stadthaushaltsplane die Canalisirung der Echtern-, Gölben-, Breiten- und Görtelingerstraße aufzunehmen?“

Herr Stadtrath K e t e m e y e r entgegnet, daß diese Straßen allerdings dringend der Canalisation bedürfen, daß indessen nicht Alles auf einmal gemacht

werden könne. Die Straßen müssen die Vorfluth erst durch die neue Verbindungsstraße zwischen Kaiser- und Wendenstraße erhalten, woselbst ein großer gemauerter Canal anzulegen sei. Im Uebrigen werde der nächstjährige Etat wieder eine große Anzahl zu canalisirender Straßen enthalten.

Die öffentliche Sitzung wird darauf geschlossen.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung die Beförderung der städtischen Beamten Brennecke und Pape, sowie die Pensionirung des erkrankten Schuldieners Riegel und die etatsmäßige Anstellung des ersten Schlachthaus-Thierarztes Koch.

Schluß 7<sup>3/4</sup> Uhr.

---

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 28. December 1891.

Öffentlich:

|                                                                                                    |            |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| I. Gesuche, betr. die Höfenstraße . . . . .                                                        | Seite 376. |
| II. Normaletat für die Lehrer der gehobenen Schulen und die Schuldiener . . . . .                  | " 377.     |
| III. Gesuch wegen Schädigung durch Canalisationsarbeiten . . . . .                                 | " 378.     |
| IV. Erwerb einer Straßenfläche am Alsterwiekinge . . . . .                                         | " 379.     |
| V. Verkauf eines Flächenabschnittes am Damme . . . . .                                             | " 379.     |
| VI. Erlaß an der Pacht für die Badeanstalt . . . . .                                               | " 379.     |
| VII. Theilortsbauplan für die Langestraße . . . . .                                                | " 380.     |
| VIII. Anfrage des Herrn Nieß wegen Fertigstellung der Bahnlinie nach Gifhorn . . . . .             | " 380.     |
| IX. Desgl. wegen der Kirchenbauangelegenheit . . . . .                                             | " 381.     |
| X. Selbstständiger Antrag des Herrn Brückmann auf Untersuchung des Leitungswassers . . . . .       | " 382.     |
| XI. Desgl. des Herrn Weber auf bessere Beleuchtung des Wenden- und Neustadtringes . . . . .        | " 383.     |
| XII. Anfrage des Herrn Brückmann nach dem Stande der Vorarbeiten in der Trinkwasserfrage . . . . . | " 384.     |
| XIII. Vergleich im Zwangsenteignungsverfahren . . . . .                                            | " 385.     |
| XIV. Rückzahlung von Baukosten für die Nordstraße . . . . .                                        | " 385.     |
| XV. Ankauf der Cammerwiesen für den Bürgerpark . . . . .                                           | " 385.     |
| XVI. Veranlagung gewerblicher Etablissements zu Extrawegebeiträgen . . . . .                       | " 386.     |
| XVII. Heranziehung einer zweiten Schwester vom rothen Kreuz . . . . .                              | " 386.     |

|                                                                      |                                                                                                     |            |
|----------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| XVIII.                                                               | Grundsätze für Schulgelberleichterungen . . . . .                                                   | Seite 387. |
| XIX.                                                                 | Anschaffung von Abfuhrwagen . . . . .                                                               | " 388.     |
| XX.                                                                  | Aufnahme einer neuen Straße in den Ortsbauplan . . . . .                                            | " 393.     |
| XXI.                                                                 | Bewilligung von Canalisationskosten. . . . .                                                        | " 393.     |
| XXII.                                                                | Anstellung verschiedener Proceffe. . . . .                                                          | " 393.     |
| XXIII.                                                               | Der Etat der Friedhofscasse. . . . .                                                                | " 394.     |
| XXIV.                                                                | Wahl eines Commissionsmitgliedes. . . . .                                                           | " 394.     |
| XXV.                                                                 | Selbstständiger Antrag des Herrn G ü n t h e r auf Errichtung einer Volks-<br>badeanstalt . . . . . | " 394.     |
| XXVI.                                                                | Desgl. des Herrn B r ü c k m a n n auf Pensionirung alter Nachtwächter . . . . .                    | " 395.     |
| <b>Vertraulich:</b>                                                  |                                                                                                     |            |
|                                                                      | Neuwahl von Armenpflegern . . . . .                                                                 | " 396.     |
|                                                                      | Wahl eines Mitgliedes der Armendirection . . . . .                                                  | " 396.     |
|                                                                      | Wahl von Schätzern in Gemäßheit des Viehsteuergesetzes . . . . .                                    | " 396.     |
|                                                                      | Remunerirung des Assessors Boden . . . . .                                                          | " 396.     |
|                                                                      | Anstellung eines Laternenvärters . . . . .                                                          | " 396.     |
|                                                                      | Anstellung eines Schulpedellen . . . . .                                                            | " 396.     |
| <b>Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.</b> |                                                                                                     |            |
|                                                                      | Reclamationen in der Recursinstanz. . . . .                                                         | " 396.     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels und Stadträthe Haake, Ketemeyer, Heymann, Meyer und Hambohr, sowie Assessor Boden.

Entschuldigt Herr Meyer; außerdem fehlen die Herren Ding und Seele. Später erscheinen die Herren Reiche, Semler und Wilke.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff II, eröffnet die Sitzung und heißt zunächst Herrn Günther als neues Mitglied der Versammlung willkommen. Darauf wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

### I. Gesuche, betr. die Höfenstraße.

Die Anwohner der Höfenstraße sind bei der Versammlung vorstellig geworden, zu veranlassen, daß die von ihnen bewohnte Straße baldigst in Stand gesetzt werde. Außerdem hat der an derselben Straße wohnende Schlossermeister Gottlieb Achilles die Versammlung gebeten, den ihm durch unrichtige Absteckung seines Grundstückes, sowie durch die projectirte Verlegung der Höfenstraße erwachsenden Schaden stadtsseitig zu vergüten, oder sein Grundstück mit drei Häusern zum Preise von 130 000 M für die Stadt anzukaufen.

Wie die Herren Uhde und Wolff II namens der Statutencommission berichten, scheiterte die dringend nothwendige Canalisation der Höfenstraße gerade an



der hohen Forderung des Bittstellers Achilles. Wenn die Ansprüche desselben thatsächlich begründet seien, so lasse sich die Sache in der vorliegenden Form nicht erledigen, sondern der Bittsteller müßte auf den Proceßweg verwiesen werden. Die Commission empfehle daher bezüglich beider Eingaben Uebergang zur Tagesordnung.

Auf die Frage des Herrn Bültmann, ob mit Rücksicht auf die durchaus nothwendige Canalisation der Höfenstraße bezüglich des Achilles'schen Eigenthums nicht das Expropriationsverfahren eingeleitet werden könne, erwidert

Herr Stadtrath Ketsmeyer, daß solches wohl zulässig sei. Der Magistrat habe sich indessen mit Rücksicht auf die gerade bei Theilexpropriationen gemachten üblichen Erfahrungen auf den Standpunkt gestellt, das Expropriationsverfahren nur da zu beantragen, wo das öffentliche Interesse solches erfordere. Hier aber komme nach der Ansicht des Magistrates das öffentliche Interesse nur in zweiter Linie, das Interesse der Anlieger dagegen in erster Linie in Frage, aus welchem Grunde der Magistrat beschlossen habe, nicht eher auszubauen, bis die Anlieger der Stadtverwaltung mehr entgegenkommen. Wenn in der Commission erwogen sei, ob nicht diejenigen am weitesten nach Osten zu belegenen Grundstücke, deren Eigenthümer sich geneigt gezeigt haben, dem Magistrate entgegenzukommen, zunächst ausgebaut werden könnten, während der übrige Theil der Straße liegen bleibe, so werde ein dementsprechender Beschluß der Versammlung magistratsseitig zunächst der Städtischen Bauverwaltung zur gutachtlichen Aeußerung überwiesen werden.

Herr Rieke hält eine Instandsetzung dieses Theiles der Höfenstraße mit Rücksicht auf den schlechten Zustand derselben für durchaus nothwendig. Wenn er auch wisse, daß mit Achilles und seinem Rechtsbeistande nicht gut fertig zu werden sei, so könne andererseits aber auch die Stadt nicht von aller Schuld freigesprochen werden, da das Achilles'sche Grundstück thatsächlich zuerst von dem Bauverwalter Böcker falsch vermessen sei.

Die Versammlung beschließt sodann, über die beiden Eingaben zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

## II. Normaletat für die Lehrer der gehobenen Schulen und die Schuldiener.

Behufs Einführung des von der Versammlung am 13. November v. Js. festgestellten Normalstats für die Lehrer und Lehrerinnen an den drei gehobenen städtischen Schulen, sowie für die bei den sämtlichen städtischen Schulen angestellten Schuldiener sind besondere Uebergangsbestimmungen getroffen, nach welchen die erhöhten Gehaltsätze den derzeit im Amte befindlich gewesenen Personen nicht sofort im vollen Umfange, sondern unter Vertheilung deren Betrages auf die Jahre

1891—1894 gewährt werden sollen. Mit Rücksicht darauf, daß bei der Erhöhung der Gehälter der Bürgerschullehrer und der städtischen Beamten ähnliche Uebergangsbestimmungen nicht getroffen, sondern die nach der neuen Scala entfallenden Gehälter sofort voll gewährt worden sind, ersucht der Magistrat auf Anregung aus den Kreisen der beteiligten Lehrerschaft, die fraglichen Uebergangsbestimmungen für die Lehrer und Lehrerinnen der städtischen höheren Schulen und für die sämtlichen Schuldiener zum 1. April 1892 außer Kraft zu setzen und den betr. Personen die Aufbesserungen von diesem Zeitpunkte ab voll zukommen zu lassen. Die Mehrausgabe für die Lehrerschaft würde betragen im Jahre 1892 = 1875 M, im Jahre 1893 = 825 M und im Jahre 1894 = 206,50 M, während bei den Schuldienern nur im Jahre 1892 eine Mehrausgabe von 150 M entstehen würde.

Die Schulcommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Hauswaldt dem Magistratsantrage voll an, sie wünscht indessen, noch einen Schritt weiter zu gehen und gebe daher der Versammlung anheim, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, derselbe wolle sich mit der Bewilligung der Gehaltserhöhungen rückwirkend vom 1. April 1891 ab einverstanden erklären. Wenn man einmal die Billigkeit der Forderung anerkenne, so könne man die Beteiligten auch schon vom 1. April des laufenden Jahres ab in den Vollgenuß des ihnen zustehenden Gehaltes setzen, zumal da die hierdurch entstehende Mehrausgabe sich nur auf 2100 M belaufen werde.

Herr Lord möchte den Antrag der Schulcommission unterstützen, weil hinsichtlich der Behandlung der einzelnen Lehrer sich unbeabsichtigte Härten herausgestellt haben, welche Einzelne stark benachtheiligen. Ferner sei es aus Gründen der Zweckmäßigkeit und Billigkeit zu empfehlen, daß auch diese Leute der Vergünstigung schon jetzt theilhaftig werden, nachdem die sämtlichen übrigen Lehrer und alle städtischen Beamten bereits am 1. April d. Js. in den Genuß der Gehaltserhöhung getreten seien.

Herr Oberbürgermeister Pockels weist darauf hin, daß bei Durchführung des Commissionsantrages die Mehrausgabe für das Etatsjahr 1891 nur 1181,25 M betragen würde, da die Gehaltserhöhungen nur für die 9 Monate vom 1. April bis Ende December zu berechnen seien.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit dem Commissionsantrage angenommen.

Herr Oberbürgermeister Pockels ist in der Lage, magistratsseitig zu erklären, daß dem Antrage Folge gegeben werden solle.

### III. Gesuch wegen Schädigung durch Canalisationsarbeiten.

Der Gastwirth Wilhelm Hinkelmann hieselbst, Wendensstraße 39, ersucht die Versammlung, dahin zu wirken, daß ihm der durch die achtwöchige, in Folge

Canalisirung veranlaßte Sperrung der Wendenstraße entstandene Schaden durch Zahlung einer Entschädigung von 500 M ersetzt werde. Der Antragsteller hebt dabei hervor, die Canalisationsarbeiten seien wesentlich dadurch in die Länge gezogen, daß die Wilhelmstraße gleichzeitig mit canalisirt sei und die Arbeiten in Folge dessen hier stillgelegen haben.

Die Statutencommission nimmt, wie Herr Wolff II berichtet, den Standpunkt ein, daß der Mann, wenn ihm wirklich ein im Wege des Rechtes zu erstreitender Schaden erwachsen sei, auch den Rechtsweg beschreiten möge, daß indessen eine ungebührliche Verzögerung der Canalisirungsarbeiten auf der Wendenstraße bestritten werden würde. Außerdem liege für die Versammlung auch keine Veranlassung vor, derartige Gesuche genehm zu halten, weil sonst die städtischen Behörden mit einer ganzen Fluth solcher Gesuche bedacht werden würden.

Der Antrag der Commission auf Uebergang zur Tagesordnung wird von der Versammlung angenommen.

#### IV. Erwerb einer Straßenfläche am Altwiekringe.

Der Magistrat hat vom Maurermeister Röper auf dessen Wunsch zwei Flächen seines am Altwiekringe belegenen Grundstückes, welche zur Fortsetzung der Landstraße bestimmt und zu 90 bezw. 208 qm vermessen sind, zum Einheitspreise von 10 M erworben und ersucht um Genehmigung des dieserhalb aufgenommenen Vertrages.

Die Versammlung beschließt auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, nach dem Antrage.

#### V. Verkauf eines Flächenabschnittes am Damme.

Dem am Damme belegenen Grundstück des Goldschmieds Max Hesse ist nach dem Ortsbauplane eine Fläche von 2,5 qm beizulegen, welche der Genannte zum Einheitspreise von 40 M zu kaufen beabsichtigt. Der Magistrat beantragt, diesen Verkauf zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die wiederum Herr Bültmann berichtet, geschieht.

#### VI. Erlaß an der Pacht für die Badeanstalt.

Der Pächter der städtischen Badeanstalt hat an den Magistrat die Bitte gerichtet, ihm mit Rücksicht auf die ohne seine Schuld erfolgte verspätete Eröffnung der Anstalt einen Pächterlaß von 600 M zu gewähren, da er bei Weitem nicht auf seine Kosten gekommen sei. Der Magistrat unterstützt dieses Gesuch unter Hinweis auf die von dem p. Hensel geltend gemachten und als zutreffend zu erachtenden Gründe und giebt anheim, die Rückzahlung von 600 M zu genehmigen.

Herr Sievers empfiehlt namens der Finanzcommission die Genehmigung der Vorlage. Wenn der Ausfall in den Einnahmen zum guten Theile auch in dem schlechten Sommer liege, so sei doch andererseits anzuerkennen, daß durch die erst am 5. Juni statt am 15. Mai erfolgte Eröffnung der Badeanstalt dem Pächter mancher Abonnent verloren gegangen sei, welcher in Folge des späteren schlechten Wetters sich nicht mehr zu einem Abonnement entschlossen habe.

Herr Günther will sich diesen Ausführungen anschließen, zugleich aber bemerken, daß die von Hensel zu zahlende Pachtsumme viel zu hoch sei, um auch in weiteren Jahren, selbst bei günstigerem Wetter eine Rente abzuwerfen. Dabei wolle er noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß auf der Freibadeanstalt das Osterbett unter dem großen Sprungbrette noch weiter ausgebaggert werden möchte, weil dort die Tiefe unter dem Wasserspiegel nur Mannshöhe betrage und demnach nicht als ausreichend zu erachten sei, um Unglücksfälle zu vermeiden.

Der Pächterlaß wird darauf genehmigt.

#### VII. Theilortsbauplan für die Langerstraße.

Dem Antrage des Magistrates, für die Südseite der Langerstraße eine neue Baufluchtlinie zu genehmigen, stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr U h d e berichtet, zu.

#### VIII. Anfrage des Herrn Nieß wegen Fertigstellung der Bahnlinie nach Gifhorn.

Zur Beantwortung dieser in der vorigen Sitzung gestellten Anfrage (Seite 371 des Prot.) nimmt Herr Oberbürgermeister Pockels das Wort: „Ich bin zur Beantwortung der Anfrage bereit, obgleich ich die Begründung derselben nicht kenne. Ueber den Stand der Bahnangelegenheit ist uns Folgendes bekannt geworden: Die Bahnlinie auf der Strecke von der Landesgrenze bis nach Querum hatte schon längerzeitig festgestanden, und vor einigen Monaten ist nun auch die Strecke Querum-Braunschweig landespolizeilich genehmigt und festgestellt worden, so daß jetzt der Ausführung des Baues irgend welche Schwierigkeiten nicht mehr entgegenstehen dürften. Die Bahn wird diesseits Glesmarode die Glesmaroderstraße, welche dort etwas vertieft werden soll, überschreiten und wird dann im östlichen Hange des Rußberges fortgeführt werden, wo sie in der demnächstigen Verlängerung der Kaiser-Wilhelmstraße wiederum über die Straße selbst hinweggeführt werden soll. Sie wird dann an der entgegengesetzten Seite des Rußberges — also in der verlängerten Luftlinie der Kastanienallee — den Riddagshäuserweg durchschneiden und zwar derartig, daß die Bahn unter dem Wege hindurchgeführt wird, um auf der Rückseite des Centralfriedhofes in die Helmstedter Bahn einzumünden. Bei Glesmarode wird eine Haltestelle für den Personenverkehr

eingerrichtet, während eine gleiche Einrichtung für den Güterverkehr seitens der preußischen Verwaltung wegen der Höhe des dortigen Bahnkörpers nicht hat zugestanden werden können. Außerdem schweben noch Verhandlungen wegen Verschiebung oder Höherlegung der Helmstedterstraße zwischen dem Marienstifte und dem Streitberge so zwar, daß diese Straße über die Bahn hinweggehen soll. Nach alledem ist die Bahnlinie für die Stadt Braunschweig so günstig festgestellt, wie es unter den obwaltenden Verhältnissen nur möglich war und zwar dank der Fürsorge unserer Landesregierung und dem schließlichen Zugeständnisse der preußischen Verwaltung. Aus welchem Grunde der Bahnbau nicht schon jetzt, nachdem er Ende October landespolizeilich genehmigt war, zur Ausführung gebracht, oder doch mindestens in Angriff genommen ist, ist mir unbekannt. Ich muß annehmen, daß der Grund der Verzögerung in der starken Arbeitsbelastung der technischen Behörden und in der ungünstigen Jahreszeit liegt und darf man sich der Hoffnung hingeben, daß mit Eintritt der besseren Jahreszeit das Project zur Ausführung gebracht werden wird. Jedenfalls würden dem Magistrate Mittel und Wege, auf eine Beschleunigung der Angelegenheit hinzuwirken, nicht zur Seite stehen.“

#### IX. Anfrage des Herrn Nieß wegen der Kirchenbauangelegenheit.

Herr Oberbürgermeister Pockels führt zur Beantwortung der ebenfalls in der vorigen Sitzung gestellten Anfrage (Seite 373 des Prot.) Folgendes aus: „Das Herzogl. Staatsministerium hat sich auf unsern Antrag bereit erklärt, dem Landtage den Entwurf eines Gesetzes über die Aufbringung der Parochiallasten in hiesiger Stadt unter Berücksichtigung unserer desfallsigen Wünsche vorzulegen. Auch hat dasselbe die höchste Genehmigung der wesentlichen Punkte der vom Kirchenconvente beschlossenen Neuordnung des hiesigen Kirchenwesens in Aussicht gestellt. Ferner hat sich das Herzogliche Staats-Ministerium bereit erklärt, einen entsprechenden Staatszuschuß zu den Kosten der Neuordnung bei der Landesversammlung zu beantragen. Dabei sind aber vom Herzoglichen Staatsministerium unsere Rechtsausführungen, wonach die Stadt zur Uebernahme der aus der neuen Einrichtung erwachsenden Kosten von Rechtswegen nicht verpflichtet ist, bestritten und ist ausgeführt, daß allerdings der Stadt eine solche Verpflichtung obliege und daß in Folge dessen der Stadt auch kein Rechtsanspruch auf den Patronat über diese neuen Kirchen zustände. Auf Grund dieser verschiedenen Rechtsanschauungen hat das Herzogl. Staatsministerium uns einen Vergleich dahin vorgeschlagen, daß die Besetzung der neuen Pfarrstellen unter noch näher festzusetzenden Bedingungen zwischen Staat und Stadt alterniren möge. Diese Angelegenheit liegt augenblicklich dem Kirchenconvente zur Beschlußfassung vor, und wird je nach dem Ausfalle derselben auch die Versammlung sich demnächst mit der Sache wieder zu beschäftigen haben.“

# **X. Selbstständiger Antrag des Herrn Brückmann auf Untersuchung des Leitungswassers.**

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag (Seite 370 des Prot.), welcher lautet:

Der Magistrat wolle veranlassen, daß das Wasser der städtischen Wasserleitung in angemessenen Zeitabschnitten untersucht und das Ergebniß der chemischen Untersuchung durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt gegeben werde,

berichtet namens der Statutencommission Herr Blasius: „Was den ersten Theil des Antrages betrifft, so ist der Magistrat den Anforderungen bereits seit längerer Zeit nachgekommen. Es wird nämlich, wahrscheinlich auf Veranlassung des Magistrats, speciell aber auf Requisition der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke, das städtische Leitungswasser und das Okerwasser oberhalb des Klärbassins regelmäßig von Professor Beckurts in chemischer und vom Redner in bacteriostopischer Beziehung untersucht. Diese Untersuchungen laufen schon seit mehreren Jahren und sind im ersten Theile dieses Jahres wöchentlich drei Mal am Leitungswasser und ein Mal am Okerwasser oberhalb des Klärbassins vorgenommen. Seit dem 1. November, wo also die Campagne der Zuckerfabriken begonnen hat, wird das Leitungswasser täglich und das Okerwasser drei Mal wöchentlich untersucht. Diese Untersuchungen haben folgende Resultate ergeben: Wenn man zurückgeht auf den Anfang dieses Jahres, so muß zunächst daran erinnert werden, daß das städtische Leitungswasser bis zum 24. Januar stark verunreinigt gewesen war, von diesem Tage ab aber den ihm bis dahin eigenen ekelhaften Geruch und Geschmack allmählig verlor und sich immer weniger verunreinigt zeigte, so daß es seine normale Beschaffenheit Mitte Februar wieder erlangt hatte. Soweit Geruch und Geschmack, sowie die Untersuchungen eine Beurtheilung zulassen, hat nun das Leitungswasser bis heute, einige wenige Tage ausgenommen, eine Verunreinigung durch Abwässer von Zuckerfabriken nicht gezeigt. Die durch einige Tage im October bemerkte Verunreinigung der Oker ist durch die Zuleitung einer nahegelegenen Zuckerfabrik veranlaßt, welche jedoch in Zukunft in Folge der getroffenen Maßregeln unterbleiben dürfte. Es sind von der Herzogl. Landesregierung und dem Magistrate thatsächlich alle Schritte gethan, um das Leitungswasser vor solchen Verunreinigungen, wie sie im Winter 1890/91 statthatten, künftig zu bewahren, und diese Schritte sind nach dem Gutachten der beiden genannten Sachverständigen von gutem Erfolge begleitet gewesen. Das Wasser ist unausgeseht seit dem 1. November d. J. chemisch und bacteriostopisch gut gewesen. Es nützt nichts, wenn die bei den Untersuchungen gefundenen Zahlen verlesen werden, wie solches in der Commissionsberatung bereits geschehen ist. Aus den Unter-

fuchungsergebnissen soll nur Folgendes hervorgehoben werden: Nicht ein einziges Mal ist in dem Wasser Ammoniak gefunden, ebenso wenig wie salpetrige Säure. Der Gehalt an Chlor und an organischen Substanzen hat die zulässige Maximalzahl nicht überschritten. Der Gehalt an Mikroorganismen ist über das zulässige Maß niemals hinausgegangen und sind namentlich in den letzten Tagen geradezu vorzügliche Resultate aufzuweisen. Während jetzt 40—50 Mikroorganismen im Cubikcentimeter Wasser gefunden wurden, ging diese Zahl im letzten Winter bis auf viele Tausend. Das Wasser ist also in diesem Winter immer als ein gutes zu bezeichnen gewesen.

Vom Stadtmagistrate ist auch geäußert worden, daß, wenn das Wasser überhaupt schlecht gewesen wäre, es Sache des Magistrats gewesen sein würde, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen. Andererseits ist aber in der Commission wohl anerkannt, daß durch die verschiedenen Klagen in der Presse u. eine gewisse Beunruhigung bei der Bevölkerung eintreten konnte, wenn dieselbe nach diesen Darlegungen auch als begründet nicht anzuerkennen sei, und daß, um diese Beunruhigung für die Folge zu vermeiden, commissionsseitig beantragt werde, den Magistrat zu ersuchen, die Resultate der regelmäßigen Untersuchungen des städtischen Leitungswassers in kleineren Zwischenräumen, mit einem kurzen Criterium der Sachverständigen über die Güte des Wassers, durch Aushang im Stadthause bekannt zu geben.“

Diesen Antrag nimmt die Versammlung an.

#### **XI. Selbstständiger Antrag des Herrn Weber auf bessere Beleuchtung des Wenden- und Neustadtringes.**

Wie Herr Wolff I namens der Finanzcommission über diesen, ebenfalls in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag (Seite 370 des Prot.) berichtet, hat sich die Commission nicht davon überzeugen können, daß wirklich ernstliche Uebelstände mit der jetzt allerdings etwas schwachen Beleuchtung auf jenen Straßen verknüpft seien, weil diese großen, breiten Straßen nur einen verhältnißmäßig schwachen Verkehr haben und nicht viel mehr als Landstraßen zu betrachten seien, indem dort hauptsächlich Wagenverkehr in Betracht komme und sich nur gelegentlich einiger Volksfeste ein stärkerer Fußgängerverkehr zeige. Immerhin werde zu erwägen sein, ob man nicht demnächst eine bessere Beleuchtung eintreten lassen wolle und erscheine es der Commission angemessen, diesen Antrag mit den sonst noch auftauchenden Wünschen der Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke zur Prüfung und eventuellen Berücksichtigung zu überweisen.

Herr Schumburg bittet, wenigstens an den Uebergang vom Wenden- zum Neustadtringe, also an die Spinnerstraßenecke, noch im Laufe des Winters eine

Laterne zu setzen, weil die Passage dort in den Morgen- und Abendstunden für die vielen Arbeiter und Arbeiterinnen namentlich wegen der vorstehenden Bordsteine außerordentlich gefährlich sei.

Herr Stadtrath Haake verspricht namens der Deputation, diesen Wunsch in Erwägung zu ziehen,

worauf der Commissionsantrag angenommen wird.

## XII. Anfrage des Herrn Brückmann nach dem Stande der Vorarbeiten in der Trinkwasserfrage.

Zur Beantwortung dieser, gleichfalls in der vorigen Sitzung gestellten und begründeten Anfrage (Seite 369 des Prot.) erklärt sich Herr Oberbürgermeister Pockels bereit und führt Folgendes aus: „Die Herren werden aus dem Begleitschreiben zum Stadthaushaltsplane inzwischen ersehen haben, daß der Magistrat dem früheren Beschlusse der Versammlung auf Anstellung fachkundiger Untersuchungen über die Beschaffenheit und Menge des in der Nähe der Stadt vorfindlichen Quellwassers durch Einstellung einer Summe von 15 000 M in den Etat für 1892 bereits nachgekommen ist. Der Magistrat hat nun zunächst einen gutachtlichen Bericht von dem Oberingenieur Wittgau eingezogen und dieser hat sich im Allgemeinen für Anstellung solcher Untersuchungen ausgesprochen und dabei besonders hervorgehoben, daß, wenn etwa nicht genügendes Grundwasser zur Wasserversorgung der Stadt aufgeschlossen werden sollte, alsbald, um eine nachhaltige gute Wasserversorgung für die Stadt sichern zu können, die Anlegung und der Betrieb eines fünften Filters nothwendig werden würde. Bald darauf hat sich ein Bohr-Ingenieur Horra aus Naumburg a. S. erboten, Tiefbohrungen auf dem Gebiete des Wasserwerkes mit Lieferung von täglich 6000 cbm Wasser vorzunehmen und für den Erfolg seiner Bohrungen auch Garantie zu leisten. Der Magistrat mußte Bedenken tragen, auf dieses Anerbieten ohne Weiteres einzugehen, da die wissenschaftliche Qualification des Herrn dem Magistrate unbekannt ist und weil es uns nicht allein darauf ankommen kann, Wasser in genügender Quantität zu bekommen, sondern man sich auch ein Bild darüber verschaffen mußte, ob Wasser in befriedigender Qualität zu finden sei. Um in dieser Richtung informiert zu werden, hat der Magistrat einerseits an den Hydrologen Professor Kloos hiersebst das Ersuchen um gutachtliche Aeußerung darüber gerichtet, ob es wahrscheinlich oder möglich sei, daß in der Nähe der Stadt, speciell auf dem Gebiete des Wasserwerkes, Grundwasser aufgeschlossen werden könnte und zwar in welcher Quantität. Gleichzeitig ist an Prof. Dr. Rud. Blasius die Bitte gerichtet, das Wasser aus anderen Tiefbrunnen der Stadt bacterioskopisch zu untersuchen. Die Gutachten der beiden Sachverständigen stehen noch aus.“



### XIII. Vergleich im Zwangsenteignungsverfahren.

Für die von dem Grundstücke der Actien-Bierbrauerei zum Feldschlößchen abgetrennte, zur Anlage der Riedestraße erforderliche und nicht 1,3 qm, sondern nur 0,7 qm große Theilfläche, über welche bereits in der Sitzung vom 15. October d. Js. verhandelt worden ist, wurde im Expropriationsverfahren ein Preis von einer Mark vereinbart, welcher auf Antrag des Magistrates

von der Versammlung bewilligt wird, nachdem der Herr Vorsitzende namens der Statutencommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

### XIV. Rückzahlung von Baukosten für die Nordstraße.

Das abermalige Gesuch des Civil-Ingenieurs Königsdorf um Uebernahme der Nordstraße muß der Magistrat in Uebereinstimmung mit der Städtischen Bauverwaltung auch jetzt noch ablehnen, da die Straße noch nicht genügend bebaut ist. Dagegen hat die Deputation zur Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke empfohlen, an Königsdorf den Rest der von ihm für das Gasrohr mit überhaupt 2178 M 60 S aufgewandten Kosten im Betrage von 1578 M 60 S zu erstatten. Der Magistrat empfiehlt diesen Vorschlag zur Annahme und hält ferner für billig und zulässig, eine weitere Rückzahlung auf die Canalisationskosten vorzunehmen. Letztere haben insgesamt 6843 M 39 S betragen und sind hierauf bereits 2000 M zurückgezahlt. Da die Canalsteuer von den an den Canal angeschlossenen einzelnen Grundstücken jetzt schon ca. 130 M jährlich beträgt, so empfiehlt der Magistrat, weitere 1000 M zurückzuzahlen.

Die Baucommission läßt durch Herrn Weber die Genehmigung der gesammten Vorlage empfehlen und die Versammlung beschließt demgemäß.

### XV. Ankauf der Cammerwiesen für den Bürgerpark.

Das Herzogliche Staatsministerium hat bezüglich der von der Stadt anzukaufenden Cammerwiesen für den Bürgerpark gefordert, daß in den mit der Herzoglichen Cammer, Direction der Domainen, abzuschließenden Kaufvertrag noch eine weitere, das Rückkaufsrecht sichernde Bestimmung aufgenommen werde folgenden Inhalts: „Wenn und insoweit die Grundstücke nach dem Ermessen der Herzoglichen Landesregierung im Wege der Zwangsenteignung für wesentliche Zwecke des Staates im Sinne des §. 33 der Neuen Landschaftsordnung von 1832 in Anspruch genommen werden müssen, in welchem letzteren Falle der Stadt die auf die zum Rückkauf kommende Fläche nachweislich aufgewandten Parkanlagekosten, ferner die etwaige Entwerthung des Restes des Kaufobjectes durch die Rücknahme eines Theiles neben dem obgedachten Rückkaufspreise seitens des Kloster- und Studienfonds zu erstatten sind.“

Diese Bedingung erachtet der Magistrat für annehmbar und erscheint es demselben auch zweckmäßig, darauf einzugehen, weil der Staat ohne einen derartigen Vorbehalt auf Schwierigkeiten bei den Landständen stoßen könnte.

Die Finanzcommission hat diese Angelegenheit nach dem Berichte des Herrn Wolff I reiflich geprüft und nimmt keinen Anstand, zu empfehlen auf die Bedingungsbedingungen einzugehen, zumal da die Rücknahme jener Wiesen nur in einem ganz außerordentlichen Falle eintreten würde.

Herr Günther hält die Annahme solcher Bedingung für sehr bedenklich, da sich vorher gar nicht übersehen lasse, von welchen Folgen dieselbe begleitet sein könne. Er erinnere nur an die Burgcaferne, die jetzt ein schweres Verkehrs- hinderniß für die Stadt bilde, während sie ohne jenen zwischen Staat und Stadt abgeschlossenen Vertrag längst beseitigt gewesen wäre. Die Bedingung sei um so weniger annehmbar, als der Staat sich das Terrain zu einem sehr angemessenen Preise bezahlen lasse.

Herr Oberbürgermeister Pockels hält den Vorbehalt des Herzoglichen Staats- ministeriums für vollständig unverfänglich, da der Staat auch ohne denselben jederzeit in der Lage sei, das Terrain im Wege der Zwangsenteignung zurückzu- nehmen, sobald wesentliche Zwecke des Staates den Rückwerb erheischen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Kieke, Stadtrath Kets- meyer und Wolff I wird die Vorlage von der Versammlung genehmigt.

#### **XVI. Veranlagung gewerblicher Etablissements zu Extrabeiträgen.**

Der Magistrat übersendet ein im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte auf- gestelltes Verzeichniß derjenigen gewerblichen Etablissements, welche für das laufende Jahr zu Extrabeiträgen für die Wegebaucaße heranzuziehen sind und außerdem noch ein Verzeichniß derjenigen gewerblichen Etablissements, welche wegen außer- gewöhnlicher Abnutzung der Interessentenwege nach den Anträgen der Verwaltungs- Deputationen der Feldmarks- Interessentenschaften zur Caße der letzteren besondere Beiträge entrichten sollen. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, die Fest- setzung der Beiträge, so wie sie in beide Verzeichnisse eingetragen sind, zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Halle berichtet, auch geschieht.

#### **XVII. Heranziehung einer zweiten Schwester vom rothen Kreuz.**

Der Vorstand des ärztlichen Vereins hat die Heranziehung einer zweiten Schwester vom rothen Kreuz behufs Ausübung der Krankenpflege in hiesiger Stadt

beantragt. Da sich die fragliche Einrichtung bewährt hat, so hält der Magistrat für angezeigt, dem Antrage stattzugeben und ersucht die Versammlung, die durch Heranziehung einer zweiten Schwester entstehenden Kosten, welche wesentlich in der dem Helenenstifte in Altona zu zahlenden Entschädigung von 600 M. jährlich bestehen, zu verwilligen, was auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Blasius berichtet, geschieht.

### XVIII. Grundsätze für Schulgelderleichterungen.

Zur Erlangung des Staatszuschusses für Durchführung von Schulgelderleichterungen in den Gemeindeschulen hatte die Versammlung am 4. September 1890 sich mit unveränderter Beibehaltung der seitherigen Grundsätze für Schulgeldermäßigungen in den hiesigen mittleren Bürgerschulen einverstanden erklärt und zugleich die Einführung der f. Z. vom Magistrate beantragten Grundsätze über den Betrag des Schulgeldes zc. in den hiesigen unteren Bürgerschulen mit der magistratsseitig empfohlenen Maßnahme beschlossen, daß über die dauernde Geltung dieser Grundsätze zum 1. April 1892 auf der Grundlage der inzwischen über ihre finanzielle Tragweite gesammelten Erfahrungen befunden werden solle. Das Herzogl. Staatsministerium hat die Einführung jener Grundsätze beanstandet, weil durch dieselben — im Widerspruche mit der Bestimmung in Anlage C des Landtagsabschiedes vom 17./12. October 1890 — der Gewährung freier Unterrichtsmittel die gleiche Bedeutung wie der Schulgeldermäßigung beigelegt werde, gleichzeitig aber sich geneigt erklärt, eine die hiesige Durchführung jener Grundsätze ermöglichende Ergänzung des gedachten Landtagsabschiedes herbeizuführen. Unter Vorbehalt späterer endgültiger Regelung dieser Angelegenheit hat Herzogl. Staatsministerium sodann mit Rücksicht darauf, daß die Stadtverwaltung neben Einführung der für die unteren Bürgerschulen beschlossenen Maßregeln sich verpflichtet hatte, einstweilen die die mittleren Bürgerschulen besuchenden dritten und folgenden Kinder derselben Eltern vom Schulgelde freizulassen, den Staatszuschuß für das Jahr 1891/92 bewilligt. Der Magistrat hält sich nach wie vor davon überzeugt, daß bei den hiesigen besonderen Verhältnissen der Absicht des mehrerwähnten Landtagsabschiedes am besten durch Festhaltung der von der Versammlung am 4. September 1890 genehmigten Anordnung entsprochen werde, wonach nicht eine gleichmäßige Schulgelderleichterung aller Eltern der die mittleren Bürgerschulen besuchenden Kinder ohne deren Antrag, vielmehr nach dem Zwecke der verabschiedeten Vereinbarung die Erleichterung je nach Bedürftigkeit der einzelnen Eltern und zwar auf deren Antrag eintreten soll. Der Magistrat beabsichtigt darnach, das Herzogliche Staatsministerium um Herbeiführung einer Ergänzung des beregten Landtagsabschiedes dahin zu ersuchen, daß der Gewährung freier Unterrichtsmittel die gleiche Bedeutung wie der Schulgeldermäßigung beigelegt werde. Vom Magistrate wird um

Zustimmung dazu ersucht, daß jene provisorischen Anordnungen, wonach in den unteren Bürgerschulen das Schulgeld nur für eins von mehreren dieselben besuchenden Geschwistern im Jahresbetrage von 4 M erhoben werde, den sämtlichen Schulkindern auch die erforderlichen Schulbücher und sonstigen Unterrichtsmittel kostenlos geliefert werden und in den mittleren Bürgerschulen die seitherigen Schulgelbsätze mit dem unterm 9. November 1880 erlassenen Regulative für die Befreiung vom Schulgelde zc. unverändert beibehalten bleiben sollen, nunmehr endgültig eingeführt und daß zugleich durch entsprechende Abänderung jenes Regulativs dem Rechte des Schulvorstandes zum Erlasse von 10 Procent des Schulgeldsolls eine Verpflichtung dahin zur Seite gestellt werde, die eingehenden Gesuche um Schulgelderlaß, je nach der Bedürftigkeit der Gesuchsteller insoweit zu berücksichtigen, als solches ohne Ueberschreitung jenes Procentsatzes möglich sein wird. Bemerkt sei hierzu noch, daß am 1. Mai 1891 die hiesigen städtischen Bürgerschulen von 11 373 einheimischen Kindern besucht wurden, wovon 5901 Kinder auf die unteren und 5472 Kinder auf die mittleren Bürgerschulen entfielen.

Die Schulcommission ist, wie Herr Rudeloff berichtet, mit dem Magistrate der Meinung, daß die im Jahre 1890 vorläufig beschlossene Einrichtung den hiesigen Verhältnissen am besten entspreche und auch den Sinn des Gesetzes in ganz vorzüglicher Weise treffe; es könne deshalb die Vorlage nur zur Annahme empfohlen werden. Die Gewährung freier Unterrichtsmittel in den unteren Bürgerschulen habe sich außerordentlich bewährt, denn die Leistungen der Kinder haben sich bedeutend gehoben und seien dieselben auch mit den Büchern gut umgegangen. Die Kinder gewöhnen sich daran, fremdes, ihnen anvertrautes Eigenthum zu respectiren, was in erziehlicher Hinsicht von großer Bedeutung sei.

Herr Günther hält es für bedauerlich, daß derartige Beweise erst durch Erfahrung erbracht werden müssen, da er kein anderes Resultat erwartet habe. Er würde es mit Freuden begrüßen, wenn man den Erlaß des Schulgeldes und die freie Lieferung von Lehrmitteln auch auf die mittleren Bürgerschulen ausdehnen wollte. Diejenigen Mitglieder der Versammlung, welche auch Landtagsabgeordnete seien, bitte er, bei geeigneter Gelegenheit auf Beseitigung der Bestimmung hinzuwirken, welche die Gemeinden hindere, einen vollständigen Schulgelderlaß eintreten zu lassen.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

### XIX. Anschaffung von Abfuhrwagen.

Gelegentlich der Verwilligung der Kosten zur Beschaffung von drei neuen Abfuhrwagen im Betrage von 3300 M hatte die Stadtverordneten-Versammlung dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß ihr vor dem Erwerbe der Wagen

über deren Bauart noch Kenntniß gegeben werden möchte. Es ist deshalb die Beschaffung dieser Wagen bis dahin hinausgeschoben, daß der Bericht der nach anderen Städten behufs Prüfung des Reinigungs- und Abfuhrwesens entsandten Commission vorlag. Dieser der Versammlung jetzt zugestellte Commissionsbericht enthält ein reiches Material und werden die von der Commission gesammelten Erfahrungen hier nutzbringend verwandt werden. Am wichtigsten und für die Stadtverwaltung am erfreulichsten ist jedenfalls die von der Commission festgestellte Thatsache, daß die hier bei der Straßenreinigung zu Tage getretenen Uebelstände auch an anderen Orten nicht unbekannt sind und daß die der Straßenreinigungs-Deputation zu Beginn ihrer Thätigkeit gemachten zahlreichen Vorwürfe bei Berücksichtigung der Verhältnisse in anderen Städten wenigstens als übertrieben zu erachten sein möchten. Das gilt insbesondere auch von den Klagen über die Construction der jetzigen Abfuhrwagen. An Modellen zu anders construirten Wagen ist kein Mangel, ein allen Anforderungen genügender Abfuhrwagen ist jedoch, wie der Bericht darthut, bislang noch nicht erfunden. Die Straßenreinigungs-Deputation hält die bisher benutzten Wagen (mit eisernen Kästen und seitlichen Klappen zum Entladen) für die zweckmäßigsten, hat jedoch empfohlen, dieselben mit höheren Rädern — insbesondere höheren Hinterrädern — zu versehen, die Wagen leichter bauen zu lassen, die oberen Klappen aber, welche ihren Zweck, das Aufwirbeln von Staub zu verhüten, durchaus nicht erfüllen, wegzulassen. Das Gewicht eines solchen, vom Fabrikanten Beermann in Berlin für den Preis von 904 M. beziehbaren Wagens beträgt 1680 kg, während die bisher benutzten Wagen 2050 kg wiegen.

Außerdem hat die Deputation noch empfohlen, auch mit den in Stuttgart benutzten hölzernen Wagen einen Versuch zu machen. Dieselben würden nur ca. 500 M. kosten und nicht unerheblich weniger wiegen, als die Wagen mit eisernen Kästen. Ob diese oder jene den Vorzug verdienen, ist durch praktische Versuche zu erproben und soll die Deputation ermächtigt werden, zunächst je einen Wagen der beiden vorgedachten Arten anzuschaffen, sofern die Versammlung nicht wünscht, daß andere Wagen genommen werden.

In der Statutencommission ist, wie Herr Halle berichtet, die Vorlage eingehend berathen und mit Mehrheit beschlossen, der Versammlung die Genehmigung des Magistratsantrages zu empfehlen, also je einen Wagen nach den vorgelegten beiden Mustern zu beschaffen, um zu sehen, welche Art von Abfuhrwagen die für die hiesigen Verhältnisse geeignetere sei. Die Commissionsminderheit habe außerdem noch gewünscht, versuchsweise auch eine zweirädrige Kippkarre mit kommen zu lassen. Die aus den Herren Stadtverordneten Bültmann und Brandmeister Wieders bestehende Commission habe auf ihrer Reise die Städte Köln, Coblenz, Mainz, Mannheim, Stuttgart, Frankfurt a. M. und Cassel besucht, aber nirgends Wagen gefunden,

welche allen Anforderungen entsprechen, ja selbst keine einzige dieser Städte habe ihre eigenen Wagen empfehlen können, sondern es werde noch überall experimentirt, und müsse solches auch in hiesiger Stadt geschehen. Er persönlich halte bei dem theilweise flüssigen Inhalte der Abfuhrwagen die etwas leichter zu construirenden eisernen Kastenwagen für die vortheilhaftesten Gefährte. Von der Beschaffung zweirädriger Karren bitte er abzu sehen, da sowohl die eigenen, als auch die Erfahrungen von Fuhrwerksbesitzern ergeben, daß es weggeworfenes Geld sein würde, solche Gefährte zu beschaffen. Bei Benutzung von Karren würde man gar nicht in der Lage sein, die Abfuhr des Straßengerichts so schnell zu besorgen, als mit den großen, ca. 4 cbm fassenden vierrädrigen Wagen, zumal da auch die einspännigen Karren zwei Bedienungsmannschaften erfordern. Dazu komme noch, daß die federlosen Karren die Beschaffung stärkerer Pferde erheischen und diese durch die Stöße der Karren außerordentlich leiden sollen, so daß es eine Thierquälerei für ein Pferd sei, in solcher Karre zu gehen. Die Commissionsmehrheit rathe selbst von einem Versuche mit den Karren ab. Da die Reinigungsdeputation die Sache in hiesiger Stadt schon einige Jahre geleitet und sich nach besten Kräften bemüht habe, etwas Gutes zu schaffen, so bitte er, auch deren Rath Gehör zu schenken und der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Lange kann sich bei aller Achtung vor den Leistungen der Deputation nicht dazu bestimmen lassen, für die Wiederbeschaffung der eisernen Wagen einzutreten, selbst wenn dieselben niedriger und mit höheren Rädern hergerichtet werden sollten. Ebenso sei er gegen den Fortfall der Klappen: während man anderwärts die Wagen zu decken suche, wolle man sie hier wieder aufmachen. Durch die Erhöhung der Bordseite erschwere man die Beschickung der Wagen. Der Umstand, daß man in den Städten Wiesbaden, Hamburg, Eisenach und Kopenhagen den Wagen nach dem Stuttgarter Modell beschafft habe, lasse darauf schließen, daß derselbe außerordentlich praktisch sei. Da man auch in Frankfurt a. M. diesen Wagen zu acceptiren gedente, so möchte er empfehlen, sich gleichfalls für denselben zu erklären und vor allen Dingen die eisernen Wagen ganz fortzulassen. Schließlich bitte er um Auskunft, wie sich das Ladegewicht der in Aussicht genommenen eisernen Wagen zu dem Eigengewicht derselben stelle.

Herr Halle entgegnet, daß die bisherigen Wagen 41 Centner und die neuen eisernen Wagen mit Klappen gegen 34 Centner bei einem Ladegewichte von 3 cbm wiegen.

Herr Lange stellt darauf fest, daß bei einem Gewichte von 12—15 Ctr. pro cbm Abfuhrstoff sich das Eigengewicht zum Ladegewicht der jetzigen Wagen wie 40 : 60 stelle, während das Verhältniß bei den von ihm vorgeschlagenen hölzernen Wagen 20 : 50—60 betrage.

Herr Blasius bekennt sich zum Mitgliede der Commissionsminderheit — welche ebenso wie die Commissionsmehrheit aus 3 Mitgliedern bestanden habe —

und hebt hervor, daß dieselbe ebenfalls den Vorschlägen des Magistrates zustimme, daneben aber noch wünsche, einen Versuch mit zweirädrigen Kippkarren zu machen. Diese Kippkarren benutze man in vielen civilisirten Ländern, sie seien in Frankreich, England, Italien, in gebirgigen und ebenen Gegenden zu finden und haben den großen Vortheil, daß sie sich viel schneller als die großen Wagen entladen lassen. Es empfehle sich daher ein Versuch mit diesen Wagen umsomehr, als die jetzt vorhandenen Pferde vollständig ausreichen, um dieselben zu ziehen und sie ein Ladegewicht von ca. 30 Ctr. besitzen.

Herr Bültemann will Herrn Halle dahin berichten, daß die Deputation keineswegs einstimmig für die eisernen Wagen eingetreten sei. Er persönlich habe sich für die Stuttgarter Wagen, welche er für die besten halte, erklärt, wenn er auch keineswegs behaupten wolle, daß diese nun durchaus das Ideal darstellen, welches er sich von einem Abfuhrwagen gedacht habe. Die jetzigen eisernen Wagen seien bei einem Eigengewicht von durchschnittlich 41—42 Ctrn. viel zu schwer für eine Ladung von durchschnittlich 26 Ctrn., welches Gewicht er durch Nachwiegungen ermittelt habe. Es koste den meisten Hafer für die Pferde, daß sie schon leer ein volles Fuder hinter sich herschleifen müssen und gerade dieser Umstand habe die Pferde heruntergebracht. Er warne deshalb vor der Beschaffung weiterer eiserner Wagen. Aber auch für Kippkarren könne er nicht eintreten; er habe solche in Köln in Gebrauch gesehen und wisse, daß man sie dort nur deshalb gewählt habe, weil man den Müll auf Eisenbahnwagen kippen müsse.

Herr Uhde hat aus dem Berichte der Reisecommission entnommen, daß diese die hiesigen Wagen für nicht allzuweit vom Ideale entfernt halte, während andererseits Herr Bültemann sie annähernd als Schinderkarren bezeichne. Was die Dichtigkeit der Wagen anlange, so wolle er bemerken, daß er von denselben lange Strullen aus dem Wendenthore habe hinausziehen sehen. Besonders für die Kippkarren möchte er aber eintreten und darauf hinweisen, daß man unter dieselben ebenfalls Federn legen könne, so daß sie den Pferden nicht mehr unter den Bauch schlagen. Wenn die Commission nur für vierrädrige Wagen eintrete, so sei das erklärlich, weil sie nur Städte bereist habe, welche solche Wagen benutzen, während man in England und Spanien nur zweirädrige Karren kenne. Er empfehle daher, es auch einmal mit solchen Kippkarren zu versuchen und einen gut construirten Probewagen möglichst aus England kommen zu lassen.

Herr Weber spricht sich gegen die schweren eisernen Wagen und auch gegen zweirädrige Kippkarren aus, welche man in Breslau nach langjährigem Gebrauche wieder abgeschafft habe. Er empfehle, auch einmal einen vierrädrigen Kippwagen nach dem von ihm s. B. vorgelegten Breslauer Modell zu beschaffen, da dieser Wagen, welcher sich sehr leicht nach Lüftung eines Nagels umkippen lasse, in Breslau als vollständig genügend befunden worden sei.

Herr Lange hält die mit einem Pferde bespannten Kipparren besonders zum Befahren enger Straßen und zu leichten Lasten für sehr zweckmäßig, zumal da sie auch nur einen Mann zur Bedienung erfordern; er empfehle daher, auch mit diesen einmal einen Versuch zu machen. Bei den von Herrn Bültemann vorgenommenen Wägungen scheinen ihm Irrthümer untergelaufen zu sein, sonst hätte derselbe nicht auf so geringe Durchschnittsladegewichte kommen können.

Herr Bültemann muß dem gegenüber seine Gewichtsangaben aufrecht halten. Bezüglich der Dichtigkeit der hölzernen Wagen bemerke er, daß dieselbe für Hausfuhr vollstän- dig ausreiche, wenn auch Kiez und solche Sachen leichter durchrieseln. Die hölzernen Wagen genügen daher für die Abfuhrzwecke in jeder Beziehung, wozu auch noch der Umstand trete, daß sie 400 M. weniger kosten, als die eisernen Wagen und ziemlich ebenso lange halten als diese. Federn brauchen diese Wagen schon deshalb nicht zu haben, weil sie erst bei einer Belastung von 90 Ctr. anfangen zu federn.

Herr Halle kann für die Beibehaltung der Klappen an den Wagen nicht eintreten, weil das Aufwirbeln von Staub seiner Beobachtung nach durch das Einwerfen des Mülls verursacht und also auch durch die Klappen nicht vermieden werde. Außerdem werde man die Leute nicht dazu bringen, daß sie die Klappen schließen, weil sie meistens auch zu voll laden, so daß die Klappen vollständig überflüssig seien. Für die Kipparren könne er sich nicht erwärmen, weil sie immer nur die Hälfte eines großen vierrädrigen Wagens zu fassen vermögen und demnach zur Bewältigung derselben Menge eine zweimalige Fahrt unternommen werden müßte, während andererseits ein Mann zur Bedienung nicht ausreichen werde. Herrn Bültemann wolle er erwidern, daß die Deputation nach eingehender Berathung schließlich zu den im Magistratschreiben niedergelegten Vorschlägen gekommen sei, also auch noch einmal einen Versuch mit leichter construirten eisernen Wagen machen wolle. Die Zukunft werde erst darüber entscheiden müssen, welchen Wagen man den Vorzug zu geben habe und könne man die eisernen Wagen für flüssige Abfuhrstoffe jedenfalls nicht entbehren.

Herr Lange will noch darauf hinweisen, daß die Berliner Bedienungsmannschaften eine Ordnungsstrafe von drei Mark für Erregung von Staub zu zahlen haben.

Herr Blasius legt ein großes Gewicht auf die Vermeidung von Staub und zieht daher die hölzernen den eisernen Wagen vor, weil man die letzteren durch Weglassung der Klappen leichter zu machen suche. Den Stuttgarter Wagen gebe er den Vorzug, weil die Klappen an denselben seitlich abfallen und sie daher nicht überladen werden können.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird die Beschaffung eiserner Wagen abgelehnt, dagegen beschlossen, zwei hölzerne Wagen nach Stuttgarter



Modell und zwar mit Klappen zu beschaffen, den Magistrat aber außerdem zu ersuchen, versuchsweise noch eine zweirädrige Kippkarre für ein Pferd und einen vier-  
rädri- gen Kippwagen nach Breslauer Modell für zwei Pferde kommen zu lassen.

## XX. Aufnahme einer neuen Straße in den Ortsbauplan.

Der Schlossermeister Krohne hat gebeten, eine Verbindungsstraße zwischen Leonhard- und Wörthstraße in den Ortsbauplan aufzunehmen und dieselbe auf seine Kosten auszubauen. Der Magistrat empfiehlt, die Straße, ohne daß dadurch der Stadt irgend welche Kosten erwachsen dürfen, sofort als Ortsstraße auszubauen und auch im Uebrigen dem Ansuchen des p. Krohne Folge zu geben, sowie den mit demselben dieserhalb aufgenommenen notariellen Vertrag zu genehmigen.

Die Baucommission läßt die Annahme der Vorlage durch Herrn Uhde empfehlen und die Versammlung beschließt demgemäß.

## XXI. Bewilligung von Canalisationskosten.

Für die bereits zur Ausführung gebrachte Herstellung eines Straßen-Sinkkastens neben der Einfahrt des nördlichen Schloßthores am Wohlwege ersucht der Magistrat die mit 181,10 M entstandenen Kosten nachträglich zu bewilligen,

was auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Uhde berichtet, geschieht.

## XXII. Anstellung verschiedener Proceffe.

Der Magistrat beantragt, ihn zur Klageerhebung gegen folgende Personen zu ermächtigen: 1) den Fabrikarbeiter Carl Fricke, die Wittve des Maurers Ding, Helene geb. März, bezw. deren Erben und die Wittve des Maurers Jordan, Caroline geb. Rüster, welche sich weigern, das der Stadt zum Ausbau der Bergfeldstraße abgetretene Terrain gerichtlich aufzulassen; 2) den Restaurateur Löhr; 3) den Bierbrauereibesitzer Walkling; 4) den Schlosser Siegmann; 5) den Restaurateur W. Drews und 6) den Glasermeister W. Würk, welche der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke verschiedene Beträge für verbrauchtes Gas, bezw. für Arbeiten an der Gasleitung schulden und ungeachtet verschiedener Mahnungen diese Beträge bislang nicht gezahlt haben.

Auf Befürwortung der Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, wird die Genehmigung bezüglich der unter 1—3 aufgeführten Personen ertheilt, aber hinsichtlich der übrigen Personen, wegen vollständiger Mittellosigkeit derselben, versagt.

### XXIII. Der Etat der Friedhofscasse.

Der von der Friedhofs-Deputation des Kirchenconvents aufgestellte und der Versammlung zur Kenntnißnahme unterbreitete Etat der Friedhofscasse für das Jahr 1892 schließt mit einer Einnahme von 69 250 M und einer Ausgabe von 67 750 M, also mit einem Ueberschusse von 1500 M, welcher bestimmungsgemäß an die Gemeine-Kirchencasse abzuliefern sein wird.

Der von der Finanzcommission durchgesehene Etat giebt, wie Herr Wolff I mittheilt, zu Ausstellungen keine Veranlassung und wird daher als für die Versammlung erledigt angesehen.

### XXIV. Wahl eines Commissionsmitgliedes.

An Stelle des zum Stadtrathe erwählten Herrn Ramdohr wird auf Vorschlag der Statutencommission Herr Rimpau zum Mitgliede der Finanzcommission gewählt.

### XXV. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Errichtung einer Volksbadeanstalt.

Wie Herr Günther zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er die Einwilligung zum Bau einer großen Volksbadeanstalt gebe und demnächst der Versammlung einen Entwurf vorlege,“

ausführt, ist diese Angelegenheit schon so viel besprochen, daß sie einer eingehenden Begründung nicht mehr bedürfe. Die ganze Bürgerschaft besitze Sympathie für die von ihm schon einmal beantragte und von der Versammlung gutgeheißenen Errichtung einer Volksbadeanstalt; der Magistrat habe diesen Antrag dagegen hauptsächlich wegen Mangels an Geldmitteln abgelehnt. Daneben sei noch gegen die Errichtung angeführt, daß dadurch die vorhandenen Privatunternehmer geschädigt würden und auch die Bedürfnisfrage noch nicht entschieden sei. Der erste und Hauptgrund müsse entschieden zurückgewiesen werden, weil die Stadt für so nöthige Sachen Geld haben müsse. Der zweite Grund dürfe auch nicht allzusehr ins Gewicht fallen, denn auch bei anderen Unternehmungen frage die Stadt nicht, ob Jemand durch dieselbe Schaden erleiden werde und außerdem würden diese Schäden auch leicht überwunden werden. Die Bedürfnisfrage müsse aber schon im Hinblick auf die sogenannte Waschanstalt in der Ferdinandstraße bejaht werden und sei Herrn Stadtrath Metemeyer, welcher gemeint habe, die Frequenz gehe ganz bedeutend mit der Temperatur herunter, Unrecht zu geben. Gegenüber den von Herrn Lange in einem hiesigen Blatte veröffentlichten ungünstigen Frequenzziffern auswärtiger

Badeanstalten wolle er bemerken, daß für ihn diese Berechnungen gar keinen Werth haben, sondern daß es ihm darauf ankomme, festzustellen, ob die Einrichtung überhaupt von allgemeinem Werthe sei und diese Frage müsse bejaht werden. Der Besuch solcher Anstalt werde sich mit der Zeit schon heben und wenn derselbe anfangs auch noch so gering sei, so müßte eine derartig vortheilhafte Einrichtung dennoch ins Leben gerufen werden. Die darauf zu verwendenden Mittel dürften um so weniger ins Gewicht fallen, als der Staat manche Einrichtung besitze, welche noch mehr Geld koste und gar nichts einbringe, während er glaube, daß hier wenigstens die Verwaltungs- und Amortisationskosten aufgebracht würden. So lange sich aber die Kosten decken, werde wohl so leicht Niemand in der Bürgerschaft gegen das Project sein, denn einen Gewinn brauche die Stadt dabei nicht zu machen. Er bitte um Unterstützung seines Antrages.

Der Antrag geht, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung zu.

#### XXVI. Selbstständiger Antrag des Herrn Brückmann auf Pensionirung alter Nachtwächter.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle an den Stadtmagistrat das Ersuchen richten, die zum 1. Juli 1892 in Aussicht gestellte Neuordnung des Nachtwachwesens in Bezug auf jeztige altersschwache, dienstunfähige Nachtwächter nicht abzuwarten, sondern letztere im Interesse der öffentlichen Sicherheit thunlichst bald in den Ruhestand zu versetzen und sofern diese ihren Dienst schon längere Jahre tadellos versehen haben und erwerbsunfähig sind, mit vollem Gehalte zu pensioniren.“

Herr Brückmann führt zur Begründung aus, verschiedene Nachtwächter seien so alterschwach, daß sie sich kaum auf ihren Füßen weiterzubewegen vermöchten und daher nicht in der Lage seien, das Eigenthum der Bürger zu beschützen und zu bewahren. Er wolle deshalb bitten, die Veränderungen im Nachtwachwesen nicht abzuwarten, sondern mit der Pensionirung solcher altersschwachen Leute sofort vorzugehen. Wenn sich nun auch sein Wunsch auf Bewilligung des vollen Gehaltes als Pension nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen nicht werde verwirklichen lassen, so halte er doch eine Pension von 72 M. jährlich, welche den Leuten zustehen solle, nicht für ausreichend.

Auch dieser Antrag wird nach genügender Unterstützung der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen,

und damit die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung werden zunächst 6 Bezirks-Vorsteher, sämtliche stellvertretende Bezirks-Vorsteher und 63 Armenpfleger wieder- bzw. neugewählt. Sodann wählt die Versammlung Herrn Sievers auch für die Zeit vom 1. Januar 1892 ab zum Mitgliede der Armendirection, sowie die Herren Amtmann Wolff Oberamtmann Krug, Particulier Dietrich Kimpau und Deconom Drewes, hieselbst zu Schiedsmännern für etwaige Abschätzungen in Gemäßheit des Vieh- und Heuchengesetzes. Darauf wird dem beim Magistrate probeweise beschäftigten Assessor Boden eine Jahresremuneration von 2400 M bewilligt und die feste Anstellung des Laternenwärters Glenewinkel, sowie die provisorische Anstellung des Monteurs August Löffel als Schuldiener genehmigt.

Schließlich werden in gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten noch Steuerreclamationen in der Recursinstanz erledigt.

Schluß gegen 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.

---





